Herausgegeben von J. Aretz, R. Morsey, A. Rauscher



ZEITGESCHICHTE IN LEBENSBILDERN

Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts
Band 10

ASCHENDORFF VERLAG

Mit Beiträgen von

Jürgen Aretz
Winfried Becker
Günter Buchstab
Karl-Ulrich Gelberg
Ulrich von Hehl
Manfred Hermanns
Brigitte Kaff
Ulrich Karpen
Erich Kock
Wolfgang Löhr
Relinde Meiwes
Gregory Munro
Tilman Pünder
Anton Rauscher
Marie-Emmanuelle Reytier
Peter Rummel
Wilhelm Schätzler
Susanna Schmidt

Zeitgeschichte in Lebensbildern

Band 10
Aus dem deutschen Katholizismus
des 19. und 20. Jahrhunderts

Herausgegeben von
Jürgen Aretz, Rudolf Morsey und Anton Rauscher

ASCHENDORFF MÜNSTER

Umschlag Kroehl/Offenburg

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek
The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie;
detailed bibliographic data are available in the Internet at http://dnb.d-nb.de

ISBN 978-3-402-06122-0
DOI https://doi.org/10.17438/978-3-402-17585-9



This work is licensed under the Creative Commons Attribution-NonCommercial-No-Derivatives 4.0 (CC BY-NC-ND) which means that the text may be used for non-commercial purposes, provided credit is given to the author. For details go to http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/
To create an adaptation, translation, or derivative of the original work and for commercial use,
further permission is required.
Creative Commons license terms for re-use do not apply to any content (such as graphs, figures, photos, excerpts, etc.) not original to the Open Access publication and further permission may be required from the rights holder.

© 2022 Jügen Aretz, Rudolf Morsey, Anton Rauscher. . A publication by Aschendorff Verlag GmbH & Co. KG, Münster
This book is part of the Aschendorff Verlag Open Access program.

www.aschendorff-buchverlag.de

Inhalt

7 *Vorwort der Herausgeber*

11 *Relinde Meiwes*
Pauline von Mallinckrodt (1817–1881)

27 *Wolfgang Löhr*
Hermann Cardauns (1847–1925)

43 *Tilman Pünder*
Erich Klausener (1885–1934)

61 *Ulrich von Hehl*
Karl Joseph Kardinal Schulte (1871–1941)

75 *Anton Rauscher*
Rupert Mayer SJ (1876–1945)

91 *Manfred Hermanns*
Heinrich Weber (1888–1946)

115 *Marie-Emmanuelle Reytier*
Alois Fürst zu Löwenstein (1871–1952)

131 *Gregory Munro*
Georg Moenius (1890–1953)

143 *Ulrich Karpen*
Hans Peters (1896–1966)

163 *Winfried Becker*

Johannes Hoffmann (1890–1967)

179 *Susanna Schmidt*

Ida Friederike Görres (1901–1971)

193 *Günter Buchstab*

Fritz Burgbacher (1900–1978)

211 *Brigitte Kaff*

Heinrich Köppler (1925–1980)

227 *Erich Kock*

Heinrich Böll (1917–1985)

245 *Jürgen Aretz*

Franz-Josef Wuermeling (1900–1986)

261 *Karl-Ulrich Gelberg*

Alfons Goppel (1905–1991)

281 *Peter Rummel*

Josef Stimpfle (1916–1996)

297 *Wilhelm Schätzler*

August Everding (1928–1999)

313 *Verzeichnis der wichtigsten Quellen und Literatur*

329 *Verzeichnis der in den Bänden 1 bis 10 behandelten Persönlichkeiten*

335 *Personenregister*

Vorwort der Herausgeber

In den zehn Bänden dieser Reihe, die 1973 begründet worden ist, sind bisher insgesamt 181 Lebensbilder veröffentlicht. Sie gelten solchen Persönlichkeiten, die von ihrer christlichen Überzeugung her in je ihrer Epoche das geistige und kirchliche, das politische oder soziale Leben maßgeblich mit bestimmt haben, oder mit deren Namen sich in besonderer Weise einzelne Entwicklungen und Zeitströmungen verbinden. Das gilt für Politiker und Wissenschaftler, Kirchenführer und Ordensleute, Unternehmer und Gewerkschaftler, Repräsentanten des Verbandskatholizismus und des sozialkaritativen Wirkens, für Publizisten und Dichter. Diese Reihe möchte, zumal in einer Zeit nachlassender historischer und kirchlich-religiöser Wissensvermittlung, dazu beitragen, die Erinnerung an das Wirken solcher Persönlichkeiten lebendig zu erhalten und einem weiteren Leserkreis nahe zu bringen. Manche Namen werden, zumal bei größer gewordenem zeitlichen Abstand, der Vergessenheit entrissen, andere mit konkretem Handeln verbunden.

Die Kenntnis von Leben und Werk historischer Persönlichkeiten ermöglicht ein vertieftes Verständnis der von ihnen erlebten und mitgestalteten Epochen. Damit kann sie Maßstäbe für eine gerechtere Beurteilung auch der Gegenwart vermitteln; denn manche ihrer Probleme sind keineswegs so neu, wie sie bisweilen erscheinen. Die Geschichte des deutschen Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert besteht gewiß nicht aus einer Abfolge von „Helden und Heiligen", enthält jedoch genügend Namen von überregionaler Bedeutung; nicht wenigen von ihnen muß das Prädikat historischer Größe zuerkannt werden.

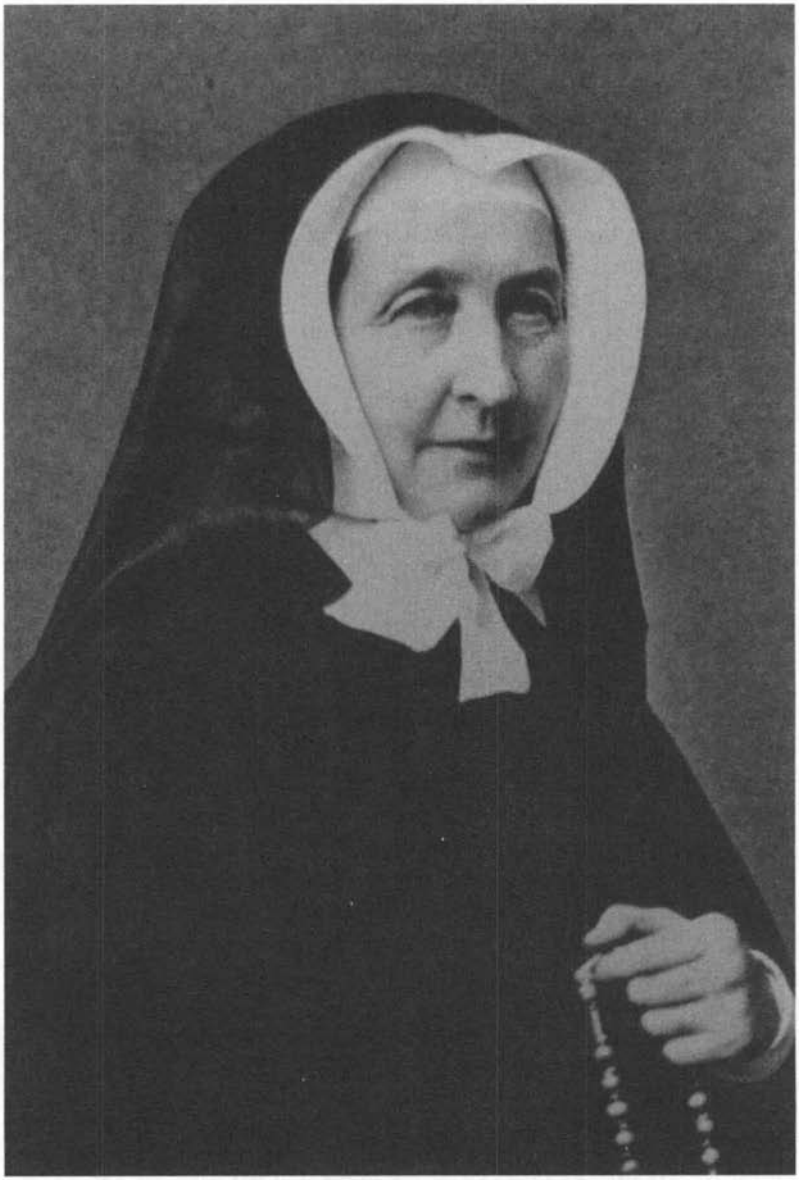
Die Reihe „Zeitgeschichte in Lebensbildern" ist von der Fachwelt und von den Medien freundlich aufgenommen worden und wird inzwischen als „ZGiLB" oft zitiert. Der hier vorgelegte zehnte Band enthält 18 Porträts. Dabei liegt der Schwerpunkt des Wirkens der in ihm behandelten Persönlichkeiten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Nur das Lebenswerk von Pauline von Mallinckrodt vollendete sich zeitlich im voraufgegangenen Säkulum. Diese Gründerin und dann Generaloberin der Kongregation der „Schwestern der christlichen Liebe" entfaltete eine segensreiche, auch gesellschaftlich wirksame Tätigkeit in der Blindenfürsorge und später in der höheren Mädchenbildung. Der Kölner Historiker Hermann Cardauns zählt zu den bedeutendsten Publizisten des politischen Katholizismus im Kaiserreich. Er gewann bestimmenden Einfluß auf den Kurs der

„Kölnischen Volkszeitung", des führenden Organs der Zentrumspartei im deutschen Westen. Demgegenüber blieb der Paderborner Oberhirte und (ab 1920) Erzbischof von Köln, Karl Joseph Kardinal Schulte, seiner Herkunft und seinem Selbstverständnis nach Westfale, regional gebunden. Im Kirchenkampf während des Dritten Reiches beschränkte er sich auf pastorales Wirken mit karitativer Schwerpunktsetzung. Der Großgrundbesitzer Alois Fürst zu Löwenstein leitete, wie vor ihm sein Vater Karl, seit 1920 das Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Ihm gelang es allerdings nicht, die gefährdete politische Einheit im Katholizismus zu wahren und die Tätigkeit des Zentralkomitees 1933 fortzusetzen. Der Münchener „Männerseelsorger ohne Kanzel", Rupert Mayer SJ, zählte während der Hitler-Herrschaft zu den unbeugsamen Widersachern. Nach Kriegsausbruch verbannten ihn seine Oberen zu seiner eigenen Sicherheit nach Ettal. Er wurde 1987 seliggesprochen.
Der um neun Jahre jüngere Berliner Ministerialdirektor Erich Klausener gehörte zu den ersten Märtyrern im Dritten Reich. Er wurde 1934, im Zuge des „Röhm-Putsches", ermordet. Die Machthaber störte seine öffentlichkeitswirksame Betätigung als Leiter der Katholischen Aktion im Bistum Berlin. Der vielseitig gelehrte Theologieprofessor Heinrich Weber in Münster ist einer der Pioniere der Christlichen Gesellschaftslehre, der modernen Sozialarbeit und Caritaswissenschaft. 1935 von den Machthabern nach Breslau strafversetzt, kam er zehn Jahre später als Flüchtling nach Münster zurück und starb kurz darauf. Zu den umstrittensten Politikern der Zeit nach 1945 zählt der frühere Zentrumsjournalist und, nach seiner Rückkehr aus der Emigration, saarländische Ministerpräsident Johannes Hoffmann. Er scheiterte mit seinem problematischen Spagat zwischen Deutschland und Frankreich. Zur Emigration aus Deutschland war auch der geistliche Publizist Georg Moenius gezwungen. Er hatte sich mit seiner föderalistisch-pazifistischen Wochenschrift „Allgemeine Rundschau" in München schon lange vor 1933 als Gegner des Nationalsozialismus erwiesen. Der Berliner und spätere Kölner Staatsrechtler Hans Peters, der 1945 zu den Mitgründern der CDU in Hamburg zählte, entwickelte sich als Präsident der „Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland" zu einem angesehenen Wissenschaftsorganisator. Der Kölner Unternehmer, spätere CDU-Politiker und Honorarprofessor Fritz Burgbacher hat mit seinem wegweisenden Vorschlag von 1969 zur Förderung von Eigentumsbildung für alle Arbeitnehmer („Burgbacher-Plan") eine Möglichkeit künftiger Vermögenspolitik aufgezeigt. Einem anderen, entschieden streitbareren Unionspolitiker, Franz-Josef Wuermeling, ist es in den fünfziger Jahren als

Bundesminister unter Adenauer gelungen, erste Ansätze für eine zukunftsweisende Familienpolitik zu schaffen.
Der Name des bayerischen CSU-Politikers und langjährigen Ministerpräsidenten Alfons Goppel bleibt mit der stürmischen Modernisierung des Freistaats in den sechziger und siebziger Jahren verbunden. Der Augsburger Bischof Josef Stimpfle hat nach dem Zweiten Vatikanum eine lebendige Ortskirche aufgebaut, übernahm schon früh Mitverantwortung für die Kirche in Europa und förderte die jüdisch-christliche Begegnung. Die Schriftstellerin Ida Friederike Görres erregte 1946 mit einem Zeitschriftenbeitrag „Brief über die Kirche" weithin Ärgernis im Katholizismus, blieb aber in der Folge eine eher „individuelle Stimme". Der mit höchsten literarischen und auch staatlichen Ehrungen ausgezeichnete Dichter Heinrich Böll war einer der wirkmächtigsten politischen Schriftsteller im deutschsprachigen Raum der Nachkriegszeit.
Als Verbandsfunktionär in die Politik übergewechselt ist Heinrich Köppler; er starb bereits im Alter von 54 Jahren. Dieser Vorsitzende der CDU in Nordrhein-Westfalen verband auf ungewöhnliche Weise christliche Wertvorstellungen mit praktischem Handeln. Der aus dem Münsterland stammende August Everding fand als Intendant an Schauspiel- und Opernhäusern und schließlich als Generalintendant der Bayerischen Staatstheater in München überregionale Anerkennung.
Die Beiträge auch dieses Bandes sind wissenschaftlich fundiert, wenden sich aber nicht nur an die Fachwelt, sondern ebenso an einen breiten Kreis interessierter Leser. Auf einen wissenschaftlichen Apparat ist, dem bewährten Prinzip der Reihe folgend, verzichtet worden; ein beigefügtes Verzeichnis der wichtigsten Quellen und Literatur erleichtert jedoch die weitergehende Beschäftigung mit den beschriebenen Persönlichkeiten.
Der nunmehr vorgelegte Band bildet eine Zäsur. Er enthält ein Verzeichnis aller in den Bänden 1 bis 10 veröffentlichten 181 Lebensbilder.
Der Dank der Herausgeber gilt den Autoren dieses Bandes sowie den Mitarbeiterinnen der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle für die Hilfestellung bei der Vorbereitung des Buches, aber auch dem Verlag Aschendorff, der die Reihe seit Band 9 betreut. Die früheren Bände sind im Matthias-Grünewald-Verlag in Mainz erschienen.

Erfurt, Speyer und Mönchengladbach, im Juli 2001

Jürgen Aretz, Rudolf Morsey, Anton Rauscher



Pauline von Mallinckrodt (1817–1881)

Mitten in den Wirren der Revolution von 1848/49 gründete die 31jährige Pauline von Mallinckrodt im westfälischen Paderborn die Kongregation der *Schwestern der christlichen Liebe*. Ziel dieses Unternehmens war die Fürsorge für blinde Kinder und die Bildung junger Menschen. Getragen wurde es von jungen Frauen, die aus religiöser Motivation gemeinschaftlich leben und arbeiten wollten. Dieser Lebensweg war der Initiatorin keineswegs in die Wiege gelegt.

I

Pauline von Mallinckrodt wurde am 3. Juni 1817 im westfälischen Minden als Tochter des preußischen Beamten Detmar von Mallinckrodt und seiner Frau Bernhardine geboren. Die katholische Mutter stammte aus der angesehenen Paderborner Familie Hartmann, der evangelische Vater aus Dortmund. Die Eltern ließen ihre Kinder katholisch taufen. Als Pauline sechs Jahre alt war, zogen die Mallinckrodts 1824 nach Aachen ins katholische Rheinland, wo der Vater als Regierungsvizepräsident arbeitete. Zur Familie gehörten neben Pauline die Söhne Georg (geb. 1819, später Besitzer des Gutes Böddeken bei Wewelsburg) und Hermann (geb. 1821, einer der führenden Politiker der Zentrumspartei) sowie die 1826 geborene Tochter Bertha (sie heiratete den Juristen Alfred Hüffer). Den Adelstitel erhielt der Vater übrigens erst 1834, so daß die Familie durchaus dem Bürgertum zugerechnet werden darf.

Aufgrund ihrer Herkunft und der ökonomischen Verhältnisse der Familie konnte Pauline von Mallinckrodt zwischen unterschiedlichen Lebensentwürfen wählen, und sie machte von dieser Option Gebrauch. Die historische Frauenforschung korrigierte in den letzten Jahren das normative und mit negativen Assoziationen behaftete Bild von den untätigen und einflußlosen bürgerlichen Frauen. Pauline von Mallinckrodt hätte einen wohlhabenden angesehenen Beamten oder einen ambitionierten Unternehmer heiraten können, sie hätte Haushalt und Familie organisieren müssen und hätte – vermutlich in der ein oder anderen Weise kaschiert – an der beruflichen Praxis des

Mannes teilgehabt. Religiöse Bindung spielte keine große Rolle, wie ihre Mutter hätte auch sie einen Protestanten heiraten können.
Die Biographie der gleichaltrigen und in einem ähnlichen Milieu aufgewachsenen Mathilde Franziska Anneke (1817–1884) zeigt, welche Möglichkeit junge Frauen aus dem Bürgertum hatten, also auch Pauline von Mallinckrodt. Die Tochter eines Domänenverwalters aus der Nähe von Blankenstein an der Ruhr verdiente nach einer gescheiterten, annullierten Ehe den Lebensunterhalt für sich und ihre Tochter durch die Publikation religiöser Werke, wie zum Beispiel ein „Gebet- und Erbauungsbuch für die gebildete christkatholische Frauenwelt". Unterstützung fand die junge Autorin übrigens beim späteren Kölner Erzbischof Clemens August von Droste zu Vischering. Allmählich entfernte sie sich jedoch von dieser Form der Schriftstellerei und betätigte sich in den katholischen Städten Münster und Köln nicht etwa in kirchlichen Kreisen, sondern in politischen Zirkeln, die demokratische Ziele verfolgten. Bekannt wurde Mathilde Franziska Anneke im Revolutionsjahr 1848, als sie die erste „Frauen-Zeitung" Deutschlands herausgab. Aufgrund politischer Verfolgung ging sie zunächst ins schweizerische Exil und wanderte dann in die Vereinigten Staaten von Amerika aus. Auch Pauline von Mallinckrodt reiste in den 1870er Jahren in das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten". Die Westfälinnen hätten sich hier begegnen können, denn beide engagierten sich besonders in der höheren Mädchenbildung und gründeten Schulen in den Vereinigten Staaten.
Im Unterschied zu Mathilde Franziska Anneke fühlte sich Pauline von Mallinckrodt zu einem religiös motivierten Leben berufen. Während ihre ältere Freundin Luise Hensel (1798–1876) noch versucht hatte, als Lehrerin, Gouvernante oder Schriftstellerin ohne feste Anbindung an eine religiöse Gemeinschaft zu leben, sollte sich dies für die nächste Generation von Frauen ändern. Was in den 1820er Jahren zumindest in Preußen noch undenkbar war, wurde ab den 1840er Jahren für unzählige Katholikinnen eine akzeptable und allseits anerkannte Lebens- und Arbeitsform: gemeinschaftliches religiöses Frauenleben. Dieses Lebensmodell mußten die Frauen erst wieder neu entdecken, denn Aufklärung und Säkularisation an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert hatten es verschüttet, da nur wenige Klöster diese Zeit überlebten. Entdeckt werden mußte auch eine spezifische Kombination von religiösem und tätigem Leben, die schließlich geradezu zu einem Erkennungszeichen für die neuen Frauengemeinschaften schlechthin werden sollte. Nicht die Kontemplation stand im Vordergrund, sondern das aktive soziale oder erzieherische Engagement. Die Motive, die Pauline von Mallinckrodt

veranlaßten, diese Lebensform zu wählen, waren vielfältig und zugleich kennzeichnend für eine ganze Reihe von Frauen.

II

Pauline von Mallinckrodt erhielt eine für Töchter des Bürgertums in den 1820er und 30er Jahren typische Ausbildung. Zunächst besuchte sie die katholische höhere Töchterschule St. Leonhard an ihrem Wohnort in Aachen, später ein französisches Pensionat im belgischen Lüttich. Privatunterricht durch Gymnasiallehrer und die Teilhabe am Unterricht ihrer Brüder ergänzten die Bildungsbemühungen für die älteste Tochter der Familie. Eine reguläre, institutionalisierte höhere Mädchenschulbildung gab es damals im ansonsten in Bildungsfragen führenden Preußen noch nicht; sie wurde erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts eingeführt. Zum Ausbildungsrepertoire bürgerlicher Frauen gehörten selbstverständlich auch umfassende Kenntnisse im weiten Feld der Haushaltsführung und Kindererziehung. So hatte auch Pauline von Mallinckrodt früh häusliche Verpflichtungen. Nach dem Tod der Mutter 1834 übernahm sie als 17jährige praktisch alle Aufgaben einer Haushaltsvorsteherin. Sie erzog ihre drei jüngeren Geschwister und organisierte einen großen Haushalt. Hinzu kamen zahlreiche repräsentative Aufgaben, die sich aus der Stellung des Vaters ergaben: die Ausrichtung von Festen und Empfängen, Konversation und Kontaktpflege sowie die Begleitung des Vaters bei außerhäuslichen Einladungen.

Diese Arbeiten bedeuteten aber nicht nur eine Last für die junge Frau, wie häufig zu lesen ist. Vielmehr förderten sie ihr Organisationsgeschick, lieferten pädagogische Erfahrungen und stärkten früh ihr Selbstbewußtsein, denn sie konnte frei von mütterlichen – nicht von väterlichen – Autoritätsansprüchen tätig sein. Nicht zuletzt aufgrund der beruflichen Position des Vaters trat sie in dieser Zeit in Kontakt mit zahlreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, unter anderem lernte sie den späteren Kanzler Otto von Bismarck kennen. Damit erwarb sie wichtige Qualifikationen für ihre spätere Aufgabe als Kongregationsgründerin und Generaloberin der Kongregation der *Schwestern der christlichen Liebe*. Ohne Scheu und mit Selbstbewußtsein wandte sich Pauline von Mallinckrodt später an Bischöfe, Minister, Könige oder Königinnen und Kaiser oder Kaiserin.

Neben ihren familiären Verpflichtungen nahm Pauline von Mallinckrodt regen Anteil an den kirchenpolitischen Geschehnissen jener Tage. Die Motive für dieses Interesse sind unter anderem auf die allge-

genwärtigen konfessionellen Spannungen zurückzuführen, wie sie in den Konflikten zwischen katholischer Kirche und dem preußischen Staat zum Ausdruck kamen. Im katholisch geprägten Rheinland spitzte sich die Auseinandersetzung zu, während sie in ihrer Geburtsstadt Minden kaum eine Rolle spielten. Vermutlich hätte Pauline von Mallinckrodt dort keine Notiz von diesen Entwicklungen genommen. Aber in Aachen war plötzlich die Einstellung zur Konfessionszugehörigkeit in bestimmten Kreisen keine individuelle Frage mehr, wie noch für Paulines Eltern, sondern eine kirchenpolitisch höchst brisante Angelegenheit. Über deren Ehe wissen wir wenig, aber der Umstand, daß sie in einer Familie aufwuchs, in der Vater und Mutter unterschiedlichen Konfessionen angehörten, prägte das Leben der jungen Frau.

Im Jahr 1838 gründete sie mit 21 Jahren einen religiösen Mädchenverein, der sich dezidiert gegen sogenannte Mischehen zwischen Katholiken und Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften wandte und den die preußischen Behörden bald kritisch beäugten. Die jungen Frauen nahmen sich gegenseitig das Gelöbnis ab: „1. keinen Nichtkatholiken zu ehelichen, 2. den Umgang mit jedem Evangelischen abzubrechen und zu vermeiden, 3. Bekannte und Freundinnen zu demselben Versprechen zu bereden, 4. an jedem Jahrestage dieses Versprechens die heilige Kommunion darauf zu empfangen." Der Verein ließ im März 1838 Texte mit diesem Gelöbnis in der lokalen Presse abdrucken und entfaltete für einen religiösen Verein eine beachtliche öffentliche Wirkung. Bischof Johannes Theodor Laurent – ein führender Repräsentant des ultramontanen Katholizismus – äußerte sich am 5. Februar 1838 zu den Aktivitäten: „Der fromme Mädchenverein in Aachen und der Umgebung geht sehr gut von Statten. Bereits 600 Zettelchen sind untergebracht und 1000 wieder bestellt. Die Herren Preussen wollen rasend werden darüber, Polizeibeamte haben sogar von Landesverweisung der Beförderinnen gesprochen und das macht den Eifer nur noch feuriger. Es ist wirklich auffallend, wie heldenmütig die Frauen in dieser Sache gesinnt sind."

Pauline von Mallinckrodt bezog mit dieser Vereinsgründung Stellung gegen den preußischen Staat – zu dessen Repräsentanten schließlich auch ihr Vater als Regierungsvizepräsident gehörte – und ergriff Partei für die katholische Kirche im Mischehenstreit. Dieser Konflikt zwischen Staat und Kirche fand später unter der Bezeichnung „Kölner Wirren" Eingang in die Geschichtsschreibung. Der Kölner Erzbischof Clemens August von Droste zu Vischering verweigerte gemischtkonfessionellen Ehen den Segen, wenn die Ehepartner nicht die katholische Erziehung der Kinder zusicherten. Die preußische Regierung sah darin einen Verstoß gegen die Gesetze des

Landes und verhaftete den Erzbischof. Diesem Ereignis kommt eine entscheidende symbolische Bedeutung für die Neubelebung des Katholizismus und für den Siegeszug des Ultramontanismus im 19. Jahrhundert zu.

III

Das Engagement von Pauline von Mallinckrodt beruhte auch auf individuellen Erfahrungen. Die gemischt-konfessionelle Ehe der Eltern scheint für sie kein Vorbild gewesen zu sein, obwohl sie allenthalben die Toleranz des Vaters in religiösen Angelegenheiten betonte. Den Heiratsantrag von einem „sehr achtungswerthen, aber protestantischem Manne" lehnte sie im Sommer 1835 ab, „ein Entschluss, den ich bisher nicht zu fassen im Stande gewesen war. Frieden der Seele und grosse Gnaden Gottes folgten ihm," wie sie in ihren Lebenserinnerungen vermerkt. Gleichzeitig traf sie die Entscheidung, ihr Leben „ganz dem lieben Gott zu weihen", also nicht zu heiraten.
Die öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Staat des Jahres 1837 um die Mischehenfrage bewog Katholiken und Katholikinnen in zunehmendem Maße, für ihre Kirche auch öffentlich einzutreten. Pauline handelte in diesem Kontext und schloß sich mit ihren Aktivitäten denjenigen an, die nur in einer Rekonfessionalisierung, die die Annäherung der christlichen Konfessionen nach der Reformation wieder aufheben sollte, eine Zukunft für die katholische Kirche sah. Sinnfälliger Ausdruck für die Aufweichung der Konfessionsgrenzen waren in den Augen katholischer Zeitgenossen die Mischehen. Pauline von Mallinckrodt beobachtete wohl auch, daß die Ehe ihrer Eltern keinen Einzelfall in bürgerlichen Kreisen darstellte. Im Rheinland nahm die Quote der Mischehen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts allmählich und ab dem Ende der 1840er Jahre stark zu. Mit der Vereinsgründung erregte Pauline von Mallinckrodt großes Aufsehen in Aachen. Dennoch erwähnte sie dieses Ereignis in ihrer Autobiographie mit keinem Wort, auch ihr Schwager und erster Biograph Alfred Hüffer äußerte sich dazu nicht.
Wie viele andere Frauen des Bürgertums engagierte sich Pauline von Mallinckrodt aber nicht nur in kirchenpolitischen Fragen, sondern in besonderer Weise auch in der ehrenamtlichen Armenfürsorge. Dabei beschränkte sie sich nicht auf die Verteilung von Almosen, sondern beteiligte sich an den Diskussionen im sogenannten „Aachener Priesterkreis". Sonntags versammelten sich im Haus der Familie Fey einige Priester und Laien sowie eine Gruppe junger Frauen. Dazu gehörten neben Clara und Netta Fey unter anderem Anna von Lom-

messen, Leocadia Startz, Pauline von Mallinckrodt, Wilhelmine Istas, Luise Vossen, Anna Maria Lauffs, Magdalena Hermann und Johanna Pastor. Während ihres Aufenthaltes in Aachen nahm auch Luise Hensel daran teil. Pauline von Mallinckrodt und Clara Fey gründeten jeweils eine Kongregation, die anderen Frauen traten fast ausnahmslos einer der neuen Frauenkongregationen bei.

Ähnliche Zirkel wie in Aachen entstanden unter anderem in Bonn, Düsseldorf, Mainz, Koblenz und Paderborn. Sie markieren durch ihre Initiativen den Beginn des Sozialkatholizismus und sind besonders aus geschlechtergeschichtlicher Perspektive von Interesse. Der informelle Zugang zu diesen Kreisen ermöglichte die Teilnahme von Frauen, während die formelle Mitgliedschaft in einem Verein Frauen häufig ausschloß. Gerade die Partizipation von Frauen an diesen Zusammenschlüssen trug erheblich dazu bei, daß die karitativen und erzieherischen Ansprüche der katholischen Kirche in die Praxis umgesetzt wurden. In der Kirchengeschichtsschreibung verschwinden die Frauen allerdings häufig im Hintergrund. Dies zeigt sich schon an der Bezeichnung „Priesterkreis" für den Aachener Kreis. Tatsächlich ist für diese Kreise gerade das Zusammenwirken von Frauen und Männern, Laien und Klerikern charakteristisch, die gemeinsam eine Antwort auf die so offenkundige soziale Frage suchten. So sah es jedenfalls Anna Maria Lauffs – eine der Beteiligten –, wenn sie feststellte: „In dieser auserlesenen Gesellschaft wurde dann geplant, was geschehen konnte, um die der hl. Kirche zugefügten Wunden zu heilen."

Pauline von Mallinckrodt nahm diese Erfahrungen mit nach Paderborn, wo sie nach der Pensionierung des Vaters seit dem Sommer 1839 lebte. Hier gründete sie alsbald den „Frauenverein zur Hilfe der Armen Kranken in den Häusern der Stadt und Umgebung von Paderborn" mit interkonfessionellem Charakter. Durch Anregungen aus diesem Kreis entwickelte sie weitere Ideen. Ein Jahr später entstand eine Kleinkinder-Bewahranstalt für Kinder kranker Mütter und solche aus armen Schichten. Seit 1842 betreute Pauline von Mallinckrodt blinde Kinder, deren Fürsorge und Erziehung zu ihrem wesentlichen Lebensziel werden sollte. Die Einrichtungen für blinde Menschen, die sie auf ihren Reisen kennengelernt hatte, machten auf sie einen starken Eindruck. Die Versorgung blinder Menschen war bis dahin ein besonders vernachlässsigter Bereich der Kranken- und Armenpflege. Pauline von Mallinckrodt erlernte selbst die Blindenschrift und brachte sie den Kindern bei, damit sie eine schulische Ausbildung erhalten konnten. Sie verfolgte das Ziel, die Kinder zu befähigen, später ihren Lebensunterhalt mit einfachen Arbeiten selbst zu verdienen.

Nach dem Tod des Vaters 1842 konnte Pauline von Mallinckrodt ihre Ideen und Vorhaben intensiver verfolgen. Bis zu diesem Zeitpunkt zwang die familiäre Situation sie, wie übrigens viele Frauen, ihre individuellen Bedürfnisse zurückzustellen. Nach der Auflösung des elterlichen Haushaltes konnte sie sich nun auf die Suche nach Formen und Möglichkeiten zur Realisierung ihres Wunsches nach einem „gottgeweihtem" Lebensentwurf machen. Zunächst entschied sie sich für ein tätiges religiöses Leben und gegen den Eintritt in einen kontemplativen Orden, wie sie 1840 an ihre Freundin Luise Hensel schrieb: „Ich schwankte hin und her, ob ich das *beschauliche* oder das *werkthätige* Leben wählen sollte, und konnte darüber nicht völlig klar werden. Indessen seit längerer Zeit scheint es mir, als wenn meine Individualität mehr für ein werktätiges Leben paßte." Die Entscheidung für eine bestimmte Gemeinschaft fiel ihr schwer: In ihrer Autobiographie schilderte sie ausführlich die vergebliche Suche nach einer Genossenschaft, die sich der Pflege blinder Kinder widmete, sowie ihren mißlungenen Versuch, den Paderborner *Vinzentinerinnen* beizutreten. All diese Bemühungen liefen darauf hinaus, die Kongregationsneugründung als unausweichlich erscheinen zu lassen, die sie dann gründlich vorbereitete.

Auf Reisen informierte sie sich umfassend über die kirchliche und weltliche Armen- und Krankenfürsorge sowie über das Erziehungswesen. Die „Bekanntschaft mit der Einrichtung verschiedener Orden war für mich ein nothwendiges Erforderniss, um nicht ohne alle Erfahrung zu beginnen. Ebenso war es mir nöthig, Anstalten zu kennen und die Grundlagen einer für sie erforderlichen Geschäftsführung." Gleichzeitig sammelte sie Kenntnisse über religiöse Aspekte genossenschaftlichen Zusammenlebens von Frauen; teilweise nahm sie am klösterlichen Leben der von ihr besuchten Gemeinschaften teil. Gespräche mit in Kongregationen lebenden und in Führungspositionen tätigen Frauen ermöglichten ihr tiefe Einblicke in genossenschaftliches religiöses Leben. Die Reisen dienten ihr quasi als Studienersatz und zugleich knüpfte sie ein umfangreiches Netz von Beziehungen, welches ihr in der weiteren Arbeit von großem Nutzen sein sollte.

Mit Unterstützung des Beichtvaters aus ihrer Kindheit und späteren Weihbischof von Köln, Anton Gottfried Claeßen, betrieb sie schließlich die Gründung einer Kongregation mit dem Schwerpunkt Blindenfürsorge und -erziehung. In ihrer Autobiographie schrieb sie dazu folgendes: „Das war also das Resultat alles Suchens und einer so weiten Reise: Der Entschluss, mich ganz Gott und den lieben Blin-

den und Armen zu opfern, indem ich mit Kraft und Entschiedenheit bei dem einmal begonnenen Werke nach Gottes hl. Willen und Wohlgefallen ausharrte ... Ich hatte ein grosses Gefühl der inneren Sicherheit, der Kraft und des Berufes zu dem Werke und beschloss, ganz langsam voran zu gehen."

In zähen Verhandlungen mit der preußischen Regierung ging es um den Charakter der neuzugründenden Blindenanstalt. Für Pauline von Mallinckrodt schien nicht in Frage zu stehen, daß auch der preußische Staat hierin eine gewisse Verantwortung zu übernehmen hatte. Ihre Aachener Freundin und Gründerin der Kongregation der *Armen Schwestern vom heiligen Franziskus*, Franziska Schervier, lehnte eine Kooperation mit dem Staat dagegen strikt ab, weil sie die Einmischung des Staates in kirchliche Aktivitäten fürchtete. Diesen Versuchen widerstand die Paderborner Gründerin beharrlich. Schließlich einigte man sich darauf, daß unter einem Dach zwei nach Konfessionen, nicht jedoch nach Geschlechtern getrennte Abteilungen als Provinzialblindenanstalt entstehen sollten: neben der protestantischen Abteilung in Soest eine katholische Einrichtung in Paderborn. Diese Einrichtung wurde am 6. Dezember 1847 eröffnet und durch Spenden, aber auch mit Zuschüssen der Regierung finanziert. Pauline von Mallinckrodt fungierte als deren Leiterin.

Parallel betrieb sie die Gründung der Kongregation, die sie für notwendig hielt, um die Betreuung und Erziehung der Blinden zu gewährleisten. Am 21. September 1848 genehmigte der Paderborner Bischof die von Pauline entworfenen Konstitutionen, wie die Statuten der Kongregationen genannt wurden. Daneben entstanden sogenannte äußere Statuten, die der Regierung zwecks Erteilung der Korporationsrechte vorgelegt wurden. Pauline von Mallinckrodt reiste im Dezember 1848 eigens nach Berlin, um dieses Verfahren zu beeinflussen; am 24. Februar 1849 erfolgte die Erteilung dieser Rechte und damit die staatliche Anerkennung der Kongregation. Als alle Voraussetzungen zur Gründung der neuen Gemeinschaft, die sich *Schwestern der christlichen Liebe* nannte, erfüllt waren, wurden am 21. August 1849 – am Fest der hl. Franziska von Chantal – Pauline Mallinckrodt und drei weiteren Frauen in Paderborn eingekleidet. Zusammen mit den Lehrerinnen Maria Rath, Elisabeth Schlüter und Mechthild Kothe begann Pauline von Mallinckrodt mit dem gemeinschaftlichen Leben.

Charakteristisch für diesen Gründungsprozeß war gleichermaßen die intensive Beschäftigung mit den Arbeitsfeldern wie mit der kanonischen und spirituellen Konzeption. Mit ihrem Anliegen standen die Paderborner Frauen keineswegs allein. In vielen Ländern Europas können, ausgehend von Frankreich und Belgien, ähnliche Entwick-

lungen beobachtet werden. Allein in Preußen entstanden zwischen Säkularisation und Kulturkampf – also zwischen 1803 und 1872 – 23 neue Frauenkongregationen, die sich in raschem Tempo ausbreiteten und verstärkt in den katholischen Provinzen Preußens zahlreiche katholische Frauen anzogen. Kurz vor Beginn des Kulturkampfes lebten 8011 Frauen in Kongregationen und Orden, während zu dieser Gruppe lediglich 1037 Männer zählten. Wenn in der katholischen Historiographie von einem „*Ordensfrühling*" die Rede ist, so verwischt dieser Begriff geschlechterspezifische Besonderheiten, genau genommen müßte dieses Phänomen als „*Frauenkongregationsfrühling*" bezeichnet werden. Die meisten Frauenkongregationen entstanden in den katholischen Provinzen Preußens: Rheinland, Westfalen und Schlesien.
Die Gründungsinitiative lag in der Regel in Händen von bürgerlichen Frauen, nur zwei Gründungen gehen auf Frauen aus den unteren Bevölkerungsschichten zurück. Kleriker spielten meist eine geringere Rolle, als die Geschichtsschreibung suggeriert. Von diesen 23 neuen Gemeinschaften beschäftigten sich allein zehn schwerpunktmäßig mit der Krankenpflege. Im Unterschied zu Bayern stellte der Bildungsbereich für Kongregationen in Preußen kein bevorzugtes Arbeitsgebiet dar. Typisch war oft ein breites Spektrum von Tätigkeiten. Konkret versahen die Frauen ambulante und stationäre Krankenpflege, Obdachlosen-, Alten- und Armenfürsorge und engagierten sich im Erziehungs- und Bildungswesen. Dazu gehörten Verwahrschulen für Kinder erwerbstätiger Mütter, Elementarschulen ebenso wie spezialisierte Schulen für die weibliche Jugend im Industriezeitalter und höhere Mädchenschulen einschließlich entsprechender Pensionate.

V

Doch zurück zu Pauline von Mallinckrodt und den *Schwestern der christlichen Liebe*. Im Mittelpunkt der Arbeit der *Liebesschwestern* – wie der Volksmund sie nannte – stand zwar die Blindenfürsorge, doch rasch kamen andere Aufgaben hinzu. Dazu gehörten in begrenztem Umfang Armen- und Krankenpflege, aber vor allen Dingen die Mädchenerziehung. 1871 unterhielten die Schwestern bereits zwölf Volksschulen für Mädchen, acht höhere Töchterschulen sowie vier Waisenhäuser mit eigenen Schulen vor allem in Westfalen und im Rheinland.
Pauline wurde Generaloberin und damit Leiterin der Kongregation. Diese Tätigkeit kann nach heutigen Maßstäben durchaus mit der Or-

ganisation eines Unternehmens verglichen werden, denn mit dem schnellen Wachstum der Kongregation – 1862 gehörten ihr bereits 162 Schwestern in fünfzehn Niederlassungen an – nahmen ihre Aufgaben ständig zu. So betreute sie intensiv die einzelnen Niederlassungen, erledigte die Verwaltungsaufgaben, hielt Kontakt mit Staat und Amtskirche und organisierte Ausbildung und Einsatz der Schwestern. Außerdem unternahm sie zahlreiche Reisen. Sie besuchte regelmäßig die einzelnen Filialen und scheute sich nicht, etwa bei Konflikten mit staatlichen Stellen die entsprechenden Personen beispielsweise in Berlin selbst aufzusuchen. Sie konferierte mit dem preußischen Kultusminister Adalbert Falk oder sprach bei der Königin Augusta vor.

Die Arbeit der Schwestern kam vor allen Dingen den Mädchen zugute, deren Bildungsbedürfnisse von der preußischen Bürokratie kaum beachtet wurden. Man hielt das Mädchenschulwesen nicht für besonders wichtig und überließ es in den überwiegend katholischen Provinzen Rheinland und Westfalen weitgehend der katholischen Kirche. Neben dem Schulorden der Ursulinen engagierten sich auch zahlreiche Frauenkongregationen in der Mädchenbildung. Hierdurch hatten viele Mädchen und junge Frauen erstmals die Möglichkeit, eine über das Volksschulwissen hinausgehende Bildung für sich zu erhalten.

Die Anforderungen an die Kongregation stiegen ständig, so daß gar nicht alle Bitten um Übersendung von Schwestern erfüllt werden konnten. Zwar erfreute sich die Kongregation der *Schwestern der christlichen Liebe* einer großen Beliebtheit bei Frauen, aber in aller Regel konnten sie nach dem Eintritt nicht sofort eingesetzt werden, da sie häufig noch keinen Beruf erlernt hatten. Von besonderer Wichtigkeit für den Erfolg der Arbeit war deshalb die Ausbildung dieser Frauen. Damals standen nur sehr wenige staatliche Ausbildungsstätten für Lehrerinnen zur Verfügung. So wurden die Schwestern im Paderborner Mutterhaus ausgebildet, anschließend legten sie in Münster das staatliche Lehrerinnenexamen ab. Auf diese Weise eröffnete Pauline von Mallinckrodt vielen jungen Frauen die Chance zur Berufsausbildung und -ausübung, zu der sie im weltlichen Leben kaum eine Gelegenheit gehabt hätten.

Ausgebildete Lehrerinnen konnten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit ihrem Beruf kaum den eigenen Lebensunterhalt bestreiten. Hinzu kam, daß ihre gesellschaftliche Position oft sehr prekär war, da ledige Frauen keinen anerkannten Platz in der bürgerlichen Gesellschaft zugewiesen bekamen und erst als Ehefrauen und Mütter hoffen konnten, den bürgerlichen Ansprüchen Genüge getan zu haben. Demgegenüber gab es in der katholischen Kirche Leitbil-

der, Räume und Handlungsbereiche auch für unverheiratete Frauen. Überdies galt in der katholischen Theologie eine zölibatäre Lebensweise auch im 19. Jahrhundert noch erstrebenswerter als die Ehe. Eine vergleichbare positive Bewertung der nicht verheirateten Frauen fand sich außerhalb der Kirche nicht. In den katholischen Frauengenossenschaften konnten ihre Mitglieder unter dem Schutz und der Anerkennung der Kirche leben und arbeiten, freilich mit der Einschränkung, daß von Klerikern eine gewisse Kontrolle ausgeübt wurde. Eine so selbstbewußte Persönlichkeit wie Pauline von Mallinckrodt wußte jedoch allzu großen Einfluß der Amtskirche auf ihre Kongregation zu verhindern.

VI

Der beeindruckende Aufschwung der Kongregation mit einer wachsenden Zahl der Schwestern und Niederlassungen wurde durch den Kulturkampf in Preußen zu Beginn der 1870er Jahre unterbrochen. Dabei handelte sich um Auseinandersetzungen, die auf unterschiedlichen Ebenen geführt wurden. In der gesellschaftlichen Diskussion zeigten sich Züge eines „Weltanschauungskampfes", diesen begleiteten aber auch soziale Konfliktlagen und politische Elemente im Zuge der Nationalstaatsbildung in Preußen und Deutschland. Aus staatlicher Perspektive ging es vorrangig darum, den Einfluß der katholischen Kirche auf das gesellschaftliche und politische Leben zu begrenzen. Unterstützung fand die Regierung insbesondere beim liberalen Bürgertum, welches die Meinung vertrat, daß die Kirche fortschrittshemmend und gegen jede moderne Entwicklung feindlich gesonnen sei. Die Kulturkampfgesetze verfolgten daher das Ziel, die Trennung von Staat und Kirche in die Wege zu leiten. Die staatliche Schulaufsicht und die Einführung der Zivilehe weisen in diese Richtung.

Das religiöse Genossenschaftswesen traf zunächst ein Erlaß des preußischen Kultusministers Adalbert Falk vom 15. Juni 1872, der es Mitgliedern von Orden und Kongregationen verbot, als Lehrerinnen und Lehrer an Elementarschulen zu arbeiten. Darüber hinaus wurden 1875 alle katholischen Orden und Kongregationen verboten, mit Ausnahme solcher Genosssenschaften, die sich ausschließlich der Krankenpflege widmeten. Die *Schwestern der christlichen Liebe* mußten bereits seit 1872 mit Einschränkungen ihrer Tätigkeit leben, da sie zahlreiche Schulen im Elementarschulwesen unterhielten. Pauline von Mallinckrodt unternahm in dieser Zeit vieles, um ein endgültiges Verbot zu verhindern. Letztlich gelang es ihr nicht. 1877

erfolgte die staatliche Auflösung des Paderborner Mutterhauses. Nur die kranken Schwestern durften bleiben, alle übrigen mußten Preußen verlassen. Das Mutterhaus wurde nach Belgien verlegt. In dem kleinen Ort Mont St. Guibert hatte Pauline von Mallinckrodt ein Haus gekauft.
Durch Kontakte nach Chile und in die USA erreichte die Generaloberin, daß zahlreiche Schwestern hier ihre in Preußen verbotene Arbeit fortsetzen konnten. Pauline selbst reiste eigens in diese Länder, um den Aufbau von Niederlassungen zu organisieren. Auf diese Weise konnte sie den Erhalt ihres Lebenswerkes außerhalb Preußens gewährleisten. Obwohl der Kulturkampf eine starke Beschneidung der Tätigkeiten der Kongregation in Preußen zur Folge hatte, bewirkte er andererseits deren massive Ausweitung im Ausland, die auch nach Ende des Kulturkampfes beibehalten wurde.
So bedeutete der Kulturkampf für die Kongregation der *Schwestern der christlichen Liebe* wie für viele andere Gemeinschaften letztlich eine Erweiterung ihrer Handlungsmöglichkeiten. Zwar mußten sich die Paderborner Schwestern – wie alle Kongregationen – aus der Elementarschulbildung zurückziehen, aber die höhere Mädchenschulbildung und das gesamte Spektrum der beruflichen Mädchenbildung blieb ihnen nach dem Ende des Kulturkampfes als Arbeitsgebiet ebenso erhalten wie die Blindenfürsorge. Außerdem kam es zu einer beträchtlichen Ausdehnung der Tätigkeiten durch die Arbeit in der Auslandsmission. Die umfangreiche Reisetätigkeit Pauline von Mallinckrodts ist aber nicht nur als Resultat des Kulturkampfes anzusehen: Die Betreuung derjenigen, die aus Deutschland im 19. Jahrhundert auswanderten, und der in den Aufnahmeländern lebenden Einheimischen war ein eigenständiges Ziel, welches Pauline verfolgte. Wäre es nur um die „Überwinterung" anläßlich des Kulturkampfes gegangen, hätte sie im belgischen Mont St. Guibert die Lage in Deutschland beobachten können. Berühmt wurde die Generaloberin in dieser Zeit im übrigen dadurch, daß sie in ihrem belgischen Exil den von Verhaftung bedrohten Paderborner Bischof Konrad Martin beherbergte und ihn nach dessen Tod (1879) in die Bischofsstadt zurückbrachte.

VII

Pauline von Mallinckrodt müssen wir uns – wie gezeigt werden konnte – als eine zupackende und äußerst selbstbewußte Frau vorstellen. Es stellt sich die Frage, welchen Unterschied es macht, ob man sich als Frau oder als Mann in der katholischen Kirche betätig-

te? Anhand der Lebensläufe der Geschwister Pauline und Hermann von Mallinckrodt im katholischen Milieu lassen sich Gemeinsamkeiten und signifikante Differenzen zwischen weiblichem und männlichem Engagement zeigen. Von der Herausforderung, die sich aus der Neuorientierung des Katholizismus ergaben, fühlten sich beide angesprochen. Beide bezogen deutlich Position für ihre Kirche, beide beteiligten sich an der Ausgestaltung dessen, was später das katholische Milieu genannt wurde.

Hermann von Mallinckrodt (1821–1874) gehörte zu den führenden Männer des politischen Katholizismus; ohne geistliche Weihen konnte er als Laie Einfluß nehmen. Wie seine vier Jahre ältere Schwester wuchs er in Aachen auf. Ohne familiäre Verpflichtungen nach dem Tod der Mutter 1834, studierte er ab 1838 Rechtswissenschaft in Berlin und Bonn, arbeitete anschließend als preußischer Beamter in verschiedenen Städten. Er heiratete 1860 und nach dem Tod der ersten Frau 1874 abermals, um die Kinder aus erster Ehe versorgt zu wissen. Parallel zu seinen beruflichen Arbeiten engagierte er sich kirchenpolitisch für den Katholizismus, 1852–1863 und 1868–1873 gehörte er dem Preußischen Landtag und seit 1867 dem Reichstag an. Neben Ludwig Windthorst galt Hermann von Mallinckrodt als der profilierteste Politiker des Zentrums. Eine vergleichbare Karriere wäre für Frauen im 19. Jahrhundert undenkbar gewesen. Hermanns Schwester Pauline mußte daher andere Wege gehen, denn ihr waren Studium und die Mitgliedschaft in politischen Parteien und Vereinen verboten. Als Kongregationsgründerin und Generaloberin gelang es ihr und zahlreichen anderen Frauen, dennoch innerhalb der katholischen Kirche tatkräftig zu handeln.

Mit dem Mittel der religiösen Frauengemeinschaft konnte Pauline von Mallinckrodt eine beträchtliche Zahl von Frauen für das kirchliche Engagement in Erziehung und Bildung gewinnen und über den lokalen Rahmen hinaus beschäftigen. In den 1850er und 1860er Jahren expandierte die Kongregation, von Paderborn bis Konstanz entstanden zahlreiche Niederlassungen. Ursprünglich zur Blindenfürsorge gegründet, trat die Mädchenbildung im Laufe der Zeit stärker in den Vordergrund. Die Bildung katholischer Frauen gehörte zu den wichtigsten Grundlagen, um dem katholischen Milieu Wirksamkeit zu verschaffen, und stellte im übrigen eine Aufgabe dar, die der ansonsten bildungspolitisch aktive preußische Staat nur im Elementarschulbereich, nicht aber bezüglich der höheren Mädchenbildung oder beruflichen Bildung von Mädchen und Frauen wahrnahm.

Der Rückgriff auf eine jahrhundertealte Form des religiösen Lebens in Gemeinschaft ermöglichte Frauen eine intensive Partizipation am kirchlichen Geschehen. Mehr noch, Frauen wie Pauline von Mal-

linckrodt paßten das Kongregationswesen an die modernen Erfordernisse an, wozu insbesondere das Bemühen um die Balance zwischen religiösem und aktivem Leben gehörte. Aber es muß konstatiert werden, daß Frauen als Individuen weit geringere Einflußmöglichkeiten hatten als Männer. Hermann von Mallinckrodt benötigte im Unterschied dazu weder Zölibat noch eine spezifische Lebensform, um auf den Katholizismus jener Zeit in seinem Sinne einwirken zu können.

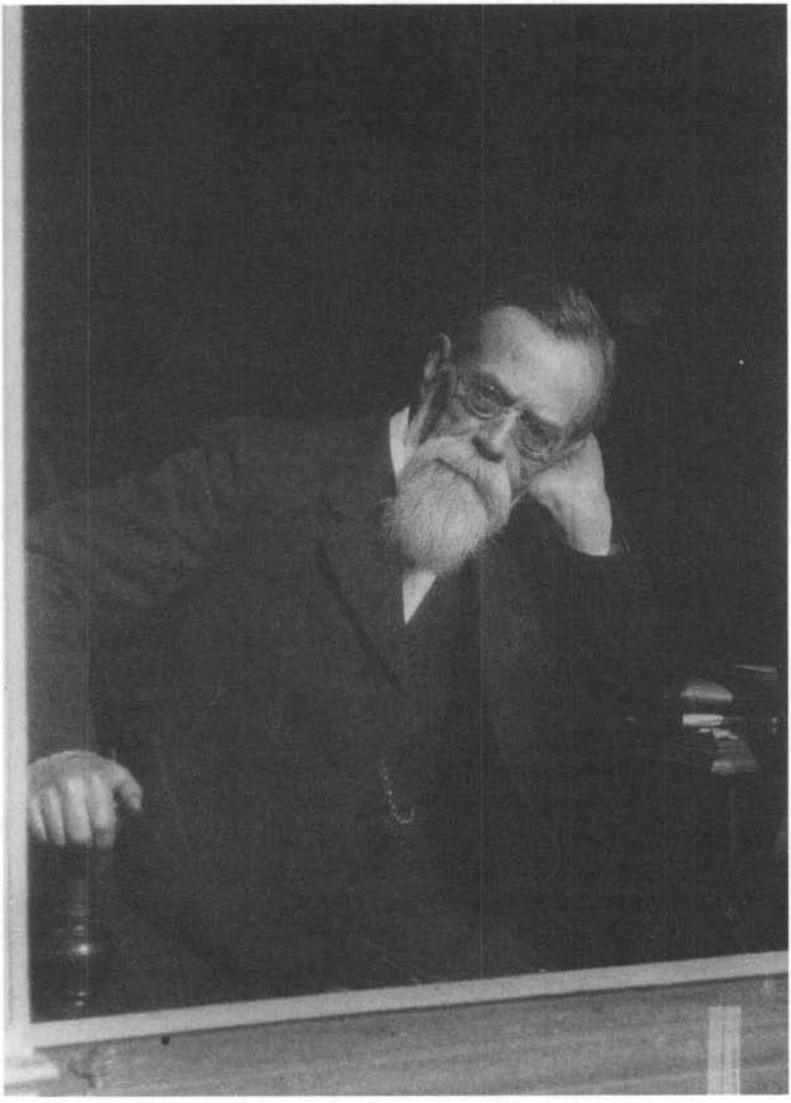
Pauline von Mallinckrodt besaß theologische und kanonistische Kenntnisse, die von großem Nutzen für ihre Unternehmungen waren. Viele Kongregationsgründerinnen waren in diesem Zusammenhang auf die Hilfe von Klerikern angewiesen, die die Frauen nicht selten in ihrem Sinne zu beeinflussen suchten. Mit ihren Fähigkeiten erweiterte Pauline von Mallinckrodt ihren Handlungsraum, indem sie beispielsweise die Aufstellung und ständige Revision der Konstitutionen der Kongregationen nicht Klerikern überließ, wie das in vielen anderen Gemeinschaften üblich war, sondern selbst nach kanonisch korrekten Formulierungen suchte.

Die Kongregationsgründerin nutzte konsequent den Weg, der Frauen im Katholizismus des 19. Jahrhunderts offenstand. Als Autodidaktin und mit familiärer Unterstützung bewegte sie sich sicher auch auf dem politisch-sozialen Parkett. Ohne dieses Engagement von Pauline von Mallinckrodt und zahlloser anderer Frauen in den Kongregationen, aber auch außerhalb dieser Gemeinschaften, hätte der Katholizismus im 19. Jahrhundert seine Wirksamkeit nicht entfalten können. Die Kirche wurde weiblicher, zumindest, wenn man sich das Zahlenverhältnis von Priestern und Bevölkerung und Ordensfrauen sowie Schwestern ansieht. 1850 kamen auf einen Priester beispielsweise im Erzbistum Köln 802 Gläubige, 1908 waren es bereits mehr als 1400. Ganz anders entwickelte sich das Verhältnis von Ordensfrauen und Schwestern zur katholischen Bevölkerung: 1850 kamen auf eine Frau aus Orden oder Kongregation mehr als 4800 Gläubige, während es 1908 nur 420 waren.

Die Frauen in den Kongregationen, zu denen auch Pauline von Mallinckrodt gehörte, entfalteten eine beträchtliche Wirksamkeit, die die Menschen in ihrem konkreten Alltag spüren konnten. Im Vergleich dazu läßt sich das Engagement ihres Bruders Hermann im politischen Katholizismus und dessen Einfluß auf die katholischen Belange nur schwer messen. Dessenungeachtet gilt, daß auch Frauen sich an der Gestaltung des Katholizismus im 19. Jahrhundert beteiligten.

Das Ende des Kulturkampfes erlebte Pauline von Mallinckrodt nicht mehr. Sie kehrte 1880, von zahlreichen Reisen gesundheitlich stark

angegriffen, nach Paderborn zurück. Am 30. April 1881 starb sie dort nach kurzer Krankheit im Alter von 63 Jahren. Sie hatte wie viele oft in Vergessenheit geratene Frauen einen erheblichen Anteil an der Schaffung einer neuen Legitimation für die katholische Kirche im 19. Jahrhundert. Sechs Jahre nach ihrem Tod, 1887, als der Vatikan und die preußische Regierung ihren Streit beigelegt hatten, wurde der Sitz des Mutterhauses der *Schwestern der christlichen Liebe* wieder nach Paderborn verlegt.



Hermann Cardauns (1847–1925)

„Wenn ich ihn einen Journalisten allerersten Ranges nenne, so gebe ich damit nur das allgemeine Urteil wieder. Für viele ist der Journalismus ein Handwerk, für manche nur die Zuflucht nach verfehltem Beruf. Für ihn war er eine Kunst, in der er lebte und webte, frei gewählte Liebe und Leidenschaft." Das sind Sätze, mit denen Hermann Cardauns 1918 seinen verstorbenen Kollegen Julius Bachem charakterisierte. Sie lassen sich ohne Abstriche auch auf ihn selber übertragen. Zweifelsfrei ist Cardauns einer der bedeutendsten rheinischen Publizisten des Kaiserreichs gewesen, und da ist es nicht verwunderlich, daß er bis heute den biographischen Lexika einen Artikel wert ist. Zuletzt fand er 1995 Aufnahme in die Deutsche Biographische Enzyklopädie, aber mit falschem Todesdatum, das schon in der Neuen Deutschen Biographie steht.
Doch Cardauns war nicht nur Journalist. Auch in seinem erlernten Beruf des Historikers hat er Großes geleistet. Noch 1966 wurde seine 1880 erschienene Biographie des im 13. Jahrhundert lebenden Erzbischofs Konrad von Hochstaden als beste Arbeit über diesen Kölner Oberhirten bezeichnet, obgleich Cardauns in seiner bescheidenen Art „Lücken und Fehler" in seiner Darstellung für wahrscheinlich gehalten hatte. Und die sogenannten Kassettenbriefe – die die schottische Königin Maria Stuart geschrieben haben soll, deren Echtheit Cardauns selbst gegen den damaligen führenden Kopf der kritisch-diplomatischen Methode Harry Breßlau, der nur „den schlimmsten der acht Briefe als Fälschung preisgab", bestritt – werden heute allgemein als dubiose und unbrauchbare Quelle betrachtet.

I

Hermann Cardauns entstammte einer angesehenen Kölner Familie. Der in Linnich (heute Kreis Düren) geborene Urgroßvater Johann Jakob Cardauns (1739–1802) war Professor der Jurisprudenz an der Kölner Universität und brachte es zum kölnischen Stadtsyndikus. Sein Sohn Jacob Rutger Joseph (1777–1829) wurde in Köln Friedensrichter und heiratete 1808 Anna Christina Josepha Charsalée (1780–1853), deren Vater aus Soumagne im wallonischen Teil des

heutigen Belgiens kam. Auch Jacob Rutger, Josephs Sohn mit Namen Alexander Ernest Jacques Toussaint (1808–1887) – der vierte Vorname ist eine Reminiszenz an die wallonische Herkunft der Mutter – wurde in der dritten Generation Jurist und erhielt 1843 ein Notariat in Köln. Er vermählte sich 1831 mit Sophia Catharina Caroline Forst (1809–1874), Tochter des Hypothekenbewahrers Franz Hugo Edmund Forst (1769–1834). Aus dieser Ehe gingen 12 Kinder hervor, dessen jüngstes Hermann war, der am 8. August 1847 in Köln zur Welt kam. Nach eigenem Bekunden hatte er eine glückliche Jugend, Eltern, die ihn mochten, und die er liebte, „brave Geschwister" und eine große Verwandtschaft, bei der er oft die Ferien verbrachte.

Eingeschult wurde er mit fünf Jahren und bezog nach dem vierten Schuljahr das Kölner Marzellengymnasium und 1860 das Apostelgymnasium, wo er 1864 mit 17 Jahren die Reifeprüfung als Musterschüler ablegte. Im Rückblick hat er seine mangelnde Schulbildung kritisiert, in der die alten Sprachen im Vordergrund standen und bis auf die Mathematik die Naturwissenschaften vernachlässigt wurden. Besonders prägte den jungen Schüler der Altphilologe Eduard Goebel, der auch deutsche Gedichte verfaßt hatte und es „so gut verstand, die unvermeidliche Pedanterie des Schulbetriebs durch Geist, Gemüt und poetische Auffassung zu würzen." Vermutlich wurde Cardauns schon von ihm dazu angeregt, kurz und prägnant zu schreiben, kühne Satzkonstruktionen zu meiden und einen bildreichen und individuellen Stil zu finden. Noch heute lassen sich Cardauns journalistische und historische Arbeiten, sieht man einmal von einigen altväterlichen Wendungen und Wörtern ab, gut und angenehm lesen. Anders verhält es sich mit seinen poetischen Werken, die, zumeist im mittelalterlichen Köln spielend, unter dem Pseudonym Heinrich Kerner erschienen sind. Sie wirken heute veraltet.

II

Am 24. Oktober 1864 ging Hermann Cardauns an die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität im benachbarten Bonn, um klassische Sprachen und Geschichte zu studieren. Sofort fand er Anschluß an den ein Jahr zuvor gegründeten katholischen Studentenverein „Arminia", der nicht nur Duell und Mensur verwarf, sondern dessen Mitglieder außerdem aus sozialen Gründen nach wenigen Monaten das Band in den Farben der Korporation abgelegt hatten, um nicht nach außen den Anschein zu erwecken, etwas Besseres zu sein. Mit Cardauns fanden noch sechs weitere Studenten den Weg zur Korpo-

ration: vier Juristen und zwei Mediziner. Klares Ziel dieser die Grenzen der Fakultäten überschreitenden Vereinigung war die Formung von „jungen gelehrten Kräften der heranwachsenden Generation", mit denen „still und sicher", wie es einer der Gründer, Max Lossen, formulierte, „eine katholische Universität wachsen werde". Somit war die Korporation eigentlich als wissenschaftlicher Verein gedacht, auch das ein Grund für den Verzicht auf öffentlich getragene Farben. Lossen erwartete aufgrund der vorgegebenen Zielsetzung von seinen Bundesbrüdern eigenständige wissenschaftliche Leistungen, die u. a. in Vorträgen dargeboten werden sollten. Cardauns hat dieser Forderung entsprochen. Wenn er später einräumte, daß nicht alle Arminen „Tugendmuster" gewesen seien und sie „erheblich" mehr als nötig getrunken hätten, so legte er freilich Wert darauf, daß es ihnen mit der Wissenschaft ebenso ernst wie mit ihrer religiösen Überzeugung gewesen sei. Er mußte aber zugeben, daß die Korporation dem hohen Anspruch, eine katholische Universität in nuce zu werden, nicht genügt habe, weil manche der wöchentlichen Vorträge oft recht „viel zu wünschen übrig" gelassen hätten. Freilich seien sie „für die geistige Schulung und erste rhetorische Vorbildung nicht unwichtig" gewesen.

Im Jahr 1865 vertrat Cardauns seinen Studentenverein auf der gleichzeitig mit dem Katholikentag in Trier abgehaltenen Generalversammlung der katholischen farbentragenden Studentenverbindungen und der nichtfarbentragenden Studentenvereine. Dort kam es zum Eklat: die Farbentragenden und Nichtfarbentragenden trennten sich, um eigene Wege zu gehen. Hintergrund war neben kleinlichen Eifersüchteleien und Formfragen wohl die Tatsache, daß die nichtfarbentragenden Vereine „vielleicht eine mehr puristische Auffassung des Katholizitätsprinzips" (W. Becker) als die anderen vertraten. Cardauns hat die damaligen Streitigkeiten, an denen er seinen Anteil hatte, bewußt vergessen. Immer wieder hat er beteuert, die sogenannte Farbenfrage sei nur eine Marginalie gewesen, die wahren Gründe später aber nie genannt und einen erneuten Zusammenschluß für einen unerfüllbaren Traum gehalten. „Die Mannigfaltigkeit der katholischen Studentenkorporationen" sei „kein Unglück".

Dem Kartellverband katholischer deutscher Studentenvereine (KV), wie sich die Vereinigung der nichtfarbentragenden Korporationen später nannte, ist Cardauns sein Leben lang, ohne ihm Kritik zu ersparen, treu verbunden geblieben. Aus ihm stammten viele seiner Freunde und Weggefährten wie etwa Konrad Gröber, Karl Trimborn und Georg von Hertling, der aber zusätzlich Mitglied in der farbentragenden Münchner „Aenania" geblieben war. Er hatte als erster 1863 auf dem Frankfurter Katholikentag den zehn Jahre zuvor ent-

standenen nichtfarbentragenden katholischen Berliner Leseverein vertreten, dort die neuen katholischen Korporationen vorgestellt, für sie geworben und ihre Ziele dargelegt.
Ein anderer Vertrauter aus Cardauns Studententagen war Franz Xaver Kraus, den er bei der „Arminia" kennen gelernt und der ihn nach Trier zur Generalversammlung begleitet hatte. Kraus fand aber keine rechte Beziehung zum Korporationswesen. Cardauns schätzte ihn besonders als Kunsthistoriker. Seine ätzende Kritik an den Zuständen in der Kirche hat er nicht unterstützt.
Während des Studiums in Bonn beeindruckte Cardauns vor allem der aus dem Sauerland stammende Historiker Wilhelm Kampschulte, ein Spezialist für den Humanismus und das Zeitalter der Glaubensspaltung. Er kümmerte sich um den jungen Studenten persönlich und empfahl ihn 1866 an seinen Doktorvater und Bonner Vorgänger Karl Adolf Cornelius in München weiter. Auch als Kampschulte 1870 altkatholisch wurde, hat Cardauns mit ihm nicht gebrochen.
Es war selbstverständlich, daß Cardauns in München der KV-Korporation, die sich später „Ottonia" nannte, beitrat. Als Rheinländer und somit eigentlich kein „Preuß", war er bei seinen bayerischen Kommilitonen beliebt, wurde sogar Schriftführer des KV-Vereins, mußte aber wegen allzu großer „Nonchalance" bei seiner Amtsführung abgesetzt werden, was jedoch der gegenseitigen Freundschaft nicht schadete. Durch ein „sehr lose geschürztes Lustspiel", das er geschrieben hatte und bei der Korporation aufgeführt worden war, fiel er nachhaltig auf. Hier hatte Cardauns seinem ihm eigenen Humor und seiner Spottlust freien Lauf gelassen. Aber wie in Bonn so vergaß er auch in München nicht die Verpflichtung zum ernsthaften Studium und blieb der fröhliche und zugleich strebsame Student. Cornelius hielt große Stücke von ihm und schickte ihn im Frühjahr 1867 auf eine Archivreise in die Schweiz, wo er sich vor allem in Bern mit den Anfängen der Reformation beschäftigte. Viel paläographische Vorkenntnisse brachte er nicht mit und fühlte sich bei der ersten Lektüre der ihm vorgelegten Schriftstücke wie jemand, den man ins Wasser geworfen hatte mit der Hoffnung, er würde dann schon schwimmen können. Diese Schocktherapie löste bei Cardauns heftige Depressionen aus. Schon in seiner Schulzeit waren die wechselnden Stimmungen – einmal ausgelassen, dann grüblerisch, ja jähzornig – ebenso seine „zeitweise hochgradige Skrupulösität" aufgefallen. Sie haben ihn „bis zu den Mannesjahren" geprägt und ihm „die schönsten Lebensjahre verbittert".
Nach seiner Rückkehr nach Bonn begann er im Wintersemester 1867/68 mit seiner Dissertation, in der er sein in der Schweiz gesammeltes Material verarbeitete. Am 13. Juni 1868 wurde er mit sei-

ner Arbeit über die Berner Reformation summa cum laude in Bonn zum Doktor der Philosophie promoviert. Im Herbst 1868 legte er außerdem sein Philologisches Staatsexamen ab, das er mit der Note „gut" bestand.
Nach Abschluß seiner Bonner Studien ging er, wohl weil er sich mit 21 Jahren für den Lehrerberuf noch viel zu jung fühlte, zum Wintersemester 1868/69 an die Universität Göttingen, wo er den prominenten Mediävisten und Verfassungshistoriker Georg Waitz kennen und schätzen lernte. Der vermittelte ihm eine Verbindung zu den „Monumenta Germaniae Historica". Für sie edierte er 1872 die „Annales monasterii S. Pantaleonis Coloniensis", eine Ausgabe, die noch heute benutzt wird. Er reüssierte damit freilich nicht, weil der Präsident der „Monumenta", Georg Heinrich Pertz, ihm vorwarf, sich nicht an die Editionsgrundsätze gehalten zu haben. Im Hintergrund spielte dabei gewiß eine Rolle, daß Cardauns Pertz ganz sachlich eine falsche Datierung – er hatte den sogenannten Kölner Osterstil übersehen – nachgewiesen hatte. In seinen Lebenserinnerungen erwähnt Cardauns den ihm nicht wohlgesonnenen Pertz nicht und meint nur, die Verbindung zu den „Monumenta" habe „ – schwerlich allein durch meine Schuld – ein rasches Ende" genommen. Erst als Pertz 1876 gestorben und Waitz sein Nachfolger geworden war, hat er wieder für die „Monumenta" gearbeitet.

III

Nach dem Scheitern bei den „Monumenta" sah sich Cardauns 1869 genötigt, als Probekandidat des höheren Schulwesens zu beginnen. Nur ein Jahr hielt er die für ihn schlimme Zeit durch. Bitter hat er sich als alter Mann beklagt, „daß man einen zweiundzwanzigjährigen jungen Menschen frisch von der Universität, ohne eine Spur von Einführung und praktischer Vorbildung ... auf den Katheder" gesetzt und es ihm selbst überlassen habe, „sich mit den Forderungen der Lehrmethode und Disziplin auseinanderzusetzen". Da er gleichzeitig mit seinem Probejahr bei der Historischen Kommission der bayerischen Akademie der Wissenschaften auf Anregung seines Lehrers Waitz mit der Herausgabe der deutschsprachigen Kölner Chroniken begonnen hatte, fiel er, nachdem er dem Schuldienst für immer Ade gesagt hatte, nicht ins Nichts. Im Wintersemester 1872/73 konnte er sich mit einer Schrift über die besagten Kölner Stadtchroniken in Bonn habilitieren. Der allmächtige Bonner Historiker Heinrich von Sybel sprach sich trotz seines „ausgesprochenen politischen und religiösen Gegensatzes" zu Cardauns für ihn günstig aus.

Daraufhin begann dieser 1873 als Privatdozent mit den Vorlesungen. Hier hörte ihn 1875 der spätere Papsthistoriker Ludwig Pastor, der in seinem Tagebuch festhielt, Cardauns ziehe mehr Studenten an, als der etablierte Professor Moriz Ritter. Außerdem vermerkte Pastor, daß er bei Cardauns Italienisch gelernt habe. Pastor, der ebenfalls der „Arminia" beigetreten war, schätzte Cardauns zeit seines Lebens. 1891 begleitete er ihn zu einem Besuch bei dem Altmeister der katholischen Geschichtsschreibung, Johannes Janssen. Cardauns hielt Janssen zwar für einen ausgezeichneten Gelehrten, merkte aber aufgrund seines starken analytischen Verstands Janssens Geschichte des deutschen Volkes eine unbewußte katholische Tendenz an. Diese öffentlich geäußerte Kritik hat ihm Janssen durchaus übel genommen, ohne freilich einen offenen Konflikt daraus zu machen. Übrigens hat Cardauns auch Heinrich Denifles Lutherbuch „Entgleisungen" bescheinigt.

IV

Wie schwer es Cardauns in Bonn als kirchentreuer Katholik haben würde, war schon während seiner Habilitation zu erkennen. Der ihm wohlgesonnene Sybel bemerkte in seinem Gutachten, Cardauns müsse selbst ermessen, inwieweit die Bonner Verhältnisse für ihn günstig ständen, was vor allem von seiner Haltung „zu den kirchlichen Fragen" abhänge. Diese wurde erkennbar, als Cardauns wie sein Freund Hertling, zur Zeit Privatdozent der Philosophie in Bonn, es ablehnten, die „Königswinterer Protest-Erklärung" gegen die Infallibilität vom 14. August 1870 zu unterschreiben. Die spätere Entwicklung der altkatholischen Bewegung bestätigte Cardauns, richtig gehandelt zu haben. Aber er und Hertling wurden nun als Außenseiter empfunden und als „Ultramontane" von den Kollegen an der Hochschule geschnitten.

Langsam wurde Cardauns immer deutlicher bewußt, daß er an der Bonner Universität keine Aussicht auf irgendeine Beförderung hatte. Eine Bewerbung in Frankfurt a. M., um dort das Stadtarchiv zu übernehmen, scheiterte schon im Vorfeld, weil er als „Ultramontaner" chancenlos war. Als 1880 der Kölner Stadtarchivar Leonhard Ennen starb und er sich auf seinen Posten bewarb, ist es ihm übrigens nicht anders ergangen. Aber da war er schon auf einem sicheren Posten, denn 1875 hatte ihm Joseph Bachem die Stelle eines Redakteurs an der „Kölnischen Volkszeitung", für die er gelegentlich schon arbeitete, angeboten. Das Angebot kam nicht von einem kleinen Lokalblatt – auch ein solches hatte sich für Cardauns interes-

siert – sondern von der auflagestärksten zentrumsnahen Zeitung, die in ganz Deutschland beachtet wurde. Cardauns griff daher zu. In den Herbstferien machte er sich mit der Zeitungsdrucktechnik vertraut und stellte am 15. März 1876 seine Vorlesungen in Bonn ein. Zwei Tage später begann er seine Tätigkeit als Redakteur. Sicherlich ist ihm die Entscheidung für den Journalismus, die er nie bereut hat, dadurch leichter gefallen, weil er einen eigenen Hausstand gründen wollte. Am 2. Juli 1876 konnte er als wohlbestallter Redakteur die fast acht Jahre jüngere Caroline Sasse (1855–1937), Tochter eines Barmer Kaufmanns, heiraten. Aus dieser glücklichen Ehe sind acht Kinder hervorgegangen.

V

Noch als Bonner Privatdozent beteiligte sich Cardauns 1875 an der Gründung der Görres-Gesellschaft. Neben seinem Freund Hertling hatten im September des Jahres sein Vetter Eduard Müller, Rechtsanwalt in Koblenz, der Kölner Hals-, Nasen- und Ohrenarzt Karl Melchior Hopmann, ein Bekannter Hertlings, der Rechtsanwalt und Redakteur der „Kölnischen Volkszeitung" Julius Bachem und der am 15. Mai 1875 durch den preußischen König nicht mehr bestätigte Bonner Oberbürgermeister Leopold Kaufmann, an einer Vorbesprechung auf der Terrasse des Bahnhofs Rolandseck, einem beliebten Treffpunkt Bonner Studenten, teilgenommen. Bis auf Kaufmann, der 54 Jahre alt war, waren sie alle noch jung und standen am Beginn ihrer Karriere. Kaufmann, Hertling und Cardauns hatten bereits am eigenen Leib erfahren, was es bedeutete, während des Kulturkampfes als „ultramontan" zu gelten. Damit galt man nicht nur politisch als unzuverlässig, sondern außerdem auch noch als intellektuell rückständig. Dem wollten die Gründer entgegen wirken. Auf Anregung des Mainzer Domdekans Johann Baptist Heinrich wählten sie für diese „Selbsthilfeorganisation katholischer Wissenschaftler" (W. Becker) den streitbaren Vorkämpfer für Glauben und kirchliche Freiheitsrechte Joseph Görres zum Patron. Ziel war es, sich dem weltanschaulichen Liberalismus entgegen zu stellen, um das Inferioritätsgefühl und die Gettomentalität der Katholiken zu überwinden. Am 24. Juni 1876 wurde die „Görresgesellschaft zur Pflege der Wissenschaften im katholischen Deutschland" in Koblenz, dem Geburtsort des Namengebers, aus der Taufe gehoben. Sitz der Gesellschaft wurde Bonn mit Rücksicht auf den zukünftigen Generalsekretär Leopold Kaufmann. 1885 übernahm Cardauns die Redaktion der Vereinsschriften und 1891 bis 1912 als Nachfolger Kaufmanns

das Generalsekretariat. Als Präsident amtierte Hertling, mit dem Cardauns glänzend auskam. Beiden ist es zu verdanken, daß die Görresgesellschaft, die auf katholischem Glauben und christlichem Menschenbild fußte, bald hohes wissenschaftliches Ansehen erreichte.

VI

Als Cardauns 1876 in die Redaktion der „Kölnischen Volkszeitung" eintrat, hatte der Kulturkampf seine „Siedehitze" erreicht. Er habe „eigentlich immer mit einem Fuße im Gefängnis" gestanden, berichtete 25 Jahre später ein Kölner Freund über die Anfangsjahre des jungen Redakteurs. „Mit allen Waffen, welche die Wahrheit" ihm geboten habe, sei er „gegen Lüge und Unrecht" angetreten, ohne aber persönlich zu werden. Nach dem Wahlspruch „Fortiter in re, suaviter in modo" habe er gehandelt, obgleich er selbst durch die preußische Ordensgesetzgebung betroffen gewesen sei: Drei seiner Schwestern wurden als Angehörige des Sacré Coeur-Ordens, der als „jesuitenverwandt" galt, aus Deutschland vertrieben.
Trotz aller Drangsale des Kulturkampfs hat es Cardauns, unterstützt von Julius Bachem, mit ihm gleichberechtigter Redakteur und von ihm gern als „Zwillingskollegen" verstanden, die Gegensätze zwischen Staat und Kirche nicht noch zu verschärfen. Das Verhältnis der beiden zueinander, die manche Artikel gemeinsam verfaßten, muß man geradezu als symbiotisch bezeichnen. Doch lag die Hauptlast der Redaktionsarbeit der Zeitung, die dreimal täglich erschien, auf den Schultern Cardauns, weil sein Kollege als Mitglied der Kölner Stadtverordnetenversammlung und des Preußischen Abgeordnetenhauses immer wieder abwesend sein mußte. Daher war es nur konsequent, daß Cardauns ab dem 6. Juli 1878 Hauptschriftleiter der Zeitung und presserechtlich für sie verantwortlich wurde.
Der Zentrumsführer Ludwig Windthorst konnte sich voll auf Cardauns verlassen. Anders als die andere überregionale Zentrumszeitung „Germania" (Berlin) teilten die „Kölnische Volkszeitung" und ihr Chefredakteur uneingeschränkt den politischen Kurs Windthorsts. Dieser hat Cardauns im Scherz einmal seinen „Gönner" genannt. Er wußte, was er an ihm hatte. Auch Hertling schätzte seine unbedingte Loyalität und seine journalistischen Fähigkeiten. Er wie Julius Bachem waren für Hertling Ausnahmeerscheinungen, die die „Kölnische Volkszeitung" weit über die Mittelmäßigkeit anderer Presseerzeugnisse einschließlich der „Germania" hinausragen ließ. Cardauns folgte Windthorst auch in dessen Ablehnung jeglichen

Rassismus. Sollte in einem Zentrumsblatt einmal ein antijüdischer Beitrag erscheinen, wurde dies sofort kritisch vermerkt.
Als 1887 Papst Leo XIII. vom Zentrum erwartete, daß es Bismarcks Septennatsvorlage zustimme, blieb Cardauns auf Windthorsts Seite und widersprach. Deutlich sah er die Gefahr für das Zentrum, seine Unabhängigkeit zu verlieren. Auf politischem Gebiet lehnte er den „Nurkatholizismus" entschieden ab. Für die Verhandlungen des Papstes mit Bismarck über eine endgültige Beilegung des Kulturkampfs über die Köpfe des Zentrums hinweg hatte Cardauns kein Verständnis, und als durch die Milderungsgesetze bei den Katholiken gewisse „Ermüdungserscheinungen" (R. Kiefer) auftraten, hat er die gänzliche Aufhebung der Maigesetze angemahnt.

VII

Unermüdlich hat sich Cardauns für eine Verbesserung des Ansehens der Presse eingesetzt, die er als „potestas nova" erkannte. Bis in die Zeiten des Kulturkampfs war es bei Veranstaltungen katholischer Vereine noch üblich gewesen, auf die Presse wenig Rücksicht zu nehmen. Eine grundlegende Änderung trat jedoch mit der Gründung des „Augustinus-Vereins zur Pflege der katholischen Presse" im August 1878 ein, zu deren Protagonisten Cardauns gehörte. Den Verein hielt er für einen „Segen". Die Hebung des Standesgefühls, die Beilegung von Streitigkeiten untereinander und die Einrichtung der „Centrums-Parlaments-Correspondenz" in Berlin sowie einer Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenkasse waren einige der Errungenschaften, für die er sich eingesetzt hatte.
Nach Windthorsts Tod 1891 unterstützte Cardauns die Politik des Nachfolgers Ernst Lieber. Als sich dieser 1893 gegen die von dem Reichskanzler Graf Leo von Caprivi vorgelegte Heeresvorlage stellte, weil er die finanziellen Folgen voraussah und den zunehmenden Militarismus ablehnte, konnte er mit Cardauns journalistischer Hilfe rechnen. Als dann die adligen Agrarier in der Zentrumsfraktion die Diskussion um die Heeresvorlage als Vorwand nahmen, um u. a. eigene Interessen wie die Erhöhung der Getreidezölle durchzusetzen, erkannte Cardauns sofort, daß damit die Spaltung der Partei drohte. Er legte sich mit dem Vorsitzenden des Rheinischen Bauernvereins, Felix Freiherr von Loë, an und widersprach der Vorstellung einer berufsständischen Organisation der Gesellschaft und der Freigabe der Abstimmung der Zentrumsabgeordneten mit Ausnahme von kirchenpolitischen Entscheidungen. Die Partei distanzierte sich später auf Betreiben Cardauns von dem rheinischen Bauernführer, der dar-

aufhin seinen Sitz im Vorstand der Zentrumsfraktion im Preußischen Abgeordnetenhaus verlor. Cardauns hat dem 1896 verstorbenen Loë guten Willen und die „Reinheit" seiner Absichten nicht abgesprochen, jedoch in seinem „ausgesprochen ideologischen Grundzug" und seiner „Neigung zur Theorie" ein „Unglück" für diesen charaktervollen Mann und Organisator gesehen.
Cardauns kannte Loë schon länger. Der Bauernführer hatte nämlich zu jenen Laien gehört, die im März 1890 einen „Verein deutscher Katholiken zur Lehr und Wehr gegen die Angriffe des modernen Unglaubens" mit dem Ziel der „Belehrung des deutschen Volkes über die religiösen und sozialen Irrtümer der Gegenwart" gründen wollten, aus dem dann der „Volksverein für das katholische Deutschland" hervorgegangen ist. Er schlug aber, anders als es von Loë und seinen adligen Freunden geplant war, eine sozialreformerische Richtung ein. Windthorst hatte die Entstehung eines apologetischen Katholikenvereins verhindert und den Mönchengladbacher Fabrikanten Franz Brandts zum Vorsitzenden wählen lassen. Dieser neue Verein fand nicht nur, weil sein Freund Karl Trimborn zweiter Vorsitzender geworden war, Cardauns volle Sympathie, der als „Arbeiterfreund" galt. Deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn er bei den Auseinandersetzungen um die „Christlichen Gewerkschaften", die der „Volksverein" förderte, auf deren Seite stand und ihre Interkonfessionalität verteidigte. Cardauns machte damit die „Kölner Volkszeitung" zum Sprachrohr der katholischen Sozialreform, die den Namen „Köln-Gladbacher-Richtung" des Katholizismus erhielt. 1903 ist Cardauns mit Brandts, Trimborn, von Hertling u. a. in Rom gewesen und hat dort eine Lanze für die „Christlichen Gewerkschaften" gebrochen. Integralistische katholische Kreise haben ihm dies als „Irreverenz gegen den Hl. Stuhl" angekreidet.

VIII

Im Jahr 1895 ließ sich Cardauns breit schlagen, ein Mandat in der Kölner Stadtverordnetenversammlung anzunehmen, wodurch er Platznachbar und Kollege seines Freundes Trimborn wurde. Mit ihm stritt er gegen das undemokratische Dreiklassenwahlrecht, konnte ihm aber nicht folgen beim Bau des Opernhauses, der Anlage des Stadtwalds und der Errichtung der Handelsakademie, gegen die er stimmte. „Die Bedürfnisse Kölns als rasch sich entwickelnde Großstadt" lagen Trimborn mehr als Cardauns am Herzen. Das verwundert bei jemandem, der sonst der Moderne so aufgeschlossen gegenübertrat.

In Köln war Cardauns fest verwurzelt. Hier gehörte er dem „katholischen Volksverein" an, der zu einer „politischen Schule der Kölner Katholiken" (R. Kiefer) geworden war. Erholung fand er unter seinen Freunden in dem von Trimborn und ihm gegründeten Kölner KV-Altherrenzirkel. Er war ein gerngesehener Gast und Redner in vielen Vereinen: in den katholischen Arbeitervereinen, im „Volksbildungsverein", im „Windthorstbund" und bei den Generalversammlungen der deutschen Katholiken, an denen er regelmäßig teilnahm. Die Veranstalter ehrten ihn dafür, indem sie ihn 1902 zum Präsidenten des Katholikentags in Mannheim beriefen.
Besonders nahe stand Cardauns der „Historische Verein für den Niederrhein", dessen Vorstand er von 1881 bis 1912 angehörte. 1881 war der Bonner Jurist, Historiker und Literaturkenner Hermann Hüffer Nachfolger des Vereinsgründers Joseph Hubert Mooren geworden. Cardauns war ihm eng verbunden, obgleich der neue Vereinsvorsitzende als kirchendistanziert galt und er ihm bei der damaligen Wahl zum Vorsitzenden unterlegen gewesen war. Die Vereinsmitglieder hatten wenig mutig Hüffer Cardauns vorgezogen, weil dieser politisch zu exponiert war.
Mit Hüffers Nachfolger, dem bestimmenden Heinrich Schrörs, harmonisierte er weniger. 1909 kam es anläßlich einer Publikation des „Historischen Vereins" zu einem handfesten Krach, worauf vier Mitglieder den Vorstand verließen, darunter Cardauns. Schrörs machte den Schaden nach dem Ersten Weltkrieg endlich wieder gut und schlug Cardauns, der sich weiterhin als Redner um den Verein verdient gemacht hatte, zum Ehrenmitglied vor, was nach dessen 52jähriger Mitgliedschaft 1922 geschah. Oft hatte er sich, der als Privatdozent in Bonn schon über niederrheinische Geschichte gelesen hatte, in den „Annalen des Historischen Vereins" zu Wort gemeldet und in ihnen von 1870 bis 1909 publiziert.

IX

Cardauns, der in jungen Jahren den Verleger Joseph Bachem vor einer peinlichen Bloßstellung bewahrt hatte, verhinderte 1896, daß einige „hochgestellte kirchliche Persönlichkeiten" einem Schwindler, der sich Leon Taxil nannte, auf den Leim gingen. Dieser gab vor, sich von der Freimaurerei losgesagt zu haben. Seine vorgetäuschte Bekehrung sollte freilich dazu dienen, die kirchliche Opposition gegen die Freimaurer lächerlich zu machen. Taxil hatte eine Schrift mit dem Titel „Die Geheimnisse der Hölle oder Miß Diana Vaughan, ihre Bekehrungen und ihre Enthüllungen über die Freimaurerei" ver-

faßt, die voller phantastischer Einfälle und blühendem Unfug war. Ein Artikel in der „Kölnischen Volkszeitung" brachte das Lügengebäude zum Einsturz.
Nach der Aufdeckung des Taxilschwindels nahm Cardauns sich den noch heute viel gelesenen Abenteuerschriftsteller Karl May vor. 1900 hatte Cardauns erfahren, May habe einige pornographische Romane geschrieben. Damals wurde der Autor auch in katholischen Kreisen weiterempfohlen, und der katholische Verlag Pustet in Regensburg hatte eine Reihe von Werken des Romanciers in seinem Hausschatz abgedruckt. May pries dort die Marienverehrung und verteidigte den Primat des Papstes, so daß gemutmaßt wurde, er sei katholisch. Zwar hatte der Literaturkritiker Karl Muth schon vor den Geschmacklosigkeiten Mays und seinen zu dick aufgetragenen religiösen Phrasen gewarnt, und der „Kölnischen Volkszeitung" war „dieser Mann zu fromm" gewesen, aber das hatte seinem Renommee keinen Abbruch getan. Cardauns, der anfangs meinte, Mays Romane ständen „bei aller wilden Phantastik doch hoch über den tollen Indianer-, Räuber- und Mordgeschichten, mit denen sonst die Jugend gefüttert" werde, deckte schließlich Mays Autorenschaft einiger Schundromane auf, weil er befürchtete, eines Tages würde den Katholiken angelastet, einen Pornographen gefördert zu haben. Wie im Falle Taxil wäre der Schaden für die Katholiken groß gewesen.
Cardauns hielt deshalb am 6. November 1901 in Dortmund einen öffentlichen Vortrag über jene „schmutzigen Colportage-Romane" Mays, die in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts in Dresden zeitgleich mit den katholisierenden Werken bei Pustet erschienen waren. Die Dortmunder „Tremonia" berichtete ausführlich über Cardauns Vortrag, worauf Pustet die Zusammenarbeit mit May aufkündigte. Dieser behauptete darauf, die Bordellgeschichten und Unzuchtszenen habe der Verleger ohne sein Wissen eingearbeitet. Den Beweis dafür hat er nie beibringen können. Cardauns hat es mit seinem Dortmunder Vortrag nicht bewenden lassen, sondern die Ergebnisse seiner Untersuchungen im April 1902 in den „Historisch-politischen Blättern" veröffentlicht. May schwieg zunächst, doch griff er zwei Jahre später Cardauns an und nannte ihn einen „hyperultramontanen Redaktionspapst", der sich einbilde, „der Herr und Meister der ganzen katholischen Kirchen- und Laienschaft zu sein". Cardauns hat sich darüber amüsiert und 1907 noch einmal in den „Historisch-politischen Blättern" zur Feder gegriffen, als versucht wurde, Karl May reinzuwaschen. Nie hat Cardauns von seinem Wissen Gebrauch gemacht, daß May als junger Mensch zu Freiheitsstrafen verurteilt worden war. Er führte die Auseinandersetzung nur mit sachlichen Argumenten, was seiner Überzeugung vom Journalismus entsprach.

May blieb ihm „in mancher Beziehung ein Rätsel", dessen Lösung er „großenteils in pathologischen Zuständen" suchte.
Auch in einem weiteren Fall konnte er sich die Reaktion seines Kontrahenten nur dadurch erklären, daß diesem „in Augenblicken der Erregung die Anwendung der Denkgesetze abhanden" gekommen sein mußte. Gemeint war Paul Graf von Hoensbroech, Sproß einer alten niederrheinischen Adelsfamilie, der 1893 den Jesuitenorden verlassen hatte, 1895 evangelisch geworden war und nun im Sinne des „Evangelischen Bundes" gegen „Jesuitismus und Ultramontanismus" kämpfte. Sein 1893 erschienenes Buch „Mein Austritt aus dem Jesuitenorden" hatte hohe Auflagen erzielt. Als 1900 der erste über 700 Seiten starke Band seines Werks „Das Papsttum in seiner sozial-kulturellen Wirksamkeit" erschien, nahm sich Cardauns das Buch vor und wies dem Autor nicht nur nach, daß er mindestens 60 bis 70 Seiten aus einem früheren Werk wiederholt, sondern umfassende Passagen aus Publikationen anderer ohne Quellenangabe zitiert hatte. Außer diesem Verstoß gegen das geistige Eigentum hatte Hoensbroech ferner unbequeme Tatsachen auf den Kopf gestellt und vielfach schlichtweg falsch zitiert.
Für einen methodensicheren Historiker wie Cardauns war es ein Leichtes gewesen, die vielen Fehler aufzuspießen. Besonders belustigte ihn, daß Hoensbroech aus einer Hexenbulle des Papstes Innocenz VIII. die „verächtliche Auffassung des weiblichen Geschlechts" durch „die ultramontane Theologie" belegen wollte, dabei aber vergessen hatte, daß „homines" im Lateinischen nicht nur Männer, sondern auch Menschen bedeuten kann. Hoensbroech hat auf diese Kritik in den Preußischen Jahrbüchern ausfällig reagiert, Cardauns persönliche Motive unterstellt und ihm empfohlen, sich eine Brille anzuschaffen. Der Angegriffene hat darauf zurückhaltend geantwortet, aber 1901 Hoensbroech weitere Plagiate, falsche Zitate und grobe Irrtümer nachgewiesen.

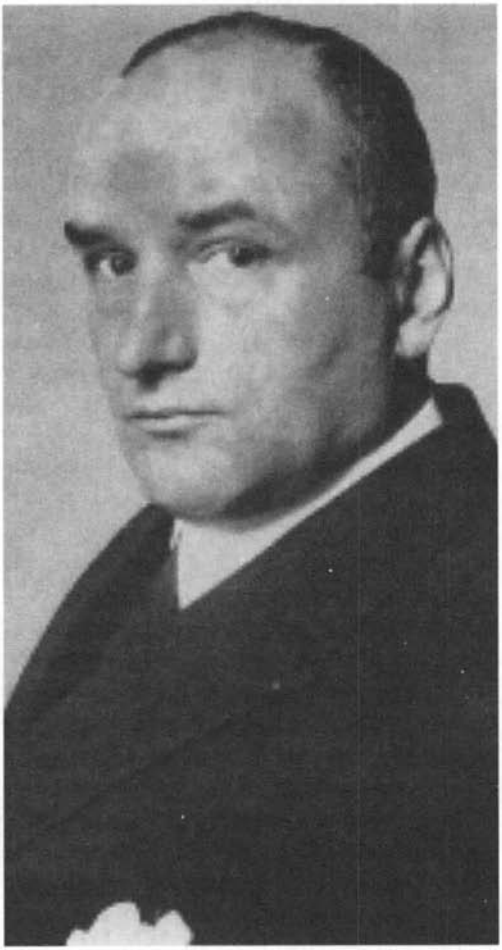
X

Die harten Jahre der politischen Auseinandersetzung hatten Cardauns müde werden lassen, so daß er 1907 den Posten des Redaktionschefs niederlegte. Karl Bachem, Sohn des Verlegers Joseph Bachem, hat bei allem Respekt vor Cardauns Leistung ihm später vorgeworfen, jüngere Mitarbeiter schlecht behandelt zu haben, „um bei diesen das Gefühl ihrer Minderwertigkeit und Unfähigkeit zu erhalten". Daraus spricht die verständliche Verärgerung Bachems, daß Julius Bachem und Cardauns ihn als Rivalen empfanden und ihn

deshalb nicht hatte hochkommen lassen. Cardauns versäumte es dann auch, einen Nachfolger aufzubauen, der sein politisches Format hätte erreichen können.
1910 ließ es sich Cardauns nicht nehmen, in den sogenannten Literaturstreit einzugreifen und sich in den „Historisch-politischen Blättern" gegen den dort vorgebrachten Vorwurf zu verwahren, Karl Muth sei ein Modernist. Das sei eine „Pauschalverdächtigung". In der „Kölnischen Volkszeitung" plädierte er dann für einen „Schlußantrag" in dieser Auseinandersetzung und verlangte ein Ende der „Modernismusschnüffelei". Am Rande wunderte er sich ferner darüber, Herman Schell wegen seiner Schrift „Katholizismus als Prinzip des Fortschritts" als „modernistischen Theologen" einzuschätzen, bestritt aber nicht, „daß manche Freunde Schells in seiner Verteidigung oder Entschuldigung weiter als nötig und rätlich gegangen" seien. Eine geplante Schlußabrechnung Cardauns in der „Kölnischen Volkszeitung" mit den „Antimodernisten" verhinderte jedoch deren Verleger Franz Xaver Bachem. Tief enttäuscht schrieb er diesem am 16. Februar 1911, die Zeitung sei dabei, sich die „Sympathien der Intellektuellen zu verscherzen". Deutlich sah er die Folgen des gefährlichen Kurswechsels der Zeitung unter dem Einfluß Joseph Frobergers voraus, der als theologischer Apologet im Modernismusstreit Cardauns mit „geistlicher Zensur" gedroht hatte. Dafür hatte er kein Verständnis.

XI.

Der Soldatentod seines ältesten Sohns, der verlorene Erste Weltkrieg und die „unselige Revolution" haben Cardauns schwer getroffen. Seelisch zermürbt und kränkelnd versuchte er, sich durch wissenschaftliche Arbeiten und ausgedehnte Wanderungen, die er seit seiner Kindheit liebte, abzulenken. Aber er war nicht mehr der Alte. Seine biographischen Arbeiten dieser Zeit zeugen von einer fast schon übertriebenen Diskretion und Milde gegen jedermann, die sich bereits bei seinen 1912 erschienenen Erinnerungen ankündigte. Was konnte er doch früher bissig, spöttisch und ironisch werden.
Kurz vor Vollendung seines 78. Lebensjahres ist er am 14. Juni 1925 in Bonn einem Herzleiden erlegen. Seine letzte Ruhestätte fand er auf dem Kölner Friedhof Melaten.



Erich Klausener (1885–1934)

Zum Heiligen Jahr 2000 hat die Deutsche Bischofskonferenz in einem „Martyrologium des 20. Jahrhunderts" die Schicksale all jener Männer und Frauen vorgestellt, die als „Zeugen für Christus" während der totalitären Herrschaft des Nationalsozialismus und des Kommunismus ihr Leben verloren haben. Zu ihnen gehörte auch Dr. Erich Klausener, in Berlin einst hoher Ministerialbeamter und Führer der katholischen Laien. Im Zusammenhang mit dem sogenannten Röhm-Putsch war er am 30. Juni 1934 von der SS ermordet worden.

Die Aufnahme Klauseners in das Martyrologium hatte einen langen Vorlauf. Schon im Februar 1936 hatte Clemens August Graf von Galen, der furchtlose Bischof von Münster, in einer Predigt in Xanten, über dem kurz zuvor entdeckten Grab des Märtyrer-Heiligen Viktor, mit deutlichen Hinweisen den feigen Mord an Erich Klausener gebrandmarkt. Wie in der frühen Christenheit, also in der Zeit des Hl. Viktors, gebe es auch im 20. Jahrhundert Christen, die das katholische Volk „über ihren frischen Gräbern, in denen ihre Asche ruhe", für Märtyrer des Glaubens halte. Galen kannte den Ermordeten sehr genau, hatte er doch über 20 Jahre, bis 1929, als Pfarrer in Berlin gelebt und wußte um die Verdienste Klauseners für den deutschen Katholizismus.

Zwar tragen seit den 50er Jahren in vielen Städten Deutschlands Plätze und Straßen, Einrichtungen von Staat und Kirche Klauseners Namen. Inzwischen ist jedoch die Erinnerung an ihn merkwürdig verblaßt.

I

Ungeachtet seiner Tätigkeiten in Westfalen und Berlin war der am 25. Januar 1885 in Düsseldorf geborene Erich Klausener nach Herkunft und Mentalität Rheinländer. Sein Vater Peter stammte aus Aachen, seine Mutter Elisabeth geb. Biesenbach aus Düsseldorf. Die Sorge um das Wohl von Staat und Kirche war Bestandteil des familiären Erbes: Verdient um die Entwicklung eines dichten Netzes sozialer Einrichtungen in der Rheinprovinz, war sein Vater stellvertre-

tender rheinischer Landeshauptmann. Der Großvater mütterlicherseits, der Advokat Gustav Biesenbach, hatte über viele Jahre Düsseldorf im preußischen Abgeordnetenhaus vertreten und an der Seite Ludwig Windthorsts für die Freiheitsrechte der Kirche im Bismarckschen Staat gefochten. Vater und Großvater waren Exponenten der rheinischen Zentrumspartei. Auch Erich Klausener sah im Zentrum seine politische Heimat. Die Berufswahl fiel ihm nicht schwer. Wie sein Vater strebte er in die öffentliche Verwaltung. Als Traumziel schwebte ihm der preußische Landrat vor. Nicht die obrigkeitlich-bürokratischen Funktionen dieses Amtes standen für ihn im Vordergrund, sondern die dem Landrat gewährten Freiräume für Gestaltung und Fortschritt.

Beim Studium in Bonn, Berlin und Kiel gab es weder Schwierigkeiten noch wissenschaftliche Glanzpunkte. Beide Examina legte er mit „gut" ab. Den Doktorhut in Würzburg erwarb er „cum laude" ganz pragmatisch – durch bloße Übersendung der unveränderten Fassung der Hausarbeit des Assessorexamens und mündliche Prüfung binnen drei Wochen. Standesgemäß verlief der Militärdienst, den er als Einjährig-Freiwilliger bei dem als „fein" geltenden Westfälischen Ulanenregiment Nr. 5 in Düsseldorf ableistete.

Einem Regierungsassessor mit glänzenden Examina und Reserveoffiziers-Patent bot das kaiserliche Deutschland beste Chancen. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges unterbricht aber zunächst alle Karrierepläne. Der im Preußischen Handelministerium tätige Reserve-Leutnant wird „zu den Fahnen gerufen". Sein persönliches „Augusterlebnis" war die Eheschließung am ersten Mobilmachungstag mit der Berliner Professorentochter Hedwig Kny, die er erst wenige Monate zuvor kennen und lieben gelernt hatte. Als dem Paar 1917, während die Schlacht an der Somme tobte, der Sohn Erich geboren wurde, war das Glück vollkommen. Später wurde ein Neffe als Pflegesohn in die Familie aufgenommen. Im Auf und Ab der Zeiten erfuhren Eltern wie Kinder den familiären Mikrokosmos als intellektuelle und religiöse Kraftquelle.

Im Oktober 1917 wurde Klausener, dekoriert mit dem Eisernen Kreuz beider Klassen, vom Heeresdienst zurückgestellt. Der preußische Staat brauchte den Oberleutnant der Reserve nun an anderer Stelle.

II

Sein berufliches Traumziel erlangte er schon mit jungen Jahren. Als 32jähriger wird Erich Klausener 1917 zum Landrat des Eifeler

Grenzkreises Adenau berufen. Zwei Jahre später kommt der Wechsel aus dem kleinsten Kreis Preußens in dessen größten. Er wird Landrat des Kreises Recklinghausen. Der jungen Republik dient Klausener ohne Wenn und Aber. Während des Kapp-Putsches steht er in Treue zum Reich und verteidigt die Verfassung. Im Ruhrkampf 1923 vertritt er die Linie des von der Reichsregierung ausgerufenen „Passiven Widerstandes" und büßt dafür zeitweilig Freiheit und Amt ein. Er ist ein Landrat aus Leidenschaft. Er gehört zu den Schöpfern des „Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk", mit dem die regionale Zusammenarbeit an Rhein, Ruhr und Emscher ihren Anfang nahm. Priorität aber hatte für ihn die Wohlfahrtspflege. Darin ganz in der Tradition seines Vaters stehend, erfreute er sich des Rufs, ein „sozialer Landrat" zu sein. Wer ihn allerdings als „roten Landrat" bezeichnete, verkannte Klauseners gesellschaftspolitisch durchaus konservative Grundeinstellung.
Als er im Oktober 1924 einen Ruf in das Preußische Wohlfahrtsministerium erhielt, war das Bedauern im Vest Recklinghausen riesengroß. Presse und Kreistag, die Kommunisten eingeschlossen, zollten dem scheidenden Landrat Dank und höchste Anerkennung. Er sei ein Mann der Tat gewesen, aber bei aller Zähigkeit seines Wollens auch ein Mann des Friedens und des Ausgleichs. Sein Weggang nach Berlin wurde als großer Verlust für die Region gewertet.

III

Preußen, das größte Land des Deutschen Reichs, wurde während der Weimarer Zeit von einem Dauerbündnis dreier Parteien regiert – der SPD, des Zentrums und der (Links-)Liberalen (DDP). Diese sogenannte Weimarer Koalition machte Preußen zu einer demokratischen Bastion. Für die Zentrumspartei war die Unterstützung der neuen Staatsform eine staatsbürgerliche Pflicht. In der Preußischen Staatsregierung besetzte sie neben dem Justiz- und dem Landwirtschaftsministerium das Sozialressort. Durch Beamte ihres Vertrauens war die Partei aber auch in anderen Ministerien vertreten. Diese fungierten in einer Art Grauzone zwischen Politik und Verwaltung als Kontakt- und Ansprechstellen für die Parlamentarier der anderen Koalitions-Couleurs. Insgesamt war die preußische Ministerialbürokratie in ihrer politischen Ausrichtung alles andere als homogen, gleichwohl von hoher Qualität.
Die dem Zentrum zustehende Ministerialdirektor-Stelle in der für die klassische Sozialpolitik zuständigen Abteilung III kam den Neigungen und Erfahrungen Klauseners sehr entgegen, doch fand er in den

knapp zwei Jahren seines Wirkens kaum Gelegenheit, sozialpolitische Akzente zu setzen. Als Folge eines umfangreichen Revirements an der Spitze des traditionell sozialdemokratisch geführten preußischen Innenministeriums wurde Klausener im Oktober 1926 zum Leiter der Polizeiabteilung berufen. Bei seiner Berufung vertraute man auf das politische Gespür Klauseners und seine Fähigkeit, sich rasch und zupackend in jede neue Verwaltungsaufgabe einarbeiten zu können. Auch seine Erfahrungen als Frontoffizier spielten eine Rolle. Sie würden den persönlichen Umgang des zivilen „Chefs der Preußischen Polizei" mit den Polizei-Offizieren, die sich zu einem großen Teil aus dem alten Heer rekrutierten, erleichtern.
In fachlicher Hinsicht wurde die Amtszeit Klauseners durch die Polizei*reform* geprägt: Von epochaler Bedeutung war die Kodifizierung des allgemeinen Polizeirechts. Das in der Polizeiabteilung des Innenministeriums auf der Grundlage der Rechtsprechung des Preußischen Oberverwaltungsgerichts erarbeitete „Preußische Polizeiverwaltungsgesetz" wurde zu einem Markstein der deutschen Verwaltungsgeschichte. Weite Teile des „PVGs" sind noch heute, wenn auch in einer anderen normativen Gewandung, geltendes Recht.

IV

Im Mittelpunkt des Wirkens von Erich Klausener als Polizeichef aber stand der Kampf gegen die Feinde der Republik von rechts und links. Klauseners Credo, die Polizei sei der stärkste Schutz der Republik, wurde in der Schlußphase der Weimarer Zeit auf eine harte Probe gestellt. Konjunkturabschwung und Weltwirtschaftskrise hatten die Arbeitslosenzahlen sprunghaft anschwellen lassen. Die desolate wirtschaftliche Situation hatte einen Sog zu den radikalen Massenparteien ausgelöst, die ihre Auseinandersetzungen nicht nur verbal in Presse und Versammlungen, sondern durch ihre Privatarmeeen, die SA und den Rote-Front-Kämpfer-Bund, mit Waffengewalt auch auf der Straße austrugen.
Das Reich und Preußen versuchten, dieser schlimmen Entwicklung mit den Mitteln des Rechtsstaates Herr zu werden. Das Reich verfügte über keine eigenen Polizeikräfte und war auf den Erlaß genereller Rechtsakte beschränkt. Diese äußerten sich vor allem in Verboten, die von den Polizeien der Länder zu exekutieren waren. Da die Auseinandersetzungen schwerpunktmäßig in der Reichshauptstadt ausgetragen wurden, lag die Hauptverantwortung für den Schutz der Republik arbeitsteilig bei der Polizeiabteilung des preußischen Innenministeriums und dem Berliner Polizeipräsidium.

Klausener war Verfechter einer, wie man heute sagen würde, „wehrhaften Demokratie", also eines entschlossenen Kampfes gegen alle Feinde der Republik. So trug denn auch so mancher Erlaß gegen radikale Kräfte der NSDAP aus jener Zeit seine Unterschrift. Dennoch gab es immer wieder Befürchtungen, die preußische Polizei sei letzthin nicht zuverlässig und laufe Gefahr, von links oder rechts zersetzt zu werden. Klausener wehrte sich gegen diese Vorwürfe, konnte allerdings nicht verhindern, daß selbst in der Reichsregierung des Zentrumspolitikers Heinrich Brüning Vorbehalte dieser Art gehegt wurden.

Nach den Landtagswahlen am 24. April 1932 verlor die „Weimarer Koalition" in Preußen ihre parlamentarische Mehrheit. NSDAP und KPD zusammen gewannen mehr als die Hälfte der Mandate. Das demokratische Bollwerk Preußen geriet ins Wanken. Mit der Begründung, die Staatsregierung sei nicht mehr in der Lage, die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten, enthob Brünings Nachfolger Franz von Papen am 20. Juli 1932 durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten das preußische Kabinett seines Amtes. Als Reichskommissar übernahm Papen selbst die Geschäfte des Ministerpräsidenten und betraute mit der Führung des Innenministeriums den Essener Oberbürgermeister Dr. Franz Bracht, der nun die eigentliche Regierungsgewalt im größten deutschen Teilstaat ausübte. Nicht nur in der Verknüpfung mit dem Jahre 1944 ist der „20. Juli" als ein Schicksalsdatum in die deutsche Zeitgeschichte eingegangen. In Verbindung mit dem Jahre 1932 markierte der „Preußenschlag" die Sterbestunde Preußens und zugleich der ersten deutschen Demokratie.

Erich Klausener gehörte zu denjenigen, die im Vorfeld dieser tragischen Ereignisse rieten, die Einsetzung eines Staatskommissars nicht hinzunehmen, sondern entschlossen Widerstand zu leisten und die Polizei aufmarschieren zu lassen. Sein Minister, Carl Severing, vermochte sich zu diesem Schritt nicht durchzuringen. Er resignierte aus der Furcht vor einem Bürgerkrieg mit blutigen Kämpfen zwischen Polizei und Reichswehr.

Die „Verreichlichung" Preußens gab der Reichsregierung die rechtliche Möglichkeit, sich von einem großen Teil der links von der Zentrumsmitte stehenden leitenden republikanischen Beamten zu trennen und sie durch deutschnational gesonnene zu ersetzen. Klausener blieb im Amt. War er ein Opportunist? Solche Stimmen gab es. Gerechterweise muß man feststellen, daß Klausener das entscheidende Sondierungsgespräch mit dem späteren Reichskommissar Bracht erst führte, nachdem er sich zuvor des grundsätzlichen Einverständnisses seines Ministers versichert hatte, ferner, daß er nicht sofort ein-

willigte, sondern in einer ihm eingeräumten Bedenkzeit mit dem Reichssekretariat der Zentrumspartei Rücksprache nahm. Von dort wurde ihm geraten, unbedingt auf seiner Position zu verharren. In dieser kritischen Zeit komme es darauf an, alle Stellungen zu halten. Entsprechend diesem Überlebensrezept der Zentrumspartei entschloß sich Erich Klausener, als Polizeiexperte den neuen Machthabern Gefolgschaft zu leisten.

Schließlich kam es dann doch noch zu einer Ablösung Klauseners – aber unter gänzlich veränderten Rahmenbedingungen. Am 30. Januar 1933 war Adolf Hitler, der Führer der NSDAP, von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt worden. Damit wurde ein Prozeß der Machteroberung in Gang gesetzt, der in rascher Folge zu einer totalen Gleichschaltung aller staatlichen und gesellschaftlichen Ebenen auf der Grundlage der nationalsozialistischen Weltanschauung führte und das alte „System" hinwegfegte. Zu den ersten Maßnahme des neuen Reichskanzlers gehörte es, seinen alten Kampfgefährten Hermann Göring mit der kommissarischen Leitung des preußischen Innenministeriums zu betrauen. Görings Aufgabe sollte es sein, in des Reiches größtem Land die Schaltstellen der Macht, vor allem der Polizei mit ihren 50.000 Beamten, zu besetzen. Jeder, der im Verdacht stand, ein Gegner des Nationalsozialismus zu sein, sollte aus den Diensten der Polizei entfernt werden. Angesichts dieser Umwälzungen hielt sich Klausener im Innenministerium für fehlplaziert. Mitte Februar 1933, anläßlich einer erbetenen Rücksprache, entband der neue Minister Klausener von allen Dienstpflichten. Den zurückliegenden Kampf der preußischen Regierung gegen die NSDAP, den Klausener an vorderster Stelle mitgetragen hatte, charakterisierte Göring bei dieser Gelegenheit mit markigen Worten: „Ihr Bürgerlichen habt uns ja nur mit Nadeln gestochen. Wir, die Nationalsozialisten, werden mit der Faust zuschlagen." Wie ernst gemeint diese Drohung war, sollte sich mit Bezug auf die Person Erich Klauseners 16 Monate später in letzter Konsequenz zeigen.

Im Unterschied zu vielen anderen aus ihren Ämtern gejagten Beamten wurde Erich Klausener nicht gänzlich ins Nichts abgeschoben. Unter Beibehaltung seines Status als Ministerialdirektor wurde er in das Reichsverkehrsministerium versetzt und dort mit der Leitung der Schiffahrtsabteilung betraut. Solcherart glimpfliche Behandlung hing offensichtlich mit den Funktionen des Ex-Polizeichefs als Leiter der Katholischen Aktion in Berlin zusammen.

Die Idee der „Katholischen Aktion" ging auf eine Enzyklika des Papstes Pius XI. aus dem Jahre 1922 zurück. In Deutschland hatte die Anregung des Papstes zunächst nur eine schwache Resonanz gehabt, da hier das „Laienapostolat" längst in einem blühenden Vereins- und Verbandswesen institutionalisiert war und sich einer relativen Unabhängigkeit von der bischöflichen Hierarchie erfreuen durfte. Im September 1928, auf dem 67. Katholikentag in Magdeburg, gab Eugenio Pacelli, als langjährige Nuntius mit den deutschen Verhältnissen vertraut, der päpstlichen Idee einen neuen Impuls. Er sprach von einem „tätigen und kraftvollen Apostolat der Laien (...), entsprechend ihrem Stand und Können, also vor allem ein Apostolat jener, die durch Bildung und Stellung die Sache Christi und der Kirche besonders zu fördern vermögen". Die actio catholica solle „dem katholischen Volke Führer (...) geben, die überall da, wo Kultur, Wirtschaft und Politik das Gebiet des Religiösen und Sittlichen berühren, klar und sicher auf dem Boden der katholischen Weltanschauung stehen".

Diese Formulierungen schienen wie auf Erich Klausener gemünzt zu sein. Jedenfalls ließ nur wenige Tage nach dem Katholikentag der für den Berliner Sprengel des Fürstbistums Breslau zuständige Weihbischof Dr. Josef Deitmer bei Klausener sondieren, ob dieser für Berlin die Leitung der „Katholischen Aktion" übernehmen wolle. Kein geringerer als der soziale Großstadtseelsorger Dr. Carl Sonnenschein hatte Deitmer auf den wie er aus Düsseldorf stammenden agilen Spitzenbeamten aufmerksam gemacht. In der Tat konnte man in Klausener das Idealbild eines Laien erblicken – im Staat eine einflußreiche Position wahrnehmend, in seiner Berliner Pfarrgemeinde St. Matthias fest verankert und im katholischen Verbandswesen, vor allem als Mitglied des Zentralvorstandes des „Katholischen Akademikerverbandes", kein Unbekannter. Klausener, stets ein Mann der Tat, nahm das Angebot an. Und schon Ende November 1928 fand vor 4. 000 Besuchern im Saalbau Friedrichshain die erste große Veranstaltung der Katholischen Aktion statt. Klauseners Motto ließ in der Millionenstadt aufhorchen: „Du sollst eine katholische Persönlichkeit sein. Es ist Zeit, daß wir wieder stolz werden über unseren Glauben!"

Der Aufbau der Katholischen Aktion fiel in eine Umbruchphase des Berliner Diaspora-Katholizismus. Auftrieb hatte schon 1925 die Verlegung des Sitzes der Nuntiatur von München nach Berlin gebracht, in dessen kirchliches Leben sich Nuntius Pacelli aktiv einschaltete. Weiteres Selbstvertrauen vermittelte der katholischen Minderheit

Berlins 1929 der Abschluß des Konkordats zwischen Preußen und dem Heiligen Stuhl. Damit war der Weg frei geworden, die Delegatur Berlin aus dem Fürstbistum Breslau herauszulösen und in der Reichshauptstadt eine eigenständige Diözese zu errichten. Die Katholische Aktion unter der kraftvollen Leitung von Erich Klausener gab den Gründungsschritten den erwünschten Flankenschutz der Laien. Mit ihr erhielten die 550.000 Katholiken Berlins, Brandenburgs und Pommerns ein Forum, auf dem sie – außerhalb ihres bisherigen Ghettos – die stärkende Kraft ihres Glaubens erfahren und sich mit ihrer Kirche identifizieren konnten. Zugleich entstand für die Pflege der Beziehungen zwischen dem Bischof und seiner Diözese ganz im Sinne der Grundziele der Katholischen Aktion von einem „hierarchischen Apostolat" ein ideales Fundament. Klauseners Bestreben war es, die Aktivitäten der katholischen Verbände und Vereine anzuregen, geistig zusammenzufassen, dadurch das katholische Gedankengut in das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rücken und den Berliner Katholiken „Grund zum Optimismus" zu geben.
Zur Verdeutlichung seiner Ideen setzte Klausener auf Öffentlichkeitsarbeit. Das Fernsehen war noch nicht entdeckt, der Rundfunk steckte noch in den Kinderschuhen. Medien für das von Klausener ausgerufene „Presseapostolat" waren neben dem gründlich modernisierten „Katholischen Kirchenblatt" und der „Märkischen Volkszeitung" viele Kleinschriften in Großauflagen. Das Hauptinstrument aber, um Massen zu mobilisieren und den Katholizismus nach außen zu manifestieren, waren Kundgebungen imposanten Stils, für die Klausener bewußt Ort und Rahmen wählte, wie sie in Berlin sonst nur für Großveranstaltungen aus Sport, Politik und Kultur üblich waren. Solche Treffen waren für Klausener „die Visitenkarte, die Berliner Katholiken an die Öffentlichkeit abgeben". Beispielsweise richtete er 1929 den Abschiedsempfang für den scheidenden Nuntius Pacelli in der Staatsoper aus. Für die Begrüßung des designierten ersten Berliner Bischofs Dr. Christian Schreiber wurde das größte Versammlungslokal im damaligen Berlin, der Sportpalast, ausersehen. Die musikalische Umrahmung besorgten die Berliner Philharmoniker. Die künstlerische Ausgestaltung oblag dem Reichskunstwart Erwin Redslob. Das vom Deutschlandsender übertragene Laientreffen wurde von 12.000 Menschen besucht. Klausener nutzte die Gelegenheit, um in einer zündenden Rede ein enges Band zwischen Bischof und Diözese zu knüpfen. Dabei waren Anleihen an den Zeitgeist vom Führerkult unverkennbar. Wenn man das Volk von heute richtig verstehe, meinte er, durchzöge es ein Sehnen nach Führung und Autorität. In dem neuen Oberhirten hätten die Katho-

liken Berlins nun eine solche Führung gefunden. Bischof Schreiber habe in Berlin das „Führeramt" übernommen.
Immer wieder entdeckte Klausener Anlässe, bei denen sich die Katholiken in dem oft als heidnisch bezeichneten Berlin mit ihrer Kirche identifizieren konnten, vor allem bei den jährlichen Papstkrönungsfeiern und den „Märkischen Katholikentagen", zu denen sich oft mehr als 45.000 Besucher zusammenfanden. Seine Aktionen fanden indes nicht nur Beifall; Kritik kam sowohl aus dem eigenen Lager, das die ungewöhnlichen Methoden Klauseners für zu vordergründig hielt, als auch von Seiten der Politik, evangelischer Kreise und der nicht kirchlichen Öffentlichkeit. Selbst die Zentrumsfraktion des Landtags ging auf Distanz, da sie in manchen Aktivitäten Klauseners eine Einmischung in ihre ureigenen Zuständigkeiten zur Wahrung christlicher Wertvorstellungen zu erblicken glaubte.
Durch Hitlers Machtergreifung sah sich die Katholische Aktion vor eine gänzlich neue Herausforderung gestellt. Aus einer von Klausener vehement abgelehnten und mit den Mitteln des republikanischen Rechtsstaates bekämpften völkisch-nationalistischen Protestbewegung war mit dem 30. Januar 1933 die legale Inhaberin staatlicher Herrschaft geworden. Klausener sah es als seine Pflicht als Staatsdiener an, der neuen Regierung Respekt und Loyalität entgegenzubringen. Damit entsprach er auch der Grundidee der actio catholica – parteipolitische Abstinenz zu wahren, katholische Grundsätze in das öffentliche Leben einzubringen. Als Leiter der Katholischen Aktion sah sich Klausener mit diesem Verhalten sogar durch ein Rundschreiben des Papstes an die deutschen Bischöfe vom Juni 1933 bestärkt. Es kam hinzu, daß die neue Regierung Probleme anpackte, die bisher – aus welchen Gründen auch immer – nicht von der Stelle gekommen waren: Länderreform, Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, öffentlichkeitswirksame Hilfen gegen soziale Not. Einem Mann der Tat wie Erich Klausener mußten diese Initiativen imponieren. Kirchenpolitisch dominierten in jener Anfangszeit des Dritten Reiches noch die moderaten Töne. Der Abschluß des Reichskonkordats im Sommer 1933 schien auf einen staatskirchenpolitischen modus vivendi hinzudeuten. Hierauf setzte auch Pacellis Nachfolger als Nuntius, Cesare Orsenigo, mit dem Klausener in jenen Monaten in engem Kontakt stand.
Klausener gehörte nicht zu den vielen „Märzgefallenen" seiner Generation, die sich im Frühjahr 1933 zum Eintritt in die Partei entschlossen, aber er sah eine Chance, auch in diesem sich fundamental verändernden Staat die Ziele der Katholischen Aktion verwirklichen zu können. Bei einer Rede anläßlich der Entlassungsfeier der katholischen Schulen Berlins im März 1933 ließ er eine Art Konkordanz

zwischen Nationalsozialismus und Katholizismus anklingen, als er den Schülern zurief: „Seid katholisch und deutsch! Als Bürger unseres Vaterlandes fühlen wir den heißen Strom nationaler Begeisterung, der durch unser Volk geht. Denn wir fühlen uns diesem Volk verbunden. Sein Blut ist unser Blut, seine Ehre ist unsere Ehre. Aus unserer religiösen Überzeugung erwächst die Pflicht und Kraft der Hingabe an Volk und Nation. Der ganze katholische Mensch ist auch der ganze deutsche Mensch!“ Dieser religiös-nationalen Diktion entsprachen im November 1933 auch einige Formulierungen im Aufruf Klauseners zur Trauerveranstaltung für den soeben verstorbenen Bischof Schreiber im Berliner Sportpalast: „Packt mit an! Helfet mit! Es geht um Eure Freiheit, um Friede, Arbeit, Brot, es geht um die Gemeinschaft und Einheit des Volkes!“ Als die Reichsregierung 1933 den 1. Mai als „Tag der nationalen Arbeit“ zum Feiertag erklärte, reagierte Klausener blitzschnell: In einem Appell an die katholische Bevölkerung gab er einerseits seiner Genugtuung über diesen programmatischen Schritt Ausdruck, hob dann aber den Wert der Arbeit aus christlicher Sicht hervor: „Alles Tun des Menschen muß hingeordnet sein zum letzten Ziel und Ende aller Dinge, zu Gott dem Allmächtigen.“ Um zu unterstreichen, daß an Gottes Segen alles gelegen sei, rief die Katholische Aktion für den neugeschaffenen weltlichen Feiertag zum Besuch feierlicher Gottesdienste in den Kirchen Berlins auf.

Diese Chance für das Miteinander einer engagierten Kirche und eines nationale Anliegen entschlossen aufgreifenden Staates verlangte nach Auffassung Klauseners von beiden Seiten Rücksichtnahmen. Ihm gefiel es daher nicht, wenn der Pfarrer seiner Heimatpfarrei St. Matthias, Albert Coppenrath, in Kanzelvermeldungen Kritik an der neuen Obrigkeit übte. Nörgeleien und Kritikastertum waren Klausener zuwider. Als sich diese Praxis verstetigte, erfüllte die Familie ihre Sonntagspflicht anderswo. Zu einer schroffen Auseinandersetzung mit Ordinariat und Bischof kam es im Februar 1934 über Klauseners Forderung, die Papstfeier nicht mit dem „Großer Gott, wir loben Dich“ ausklingen zu lassen, sondern im Hinblick auf die Teilnahme von zwei katholischen Mitgliedern der Reichsregierung zum Abschluß die *beiden* nationalen Hymnen, das Deutschlandlied und das Horst-Wessel-Lied, anzustimmen. Ausdruck dieses Strebens nach Gemeinsamkeiten war auch die Einladung des Reichskanzlers Adolf Hitler zur Teilnahme am 31. Märkischen Katholikentag am 25. Juni 1933 im Grunewaldstadion. Obwohl eine Reaktion ausblieb, war es für Klausener selbstverständlich, bei einem Katholikentag den Repräsentanten des Staates, dem Reichspräsident und dem Reichskanzler, „ehrerbietige Grüße“ zu übermit-

teln: „Mit dem Bekenntnis ihres Glaubens verbinden die Katholiken das feierliche Gelöbnis treuester Arbeit für Volk und Vaterland."
Anderseits sah Klausener in der für die Katholische Aktion typischen Großkundgebung ein Instrument, um gegenüber der neuen Regierung, falls es notwendig werden sollte, christliche Werte zu verteidigen. Als der NS-Propagandist Robert Ley die katholischen Arbeitervereine als staatsfeindliche Elemente beschimpfte, war für Klausener die hora confessionis gekommen: Bei seiner Ansprache auf dem von 55.000 Menschen besuchten 31. Märkischen Katholikentag stellte er zu diesen Verlautbarungen fest, „daß (diese) jeden vaterländisch denkenden Katholiken mit tiefem Schmerz erfüllen" müßten. „Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß eine Nachprüfung ergibt, daß hier eine irrige Auffassung vorliegt." Die Kirche vermähle „sich mit jedem Volk der Erde, aber sie muß kraft ihrer göttlichen Stiftung und Sendung für sich in Anspruch nehmen, die Seelen aller Völker zu Gott dem Schöpfer (...) zu führen. Solches Gedankengut in unseren katholischen Volksgenossen zu mehren und zu erhalten, ist der Sinn und Zweck unserer katholischen Organisationen. Darum wünschen wir so leidenschaftlich (ihre) Erhaltung und Achtung." Dann kam er zum Kern seiner von religiösem und patriotischem Pathos getragenen Botschaft: „Wir müssen uns alle klar werden, daß mit äußeren Mitteln allein die sittliche Wiedergeburt unseres Volks nicht bewerkstelligt werden kann. Wenn die Revolution der nationalen Erhebung nicht begleitet ist von einer Revolution der inneren, geistigen Erneuerung, dann ist alle Kraft und alles Mühen vergebens gewesen." Bei diesem Eintreten für die Arbeitervereine und für christliche Werte bewegte sich Klausener auf schmalem politischen Grat, und dies wußte er auch. Die Antwort des Regimes kam prompt. In einem Leitartikel des „Völkischen Beobachters" wies der Chefideologe der Partei, Alfred Rosenberg, Klauseners Grunewald-Kritik empört zurück und sprach auch von Konsequenzen, die „mit unerträglichen Redensarten heraufbeschworen (werden) könnten".
Klausener ließ sich durch diese unverkennbaren Drohungen nicht einschüchtern. Noch zweimal hatte er Gelegenheit, vor großer Öffentlichkeit für seine und der Katholischen Aktion Überzeugungen in dem inzwischen schon weitgehend gleichgeschalteten NS-Staat einzutreten – am 11. Februar 1934 anläßlich der Begrüßung des neuen Bischofs Dr. Nikolaus Bares vor 18.000 Teilnehmern im Sportpalast und am 24. Juni 1934 vor mehr als 60.000 Katholiken auf der Rennbahn in Hoppegarten. Die dort gehaltene Rede kam aus dem Stegreif und war, wie sich Bischof Bares später erinnerte, ein „feuriges Schlußwort, (...) das die hinreißende Glut seiner Liebe zu Kirche und Vaterland aufleuchten ließ". Als Klausener von einer Liebe sprach,

die *alle* Volksgenossen umfassen müsse, vermittelte dies den Zuhörern den Eindruck, er habe sich damit gegen die seit April 1933 von dem Regime gezielt diskriminierten Juden wenden wollen. Sechs Tage später, am 30. Juni 1934, wurde Erich Klausener von den Nationalsozialisten als Feind der Bewegung heimtückisch ermordet. Die Rede in Hoppegarten sollte das Schlußwort seines Lebens gewesen sein!

VI

Für Hitler hatte im Sommer 1933 die Eroberung der Macht bereits einen solchen Stand erreicht, daß er es sich leisten konnte, die nationalsozialistische Revolution für beendet zu erklären. Alle Schlüsselpositionen befanden sich in nazistischer Hand. Bei der Verteilung von Posten und Pfründen fühlte sich Hitlers „Sturmabteilung", die SA, übergangen. Zur Befriedigung ihrer Ansprüche verlangte sie eine „zweite Revolution". Dabei schwebte ihrem Stabschef, Ernst Röhm, vor, die SA mit der Reichswehr zu einem Volksheer zu vereinen, in dem dann die SA die bestimmende Kraft sein würde. Dieses Ziel deckte sich in keiner Weise mit dem des Führers: Hitler wollte zur Sicherung seiner strategischen Ziele unbedingt die Reichswehr als intakte Kraft erhalten und ausbauen. Als sich die unterschiedlichen Auffassungen nicht mehr zum Ausgleich bringen ließen, nahm Hitler angebliche Putschpläne seines Freundes zum Anlaß, diesen und große Teile der SA-Führungsriege zu liquidieren. Bis zu 200 Menschen fielen der Mordaktion zum Opfer.
Da sich das Massaker in erster Linie gegen die in Bad Wiessee versammelte Oberste SA-Führung richtete, fanden die meisten Verhaftungen und Tötungen in Bayern statt. Doch auch in Berlin wütete der Terror. Auf Geheiß Hitlers war hier Göring Herr des Geschehens. Er wollte die Gelegenheit des Losschlagens gegen die SA nutzen, um auch mit anderen Gegnern abzurechnen. Zu diesem Zwecke habe er, wie er sich später ausdrückte, die ihm vom Führer erteilte Aufgabe „erweitert". Sie habe sich gegen die Meuterei gerichtet, „gegen alle unzufriedenen Kreise der Reaktion". Auf die Liste derjenigen, gegen die ein solcher „Schlag" geführt werden sollte, wurde neben dem früheren Reichskanzler Kurt von Schleicher und dem abtrünnigen Parteiführer Gregor Strasser auch der preußische Ex-Polizeichef und Kirchenmann Erich Klausener gesetzt. Über ein Jahrzehnt später hat Göring bei seiner Vernehmung im Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozeß durch den amerikanischen Anklagevertreter Robert M. W. Kempner (übrigens einst Mitarbeiter Klauseners in der Polizeiabtei-

lung!), hierfür die Verantwortung übernommen. Nach den Gründen befragt, erwähnte Göring die Reden Klauseners auf den Katholikentreffen als Leiter der Katholischen Aktion und „politisierender Zentrumsmann" und dessen „Wüten" im preußischen Innenministerium während der „Kampfzeit".
Über dem Tod Klauseners lag über viele Jahre ein „undurchsichtiges Dunkel", da die Nazionalsozialisten die Mär verbreiten ließen, Klausener habe sich im Zuge der Ereignisse am 30. Juni 1934 selbst das Leben genommen. Den Angehörigen wurde ein Abschiednehmen von dem Toten verweigert. Der Leichnam blieb beschlagnahmt, bis er – ohne Wissen und Anwesenheit der Familie – eingeäschert wurde. Erst 17 Jahre später wurde der Mord an Erich Klausener aufgeklärt und gesühnt. Das Urteil des Berliner Schwurgerichts vom 24. Mai 1951 dokumentiert die Vorgänge in erschütternder Deutlichkeit. Demnach wurde am Vormittag des 30. Juni der SS-Hauptsturmbannführer Kurt Gildisch, ein wegen Verbindungen zur NSDAP 1931 fristlos entlassener ehemaliger Polizeibeamter, zum SS-Gruppenführer Reinhard Heydrich in die Prinz-Albrecht-Straße bestellt. Dort händigte Heydrich einem Gestapo-Beamten eine Liste von 16 Namen mit dem Auftrag aus, die benannten Personen unter Mitwirkung von Gildisch und einer diesem unterstellten Einheit von 18 SS-Leuten festzunehmen und der Gestapo zur Exekution zu überstellen. Gildisch wurde von Heydrich beauftragt, den „Fall Klausener" selbst zu übernehmen und diesen „persönlich zu exekutieren". Klausener sei ein bekannter und gefährlicher Katholikenführer, der mit Röhm gegen den Führer konspiriere.
Daraufhin begab sich Gildisch zum Reichsverkehrsministerium, ließ das Begleitkommando unten warten, ging in das Dienstzimmer Klauseners und eröffnete diesem, daß er ihn wegen staatsfeindlichen Verhaltens verhaften müsse. Beim Verlassen des Raums schoß Gildisch, hinter Klausener stehend, diesen aus 1 ½ m Entfernung mit seiner privaten Pistole in die hintere rechte Schädelseite. Klausener stürzte sofort tot zu Boden. Alsdann telefonierte der Mörder mit Heydrich und meldete Vollzug. Er erhielt die Anweisung, „einen Selbstmord des Klausener dadurch vorzutäuschen, daß er neben den Arm des Klausener seine Pistole legen sollte". Heydrich befahl ferner, Posten vor dem Dienstzimmer aufzustellen, „um jeden Zutritt seitens Dritter dadurch zu verhindern". Auch diese Befehle führte Gildisch aus. Wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit verurteilte ihn das Gericht zu einer Zuchthausstrafe von 15 Jahren. Die Witwe und der Sohn des Ermordeten besaßen später die Großherzigkeit, beim Berliner Justizsenator um einen Gnadenerweis für den Mörder zu bitten. Dieser starb 1956 in einem Berliner Krankenhaus.

Die Nachricht vom Tod des Laienführers verbreitete sich in Windeseile. Die offizielle Version vom Selbstmord stieß auf völlige Ablehnung. Ein Freitod dieses engagierten Katholiken, der seine Überzeugungen stets glaubwürdig und vor Tausenden bekannt hatte – eine absurde Vorstellung! Daß gleichwohl die Selbstmordthese von seinem Minister Paul Frhr. von Eltz-Rübenach, einem Nicht-Nationalsozialisten und praktizierenden Katholiken rheinischen Geblüts, gegenüber der Familie vertreten wurde, gehörte zu den Unbegreiflichkeiten jener Zeit. Wer allerdings das Gegenteil behauptete und von einem gewaltsamen Ende Klauseners sprach, ging ein riskantes Abenteuer ein. Frei waren nur der Vatikan und die nichtdeutsche Presse. Der „Osservatore Romano" äußerte, jene Meldungen aus Berlin bedürften „eigentlich keiner Widerlegung, so offenkundig (sei) ihre Ungereimtheit". Glaube und Lebensführung der Mitglieder der Katholischen Aktion schlössen jeden Selbstmord aus. Das gleiche gelte auch für den Vorwurf der Teilnahme an einer politischen Bewegung. Bei den besagten Meldungen handele es sich also um eine doppelte Verleumdung. Ähnliches schrieben auch andere Blätter aus Italien und die Presse an der Saar. Unter Berufung auf den „Osservatore Romano" sprach Klartext in Deutschland allein Albert Coppenrath, Klauseners Pfarrer in St. Matthias: In einer Kanzelvermeldung wagte er es, expressis verbis von der Erschießung seines Kirchenvorstandsmitgliedes zu sprechen. Drei Monate nach der Ermordung hatte er sogar den Schneid, bei der Einweihung der neuen pfarrlichen Walderholungsstätte in Lichtenrade dem Gelände den Namen „Erich-Klausener-Platz" zu geben.

Bischof und Domkapitel hatten ursprünglich die Absicht gehabt, sich von dem großen Laienführer in einem Trauergottesdienst in der St. Hedwigs-Kathedrale zu verabschieden. Auf Wunsch der Angehörigen, die öffentliche Kundgebungen befürchteten, unterblieb diese Geste. Statt dessen fand der liturgische Abschied in Anwesenheit von Bischof und Kapitel in der Pfarrkirche St. Matthias statt. Ihm folgte die Beisetzung der Urne auf dem Gemeindefriedhof. Diese Form der Bestattung kam der Klarstellung gleich, daß die Kirche nicht an den angeblichen Selbstmord glaube. Allen Pfarreien der Diözese wurde der Tod Klauseners mitgeteilt, verbunden allerdings mit dem beschwichtigenden Hinweis, „gegenüber den Ereignissen der letzten Woche die gebotene Zurückhaltung zu beobachten und das Gesamtwohl der Kirche nicht aus dem Auge zu lassen". Ausdrücklich wurden die Pfarrer darum gebeten, „sich deshalb auch weiterer Nekrologe enthalten zu wollen".

Dafür fiel die pressemäßige Reaktion der Kirche um so markanter aus: In einer Auflage von 120.000 Exemplaren erschien am 15. Juli 1934 eine Ausgabe des „Katholischen Kirchenblattes" – als Gedenknummer gestaltet, mit einem ganzseitigen Photo des Toten auf der Frontseite in schwarzer Umrandung. An der Realisierung dieser, den Intentionen des großen Kommunikators sehr gemäßen Form des Gedenkens hielt der Bischof auch dann noch fest, als sich Druckerei und Verlag gegen die Produktion nachhaltig sträubten und sogar vor einer Anzeige an die Gestapo nicht zurückschreckten. Dies war um so bemerkenswerter, als es sich bei dieser Firma um eines der traditionsreichsten katholischen Presseunternehmen Deutschlands, den Germania-Verlag, handelte.

Mit dem Ziel einer Ehrenrettung Klauseners wandten sich Bischof Bares und die Witwe Hedwig Klausener zweimal an den Reichskanzler und baten „um ein klärendes, befreiendes Wort". Es unterblieb bzw. beschränkte sich auf die Wiedergabe der amtlichen Version durch den Staatssekretär der Reichskanzlei. Diplomatisch-distanziert verhielt sich Nuntius Orsenigo, als ihm offizielle Dokumente zum „Fall Klausener" angeboten wurden. Er lehnte die Entgegennahme wegen Unzuständigkeit ab und empfahl, die Papiere dem Berliner Bischof oder der Familie zur Verfügung zu stellen.

Mut zeigten die Anwälte der Angehörigen, Dr. Werner Pünder und Dr. Erich Wedell, als sie sich zur Durchsetzung von Ausgleichsansprüchen nicht scheuten, Klage gegen den Reichskanzler (Hitler) und den Preußischen Ministerpräsidenten (Göring) zu erheben. Nur mit Hilfe des Auslandes entgingen sie dem Tod.

Der Mordaktion fielen noch weitere prominente Katholiken zum Opfer. Den Tod fanden auch Adalbert Probst, der Führer des katholischen Sportverbandes DJK, und der Publizist Dr. Fritz Gerlich. Einen unmißverständlichen Protest des gesamten deutschen Episkopats zu diesem Kampf des Regimes gegen seine katholischen Gegner hat es nicht gegeben. Die eingangs zitierte Predigt des „Löwen von Münster" in Xanten blieb die Ausnahme. Die Frage, ob die katholische Kirche auf allen, vor allem ihren obersten Ebenen genügend getan hat, um die an prominenten Laien verübten Verbrechen zu brandmarken, gehört zum Kern der noch nicht abgeschlossenen Diskussion über die Rolle der Kirche im Nationalsozialismus. Zu einem gerechten Urteil mag beitragen, daß die nächsten Angehörigen Klauseners niemals Vorwürfe dieser Art erhoben. Ganz offenkundig fühlten sie sich von ihrer Kirche in jenen schweren Jahren nicht im Stich gelassen. 1963 wurde die Urne mit der Asche Erich Klauseners in Anwesenheit zweier Kardinäle in die Krypta der zum Gedächtnis der Opfer für Glaubens- und Gewissensfreiheit aus den Spenden

aller deutscher Katholiken in der Nähe der Hinrichtungsstätte Plötzensee erbauten Kirche „Maria Regina Martyrum" überführt.

VIII

Sein nur 49 Jahre dauernder Lebensweg hat Dr. Erich Klausener auf viele Felder der Verantwortung geführt – als Offizier im Weltkrieg und als königlich preußischer Landrat im kleinsten, später als Landrat der jungen Republik im größten Landkreis Preußens, schließlich als hoher Ministerialbeamter in der Reichshauptstadt. Die Staatsformen wechselten und mit ihnen die Dienstherren. Klausener diente dem Staat in Loyalität. Er war ein Mann der Ideen und ein Mann der Tat, nicht des gelassenen Zuwartens. Mit dieser Gabe hat er vieles erreicht und geschaffen – in der kargen Hocheifel, im pulsierenden Industriekreis, zuletzt in Berlin an den zentralen Schaltstellen von Politik und Verwaltung. Als Mitschöpfer eines modernen Polizeirechts zählt Klausener zu den herausragenden Persönlichkeiten der deutschen Verwaltungsgeschichte. Die nationale Sache war ihm zeitlebens wichtig. Radikalen Tendenzen hat er, wo immer sie auftauchten, keinen Raum gegeben. In Treue stand er zum Staat und zu dessen Verfassung.

Als Mann der Tat hat er sich auch in *seiner* Kirche bewährt. Er war stolz auf seine Konfession. Von dem hierarchischen Strukturprinzip der Kirche war er durchdrungen. Mit charismatischer Ausstrahlung, Wortesmacht und Organisationstalent hat er im Dienst des Laienapostolats vor Tausenden Zeugnis für Christus abgelegt. Die Nationalsozialisten sahen darin einen Einbruch in ihr Mononopol zur Versammlung von Massen. Sowohl als Kirchenführer als auch als Feind aus der „Kampfzeit" stand er ihnen im Wege. Radikalität und Brutalität des Regims hat Klausener wie viele seiner Zeitgenossen im In- und Ausland verkannt und unterschätzt. Deshalb mußte sein Versuch, den Laienkatholizismus in das neue Deutschland zu integrieren, scheitern.

Das Fundament seines Wesens und Handelns lag im Glauben und in den Traditionen seiner Familie. Später, nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs, wurde sein kirchliches Lebenswerk durch seine engsten Angehörigen fortgeführt. Hedwig Klausener präsidierte im Jahre 1952 als erste Frau in der hundertjährigen Geschichte der Katholikentage beim 75. Laientreffen in Berlin, Sohn Erich diente der von seinem Vater miterbauten Diözese Berlin, medienerfahren und weltgewandt, als Prälat und Domkapitular.

Erich Klausener war ein treuer Staatsdiener und überzeugter Kirchenmann. Treue und Überzeugung wurden ihm, einem der ersten Männer des Widerstandes gegen Hitler, zum Verhängnis.



Karl Joseph Kardinal Schulte (1871–1941)

Die Lebensspanne Karl Joseph Schultes ist nahezu deckungsgleich mit der Dauer des 1945 untergegangenen kleindeutschen Bismarckreiches. Der damit gegebene staatliche Bezugsrahmen hat Schultes Selbstverständnis geprägt und die äußeren Bedingungen für sein priesterliches und bischöfliches Wirken bestimmt. Herangewachsen noch in den beiden Friedensdekaden des „eisernen Kanzlers", doch schon im Zeichen wilhelminischen Großmachtstrebens zum Priester geweiht, amtierte Schulte bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges bereits als Bischof von Paderborn. Als er 1920 auf den Erzbischöflichen Stuhl von Köln transferiert wurde, hatte die Monarchie unterdes ein unrühmliches Ende genommen und die neu entstandene Weimarer Republik mühsam ihre revolutionären Anfänge überwunden. Sie hatte sich aber auch gezwungen gesehen, den Versailler Friedensvertrag anzunehmen, dessen „evidente Unmoral" für Schulte zeitlebens feststand. Am Rhein erlebte Schulte die Härten der Besatzungszeit, die Schwächen der parlamentarischen Demokratie, schließlich ihren Todeskampf. Das nun folgende NS-Regime brachte nicht nur einen weiteren Systemwechsel, sondern überzog die Kirche zugleich mit einem neuartigen weltanschaulichen Totalitätsanspruch, der, nach innen wie außen gleichermaßen aggressiv, in einen Kirchenkampf und 1939 in einen neuen Weltkrieg mündete. Nur ein früher Tod bewahrte Schulte davor, die völlige Zerstörung seiner Bischofsstadt erleben zu müssen. Zwei Weltkriege und drei politische Systeme in nur einer Generation: Kaum ein anderer Kölner Erzbischof dürfte je vor vergleichbaren Herausforderungen gestanden haben!

Gleichwohl zählt Schulte nicht zu den bekanntesten Bischofsgestalten des 20. Jahrhunderts. Weder verfügte er über die Wortgewalt oder hoheitsvolle Selbstdarstellungsgabe seines Münchner Amtsbruders Michael von Faulhaber (1917–1952), noch vermochte er sich durch unerschrockenes Verteidigen kirchlicher Freiheiten und allgemeiner Grundrechte im Gedächtnis der Nachwelt festzusetzen, wie es seinem Münsteraner Suffragan Clemens August Graf von Galen (1933–1946) beschieden ist. Und schon gar nicht kann der verschlossene Sauerländer Schulte es an Popularität mit seinem Nachfolger Joseph Frings (1942–1969) aufnehmen, der nun freilich,

Rheinländer unter Rheinländern, den Erwartungen seiner Diözesanen auch in fast idealtypischer Weise entsprach und überdies das Glück hatte, nach desaströsen Anfängen unter ungleich günstigeren Umständen dem Erzbistum vorzustehen.
Neben rein seelsorglich-caritativer Schwerpunktsetzung und genereller kirchenpolitischer Vorsicht, die in Zeiten nationalsozialistischer Bedrückung als ängstliche Schwäche ausgelegt werden konnte, waren es persönliche Eigenschaften, die Schulte nicht zu echter Volkstümlichkeit gelangen ließen. Schon von Haus aus zurückhaltend-ernst und bei jeder Gelegenheit auf die rigiden Moralvorstellungen der Kirche pochend, denen er für das Glaubensleben entscheidende Bedeutung zumaß, begegnete er der leichteren Lebensart der Rheinländer mit unverkennbarem Mißtrauen. Wieder und wieder hielt er seinen Klerus zur Selbstheiligung an, verabscheute den Karneval und hielt statt dessen Exerzitien für das probateste Mittel zur „gründliche[n] Lebensreform unserer Seele". Die ohnehin bestehenden, von ihm besonders betonten Mentalitätsunterschiede des Westfalen zu „rheinischem Wesen" taten ein übriges. Das sprach sich in Köln rasch herum.
Schultes Scheu vor öffentlichen Auftritten wurde seit 1927 durch ein schweres Herzleiden verstärkt. Es verfestigte seine Neigung, sich in der Kirchenpolitik meist der Autorität des Breslauer Kardinals Bertram (1906/14–1945) unterzuordnen, des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenzen, der nach 1933 gegenüber den Nationalsozialisten einen vorsichtigen Beschwichtigungskurs steuerte. Auch Schulte wollte den Machthabern keinen Vorwand liefern, um den seelsorglichen Auftrag der Kirche weiter zu erschweren. Hinsichtlich ihrer religionspolitischen Ziele war er allerdings von bemerkenswerter Hellsicht, auch wenn er letztlich den Knoten von herkömmlichem Gehorsamsanspruch der Obrigkeit und ihrer zum Widerspruch auffordernden verbrecherischen Politik nicht durchzutrennen vermochte. Ein weiterer Grund seiner vielkritisierten Zurückhaltung war der Wunsch, den Gläubigen die Belastungen offener Kirchenverfolgung zu ersparen. Bei aller Grundsatztreue war Schulte also weniger ein Mann des Kanzelprotests als der schriftlichen Eingabe.
Bei persönlichen Begegnungen konnte er durch Bescheidenheit, Liebenswürdigkeit und Herzensgüte bezwingen. Gerade seine große sozialpolitische Aufgeschlossenheit und seine unermüdlichen caritativen Bemühungen trugen ihm hohe Anerkennung ein. Da sie während seiner frühen Jahre mit großer Tatkraft verbunden waren, hatte sich seine Bischofswahl sowohl in Paderborn als auch in Köln jeweils in selten großem Einvernehmen kirchlicher und staatlicher Interessen vollzogen.

I

Karl Joseph Schulte war nach Herkunft wie Selbstverständnis Westfale. Zeitlebens hat er sich seiner sauerländischen Heimat, den tatsächlichen oder vorgeblichen Charaktereigenschaften seiner Landsleute wie namentlich Pflichttreue und Zuverlässigkeit, aber auch der strengen Rechtlichkeit seines Elternhauses verbunden gefühlt. Dies war bei seinem nüchternen Wirklichkeitssinn doch eine eher gefühlsbetonte Seite seines Wesens, die infolge seines rheinischen „Exils" noch verstärkt wurde. Stark traditionsbestimmt blieb auch sein Glaubensverständnis, wie es ihm Erziehung, Studium und Priesterseminar vermittelt hatten.

Geboren wurde Schulte am 14. September 1871 auf Haus Valbert bei Ödingen im Kreis Meschede als Sohn des Gutspächters Oswald Schulte und dessen Ehefrau Antonetta geb. Schlünder. Als zu Beginn seiner Schulzeit der Vater in die Verwaltung der Krupp-Werke eintrat, übersiedelte die Familie nach Essen, einem „mächtig aufblühenden Fabrikort" und Schmelztiegel zahlloser Zuwanderer, die der industrielle Aufschwung an die Ruhr lockte. Schulte muß den Wechsel von ländlicher Abgeschiedenheit in die von raschen Veränderungen geprägte Welt des rheinisch-westfälischen Industriereviers lebhaft empfunden haben. Das eher statisch geprägte Umfeld seiner Kindheitstage wich nun anderen sozialen Erfahrungen, war freilich gleichermaßen von enger Kirchenbindung getragen. Der junge Schulte erlebte Kirche in der doppelten Herausforderung durch den Kulturkampf und die soziale Frage. Letztere war im Ruhrgebiet mit Händen zu greifen, zumal die rasche Bevölkerungszunahme, freilich auch die wachsende religiöse Entfremdung der Arbeiterschaft die Kirche vor gewaltige organisatorische und seelsorgliche Probleme stellte. Daß man sich dieser Verantwortung nicht entziehen dürfe, andererseits kirchenfeindlichen Bestrebungen, wie sie zunächst der Kulturkampf, später dann die freidenkerischen Agitationen der Sozialisten zeitigten, mit Ernst und Entschiedenheit entgegentreten müsse, war eine Erfahrung, die sich Schulte ebenso früh wie nachhaltig einprägte, seine grundsätzliche Loyalität zur Staatsführung und die „Liebe zum Vaterland" jedoch nie berührte.

Nach gründlicher Schulausbildung am Essener Burggymnasium, wo unter anderem der spätere Kölner Erzbischof Antonius Kardinal Fischer (1903–1912) sein Religionslehrer war, und glänzend bestandenem Abitur schrieb Schulte sich bei den Kölner Priesteramtskandidaten ein und immatrikulierte sich 1891 an der Theologischen Fakultät der Universität Bonn. Neben seinem theologischen Lehrpensum ging er auch philosophischen, historischen und kunstgeschicht-

lichen Interessen nach, verfolgte die aktuelle Auseinandersetzung um das Verhältnis von Katholizismus und Moderne mit innerer Anteilnahme und bewies schon damals eine von Pragmatismus geprägte Skepsis gegenüber integralistischer Überspannung. Bei allem Lerneifer scheint Schulte den Freuden studentischen Verbindungslebens nicht abgeneigt gewesen zu sein; jedenfalls wurde er wegen unerlaubten nächtlichen „Wirtshausbesuchs" von Konviktsdirektor Düsterwald mit der Bemerkung aus dem Collegium Albertinum verwiesen, „daß er keinerlei Aussicht habe, jemals im Bereich der Erzdiözese Köln angestellt zu werden". So setzte Schulte sein Studium in Münster fort und trat schließlich in das Priesterseminar seiner Heimatdiözese Paderborn ein, wo er, 23jährig, am 22. März 1895 von Bischof Hubert Theophil Simar (1891–1899) zum Priester geweiht wurde.

Die folgenden sechs Jahre als Vikar und nebenamtlicher Religionslehrer in Witten an der Ruhr blieben seine einzige Zeit in der praktischen Seelsorge, denn nach Zwischenstationen als Repetent am Theologenkonvikt (1901) und Priesterseminar (1903) in Paderborn, die er zum Weiterstudium nutzte, wurde Schulte am 3. März 1903 in Tübingen mit einer Dissertation über „Theodoret von Cyrus als Apologet" zum Dr. theol. promoviert. Diese Arbeit trug ihm zunächst eine Dozentur an der Paderborner Theologisch-Philosophischen Lehranstalt ein, ehe er dort 1905 zum Professor für Apologetik und Kirchenrecht ernannt wurde. In dieser Eigenschaft zählte Schulte 1909 zu den Mitbegründern der Zeitschrift „Theologie und Glaube", die schon im Titel sein seelsorgliches Hauptanliegen zum Ausdruck bringt.

II

Ehe Schulte sich durch weitere wissenschaftliche Werke einen Namen machen konnte, nahm seine Lehrtätigkeit ein unerwartetes Ende. Am 30. November 1909 wurde der gerade 38jährige zum Nachfolger des Paderborner Bischofs Wilhelm Schneider (1900–1909) gewählt, am 7. Februar 1910 vom Papst bestätigt und am 19. März im Liboridom von Kardinalerzbischof Fischer zum Bischof geweiht. Mit dem neuen Amt erhielt Schulte am 12. April 1910 auch die Bestellung zum Administrator des Apostolischen Vikariats Anhalt.

Wie sich schon seine Bischofswahl im Einklang staatlicher und kirchlicher Wünsche vollzogen hatte, weil Schulte als ein Mann galt, der unbedingte Staatstreue mit geschickter, dabei offener und konzilianter Vertretung kirchlicher Belange zu verbinden wußte, so er-

warb er sich auch in seinem neuen Amt den Ruf eines klugen, tatkräftigen, doch gleichwohl versöhnlichen Oberhirten, unter dem „das Bistum merklich auf[blühte]". Rasch wurde deutlich, daß er sich in erster Linie als Seelsorger verstand. Mit einer Fülle von Initiativen suchte er den pastoralen Anforderungen seiner großen Diözese zu entsprechen, die neben dem angestammten Territorium auch weite Diasporagebiete zu versorgen hatte. So suchte er durch die Vergrößerung des Theologenkonvikts, den Bau einer akademischen Bibliothek für die Priesterausbildung, die Gründung eines Diözesanarchivs sowie den Ausbau des Diözesanmuseums die Grundlagen seelsorglichen Wirkens zu verbessern. Regelmäßige „Diözesankonferenzen" sollten den Kontakt zwischen Bistumsleitung und Klerus vertiefen, Initiativen, die später auch für Köln bedeutsam wurden.

Trotz seiner irenischen Grundhaltung wurde Schulte, wohl infolge des hohen Arbeiteranteils unter seinen Diözesanen, in den sogenannten Gewerkschaftsstreit, die Auseinandersetzungen zwischen den interkonfessionellen Christlichen Gewerkschaften und deren integralistischen Gegnern, hineingezogen, die ein gefährlicher Unruheherd im deutschen Katholizismus der Vorkriegszeit waren. Dank seiner früh und nachhaltig bekundeten sozialpolitischen Aufgeschlossenheit trat Schulte wie im übrigen auch Kardinal Fischer von Köln oder der damals noch in Hildesheim amtierende spätere Breslauer Kardinal Bertram, wie ferner die Zentrumsführung, der M. Gladbacher Volksverein und die katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands für die Koalitionsfreiheit der katholischen Arbeiter ein, während die eifernde, auch vor Verleumdung nicht zurückschreckende „Berliner Richtung" die Unterstützung des Breslauer Fürstbischofs Georg Kardinal Kopp (1881/87–1914) fand, der 1910 das fatale Wort von der „Verseuchung des Westens" in Umlauf brachte. Schultes kluge und taktisch geschickte, bei aller Entschiedenheit aber doch maßvolle Reaktion trug entscheidend dazu bei, die hierdurch aufgebrochenen Spannungen zu überwinden und einen Bruch zwischen katholischer Arbeiterbewegung und Kirche zu vermeiden.

Während des Ersten Weltkriegs erlangte Schulte ebenfalls überregionale Aufmerksamkeit, und zwar durch Initiierung einer kirchlichen Kriegsgefangenenhilfe. Sie war aus einem Suchdienst nach kriegsvermißten deutschen wie gegnerischen Soldaten erwachsen, der in nahezu 100 000 Fällen erfolgreich ermitteln konnte, war im weiteren Kriegsverlauf aber „zu einer vielseitigen Gefangenenfürsorge" erweitert worden. Dies trug Schulte neben dem Dank der Betroffenen auch hohe Anerkennung durch Papst Benedikt XV. und Kaiser Wilhelm II. ein. Daß er sich auch der Nöte der eigenen

Diözesanen bewußt blieb, unterstrich er durch zahlreiche caritative Initiativen.

III

Ungewollt, ja zu seinem eigenen Erschrecken, empfahl Schulte sich mit seinen Initiativen für höhere Aufgaben. Schon 1912, nach dem Tode Kardinal Fischers, hatte er als Favorit des Kölner Domkapitels gegolten, damals aber entschieden abgewunken. Die Nachfolge Kardinal von Hartmanns (1912–1919) konnte er indessen nicht mehr ausschlagen, da sich abermals kirchliche wie staatliche Vorstellungen in seiner Person trafen. Während der Vatikan und das Metropolitankapitel auf seine bewährte Tatkraft, seinen pastoralen Eifer und seine kluge Vermittlungsbereitschaft setzten, sprachen in den Augen der Preußischen Staatsregierung vor allem „nationale Zuverlässigkeit" und sozialpolitische Aufgeschlossenheit für Schulte, Eigenschaften, die nach der staatsrechtlichen Umwälzung von 1918 und bei der bedrohten Lage des besetzten Rheinlandes besonders zählten. So gab Schulte zwar schweren Herzens, aber getreu seinem Wahlspruch „In obsequium Christi" dem päpstlichen Drängen nach und wechselte an den Rhein. Nachdem seine Wahl am 15. Januar 1920 nahezu einmütig erfolgt war, wurde er am 8. März präkonisiert und am 25. März feierlich inthronisiert. Die stille Übersiedlung, wie sie Schulte bevorzugt hätte, entsprach indessen weder den Erwartungen seiner Diözesanen noch der Bedeutung des Kölner Erzstuhls. Letztere wurde am 7. März 1921 durch Schultes Berufung ins Kardinalskollegium noch zusätzlich unterstrichen.

Schulte gab sich über die „verantwortungsschwere" Last seines Amtes keinen Illusionen hin. Schon in äußerer Hinsicht überstieg das Erzbistum mit seinen über 3,4 Millionen Gläubigen und 2400 Geistlichen jedes pastoral überschaubare Maß. „Die Größenverhältnisse insbesondere der Diözesen der Kölner Kirchenprovinz", wird es 1927, im Vorfeld der Verhandlungen um das Preußenkonkordat, in einer gemeinsamen Eingabe Schultes und seiner Suffragane an den Apostolischen Nuntius heißen, „sind derart außergewöhnlich, daß es dafür ... kein Analogon in der ganzen katholischen Welt gibt". Die damit von Köln intendierte Errichtung zweier neuer Diözesen in Aachen und Essen wurde zu Schultes Lebzeiten jedoch nur im Falle Aachens (1929/30) verwirklicht; ein „Ruhrbistum" Essen entstand erst 1958. Hingegen hatte die aufgrund des Versailler Vertrages gleich 1920 zu vollziehende Abtretung der Pfarreien Eupen-Malmedys für Schulte einen mehr als bitteren Beigeschmack, wenn-

gleich für ihn auch hier bei aller nationalen Gesinnung „das geistige Wohl der Menschen im Vordergrund" stand.
War die Leitung der riesigen Erzdiözese schon an sich ein schwieriges Unterfangen, so brachten die Erschwernisse der Nachkriegsjahre weitere Herausforderungen mit sich. Zwar hatte Schulte bei der Amtsübernahme unterstrichen, daß er sich auch in Köln vor allem als Seelenhirte verstand, in seinen Stellungnahmen also jede Einmischung in das nur Politische vermeiden wollte. Er kam aber in den krisenhaften Zuspitzungen der frühen 20er Jahre gar nicht umhin, sich auch der allgemeinen Sorgen und Nöte des besetzten Rheinlandes anzunehmen. Gerade bei Fragen nationalen Interesses konnte der sonst so versöhnliche Schulte von kompromißloser Entschiedenheit sein. So begegnete er separatistischen Bestrebungen mit eisiger Ablehnung, verwarf selbst Pläne einer Abtrennung des Rheinlandes von Preußen und warnte seinen Klerus mit Nachdruck vor mißverständlichen Äußerungen. Gegen die Ruhrbesetzung durch Franzosen, Belgier und eine italienische Ingenieursdelegation protestierte er feierlich, rief zu „stille[m], starke[m], stolze[m] Widerstand ... gegen die Ungerechtigkeit" auf, mahnte aber auch, sich nicht von „Haß und Rache" leiten zu lassen.
Dies fiel angesichts zahlreicher Übergriffe der Besatzungstruppen („heidnische Afrikaner") selbst ihm nicht immer leicht. Als im Zuge der Ruhrbesetzung die Versorgungslage immer prekärer wurde und der Geldwert ins Bodenlose sank, appellierte er wiederholt an die Hilfsbereitschaft des In- und Auslands. Er zögerte nicht anzuerkennen, „daß es nächst Gott unsere katholischen Glaubensbrüder des Auslands" gewesen seien, „die ... die ärgste Verelendung von uns abzuwenden versucht" hätten. Auch den Hl. Stuhl bat er um Intervention und moralische Verurteilung des Versailler Vertrags. Bei allem Friedenswillen lehnte er indes eine vom Mechelner Kardinal Mercier (1906–1926) verlangte öffentliche Entschuldigung des Episkopats für deutsche Kriegsverbrechen im besetzten Belgien ab. Er begründete dies mit der Gefahr der Desavouierung durch seine Diözesanen, vor allem aber mit „unüberwindliche[n] Gewissensbedenken gegen jegliche Aufrollung von Fragen katholischer Schuld oder Unschuld".
Während sich der Eindruck von Schulte als eines „Mann[es] des intensiven caritativen Einsatzes" in der Öffentlichkeit festigte und selbst der von den Franzosen verhaftete Großindustrielle Alfred Krupp – unter Hinweis auf alte Beziehungen zu Schultes verstorbenem Vater – seine Fürsprache nicht verschmähte, drängte der Kardinal in der zweiten Hälfte der 20er Jahre auf den Abbau sozialer Ungerechtigkeiten durch eine „Zuständereform". Statt wohlfeiler Kapi-

talismusschelte forderte er eine „Versöhnung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern" und rief Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und der Seelsorge auf mehreren Konferenzen zu eingehender Aussprache zusammen. Ergebnis dieser Bemühungen waren die „Kölner Richtlinien", nämlich die am 15. Dezember 1926 veröffentlichte „Stellungnahme der Katholiken zur gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung" und die ergänzende Verlautbarung „Die christliche Berufsauffassung und das moderne Wirtschaftsleben" vom 25. Februar 1927. Daß Schulte mit diesen Richtlinien einem verbreiteten Anliegen entsprochen hatte, unterstrich 1931 die Übernahme zentraler Punkte in die Enzyklika „Quadragesimo anno" Papst Pius' XI. (1922–1939).

IV

Im Zentrum von Schultes Bemühungen stand indessen die Seelsorge. Hierbei knüpfte er an Paderborner Erfahrungen an. So richtete er 1920 auch in Köln sogen. Diözesankonferenzen ein, auf denen er mit leitenden Geistlichen und Funktionsträgern des Erzbistums, namentlich aber den Dechanten über grundsätzliche und aktuelle Fragen des kirchlichen Lebens beriet. Sie fanden zunächst jährlich statt, bis Schultes Herzleiden, in der NS-Zeit auch politische Umstände größere Intervalle oder andere Formen der Kommunikation erzwangen. Im Rückgriff auf eine lange unterbrochene Tradition berief er zweimal, 1922 und 1937, Diözesansynoden ein, wobei er unterstrich, daß er in ihnen nicht nur die „feierlichste Form bischöflicher Gesetzgebung" erblickte, sondern ihnen ebenso die Funktion „konfraterneller[r] Aussprache zwischen Bischof und Klerus" zuschrieb. Die umfassende Neuumschreibung und Verkleinerung der Dekanate im Jahre 1925 entsprach gleichfalls einem dringenden pastoralen Bedürfnis. 1929 wurde die Diözesanagende in neuer Gestalt herausgegeben, ein Jahr später auch das Kölner Gesang- und Gebetbuch. Als außerordentlich weitblickend erwies sich die Gründung des Historischen Archivs des Erzbistums Köln im Jahre 1921 und die zehn Jahre später erfolgte Erweiterung der Dom- und Diözesanbibliothek. Ein Herzensanliegen war Schulte der Neubau des Priesterseminars, der 1929 in der Abgeschiedenheit Bensbergs errichtet wurde.
Daß Schulte sich bei seinen seelsorglichen Initiativen vom Grundgedanken einer sittlichen Erneuerung leiten ließ, ja daß er den Eindruck hatte, in „Zeiten des Niederganges von Glauben und Sitte" zu leben, bekamen Klerus und Gläubige in einem Ausmaß zu hören, daß sich selbst ihm gelegentlich der Verdacht aufdrängte, hiermit „lästig" zu

fallen. Gleichwohl fühlte er sich aus tiefem Ernst zu seinen Mahnungen verpflichtet, ob sie nun das individuelle Glaubensleben, weibliche Kleidungssitten oder das Badewesen in öffentlichen Anstalten betrafen. In der religiösen Unterweisung blieb er tradierten Auffassungen verpflichtet; Forderungen nach „mehr Christus und weniger Kirche..., mehr Evangelium und weniger Dogma und Kirchenrecht" erteilte er eine klare Absage. Eine schwer begreifliche Verkennung rheinischer Mentalität war es, um die Jahreswende 1924/25 die „Wiedereinführung des Karnevals" verhindern zu wollen, den er zu einer „Karikatur von abstoßender Häßlichkeit" entartet sah. Daß Schulte in den Folgejahren jeweils fluchtartig seine Bischofsstadt verließ, wenn die närrischen Tage ausbrachen, war das stillschweigende Eingeständnis, hier einen Windmühlenkampf geführt zu haben.

Um die innere Erneuerung des Glaubenslebens war es ihm auch im Falle des katholischen Verbandswesens zu tun, dessen führende Organisationen ihren Sitz im Bereich der Erzdiözese hatten. Angesichts der weitgehenden, auch finanziellen Unabhängigkeit der großen Verbände und ihrer selbstbewußten Generalpräsides blieb das Verhältnis zu Schulte als ihrem Protektor nicht immer spannungsfrei, namentlich seit er im Zuge der Katholischen Aktion um die stärkere Einbindung der Vereine in die Pfarr- und Diözesanstrukturen bemüht war. Hingegen hatte er zu Beginn seiner Tätigkeit in Köln den Klerus noch nachdrücklich zur Unterstützung der katholischen Arbeiter- und Jugendvereine aufgerufen.

Als Metropoliten der Kölner Kirchenprovinz fielen Schulte auch über seine seelsorgliche Schwerpunktsetzung hinaus Aufgaben im überdiözesanen Bereich zu. Hierbei zeichnete sich sein Rat durch politisches Denkvermögen, Nüchternheit und pragmatischen Sinn aus, sei es beispielsweise bei Fragen der Weimarer Schulverhandlungen oder der katholischen Volksschullehrerausbildung, sei es bei den Konkordatsverhandlungen mit der Kurie. Angesichts der sehr ungewissen Aussichten auf ein Reichskonkordat favorisierte er seit 1922 den Abschluß eines Vertrages mit Preußen. Im übrigen betrachtete er die kuriale Verhandlungsführung nicht ohne Mißtrauen und argwöhnte vor allem, daß die aus dem spezifischen Staat-Kirche-Verhältnis in Deutschland erwachsenen Staatsleistungen in Rom nicht zureichende Würdigung fänden. Die schließlich im Preußenkonkordat vom 14. Juni 1929 vereinbarte Neuumschreibung der Diözesangrenzen und die (Wieder-)Errichtung eines Bistums Aachen begrüßte Schulte aus pastoralen Gründen, trat einem offenkundigen Versuch, bei der Vermögensauseinandersetzung die Mutterdiözese zu übervorteilen, aber mit ruhiger Entschiedenheit entge-

gen. Mehrfach, aber vergeblich, setzte er sich bei Kardinal Faulhaber von München und Freising für ein engeres Zusammenwirken von Fuldaer und Freisinger Bischofskonferenz ein, das bezeichnenderweise erst unter dem äußeren Druck des Nationalsozialismus zustande kam.

Im Unterschied zu seinem Münchner Amtsbruder hatte Schulte den Übergang vom monarchischen Obrigkeits- zum Parteienstaat von Weimar mit pragmatischem Realitätssinn vollzogen. Seine durch die Revolution und sozialistische Experimente geweckten Befürchtungen legten sich in dem Maße, in dem wieder verfassungsmäßige Zustände einkehrten. Gewiß hatte er wie wohl alle Bischöfe gegen die Weimarer „Verfassung ohne Gott" seine Vorbehalte, er war aber zu nüchtern, um nicht auch die Vorteile zu erkennen, die sie dem katholischen Volksteil bot. Daher trug er auch keine Bedenken, zum jährlichen Verfassungstag ein Feierliches Hochamt anzuordnen, das er als Bekenntnis „zu einer sicheren staatlichen Ordnung im deutschen Vaterlande" verstanden wissen wollte. Politisch war Schulte ein Anhänger der Zentrumspartei, auch wenn er nicht jeden ihrer taktisch oder koalitionspolitisch bedingten Schritte guthieß. Vor allem das politische Zusammengehen mit den Sozialdemokraten, namentlich in Preußen, machte ihn mißtrauisch, weil deren freidenkerische Agitation und antikirchliche Kulturpolitik in den Revolutionswirren 1918/19 unvergessen waren. In der praktischen Seelsorge plädierte er für einen differenzierten Umgang mit der Sozialdemokratie und ihren Wählern.

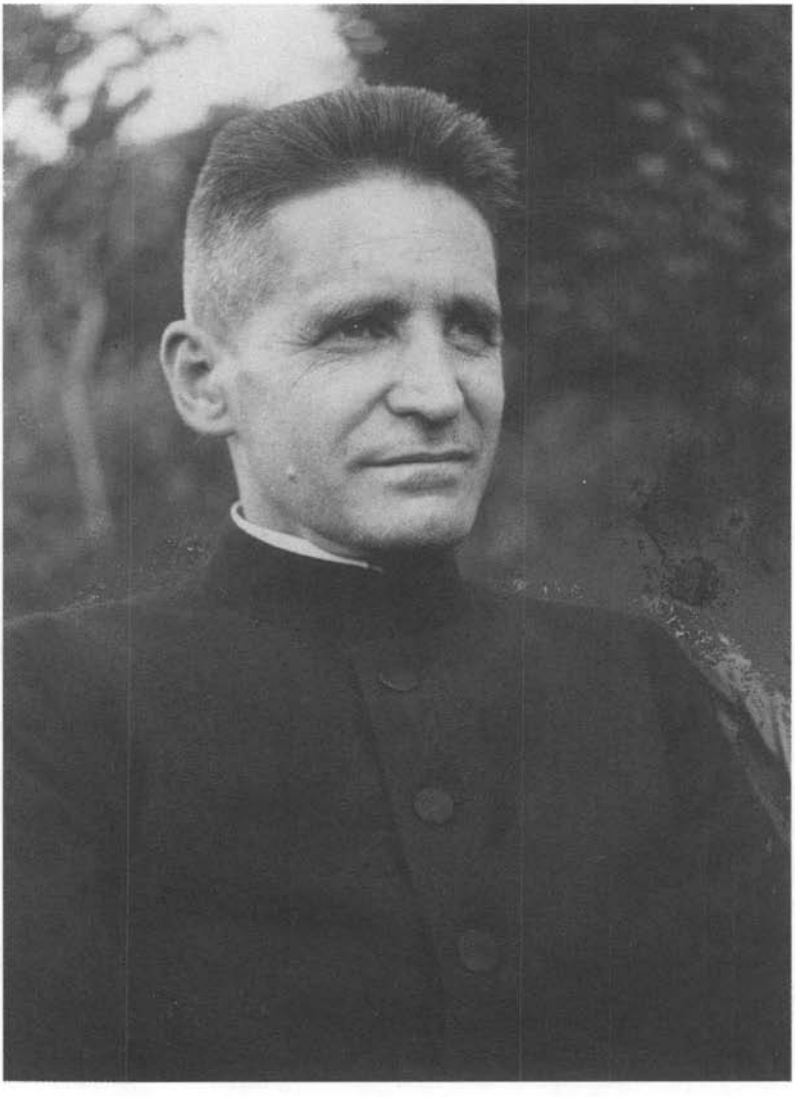
In der Endphase der Weimarer Republik beunruhigte ihn jedoch mehr und mehr der politische Extremismus von rechts. So warnten auf Schultes Betreiben hin die Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz in einer gemeinsamen Kundgebung vom 5. März 1931 „mit tiefem Ernst" vor den weltanschaulichen Irrtümern des Nationalsozialismus. In Anbetracht der parlamentarischen Unregierbarkeit des Reiches hat der Ruf nach dem „starken Mann" gewiß auch Schulte nicht unbeeindruckt gelassen, und er mochte wie viele von einer autoritären Lösung, freilich unter Wahrung rechtsstaatlicher Garantien, eine Lösung der Dauerkrise erwarten. Aber bei allem Verständnis für den Wunsch nach nationalem Wiederaufstieg durfte letzterer nicht auf Haß, Gewalt und Rassenwahn aufgebaut werden. Was namentlich rheinische Nationalsozialisten an Anschauungsunterricht lieferten, war gleichfalls nicht dazu angetan, sein Mißtrauen zu vermindern. Insofern konnte Schulte die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler nur mit größter Sorge erfüllen.

Dennoch wurde Schulte auch in den Monaten der „Machtergreifung" und Gleichschaltung nicht eigentlich zu einer markanten Führerpersönlichkeit im deutschen Episkopat. Ungeachtet der heftigen Angriffe, denen sich das katholische Verbands- und Pressewesen gerade in seinen katholischen Hochburgen im Westen ausgesetzt sah, war seine Reaktion verhalten und auf Abbau von Spannungen bedacht. Seine ohnehin ausgeprägte Scheu vor öffentlichen Auftritten wurde durch ein schweres Herzleiden, das 1927 ausgebrochen war, noch verstärkt. Insofern dürfte er mit Erleichterung aufgenommen haben, daß die Hauptlast der kirchenpolitischen Verantwortung auf den Schultern Kardinal Bertrams lag. Nachdem die Reichstagswahlen vom 5. März 1933 den katholischen Volksteil auch politisch ins Abseits gestellt hatten, regte er bei Bertram die Modifizierung der bischöflichen Warnungen vor dem Nationalsozialismus an, um den katholischen Christen eine Zerreißprobe zu ersparen. Er bestand freilich auch weiterhin auf einer Verurteilung der nationalsozialistischen Weltanschauung. Das mit Hitlers Regierungsübernahme verbundene Dilemma, einerseits der legalen Obrigkeit den staatsbürgerlichen Gehorsam zu schulden, andererseits einem gewalttätigen Regime gegenüberzustehen, das nach und nach verbrecherische Züge annahm, vermochte Schulte bis zu seinem Tod nicht zu lösen.
Bei aller Empfänglichkeit für das „Vaterländische" ließ Schulte sich in der nationalen Aufbruchsstimmung des Frühjahrs 1933 indessen nicht den Blick für die Realität verstellen. Er mißtraute den politischen Absichten Hitlers und seiner Partei und bezweifelte angesichts laufender Konkordatsverhandlungen mit dem Hl. Stuhl, ob man mit einer „Revolutionsregierung", die Recht und Gesetz nicht achte, überhaupt Verträge schließen könne. Gleichwohl nutzte er das Reichskonkordat als Basis seiner künftigen Verteidigungsstrategie bei Übergriffen des Regimes. Die Folgejahre boten hierzu überreichlich Gelegenheit. Meist griff er dabei zum Mittel der schriftlichen Eingabe, zögerte jedoch auch nicht, seinen Widerspruch in die Form von Hirtenworten und Kanzelverlautbarungen zu kleiden. Als Schulte Anfang 1937 mit einer kleinen Bischofsdelegation in den Vatikan gerufen wurde, um einen päpstlichen Protestschritt vorzubereiten, stand für ihn unumstößlich fest, daß das NS-Regime „grundsätzlich und definitiv die Vernichtung des Christentums und insbesondere der katholischen Religion [wollte] oder doch wenigstens ihre Zurückführung auf einen Zustand, der vom Standpunkt der Kirche mit Vernichtung gleichbedeutend wäre".

Bei aller prinzipiellen Klarheit seiner Lagebeurteilung, in der ihn übrigens auch eine Audienz beim „Führer und Reichskanzler" nicht wankend machte, blieb seine Reaktion auch auf dem ersten Höhepunkt des Kirchenkampfes 1936/37 von unverkennbarer Zurückhaltung bestimmt. Selbst die von seiner Kölner „Abwehrstelle" unter dem tatkräftigen Domvikar Josef Teusch organisierte weltanschauliche Auseinandersetzung mit den Heilslehren des Regimes hatte nur gegen sein anfängliches Zögern in Gang kommen können, obwohl sie die Auseinandersetzung doch auf einem Feld suchte, das zu den unbestreitbaren und ureigenen Aufgaben der Kirche zählte. Denn „Widerstand", hatte Schulte in seinem schon zitierten „Strategiepapier" für den Vatikan erklärt, sei „vom Standpunkt des katholischen Gewissens", das auch gegenüber einem antikirchlichen Regime „an seinen staatsbürgerlichen Verpflichtungen unverbrüchlich" festhalte, „nur in einer Form denkbar, nämlich so, daß möglichst breite Schichten glaubensfreudiger und opferwilliger Katholiken einheitlich die Mitwirkung bei glaubensfeindlichen Maßnahmen ablehnen und die Rechte ihres katholischen Gewissens mutig reklamieren". Schulte war seiner seelsorglichen Linie also auch hier treu geblieben, indem er die religiöse Unterweisung als das Feld bezeichnete, auf welchem dem Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus entgegengetreten werden sollte.
Die hieraus resultierende Defensivtaktik, welche jene Bereiche zu vermeiden suchte, in denen die Kirche unzulässiger Politisierung bezichtigt werden konnte, mußte angesichts des unbegrenzten Erfassungswillens der NS-Weltanschauung, die sich mit allen Ingredienzien einer „politischen Religion" präsentierte, freilich an Grenzen stoßen. Dies hatte ein Kritiker wie der Berliner Bischof Konrad von Preysing rasch erkannt, der deshalb auf der Fuldaer Bischofskonferenz 1940 dem vorsichtigen Eingabenkurs Kardinal Bertrams entgegentrat und ein offensiveres, die Öffentlichkeit mit einbeziehendes Vorgehen verlangte. Es war bezeichnenderweise Schulte, der die fällige Diskussion unterband, obwohl sich seine Einschätzung der nationalsozialistischen Kirchenpolitik kaum von derjenigen Preysings unterschieden haben dürfte. Immerhin war er vor der drohenden Aufhebung der katholischen Bekenntnisschulen 1939 sogar zu einer spektakulären Aktion bereit gewesen, indem er eine Schulabstimmung in allen Kirchen des Erzbistums angeordnet hatte, deren Ergebnis von kaum überbietbarer Eindeutigkeit war. Er wollte indessen nicht soweit gehen, diesen Schritt in die Öffentlichkeit zu einem gleichsam kontrolliert geführten Konfrontationskurs auszuweiten, zumal die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges ihm weitere Rücksichtnahmen aufnötigte.

Neben übergroßer, krankheitsbedingt verstärkter Vorsicht und ständigen staatsrechtlichen Bedenken lagen seiner Haltung von allem Rücksichten auf die ihm anvertraute Herde zugrunde. Denn schon bald von der tatsächlichen Machtlosigkeit der Kirche überzeugt und durch Gestapo-Aktionen immer wieder an ihre Grenzen erinnert, wollte Schulte Klerus und Gläubige nicht Bewährungsproben aussetzen, von denen er fürchtete, daß sie ihnen nicht gewachsen sein würden. Insofern bezeichnet Bertrams Grundsatz, „jede Spannung von sich aus zu vermeiden und alle Gefahren von der Kirche abzuwenden", auch die Maxime von Schultes Handeln. Es traf ihn schmerzlich, daß dies vielfach nicht verstanden, ja daß seine Vorsicht von vielen Diözesanen als Ängstlichkeit ausgelegt und als der Glaubwürdigkeit der Kirche abträglich empfunden wurde. Namentlich bei Mitgliedern katholischer Verbände, die sich dem herrischen Erfassungsdrang nationalsozialistischer Organisationen ausgesetzt sahen und durch die täglichen Grabenkämpfe zermürbt zu werden drohten, breitete sich ein Gefühl des Alleingelassenseins aus, der Eindruck eines „Martyriums ohne Auftrag", wie es Generalpräses Wolker pathetisch formulierte. Auch Schultes Kritiker vermochten freilich nicht zu sagen, ob die von Preysing formulierte Gegenposition einer Mobilisierung von „Öffentlichkeit und Massenreaktion" in den Friedensjahren Erfolg gehabt hätte und im Krieg überhaupt praktikabel gewesen wäre. Im Falle Schultes läßt sich lediglich feststellen, daß er, der 1920 sein Amt in Köln mit solch großer Tatkraft angetreten hatte, nach 1933 nicht mehr jenen Widerhall im Kirchenvolk fand, wie er angesichts der Schärfe der Auseinandersetzungen mit dem NS-Regime notwendig gewesen wäre. Einen „Löwen von Münster" hatte Köln in diesem so klugen und klarblickenden, aber vor jeder Eskalation zurückscheuenden Erzbischof nicht.

Schultes Tod nach einem schweren Fliegerangriff auf Köln in der Nacht zum 11. März 1941 kam trotz seines jahrelangen Herzleidens überraschend. Unter großer Beteiligung wurde der Verstorbene am 17. März im Kölner Dom beigesetzt. Daß Bischof Bornewasser von Trier in seiner Traueransprache auf die Kritik einging, die Schultes Amtsführung in den letzten Jahren auf sich gezogen hatte, zeigt, wie verbreitet sie gewesen war. Allerdings warb der Hinweis auf krankheitsbedingte Ursachen seiner Zurückhaltung und die strikt pastorale Ausrichtung seines Wirkens zugleich um Verständnis für einen Oberhirten, dem ein gnädiges Geschick weitere Bewährungsproben und Demütigungen erspart hatte.



Rupert Mayer SJ (1876–1945)

„Ein alter einbeiniger Jesuit lebt, wenn es Gottes Wille ist, länger als eine tausendjährige gottlose Diktatur". Der hintergründige Humor, der in diesem überlieferten Ausspruch steckt, spricht für die Haltung eines Mannes, der in turbulente Zeiten hineingeboren wurde und von dem die Zeitgenossen, als er am Allerheiligenfest 1945 während der heiligen Messe in der Kreuzkapelle der St. Michaelskirche in München einen Gehirnschlag erlitt, aber dennoch am Altar stehen blieb, sagten: „Selbst im Tod ist Pater Mayer nicht umgefallen."
Was die Katholiken Münchens und viele Bürger dieser Stadt an Pater Mayer tief beeindruckte, war seine unbeirrbare Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus. Nichts konnte den Jesuiten gefügig machen: weder Bespitzelung, Verhöre und Drohungen der Gestapo noch Predigtverbote, weder Gefängnis noch das Konzentrationslager. Er blieb unbeugsam und ließ sich von den braunen Machthabern nicht zum Schweigen bringen. Nur ein eiserner Wille und die Bereitschaft, lieber den Tod auf sich zu nehmen als seine Überzeugung zu verraten, konnten dem totalitären System widerstehen, das nicht nur politisch, sondern auch in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen bedingungslose Gefolgschaft verlangte. Den Nationalsozialisten war Pater Mayer ein Dorn im Auge, weil er ohne Wenn und Aber für die Wahrheit eintrat und Widerstand leistete, wo die Rechte Gottes und des Menschen angetastet wurden.

I

Rupert Mayer wurde am 23. Januar 1876 als zweiter Sohn einer Kaufmannsfamilie in Stuttgart geboren. Das elterliche Haus stand am Marktplatz. Der Vater Rupert Mayer stammte aus Rötenbach im Schwarzwald, die Mutter Emilie, geborene Wehrle, aus Pforzheim. Sie hatten 1873 geheiratet und betrieben die Firma Tritschler, ein Geschäft für Haushaltswaren. Den Eltern, die sich beide um das Geschäft kümmern mußten, war die Erziehung der sechs Kinder ein Herzensanliegen. Sie wußten, daß der wichtigste Grundsatz der Erziehung das persönliche Beispiel ist. Die Eltern lebten vor, wozu sie ihre Kinder erziehen wollten. Dazu gehörten die sozialen und wirt-

schaftlichen Tugenden der Arbeitsamkeit und des Fleißes, der Sparsamkeit und der Rücksichtnahme ebenso wie die religiös-sittlichen Orientierungen, die der christliche Glaube und die Kirche ermöglichen. „Das Elternhaus ist eben", wie Pater Mayer später bemerkte, „für die Erziehung eines jungen Menschen ausschlaggebend. Freilich gehört nicht bloß dazu, daß die Eltern katholische Grundsätze haben, sondern daß sie dieselben auch vorleben und daß sie auch die Klarheit haben, sie in der richtigen Form vorzubringen." Die Mutter und auch der Vater nahmen sich Zeit, um auf die Fragen und das, was die Kinder bewegte, einzugehen. Die Eltern waren auch darauf bedacht, daß die Freizeit und die sportliche Betätigung nicht zu kurz kamen. Der Vater lehrte seinen Sohn Rupert das Reiten und den Umgang mit Pferden.

Stuttgart hatte damals 107.000 Einwohner. Nur 12 Prozent der Bevölkerung waren katholisch. Es gab nur eine einzige katholische Pfarrei, St. Eberhard. Die Eltern gingen jeden Sonntag mit ihren Kindern zur Messe, wenn es möglich war, auch werktags. Rupert begann frühzeitig, in der Pfarrkirche zu ministrieren. Die Mitarbeit des Vaters und der Mutter in katholischen Organisationen weckten auch in den Kindern den Sinn für kirchliches und karitatives Engagement.

Von der Volksschule wechselte Rupert auf das Eberhard-Ludwig-Gymnasium. Die letzten Jahre bis zur Reifeprüfung war er am Gymnasium in Ravensburg. Da er gesundheitlich anfällig war, erhofften sich die Eltern von dem Klimawechsel einen günstigen Einfluß. Dabei dürften auch religiöse Überlegungen eine Rolle gespielt haben. Während in der Stuttgarter Diaspora antikatholische Tendenzen spürbar waren, gab es in Ravensburg eine katholisch geprägte Umwelt. Rupert gewann neue Freunde, von denen einige am Jesuitengymnasium in Feldkirch/Vorarlberg studiert hatten. Allmählich reifte in ihm der Entschluß, Priester zu werden. Besonders fühlte er sich vom Jesuitenorden angezogen, der seit dem Kulturkampf im Deutschen Reich verboten war.

II

Der Vater hielt einen Ordenseintritt unmittelbar nach dem Abitur für verfrüht. Er drängte seinen Sohn, wenn er schon einen geistlichen Beruf ergreifen wollte, Weltpriester in seiner Heimatdiözese Rottenburg zu werden. Rupert war dazu bereit. Von 1894 bis 1898 folgten die philosophisch-theologischen Studien. Das erste Jahr verbrachte er in Fribourg in der Schweiz an der vom Dominikanerorden getra-

genen katholischen Universität. Im Wintersemester 1895/96 studierte er an der Ludwig-Maximilians-Universität in München – die Stadt, die ihm später zur zweiten Heimat werden sollte. In den beiden letzten Jahren rundete er sein Studium an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Tübingen ab. Ohne Zweifel haben diese Jahre seinen Blick geweitet und ihn mit ganz unterschiedlichen Denkansätzen vertraut werden lassen. In Fribourg schloß er sich der katholischen deutschen Studentenverbindung Teutonia im CV an.
Nach dem Theologiestudium, das er mit ordentlichem Erfolg beendete, begann die unmittelbare Vorbereitung auf den priesterlichen Dienst im Priesterseminar. Am 2. Mai 1899 wurde er von Bischof Paul Wilhelm von Keppler in der Domkirche in Rottenburg zum Priester geweiht. Aus der Primizpredigt von Dr. Richard Wahl am 4. Mai sind Sätze überliefert, die fast wie ein Programm für sein künftiges Wirken anmuten: „Mögen Sie am Ende Ihres Lebens sagen können: Durch meine Schuld ist niemand verloren gegangen. Ich habe mich der Armen und Verlassenen mit besonderer Liebe angenommen. Ich habe die Kinder, die Lieblinge Gottes, in der Schule und in der Kirche stets mit Gewissenhaftigkeit unterrichtet. Ich habe zu den Kranken meine Schritte gelenkt, so oft ich konnte. Es war mir dabei kein Weg zu weit und keine Stunde zu unbequem bei Tag und bei Nacht... Menschenfurcht war nie von Einfluß auf mein Tun und Lassen. Mein ganzes Streben ging dahin, zu tun, wozu ich von Gott gesandt worden bin."
Ein gutes Jahr war Rupert Mayer Vikar in Spaichingen. Schwerpunkte seines Wirkens waren vor allem die Jugendarbeit und die Sorge um die Kranken, die Armen und die Alten. So sehr ihn die seelsorgliche Aufgabe erfüllte, so war in ihm der Wunsch, Ordensmann zu werden, lebendig geblieben. Nachdem sein Bischof zugestimmt hatte, trat er am 30. September 1900 in die Gesellschaft Jesu ein. Es folgte das Noviziat in Feldkirch/Vorarlberg, an das sich vertiefte philosophische und theologische Studien von 1901 bis 1904 im Ignatiuskolleg in Valkenburg/Niederlande anschlossen. Die Ausbildung konnte Pater Mayer 1906 mit dem sogenannten Terziat beenden.

III

Die Ordensoberen hatten erkannt, daß die Fähigkeiten und die Interessen Pater Mayers weniger in der Wissenschaft, dafür um so mehr im Bereich der Seelsorge lagen. In besonderer Weise fühlte er sich zu jenen Menschen hingezogen, die im Zuge der Industrialisierung

in immer größeren Zahlen vom Land in die rasch anwachsenden Großstädte zogen, um dort Arbeit und Brot für sich und ihre Familien zu finden. Sie waren in Gefahr, nicht nur die Bindungen und Geborgenheit der Großfamilie, sondern auch ihre religiös-sittlichen Wurzeln zu verlieren.

Da es dem Jesuitenorden noch immer verboten war, in der ordentlichen Seelsorge und im schulischen Bereich tätig zu sein, bot sich das neu entstandene Feld der „Volksmissionen" an. Das Ziel war, den Glauben und die sittliche Orientierung der Katholiken zu festigen und jene Menschen, die der Kirche und ihrem Glauben entfremdet waren, wieder anzusprechen und zurückzuholen. Von Valkenburg, später von Feldkirch aus war Pater Mayer auf Missionsreisen im Rheinland, in Westfalen, in Baden und Württemberg, in der Schweiz und in Vorarlberg unterwegs. An der Seite des bekannten Volksmissionars P. Johannes B. Aschenbrenner SJ lernte er Predigen, Beichthören, Spenden der Sakramente, Feiern der Gottesdienste. Zugleich gab er Exerzitien, wie es der Tradition des Jesuitenordens entspricht. In den vielen Begegnungen und Gesprächen wuchsen seine Menschenkenntnis und die Gabe der Unterscheidung. Dabei entwickelte er ein ausgeprägtes Verständnis auch für die Schwierigkeiten der Menschen sowohl in ihrem Bemühen als auch in ihrem Versagen. Am 2. Februar 1911 legte Pater Mayer seine letzten Gelübde ab, die seine Zugehörigkeit zur Gesellschaft Jesu besiegelten.

Ein Arbeitsfeld eigener Art tat sich auf, als Pater Mayer am 8. Januar 1912 in München eintraf. Auf dem Katholikentag in Mainz 1911, der im Zeichen des 100. Geburtstages des Bischofs Wilhelm Emmanuel von Ketteler stand, erklärte der damalige Bischof von Speyer und spätere Erzbischof von München und Freising Michael Faulhaber: „Die Rückeroberung der Arbeiterwelt ist die dornenvollste Aufgabe der modernen Seelsorge und die eigentliche Sorge unserer Seelsorge. Auch wenn der Arbeiter im günstigsten Fall den Sonntagsgottesdienst besucht, kann die sonntägliche halbstündige Predigt unmöglich ein volles Gegengewicht bilden gegen das tägliche Lesen einer kirchenfeindlichen Zeitung und gegen das stündliche Hören der gehässigen Angriffe auf den Glauben seiner Jugend. Wir müssen also außerhalb der Sonntagspredigt die Arbeiter sammeln, die Gesammelten schulen und die Geschulten als Vertrauensmänner an die Werbearbeit schicken." Dieser Linie folgte auch der von Speyer nach München berufene Erzbischof Franz Bettinger. München war eine Großstadt von 569 000 Einwohnern. Jahr für Jahr kamen über 10 000 Zuwanderer hinzu. Wer sollte sich um sie kümmern? Der Erzbischof wandte sich an den Jesuitenprovinzial, der für diese Aufgabe der modernen Seelsorge Pater Mayer auswählte.

Jeden Abend machte sich Pater Mayer auf den Weg, um fünf bis sechs Hausbesuche bei Arbeiterfamilien zu machen. Wie er auf dem Katholikentag in Metz 1913 darlegte, hatte er für seine Seelsorge folgende Grundsätze: Die Kirche muß den zugezogenen Familien zunächst helfen, eine Wohnung zu bekommen und dann eine Arbeit zu finden. Daß sich die Kirche nicht nur auf das übernatürliche Heil der Menschen beschränken dürfe, sondern sich auch um die sozialen Lebensverhältnisse kümmern müsse, entsprach der neuen Sozialverkündigung Bischof Kettelers und Papst Leos XIII. sowie der christlich-sozialen Bewegung in Deutschland. Um die genannten Ziele zu verwirklichen, bedurfte es des Kontaktes mit christlichen Arbeitern. Pater Mayer gewann in München 5600 „Vertrauensleute" des Arbeiterstandes, die den „Zugereisten" mit Rat und Tat zur Seite standen, ihnen halfen, wo sie konnten, und die ihre Ansprechpartner für Fragen des Glaubens und der Kirche wurden. Zugleich bemühte sich Pater Mayer, die Landbevölkerung über die Chancen und Risiken des Großstadtlebens und über die Einflußfaktoren (Presse, Gewerkschaften, Parteien) aufzuklären.

1926 bereitete Pater Mayer zwei große Stadtmissionen in München vor. Er wollte dem Prozeß der Entkirchlichung und der „Entchristlichung des öffentlichen Lebens" entgegenwirken. Wie beurteilte er den Erfolg: „Von 560 000 Katholiken haben 54 000 Männer und 112 000 Frauen gebeichtet. Dementsprechend war auch der Besuch der Predigten: 30 bis 40 Prozent. Die Kirchen waren glänzend besucht, und hätte man nicht diese Statistik, so hätte man meinen können: Der Verlauf der Mission war glänzend! ... Und doch diese niederdrückende Zahl: nur 30 bis 40 Prozent. Wo blieben die anderen 70 Prozent? Wer erfaßt sie? Wer bringt sie zurück? Wir haben nur 117 Ehen saniert, das ist sehr wenig, weil wohl fast in jedem Münchener Haus eine Ehe besteht, wo etwas nicht stimmt. Nur 57 sind wieder in die Kirche zurückgetreten. Nach der Seite also, was die Zurückgewinnung der Abseitsstehenden betrifft, haben wir einen großen Mißerfolg gehabt ..."

1914 gründete Pater Mayer zusammen mit anderen Geistlichen die „Kongregation der Schwestern von der Heiligen Familie", deren Spiritual er bis zu seinem Tode war. Diese Gemeinschaft sollte sich um die Erziehung der erwerbstätigen weiblichen Jugend für ein katholisches Familienleben engagieren.

IV

Die Tätigkeit Pater Mayers in München wurde durch den Ersten Weltkrieg unterbrochen. Wie so viele junge Menschen im damaligen Deutschland war auch er vaterländisch gesinnt. Ihn bewegte der Gedanke, daß gerade die Soldaten des seelsorglichen Beistandes bedurften, da sie oft weit weg von ihrer Familie zur Verteidigung der Heimat ihr Leben aufs Spiel setzen mußten. Deshalb meldete er sich als Feldgeistlicher. Zunächst tat er Dienst im Feldlazarett des I. Bayerischen Armeekorps in München, dann an der Westfront. Als Divisionspfarrer wurde er zur 8. Bayerischen Reservedivision versetzt und war bei den erbitterten Kämpfen im Februar und Mai 1915 im Elsaß dabei. Mitten im Granathagel barg er Verwundete und Tote, tröstete Verzweifelte und machte dabei keinen Unterschied zwischen Freund und Feind. Mit seiner Division wurde er nach Galizien verlegt und war bei der Eroberung von Lemberg wiederum an vorderster Front. Er erhielt als erster Geistlicher der deutschen Armee das Eiserne Kreuz Erster Klasse. Die Soldaten und Offiziere wußten, was sie an ihrem Feldgeistlichen hatten, der unerschrocken Gottesdienste feierte, seinen Kameraden beistand und für die Verwundeten sorgte.
Im Sommer 1916 war er mit seinem Regiment wieder an der Westfront, um kurz darauf in Rumänien eingesetzt zu werden. Am 30. Dezember 1916 wurde er von rumänischem Sperrfeuer so schwer verwundet, daß sein linkes Bein amputiert werden mußte. Er gab nicht auf und lernte, mit der Prothese zu leben. Als Invalide kehrte er im November 1917 nach München zurück. Die Freundschaft, die er mit vielen Kriegskameraden geschlossen hatte, hielt auch in den schwierigen Zeiten, die nach 1918 über Deutschland hereinbrachen.

V

Der verlorene Weltkrieg, das Ende des Deutschen Kaiserreiches, die Revolution und die kurzlebige Räterepublik, vor allem aber das Anwachsen der extremen Rechten und Linken, zwischen denen die Weimarer Republik zerrieben werden sollte, bestimmten die politische und die sozio-ökonomische Situation.
Sein kleines Arbeitszimmer neben der St. Michaelskirche – die Jesuiten hatten, nachdem das Verbot des Ordens aufgehoben war, 1921 die Seelsorge wieder übernommen – wurde jetzt zur Drehscheibe einer völlig unbürokratischen Sozialarbeit. Es hatte sich herumgesprochen, daß Pater Mayer ein Nothelfer war. Tausende kamen zu

ihm; er half ihnen: er sammelte bei den Bäckern und schrieb Brotgutscheine aus, vermittelte Arbeitsstellen, führte Telefonate mit den Behörden, versuchte Alkoholikern zu helfen. Pater Mayer erfüllte seine Aufgabe gemäß der Maxime: „Es muß Wärme von uns ausgehen, den Menschen muß es in unserer Nähe wohl sein, und sie müssen fühlen, daß der Grund dazu in unserer Verbindung mit Gott liegt."

1919 begegnete er Adolf Hitler, der ebenfalls wie Pater Mayer eine Versammlung von Kommunisten besuchte, um die Zuhörer für seine Ziele zu gewinnen. Je länger Pater Mayer die Hitler-Kundgebungen erlebte, desto klarer erkannte er, welch große Gefahr für die Kirche und das Christentum mit dieser „Bewegung" heraufzog. Er ließ sich weder von ihrem patriotischen Elan täuschen noch von ihrer Propaganda für ein sogenanntes „positives Christentum" blenden. Als 1923 der ehemalige protestantische Pastor Georg Schott sich für die Vereinbarkeit von Nationalsozialismus und Christentum einsetzte, widersprach ihm Pater Mayer: ein gläubiger Katholik könne nicht zugleich Nationalsozialist sein. Er mußte wütende Proteste hinnehmen.

Im Rückblick bemerkte er später: „Bei den Hausbesuchen ging es erst sehr lebhaft zu. So wurde ich bekannt mit dem Sozialismus und Kommunismus. Ich war gezwungen, die soziale und kommunistische Presse zu verfolgen und die diesbezüglichen Schriften zu lesen; so kam ich auch zum Besuch der sozialistischen, kommunistischen und Freidenker-Versammlungen ... Diese Tätigkeit brachte es mit sich, daß ich immer mehr in die katholische Arbeitervereinsbewegung hereingezogen wurde und auch die christliche Gewerkschaftsbewegung kennenlernte."

Pater Mayer erkannte, wie notwendig es war, sich mit den weltanschaulichen und parteipolitischen Positionen auseinanderzusetzen. Er ging in die kommunistischen Versammlungen, ebenso in jene der neuen Heilslehre des Nationalsozialismus. Leicht ist ihm dies nicht gefallen: „Immer wieder habe ich es mir überlegt und bin an den Lokalen vorbeigegangen. Soll ich hineingehen? Jetzt sind sie ruhig und jubeln. Wenn ich aber komme, dann geht's los: ‚Saupfaff elendiger!' Dann geht alles drunter und drüber (...) Aber ich sagte mir: (...) Es ist sonst niemand da! Ich muß hinein. Ich wußte, wenigstens ein Drittel ist drinnen, die noch keine Stellung bezogen haben, und denen muß man zeigen, daß man auch etwas dagegen sagen kann."

Ende März 1921 wurde Pater Mayer von Kardinal Faulhaber zum Präses der Marianischen Männerkongregation ernannt. Im Ernennungsschreiben ist von der Wirksamkeit die Rede, welche er „als Apostel der Münchner Männerwelt entfaltet" habe. Die Kongregation, die 1610 gegründet worden war, zählte 2500 Mitglieder. Sie gab Pater Mayer die Möglichkeit, seine seelsorglichen Fähigkeiten zur Geltung zu bringen und verstärkt mit den Laien zusammenzuarbeiten. Als er 1945 die Aufgabe seinem Nachfolger übergab, war die Mitgliederzahl der Kongregation auf fast 8000 Männer angewachsen. Bei den monatlichen Zusammenkünften hielt Pater Mayer einen Vortrag mit anschließender Andacht. Dabei griff er aktuelle Fragen auf und bot den Männern Antworten, die sie in ihrer Glaubensüberzeugung und ihren sittlichen Orientierungen bestärkten. Es war ihm ein Anliegen, wie er die Männer für ein christliches Leben in Ehe und Familie, in Arbeit und Freizeit, in Kirche und Gesellschaft gewinnen konnte. Zugleich behandelte er Fragen der Gestaltung und Ordnung des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens. Die Sozialenzyklika Rerum Novarum Leos XIII. (1891) und die in Deutschland gewachsene christlich-soziale Bewegung waren eine geeignete Grundlage. Dabei konnte Pater Mayer die Erfahrungen, die er in den Diskussionen mit politischen Gruppierungen gewonnen hatte, gut anbringen.

Leider ist in den Archiven nichts überliefert, ob sich Pater Mayer in Fortsetzung seiner Aktivitäten auf dem Katholikentag 1913 in Metz auch am Münchener Katholikentag 1922 engagierte. Die damals ungeheuer schwierige wirtschaftliche Lage schwächte die junge Weimarer Demokratie. Zudem kam es zu einem Eklat zwischen dem Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, der damals Präsident des Katholikentages war und die republikanische Mehrheit im deutschen Katholizismus repräsentierte, und Kardinal Faulhaber, der immer noch die alte Ordnung verteidigte und der sich erst allmählich von seinen Vorbehalten gegen die Weimarer Republik löste.

Auch erfahren wir aus den Archiven nichts darüber, wie Pater Mayer auf die Machtergreifung der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 reagierte. Da er sich seit 1919 kritisch mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzte, ist kaum anzunehmen, daß er geschwiegen hat oder eine abwartende Haltung einnahm. Auch das mit dem Heiligen Stuhl abgeschlossene Reichskonkordat dürfte an seiner grundsätzlichen Gegnerschaft nichts geändert haben, auch wenn er voraussah, daß das Konkordat die Verteidigungsposition der Katholiken und der Bischöfe gegen staatliche Übergriffe verbesserte.

In dem Maße, in dem die Angriffe der Nationalsozialisten gegen die Kirche und katholische Verbände und Organisationen zunahmen, übte Pater Mayer in seinen Predigten in St. Michael und in den Vorträgen an seine Männer scharfe Kritik. Eindrucksvoll sind bis heute die Bilder geblieben, die ihn an der Spitze der Kongregation bei der Fronleichnamsprozession zeigen.
Als die Nationalsozialisten zu Beginn des Jahres 1935 den Kampf gegen die Bekenntnisschule forcierten – sie kümmerten sich nicht um Artikel 23 des Reichskonkordates –, protestierte Pater Mayer auf der Kanzel und in politischen Großkundgebungen und verteidigte das Elternrecht und die katholische Erziehung. Wiederholt kam es zu Tumulten und zu Zwischenrufen: „Schlagt ihn nieder, hängt ihn auf, schießt ihn tot." Am 15. Februar wurde er von zwei SA-Leuten aus dem Saal entfernt.
Wenige Monate nach der Abstimmung über Bekenntnis- oder Gemeinschaftsschule stand eine weitere Machtprobe zwischen Partei und Kirche bevor. Es ging um die Freiheit der kirchlichen Caritasarbeit, konkret um die staatlich genehmigte Caritas-Straßen- und Haussammlung. Der „Völkische Beobachter" schürte die Stimmung gegen die Sammler. Pater Mayer, der dem Vorstand des Diözesan-Caritasverbandes angehörte, stand wie gewohnt mit der Sammelbüchse in der Hand vor der St. Michaelskirche. Fußgänger berichteten ihm von Sprechchören und ersten Zwischenfällen. Dann wurde die Sammlung polizeilich verboten. Tags darauf predigte Pater Mayer über „Die Leistungen der Caritas".

VII

Daß ein Jesuit vom Format Pater Mayers mit den nationalsozialistischen Machthabern über kurz oder lang in Konflikt geraten mußte, war vorauszusehen. Seit 1935 wurden seine Predigten zunehmend überwacht. Pater Mayer nahm kein Blatt vor den Mund und nannte die Dinge beim Namen. Der Personalakt Rupert Mayer bei der Münchener Polizeidirektion schwoll an. Die Staatsanwaltschaft verwarnte ihn: Politik auf der Kanzel, das gehe „im heutigen Staat" nicht mehr. Wenn das Regime zögerte, gegen Pater Mayer vorzugehen, so lag dies an der großen Popularität, die er bei der Münchener Bevölkerung erlangt hatte. Viele Menschen erblickten in ihm eine Bastion der Freiheit gegen die totalitäre Herrschaft. Auch dürfte die Tatsache, daß der Jesuit Mayer im Ersten Weltkrieg wegen seiner Tapferkeit die hohe Auszeichnung erhalten hatte, die Nationalsozialisten zur Vorsicht gemahnt haben. Mit Bedacht trug Pater Mayer diese

Auszeichnung, wenn er bei der Gestapo vorgeladen wurde oder Zusammenstöße befürchten mußte.
Dennoch dauerte es bis zum 7. April 1937, bis im Reichssicherheitshauptamt, der Zentrale der Gestapo in Berlin, über den Münchener Männerapostel „Redeverbot für das gesamte Reichsgebiet" – ausgenommen in der St. Michaelskirche – verhängt wurde. Die kurz zuvor von allen Kanzeln verlesene Enzyklika Papst Pius' XI. „Mit brennender Sorge" war eine Kampfansage an das herrschende Regime, die mit neuen Unterdrückungsmaßnahmen beantwortet wurde. Pater Mayer beschloß, das Redeverbot zu ignorieren. Als Kardinal Faulhaber beim Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten protestierte, wurde er in einem Antwortschreiben belehrt, daß im Fall von Unruhen „der nationalsozialistische Staat sich durchzusetzen wisse".
Am 5. Juni 1937 wurde Pater Mayer von der Gestapo verhaftet. Als die Festnahme Pater Mayers bekannt wurde, versammelten sich 400 Leute vor der St. Michaelskirche und zogen nach einer Betstunde in einem Protestmarsch zur Gestapozentrale. Die Versuche, den Jesuiten zum Einlenken zu überreden, scheiterten. Als die Gestapo eine schriftliche Erklärung von ihm verlangte, was er künftig zu tun gedenke, gab er zu Protokoll: „Ich erkläre, daß ich im Falle meiner Freilassung trotz des gegen mich verhängten Redeverbotes nach wie vor, sowohl in den Kirchen Münchens als auch im übrigen Bayern, aus grundsätzlichen Erwägungen heraus, predigen werde. Ich erkläre insbesondere, daß ich auch in Zukunft von der Kanzel herab in der bisherigen Form die Kirche gegen etwaige Angriffe mit aller Entschiedenheit und Offenheit und Schärfe, aber ohne persönliche Angriffe verteidigen werde. Ich werde auch weiterhin in der von mir geübten Art und Weise predigen, selbst dann, wenn die staatlichen Behörden, die Polizei und die Gerichte meine Kanzelreden als strafbare Handlungen und als Kanzelmißbrauch bewerten sollten. Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben: Rupert Mayer SJ".
Die Gestapo erwirkte einen richterlichen Haftbefehl wegen Kanzelmißbrauchs bei Predigten in der Zeit vom 27. Mai 1936 bis 23. Mai 1937. Pater Mayer kam in das Gefängnis Stadelheim. In der Predigt „Wenn die Flammenzeichen rauchen" stellte sich Kardinal Faulhaber am 4. Juli 1937 hinter Pater Mayer: „Predigt ist ein wesentliches Stück der Seelsorge, die Seelsorge aber ist eine rein innerkirchliche Angelegenheit... Der Staat hat also kein Recht, einem Geistlichen, dem der Bischof die Sendung zur Predigt gab, das Predigen zu verbieten und ihn im Weigerungsfall zu verhaften."
In der Verhandlung vor dem Sondergericht am 22. und 23. Juli im Justizpalast in München ging es um drei Problembereiche: 1. Um

den Schulkampf, weil die Konfessionsschule mit unlauteren Mitteln bekämpft wurde zugunsten der Gemeinschaftsschule. 2. Um die Sittlichkeits- und Devisenprozesse gegen Ordensleute. 3. Um die Hetze im nationalsozialistischen Schrifttum gegen die Kirche, gegen Priester, gegen das Christentum überhaupt. Pater Mayer wurde „im Namen des deutschen Volkes" zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, unter Anrechnung von sechs Wochen Untersuchungshaft. Der Angeklagte habe den öffentlichen Frieden gefährdet und am Staat nur negative Kritik geübt. Auch wenn es in Verhandlungen mit dem Reichssicherheitshauptamt gelang, eine vorläufige Freilassung zu erwirken, so blieb Pater Mayer kaltgestellt. Anstatt im Gefängnis lebte er bei seinen Ordensbrüdern auf der Rottmannshöhe am Starnberger See.

Als Gauleiter Wagner bei einer Rede bemerkte, man müsse nur mit einer Strafe drohen, dann verstummen sie alle, geriet auch Pater Mayer in den Verdacht, vor den Nationalsozialisten zurückzuschrecken. Deshalb begann er an Weihnachten 1937 wieder zu predigen. Bereits am 5. Januar wurde er von zwei Gestapoleuten gefragt, ob er am folgenden Dreikönigstag ebenfalls auf die Kanzel steigen wolle. Er wurde erneut festgenommen und am 17. Januar 1938 in die Haftanstalt Landsberg gebracht. Es war dasselbe Gefängnis, in dem Adolf Hitler 1924 eingesessen hatte. Die einzige Ausnahme von der Gefängnisordnung, die ihm zuteil wurde, war die Erlaubnis, täglich die heilige Messe still in seiner Zelle zu feiern. Kardinal Faulhaber hatte die Erlaubnis beim Reichsminister für Justiz Franz Gürtner erwirkt und bei seinem Besuch im Gefängnis am 29. März 1938 einen Meßkoffer mitgebracht. Als der „Anschluß Österreichs" vollzogen war, fiel Pater Mayer unter die allgemeine Amnestie und wurde am 3. Mai 1938 vorzeitig aus der Haft entlassen.

VIII

Die Übergriffe der Nationalsozialisten gegen die Kirche, gegen Priester und Laien nahmen zu. Es wurde immer schwieriger, den Verfolgten zu helfen. Um einer erneuten Verhaftung vorzubeugen, waren Kardinal Faulhaber und der Provinzial Pater Augustin Rösch zu der Auffassung gelangt, Pater Mayer solle sich dem Predigt- und Redeverbot der Geheimen Staatspolizei fügen. Dieses Opfer des Gehorsams fiel dem Jesuiten nicht leicht. Es bedrückte ihn, daß seine Stimme in dem sich verschärfenden Kirchenkampf fehlte. Er konzentrierte seine ganze Kraft auf die Einzelseelsorge, auf das tägliche

Beichthören und auf Gespräche in kleinen Gruppen. Er nutzte jede Möglichkeit, um den vielen Mitmenschen, die seinen Rat suchten, beizustehen.
Der Beinamputierte des Ersten Weltkrieges hörte mit wachsender Sorge die Meldungen über den Polenfeldzug und damit den Beginn des Zweiten Weltkrieges. Es war für Pater Mayer eine besondere Erfüllung, daß er am 15. September 1938 die feierlichen Gelübde ablegen konnte.
Am 3. November 1939 wurde Pater Mayer wieder verhört. Die Gestapo wollte von ihm Informationen über die oppositionelle Gruppierung „Königspartei" haben. Er verweigerte die Antwort, weil die Leute an ihm irre werden müßten, wenn er das, was sie ihm als Seelsorger unter dem Siegel der Verschwiegenheit sagten, der Gestapo mitteilte. „Ich bin kein Politiker, ich bin Seelsorger." Noch am selben Abend wurde er „wegen Unbotmäßigkeit" verhaftet und ins Gefängnis der Gestapo abgeführt. Die Entrüstung in der katholischen Bevölkerung war groß, aber es kam wegen des ausgebrochenen Weltkrieges nicht zu öffentlichen Demonstrationen. Wenig später ordnete der Reichsführer SS Heinrich Himmler an, den Pater in „Schutzhaft" zu nehmen. Am 23. Dezember wurde er ins Konzentrationslager Sachsenhausen bei Berlin gebracht, wo auch der protestantische Pastor Martin Niemöller inhaftiert war. Es folgten sieben Monate Einzelhaft. Sein Gesundheitszustand verschlechterte sich zusehends, zumal er nicht die benötigten Medikamente erhielt.
Erst Ende Januar 1940 sickerte durch, wo Pater Mayer festgehalten wurde. Als ihm am 7. August befohlen wurde, das Notwendigste zu packen, dachte er schon, er würde hingerichtet. Die Bemühungen von seiten der Bischöfe in München und Berlin, Faulhaber und Preysing, wie der Jesuitenoberen hatten erreicht, daß Pater Mayer aus dem Konzentrationslager entlassen und ins Benediktinerkloster Ettal gebracht wurde. Die Bedingungen waren: kein Kontakt zur Außenwelt, keine Predigten, kein Beichthören, nur beschränkter Briefwechsel, Arztbesuch nur, wenn nötig. Was diese Bedingungen für einen Kämpfer gegen alles Unrecht wie Pater Mayer bedeuteten, kann man kaum ermessen. Seine Biographen sprechen zu Recht vom „Seelsorger ohne Kanzel" (Wilhelm Sandfuchs) und vom „goldenen Käfig" in Ettal (Roman Bleistein). Er selbst umschrieb seine Situation: „Ich bin lebend ein Toter."

IX

Mehr als viereinhalb Jahre dauerte der Aufenthalt in Ettal. Als Christ sehnte er das Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft herbei. Zutiefst traf ihn die Verhaftung und Ermordung seines Mitbruders Alfred Delp im Gefolge des mißglückten Attentats auf Hitler. Ebenso bewegte ihn, daß sein Provinzial Pater Rösch steckbrieflich gesucht wurde. Die Nachrichten über die Bombardierung und Zerstörung vieler deutscher Städte, insbesondere seiner Heimatstadt Stuttgarts und Münchens rüttelten an seiner vaterländischen Grundhaltung. Als die amerikanischen Truppen am 6. Mai 1945 in Ettal einzogen, erhielt Pater Mayer seine Freiheit zurück. Er spazierte durch das Dorf und begann zu predigen.

Am 11. Mai kehrte er in das zerstörte München zurück. Er betete zuerst am Gnadenbild der Gottesmutter, das von der zerbombten Herzogspitalkirche in die Lebsche-Klinik am Bavaria-Ring gebracht worden war. Dann suchte er Kardinal Faulhaber auf, bevor er zu seinen Mitbrüdern ging. Von der St. Michaelskirche standen nur noch die Mauern. Am 27. Mai predigte er zum ersten Mal wieder beim Hauptfest der Marianischen Männerkongregation. Mehrere tausend Männer hatten sich in der St. Ludwigskirche versammelt. Als er zusammen mit Kardinal Faulhaber die Kirche betrat, brandete stürmischer Beifall auf. Das, was die Menschen jetzt am meisten brauchten, waren Zuspruch und Ermutigung. Er dankte den Männern, daß sie ihrem Glauben treu geblieben waren, und er rief sie zu neuem Engagement auf. Denkwürdig war auch die erste Fronleichnamsprozession mitten durch die meterhohen Schuttberge am 31. Mai. Wie früher ging der Präses an der Spitze seiner Männer.

In den folgenden Wochen wurde Pater Mayer wieder, wie es hieß, zum „Fünfzehnten Nothelfer" vieler Menschen in München. Neben seiner Predigt- und Beichttätigkeit schrieb er unzählige Briefe, um Wohnungsnöte zu lindern oder eine Zuzugserlaubnis nach München zu erreichen, Bettelbriefe für Menschen in Not oder ohne Arbeit, Entlastungsbriefe im Rahmen der „Entnazifizierung", Bittbriefe um Entlassung aus amerikanischen Internierungslagern.

Am 3. Oktober übergab Pater Mayer die Verantwortung für die Marianische Männerkongregation an Pater Anton Koerbling. Seine körperlichen Kräfte schwanden dahin. Am 1. November 1945, dem Allerheiligenfest, hielt er wie üblich die Acht-Uhr-Messe in der kleinen Kreuzkapelle der Michaelskirche, die wieder benutzbar war. Er las das Evangelium von den Seligpreisungen und stellte die Eucharistie als Brot und Nahrung der christlichen Nächstenliebe in die Mitte seiner Predigt. Er verlor das Bewußtsein und starb kurze Zeit später.

Die Nachricht ging wie ein Lauffeuer durch die Stadt. Tausende nahmen Abschied von ihm. Zunächst auf dem Friedhof des Berchmannskollegs beigesetzt, wurde er 1948 in die Bürgersaalkirche im Zentrum Münchens überführt, wobei Hunderttausende am Straßenrand Spalier standen. Seither wird sein Grab täglich von einer großen Zahl von Menschen aufgesucht, die sich von ihm Trost und Hilfe erbitten. Am 3. Mai 1987 wurde Pater Rupert Mayer von Papst Johannes Paul II. im Olympiastadion in München seliggesprochen.



Heinrich Weber (1888–1946)

„Der in Münster verstorbene Ordinarius für Staatswissenschaften Prof. Dr. Heinrich Weber genoß seit mehr als zwanzig Jahren als der markanteste Vertreter der christlichen Gesellschaftslehre und der wissenschaftlich-sozialen Fürsorge im deutschen Geistesleben europäischen Ruf ... Das katholische Hochschulleben verliert in ihm, viel zu früh, eine der bedeutendsten Persönlichkeiten, einen Wissenschaftler von hohem Rang und internationalem Gewicht", hob der Berliner „Tagesspiegel" am 7. September 1946 in seinem Nachruf auf den im Alter von 57 Jahren verstorbenen Gelehrten hervor. Der gesamte Deutsche Caritasverband erlitt durch diesen unerwarteten Tod „einen überaus schweren Verlust", war Weber doch als Vorsitzender seiner Finanzkommission und gleichzeitiger Vorsitzender des Fachausschusses für Caritaswissenschaft in der existenzbedrohenden Zeit der Weltwirtschaftskrise und des Nationalsozialismus eine der tragenden Säulen des Caritasverbandes gewesen. Er hat entscheidend mit dazu beigetragen, daß der Caritasverband diese Zeit überdauert hat. Benedict Kreutz, der damalige Präsident des Deutschen Caritasverbandes, schrieb ein Jahr nach seinem Tod: „Sein Andenken ist bei uns frisch, bei mir insbesondere, hatte ich doch ganz besondere Pläne mit seiner Person, die ich oft mit ihm besprochen habe, und die nun sein vorzeitiger Tod mir aus der Hand geschlagen hat. Sie glauben nicht, wie sehr er mir heute fehlt. Seine klare Sicht, seine unwandelbare Treue zur Gesamtbewegung, seine persönliche Freundschaft zu mir stärkten in mir das Gefühl der Selbstsicherheit."
Das für einen Wissenschaftler außergewöhnliche Engagement für den Caritasverband verknüpfte Weber mit einer intensiven Forschungs- und Publikationstätigkeit in den Wissenschaftsdisziplinen der Sozialethik, der Sozialpolitik, der Wohlfahrtskunde, der heutigen Sozialarbeitswissenschaft, und der theologischen Caritaswissenschaft. Weber gehörte zu den wenigen Wissenschaftlern, die der Sozialarbeit und der Caritas eine wissenschaftliche Grundlage gaben und entscheidend zu ihrer Professionalisierung beitrugen. Er war ein Pionier der modernen Sozialarbeit und der Caritaswissenschaft.

I

Heinrich Weber wurde am 20. Oktober 1888 in der Bauerschaft Röllinghausen, südöstlich von Recklinghausen, als Sohn des Hauptlehrers Heinrich Weber und seiner Ehefrau Elisabeth Weber, geb. Rüping, geboren. Die Familie war fest verwurzelt im katholischen Glauben. Bereits sein Urgroßvater Theodor Weber (seit 1797) wie auch sein Großvater Joseph Weber waren am gleichen Ort Lehrer gewesen. Diese Lehrerfamilie genoß hohes Ansehen bei der einheimischen Bevölkerung.

Sein Vater setzte sich für öffentliche und kirchliche Belange entschieden ein, so für den Neubau von Schule und Kirche und die Bildung einer eigenen Pfarrei. Die Bauerschaft Röllinghausen am Rande des Emscher-Bruches wuchs rasch, als zu Ende des 19. Jahrhunderts die ersten Kohlenschächte abgeteuft wurden und Bergarbeiter ins nördliche Ruhrrevier zogen. Das ursprünglich landwirtschaftlich geprägte Vest Recklinghausen erhielt eine landwirtschaftlich-bergbauliche Mischwirtschaft. In diesem frühindustriellen Milieu erhielt Heinrich Weber seine Prägung, die ihn zeitlebens für die Sorgen der schaffenden Bevölkerung aufgeschlossen sein ließ. Heinrich wuchs zusammen mit drei Geschwistern auf in einer Familie, in der er die Liebe und Wärme eines beschützenden, aber durchaus strengen und konsequenten Elternhauses erfahren hat. Die Familie war getragen von einem Milieu, in dem der Sozialkatholizismus lebendig war.

Heinrich Weber besuchte zunächst die von seinem Vater geleitete Volksschule, anschließend das humanistische Gymnasium Petrinum in Recklinghausen, wo er 1908 das Reifezeugnis erwarb. Dieses weist Kenntnisse in Latein, Griechisch, Hebräisch und Französisch aus. Von 1909 bis 1911 studierte er Philosophie und Theologie an der erst 1902 wiederbegründeten Universität Münster. An der Theologischen Fakultät lehrten so bedeutende Theologen wie Max Meinertz (Neues Testament), Franz Diekamp (Dogmatik), Joseph Mausbach (Moraltheologie) und der weit über das Münsterland hinaus bekannte Sozialpolitiker und Sozialethiker Franz Hitze. Die beiden Letzteren haben Heinrich Weber am nachhaltigsten geprägt. Wenn auch die Neuscholastik das Grundgerüst der damaligen Theologie darstellte, so lernte Weber bei Mausbach neben dem Thomismus auch die Ethik des hl. Augustinus und neuere ethische Fragestellungen kennen. Bei Hitze wurde er mit dem gesamten Spektrum der Sozialen Frage und den Lösungsbemühungen der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Sozialversicherung vertraut. So wurde er früh an induktive Methoden der Sozialwissenschaft herangeführt, die er selbst später ausbaute.

Heinrich Weber wurde am 1. Juni 1912 von Felix von Hartmann, dem Bischof von Münster und späteren Kardinal und Erzbischof von Köln, zum Priester geweiht. Seine Primiz feierte er unter reger Teilnahme der Bevölkerung am 9. Juni 1912 in der Liebfrauenkirche in Recklinghausen-Hillen, zu der die Bauerschaft Röllinghausen gehörte. Ab Juli 1912 war Weber als Kaplan in der Seelsorge in Münster tätig. Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges erhielt er die Einberufung als Sanitäter. Ferner war er in der Zentrale für Vermißtennachforschung und als Lazarettgeistlicher tätig.

II

Die Gründung des Diözesan-Caritasverbandes 1916 wurde für den jungen Geistlichen lebensentscheidend. Dort erhielt er die caritative Aufgabe, die sein gesamtes Leben prägte und begleitete. Am 17. Dezember des Jahres wurde er zum „Diözesansekretär", dann am 19. August 1920 zum Direktor des neugegründeten Caritasverbandes des Bistums Münster bestellt. Als Caritassekretär organisierte er mit Pfarrer Schütte seit dem Kriegsjahr 1916 ein umfangreiches Programm der Kinderlandverschickung, in dessen Rahmen in den nächsten sechs Jahren 60 000 Stadtkinder auf dem Lande untergebracht und so vor Hunger bewahrt wurden. Unter der Landbevölkerung mußten die Organisatoren für die unentgeltliche Aufnahme und Versorgung gezielte motivierende Werbung betreiben.
Gleichzeitig studierte er ab 1916 Rechts- und Staatswissenschaften an der Universität Münster und promovierte 1919 bei dem Wirtschaftswissenschaftler Josef Schmöle und dem Soziologen und Volkswirtschaftler Johann Plenge zum Dr. rer. pol. mit einer Dissertation über „Das Lebensrecht der Wohlfahrtspflege", einem in der damaligen Gesellschaftspolitik sehr umstrittenen Thema. Kritisch erörterte er die Positionen der philosophischen, volkswirtschaftlichen und politischen Gegner der Wohlfahrtspflege, insbesondere der freigemeinnützigen. Er wandte sich gegen die Allkompetenz des Staates und die Monopolisierung der gesamten Wohlfahrtspflege in den Händen der Kommunen unter Nichtbeachtung der karitativen Organisationen. Gerade die freigemeinnützige Wohlfahrtspflege sei die Pfadfinderin der öffentlichen Wohlfahrtspflege und der Sozialpolitik. Die Wohlfahrtspflege betrachtete er als eine freiwillige, aber zielorientierte, organisierte Tätigkeit, die sich sozialen Gruppen, nicht nur Einzelnen zuwendet und vorbeugend und heilend wirkt. Die alternative Frageform: freigemeinnützige *oder* öffentliche Wohlfahrtspflege *oder* Sozialpolitik wollte er in eine positive verwandelt wissen: frei-

gemeinnützige und öffentliche Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik. Weber wies der Wohlfahrtspflege nicht allein die Aufgabe der wirtschaftlichen Versorgung bedürftiger Bevölkerungskreise zu, sondern in einer ganzheitlichen anthropologischen Sicht auch geistigkulturelle, moralische und religiöse Zielsetzungen. Jede „soziale Arbeit" war für ihn „im letzten Grunde Erzieherarbeit".
Weber sorgte sich um die Qualifizierung des Personals der sozialen Arbeit, die nach seiner festen Überzeugung außer Fachkenntnissen ein ethisches Profil des Sozialarbeiters verlangte. Deshalb sprach er sich für eine Verbesserung der Ausbildung der beruflichen Kräfte in der Sozialarbeit aus und forderte soziale Fachschulen auch für männliches Personal, die es in den frühen zwanziger Jahren noch nicht gab. Diese bildungspolitische Zielsetzung verfolgte er in der gesamten Zeit der Weimarer Republik intensiv weiter.
Als Caritasdirektor nahm Weber im Oktober 1920 an der Fachkonferenz der Reichsgemeinschaft der Hauptverbände der freien Wohlfahrtspflege teil und hielt ein vielbeachtetes Referat über „das Verhältnis von Wohlfahrtspflege und Hochschulstudium". Seit 1916 lehrte er auch an der Münsterschen sozialen Frauenschule (einer staatlich anerkannten Wohlfahrtsschule) Volkswirtschaftslehre und Wohlfahrtskunde. Zudem entfaltete er eine rege Vortragstätigkeit beim Seelsorgeklerus über soziale und wohlfahrtspflegerische Fragen.
Im Juni 1920 wurde er zudem Geschäftsführer des neu gegründeten Ausschusses für Jugend- und Wohlfahrtspflege am Staatswissenschaftlichen Institut, wo er Sonderkurse für Jugendamtsleiter nach dem geplanten Reichsjugendwohlfahrtsgesetz vorbereitete und Vorlesungen und Übungen über Grundfragen der Volkswirtschaft, Armenpflege, Jugend- und Wohlfahrtspflege hielt. Bereits 1921 habilitierte er sich als Dozent für „Soziales Fürsorgewesen" in der gleichen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät mit dem Thema „Akademiker und Wohlfahrspflege im deutschen Volksstaat". Hierin erwies er die Notwendigkeit der Einführung bzw. des Ausbaus der Wohlfahrtskunde, der heutigen Sozialarbeitswissenschaft, an den Universitäten. Diese weitblickende Zielsetzung konnte bis heute nicht voll in dem von Weber intendierten Sinn erreicht werden. Seine empirischen Erhebungen bei 549 Stadtverwaltungen über den Organisationsstand der Jugend- und Wohlfahrtsämter und die Zahl der dort tätigen Fachkräfte und ihre fachliche Vorbildung erbrachten, daß nur 1 % der in der Wohlfahrtspflege tätigen Männer und 8 % der dort beschäftigten Frauen eine Fachschulung besaßen. Weber hielt dies bei der wachsenden und bereits damals immer differenzierter werdenden Wohlfahrtsarbeit für völlig unzureichend und er trat des-

halb erneut für eine qualifizierte Ausbildung des hauptamtlichen Personals in sozialen Diensten ein.
Er begründete darüber hinaus die Wohlfahrtskunde als Wissenschaft im Gesamtspektrum der Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften und zeigte erstmals die vielfältigen Beziehungen zwischen der Volkswirtschaft und der Wohlfahrtspflege auf. Die Wohlfahrtskunde leiste einen erheblichen Beitrag zur wirtschaftlichen, physischen und geistig-moralischen Hebung des Volkes. Die leitenden Kräfte in der Wohlfahrtspflege bedürften der universitären Ausbildung, um 1. die Organisationsaufgaben zur effizienten Durchführung und Weiterentwicklung der sozialen Arbeit bewältigen zu können, 2. neue Handlungsfelder aufzunehmen, wobei der Prophylaxe ein wichtiger Stellenwert zukomme, 3. die übrigen Mitarbeiter anleiten und fortbilden zu können. „Die Wohlfahrtspflege bedarf für die leitenden Stellen der akademisch-wissenschaftlichen Schulung, der Akademiker bedarf der Kenntnis der Wohlfahrtskunde."
Weber zeigte die Nähe und Bedeutung der Wohlfahrtskunde zu allen bisher an den Universitäten vertretenen Disziplinen auf, für Theologen, Philologen, Mediziner, Juristen und Volkswirtschaftler. Das leitende soziale Personal müsse für seine Aufgaben nicht nur theoretisch ausgebildet, sondern auch durch Praktika vorbereitet werden. Weber sah sehr früh die Berufsorientierung der Hochschulen als notwendig an und leistete durch seine Habilitationsschrift zugleich einen wichtigen Beitrag zur Universitätsreform im neuen freiheitlichen, demokratischen und sozialen „Volksstaat". Der heute schwer verständliche Begriff sollte sich zu Beginn der Weimarer Republik gerade vom bisherigen Obrigkeitsstaat deutlich abheben und die Chancen eines mündigen und reformfreudigen Volkes zum Ausdruck bringen. Die weitblickenden Intentionen Webers wurden aber nur unzureichend in den Folgejahren aufgegriffen und realisiert, sei es aus universitärer Traditionsblindheit, sei es aus politischer Immobilität oder auch wegen der finanziellen Engpässe der Weimarer Republik.
In seiner Antrittsvorlesung als Privatdozent am 13. Dezember 1921 sprach Weber über „Die Wohlfahrtspflege als Resultante der Wirtschafts- und Staatsentwicklung". Kurz darauf erwarb er am 28. April 1922 den Grad eines Dr. theol. an der Universität Tübingen mit der Dissertation „Die religiös-ethischen Grundlagen der Fürsorgearbeit in Judentum und Christentum". Er beklagte in dieser Arbeit, daß die Caritas, obwohl sie eine zentrale Lebensfunktion der Kirche ist, in der theologischen Wissenschaft kaum Beachtung fand. Es bedürfte einer religiös-ethischen Fundierung der Wohlfahrtspflege. Weber erarbeitete grundlegende theologische und ethische Gedanken der

Wohlfahrtspflege und die jüdischen und christlichen Motivationen für Caritas heraus. Doktorvater war der Moral- und Pastoraltheologe Otto Schilling. Parallel zu seiner Promotionsarbeit und seiner Habilitationsschrift erschienen zahlreiche Aufsätze über soziale, caritative und sozialpädagogische Themen in Fachzeitschriften sowie erste weitere Monographien, u.a. „Sozialcaritative Frauenberufe" (1918) und in der Sammlung Berufsbilder „Die Wohlfahrtspflegerin" (1922).

III

Noch bevor das theologische Promotionsverfahren in Tübingen abgeschlossen war, übersandte die Katholisch-Theologische Fakultät der Universität Münster dem preußischen Kultusminister am 1. Februar 1922 ihre Vorschlagsliste, auf der Heinrich Weber auf Platz 1 für die Nachfolge von Franz Hitze stand, der am 20. Juli 1921, wenige Monate nach seinem 70. Geburtstag, verstorben war. Hitze selbst hatte noch vor seinem Tod Weber als geeignetste Persönlichkeit für den verwaisten Lehrstuhl vorgeschlagen. Aber auch die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät hatte ein Interesse an der weiteren Lehrtätigkeit von Weber. Sein Übertritt in die Katholisch-Theologische Fakultät hätte nach dem Urteil Plenges „seiner Lehrtätigkeit den besonderen fachmännischen Charakter für soziales Fürsorgewesen und Wohlfahrtspflege genommen und andererseits den Radius seiner Lehrtätigkeit verkürzt, weil er damit im wesentlichen für die Studierenden der katholischen Theologie und nicht für den Gesamtkreis der Studierenden aller Fakultäten unabhängig von konfessionellen Unterschieden gesprochen hätte". Auch der Präsident des Deutschen Caritasverbandes Kreutz setzte sich beim Bischof von Münster und bei der Katholisch-Theologischen Fakultät dafür ein, Weber als Ordinarius an die Staatswissenschaftlichen Fakultät zu übernehmen.

So kam es nach Monaten intensiven Verhandelns zu der in der Universitätsgeschichte äußerst seltenen Vereinbarung zwischen der Katholisch-Theologischen Fakultät und der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät vom 4. August 1922, wonach Weber als Ordinarius für soziales Fürsorgewesen und Gesellschaftslehre in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät ernannt werden sollte, mit der gleichzeitigen Verpflichtung für einen Lehrauftrag von wenigstens drei Stunden an der Katholisch-Theologischen Fakultät. Dennoch wurde Weber am 7. September zunächst an die Katholisch-Theologische Fakultät berufen; nach der Zustimmung des preußi-

schen Ministers wie des Bischofs von Münster wurde Weber das Recht erteilt, diese Professur in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät wahrzunehmen.
Zusammen mit Professor Werner Friedrich Bruck und später auch Friedrich Hoffmann wurde er Direktor des 1924 gegründeten „Instituts für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften", das aus dem gleichnamigen Seminar des „Staatswissenschaftlichen Instituts" hervorging. Im Januar 1924 weitete der Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung den Aufgaben- und Kompetenzbereich der Professur Webers auf die wirtschaftlichen Staatswissenschaften aus. Damit kam der Minister einem Wunsch der Fakultät nach, denn die zunehmenden Studentenzahlen in der Volkswirtschaft verlangten den vollen Einsatz Webers im Bereich der Wirtschaftswissenschaften. Weber hatte in den Jahren 1923/24 bis zu 74 Doktoranden.
Dem Institut waren Seminare für Arbeitsvermittlung und Berufsberatung, Fürsorgewesen, Gewerkschaftswesen, Betriebswirtschaft, Sozialpolitik und eine Abteilung für die Lehre von Weltwirtschaft, Weltpolitik und internationale Beziehungen mit je eigenen Bibliotheken zugeordnet, 1929 kam noch ein Seminar für Wirtschafts- und Sozialpädagogik hinzu. Der Bücherbestand wuchs bis 1931 auf 25 000 Bände, die Zahl der laufenden Zeitschriften auf 250. Allein das Seminar für Fürsorgewesen hielt 102 Fachzeitschriften und war damit in der Zeit der Weimarer Republik eine der größten Spezialbibliotheken für soziale Arbeit im Deutschen Reich. Weber war besonders für das Fürsorgewesen, die Arbeitsvermittlung und Berufsberatung sowie die Sozialpolitik zuständig und entwickelte in diesen Disziplinen ein reges Forschungs-, Lehr-, Fortbildungs- und Publikationsprogramm.
Zwischen 1923 und 1933 veröffentlichte Weber mehrere Fachbücher und mehr als 30 Artikel zu caritaswissenschaftlichen, fürsorgerischen, sozialpolitischen, sozialgeschichtlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Themen in Fachzeitschriften, Hand- und Jahrbüchern sowie Festschriften. Große Beachtung fand sein Buch „Jugendfürsorge im Deutschen Reich" von 1923, einer der ersten Kommentare zum 1922 verabschiedeten Reichsjugendwohlfahrtsgesetz. Noch vor seinem Inkrafttreten am 1. April 1924 hob Weber die Bedeutung der Jugendwohlfahrt hervor und entfaltete vorwärtsweisende Gedanken zur zukünftigen Gestaltung der Jugendfürsorge. Er wollte die Jugendwohlfahrtspflege nicht auf die „vorwiegend heilenden Maßnahmen (Jugendfürsorge)" eingeschränkt wissen, sondern berücksichtigte ebenso die vorbeugenden Maßnahmen (Jugendpflege) „zur Förderung der Jugend in wirtschaftlicher, körperlicher und geistig-

moralischer Hinsicht". Deshalb rechnete er zu den Handlungsfeldern der Jugendarbeit auch die Jugendberufshilfe und die jugendliche Berufsberatung. Über die Aufgaben des neuen „kommunalen Jugendamtes", das in vielen Städten und Landkreisen erst noch zu errichten war, veröffentlichte er 1924 eine eigene Broschüre.
Ergebnis seiner intensiven Lehrtätigkeit war die „Einführung in die Sozialwissenschaften" (1930). Es ist das Werk, das am ausgeprägtesten seine soziologischen Interessen verrät, wenn auch die Verknüpfung mit der Sozialphilosophie nicht fehlt. Weber beachtet in einer für einen damaligen Theologen exzeptionellen Weise die Soziologie als formale Einzelwissenschaft (Georg Simmel, Alfred Vierkandt, Leopold von Wiese) und als empirische Disziplin. Nach Erörterung der Grundfragen von Gesellschaftstheorien und einem Aufriß der Entwicklung der Sozialwissenschaften von der Antike über Mittelalter und Renaissance bis in die Moderne setzt er sich im dritten Teil kritisch mit den verschiedenen Richtungen der modernen Sozialwissenschaft auseinander. Er berücksichtigt sowohl den Positivismus (Auguste Comte), den Universalismus (Othmar Spann), kollektivistische wie individualistische Strömungen, die ethnologische Richtung wie die Vertreter der Kulturkreislehre. Weber entwirft in diesem Werk ein System der Sozialwissenschaften, in dem er 1. eine historische, 2. eine theoretische und 3. eine praktische Gesellschaftslehre unterscheidet. Der praktischen Gesellschaftslehre weist er drei Aufgaben zu: die Herausarbeitung eines Ideals der Gesellschaft, die Erforschung der Ursachen der Unzulänglichkeiten einer Gesellschaft und den Entwurf der Möglichkeiten und Mittel, „die tatsächlichen Zustände dem Ideal so weit als möglich anzugleichen". Sie hat also die Aufgabe der Analyse der „sozialen Frage" und der Gestaltung der Gesellschaft durch Gesellschaftspolitik und durch Sozialarbeit. „Die wissenschaftliche Behandlung der Wohlfahrtspflege", die als Vorläufer der Sozialarbeitswissenschaft zu sehen ist, stellt für ihn somit eine neue Teildisziplin der praktischen Sozialwissenschaften dar. So hat Weber entscheidend zur wissenschaftlichen Fundierung der Sozialarbeit beigetragen.
Wenige Monate später erschien bereits die mit Peter Tischleder gemeinsam herausgegebene „Wirtschaftsethik" als erster Band eines geplanten „Handbuchs der Sozialethik". Die Zeit des Nationalsozialismus verhinderte das Erscheinen des beabsichtigten zweiten Bandes über die Gesellschaftsethik. Die „Wirtschaftsethik", die die Verfasser dem Andenken von Franz Hitze und Heinrich Pesch widmeten, verknüpft grundsätzliche ethische Fragestellungen und Leitorientierungen für das wirtschaftliche Handeln mit einer gründlichen ökonomischen Analyse der Marktwirtschaft. Nach einer grundsätzli-

chen Erörterung des Verhältnisses von Ethik und Wirtschaftswissenschaften, das den Gedanken der Autonomie der Sachbereiche in der Deklaration „Gaudium et spes" des II. Vatikanums vorwegnimmt, folgen drei Hauptteile, in denen Fundament und Organisation der Wirtschaft, der Wirtschaftsprozeß und seine Elemente (Bedarfsdekkung und Gewinnstreben, Arbeit und Kapital) und der Markt als Ausgleichsfunktion im Wirtschaftsprozeß behandelt werden. Entgegen einer im katholischen Milieu verbreiteten Geisteshaltung warnen die Verfasser davor, die Wirtschaft auf eine „bestimmte zeitgeschichtliche Wirtschaftsform des Mittelalters zurückzuzwingen und einzuengen". Den grundsätzlich gebotenen Ausgleich zwischen Individual- und Sozialprinzip habe jede Generation in der konkreten Gestaltung des Wirtschaftslebens jeweils neu zu schaffen.

Ein bis in die Gegenwart vernachlässigtes und von den Fachbereichen für Sozialarbeit erst in jüngster Zeit wieder aufgegriffenes Thema behandelte Weber in seiner Schrift „Caritas und Wirtschaft" (1930), in dem er einen frühen beeindruckenden Versuch unternahm, die ökonomischen Notwendigkeiten und die caritaswissenschaftlichen Leitlinien für Sozialarbeit aufeinander abzustimmen. Kurz vor der nationalsozialistischen Machtübernahme schrieb Weber in der Reihe „Der Wirtschaftsprüfer" die Monographie „Betriebsführung in caritativen Anstalten", – zu spät, um wirksame Rezeption bei den Wohlfahrtsverbänden zu finden. Seine wegweisenden Gedanken zum effizienten Umgang mit den wirtschaftlichen Ressourcen in der Sozialarbeit werden heute wieder aufgegriffen.

Unter seinen wissenschaftlichen Aufsätzen sind Arbeiten, die mehr grundsätzlichen, andere, die mehr aktuellen Charakter haben. Es erstaunt die Spannweite seiner Arbeiten. Da finden sich Analysen auf empirisch-statistischer Grundlage „zur sozialen Gegenwartslage Deutschlands", zu den „Arbeitsbedingungen in Rheinland und Westfalen", zur Handwerkswirtschaft, zur Organisation der Caritas auf der Basis einer damals äußerst fortschrittlichen Organisationssoziologie, zu speziellen Bereichen der Fürsorge wie der Kinder-, Erholungs-, Gesundheits- und Behindertenfürsorge, programmatische Schriften zur Fortbildung der Sozialbeamten sowie eine caritasgeschichtliche und caritasorganisatorische Abhandlung über das gesamte Aufgabenfeld der Caritas im Bistum Münster. Für die 5. Auflage des Staatslexikons der Görres-Gesellschaft steuerte Weber einen Beitrag über „Rationalisierung" bei und für das von Ludwig Heyde herausgegebene „Internationale Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens" schrieb er einen Artikel über die gerade erschienene Enzyklika „Quadragesimo anno".

Während der Weltwirtschaftskrise konzentrierte sich Webers Vorlesungs- und Vortragstätigkeit auf die Fragen zur Behebung des schwerwiegenden Problems der Arbeitslosigkeit. Um die Besonderheiten der deutschen Arbeitsmarktlage zu erfassen, verglich Weber sie mit Daten der internationalen Arbeitslosigkeit. Er setzte sich mit den Ursachen der Arbeitslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise auseinander und schlug arbeitsmarktpolitische und bildungspolitische Maßnahmen wie Herabsetzung der Altersgrenze, Verlängerung der Schulpflicht und berufliche Umschulung zu ihrer Reduzierung vor. Da die Arbeitsämter mit zunehmenden Versicherungs- und Fürsorgearbeiten belastet wurden, setzte er sich für die Beibehaltung der Grundaufgabe des Arbeitsamtes, der Berufszuführung und Berufsberatung ein. Er beauftragte seine Assistentin Nanni Homann mit einer Untersuchung über die Berufsberatung. Um diese zentralen sozialpolitischen Probleme des Arbeitsmarktes und der beruflichen Eingliederung sachgerecht und praxisbezogen angehen zu können, hielt Weber ständig Kontakt mit Praktikern der Industrie, der Gewerkschaften und der Arbeitsverwaltung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.
Bezeichnend für sein politisch-wissenschaftliches Beziehungsnetz war, daß er im Oktober 1932 im Rahmen eines von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mitorganisierten Kursus in der Berliner Universität einen Vortrag über „Freie Wohlfahrtspflege und Arbeitslosenhilfe" hielt. Wegen seiner praxisorientierten Lehre und Forschung wurde das Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften selbst in den schwierigen Jahren von Kreisen der Öffentlichkeit und Wirtschaft wissenschaftlich und finanziell unterstützt.

IV

Weithin unbekannt sind heute die mehr als 50 von Weber herausgegebenen oder mitherausgegebenen Arbeiten. Im Auftrag des Westfälischen Provinzialverbandes gab er 18 Hefte der „Beiträge zur sozialen Fürsorge" heraus. Begonnen wurde die Reihe 1925 mit einem Bericht über die Wohlfahrtstagung der westfälischen Provinzialverwaltung über allgemeine „Gegenwartsfragen der Wohlfahrtspflege" im November 1924. Weber hielt auf dieser Tagung ein grundlegendes Referat über „Die Zusammenarbeit der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege", die er in ihrer „Ergänzungsfähigkeit" erblickte und in der er zu gegenseitigem Vertrauen aufrief. In Verbindung mit dem „Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften" und seinen

dortigen Kollegen erschienen die „Münsterer Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Abhandlungen" (9 Hefte), die Schriftenreihe „Der Arbeitsmarkt" (4 Hefte), die Dissertationsreihe „Fragen des Arbeitsmarktes" (9 Hefte) sowie die Reihe „Arbeit und Sozialpolitik" (3 Bände).
Beachtenswert ist auch das im November 1932 zusammen mit Karl Wilhelm Jötten, dem Direktor des Hygienischen Instituts der Universität Münster, herausgegebene „Lehrbuch der Gesundheitsfürsorge", das sich nicht allein an die Studenten der Medizin, sondern auch der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, der Rechtswissenschaften, Theologie, Philologie und alle diejenigen wandte, die sich in einer Ausbildung zu einer späteren „sozialen Arbeit" befanden. In der Sozialhygiene sahen Weber und Jötten ein Gegenprogramm zu der damals immer stärker favorisierten Rassenhygiene. Das Lehrbuch ergriff Partei für die in der damaligen Zeit umstrittene „Psychopathen- und Irrenfürsorge" wie überhaupt für alle ausgegrenzten Kranken- und Behindertengruppen. Es ging Weber um einen verständnisvolleren Einblick in die Sorgen benachteiligter und belasteter Menschen, um gezielte Öffentlichkeitsarbeit und angestrebte Bewußtseinsänderung gegenüber Personen, die Vorurteilen und Diskriminierungen ausgesetzt waren.
Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit stand auch im Vordergrund der „Westfälische Verwaltungsakademie", die eng mit dem „Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften" verbunden war. Großen Anteil am Entstehen dieser Akademie hatte Webers Kollege, der Reichstagsabgeordnete Professor Dr. Georg Schreiber. In den 1923 gegründeten Verwaltungsrat der Akademie wurden als Vertreter der Professorenschaft Bruck und Weber berufen. Diese übernahmen auch die Studienleitung und Weber zudem 1925 die Geschäftsführung. Ziel der Westfälischen Verwaltungsakademie war die Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus der Beamten und die Vertiefung ihrer fachwissenschaftlichen Kenntnisse. Sie sollten Einblicke in die Zusammenhänge des Staats- und Wirtschaftslebens erlangen, zudem ein besseres Verständnis für die soziale Lage anderer Bevölkerungs- und Berufsgruppen. Nach einem von Weber entwickelten Fortbildungskonzept veranstaltete die Akademie sechssemestrige Lehrgänge über Grundzüge der Wirtschafts-, Sozial- und Rechtswissenschaften. Der Inhalt wurde in Vorlesungen dargeboten und in praktischen Übungen vertieft. Neben diesen Fachlehrgängen setzte sich Weber für Sonderkurse von 8-14tägiger Dauer für bestimmte Beamtengruppen, insbesondere Sozialbeamte ein. Auch vom Seminar für Fürsorgewesen wurden von 1920 an „Lehrgänge über soziale Fürsorgearbeit" für Externe angeboten. Das Institut für Wirtschafts-

und Sozialwissenschaften entwickelte sich in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren zu einem Fortbildungsinstitut für bereits dem Studium entwachsene Akademiker und auch Angehörige anderer Kreise. Die Kontakte mit den verschiedenen Berufskreisen haben die Forschung und die Lehre sehr angeregt und bereichert.
Diesem Ziel des gegenseitigen Austauschs diente auch die von Weber 1928 gegründete „Deutsche Forschungsstelle für Beamtenfragen". Die Bildungsarbeit hat nach Weber zur Voraussetzung, „daß das gesamte Beamtenproblem eine gründliche wissenschaftliche Erforschung erfährt". Der Kommunikation zwischen Forschung und beruflicher Bildung dienten unter anderem die Reihe „Westfälische Verwaltungsakademie" und die „Lehrbücher zur Beamtenfortbildung".

V

Gleichzeitig war Weber von 1923 bis 1936 Erster Vorsitzender des Diözesan-Caritasverbandes Münster. Er hat in seiner Diözese die caritative Arbeit in den verschiedenen Aufgabenfeldern intensiv ausgebaut und bis auf Dekanats- und Ortsebene durchorganisiert. Nach Weber soll der Diözesanverband „die gesamte Caritasarbeit im Bistum einheitlich zusammenfassen, soll anregen und ein planmäßiges Zusammenarbeiten aller caritativen Einzeleinrichtungen der geschlossenen, halboffenen und offenen Fürsorge erstreben". Auf den unteren Ebenen der Stadt- und Landkreise und weiter hinunter bis zu den Pfarrgemeinden sollten Caritasausschüsse zur Koordination der caritativen Aufgaben gegründet werden. Weber war der erste praxisbezogene Wissenschaftler, der die Probleme von Zentralisation und Dezentralisation, von Integration und Differenzierung der Träger und Aufgaben der Caritas, von Relation des Deutschen Caritasverbandes zu den Diözesancaritasverbänden und der gemeindlichen Caritas zugleich organisationssoziologisch wie theologisch reflektiert hat. Von ihm stammen die ersten Organigramme des Aufbaus der Stadtcaritas über die verschiedenen caritativen Initiativen und Vereine auf Pfarrebene.
Bei der Diözesansynode im März 1924 hat der Ausschuß für „Vereinswesen – Soziale Frage – Wohlfahrtspflege" unter Webers Leitung die Synodenvorlage „Die Gegenwartsaufgaben der kirchlichen Wohlfahrtspflege" erstellt. Für die Realisierung der Caritas am Ort empfahl der Ausschuß Vinzenz- und Elisabethvereine für alle größeren Pfarreien. Sie sollten nicht allein materielle Hilfen leisten, sondern vor allem auch ideelle. Es wurden Empfehlungen für eine Fülle

caritativer Aufgaben wie Wohnungs-, Familien-, Jugend-, Gesundheits- und Nichtseßhaftenfürsorge erarbeitet, ferner für die Arbeit mit verschiedenen Gruppen von Behinderten, für Kindergärten, Mädchenschutz und Bahnhofsmission, die Betreuung der Auswanderer durch den Raphaelsverein. Die in der Caritas haupt- und ehrenamtlich tätigen Kräfte sollten für die caritativen Aufgaben geschult und der Seelsorgeklerus wegen des „innigen Zusammenhanges von Seelsorge und Caritas" über die jeweils aktuellen caritativen Fragen orientiert sein. Die zukünftigen Geistlichen sollten zur „unmittelbaren Vorbereitung auf die praktische Tätigkeit eine soziale und caritative Schulung erhalten".

Allein während Webers Amtszeit wurden im Bistum Münster acht Krankenhäuser, 23 Erholungsheime und Kinderheilstätten, vier Altersheime, neun Internate und Hospize, 17 Erziehungsheime neu gegründet und an 27 weiteren caritativen Einrichtungen Erweiterungsbauten vorgenommen. Schwergewichte des Ausbaus lagen beim Gesundheitswesen einschließlich der Gesundheitsfürsorge und bei der Erziehungsfürsorge.

Als Caritasdirektor und später erster Vorsitzender des Diözesan-Caritasverbandes gehörte Weber dem Zentralrat und dem Zentralvorstand des Deutschen Caritasverbandes an. Während ihrer Sitzungen hielt er weichenstellende Referate vor allem zur Thematik Caritas und Wirtschaft, Rationalisierung der Caritasarbeit sowie Caritas und Öffentlichkeitsarbeit. Im Deutschen Caritasverband übte er wichtige Funktionen wie die des Vorsitzenden des Fachausschusses Caritaswissenschaft (seit 1921), des Vorsitzenden der Finanzkommission (seit 1929) und als Mitglied des Wirtschaftsrates aus. Zusammen mit dem Bibliothekar des Deutschen Caritasverbandes Heinrich Auer und dem Freiburger Caritaswissenschaftler Franz Keller gab Weber seit 1925 die „Schriften zur Caritaswissenschaft" heraus, in deren Reihe bis 1934 sechs z. T. sehr umfangreiche Bände zu grundlegenden wie caritasgeschichtlichen Themen erschienen.

In seiner Funktion als Vorsitzender der Finanzkommission gestaltete Weber die Finanzplanung des Caritasverbandes in der Zeit der Weltwirtschaftskrise und auch in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft, die dem Verband die Lebensmöglichkeiten immer mehr abschnürte. Weber setzte in der NS-Zeit darauf, den Caritasverband von staatlichen Subventionen unabhängig zu machen und durch eine rechtlich einwandfreie Buchführung dem Regime keinen Anhaltspunkt zu Interventionen zu geben. Trotz der kompetenten und klugen Finanzpolitik Webers wurden die staatlichen Subventionen bis 1938 völlig gestrichen, dem Gesamtverband aufgrund eines gezielten Prozesses gegen den Diözesan-Caritasverband Eichstätt die Gemeinnüt-

zigkeit abgesprochen und der Verband zu hohen Steuerzahlungen verpflichtet. Das nationalsozialistische Regime versuchte, da es den Caritasverband nicht gleichzuschalten vermochte und es auch nicht schaffte, seine Spitze mit nationalsozialistischen Gesinnungsgenossen zu besetzen, mit finanz- und steuerrechtlichen Eingriffen den Lebensnerv zu treffen. Weber hat mit unermüdlichem Einsatz, viel diplomatischem Geschick und gleichzeitiger Hartnäckigkeit zusammen mit dem Präsidenten Benedict Kreutz entscheidend zum Überleben des Verbandes beigetragen. Weber verband eine lebenslange intensive Freundschaft mit Kreutz, der 1922 bei Weber promovierte.

VI

Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten wurde Weber als Professor gedrängt, sich in die Katholisch-Theologische Fakultät versetzen zu lassen, obwohl der Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät an seinen Kollegen in der Katholisch-Theologischen Fakultät schreibt: „Ich darf Ihnen gegenüber aussprechen, daß unsere Fakultät das Ausscheiden von Prof. Weber lebhaft bedauert, da wir ihn in langjähriger Zusammenarbeit als Menschen und Kollegen schätzen gelernt haben". Seine Position als Direktor des Instituts für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mußte er aus politischen Gründen aufgeben, trotz eines Schreibens des Dekans am 18. Juli 1933 an den zuständigen Ministerialdirektor Dr. Georg Gerullis, daß sich Prof. Weber „um Einrichtung, Ausbau und Verwaltung des Instituts große Verdienste erworben hat ... Die Fakultät würde es dankbar begrüßen, wenn Prof. Weber auch fernerhin die wissenschaftliche Arbeitsmöglichkeit auf seinem Spezialgebiet und durch geeignete Maßnahmen gewährleistet würde."
Auch Interventionen von Bischof Wilhelm Berning beim Ministerium blieben ergebnislos. Das nationalsozialistische Regime beabsichtigte, den in Sozialpolitik und sozialer Arbeit kompetenten und einflußreichen Weber beruflich weitgehend auszuschalten und ihm zumindest im Münsterland und Westfalen den Wirkungsraum zu nehmen. Sogar eine „Voruntersuchung" wurde ihm 1934 angedroht. Auf Drängen des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes mußte Weber 1935 seine langjährige Tätigkeit im „Förderausschuß des Studentenwerkes Münster e. V." aufgeben. Damit begnügten sich die nationalsozialistischen Machthaber nicht.
Zum Wintersemester 1935 verfügte der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom

April 1933 Webers Zwangsversetzung in die Katholisch-Theologische Fakultät der Universität Breslau, wo ihm das Fach Caritaswissenschaft übertragen wurde. Der Rektor der Breslauer Universität versuchte durch Einspruch bei demselben Ministerium die Einstellung Webers in Breslau zu verhindern: „Meine inzwischen eingeholten Auskünfte ergeben, daß Weber offenbar aus Münster entfernt werden mußte, daß er auf jeden Fall eine politisch nicht zuverlässige Persönlichkeit darstellt." Dieser Verhinderungsstrategie schlossen sich der Kurator der Breslauer Universität wie die Gauleitung Breslau an, das Ministerium blieb aber, ohne Angabe von Gründen, bei seiner Entscheidung. Weber wurde immer wieder von der Geheimen Staatspolizei aufgesucht.

Als Folge der Übersiedlung nach Breslau sah sich Weber 1936 gezwungen, seinen Vorsitz im Diözesan-Caritasverband Münster niederzulegen, für den er seit seiner Entstehung 20 Jahre mit unermüdlicher Schaffenskraft gewirkt hatte. Bischof Clemens August Graf von Galen entsprach diesem Gesuch erst am 30. März 1937 mit besonders herzlichen Dankesworten an Professor Weber: Ich habe „mich nur ungern und zögernd entschließen können, Ihrer Bitte zu entsprechen. Denn ich weiß es aus unmittelbarer Erfahrung, mit wieviel sachkundigem Eifer und weiser Tatkraft Sie jahrelang die Leitung des Diözesan-Caritas-Verbandes wahrgenommen haben, und mit welchem Erfolge Sie unermüdlich tätig waren, die Caritasarbeit in unserem Bistum nach innen und außen weiter auf- und auszubauen. Dadurch haben Sie mir und der Diözese auf dem Gebiete der christlichen Nächstenliebe große und wertvolle Dienste geleistet, die in der Geschichte des Diözesan-Caritas-Verbandes stets ehrenvolle Erwähnung finden werden und für die ich Ihnen meinen wärmsten oberhirtlichen Dank ausspreche." Um die pastorale und caritative Bedeutung dieser Stelle wohl auch gegenüber der Öffentlichkeit zu dokumentieren, ernannte von Galen als Nachfolger Webers Weihbischof Heinrich Roleff. Es war das erste Mal in der Geschichte des Caritasverbandes, daß ein Weihbischof den Vorsitz in einem Diözesan-Caritas-Verband übernahm.

Als Anerkennung seiner caritativen, pastoralen und theologischen Verdienste erwirkte Bischof von Galen beim Apostolischen Stuhl, daß Heinrich Weber zum Päpstlichen Hausprälaten ernannt wurde. Diese Ehrung erfolgte am 20. Juni 1938. Seine Funktionen bei der Zentrale des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg behielt Weber von Breslau aus bei.

Der Breslauer Erzbischof Adolf Kardinal Bertram nutzte die Versetzung von Weber als Chance, diesen in Verwaltungs- und Finanzfragen erfahrenen Wissenschaftler mit der Organisation und Planung des „Instituts für kirchliche Verwaltung und Finanzwirtschaft" in Breslau zu beauftragen. Schon im März 1935 hatte die Konferenz der Kölner Kirchenprovinz die Gründung einer Bischöflichen Finanzkammer für den Bereich der Kölner Kirchenprovinz mit Sitz in Münster beschlossen. Erzbischof Karl Joseph Kardinal Schulte setzte Heinrich Weber als ehrenamtlichen Leiter der Finanzkammer ein, deren offizielle Errichtung am 1. Juli 1935 erfolgte. Die westdeutschen Bischöfe drückten im November 1935 ihr Bedauern über die Zwangsversetzung aus, verbunden mit dem Dank für Webers Bereitschaft, die ehrenamtliche Oberleitung der Finanzkammer auch von Breslau aus wahrzunehmen. Die Finanzkammer sollte eine effektive, rechtlich einwandfreie und wissenschaftlich überprüfbare Finanzgestaltung der Bistümer ermöglichen, die um so dringender erforderlich wurde, als die nationalsozialistischen Machthaber in Verbindung mit „Devisenprozessen" gegen Generalvikare und einige Ordensoberen eine intensive Propaganda gegen die katholische Kirche entfachten.

Das Breslauer Institut, mit dessen ehrenamtlicher wissenschaftlicher Leitung Kardinal Bertram Weber beauftragte, zielte ebenfalls auf den Aufbau einer korrekten und kompetenten Verwaltung und Finanzwirtschaft in den Bistümern, in den Orden und in den überdiözesanen Einrichtungen und Verbänden. Entsprechend sollten in dem Institut die künftigen Verwaltungs- und Finanzbeamten der Bistümer, die Ökonomen der Klöster und die leitenden Geistlichen der caritativen Organisationen qualifiziert werden. Am 4. November 1936 begann das Institut seinen ersten einjährigen Ausbildungsgang für Geistliche, die später in Diözesan-, Stiftungs-, Anstalts- und Klosterverwaltungen tätig sein sollten. Weber konnte als Dozenten der Ausbildungslehrgänge bedeutende Wissenschaftler der theologischen Fakultät sowie erfolgreiche Praktiker der Finanzwirtschaft, der öffentlichen und kirchlichen Verwaltung und Rechtsexperten wie den von den Nationalsozialisten entlassenen Landgerichtspräsidenten Hans Engelmann gewinnen. Im Rahmen der Institutsaufgaben gewann Weber auch Kontakt zu Dr. Hans Lukaschek, der früh Mitglied des Kreisauer Kreises wurde. Lukaschek wurde 1949 Vertriebenenminister und Vizepräsident des Deutschen Caritasverbandes.

Neben den Lehrgängen betrieb Weber mit wenigen ehrenamtlichen Mitarbeitern eine umfangreiche Forschungs- und Gutachtertätigkeit.

Weber gab die beiden Schriftenreihen „Kirchliche Verwaltungslehre" und „Beiträge zur kirchlichen Verwaltungswissenschaft" und das Loseblatt-Lexikon „Die kirchliche Verwaltung und Finanzwirtschaft" heraus, die in kirchlichen Organisationen und Gemeinden eine rege Nachfrage fanden. Denn diese Schriften gaben in bedrängter Zeit wertvolle Hilfen im Steuer-, Verwaltungs-, Versicherungs-, Erb- und Sammlungsrecht. Von den verschiedensten Stellen der kirchlichen und klösterlichen Verwaltung wurde das Institut um Erstattung von Gutachten und fachlichen Auskünften ersucht. Der Tätigkeitsbericht des Jahres 1940/41 wies z. B. mehr als 800 Gutachten zu verschiedenen Rechtsfragen aus, insbesondere zum Steuer-, Devisen-, Arbeits-, Polizei- und bürgerlichen Recht, zur kirchlichen Vermögensverwaltung, zum Schulwesen und zur Sozialversicherung auf.
Bereits in einem Schreiben vom 11. Juli 1939 bedankte sich Kardinal Bertram mit äußerst lobenden Worten: „Die Entwicklung des Instituts übertrifft die gehegten Erwartungen und gibt Zeugnis von seinem segensreichen Einfluß auf die gesamte kirchliche Verwaltungsarbeit. Namens des deutschen Episkopats spreche ich dem Kuratorium und allen Mitarbeitern herzlichsten Dank und Anerkennung aus und vertraue, daß die Kursusteilnehmer und die Liste der Gutachten- und Auskunftstätigkeit für die steigende Blüte des Instituts rege werben werden." Man darf wohl davon ausgehen, daß Kardinal Bertram bei seiner intensiven, wenn auch vergeblichen Eingabepolitik gegenüber den nationalsozialistischen Machthabern manche Zulieferungsdienste durch das Institut erfahren hat.

VIII

Vor allem verteidigte Weber das Recht der Kirche auf caritative Dienste und die Unabhängigkeit des Caritasverbandes. Weber durchschaute früh den Führungsanspruch der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) und der Deutschen Arbeitsfront (DAF) und ihre Gleichschaltungspolitik, wie deutlich aus seinem Gutachten betr. Fachschaft Katholische Wohlfahrtspflege vom 15. November 1935 hervorgeht. Schon 1933 hatte die nationalsozialistische Regierung die ehemaligen Angestelltenverbände in die Deutsche Arbeitsfront (DAF) überführt. Damit war eine erhebliche Zahl der Laienkräfte der freien kirchlichen Wohlfahrt, die den christlichen Angestellten-Organisationen angehört hatten, in die DAF aufgenommen worden. Weber zitierte, um die Widersprüche der nationalsozialistischen Gesetzgebung aufzuzeigen, zunächst in seinem Gutachten das

„Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat" vom 1. Dezember 1933: Die DAF soll „alle im Arbeitsleben stehenden Volksgenossen politisch, weltanschaulich und fachlich führen und zur nationalsozialistischen Gemeinschaft zusammenfassen" und fragte dann, ob die Eingliederung einer neuen Fachschaft „Betriebe der katholischen Wohlfahrtspflege" in diese DAF praktisch erwünscht sei.
Er kommt zu dem Ergebnis: „Wenn nun aber Ordensleute und Geistliche ausgeschlossen sind ..., dann führt das zwangsläufig zu der Feststellung, daß die Wohlfahrtsanstalten nicht als Betriebe im Sinne des AOG (Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit) anzusehen sind. Die Schaffung einer Fachschaft Betriebe der katholischen Wohlfahrtspflege hat dann aber keinen Sinn." Ordensleute und Geistliche seien meist die „Betriebsführer" caritativer Anstalten. „Bei der Durchführung der beabsichtigten Errichtung einer Fachschaft Betriebe der katholischen Wohlfahrtspflege ergäbe sich angesichts der aus den angegebenen Gründen notwendigen und auch erstrebten Ausschaltung der Ordensleute und Geistlichen das merkwürdige Bild, daß in dieser Fachschaft kaum ein einziger ‚Betriebsführer' einer Anstalt vertreten sein würde." Aber auch den „Gefolgschaftsmitgliedern" (Schwestern und Brüdern) sei der Zutritt zu dieser Fachschaft verwehrt. Die Bildung einer solchen Fachschaft könnte nicht unerhebliche Gefahren für die Einrichtungen der katholischen Caritas mit sich bringen. Die Aufsicht und Einmischung von Ortsgruppenleitern der DAF in caritative Anstalten sei mit der in Artikel 31 des Reichskonkordates gewährleisteten Selbständigkeit der katholischen Organisationen nicht zu vereinbaren.
In dem zwischen dem Deutschen Reich und dem Vatikan am 20. Juli 1933 abgeschlossenen Reichskonkordat hatte das Deutsche Reich die Freiheit des Bekenntnisses und der öffentlichen Ausübung der katholischen Religion sowie das Recht der katholischen Kirche anerkannt, innerhalb der Grenzen des für alle geltenden Gesetzes, ihre Angelegenheiten selbständig zu ordnen und zu verwalten. Art. 31 des Reichskonkordates erkannte die Selbständigkeit der caritativen Anstalten und der katholischen Organisationen an. Auf dieses international gültige Recht verwies hier Heinrich Weber.
Bereits im Dezemberheft 1934 der Zeitschrift „Caritas" hob er unter Hinweis auf das Konkordat den Rechtscharakter der Katholischen Kirche als Gesellschaft des öffentlichen Rechts und die „Caritasarbeit [als] Wesensbestandteil der kirchlichen Aufgaben und Zwecke" hervor: „Solange die Kirche besteht, wird auch die Caritas bestehen. Wer die Caritas der Kirche zerschlagen will, muß zuerst die Kirche selbst zerschlagen, denn die Caritas gehört zum Wesen der Kirche."

Weber plante in diesen Jahren ein mehrbändiges Lehr- und Handbuch zur Caritaswissenschaft, das in seinem allgemeinen Teil die Themen: Wesen – Werden – Wert – und Wirken der Caritas behandeln sollte. Ihm sollten weitere Publikationen zu den praktischen Arbeitsgebieten der Caritas folgen: zur Unterstützungs- und Wirtschafts-, sozialen, religiös-kirchlichen Fürsorge und zur Jugend- und Erziehungsfürsorge. Nur der erste Band über „Das Wesen der Caritas" ist 1938 erschienen, danach verbot die Geheime Staatspolizei ihm weitere Veröffentlichungen. In „Wesen der Caritas" hat Weber die Caritas als christliche Fundamentalidee und als Grundlage der Caritaswissenschaft entfaltet. Er hob die Universalität des christlichen Hauptgebotes der Nächstenliebe hervor.
Weber hatte den Mut zu schreiben: „Im Sinne des Christentums ist jeder Mensch, auch der fernste, unser Nächster, gleichviel auf welchem Erdteil er wohnt, welchem Volke, welcher Rasse, welcher Nation, welchem Stande und welcher Klasse er angehört... Dieses Universalitätsprinzip hat Christus selbst dem Menschen vorgelebt. Es verlangt vom Christen, daß ihm der ‚Nächste' ist nicht nur der Blutsverwandte oder der Freund, sondern ein jeder Mensch, der in Not ist, sei es ein Samariter oder ein Heide oder ein Jude." (1938). Er kritisierte die sozialdarwinistische Ideologie und wagte Hermann Althaus, dem Amtsleiter im Hauptamt für Volkswohlfahrt, der 1935 die Aufgabe der kirchlichen Caritas auf „die Betreuung der Erbkranken und Asozialen" einschränken wollte, öffentlich zu widersprechen und setzte dem Sonderungsprinzip nationalsozialistischer Wohlfahrtspolitik das Totalitätsprinzip der katholischen Caritas entgegen. Weber gingen in den Wirren der letzten Kriegsmonate zum Nachteil der Caritaswissenschaft die fertiggestellten weiteren Bände dieses Lehr- und Nachschlagewerkes verloren.

IX

Ende Januar 1945 mußte Weber aus dem zur Festungsstadt erklärten Breslau fliehen und alle seine Habe zurücklassen. Flucht und Eigentumsverlust haben Weber aufs äußerste belastet. Der Sozialwissenschaftler, der sich Jahrzehnte mit dem Armutsproblem theoretisch beschäftigt hatte, lernte die materielle Armut persönlich überaus gründlich kennen. Drückender als das Fehlen des „elementarsten Lebensbedarfs" fand Weber den Verlust aller seiner wissenschaftlichen Hilfsmittel, seiner Privatbibliothek und vor allem seiner zahlreichen Manuskripte.

Dennoch plante er tatkräftig den Neubeginn. Noch 1945 begründete er an seinem vorübergehenden Wohnsitz in Recklinghausen die Hauptvertretung des Deutschen Caritasverbandes für die britische Besatzungszone. Zielstrebig betrieb er die Beseitigung nationalsozialistischer Maßnahmen, die die Tätigkeit des Caritasverbandes erschwerten und einengten. Er sorgte sich um die Feststellung und Behebung der materiellen Schäden bei den Institutionen der Caritas. Weber kehrte an die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Münster zurück, wo er in seine alten Rechte eingesetzt wurde und den Lehrstuhl für „Volkswirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Caritaswissenschaften" erhielt. Georg Schreiber, den die britische Militärregierung als Rektor der Universität bestätigt hatte, hatte sich bei dieser für Weber verwendet mit dem Hinweis, daß er „wegen seiner ablehnenden Haltung zum Nationalsozialismus ... ständig von den SS-Organisationen stärkstens angefeindet" worden und deshalb „ein Unrecht wiedergutzumachen" sei. Die Restitution erfolgte am 22. September 1945 mit Rückwirkung zum 1. Februar. Weber plante die Wiederbegründung des „Instituts für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften" und auch die Aufgaben des Breslauer „Instituts für kirchliche Verwaltung und Finanzwirtschaft" in Münster fortzusetzen.

Von hier begründete er mit Industriellen und Kommunalpolitikern des Ruhrgebietes die Sozialforschungsstelle an der Universität Münster in Dortmund, die lange Zeit das größte einschlägige Institut in der Bundesrepublik war, und wurde ihr erster Direktor. Weber stellte bei der Gründungsversammlung am 17. April 1946 folgende Aufgaben für die Sozialforschungsstelle heraus: Erforschung des sozialen Lebens des rheinisch-westfälischen Raumes unter sozialpolitischen, sozialpsychologischen und sozialrechtlichen Gesichtspunkten sowie seiner Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftsgeographie, Mitwirkung an der Lösung praktischer sozialer Fragen durch Beratung und Gutachten sowie Verwendung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit in der Schulung und Fortbildung von Berufstätigen. Zielsetzung und Aufgaben dieses Forschungs- und Fortbildungsinstituts entsprachen der interdisziplinären Arbeitsweise, die Weber auch bereits in der Weimarer Republik im Münsterer „Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften" und im Breslauer „Institut für kirchliche Verwaltung und Finanzwissenschaft" gepflegt hatte.

Weber konnte aber seine Zielsetzungen und Pläne nicht mehr verwirklichen. Die schweren seelischen und körperlichen Belastungen der letzten Jahre forderten ihren Tribut. Anfang Juli 1946 erkrankte Heinrich Weber schwer. Die diagnostischen Untersuchungen schafften keine Klarheit über die Krankheitsursache, ob Nierenent-

zündung oder Typhus. Nach vorübergehend günstigerem Krankheitsverlauf verstarb Heinrich Weber, für viele unerwartet, am 29. August im Franziskus-Hospital in Münster.
Sein Tod riß eine schmerzhafte, nicht schnell zu schließende Lücke im Wiederaufbau der Christlichen Gesellschaftslehre, in den Caritaswissenschaften und im Gesamtgefüge der Sozialwissenschaften. Es dauerte fünf Jahre, bis sein Lehrstuhl im August 1951 mit Joseph Höffner, dem damaligen Trierer Professor für Pastoraltheologie und Christliche Soziallehre, wiederbesetzt wurde. Die Aufgaben des „Instituts für kirchliche Verwaltung und Finanzwissenschaft" übernahm das Kanonistische Institut in München unter Leitung von Prof. Dr. Klaus Mörsdorf. Seine Funktionen bei der Sozialforschungsstelle Dortmund und beim Deutschen Caritasverband gingen wiederum an andere Personen über. Die von Heinrich Weber geleistete Integration verschiedener Sozial- und Wirtschaftswissenschaften konnte keiner seiner Nachfolger übernehmen.

X

Die nationalsozialistische Zeit hatte verhindert, daß Weber eine wissenschaftliche Schule aufbauen konnte. Weber hatte zwar viele seiner Studentinnen und Studenten zur Promotion geführt, aber keiner von ihnen erwarb die Doppelqualifikation in Sozial-/Wirtschaftswissenschaften und Theologie. Zwei seiner Schüler, nämlich Emmy Aufmkolk und Otto Neuloh haben soziologische Lehrstühle erworben, sein Mitarbeiter am Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Eduard Willeke einen wirtschaftswissenschaftlichen Lehrstuhl, aber den Bezug zur Sozialarbeit und zur Caritaswissenschaft haben sie nicht weiter verfolgt. Das, was Heinrich Weber in der historischen Stunde des Auf- und Umbruchs der Weimarer Republik gedanklich und institutionell zusammengebunden hatte, konnte keiner mehr in dieser wissenschaftlichen und praktischen Verklammerung zusammenhalten.
Weber verdient aber als vielseitiger Gelehrter, der Wirtschafts- und Finanzwissenschaften sowie Soziologie, insbesondere Organisationssoziologie, mit Sozial- und Wirtschaftsethik, Wohlfahrtskunde und der Caritaswissenschaft als theologischer Disziplin verband, gewürdigt zu werden. Vor allem ist seine Pionierleistung in der theoretischen und praktischen Sozialen Arbeit und in der Caritaswissenschaft hervorzuheben. Durch seine gründlichen Kenntnisse in der Soziologie, der Volkswirtschaftslehre und der Finanzwissenschaft hat er die Lehre von der Sozialen Arbeit, die damalige Wohlfahrts-

kunde, auf ein anerkanntes wissenschaftliches Niveau gebracht und durch die gleichzeitige Verknüpfung mit der Theologie und der philosophischen Ethik die Caritaswissenschaft neu belebt, in erstaunlichem Maße ausgebaut und vertieft. Der „Tagesspiegel" schrieb im September 1946 mit Recht: „Seine Hauptwerke haben dazu beigetragen, die katholische Sozialarbeit auch in Deutschland aus ihrem bis dahin nur rein publizistischen Dasein in die politischen Entscheidungen und in die Praxis" zu führen. Ein modernes Handbuch der Sozialen Arbeit zählt ihn zu den „Klassikern der Sozialen Arbeit" (Gängler 2001).

Weber hat sich aus organisationssoziologischer Perspektive praktischen Fragen der Organisation der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege, insbesondere des Caritasverbandes, und als Wirtschaftswissenschaftler Problemen der Finanzierung und effizienten Betriebswirtschaft der Caritas zugewandt wie auch die Aufgaben und Leistungen der Caritas im Rahmen der Volkswirtschaft herausgearbeitet. Er zeigte Problemlösungsperspektiven im Spannungsfeld Organisation – Wirtschaft – Caritas auf. Er hat damit Fragestellungen im wissenschaftlichen Diskurs aufgeworfen, die erst heute wieder aufgegriffen werden. Während der Weltwirtschaftskrise vertiefte er die Sicht von den Zusammenhängen von Sozialpolitik, Sozialversicherung und sozialer Arbeit und erarbeitete Vorschläge einer kombinierten Selbstvorsorge und staatlicher Hilfe.

Weber hat in seiner handlungsorientierten Forschung hervorgehoben, daß die Theorie der Sozialen Arbeit die Praxis nicht ignorieren darf. Sie sollte vielmehr von den tatsächlichen praktischen Verhältnissen ausgehen, sich an ihnen orientieren und vor allem an ihnen erproben lassen. Er selbst hat in der Praxis der Wohlfahrt gearbeitet und ist während seiner gesamten wissenschaftlichen Tätigkeit mit der Praxis in Kontakt geblieben. Er hat ebenfalls betont, daß die Praxis der Sozialen Arbeit sich ohne die richtungsweisende Theorie der Wohlfahrtskunde und Caritaswissenschaft nicht zurechtfinden kann, ohne eine systematische Theorie blind ist. Seine handlungsorientierte Theorie hat er in verständlicher, für seine Zeit erstaunlich moderner Wissenschaftssprache formuliert. Die Grundsätze seiner Handlungsforschung sollen „wie die Leuchttürme auf dem Meere sein, die dem Schiffer die Fahrbahn zeigen, ... sie sollen ... keineswegs die individuelle Freiheit ungebührlich einengen. Sie wollen nur den Weg der praktischen Caritasarbeit erleuchten und ihre Wirkkraft erhöhen". In dieser Motivation trug Heinrich Weber in einer bewegten Umbruchzeit zu einer vom Glauben geprägten und wissenschaftsorientierten Gesellschafts- und Weltgestaltung bei.



Alois Fürst zu Löwenstein (1871–1952)

Als Alois zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg am 15. September 1871 auf Schloß Kleinheubach nahe Miltenberg in Unterfranken geboren wurde, litten die Katholiken in den meisten deutschen Bundesstaaten unter Diskriminierung. Sie waren seit dem zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts in Kulturkämpfe mit den Regierungen verwickelt und befanden sich daher oft in einer schwierigen Lage. Als der Fürst am 25. Januar 1952 in Kloster Bronnbach an der Tauber starb, hatte ein Katholik, nämlich Konrad Adenauer, das Amt des Kanzlers der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland inne. Die Katholiken waren keine Bürger zweiter Klasse mehr. Im Gegenteil: Die von ihnen beherrschte Partei, die CDU, repräsentierte ein Kernstück der neugegründeten deutschen Demokratie. Alois zu Löwenstein war nicht nur Zeuge, sondern als Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken von 1920 bis 1947 auch einer der Akteure dieser radikalen Veränderung.

Genau wie die Familien von Mallinckrodt, von Franckenstein und von Löe, war auch die Familie zu Löwenstein eine Dynastie, die über Generationen hinweg ununterbrochen maßgeblichen Einfluß auf den politischen Katholizismus in Deutschland ausübte. Alois' Vater, Karl Heinrich Fürst zu Löwenstein (1834–1921), war einer der Gründer des Zentrums und stand seit 1868 an der Spitze der Katholikentage. Er leitete die Kongresse bis zu seinem Rückzug aus dem politischen Leben 1898. Als Alois zu Löwenstein 1920 mit 49 Jahren an die Spitze des Präsidiums des Zentralkomitees der deutschen Katholiken gewählt wurde, war das die Krönung seiner 25-jährigen Karriere. Daß die Wahl auf ihn fiel, mutete anachronistisch an, denn der Einfluß der Adligen auf die deutsche Gesellschaft war seit den neunziger Jahren ständig zurückgegangen. Augenfälligstes Beispiel dafür war die Tatsache, daß Matthias Erzberger und Joseph Wirth, die beide einem eher bescheidenen sozialen Milieu entstammten, im Zentrum leitende Funktionen ausübten. Dennoch läßt sich die Wahl von Alois zu Löwenstein durch eine Reihe von Faktoren, wie seine Herkunft, seine Persönlichkeit und sein politisches Engagement seit 1895, erklären. In der Tat erfüllte er alle Voraussetzungen, um zu einem Zeitpunkt, da die Katholiken durch die Verabschiedung der Weimarer Verfassung einen der protestanti-

schen Mehrheit ebenbürtigen Status erlangten, an die Spitze des Vereinswesens zu treten und diese Position bis nach dem Zweiten Weltkrieg zu behaupten.

I

Seine Herkunft machte Alois zu Löwenstein zu einem Mitglied jener geschlossenen Kreise des alten europäischen Adels, deren Einfluß zwar noch spürbar war, jedoch unaufhaltsam schwand. Er wuchs in einer großen Familie, mit drei Söhnen – von denen einer, Joseph (1868—1870), sehr früh verstarb – und sechs Töchtern auf. Seine Kindheit war von der tiefen Frömmigkeit seiner Eltern geprägt; regelmäßige Gebete, Rosenkranz-Beten, die Beichte, der Kommunionempfang und die Lektüre religiöser Literatur strukturierten das tägliche Leben. Alois' Vater, Karl Heinrich zu Löwenstein, verkörperte alle moralischen Werte, die seine Zeitgenossen in einem Mann des Hochadels im 19. Jahrhundert suchten: Er war sehr großzügig in der Unterstützung katholischer Vereine und der katholischen Presse und nahm die Pflichten und die Verantwortung gegenüber seinen Mitmenschen ernst. Nach dem Tod seiner Frau 1899 zog er sich in ein Dominikanerkloster zurück und verzichtete auf die Ehren, die ihm dank seiner sozialen Stellung und seines politischen Engagements zustanden, um sein Leben als einfacher Ordensmann in Köln zu beenden. An diesem Schritt zeigten sich seine tiefe Frömmigkeit und seine Abkehr von den Freuden dieser Welt. Diese Werte gab er auch an seine Kinder weiter, wobei er sie insbesondere lehrte, daß ihre adelige Herkunft mehr Pflichten als Rechte bedeutete. Vorrang hatten für ihn dabei stets der Schutz Schwacher und die Hilfe für Benachteiligte. Dazu kam ein ausgeprägtes Standesbewußtsein.
Die Familie Löwenstein-Wertheim-Rosenberg (ursprünglich Rochefort) gehörte dem Hochadel an (Standesherren) und war von gleichem Rang wie die regierenden Fürstenhäuser. Wenn ihre Mitglieder ihr Leben nicht Gott weihten – drei Schwestern von Alois traten in ein Kloster ein –, heirateten sie in den Kreisen des europäischen Hochadels. Auch Alois zu Löwenstein wich von dieser Tradition nicht ab und heiratete am 27. September 1898 Josephine Gräfin Kinsky von Wchinitz und Tettau (1874–1946), die einer der ältesten Adelsfamilien in Böhmen entstammte. Seine neun Kinder erzog er so, wie er selbst erzogen worden war. Zwei seiner Söhne, Felix (1907–1986) und Franz (1908–1990), wurden Jesuiten, ebenso traten zwei seiner Töchter in einen Orden ein. Sein ältester Sohn Karl (1904–1990) heiratete 1935 Carolina dei Conti Rignon aus einer

alten italienischen Adelsfamilie in Turin – die Trauung vollzog Eugenio Cardinal Pacelli, der spätere Papst Pius XII.
Neben diesem Beziehungsnetz in den europäischen Adelskreisen verfügte Alois zu Löwenstein über ein beachtliches Vermögen. Als er 1908 der siebte Fürst Löwenstein-Wertheim-Rosenberg wurde, erbte er eine Fläche von 18 Quadratmeilen, auf der 60.000 Menschen lebten, was ihn zu einem der größten katholischen Grundbesitzer westlich der Elbe machte. Ungefähr ein Drittel seines Grundbesitzes lag in Unterfranken, ein weiteres Drittel verteilte sich fast gleichmäßig zwischen Baden und Hessen mit einem kleinen Anteil in Württemberg. Zudem war er einer der größten Grundbesitzer in Böhmen, wo sich das letzte Drittel seines Besitzes befand und wohin 1860 die Zentralverwaltung der Güter der zu Löwenstein verlegt worden war. Sein Vermögen erlaubte ihm nicht nur, den größten Teil seiner Zeit der katholischen Sache zu widmen, sondern auch große Geldbeträge aufzuwenden, um das Zentrum und katholische Vereine finanziell zu unterstützen. Dank seiner Familie und der damit verbundenen Beziehungen war Alois zu Löwenstein eine geachtete und einflußreiche Persönlichkeit, die gleichzeitig über den materiellen Wohlstand verfügte, um entsprechend handeln zu können.
Neben diesen Privilegien, der letzten Erinnerung an ein durch den Adel beherrschtes Europa, genoß er eine weltoffene intellektuelle Bildung, die ihn lehrte, sein politisches Vorgehen den strukturellen Veränderungen der deutschen Gesellschaft anzupassen. Nachdem er seine Schulzeit wie sein Vater bei den Jesuiten in Feldkirch in Vorarlberg zugebracht hatte, absolvierte er 1889 sein Abitur. Nach einem Wintersemester an der Universität Prag studierte er Jura im schweizerischen Freiburg (Fribourg), wo er 1895 den Doktorgrad erwarb. Die Universität, die 1889 in der Folge des schweizerischen Kulturkampfes von „Ultramontanen" gegründet worden war, verfolgte zweierlei Ziele: Einerseits sollte die gesellschaftliche Benachteiligung des katholischen Milieus abgeschafft werden, und andererseits sollte dieses reformiert und stabilisiert werden, um seine Auflösung zu verhindern. Die päpstliche Soziallehre war das Modell für die Modernisierung, die den neuen Herausforderungen der sich stark wandelnden Gesellschaft begegnen, gleichzeitig jedoch die soziokulturellen Besonderheiten der katholischen Minderheit bewahren sollte. Die Stadt Freiburg und ihre Umgebung, die sich durch ein hohes Maß an Kirchlichkeit der Bevölkerung auszeichnete, blieb abseits der schnellen Industrialisierung, die eine starke Dechristianisierung in den mehrheitlich protestantischen Gegenden bewirkt hatte. Die Regierung dieses Kantons hatte sich bemüht, die an der Universität entwickelten Theorien in die Praxis umzusetzen,

um „einen katholischen Modellstaat" zu errichten. Dieser sollte ein Gegengewicht zu dem politischen Gebäude, das das protestantische Bürgertum in den industrialisierten Gebieten der Schweiz aufgebaut hatte, darstellen.
Alois zu Löwenstein wurde dort dementsprechend durch die theoretische Lehre auf der Grundlage der päpstlichen Lehre einerseits und ihre gelungene Umsetzung andererseits geprägt. So konnte er eine offensive Haltung entwickeln, die sich sehr von der seines Vaters, dessen Sicht der Gesellschaft von einer grundsätzlichen Ablehnung der Moderne geprägt war, unterschied. Karl Heinrich zu Löwenstein glaubte, daß die soziale Frage nur dann gelöst werden könne, wenn das kapitalistische System durch eine auf die Stände gegründete Wirtschaft ersetzt wird. Er veranstaltete jährliche Versammlungen, deren Ergebnisse unter dem Namen „Haider Thesen" 1884 veröffentlicht wurden. Diese ängstliche Rückkehr zu einer präindustriellen Gesellschaft war charakteristisch für die Schwierigkeiten des damaligen Adels und seine Stellung in einer Gesellschaft, die durch tiefe Veränderungen und die Vorherrschaft des Finanzbürgertums in Frage gestellt wurde. In dieser Zeit zog sich ein großer Teil der katholischen Eliten zurück und ging in die Defensive, was zur Schaffung einer „Ghetto-Situation" beitrug. Da Alois zu Löwenstein einer Generation angehörte, die keine Verfolgung erlebt hatte, zeigte er eine größere Kompromißbereitschaft als sein Vater, um dieser Isolierung entgegen zu wirken. Aus diesem Grund wollte er das kapitalistische System nicht abschaffen, sondern reformieren. Er versuchte also nicht, die Industrialisierung zu bekämpfen, sondern die traditionelle katholische ländliche Gesellschaft trotz der schnellen sozialen und wirtschaftlichen Umbrüche zu bewahren. Im Gegensatz zu seinem Vater entschied er sich für einen offensiven Ultramontanismus, der in der Praxis der unwiderruflichen Modernisierung der wilhelminischen Gesellschaft Rechnung trug.
Dank seiner ‚aufgeklärt' ultramontanen Überzeugung, dem Grundstock seiner politischen Entscheidungen, konnte Alois zu Löwenstein die Ziele der katholischen Eliten der Generation nach dem Kulturkampf repräsentieren. In dem festen Glauben, auf Grund seiner Zugehörigkeit zum Hochadel dazu berufen zu sein, das katholische Volk zu führen und die Interessen der Kirche zu verteidigen, folgte er seinem Vater an der Spitze des Laienkatholizismus. Er trat 1898 in das Zentralkomitee der deutschen Katholiken ein, das sein Vater zu diesem Zeitpunkt verließ, und nahm sehr bald leitende Funktionen wahr: 1898 wurde er Vizepräsident des Katholikentages in Neisse, 1905 Präsident des Katholikentages in Straßburg und 1913 Präsident des Katholikentages in Metz. 1908 wurde er Vizepräsident

des Zentralkomitees, und ab 1918 vertrat er bei vielerlei Anlässen Klemens Graf Droste zu Vischering (1832–1923), der 1898 zum Präsidenten des Zentralkomitees gewählt worden war und wegen seines hohen Alters – er war zwei Jahre älter als Karl Heinrich zu Löwenstein – nicht mehr ohne Schwierigkeiten reisen konnte. Dieser beispielhafte Aufstieg erklärt sich einerseits durch Alois' Fähigkeiten als Redner und Organisator und andererseits dadurch, daß er in seinen politischen Ämtern das wilhelminische System bis 1918 unterstützte.

Alois zu Löwenstein erbte Sitze in vier Ersten Kammern: in der 1. Württembergischen Kammer im Mai 1895, in der 1. Hessischen Kammer im März 1897, im Reichsrat der Krone Bayern im November 1909 und in der 1. Badischen Kammer im März 1910. Entsprechend den Gepflogenheiten des Adels ließ er sich in den Versammlungen, in denen keine religiösen Themen erörtert wurden und die dementsprechend seiner Meinung nach nicht von großer Bedeutung waren, durch seinen Bruder Johannes vertreten, dem er auch die volle Verantwortung für seinen Württembergischen Sitz in der 1. Kammer in Stuttgart überließ. Alois zu Löwenstein konzentrierte sich im wesentlichen auf den Reichsrat der Krone Bayern und wurde dessen aktivstes Mitglied. Sein Einsatz wurde 1914 von Erfolg gekrönt, als er Präsident des Reichsrats werden sollte. Er lehnte das jedoch ab, weil er weiterhin seine Verantwortung im Reichstag, in den er 1907 als Abgeordneter des Wahlkreises Daun-Prüm-Bitburg gewählt worden war, wahrnehmen wollte. Ab 1908 war Alois zu Löwenstein Mitglied der Petitionskommission des Reichstags und trat für das Bündnis zwischen dem Zentrum und den Konservativen ein, da beide das Ziel verfolgten, den christlichen Glauben und die Konfessionsschulen gegen die Angriffe der Liberalen und der Sozialdemokraten zu verteidigen.

Da für ihn die Integration der Katholiken in die wilhelminische Gesellschaft eine seiner obersten Prioritäten war, war er bereit, sich der politischen Linie der kaiserlichen Regierung anzuschließen, sofern die Interessen der Kirche gewahrt blieben. Das entsprach auch der politischen Linie der neuen Verantwortungsträger des Zentrums seit dem Tod von Windthorst 1891. Die enge, wechselseitige Abhängigkeit zwischen dem Zentrum und den Katholikentagen, die sich unter dem Einfluß des Kulturkampfes und Windthorsts zu „Herbstparaden" der Partei gewandelt hatten, machte es unumgänglich, daß die Leiter der beiden Organisationen die gleiche politische Linie verfolgten. Karl Heinrich zu Löwenstein mußte 1898 gerade deshalb von der Leitung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zurücktreten, weil seine ultramontane und unerbittliche Haltung nicht

mit einer Annäherung an die kaiserliche Regierung, so wie Ernst Lieber sie wünschte, vereinbar war. Im Gegensatz dazu verkörperte Alois zu Löwenstein ebenso wie Droste zu Vischering die Versöhnung der katholischen Eliten mit dem wilhelminischen System.
Alois zu Löwenstein wurde vor allem durch sein Bemühen um die Abschaffung der letzten Gesetze bekannt, die während der Kulturkämpfe in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verabschiedet worden waren und die Religionsfreiheit beschränkten. Er hatte insbesondere Pius X. energisch gegen die Angriffe des Staatsministers Alexander von Dusch in Baden, der 1910 nach der Veröffentlichung der Enzyklika „Borromäus" die „dogmatische Intoleranz der Katholiken" angeprangert hatte, verteidigt. Innerhalb des Reichsrats der Krone Bayern wurde er „Kulturreferent der Kammer der Reichsräte" und 1912 „Berichterstatter über die bayerische Kirchengemeindeordnung". 1911 war Alois zu Löwenstein im Reichstag einer der Hauptbefürworter des „Toleranzantrags" zur Abschaffung der letzten diskriminierenden Gesetze aus der Zeit des Kulturkampfes. Gleichwohl war ein zentrales Thema seines politischen Engagements – genau wie bei den protestantischen Eliten – die Ablehnung der liberalen Werte, in denen er die Ursache für alle gesellschaftlichen Probleme sah. Daneben förderte er die Integration der Katholiken dadurch, daß er sie für das wichtigste und verbindendste Thema des Wilhelminischen Reiches mobilisierte: die internationale Politik. Alois zu Löwenstein forderte die katholische Bevölkerung demzufolge auf, sich an der Kolonialpolitik der Berliner Regierung in dem Bestreben, den Eingeborenen die christliche Zivilisation zu bringen, zu beteiligen. Auf dem Breslauer Katholikentag 1909 rief er sie auf, die Mission materiell und spirituell zu unterstützen, und bildete zu diesem Zweck einen „ständigen Missionsausschuss" innerhalb des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Um der Missionsarbeit eine theoretische Grundlage zu geben, gründete er 1911 das „Institut für Missionswissenschaftliche Forschungen" in Münster. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg war er weit über die katholischen Kreise hinaus bekannt: 1913 wurde er in den Ausschuß Deutsche Kolonialgesellschaft gewählt und 1914 deren Präsident. So trug Alois zu Löwenstein durch sein Engagement für die Auflösung des Ghettos, das die Katholiken von der Mehrheit der wilhelminischen Gesellschaft trennte, ebenso zur Konsolidierung des Obrigkeitsstaates bei wie die protestantischen Eliten.

Der Erste Weltkrieg bot den Katholiken eine gute Gelegenheit, ihre Integration durch die volle Unterstützung des Krieges weiter voranzutreiben. Alois zu Löwenstein war 1914 bereits zu alt, um eingezogen zu werden. Er wollte jedoch mit gutem Beispiel vorangehen und trat Mitte August 1914 freiwillig in das Oberkommando der 6. Armee des bayerischen Automobilkorps ein, um als Chauffeur zu dienen. Er war wie der größte Teil der wilhelminischen Elite der Ansicht, daß die Kriegserklärung aufgrund der einkreisenden Politik der Entente gerechtfertigt war. Diese Einstellung war die logische Folge seines politischen Engagements während der beiden vorherigen Jahrzehnte: Alois zu Löwenstein hatte die Flottenpolitik der Regierung befürwortet, um der Isolierung des Reiches durch Großbritannien entgegenzuwirken. Darüber hinaus hatte er das Bündnis des Reiches mit Österreich-Ungarn, das er wie die meisten Angehörigen der katholischen Eliten als eine Notlösung der 1866 gescheiterten großdeutschen Lösung sah, sowie die internationale Politik des Thronerben Franz Ferdinand, den er regelmäßig in Haid als Gast empfing, unterstützt.

Doch Alois zu Löwenstein blieb in seiner Begeisterung realistisch und ordnete sie den Interessen seiner religiösen Minderheit unter. Privat fand er sich mit der Kriegserklärung eher widerwillig ab, weil ihm bewußt war, daß sie einerseits angesichts der Kräfteverhältnisse zwischen den kriegführenden Mächten viele Opfer erfordern würde und andererseits einen potentiell destabilisierenden Einfluß auf die regierenden Monarchien ausüben konnte. Schon ab November 1914 zeigten Alois zu Löwensteins Briefe an seine Familie und seine engen Freunde wie Gottfried Graf von Tattenbach, daß er ernste Zweifel am siegreichen Ausgang des Krieges hatte. Auch in seinen Analysen der innenpolitischen Situation war Alois zu Löwenstein nicht besonders optimistisch. Sein Einsatz als Chauffeur an der Front, den er selbst als „höchst ungefährlich" bezeichnete, wurde durch lange Heimataufenthalte unterbrochen, die ihm die Möglichkeit gaben, seine parlamentarische Tätigkeit in Berlin weiterzuführen und dabei die Entwicklung der Stimmung der Zivilbevölkerung zu beobachten. Bereits zu Beginn des Jahres 1915 war Alois zu Löwenstein davon überzeugt, daß die SPD im Reichstag erfolgreich eine linke Mehrheit bilden würde, weil die Konservativen unabhängig vom Ausgang des Krieges diskreditiert wären. Er fürchtete die Errichtung der Demokratie, weil diese seiner Meinung nach dazu beitragen würde, die Bevölkerung von Gott zu entfernen, indem sie die Aufwertung der materiellen Werte besiegelte, die die Seele der euro-

päischen Völker verdarben und eigentlich für den Krieg verantwortlich waren. Für Alois zu Löwenstein war die Monarchie die beste Garantie für die Wahrung der Interessen des Glaubens. Im November 1916 dachte Ludwig III. von Bayern daran, ihn mit dem polnischen Thron zu betrauen, was ein Beweis für das Vertrauen und die Hochachtung war, die man ihm in den Kreisen der bayerischen Monarchisten entgegenbrachte.
In den darauffolgenden Monaten bestätigten sich die Befürchtungen von Alois zu Löwenstein mit dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten und der wachsenden Kriegsmüdigkeit der Mehrheit der Bevölkerung, die sich nach Frieden sehnte. Diese Umstände veranlaßten ihn, die annexionistischen Bestrebungen der Obersten Heeresleitung zu verurteilen, mit Matthias Erzberger zusammen zu arbeiten und sich dem päpstlichen Bemühen um Frieden anzuschließen. Der Fürst hatte territoriale Kriegsziele solange unterstützt, wie sie den Interessen der Kirche nicht schadeten. Kurz vor der deutschen Niederlage hoffte er durch die Unterstützung der päpstlichen Initiativen zum Erhalt der Monarchie und insbesondere der katholischen Dynastie der Wittelsbacher beizutragen. Falls eine Revolution nicht verhindert werden könnte, so hoffte er auf diese Weise zumindest, die Stellung der Kirche in der Nachkriegsgesellschaft zu sichern. Im Gegensatz zu weiten Teilen der wilhelminischen Eliten war die Haltung Alois zu Löwensteins während des Ersten Weltkriegs von Pragmatismus geprägt. Der Fürst hatte sich der nationalistischen Propaganda angeschlossen, solange sie einen Integrationsfaktor für die katholische Minderheit darstellte. Sobald sie jedoch ein Exklusionsfaktor zu werden drohte, hatte er sich davon distanziert.

III

Für Alois zu Löwenstein waren die Revolution im November 1918 und der Fall der Wittelsbacher traumatisierende Ereignisse. Er sah in den demokratischen Werten die Wurzel der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Probleme, die die Weimarer Republik zerrütteten, und war davon überzeugt, daß allein die Monarchie die für die Gesundung und Erholung des Landes erforderlichen moralischen Grundlagen wiederherstellen konnte. Seine Achtung vor der herrschenden Obrigkeit sowie sein politischer Realismus ließen ihn dennoch der Gründung des republikanischen Systems zustimmen. Gemäß der kirchlichen Lehre war er davon überzeugt, daß jegliche Autorität von Gott komme und somit jeglicher Umsturz einem Akt der Rebellion gegen den göttlichen Willen gleichkäme. Darüber hin-

aus konnte es in seinen Augen keinen gewaltsamen Umsturz geben, ohne daß es zum Bürgerkrieg kommen würde und möglicherweise die entschieden antikirchlich eingestellten unabhängigen Sozialisten die Macht übernehmen würden. Da die Verteidigung der Interessen der Kirche für ihn Vorrang hatte, ging es darum, die starke Position der Katholiken innerhalb der Weimarer Koalition sowie die neuen Rechte, die die Verfassung ihnen zugestand, zu nutzen, um ihren Einfluß auf die deutsche Gesellschaft zu stärken.

1920 war das Amt des Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken neu zu besetzen, da sich Klemens Graf Droste zu Vischering mit 88 Jahren nicht mehr zur Verfügung stellte. Zu dieser Zeit war die Organisation der Katholikentage wegen Spannungen zwischen der Führung des Zentrums und dem Episkopat gefährdet. Die Mehrheit der Bischöfe betrachtete die Unterstützung des Zentrums für die neue Weimarer Republik mit Mißtrauen. Obwohl der Episkopat die Republik aus politischem Realismus akzeptierte, blieb er in tiefster Überzeugung monarchistisch. Er betrachtete das Bündnis des Zentrums mit den Sozialdemokraten innerhalb der Weimarer Koalition als einen Pakt, der unter dem Druck der Ereignisse mit dem Teufel geschlossen wurde und der deshalb, sobald die politische Situation es erlaubte, wieder gelöst werden sollte. Die Bischöfe wollten, daß die Katholikentage sich von der Führung der politischen Partei abgrenzten. Sie rechtfertigten dies mit der Erklärung, daß viele Wähler dem Zentrum den Rücken gekehrt hätten, weshalb die Kongresse nicht mehr wie vor dem Ersten Weltkrieg die Mehrheit der Katholiken vertreten könnten. Es handelte sich offiziell darum, den Schein der Einheit unter den Katholiken zu wahren, damit die Kongresse keinen Resonanzboden für Konflikte boten, zumal die Gegensätze das katholische Lager, das schon 1918 durch die Gründung der BVP in zwei Teile gespalten worden war, vollends aufzusplittern drohten. Tatsächlich handelte es sich nur um eine scheinbare Entpolitisierung, weil der Episkopat Nutzen aus dieser Maßnahme zog: Indem das Zentrum ausgeschaltet wurde, standen die Kongresse ausschließlich unter seinem Einfluß. Es lag im Interesse der Bischöfe, an der Spitze der Katholikentage einen monarchistisch gesinnten Laien einzusetzen, dem sie vertrauen konnten, da die Satzung den wesentlichen Teil des Einflusses dem Präsidenten des Zentralkomitees vorbehielt, während die übrigen Mitglieder vornehmlich mit der Bestätigung seiner Entscheidungen betraut waren. Der Präsident mußte daher über genügend persönliche Autorität verfügen, um sich durchzusetzen, insbesondere gegen den führenden linken Flügel des Zentrums, und das katholische Lager über alle politischen Spaltungen hinweg vereinen zu können.

In dieser Situation war Alois zu Löwenstein der ideale Kandidat, der die Stimmen der ungefähr dreihundert Vertreter des Episkopats und der katholischen Vereine, die im September 1920 auf dem Vertretertag in Würzburg versammelt waren, auf sich vereinigen konnte, um zum Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken gewählt zu werden. Schon seine Herkunft und sein Rang verliehen ihm in den Augen vieler Gläubigen, unabhängig von ihrer politischen Einstellung, eine natürliche Autorität. Seit 1895 hatte er die monarchistischen Ideen treu vertreten. Gleichzeitig hatte er seine Hingabe an die katholische Sache bewiesen und sich dabei das Vertrauen des Episkopats und der Kurie erworben. Seine Kompromißbereitschaft und seine pragmatische politische Einstellung waren von großem Vorteil bei der Überwindung der Gegensätze. Außerdem hatte er sich 1919 entschieden, auf ein weiteres politisches Mandat zu verzichten. Wie sein Vater 1872 versuchte er, sich in der Position des Schiedsrichters über die politischen Querelen zu erheben, um ein geachteter und erfolgreicher Präsident zu werden.

Dennoch brach Alois zu Löwenstein nicht alle seine Beziehungen zum Zentrum ab. Im Januar 1920 wurde er neben Felix Porsch und Wilhelm Elfes einer der drei Vize-Präsidenten des ersten Parteitags. Zwischen 1920 und 1932 war er Mitglied des Reichsparteivorstandes des Zentrums. Bei der Präsidentenwahl 1925 stimmte Alois zu Löwenstein für Wilhelm Marx, obwohl er sich geweigert hatte, dessen Wahlkampagne finanziell zu fördern. Er war mit seinem Programm nicht einverstanden, hatte sich aber nach langem Zögern dazu durchgerungen, Marx zu unterstützen, weil er wegen seines katholischen Glaubens Opfer persönlicher Angriffe war.

Alois zu Löwensteins monarchistische Überzeugungen spiegelten sich in seinen Funktionen an der Spitze des katholischen Adels wider. Er war Präsident der „Genossenschaft katholischer Edelleute in Bayern" (1914–1948) und Vorsitzender des „Hauptausschusses katholischer Adelsvereine in Deutschland" (1921–1933), deren Hauptziel die Wiederherstellung der Monarchie war. Dennoch wandte sich Alois zu Löwenstein gegen die Brüder Ferdinand und Hermann von Lüninck, zwei einflußreiche westfälische Großgrundbesitzer, die sich 1920 aus Protest gegen die Unterstützung der neu gegründeten Republik durch das Zentrum den Deutschnationalen angeschlossen hatten. Da die Katholiken eine Minderheit bildeten, mußten sie in den Augen des Fürsten vereint bleiben, um ihren Einfluß zu erhalten. Der Adel durfte sich nicht isolieren, indem er eine Splittergruppe ins Leben rief, die seine Interessen vertreten sollte. Er sollte vielmehr eine moralische Referenz an der Spitze des gesamten politischen Katholizismus wirken, um seiner Rolle als „Schirmherr

und Förderer des Christentums" gerecht zu werden, das heißt die christlichen Werte unter der Führung des Episkopats in der Gesellschaft zu verbreiten.
Es ist vorstellbar, daß Alois zu Löwenstein hoffte, durch seine Entscheidung, „an dem dreckigen Karren der Republik" mitzuziehen, die politische Linie des Zentrums mit Hilfe der Katholikentage zu beeinflussen und so langfristig gesehen zu einer Änderung des politischen Systems beizutragen. Die Ausrichtung der Partei nach rechts in den zwanziger Jahren und die Übernahme von Führungspositionen durch Persönlichkeiten, wie Ludwig Kaas, deren politische Orientierung er unterstützte und mit denen er in enger Verbindung stand, hätte ihn auf diesem Weg durchaus bestätigen können. Sein Einfluß beschränkte sich jedoch im wesentlichen auf seine Rolle als Vertrauensmann des Episkopats an der Spitze der Katholikentage. Diesen kam nunmehr Bedeutung zu, weil sie ein Ort der Begegnung für politische Führungspersönlichkeiten und für den Klerus waren. Gleichzeitig waren sie die größten regelmäßig abgehaltenen Massenveranstaltungen, die während der Weimarer Republik stattfanden. Ihre Wirkung ging dank der Unterstützung des Klerus sowie des Netzes der katholischen Vereine und der Presse weit über den Kreis der Teilnehmer hinaus. Gewiß waren viele Reden auf den Katholikentagen gegen die Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik der rasch wechselnden Regierungen gerichtet und stellten eine kaum verhüllte Kritik am Zentrum dar. In der dabei verwendeten Symbolik hatte die Transzendenz in der Politik zentrale Bedeutung. Es wurde ein globales System zur Erklärung der Welt vorgeschlagen, das sich dem Absoluten näherte und mit dem republikanischen Pluralismus nicht vereinbar war: Die Einheit sollte in Christus realisiert werden und nicht durch Konsensbildung. Doch dieser Gegensatz war in der politischen Praxis nicht spürbar, da die Katholikentage sich bemühten, das Bild der Einheit unter den Katholiken wie vor dem Ersten Weltkrieg zu bewahren. Diese Einheit fand in zwei Parteien ihren Ausdruck, dem Zentrum und der BVP, die *de facto* die parlamentarischen Spielregeln befolgten. In dieser Hinsicht trugen die Katholikentage zur Stabilisierung der Republik und zu ihrem Erhalt bei. In der Tat leistete Alois zu Löwenstein dadurch, daß er die von der katholischen Minderheit seit Gründung der Republik erworbenen Errungenschaften bewahren und erweitern wollte, gegen seinen Willen einen Beitrag zur Konsolidierung des politischen Systems.

Obwohl Alois zu Löwenstein den Zerfall einer Regierungsform, die er verabscheute, wahrscheinlich mit einer gewissen Befriedigung betrachtete, hatte er große Vorbehalte gegenüber der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Offensichtlich glaubte er im Gegensatz zu anderen katholischen Adligen nie, daß das neue Regime für den Adel eine Möglichkeit bot, seine privilegierte Stellung innerhalb der deutschen Gesellschaft wiederzugewinnen. Alois zu Löwenstein war vor allem im Einklang mit der offiziellen Position der Kirche davon überzeugt, daß Katholizismus und Nationalsozialismus unvereinbar waren. Bereits im Frühjahr 1933 war ihm klar, daß jeder Versuch, das Regime zu instrumentalisieren, fehlschlagen würde. Gemäß dem Wunsch der Bischöfe lehnte er eine offene Beteiligung der NSDAP an den Katholikentagen ab, was zu ihrer Einstellung führte. Der Fürst blieb an der Spitze des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, das offiziell niemals aufgelöst wurde, sondern seine Tätigkeit einstellte. Im Laufe der folgenden Jahre zog sich Alois zu Löwenstein allmählich aus dem öffentlichen Leben zurück. Er hielt sich seit 1936 ständig in Haid auf, wo er Jagden für katholische Adelskreise organisierte, und er blieb auch nach der Einverleibung der Sudetengebiete im März 1938 unbehelligt.

Die Immunität, die er zu genießen schien, erklärte sich durch seine vorsichtige Haltung und durch sein Engagement in zwei Bereichen des Vereinskatholizismus, in denen er sich vor 1933 besonders engagiert hatte: dem der Mission und dem des katholischen Adels. Obwohl viele katholische Vereine verboten wurden, blieben das „Institut für Missionswissenschaftliche Forschungen" und die „Genossenschaft katholischer Edelleute in Bayern", deren Präsident er bis 1948 blieb, bestehen, da die Ideen, die sie vertraten, den Expansionsinteressen der Nationalsozialisten dienten. Nach dem Zweiten Weltkrieg erinnerte sich ein Mitglied der Genossenschaft, Graf K. A. von Drechsel, an eine Versammlung im Jahre 1934, in deren Verlauf ein Vortrag zum Gedenken an den 100. Geburtstag von Karl Heinrich zu Löwenstein gehalten wurde. Der Gestapobeamte, der zur Beobachtung anwesend war, soll positiv überrascht gewesen sein, als er erfuhr, daß Karl Heinrich zu Löwenstein in dem Vortrag als ein „Vorläufer" der NS-Bewegung bezeichnet wurde. Wenn auch Karl Heinrichs Vorstellungen von Großdeutschland dabei zwar wahrscheinlich verzerrt wurden, um die Gunst der Machthaber zu gewinnen, so ist doch davon auszugehen, daß sich auch Alois zu Löwenstein durch die Erfolge der NS-Regierung in der Außenpolitik verführen ließ.

Am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, im April 1939, hielt er vor der Adelsgenossenschaft einen Vortrag über die Rolle des Adels im Hitlerdeutschland, in dem er offen begrüßte, daß „heute (...) [das deutsche Volk], dank seiner starken und genialen Führung, auf einem Gipfelpunkt der Macht" stehe. Während des Zweiten Weltkriegs organisierte er weiterhin Zusammenkünfte der Genossenschaft, bis ihre Räumlichkeiten im Frühjahr 1943 durch einen Bombenangriff zerstört wurden. Wie viele vermögende Bürger unterstützte auch Alois zu Löwenstein die Kriegsanstrengungen finanziell. Er scheint nie öffentlich gegen die Übergriffe des Regimes protestiert zu haben, und seine Angst vor dem Kommunismus hielt ihn unter anderem davon ab, sich innerdeutschen Widerstandskreisen anzuschließen.

Dennoch reagierte er mit großer Erleichterung auf den Untergang des nationalsozialistischen Regimes, der ihm wohl auch half, die deutsche Niederlage zu ertragen. Diese war ohnehin im Vergleich zu der Schande, daß „Teile des deutschen Volkes" an dem „Satanismus grausamster Mordsucht des jüngst niedergebrochenen Systems" mitgewirkt hatten, wie er Wilhelm Marx im Oktober 1945 schrieb, das kleinere Übel. Bis zum Schluß wollte Alois zu Löwenstein offensichtlich die Inhaber der Macht nicht destabilisieren, doch durch seinen Rückzug aus dem öffentlichen Leben konnte er zumindest verhindern, daß er sich allzu offenkundig mit dem Regime einließ.

V

Im Frühjahr 1945 wurde die Familie zu Löwenstein gezwungen, Haid in einem Wagen der amerikanischen Armee überstürzt zu verlassen. Sie fand Zuflucht in Eltville im Rheingau, wo Alois' Frau einige Monate später starb. Trotz des Schmerzes darüber bemühte sich Alois zu Löwenstein schon ab 1946, das Zentralkomitee wieder zu beleben, was wegen der allseits herrschenden Armut, der Kommunikationsschwierigkeiten zwischen den verschiedenen Besatzungszonen und der Zerstörung des Archivs des Zentralkomitees eine schwierige Aufgabe darstellte.

Dennoch meisterte er sie dank der Hilfe seines ältesten Sohnes Karl und der Unterstützung durch den Episkopat. Die Bischöfe befürworteten die Organisation eines Katholikentages, um durch diese Demonstration die Stellung der katholischen Kirche auch gegenüber den Besatzungsmächten zu stärken. Alois zu Löwenstein regte demzufolge die Veranstaltung des ersten Katholikentages nach dem Krieg an, der 1948 in Mainz stattfand, genau einhundert Jahre nach

der Veranstaltung des ersten Katholikentages in dieser Stadt. Darüber hinaus erreichte er 1947, daß sein Sohn Karl von einer kleinen Anzahl katholischer Vertreter, die die Wahl vorschriftsmäßig erschienen ließen, zum Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken gewählt wurde. Als der Fürst die Fortsetzung der Katholikentage und den Bestand seiner Dynastie gesichert hatte, zog er sich in das Kloster Bronnbach an der Tauber zurück – sein Geburtsort Schloß Kleinheubach war 1945 geplündert worden. Als er dort 1952 während eines harten Winters im Alter von 80 Jahren an Lungenentzündung starb, zollten ihm die katholische Bevölkerung und Papst Pius XII., der ihm das Großkreuz des päpstlichen Pius-Ordens und des Gregorius-Ordens verliehen hatte, größte Wertschätzung. Er wurde in der Familiengruft auf dem Engelberg beigesetzt.

Alois zu Löwenstein fand in der Ausübung seiner Funktion als Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, wie sein Vater, einen Ausgleich für den Verlust seines politischen Einflusses als Erbe eines dynastischen Fürstentums. Beide waren Persönlichkeiten, die im Dienste der Kirche ihren Überzeugungen stets treu blieben, doch wurden sie aus grundsätzlich verschiedenen Gründen an die Spitze des Zentralkomitees gewählt, wie sich auch ihre Tätigkeit an der Spitze des Zentralkomitees prinzipiell unterschiedlich gestaltete. Karl Heinrich zu Löwenstein nahm es mit der Umsetzung seiner Prinzipien sehr genau, lehnte jegliches Zugeständnis an den Zeitgeist ab, leistete Widerstand und verteidigte die Katholiken, die Opfer von Verfolgung waren. Alois zu Löwenstein hingegen war ein Pragmatiker und verfolgte zwei Ziele: Einerseits wollte er die Integration einer diskriminierten Minorität in die deutsche Gesellschaft fördern, andererseits den Anschein einer politischen Einheit der Katholiken wahren. Diese Aufgaben erfüllte er erfolgreich, denn die Erinnerung an seinen Vater und seine soziale Herkunft erlaubten ihm, Kontinuität und Stabilität zu verkörpern, auch wenn er in der Praxis seinen politischen Ansatz den tiefgreifenden Veränderungen der Gesellschaft anpassen mußte und diese Veränderungen selbst mitgestaltend begleitete.



Georg Moenius (1890–1953)

1965, in einem Artikel anläßlich des 75. Geburtstags des bereits 12 Jahre zuvor verstorbenen Georg Moenius, schrieb Anton Hilckman, ein früherer Mitarbeiter der Münchener Wochenschrift „Allgemeine Rundschau" (AR):

„Und noch eines wagen wir auszusprechen: wir ehren gewiß das Andenken eines jeden, der im Kampf gegen die Hitler-Tyrannei sein Leben ließ. ... Aber wenn heute jeder katholische Deutschnationale, der bewußt oder unbewußt dem Nazismus Vorschub leistete und dann ‚zum Widerstand' ging, als Held und großer Anti-Nazi gefeiert wird, um wie viel mehr müssen wir dann jenen als Seher und als Helden feiern, der von Anfang an, noch ehe sie zu Macht kam, die Dämonie durchschaute und gegen sie kämpfte."

Hier, lapidar formuliert, liegt die große Leistung von Georg Moenius, der seit 1929 unermüdlich und unerschrocken gegen den Aufstieg der NSDAP gekämpft hat. Wenn man die Geschichte des innerdeutschen Widerstandes bewertet, sollte man die Leistung derjenigen in den Brennpunkt rücken, die die Gefahr der NSDAP von Anfang an erkannten und vor ihr nach Kräften warnten. Zu ihnen gehörte Moenius. Heutzutage ist er dem deutschen Publikum nahezu unbekannt. Doch als Herausgeber der AR (1929–1933) übte er ätzende Kritik am Rechtsradikalismus und zählte für die aufsteigende NS-Bewegung zu einem der meistgehaßten Gegner des katholischen Deutschlands. 1966 schrieb Ludwig Volk über Moenius: „In ihm [Hitler] sah er nicht irgendein Unheil, sondern eine tödliche Gefahr heraufziehen, vor der er mit einer monomanisch anmutenden Unbeirrbarkeit warnte."

Moenius war und ist immer noch ein höchst umstrittener Publizist. Der Grund dafür liegt in seiner rücksichtslosen Polemik gegen alle, die sich zum „heidnischen deutschen Nationalismus" bekannten. Als glühender Verfechter eines katholisch-abendländischen Universalismus lehnte Moenius alle Manifestationen des modernen Nationalismus ab. Vor allem rief er zu einer radikalen Ablehnung des Staates und Geistes Preußens auf. Dies sei erforderlich für eine geistige Erneuerung des Reiches und eine sie begleitende föderalistische Neugestaltung. Sie aber konnte nur durchgeführt werden nach der Beseitigung des „kranken" Dualismus zwischen Preußen und

Deutschland, der eine Folge der fehlerhaften Bismarckschen Reichsgründung gewesen sei. Als erste Voraussetzung für eine staatliche Wiedergeburt trat Moenius für die Akzeptanz von Deutschlands Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges ein. Vor allem aber verlangte er die offizielle Anerkennung der deutschen Kriegsverbrechen in Belgien während der ersten Monate des Krieges von 1914. 1933 mußte Moenius als einer der ersten Emigranten Deutschland verlassen. Sein Weg führte ihn über die Schweiz, Italien, Österreich und Frankreich nach Portugal, schließlich in die USA. 1948 kehrte er nach Deutschland zurück. Schon bei seiner Rückkehr schwer erkrankt, konnte er keine neue Karriere beginnen und starb 1953 in München.

I

Georg Moenius wurde am 19. Oktober 1890 als ältestes Kind von drei Geschwistern in Adelsdorf an der Aisch (Oberfranken) geboren. Sein Vater, Peter Moenius, der als Maschinenhändler arbeitete, und seine Mutter Elisabeth, geb. Hamm, lebten in sehr bescheidenen wirtschaftlichen Umständen. Zu Anfang des Jahrhunderts siedelte die Familie nach Nürnberg über, wo Moenius das Gymnasium besuchte. 1911/12 verbrachte Moenius zwei Semester an der Universität München, wo er Philosophie studierte. Es folgte ein dreijähriges Studium der Philosophie und der katholischen Theologie am Lyzeum in Bamberg. Am 25. April 1915 empfing Moenius die Priesterweihe in Bamberg. Allen Berichten zufolge war er eine leicht reizbare, leidenschaftliche und idealistisch gesinnte Persönlichkeit. Die Jahre zwischen 1915 und 1925 galten als die „Sturm- und Drang-Jahre" für Moenius. Am 1. Mai 1915 trat er seine erste Kaplansstelle in Rothenbach bei Nürnberg an. In seinem Tagebuch vom 10. Mai 1915, als er zum ersten Mal vor einer Gemeinde stand, trug er ein: „Feuer! Feuer! Feuer! Wie ein Prometheus will ich Fackel zu ihnen tragen und Feuer und Begeisterung und Leben und Jugend und Liebe entzünden."
1919 wurde Moenius an der Philosophischen Fakultät der Universität Erlangen mit einer Dissertation über Friedrich Hölderlin promoviert. In seiner Diözese hatte der Kaplan von Anfang an Schwierigkeiten, da seine politischen Ansichten, vor allem seine offene Kritik an der deutschen Kriegspolitik, weder dem Klerus, der Zentrumspartei noch seinen Gemeindemitgliedern gefielen. Meinungsverschiedenheiten mit seinen Kommilitonen des Cartellverbandes *Aenania* hatten schon 1914 zu seinem Austritt aus der Verbindung

geführt. Während seiner neunjährigen Tätigkeit als Kaplan wurde Moenius viermal versetzt. Im August 1916 wechselte er nach Waischfeld, von dort schon im September 1917 nach Breitengussbach. Ab August 1918 befand er sich in der Pfarrei St. Otto in Bamberg. Kurz nach Kriegsende und während der ersten Monate der Revolution, von Januar bis Juni 1919, trat Moenius in der Öffentlichkeit als Anhänger der Revolutionsregierung Kurt Eisner und des Pazifisten Friedrich Wilhelm Foerster auf. Daraufhin wurde Moenius in Bamberg abgelöst und bis September 1924 als Kurat in Hasslach eingesetzt. Die zunehmende Verschlechterung seiner Beziehungen zu seinen kirchlichen Vorgesetzten läßt sich in seinen Tagebucheintragungen ablesen. Deren letzter Eintrag vom 26. Februar 1929 lautet: „Die geistliche Bürokratie sind die blutenden Wundmale Christi."

Auf eigenen Wunsch wurde Moenius 1924 für ein Jahr von der Erzdiözese Bamberg beurlaubt. Er nahm seine Tätigkeit als Priester in dieser Diözese nicht wieder auf. Jedes Jahr reichte er erneut einen Beurlaubungsantrag ein. 1924 reiste Moenius nach Italien, wo er ein Buch „Italienische Reise" verfaßte, das im folgenden Jahr im Herder-Verlag erschien und ihn als Kultur- und Geschichtsphilosophen auswies. Es fand ziemliche Beachtung. Die Jahre 1926 und 1927 verbrachte Moenius in Wien, wo er in der Redaktion der rechtskatholischen Zeitschrift „Schönere Zukunft" unter der Leitung von Joseph Eberle und Eugen Kogon arbeitete. Während dieser Zeit schloß Moenius Freundschaft mit dem künftigen Wiener Vizebürgermeister Ernst Karl Winter.

1927 reiste Moenius nach Frankreich, mit dessen Kultur, Geschichte und Sprache er ebenso vertraut war wie mit der Italiens. In Paris knüpfte Moenius zahlreiche neue Freundschaften, vor allem im literarischen Kreis der „Action Française". Das Ergebnis dieser Reise war das Buch „Paris, Frankreichs Herz", das 1928 in dem von Moenius gegründeten Limes Verlag in München erschien. Darin drückte er seine Liebe zu Frankreich und seiner lateinischen Kultur in überschwänglicher Prosa aus. Das Buch wurde auch als Mahnung an Deutschland geschrieben, aus der Überzeugung, daß das „Germanische" stets eine Gefährdung der abendländischen Ordnung und Zivilisation darstelle. Das antieuropäisch gesinnte Deutschtum bezeichnete Moenius als Träger gefährlicher, die Kultur der Menschheit bedrohende Naturkräfte. So warnte er z. B. vor der subjektivistisch-phantastischen deutschen Romantik und stellte ihr die Disziplin der lateinisch-romanischen Klassik entgegen. Seine Abneigung gegen Preußen gipfelte in dem merkwürdigen Satz: „Paris ist die Wiege der abendländischen Kultur, Berlin ist ihr Totenbett."

Moenius gehörte zu einem kleinen Kreis von katholischen Intellektuellen der Nachkriegszeit, der eine katholische Erneuerung anstrebte. Dazu zählten die Philosophen Max Scheler und Peter Wust. Moenius verehrte vor allem die Leistung des Belgiers Désiré Mercier, der, seit 1906 Erzbischof von Mecheln, zu den führenden Vertretern der Neuscholastik an der Universität Löwen zählte. Hingegen war Moenius der Zentrumspartei gegenüber kritisch eingestellt, und zwar wegen deren Bereitschaft, sich mit dem Kaiserreich auszusöhnen und auch mit den preußischen Eliten, die nach 1918 immer noch einflußreich waren, zusammenzugehen. In seinem Tagebuch am 12. Januar 1919 notierte Moenius:
„Mein Ideal reifte allmählich: konstitutionelle Monarchie mit breitem parlamentarischen Unterbau. ... Dem Revolutionsakt Feind, sah ich, daß Revolution kommen mußte. Gott hielt Gericht. Les Rois s'en vont. Gott selber schickte sie nach Haus. Werkzeuge Gottes waren die Männer der Revolution. Die Könige hatten noch schlimmeres verdient. Auch die Spezi der Könige, die Bischöfe und Erzbischöfe. Schamlos haben sie das Christentum an den Heidenstaat verraten."
Moenius wurde zum kompromißlosen Verfechter eines römisch-katholischen Integralismus. Dies bedeutete aber nicht die Rückkehr zu einem „katholischen Ghetto" wie im Kaiserreich. Die seitdem von Moenius vertretene Reichsideologie wurde durch seine Begegnung und spätere Freundschaft und Zusammenarbeit mit F. W. Foerster geprägt. Dieser radikale Pazifist war schon während des Ersten Weltkrieges angefeindet worden, wegen seiner Angriffe gegen die Kriegsführung der Obersten Heeresleitung und gegen die Legitimität des Kaiserreiches. Foerster sah in der Reichsgründung Bismarcks eine bösartige Abwendung vom Vermächtnis des Heiligen Römischen Reiches und im kaiserlichen Deutschland nur eine Karikatur des älteren deutschen Föderalismus.
Im Brennpunkt der Reichsidee in den Schriften Moenius' und später in der AR stand der Begriff „Romanitas", den Moenius von dem Schweizer Kulturphilosophen Gonzague de Reynold übernommen hatte. Unter „Romanitas" verstand Moenius den Kern der abendländischen Kultur: die universelle Kirche, die apostolische Sukzession und die gesamte politische und kulturelle Überlieferung der Römischen Kirche. Die geistigen Wurzeln seiner Reichsideologie lagen in einer Verschmelzung der romantisch-mystischen Ideen von Publizisten, Kirchenmännern und Politikern wie Novalis und Joseph Görres, Constantin Frantz, Foerster und Vorkämpfern des politisch

engagierten Katholizismus wie Wilhelm Emmanuel von Ketteler und Ludwig Windthorst.
Durch seine Zusammenarbeit mit Foerster und seinem Kreis seit Ende des Krieges gewann Moenius auch Kontakt mit dem „Friedensbund Deutscher Katholiken". Dann lernte er auch Friedrich Coudenhove-Kalergi (1894–1972) gut kennen, der 1923 die *Paneuropa-Union* gründete. In der AR unter der Leitung von Moenius' wurden später Beiträge von Mitgliedern des Friedensbundes regelmäßig veröffentlicht.
Als Exponent des katholischen Integralismus gewann Moenius gleich nach Ende des Krieges Kontakt zu dem literarischen Kreis um die „Action Française", u. a. zu Charles Maurras, Jacques Bainville und Georges Bernanos. Moenius hat aber die 1926 erfolgte päpstliche Verurteilung der „Action Française" anerkannt. Dennoch blieb er ein Verehrer von Maurras und seiner Idealvorstellung von einer geordneten gesellschaftlichen und politischen Hierarchie, die ihre Inspiration vom Altertum und von der Kirche herleitete. Tief beeindruckt wurde Moenius von Henri Massis' Schrift „Defense de l'Occident" (1927), der gewichtigsten Kritik des pessimistischen und nihilistischen Werkes „Der Untergang des Abendlandes" von Oswald Spengler (1919). 1930 vollendete Moenius seine deutsche Übersetzung von Massis' Buch, das als „Verteidigung des Abendlandes" im Verlag Jakob Hegner in Hellerau erschien. Er stellte seiner Übersetzung ein langes Vorwort voran, das als Manifest seiner Reichsideologie gelten kann. Darin unterstrich er Massis' Warnungen sowohl vor den Gefahren des slawischen Ostens (mit Ausnahme Polens) als auch vor denen des deutschen protestantischen Geistes und vor den zerstörerischen Wirkungen der zeitgeschichtlichen Ideologien des Liberalismus, Sozialismus und Nationalismus, die die traditionelle Kulturkraft der Antike verödeten.
Moenius und Massis erstrebten die Wiederherstellung eines römischen Christentums, das das abendländische Erbe sichern sollte, das stets vom slawischen Osten und vom Protestantismus gefährdet sei. Moenius sah in der Reformation das Ergebnis einer gewissen anthropologischen Disposition der norddeutschen Stämme. Der Aufstieg des politischen Protestantismus in Deutschland bedeutete für ihn auch eine zunehmende Lähmung des katholischen Kulturwillens. Die Römische Kirche sei vor allem berufen, den staatlichen Anspruch, letzte Machtinstanz zu sein, zu verweigern und die nationalvölkische Tradition einer Linie „Luther-Hegel-Fichte-Bismarck" zurückzudrängen.

1928 kauften Moenius und sein Bamberger Freund Josef Kirsch die Münchener Wochenschrift „Allgemeine Rundschau" für 70.000 RM von ihrem Besitzer Armin Kausen. Der Kauf wurde vermutlich von F. W. Foerster finanziert. Die AR war 1904 von Kausen gegründet worden, als die Kontroversen über Modernismus, Reformkatholizismus und um die Gewerkschaftsfrage tobten. Seit 1921 war Otto Kunze Herausgeber der Wochenschrift. Er hatte deren Leitlinien „Katholisch, Abendländisch und Großdeutsch" festgelegt. 1924, beim Katholikentag in Hannover, gründete Kunze zusammen mit Carl Oskar von Soden und Benedikt Schmittmann den „Reichs- und Heimatbund Deutscher Katholiken". Dieser erstrebte eine föderalistische Neugestaltung des Deutschen Reiches im Sinne des ursprünglichen Entwurfes der Nachkriegsverfassung von Hugo Preuß.

1929 reisten Moenius und Foerster durch Belgien, um die dortigen Verwüstungen des Ersten Weltkrieges zu besichtigen. Foerster behauptete 1921, daß Deutschland die Hauptschuld am Ausbruch des Weltkrieges trüge. Diese Ansicht teilte Moenius. Er veröffentlichte 1929/30 vier Belgien-Sondernummern der AR, die sich mit der umstrittenen Frage der deutschen Kriegsschuld und der Verantwortung für Kriegsverbrechen deutscher Soldaten vom August 1914 in Belgien befaßten.

Bereits der erste Artikel dieser Serie rief eine Welle der Empörung hervor. Führende katholische Zeitungen und Zeitschriften wie die „Kölnische Volkszeitung" und die „Schönere Zukunft" (Wien) verurteilten die AR als Sprachrohr der belgischen Propaganda. Der Münchener Erzbischof Michael Kardinal von Faulhaber, um eine Stellungnahme gebeten, lehnte sie in einem Schreiben an Bischof Christian Schreiber von Berlin vom Oktober 1929 aber ab. Als Moenius eine zweite Belgien-Sondernummer für Oktober 1929 ankündigte, suchte das „Schuldreferat" des Auswärtigen Amtes in Berlin deren Publikation, auch durch ein Angebot von 40.000 RM als „Bestechung", zu verhindern. Ein Komplott, Moenius wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit seiner Wochenschrift zu beschuldigen, schlug fehl. Die letzte Sondernummer der AR über Belgien erschien am 14. Juni 1930. Moenius hatte damit zwar eine gewisse Sympathie in kleinen Zirkeln in Deutschland, mehr aber in Frankreich und Belgien gefunden. Er blieb seitdem jedoch wegen seinen „Hetzschriften" in einflußreichen Kreisen des deutschen Katholizismus isoliert.

In der Offensive der AR gegen den Nationalsozialismus kann man zwei Grundlinien erkennen. Erstens wurde der Nationalsozialismus als „deutscher Atavismus", d. h. als eine Neubelebung von Deutschlands Kampf gegen Rom und das Abendland verstanden, und zweitens als Werkzeug des sich rächenden Preußentums nach dessen Niederlage von 1918. Moenius behauptete, daß Hitler die Mentalität, die zum Ersten Weltkrieg geführt habe, fortsetze. Wie einige katholische Intellektuelle seiner Zeit bewunderte auch Moenius Mussolini als wahren Vertreter des Faschismus. Er hielt einen „echten Faschismus" dazu berufen, das Abendland zu verteidigen, und zwar sowohl gegen den Nationalsozialismus als auch gegen den Bolschewismus. Die NS-Bewegung wurde wegen ihrer wesenhaften Feindschaft gegen den Katholizismus und die abendländische Kultur als unechter Bestandteil der allgemeinen faschistischen Bewegung angesehen. Davon ausgehend, attackierte Moenius die nationalsozialistische Reichsideologie als ungeheuren Schwindel. Schon in seinem Leitartikel der ersten Nummer der AR umriß er als deren Herausgeber am 5. Januar 1929 das neue redaktionelle Programm der Zeitschrift: „Romanitas" als Schwert gegen die heidnische Reichsideologie.

Seitdem warnte Moenius seine Leser vor einer zunehmenden Anziehungskraft der nationalsozialistischen Bewegung. Er begann seinen Kampf mit rechtsnationalen Kreisen im Juni 1929, als der frühere Benediktiner-Abt Alban Schachleiter zusammen mit Erich Ludendorff, dem Publizisten Fritz Büchner und dem Kaplan Josef Roth beim Stahlhelm-Tag in München erschienen. Schachleiter war schon seit Jahren mit Hitler bekannt. Für Moenius war diese Verbindung eine Gotteslästerung. In einem offenen Brief in der AR an Schachleiter kritisierte er: „Sie haben als römischer Prälat gar keinen Grund, sich zu einer Bewegung zu bekennen, deren ganze dürftige Ideologie der Idee der Pax Romana zuwiderläuft und die, über den ganzen Materialismus ihres Machtwillens hinweg täuschend, mit christlich klingenden Programmen operiert."

Ab 1930 versuchte Hitler, seiner völkischen Bewegung ein christliches Fundament zu verschaffen. Gegen diese Täuschung kämpfte die AR vehement. Obwohl der antichristliche Publizist Artur Dinter aus der NSDAP ausgeschlossen wurde, vertraten Hitler und Alfred Rosenberg weiterhin die gleichen Ansichten. Moenius schrieb: „Die Ideologie der Nationalsozialisten steht dem römischen Katholizismus diametral gegenüber. Sie ist als ganzes, als Weltanschauung, in Hinsicht auf Rom der Antichrist. ... Der Katholizismus wird in der

Tat berufen sein müssen, einem solchen Nationalismus das Rückgrat zu brechen." Moenius bezeichnete die Ergebnisse der Reichstagswahl vom September 1930 als „Katastrophenwahl". Erst nach dieser Wahl, in der die Mandate der NSDAP von 12 auf 107 anstiegen, wurde der Ernst der Bedrohung offensichtlich. Im Februar 1931 nahm die Bayerische Bischofskonferenz klar Stellung gegen die nationalsozialistische Irrlehre. Es bildete sich auch eine klare Front der katholischen Presse gegen die NSDAP. Hingegen zeigte die Wiener Zeitschrift „Schönere Zukunft" eine gewisse Sympathie für verschiedene Aspekte der NSDAP. Eberle und einige seine Mitarbeiter meinten, daß die Partei vom Zentrum gezähmt werden könnte. Dagegen nahm die AR Stellung.
Diese Auseinandersetzung wurde von einem breiteren Leserkreis in Mitteleuropa verfolgt. Der bedeutendste Unterschied der Kritik an der NSDAP durch die AR im Vergleich zu anderen katholischen Zeitschriften war, daß sie die Hitler-Partei als Begleiterscheinung eines „kranken" preußisch-deutschen Nationalismus einstufte. Dabei bildete für Moenius wie für Foerster der Antisemitismus des Nationalsozialismus ein klares Indiz für das Heidentum dieser Bewegung.

V

Die NSDAP hat es relativ früh verstanden, die Angriffe der AR für sich zu nutzen, denn manche Äußerungen von Moenius erschienen auch vielen Katholiken als zu extrem und unpatriotisch. So griff die bayerische Ausgabe des „Völkischen Beobachters" Moenius als Vertreter des Zentrums wiederholt an. Das Ironische daran war freilich, daß der Publizist ab 1931 in Zentrumskreisen keine Sympathie mehr genoß. Von der Bayerischen Volkspartei (BVP) wurde er sogar bekämpft.
Als während des Jahres 1931 in Veranstaltungen und Feiern des sechzigsten Jahrestages der Reichsgründung gedacht wurde, nutzte Moenius diese Gelegenheit, um die Nachteile der Beziehungen Bayerns zu Preußen zu beleuchten. Er kritisierte ebenso einen Plan zur Errichtung eines Bismarck-Denkmals in München wie den zur Errichtung eines Denkmals in München zum Andenken an Albert Leo Schlageter, der wegen Sabotage in dem von den Franzosen besetzten Ruhrgebiet 1923 erschossen worden war. Daraufhin stellte der Studentenausschuß der Universität München einen Tadelsantrag gegen Moenius, der Erfolg hatte: Er wurde vom Akademischen Senat der Universität München „aus der deutschen Volksgemeinschaft ausgeschlossen". Dieser Beschluß ist niemals aufgehoben worden.

Ende 1931 erschien in der AR ohne Namensnennung ein Beitrag mit der Überschrift „Bayern – Preußen – Frankreich". Der Verfasser kritisierte die Hetzkampagne Hugenbergs und Hitlers gegen Frankreich und schrieb: „Bayern hat mit Frankreich zehnmal mehr gemeinsame Güter, Überlieferungen und Interessen als mit Preußen – mit Preußen hat es nichts gemeinsam als das starke Bewußtsein: 'Wir g'hörn net z'samma'". Erneut hagelte es empörte Proteste. Die AR wurde von der bayerischen Regierung für einen Monat verboten. Im Februar 1932 sah sich Josef Kirsch gezwungen, aus seiner Funktion als Verleger der AR in Aschaffenberg auszuscheiden. Die Wochenschrift wurde nunmehr in Würzburg gedruckt und in kirchlichen, politischen, aber auch in akademischen und studentischen Kreisen weiterhin und zunehmend scharf kritisiert.
Anfang 1932 wuchs der Druck auf die AR. Nach wiederholten Beschwerden über Moenius durch den Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, Fritz Schäffer, den Münchener Bürgermeister Karl Scharnagl und den Generalsekretär der BVP, Anton Pfeiffer, bei Kardinal von Faulhaber und Erzbischof Hauck von Bamberg, kündigte die Erzdiözese München den Mietvertrag mit der AR. Faulhaber und Schäffer baten Erzbischof Hauck, Moenius in die Erzdiözese Bamberg zurückzurufen. Das lehnte Hauck jedoch ab und antwortete Schäffer, daß es schwierig sei, ihn zurückzurufen: man wisse nicht, wo man ihn einsetzen solle, „denn in der Seelsorge ist er ja nicht verwendbar". Die AR bezog kurze Zeit danach ein neues Gebäude in der Wagmüller-Straße in München.
Nach der Entlassung von Reichskanzler Heinrich Brüning (Ende Mai 1932) und der Ernennung Franz von Papens nahm die Intensität der Debatten über die Reichsideologie zu. Die Angriffe der AR gipfelten in einem von Moenius verfaßten zustimmenden Kommentar zu Theodor Haeckers Kritik am Nationalsozialismus und an Preußen. In einem Beitrag „Betrachtungen zu Vergil – Vater des Abendlandes" in der Zeitschrift „Der Brenner" vom Dezember 1932 hatte Haecker Preußen als häretische, aufständische deutsche Kolonie gegeißelt, die das alte Deutschland angegriffen habe und dabei für schwere geistige Schäden des Reiches verantwortlich sei.

VI

Kurz nach der Machtübernahme der NSDAP in Bayern, im März 1933, floh Moenius zunächst in die Schweiz und dann nach Rom. Der katholische Publizist Alexander Emmerich, der mehrere Artikel gegen den Nationalsozialismus für die AR verfaßte, suchte zusam-

men mit P. Friedrich Muckermann SJ und Josef Kirsch durch Vermittlung des Ministerialrats Buttmann die AR zu kaufen. Moenius lehnte jedoch den Verkauf ab. Die AR wurde im Juni 1933 verboten. Nach dem Abschluß des Reichskonkordates im Juli 1933 dachte Moenius sogar an eine Rückkehr nach Deutschland und ersuchte die Leitung der Erzdiözese Bamberg um Vermittlung bei der neuen bayerischen NS-Regierung. Aber wegen „der früheren Staatshaltung Moenius" lehnte Kultusminister Hans Schemm dieses Gesuch ab.
In Rom gewann Moenius Kontakt auch zu Msgr. Montini, dem späteren Papst Paul VI. 1936 übersiedelte er nach Wien und wurde dort Mitglied des „Christlichen Reichsbundes für Deutsche Einheit", einer Kampforganisation gegen den Nationalsozialismus. In Wien stand Moenius auch in Kontakt mit dem aus München emigrierten Philosophen Professor Dietrich von Hildebrand, der die Exilzeitschrift „Der Christliche Ständestaat" herausgab. Er gehörte schließlich zum Kreis um Karl Kraus und hielt in Wien 1936 die Gedenkrede nach dem Tod des berühmten Schriftstellers. Nach dem Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich 1938 entkam Moenius nach Frankreich. Im gleichen Jahr noch wurde er in Deutschland ausgebürgert. Nach Beginn des deutschen Krieges gegen Frankreich flüchtete er nach Oporto in Portugal. Von dort aus emigrierte er im September 1940 in die USA, wo er als Seelsorger in einem Altersheim in Seattle (Bundesstaat Washington) arbeitete. Während seines Aufenthaltes in der USA vermied Moenius jeglichen Kontakt zu deutschen Exilverbänden.
In seinem Briefwechsel aus dieser Zeit ist eine gewisse Depression und Ermüdung nicht zu verkennen. Im November 1944 siedelte Moenius nach Los Angeles über, wo er in der dortigen Künstlerkolonie mit anderen deutschen Emigranten wie Max Reinhardt, Lotte Lehmann, Thomas Mann, Hermann Rauschning und Franz Werfel regelmäßigen Kontakt pflegte. Am 26. August 1945 hielt Moenius dort eine Gedenkrede für den verstorbenen Franz Werfel, mit dem er eng befreundet war. Ihm hatte er bei der Konzipierung seines Romans „Das Lied von Bernadette" geholfen.
Da er ausgebürgert worden war, erwarb Moenius im Februar 1948 die amerikanische Staatsangehörigkeit. Er verstand sich als „civis Romanus" und kehrte im Spätjahr nach Deutschland zurück. In demselben Jahr erschien seine Schrift „Der neue Weltmonarch", die er Alma Mahler-Werfel widmete. Im Oktober 1949 reichte Moenius mit Hilfe des Münchener Rechtsanwalts Dr. Josef Panholzer einen Rückerstattungsantrag beim Bayerischen Landesamt für Wiedergutmachung ein. Der Verlust des Büros der AR einschließlich der wertvollen Bibliothek wurde auf 125.000 DM geschätzt. In seinem

Testament bestimmte Moenius als Hauptbegünstigte die Liebfrauenkirche in Nürnberg, den St. Bonifatiusverein in Paderborn und den Diözesan-Caritasverband in Bamberg. Aus verschiedenen Gründen zog sich das Verfahren in die Länge. Ein Vergleich und die Zustimmung des Gerichts für die beantragte Summe wurden erst 1957 erreicht.

Schon schwer erkrankt, reiste Moenius 1951 in die USA zu einer medizinischen Behandlung. Er wollte aber wohl auf europäischem Boden sterben und kehrte wieder nach München zurück, wo er am 2. Juli 1953 starb. Er wurde in einem Priestergrab des Münchener Waldfriedhofs beigesetzt. Die Trauerrede hielt der Münchener Weihbischof Johannes Neuhäusler.

Obwohl Moenius zu den vergessenen christlichen Widersachern des Nationalsozialismus gehört, sind seine Leistung und Bedeutung unbestreitbar. Wie Anton Hilckman zum Schluß einer späteren Würdigung in „Die Begegnung" (1965) schrieb:

„Heute fühlt sich das gesamte Deutschland als Teil der westlichen Welt; und es ist gut so. Wer das vor dreißig Jahren vorauszusagen gewagt hätte, wäre als Phantast belächelt worden. Vollends zu sagen, daß Deutschland nur als Teil jener von Rom geformten Welt eine moralische Existenzberechtigung habe: dazu gehörte Mut, unerhörter Mut; Moenius besaß ihn. Wir wollen es ihm heute danken."



Hans Peters (1896–1966)

I

Hans Peters hat als Hochschullehrer im Staats- und Verwaltungsrecht seiner Zeit Bedeutendes geleistet. Als Zentrumsmann und Mitbegründer der CDU hat er sich für den freiheitlich demokratischen Rechtsstaat engagiert. Der Wissenschaftsorganisator hatte am kulturellen Wiederaufbau Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblichen Anteil. Peters' Leben verlief in drei Phasen. Die Jahre bis zum Sturz Brünings (1932) waren durch Ausbildung und vielseitige persönliche und geistige Prägung bestimmt. Die Jahre 1932–1945 verlangten Peters Bewährung und Bekenntnis ab. Von 1945–1966 war Hans Peters am Aufbau der Bundesrepublik Deutschland beteiligt.

Peters' Lebensleistung ist nach seinem unerwarteten Tod am 15. Januar 1966 von vielen Zeitgenossen gewürdigt worden, u. a. von Hermann Conrad, Paul Mikat, Klaus Stern. Seine Biographie und sein Lebenswerk sind ungewöhnlich gut dokumentiert. Der umfangreiche Nachlaß liegt im Bundesarchiv in Koblenz. Er ist ausgewertet worden in der Hamburger Rechtswissenschaftlichen Dissertation von Levin von Trott zu Solz „Hans Peters und der Kreisauer Kreis. Staatslehre im Widerstand" (Paderborn 1997). 1966, zu seinem 70. Geburtstag, sollte Peters eine Festschrift erhalten. Er hat sie nicht mehr entgegennehmen können. Das voluminöse, 1000 Seiten starke Buch erschien 1967 als „Gedächtnisschrift Hans Peters", mit über fünfzig Beiträgen, u. a. einer Lebenswürdigung von Ernst Friesenhahn, einem Aufsatz des Bundeskanzlers Kurt Georg Kiesinger und einem um Vollständigkeit bemühten Literaturverzeichnis.

II

Hans Carl Maria Alfons Peters wurde am 5. September 1896 in Berlin geboren. Peters' Vater war Beamter, zuletzt stellvertretender Kurator der Universität in Münster. Peters stand in der Familientradition der Verbindung des geistigen katholischen Deutschlands und des preußischen Staatsdienstes. Seine Kindheit und Schulzeit verbrachte

Hans Peters in Berlin, Koblenz und schließlich in Münster, wo er am 19. Februar 1914 am humanistischen Gymnasium Paulinum das Abitur bestand. Nach einem einjährigen Studium der Mathematik und Physik nahm Peters ab dem 1. April 1915 als Freiwilliger am Ersten Weltkrieg teil. Aus dem Krieg zurück, setzte Peters sein Studium fort. Er wechselte zur Rechts- und Staatswissenschaft und studierte in Münster, Wien und Berlin bis zum Abschluß der Ersten Juristischen Staatsprüfung, die er am 20. September 1920 in Hamm mit Auszeichnung bestand. Im März 1921 wurde Peters in Münster mit einer von Rosenfeld betreuten Dissertation zum Verwaltungsstrafrecht mit dem Prädikat „magna cum laude" zum Dr. jur. promoviert. Seinen Vorbereitungsdienst leistete er zunächst als Gerichts-, sodann als Regierungsreferendar ab. Am 28. April 1923 bestand Peters, wiederum mit Auszeichnung, die Große Juristische Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst. Dieses Prädikat haben außer ihm in Preußen in den über fünfzig Jahren von 1879 bis 1930 nur zehn Kandidaten erreicht, unter ihnen der spätere Reichskanzler von Bethmann Hollweg.

Anschließend, von Mai 1923 bis zum März 1925, war Peters Hilfsarbeiter in der Kommunalabteilung des Preußischen Ministeriums des Innern und zugleich Assistent an der Juristischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität. Es erschienen erste Aufsätze in juristischen Fachzeitschriften, aus dem Bereich des öffentlichen Rechts, zumeist des Verwaltungsrechts. Von April 1925 bis zum März 1928 arbeitete Peters als Dezernent am Regierungspräsidium in Breslau, verwaltete für einige Monate kommissarisch den Landkreis Westpriegnitz. Anschließend, bis zum 31. Januar 1932, wirkte Peters im Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, zunächst als Sonderbeauftragter für eine Neufassung der Universitätsstatuten und später als „Generalreferent der Universitäten" in der Amtszeit der Minister Carl Heinrich Becker und Adolf Grimme. Zugleich setzte er seine akademische Laufbahn fort. Im Jahre 1925 habilitierte er sich an der Universität Breslau mit einer Arbeit über die „Grenzen der kommunalen Selbstverwaltung in Preußen. Ein Beitrag zur Lehre vom Verhältnis der Gemeinden zu Staat und Reich". Er erhielt die venia legendi für Staats- und Verwaltungsrecht und wurde zum Privatdozenten ernannt.

Nach seiner eigenen Darstellung hatte er ursprünglich die Verwaltungslaufbahn einschlagen wollen. Bis zum Landrat hätte er aber wenigstens sieben Jahre warten müssen, und so zog er die Universitätslaufbahn vor. 1928 veröffentlichte er die wichtige Schrift „Zentralisation und Dezentralisation. Zugleich ein Beitrag zur Kommunalpolitik im Rahmen der Staats- und Verwaltungslehre". Im selben

Jahr wurde Peters als beamteter außerordentlicher Professor an die Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin berufen. In dieser Stellung verblieb er bis zum Kriegsende. Eine Karriere an der Universität Berlin, an der Carl Schmitt wirkte, war ihm versagt, da er als „politisch unzuverlässig" galt. Einem Ruf auf ein Ordinariat in Kiel folgte er nicht: Der Minister wollte Peters in Berlin halten. Neben der Tätigkeit im Ministerium und an der Universität war Peters Studienleiter an der Berliner Verwaltungsakademie und ab 1932 Honorarprofessor an der Berliner Technischen Universität. Wissenschaftlich etablierte Peters sich als Verwaltungsrechtler. Er wurde Mitherausgeber mehrerer öffentlich-rechtlicher Zeitschriften sowie der renommierten „Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaften" (Julius Springer Verlag).

Seit 1933 war Hans Peters Mitglied des Vorstandes der Görres-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft im katholischen Deutschland. 1940 wurde er als relativ junger Mann, in einer Zeit größter Bedrängnis der Gesellschaft, als Nachfolger Heinrich Finkes zum Präsidenten gewählt. Auch das politische Engagement war in der Familientradition vorgezeichnet. Peters' Großvater, Johannes Kaspar Peters (1836–1909) war Abgeordneter der Zentrumspartei im Preußischen Abgeordnetenhaus gewesen. Hans Peters wurde 1923 Mitglied der Zentrumspartei. Der 31. Mai 1932 war für einen der Weimarer Republik verpflichteten Zentrumsmann ein entscheidendes Datum. Heinrich Brüning, Mitglied des Zentrums, trat – nach eigener Einschätzung „hundert Meter vor dem Ziel" – vom Amt des Reichskanzlers zurück, weil er vom Reichspräsidenten fallengelassen worden war. Peters engagierte sich für den Erhalt des Weimarer Rechtsstaates. So vertrat er im Rechtsstreit vor dem Staatsgerichtshof im Oktober 1932 nach Absetzung der Preußischen Staatsregierung durch Brünings Nachfolger Franz von Papen im Juli 1932 die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags und hielt noch im Mai 1933 vor den Zentrumsfraktionen des Reichstags und des Preußischen Landtags einen Vortrag über den Rechtsstaat.

Als er das Herankommen des Nationalsozialismus mit aller Deutlichkeit erkannte, ließ er sich noch für den Preußischen Landtag als Zentrumsabgeordneter aufstellen. Vom 5. März bis zum 12. Oktober 1933 war er Abgeordneter. Am 31. August 1939 wurde Peters als Hauptmann der Reserve zur Luftwaffe eingezogen. Zunächst Batteriechef, wurde er 1940 wegen „politischer Unzuverlässigkeit" in den Luftwaffenführungsstab nach Berlin versetzt, wo er bis zum Kriegsende tätig war. Zu seinen Breslauer Studenten gehörte der junge Helmuth James Graf von Moltke, der spätere Mitinitiator des „Kreisauer Kreises", in dem Hans Peters vom 1939 bis 1944 mit-

wirkte. Parallel zur Arbeit dieses Kreises war Peters in der Berliner Untergrundgruppe „Onkel Emil" tätig. Ihre Aktivitäten bestanden u. a. in Sabotageaktionen „gegen die Kriegsmaschinerie Hitlers" sowie in der Beherbergung und Betreuung von untergetauchten und politischen Flüchtlingen. Aus der britischen Kriegsgefangenschaft, in die er bei Kriegsende geraten war, wurde Hans Peters am 24. September 1945 entlassen. Er machte sich sofort mit großer Energie an den Wiederaufbau von Wissenschaft und Politik an der ehemaligen Friedrich-Wilhelms-Universität, die jetzt Humboldt-Universität heißt. Peters war lange Zeit der einzige Staatsrechtslehrer, ab 1946 als Ordinarius. Zugleich war er der einzige Rechtslehrer an der Technischen Universität. Peters setzte sich nach dem Krieg auch sogleich parteipolitisch ein. Noch in Hamburg, wohin er aus Berlin geflohen war, gehörte er 1945 – neben anderen Zentrumsleuten und Kreisauern – zu den Mitbegründern der CDU.

In Berlin wurde er im Oktober 1946 in die erste – und bis 1990 letzte – Großberliner Stadtverordnetenversammlung der Nachkriegszeit gewählt. Als Mitglied des Verfassungsausschusses war er einer der Berliner „Verfassungsväter". Als Professor der Humboldt-Universität verteidigte er mit allen publizistischen Mitteln deren Anspruch gegenüber der mit Hilfe der amerikanischen Besatzungsmacht gegründeten „Freien Universität" im Westen der Stadt. Getäuscht in der Hoffnung, dazu beitragen zu können, das Auseinanderbrechen der beiden Teile und politischen Richtungen Berlins und Deutschlands zu verhindern, nahm Peters zum Wintersemester 1949/50 den Ruf an die Universität Köln an, wo er bis zu seinem Tod blieb. Rufe an verschiedene andere Universitäten lehnte er ab. Er übernahm die Leitung des Instituts für Verwaltungswissenschaften, lehrte zugleich an den Verwaltungsakademien in Berlin, Aachen und Düsseldorf. Er war 1964/65 Rektor der Universität Köln.

Das wissenschaftliche Nachkriegswerk von Peters entstand, abgesehen von dem in Berlin verfaßten „Lehrbuch der Verwaltung" (1949), in Köln. Vom 18. Januar 1952 bis zum 14. März 1961 war er Stadtverordneter im Rat der Stadt Köln. Peters wurde von der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages 1951 zur Wahl als Richter des neugegründeten Bundesverfassungsgerichts vorgeschlagen, was er jedoch ablehnte. „An die Möglichkeit einer erfreulichen Entwicklung zu einem gouvernement des juges kann ich nicht glauben." Über Mandate im Bundestag und im Nordrhein-Westfälischen Landtag wurde gesprochen, es wurde aber nichts daraus. Peters war stolz darauf, am 17. Juni 1963 beim Staatsakt im Bundeshaus in Anwesenheit des Bundeskanzlers Konrad Adenauer – den er gut kannte – die Ansprache halten zu dürfen.

Der Bonner Staatsrechtslehrer Ernst Friesenhahn hat Peters' Ende eindrucksvoll beschrieben: „Am Vormittag des Sonntags, 16. Januar 1966, wurde Hans Peters tot in seiner Kölner Wohnung aufgefunden. Im Bett liegend hatte ihn der Tod ereilt; das Licht brannte noch, ein Buch aufgeschlagen vor ihm. Neben dem Bett standen die Koffer gepackt für eine Reise, die der bis ins Alter stets regsame, unruhige Mann, der viel unterwegs war, an diesem Vormittag antreten wollte. Es war das erste Semester nach seiner Emeritierung, in dem er keine Vorlesungen angekündigt hatte. Er wollte sich ganz den Büchern, die der unter der Feder hatte, und seinen vielfältigen Aufgaben in wissenschaftlichen und kulturellen Organisationen widmen." Sein Begräbnis war eine Versammlung der akademischen und politischen Elite der Bundesrepublik.

III

Hans Peters war ein fruchtbarer, anregender Wissenschaftler. Von seiner Forschungsleistung zeugen 42 selbständig erschienene Bücher und Schriften, 70 Beiträge zu Festschriften und Sammelbänden, 118 Aufsätze und unzählige Rezensionen. Seine Arbeitsschwerpunkte lagen im Staatsrecht, im Allgemeinen Verwaltungsrecht und im Besonderen Verwaltungsrecht. Auf letzterem Feld interessierten ihn besonders das Kommunalrecht, das Kultusrecht, in Sonderheit das Hochschulrecht und das Beamtenrecht. Schon an dieser Akzentsetzung läßt sich ablesen, in wie starkem Maße Peters seine verwaltungspraktischen Erfahrungen literarisch einzusetzen wußte.
Letzteres gilt besonders für das 1949 erschienene „Lehrbuch der Verwaltung". Diese erste Gesamtdarstellung der Verwaltung im wiedergewonnenen demokratischen Rechtsstaat lag praktisch mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes vor. Das war eine enorme Leistung, die von den Fachkollegen auch anerkannt wurde, wenngleich das Buch nicht – wie später erschienene Verwaltungsrechtslehrbücher – wieder und wieder aufgelegt wurde. Das lag vorwiegend an der integralen verwaltungswissenschaftlichen Methode des – allgemeine und besondere Teile umfassenden – Buches. Verwaltungslehre, Verwaltungsrecht, Verwaltungspsychologie, Verwaltungspolitik kamen zu Wort. Demgegenüber setzte sich im Universitätsunterricht die juristische Methode durch, am deutlichsten angewandt im „Lehrbuch des Verwaltungsrechts, Bd. I, Allgemeiner Teil" von Ernst Forsthoff, das zuerst 1950 erschien und bis 1973 zehn Auflagen erreichte. Forsthoff grenzt seinen juristischen Ansatz ausdrücklich von Peters' Methode ab. „Das Verwaltungsrecht ist deshalb der Verwal-

tungslehre gegenüber eigenständig. Dadurch sehe ich mich methodisch von dem Lehrbuch von H. Peters geschieden."
Peters' Lehrbuch knüpft unmittelbar an Walter Jellineks „Verwaltungsrecht" an, das 1931 in 3. Auflage erschienen war. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf den damaligen Zustand der Verwaltungswissenschaft. Es klaffte eine Lücke von 1931 bis 1949. Es gab nichts Wichtiges nachzutragen. Peters sah in der Verwaltung die letzte, eine schöpferische Konkretisierung der Staatszwecke. Die Leistungsfähigkeit des Staates wird bestimmt durch die Leistungsfähigkeit seiner Verwaltung. Während die Exekutive in der Entwicklung des Rechtsstaates zum Gesetzesstaat vorwiegend Gesetzesausführung wurde, sah der selbstbewußte Professor mit reicher Verwaltungserfahrung „die Verwaltung als eigenständige Staatsgewalt", wie er in seiner Kölner Rektoratsrede von 1964 anführte. Peters ließ schon in diesem Lehrbuch sein pädagogisches Anliegen erkennen. Ausbildung, Bildung und Erziehung spielen in seiner Auffassung von der Verwaltungswissenschaft eine besondere Rolle. Der Titel seines Beitrags zur Festschrift für Ernst von Hippel „Ernst von Hippels ‚Allgemeine Staatslehre' als pädagogische Leistung" gibt im Detail Aufschluß. Peters will dem Juristen die Notwendigkeit einer eigenen politischen Entscheidung und Stellungnahme klar machen. Er will über das Fachstudium hinaus bilden und für das öffentliche Leben aktivieren.
Peters war ein engagierter, überzeugender, guter Lehrer. Schon in Breslau wußte man von dem „noch sehr jugendlichen" Privatdozenten Peters zu berichten, daß er in höchstem Maße qualifiziert war und „als ein unerschrockener Charakter" angesehen war, zudem als „Demokrat und Republikaner", was in der traditionellen Staatsrechtslehre seiner Zeit eher die Ausnahme war. Einer seiner Schüler, Friedrich Schäfer, schreibt über die Jahre 1936 bis 1938 an der Berliner Universität: „In Erinnerung an diese Zeit denke ich mit Hochachtung und Dankbarkeit an die mutige Haltung, die Herr Professor Peters damals gezeigt hat. Er hat uns jungen Studenten eine Vorstellung davon vermittelt, wie das Verhältnis des Staates zu seinen Bürgern geordnet sein soll. Dazu gehörte viel Mut, denn es ließ sich nicht vermeiden, daß er in seinem Kolleg bei Darstellung der rechtsstaatlichen Vorstellungen in Widerspruch zu der herrschenden politischen Lehre geriet. Die Art und Weise, wie der damals noch junge Professor Peters uns Studenten überzeugt und begeistert in das rechtsstaatliche Staats- und Verwaltungsrecht einführte, hat tiefen und bleibenden Einfluß ausgeübt." Nach dem Krieg hat er in Köln Generationen von Juristen im öffentlichen Recht geprägt. Er war ein begeisterter und (darum) begeisternder Lehrer. Er sprach weitgehend

frei, hatte (meist) nur sein Verwaltungslehrbuch auf dem Pult. Er betreute Habilitanden und Doktoranden. Sein Einsatz für die Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie zeigt, daß er nicht nur Erstausbildung betrieb, sondern auch die Notwendigkeit der Weiterbildung frühzeitig erkannt hatte.

Peters hatte, als er starb, als Alterswerk ein Staatsrechtslehrbuch in der „Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft" unter der Feder. Das Buch blieb, mit immerhin 300 Seiten, ein Torso und wurde – nur behutsam redigiert – von Peters' Schülern Jürgen Salzwedel und Günter Erbel unter dem Titel „Geschichtliche Entwicklung und Grundfragen der Verfassung" herausgegeben. Der Entwurf offenbart trotz seiner Unvollständigkeit Peters' staatspolitische Erfahrungen, das wissenschaftliche Konzept sowie die prägende geistige Linie und politisch-ethische Grundhaltung. Das Buch ist gekennzeichnet durch eigenwillige Auslegungsergebnisse und Stellungnahmen, ein bedingungsloses Engagement für die Wahrung von Menschenwürde, Freiheit und Demokratie, eine stark ausgeprägte Überzeugung von der verpflichtenden Kraft sittlicher Normen, den Mut, auch unbequeme Wahrheiten zu sagen und ein über die Grenzen des eigenen Faches blickendes, geschichtsbewußtes und politisch verantwortliches Rechtsdenken.

Peters' Staatsdenken ruht auf einem materialen Verfassungsverständnis – die Verfassung wird von einem demokratischen Fundamentalkonsens getragen, der sich nicht auf formale Spielregeln eines freiheitlich-demokratischen Willensbildungsprozesses beschränkt, sondern auf materialethische Prinzipien bezieht. Der „common sense" richtet sich in Peters' Sicht auf christliche und soziale Ideen. Bewußt setzt er sich vom Positivismus Paul Labands, Hans Kelsens u. a. ab. Das Grundgesetz ist die Verfassung einer wertgebundenen Demokratie, wie insbesondere im Schutz der Menschenwürde, der Freiheitsgarantie und der Unantastbarkeit des Verfassungskerns auch für den verfassungsändernden Gesetzgeber deutlich wird. Die Gegenauffassung geht bekanntlich dahin, daß eine derartige Einbeziehung eines vorverfassungsmäßigen Gesamtbildes in das Recht im Hinblick auf die faktische pluralistische weltanschauliche Struktur des Gesamtvolkes innerhalb eines freiheitlichen Gemeinwesens keine verfassungsrechtlich mögliche staatsethische Grundlegung sein kann. Peters dürfte kaum akzeptiert haben, daß es um der Freiheit willen zum Risiko einer freiheitlich demokratischen Staatsordnung gehört, das Gelingen des Wertkonsenses schlechthin der freien Meinungsbildung in der Gesellschaft zu überlassen.

Von Anfang an zeichnete den Hochschulprofessor Peters der Blick auf das Praktische aus. Verwaltungserfahrung, politischer Antrieb,

organisatorisches Geschick, die Gabe der Menschenführung waren Quellen dieser Berufsauffassung. Um die Verbindung von Wissenschaft und Praxis bemühen sich besonders die Nachschlagewerke, die Peters herausgegeben hat: Das „Handbuch der Verfassung und Verwaltung" von Hue de Grais/Peters, das „Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis" und die 6. Auflage des „Staatslexikons" der Görres-Gesellschaft, für die er als Präsident der Gesellschaft maßgeblich verantwortlich zeichnete.

Peters hat – auch in seiner vielfältigen gutachtlichen Tätigkeit – zu außerordentlich vielen Themen fast des gesamten Besonderen Verwaltungsrechts Stellung genommen. Umfang- und inhaltsmäßig ragt seine Beschäftigung mit dem Kommunal-, Kultur- und Beamtenrecht heraus. Peters' Habilitationsschrift zu den „Grenzen der kommunalen Selbstverwaltung in Preußen" ist zu Recht als „Grundlagenforschung des öffentlichen Rechts" gekennzeichnet worden. Peters sah in der Gemeindeselbstverwaltung ein Kernstück des deutschen Typus der Demokratie, eine besonders lebendige und unabhängige Form der Verwaltung, in der die Lebensnähe und Spontaneität vor allem durch die Verzahnung der Fachbürokratie und den politischen Kräften der Gesellschaft gewährleistet werden könne. Die Behauptung, daß nur die Konzentration in der Hand des Staates die optimale Erfüllung öffentlicher Aufgaben sichere, ist für ihn ein Relikt autoritärer Staatsauffassung. Dieser Grundgedanke, verbunden mit seiner naturrechtlich geprägten Wertschätzung des Subsidiaritätsprinzips, hat Peters geleitet. Auch seine hochschulrechtlichen Arbeiten sind von dem Gedanken der Selbstverwaltung geprägt in der Form der Autonomie von Wissenschaft und Universität. Peters hat, neben Gerber und Thieme, das Hochschulrecht der Nachkriegszeit geformt. Immer wieder hat er sich zu – auch aktuellen – Fragen der Hochschulreform geäußert. Vieles sah er pessimistisch bis resignativ. Er sah größere Umbauten des Hochschulwesens als dringend notwendig an, erkannte aber zugleich – erfahrungsgesättigt aus seiner Verwaltungsarbeit im Preußischen Kultusministerium –, wie hoch, fast unübersteigbar die Reformbarrieren waren. An diesem Zustand hat sich eigentlich seither wenig geändert.

Peters war Staats-, vor allem Verwaltungsrechtler. Sein literarischer Stil war zunächst nicht von großer Eleganz und philosophischer Reflexion geprägt. Er war nüchtern, manchmal gar etwas trocken, wie es eben Verwaltungsrecht und -praxis zukommt. Erst später, nach 1935, entwickelte Peters aus dem Erleben des Kirchenkampfes Interesse für tieferliegende Fragestellungen und schrieb theologisch-naturrechtlich geprägte Stellungnahmen zum staatsrechtlichen und politischen Geschehen. Auch dort lehnte er sich eng an die katholi-

sche Soziallehre an. Die ganze Breite von Peters' Beschäftigung mit dem Staats- und Verwaltungsrecht hat Klaus Stern in seiner Kölner Gedächtnisrede vom 16. Januar 1967 nachgezeichnet. Er hat Peters einen „allroundman" des öffentlichen Rechts genannt.

IV

Die Vielfalt der Peters'schen Begabung – Wissenschaftler, Verwaltungspraktiker, Politiker – befähigte ihn im besonderen Maße zum „Wissenschaftsmanagement". Er hatte Ideen, den praktischen Überblick, verstand etwas von den Finanzen und konnte Menschen motivieren und führen. So wirkte er im Gründungsausschuß der Universität Bochum mit, gehörte zum Kuratorium der Stiftung Volkswagenwerk, war lange Jahre im wissenschaftlichen Beirat der Fritz-Thyssen-Stiftung. Er gehörte zu den Gründern der „Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen" und hat sie als erster Sekretär ihrer Abteilung Geisteswissenschaftliche Sektion auf dem Weg zur Akademie begleitet, die sie heute ist. In der Staatsrechtslehrervereinigung war er nach dem Krieg eines der unbelasteten und deshalb besonders einsatzfähigen wie -willigen Mitglieder. Vehement setzte er sich gegen die Rehabilitation von Staatsrechtslehrern ein, die den Nationalsozialisten allzu willfährig zur Hand gegangen waren: Erich Becker, Ernst Rudolf Huber und Otto Koellreutter. 1958–1959 versah er das Amt des Vorsitzenden der Staatsrechtslehrervereinigung. Er leitete die erste Tagung außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, die 1959 in Wien stattfand. In seine Amtszeit fiel der Beitritt der ersten Schweizer Kollegen.
Peters' bedeutendste wissenschaftsorganisatorische Leistung ist der Wiederaufbau der Görres-Gesellschaft nach dem Kriege. Seit 1933 Mitglied des Vorstandes, wurde er 1940 als Nachfolger Heinrich Finkes zum Präsidenten gewählt. 1941 wurde die Gesellschaft von der Gestapo verboten, ihr Vermögen eingezogen. Peters protestierte öffentlich, es nützte nichts. Die Gesellschaft wurde 1949 wiedergegründet, Peters erneut berufen. Sie ist seitdem eine der angesehensten wissenschaftlichen Gesellschaften Deutschlands, ein Musterbeispiel weitgehend privaten Mäzenatentums und Engagements vieler. Sie unterhält – vermehrt unter der Amtsführung des Nachfolgers Hans Peters', Paul Mikats – viele Auslandsinstitute – von Jerusalem bis Lissabon. Frühzeitig hat sie die Nachwuchsförderung als besonders wichtige Aufgabe erkannt. Sie vergibt Stipendien, fördert Dissertationen und Habilitationen, veröffentlicht Forschungsarbeiten in ihrem mehr als ein Dutzend Publikationsreihen. Das „Staatslexikon"

ist ein weithin sichtbares Aushängeschild von führender Bedeutung. Die 6. Auflage, in acht Bänden und drei Ergänzungsbänden 1957–1970 erschienen, trägt in Konzeption und Auswahl der Mitarbeiter die Handschrift Hans Peters'. Die 7. Auflage, in sieben Bänden 1985–1993 erschienen, führt die untadelige Qualität des Nachschlagewerkes fort.

Niemand denkt mehr daran, daß die Görres-Gesellschaft ursprünglich im Kulturkampf entstanden ist und lange Zeit brauchte, um aus dem katholischen Ghetto auszubrechen. Peters hatte sie in die Nachkriegszeit geführt, die nicht mehr selbstverständlich von einer Verankerung der Gesellschaft in Religion und Kirchen ausgehen konnte. Peters führte die Sitzungen des großen Vorstandes souverän, in tolerantem Geiste und mit viel Humor: intellektuell anregende interdisziplinäre „Seminare" von bemerkenswerter Eindruckskraft. Peters hat den Vorstand zu einer Privataudienz bei Papst Pius XII. geführt. Er war stolz darauf, daß die Bundespräsidenten Theodor Heuss und Heinrich Lübke Generalversammlungen der Gesellschaft besuchten. Peters' organisatorische Bemühungen um ein katholisches Europa und seine Arbeiten als Staatsrechtslehrer führten dazu, daß ihm die Katholische Universität Löwen 1962 den Ehrendoktorgrad verlieh, als erstem Deutschen nach dem Krieg. Nicht zuletzt für die organisatorischen Leistungen für die Görres-Gesellschaft erhielt Peters 1966 das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

V

Hans Peters war ein „politischer Professor". Seit 1923 war er Mitglied der Zentrumspartei; 1945 gehörte er zu den Mitbegründern der CDU. Herausragende Ämter in Peters' politischer Biographie war sein Mandat im Preußischen Landtag vom 5. März bis zum 12. Oktober 1933, seine Mitgliedschaft in der Berliner Stadtverordnetenversammlung von 1946 bis 1949 sowie im Rat der Stadt Köln von 1952 bis 1961. Schon vor seinem Mandat, im Herbst 1932, hatte Peters an der Neugestaltung des Kulturprogramms der Zentrumspartei mitgewirkt und hat sich noch im November 1932 für Verfassungsreformbestrebungen eingesetzt. Hier engagierte er sich – wie auch in der Folgezeit – für den Erhalt des Weimarer Rechtsstaates. So vertrat er im Rechtsstreit vor dem Staatsgerichtshof im Oktober 1932 nach der Absetzung der Preußischen Staatsregierung durch Brünings Nachfolger von Papen im Juli 1932 die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages. Die verschiedenen Beiträge Hans Peters'

in der mündlichen Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof dokumentieren seine profunden staatsrechtlichen Kenntnisse und seine unmißverständliche Parteinahme für die Substanz des Weimarer demokratischen Rechtsstaates gegen die seit Brünings Sturz überhand nehmenden Kräfte, die auf dessen Aushöhlung, wenn nicht gar Vernichtung abzielten.

Als Prozeßvertreter der Zentrumsfraktion im Preußischen Landtag stand er zugleich ein für jene Partei, die in Preußen wie im Reich der Weimarer Demokratie loyal gedient hatte. Peters stellte dabei die Werte der Weimarer Verfassung über nationale und sonstige Sammlungsparolen, für die auch ehedem republikanische Politiker nicht unzugänglich waren. Peters mußte sich mit dem Hauptprotagonisten des Papenschen „Preußenschlages" auseinandersetzen: Das war Carl Schmitt, einer der bedeutendsten Staatsrechtslehrer der Zwischenkriegszeit. Schmitt hatte als Prozeßvertreter des Reiches das Vorgehen des Reiches gegen die Preußische Regierung mit einer von ihm so beschriebenen „Bürgerkriegslage" gerechtfertigt. Der Gegensatz von Reich und Preußen, so Schmitt, trete in dieser Lage als konkrete „Konfliktlage" zwischen „zwei Staatsgewalten" hinzu, die letztlich zugunsten des Reiches als prädominanter politischer Einheit zu entscheiden sei. Hans Peters trat diesem eindeutigen Plädoyer für eine Präzedenz des Reiches in der vorliegenden Ausnahmesituation entgegen mit dem Beharren auf verfassungsmäßigem Verfahren und auf dem Rechtsstaatsgedanken im allgemeinen sowie mit der Verteidigung der Eigenstaatlichkeit Preußens und der Rolle der Parteien in der Demokratie.

Dieselbe demokratische und rechtsstaatliche Prinzipientreue kennzeichnet Peters' Rede über den Rechtsstaat, die er am 31. Mai 1933, neun Wochen nach dem „Ermächtigungsgesetz" und nur fünf Wochen vor der Selbstauflösung der Zentrumspartei, auf Anregung Brünings vor den Fraktionen dieser Partei im Reichstag und im Preußischen Landtag gehalten hat. Er beginnt mit der Feststellung, daß die Zentrumspartei von jeher ihre Wurzeln im Ewigen gehabt und ihre Arbeit stets vom Grundsätzlichen her aufgebaut habe. Peters behandelt sodann den liberalen, den öffentlich-rechtlichen, den ethischen und den „nationalen" Rechtsstaatsbegriff. Am ausführlichsten beschäftigt er sich mit dem „ethischen" Rechtsstaatsbegriff, den er, orientiert an sittlichen Maßstäben, als Abwesenheit von Willkür, Fehlen der persönlichen Sicherheit, Ausschluß von unberechenbarer Staatsmacht usw. definiert. Die Bezugnahmen auf die aktuelle politische Situation sind überdeutlich. Nur am Rande erwähnt Peters die von ihm als „Abart" qualifizierte Variante des „nationalen Rechtsstaates", womit der nationalsozialistische Staat des Mai 1933 ge-

meint war. Der Unterschied zum ethischen Rechtsstaat liege, so Peters, darin, daß bei ihm der Maßstab von positivem Recht und Gerechtigkeit nicht in der christlichen Sittenlehre, sondern darin gefunden werde, was der Nation und dem Volkstum als solchem zuträglich sei.

Peters' religiös und sittlich fundierte, demokratisch-rechtsstaatliche Grundhaltung und sein politisches Engagement mußten ihn in Opposition zum Dritten Reich bringen. Letztlich hat er sich zum Widerstand entschlossen. Er schloß sich dem „Kreisauer Kreis" an. Darüber ist erst in jüngster Zeit durch die Hans Peters gewidmete Dissertation von Levin von Trott zu Solz (1997) Näheres bekannt geworden. Sie ist Teil eines in Hamburg betriebenen Forschungsprojekts zu den verfassungsrechtlichen und -politischen Vorstellungen des Kreisauer Kreises, des Widerstandskreises um Helmuth James Graf von Moltke. Die Forschungsarbeiten untersuchen die Beiträge Hans Lukascheks, des Vertriebenenministers im Kabinett Adenauers, Paulus van Husens, späteren Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Münster, Adam von Trotts und Graf Moltkes selbst. Eine Bestandsaufnahme enthalten die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Tagung im Kaisersaal des Hamburger Rathauses im Januar 1995 zum Gedenken an den 23. Januar 1945, an dem Helmuth James Graf von Moltke in Plötzensee hingerichtet wurde. Graf von Moltke hatte Peters in dessen Breslauer Privatdozentenzeit kennengelernt. Peters Vorlesung „Verwaltungsprobleme moderner Industriebetriebe" wurde besonders von sozial eingestellten Studenten besucht, wozu auch der junge Moltke gehörte. Peters wurde in dieser Zeit, 1927, neben den späteren Kreisauern Moltke, Horst von Einsiedel und Carl Dietrich von Trotha Mitbegründer der „Löwenberger Arbeitsgemeinschaft" um den Professor Eugen Rosenstock-Huessy, die den politisch-sozialen Spannungen im schlesischen Industrierevier Waldenburg die Zusammenarbeit von Akademikern, Bauern und Arbeitern im freiwilligen Arbeitsdienst entgegensetzte.

Im Bewußtsein, daß das nationalsozialistische Regime nach dem eigenen Land ganz Europa in eine Katastrophe führen werde und in dem Bestreben, auf die „Stunde Null" nach dem Zusammenbruch vorbereitet zu sein und dann Verantwortung für den Neubeginn zu übernehmen, wurden im „Kreisauer Kreis" – benannt nach dem schlesischen Gut von Moltkes – in konspirativer Form weltanschauliche und verfassungspolitische Grundsätze für eine Nachkriegsordnung Deutschlands entwickelt. Die Arbeit der Widerstandsgruppe ist wegen ihrer „lockeren Struktur" bis heute nur lückenhaft rekonstruierbar. Die Arbeit vollzog sich im „Schotten-System", eine Arbeit, die für jeden jederzeit zu Verhaftung und Todesstrafe hätte führen

können. Nach den Erkenntnissen Ger van Roons vollzog sich die Arbeit in sechs Phasen. Mitte 1938 bis Mitte 1940 knüpften Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg erste Kontakte. In der zweiten Hälfte 1940 begannen die Grundsatzdiskussionen. Auf der ersten Wochenendbesprechung wurden Konzepte für ein sittlich geläutertes, institutionell reformiertes und mit den Nachbarn in Frieden zusammenlebendes Deutschland der Nachkriegszeit erläutert. Ende 1940 bis Ende 1941 wurden Kontakte zu gesellschaftlichen Gruppen vertieft. Das galt vor allem für die Sozialdemokratie (Carlo Mierendorff, Theodor Haubach), die beiden Kirchen (Konrad Kardinal von Preysing, Harald Poelchau) und die Wehrmacht (Ludwig Beck, Franz Halder).
Ende 1941 bis Mitte 1943, in der wohl wichtigsten Phase, entstehen die programmatischen Schriften und Entwürfe. Es wurden sechs Arbeitsgruppen gebildet, die jeweils von Moltke und Yorck geleitet wurden: Außenpolitik und Staatsordnung (mit Peters), Wirtschafts- und Sozialordnung, Agrarordnung, Rechtsfragen sowie schließlich zu Kirche, Kultur und Erziehung (mit Peters). Diese Phase gipfelte in der Erklärung „Grundsätze für die Neuordnung" vom 9. August 1943. In der zweiten Hälfte des Jahres 1943 wurden die organisatorischen und personellen Vorbereitungen für den Einsatz von Landesverwesern in den einzelnen Reichsteilen getroffen. Nach Moltkes Verhaftung im Januar 1945 fiel der Kreisauer Kreis auseinander. Mehrere Kreisauer näherten sich Claus von Stauffenberg, sofern sie sich nicht bereits in dessen Nähe und überhaupt in der Umgebung der Verschwörung des 20. Juli 1944 befunden hatten.
Die einzelnen Papiere des Kreisauer Kreises sind durch Referate und Beratungen vorbereitet worden. Beschlossen wurde im wesentlichen ein Kulturprogramm, eine Ausarbeitung über den Staatsaufbau, eine über die Ordnung der Wirtschaft, ein Programm für die Außen- und Wirtschaftspolitik sowie eines für die Bestrafung von „Rechtsschändern". Hans Peters, eines der ersten Mitglieder des „Kreisauer Kreises", hat im wesentlichen durch die Arbeiten zur Kreisauer Programmatik beigetragen, zunächst zur Selbstverwaltung. Diese acht Thesen stehen im weiteren Zusammenhang mit Moltkes Ausarbeitung über die „Kleinen Gemeinschaften". Die Gedanken der Subsidiarität, der Autonomie, der Dezentralisation, des selbständigen Wirtschaftens mit eigenen Mitteln kennzeichnen dieses Papier. Eine zweite Ausarbeitung Peters' betraf die Hochschulbildung. Auch hier spielt der Gedanke der Selbstverwaltung eine große Rolle. Wichtig ist Peters auch der Gedanke, daß Wissenschaft nur vermittels von an der Wahrheitserforschung ausgerichteten Persönlichkeiten gedeihen könne. Darüber hinaus hat Peters am weiteren Kulturprogramm der

Kreisauer mitgewirkt. Sein Referat auf der Kreisauer Pfingsttagung von 1942 ist nicht erhalten. Peters hat jedoch bekundet, jenen Vortrag zur Grundlage seines 1946 veröffentlichten Buches „Zwischen Gestern und Morgen. Betrachtungen zur heutigen Kulturlage" gemacht zu haben. Dieses Buch berührt alle vier Themen des Kreisauer Kulturprogramms: Christentum und sittliche Erneuerung des Volkes; Bildung und Kulturbegriff; Verhältnis Kirche/Staat; Gestaltung von Schulen, Universitäten und sonstigen Hochschulen. Voraussetzung für das Bildungs- und Erziehungsideal der Kreisauer ist ein spezifischer Begriff von Kultur. Für Peters handelt es sich um die „europäische, ja abendländische Kultur in deutscher Ausprägung", im Bewußtsein der „Gemeinsamkeit der europäischen, der abendländischen Menschheit". Sowohl was das Schul- wie das Hochschulwesen angeht, warnt Peters vor einer Restauration der Einrichtungen, wie sie vor 1933 gewesen seien. Schul- und Hochschulreform seien notwendig.

In Peters' wie in fast allen Kreisauer Schriften kommt ein moderner Zug des Kreisauer Programms für die Nachkriegszeit zum Ausdruck: die Gewißheit, daß Deutschland nur in einem vereinten Europa wiedererstehen könne und dürfe. Das ist aus heutiger Sicht sehr zukunftsweisend, neben manchen eher konservativen Zügen der Kreisauer Vorstellungen und Entwürfe.

Peters' Einbindung in den „Kreisauer Kreis" und dessen offene Diskussionen prägte auch seine politische Tätigkeit in der Nachkriegszeit. Er nahm sie – in Hamburg und Berlin – sofort nach dem Zusammenbruch auf. Daß ihn der „Geist von Kreisau" leitete, hat Peters in verschiedenen Berichten über die Kreisauer Zeit bestätigt. In Kreisau hatte man sich Gedanken über die Bestrafung der „Rechtsschänder", der Staatsverbrecher gemacht. Diese Motivation trieb Peters zur Beteiligung an den Nürnberger Prozessen. Bereits im April 1947, als sich der Chef der Reichskanzlei vom 30. Januar 1933 bis Kriegsende, Hans-Heinrich Lammers, über einen Anwalt bei Peters um ein positives Gutachten bemühte, hatte er scharf ablehnend erwidert: „Wenn ich also das Gutachten ablehne, so ist es nicht etwa ein Kneifen vor irgendeiner Verantwortung, sondern meine feste, lange vor 1945 im Kreise zweier Widerstandsbewegungen wiederholt geäußerten Überzeugung, daß nach Schluß der Nazischreckensherrschaft die Gerechtigkeit ihren Lauf in kurzen, revolutionären Akten oder in Gerichtsverfahren nehmen müsse. Da bedauerlicherweise die Deutschen nicht selbst die Männer zur Verantwortung ziehen können, die ganz Deutschland, unsere Stadt Berlin und unser Volk materiell und ideell ... in Trümmer gelegt haben, so darf m. E.

nirgends der Eindruck entstehen, als ob man deutscherseits nur gezwungenermaßen die Nürnberger Verfahren hinnähme...".
Als Wissenschaftler und Politiker mit untadeliger Biographie war Peters ein gefragter Sachverständiger auf höchster Ebene. So gehörte er dem Sachverständigenausschuß für die Neugliederung des Bundesgebietes (Luther-Kommission) ebenso an wie der Parteienrechts- und der Wahlrechtskommission. Wer seine Schriften kennt, erkennt in den Empfehlungen seine Beiträge.

VI

Peters wurzelte im katholischen Glauben. Die demokratische Staatsform konnte er sich ohne ein sittliches Fundament, wie es das christliche Menschenbild und die katholische Soziallehre vermittelten, nicht vorstellen. So hat er zeitlebens zur Kirche gehalten und die rechtsstaatliche Demokratie als die Staatsform angesehen, die der Menschenwürde angemessen war. Peters hat diese persönliche Haltung in vier Epochen deutscher Staatlichkeit – vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik – gelebt, weitergegeben und in Wissenschaft und Politik zu verwirklichen getrachtet. Seine Religiosität und die daraus ableitbaren sittlichen Maßstäbe waren die Konstante seines Lebens. Er war kein Rechtsphilosoph, aber seine Grundanschauungen von Recht und Gerechtigkeit, Menschenwürde, Staat, Gesellschaft, Freiheit und Demokratie waren tief verankert und klar erkannt. Er vertrat seinen Glauben frei, offen, ohne jede Enge, in Toleranz gegenüber Nicht- und Andersgläubigen und mit einem Schuß römischer Fröhlichkeit. Sein kämpferischer und stets nachdrücklich bekannter Katholizismus brachte ihn in schärfsten Gegensatz zum Nationalsozialismus und in den Kreisauer Kreis.
Im Mittelpunkt von Staat und Verwaltung, Recht und Demokratie steht der Mensch. „Nach meiner Ansicht gibt es ein Menschenbild a priori." Er erkannte es im Personalismus, der – anders als der sich von der Gemeinschaft lösende Individualismus – auf der Anerkennung der durch die berechtigte Existenz der Gemeinschaften, z. B. des Staates, gebundenen selbstverantwortlichen Persönlichkeit beruht. Der Mensch ist frei, frei zur Entscheidung und geöffnet für geistige und sittliche Werte. Die Anerkennung der kleinen und größeren Gemeinschaften bedeute nicht die Anerkennung des vergesellschafteten Menschen. Wer vom „Massenstaat" rede, habe das Menschenbild des Individualismus mit dem des Kollektivismus vertauscht.
Peters war auch der Auffassung, daß die Ethik im Staate auf den sittlichen Auffassungen des Einzelnen beruhe. „Die Verwirklichung

der Demokratie in der deutschen Verwaltung setzt die Annahme und Anerkennung der ‚Ethik der Demokratie' voraus." Peters äußerte sich auch zu einzelnen Maximen einer Ethik der Verwaltung: der Steuermoral, einer ethischen Verpflichtung der Besitzenden, der Selbstverwaltung. Er sah im Selbstverwaltungsgedanken geradezu eine Stütze der Demokratie, da er die sittlichen Kräfte des Einzelnen und der kleinen Einheiten zur Entfaltung bringe. Peters strebte ein ausgewogenes Verfassungssystem an, das auf der ideellen Basis eines verfassungsrechtlich gesicherten materiellen Verfassungskonsenses beruht und in dem staatliche, demokratische, rechtsstaatlich und föderalistisch organisierte Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben ergänzt wird durch Institutionen der Selbstverwaltung und der Einbeziehung gesellschaftlicher Kräfte. Auf dem Boden der katholischen Naturrechts-, Sozial- und Staatslehre stehend, äußerte Peters in den Schriften der letzten Jahre die Sorge, die im Grundgesetz erarbeitete weltanschaulich-politisch begründete materiale Demokratie könne erneut einem Relativismus, einer Entleerung des Rechts von einer objektiven Gerechtigkeit und einer Entwertung der Demokratie durch Formalisierung zum Opfer fallen.

Wegen seiner Verwurzelung im Glauben reagierte Peters entschieden auf die religions- und kirchenfeindliche Politik des Nationalsozialismus. Mit einem für die damalige Zeit beispielhaften Mut macht er 1935 in seinem Festschrift-Beitrag „Der Totale Staat und die Kirche" in aller Öffentlichkeit den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen der totalitären Staatsideologie und dem Selbstverständnis der Kirchen bewußt. Weil er sich mit der fortschreitenden Radikalisierung der nationalsozialistischen Herrschaft mit prononcierten staatsrechtlichen Äußerungen zurückhalten mußte, wandte er sich literarisch vermehrt dem Kirchenrecht zu. Aus religiöser Verantwortung sprang er der Görres-Gesellschaft bei und übernahm die Leitung des Vorstandes. In den Schriften des Kreisauer Kreises versuchte er aus christlicher Perspektive eine Diagnose der geistigen Situation der Zeit. „Suchen wir nach den besonderen Gründen der Katastrophe, in die wir, ja in Wirklichkeit nicht bloß wir, sondern die ganze Welt geraten sind, so wird sie der Christ zunächst im Abfall vom Glauben an die natürlichen und übernatürlichen Wahrheiten sehen." Mit der Besonderheit seines akzentuierten Katholizismus gibt Peters in diesem Bekenntnis zugleich einen Kern der weltanschaulichen Position des Kreisauer Kreises wieder, der trotz aller sonstigen Differenzen zwischen Katholiken und Protestanten, Sozialisten und Christlich-Konservativen etc. bestand. Für den Kreisauer Kreis hielt Peters die Kontakte zum Episkopat der katholischen Kirche.

Nach dem Krieg intensivierte er sein Wirken in und für die Kirche. In Konrad Adenauer traf er einen Politiker, der – wie er – Politik aus persönlicher Frömmigkeit gestaltete. Nun in Köln beheimatet, pflegte er enge Kontakte zu Kardinal Frings. Er gehörte dem Zentralkomittee der Deutschen Katholiken an. In dem Referat über „Die Gegenwartslage des Staatskirchenrechts", das Peters bei der Tagung der Deutschen Staatsrechtslehrer 1952 Marburg gehalten hat, ist es einer der Grundgedanken für die Interpretation des Artikels 140 des Grundgesetzes in Verbindung mit Artikel 137 der Weimarer Reichsverfassung, daß „das Grundgesetz – im Gegensatz zur Weimarer Verfassung – nicht bloß eine Formaldemokratie, sondern eine wertbetonte, sachlich und weltanschaulich fundierte Staatsform begründen" will.

VII

Man würde Peters' Persönlichkeit nicht gerecht, wenn man nicht auch seine zahlreichen kleinen kritischen Aufsätze und Bemerkungen zu Tagesfragen an den verschiedensten Stellen und in der Tagespresse erwähnte, in denen der seiner Rechte und Pflichten bewußte Staatsbürger Hans Peters sich zu Wort meldete. Hier und im persönlichen Gespräch konnte er große Überzeugungskräfte entfalten, vor allem deshalb, weil es ihm um die Sache ging und persönlicher Ehrgeiz nicht im Spiel war.

Peters war rastlos tätig. Seine Frau war während langer Jahre schwer krank. Kinder hatte Peters nicht. Er ging in seinem Beruf auf. Sein Beitrag zur Eichmann-Festschrift trägt die Fußnotenbemerkung, daß der Verfasser z. Z. „im Felde stehe"; der Aufsatz „Ernst von Hippels ‚Allgemeine Staatslehre' als pädagogische Leistung" ist weitgehend auf einem Interkontinentalflug in die USA entstanden; einige seiner letzten Abhandlungen hat Peters in Neuseeland verfaßt.

Im menschlichen Rückblick war Hans Peters' Leben reich, erfolgreich und, soweit das Zeitgenossen und Nachlebende sagen dürfen, wohl vollendet. Es bleibt die Erinnerung an einen persönlich integren, gebildeten, offenen Menschen, der auch Andersdenkende für sich einnahm. Harten Auseinandersetzungen im Kampf um Meinungen wich er nicht aus, aber er nahm ihnen mit seiner Liebenswürdigkeit die Schärfe. Er prägte seine Schüler. Er konnte poltern und war dann wieder auf eine sympathisch altertümliche Art zuvorkommend. Mit seiner gedanklichen Ehrlichkeit, der inneren Disziplin und dem persönlichen Engagement war er ein guter Mentor und Lehrer. Peters hatte Humor. Wenn er da war, wurde viel gelacht. Seine fröhliche

Art übertrug sich auf seine Umgebung. Er lebte unauffällig, ohne um sich Wirbel zu machen. Stets war er quicklebendig. Er war gern auf Reisen, machte nach seiner Emeritierung lange Weltreisen.
Peters war ein beliebter Mensch und ein geliebter Hochschullehrer. Er war ritterlich, hilfsbereit und aufrichtig. Was ihn auszeichnete, war sein unbestechliches Gefühl für Fairneß, Recht und Gerechtigkeit. Er trat für jedermann ein, der sich hilfesuchend an ihn wandte. An seinem Tode nahm eine große Öffentlichkeit Anteil. Sein Kollege Ernst Friesenhahn, mit ihm in aufrechter Rechtsstaatsliebe verbunden, sagte: „Sie nahm Abschied von einem aufrechten Bürger, der stets die Verpflichtung empfunden hatte, sich für andere und für das Gemeinwesen einzusetzen, von einem mutigen Mann, der immer für das eingetreten war, was er als wahr erkannt hatte, ... von einem bedeutenden Gelehrten, dessen wissenschaftliches Werk, im Gegensatz zu dem mancher Fachgenossen, ungebrochen aus der Weimarer Demokratie in unsere heutige Ordnung hinüberführt – kurz, von einem wahren Professor."



Johannes Hoffmann (1890–1967)

Acht Jahre nach seinem Rücktritt sah Johannes Hoffmann schon die Zeit gekommen, aus der Distanz seinen Bericht und sein Urteil abzugeben über eine politische Tätigkeit, die ihn als Parteiführer und saarländischen Ministerpräsidenten (1947–1955) in die entscheidende Periode der unmittelbaren Nachkriegsgeschichte mit ihren bewegten deutsch-französischen Beziehungen gestellt hatte. Kein Geringerer als Robert Schuman schrieb das Vorwort zu seinem scharfsinnigen autobiographischen Rückblick „Das Ziel war Europa" (1963). Dieses Stück zugegeben „subjektiver Zeitgeschichte" bildete noch nicht den gewünschten Auftakt zu der – bis heute ausstehenden – umfassend-objektiven Würdigung einer an der Saar lange und intensiv wirkenden, dennoch sehr umstrittenen Persönlichkeit. Gegen immer noch spürbare Widerstände ließ erst der CDU-Ministerpräsident Werner Zeyer 1984 Hoffmanns Porträtfoto der Galerie der saarländischen Regierungschefs in der Staatskanzlei einfügen. Während einzelne Würdigungen besonders aus Hoffmanns Bekannten- und Freundeskreis eher zögernd einzelne Etappen seiner Biographie erhellten, gab dann die Exilforschung der 1970er bis 1990er Jahre wichtige Anstöße zur historischen Einordnung seines bewegten Lebens.

Als prägend erschienen nun schon Erlebnisse aus der frühen Schaffensperiode des der Zentrumspartei zugehörigen Journalisten. Der hatte sich mutig der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus gestellt und mußte dafür das schwere Schicksal der Emigration auf sich nehmen. Diese Erfahrung und ihre innere Verarbeitung bewogen Hoffmann, nachdem er unter der französischen Besatzungsmacht in seine Heimat zurückgekehrt war, zusammen mit alten Schicksalsgefährten, die wie er Verfolgung erlitten hatten, das Saarland auf einen neuen, eigenen Kurs zu führen. Nirgends im westlichen Teil Deutschlands nahmen Emigranten einen so weitgehenden Einfluß auf die politischen Geschicke, so daß manche geradezu vom sozial fortschrittlichen, für Europa aufgeschlossenen „Emigrantenstaat" unter Hoffmann sprechen. Dabei verkehrte sich unversehens die abwertende Attacke auf den „Emigranten" im sog. Saarkampf von 1955, gegen die Hoffmann sich noch in seinen Memoiren weh-

ren mußte, in eine positive, allerdings nun Hoffmanns erste Nachfolger im Amt dem Reaktionärsverdacht ausliefernde Konnotation.

I

Johannes Hoffmann wurde am 23. Dezember 1890 als ältester Sohn des Bergmanns Jakob Hoffmann und von dessen Ehefrau Katharina, geb. Bungert, in Landsweiler-Reden geboren. Der aufgeweckte Junge wurde Meßdiener, begleitete den Pfarrer auf Versehgängen, wuchs in eine überzeugend gelebte, selten nach außen gekehrte Gläubigkeit hinein. Das Elternhaus legte auch den Grund für seine politische und soziale Einstellung. Er übernahm Botengänge für seinen Vater, der Knappschaftsältester, Filialleiter einer Sparkasse und Gemeinderatsmitglied war, lernte so den Alltag der Bergmannsfamilien kennen. Im wachsenden saarländischen Industrierevier gewannen damals der sozial gesinnte katholische Klerus und die Zentrumspartei großen Einfluß auf die Bewußtseinsbildung der Arbeiterschaft, die zunehmend ihre Interessen gegen die dominierende Position der meist protestantischen, dem Nationalliberalismus oder den Freikonservativen zuneigenden Fabrikbesitzer und Grubenverwaltungen geltend machte.
In der schreibenden Zunft debütierte der junge Hoffmann mit Artikeln und Beiträgen der von dem Trierer Arbeiterkaplan Georg Friedrich Dasbach gegründeten „Neunkirchener Zeitung". 1912 eroberte Hoffmanns Freund und späterer Weggefährte Bartholomäus Kossmann als einheimischer Kandidat der katholischen Arbeiterschaft den Reichstagswahlkreis Ottweiler – St. Wendel – Meisenheim. Er schlug hier den für die Nationalliberalen antretenden Schwiegersohn des mächtigen Industriellen Freiherrn Carl Ferdinand von Stumm. Im Sommersemester 1912 war Hoffmann indes schon an der Universität Innsbruck eingeschrieben. Er belegte dort u. a. Vorlesungen und Seminare zur Exegese, Kirchengeschichte, christlichen Kunst, Psychologie, praktischen Theologie (Homiletik), Philosophie, Ethik und zur französischen Konversation. Als erstgeborener Sohn einer katholischen saarländischen Familie ursprünglich zum Priesterberuf ausersehen, hatte er nach dem Abitur zuerst das bischöfliche Konvikt in Trier besucht, nach ernstlicher und aufrichtiger Selbstprüfung aber den Bischof um Entlassung aus dem Seminar gebeten.
Auch sein weltliches Studium stand aufgrund der bewegten Zeitläufe unter keinem guten Stern. Hoffmann meldete sich 1914 wie viele seiner Generation als Kriegsfreiwilliger. Von 1916 bis 1919 war er an der Universität Freiburg im Breisgau lediglich als Kriegsteilneh-

mer („K") immatrikuliert, ohne wirklich studieren zu können. Nach Einsätzen in Frankreich und Rußland kam er zum deutschen Asien-Korps und machte die Kämpfe an den Dardanellen und in Palästina mit. Als Unteroffizier wurde er mit dem EK I und II und mit dem Eisernen Halbmond ausgezeichnet, erkrankte an Typhus, Malaria und Wundrose. Im November 1918 kam er nach einer gefährlichen Odyssee, die ihn über das Schwarze Meer und von dort durch Rußland und Ostpreußen geführt hatte, nach Berlin. Der Weg in die Heimat schien ihm verschlossen, weil die Saar von den Alliierten besetzt war. Sein Studium hat er mit dem Besuch von Vorlesungen über Volkswirtschaft an der Universität Berlin wieder aufgenommen, aber nicht mehr abgeschlossen. Zunächst fand Hoffmann eine kleine Stelle im Archiv des August-Scherl-Verlags in Berlin, dann in der Redaktion zweier Zeitschriften dieses Verlags, der „Exportwoche" und des „Industrie- und Staatsbedarf".

Doch Ehrgeiz, Interesse und Talent wiesen Hoffmann auf die Spur des politischen Journalismus. 1918 schloß er sich der Zentrumspartei an und erneuerte vor dem Krieg eingegangene Kontakte zu dem Kreis um Dr. Carl Sonnenschein. Dieser Gründer der sozialstudentischen Bewegung richtete nach dem Weltkrieg ein Hilfsbüro für Arbeitssuchende in Berlin ein und gab auch dem Sport, der märkischen Geschichtsforschung und der katholischen Rundfunkarbeit wichtige Impulse. Hoffmann wurde Korrespondent der Ost-West-Nachrichtenagentur für mehrere Zentrums-Zeitungen in Süddeutschland und später auch für Tageszeitungen des Industriegebiets an Rhein und Ruhr. Einige Zeit verbrachte er in Mannheim, ein Jahr als Leiter der von ihm gegründeten Saarkorrespondenz in Saarbrücken. Er fand Zugang zu Politikern der Zentrumspartei, nahm an deren Fraktionssitzungen im Reichstag und im preußischen Landtag teil und war auch auf der Pressetribüne der beiden Parlamente präsent. Als Sonderberichterstatter für die Zeitungen des politischen Katholizismus begleitete er den Zentrumsvorsitzenden Wilhelm Marx 1925 im Wahlkampf um das Amt des Reichspräsidenten. Hoffmann sah in dem redlichen Politiker Marx ein Vorbild, auch wenn dieser gegen den „Reichsblock" um Paul von Hindenburg unterlag – bekanntlich eine verhängnisvolle Weichenstellung für das Schicksal der Weimarer Republik.

Am 1. Juli 1919 hatte Hoffmann Frieda Krause aus Reppitz in Niederschlesien geheiratet. Aus der glücklichen Ehe gingen sechs Kinder hervor, die fünf ersten wurden in Berlin geboren. Am 1. Oktober 1929 erfüllte sich der lang gehegte Wunsch des politischen Journalisten, in die Heimat zurückkehren zu können. Er übernahm den frei gewordenen Posten eines Chefredakteurs bei der „Saarbrücker

Landeszeitung", der größten katholischen Tageszeitung des Saargebietes, die dem Zentrum nahestand; Hoffmann rückte auch in den Landesvorstand dieser Partei auf. Die Abstimmung über das definitive Schicksal des auf Intervention des US-Präsidenten Woodrow Wilson 1920 auf 15 Jahre dem Völkerbund unterstellten – statt von Frankreich annektierten – Saargebiets mit seinen wertvollen Kohlegruben war für das Jahr 1935 vorgesehen. Hoffmann trat zunächst, der allgemeinen Stimmung entsprechend, für die Überwindung der „heutigen künstlichen Grenze" und für die Rückgliederung des Saargebiets an Deutschland ein (1930).

II

Diese Einstellung änderte er, als er die nach Hitlers Machtergreifung einsetzenden Verfolgungsmaßnahmen gegen die Kirchen und Verbände gewahr wurde. Wegen regimekritischer Äußerungen schloß ihn Hitler persönlich am 15. Mai 1933 vom Empfang einer fünfköpfigen Delegation saarländischer Parteiführer in der Reichskanzlei aus. Im Oktober 1933 standen das Zentrum und die christlichen Gewerkschaften an der Saar vor der Zerreißprobe, am 30. Oktober ging das Zentrum in der Deutschen Front auf, und die Christlichen Gewerkschaften wurden ebenfalls aufgelöst. Hoffmann betrieb nun mit einigen standhaften Gesinnungsgenossen den Aufbau einer katholischen Opposition gegen die Eingliederung in das nationalsozialistische Deutschland. Er widersetzte sich der Gleichschaltung der teils finanziell vom Reich abhängigen saarländischen Presse durch das Wolff'sche Telegrafenbüro, das den Saarzeitungen schon redaktionelle Anweisungen gab. Statt eines Jubelartikels zur einjährigen Wiederkehr des Tags der Machtergreifung veröffentlichte Hoffmann das Interview, das der NSDAP-Kreisleiter Spaniol im Dezember 1933 dem schwedischen Journalisten Victor Vinde gegeben hatte. Spaniol und ein anderer saarländischer Nationalsozialist hatten den verdienten Untergang der „römischen Kirche" innerhalb der nächsten 30 Jahre prophezeit und sich zu dem neuen „deutschen Papst" Adolf Hitler statt des „armen Pius" bekannt. Kurz darauf wurde Hoffmann auf Veranlassung der Berliner Pressezentrale seines Postens enthoben. Er war Hitlers Saarbevollmächtigtem Franz von Papen schon lange ein Dorn im Auge. Hoffmann wurde damit das zweite prominente Opfer der Gleichschaltung der Saarpresse. Zuvor war schon der Chefredakteur der liberalen „Saarbrücker Zeitung", Arnold Nagel, Weltkriegsteilnehmer wie Hoffmann, entlassen worden.

Im April/Mai 1934 gründete Hoffmann zur Aufklärung über Hitlers Machenschaften die „Neue Saarpost". Das Stammkapital von 100 000 Franken brachten laut Notariatsurkunde je zur Hälfte die Pfarrer Bernhard Brand von Piesbach (Primstal) und Franz Weber von Ballweiler (Kreis St. Ingbert) ein. 30 saarländische Geistliche nahmen an der Betriebseinweihung in Saarbrücken teil. Noch 1965 hat Hoffmann bestritten, diese Zeitung, in der er auch frankreichkritische Artikel abdruckte, mit französischem Geld betrieben zu haben. In seinem Kampf gegen das „Neuheidentum" wurde er im Sommer 1934 bestärkt, als die Morde im Zusammenhang des sog. Röhm-Putsches und auch die Ermordung des österreichischen Kanzlers Engelbert Dollfuß bekannt wurden. Als vernünftige Alternative zur Heimkehr ins nationalsozialistisch gewordene Reich vertrat er, auch in einer am 9. September 1934 an den Völkerbund gerichteten Denkschrift, die vorläufige Beibehaltung des bestehenden Status quo, bis zu einem günstigeren Zeitpunkt die Abstimmung nachgeholt werden könne. Dieser Plan war wohl von der kleinen, zuerst im Mai 1933 gegründeten Saarländisch-Sozialistischen Partei aufgebracht worden. Er unterschied sich durchaus von den frankophilen Absichten des nur sehr schwachen Anhang gewinnenden Saarbunds von 1920. „Nach unserer Auffassung sollte es noch eine deutsche Insel geben, die sich rein hielt von Blut und Tränen, von Unrecht und Terror", schrieb Hoffmann 1963 im Rückblick.

Am 2. Juli 1934 beteiligte er sich, eher im zweiten Glied, an der Bildung einer Einheitsfront von NS-Gegnern, am 30. November 1934 indes maßgeblich an der Gründung des Deutschen Volksbunds für christlich-soziale Gemeinschaft. Hauptreferenten auf der Gründungsversammlung im katholischen Vereinshaus Concordia in Saarbrücken waren der Vorsitzende des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter im Saargebiet, Fritz Kuhnen, und der ins Saarland emigrierte Vorsitzende des (christlichen) Deutschen Gewerkschaftsbunds Heinrich Imbusch. Vor 2000 Besuchern wandten sie sich „gegen Diktatur und Neuheidentum", Nationalsozialismus und Marxismus, Rassen- und Klassenhaß, traten für „Christus und Deutschland", für eine Staat, Gesellschaft und Wirtschaft durchdringende „christliche Kultur" und für die Erhaltung der Einheit des Saargebiets ein. Einen Monat später lernte Imbusch bei einer Versammlung des Volksbunds in Blieskastel die „Argumente" der Gegenseite kennen, als er krankenhausreif geschlagen wurde. Auf niedrigstem Niveau bescheinigte eine fingierte „Todesanzeige" der „Mißgeburt" des „separatistischen Volksbunds" nach der Saarabstimmung, auf der die Status-quo-Anhänger nur 8,8 % der Stimmen erreicht hatten, „christliche und soziale Gemeinheit".

Die allgemeine Stimmungslage hatte sich am 13. Januar 1935 durchgesetzt. Die meisten votierten für die Vereinigung mit Deutschland, weil sie sich zum gemeinsamen Vaterland bekennen, nicht weil sie ein ausdrückliches Votum für das nationalsozialistische Reich und die Hitler-Bewegung abgeben wollten. Für Hoffmann kam erschwerend hinzu, daß die Bischöfe von Trier und Speyer, insbesondere Franz Rudolf Bornewasser von Trier, ihm jede Rückendeckung verweigerten, obwohl beachtliche Teile des saarländischen Klerus seine Initiativen billigten. 70 Geistliche aus dem ganzen Saarland hatten beispielsweise an der Gründungsversammlung des Volksbunds teilgenommen. In ihrem Erlaß zur Saarfrage vom 12. November 1934 verboten die zuständigen Bischöfe unter Berufung auf das Reichskonkordat den Priestern das öffentliche Auftreten in politischen Versammlungen. Am 5. Dezember folgte ein entsprechendes Rundschreiben Bornewassers an die Dechanten des Saargebiets. Die Rücksichtnahme auf den „Gesamtkatholizismus" in Deutschland und auf die Volksstimmung, ein nationales Bekenntnis „für die Größe, die Wohlfahrt und den Frieden des Vaterlandes" bewogen auch die sechs Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz, zum Ja für die „Vereinigung mit Deutschland" aufzurufen.

III

Hoffmann gehörte zu jenen eher seltenen Zeitgenossen, die ihr Handeln an gewonnener Beobachtung und Einsicht ausrichten und notfalls revidieren. Indem er den Standpunkt vorläufiger Verteidigung des Status quo gegen die Hitler-Diktatur bezog, zeigte er sich lernfähig und zugleich konsequent. Auch in dieser gefährdeten Situation hielt er sich von Anwandlungen des Selbstbetrugs frei. Tapfer entschloß er sich zu emigrieren – eine Zumutung für seine mittlerweile siebenköpfige Familie, obwohl er wie viele andere meinte, Hitlers Herrschaft werde nur von kurzer Dauer sein. Zunächst siedelte man für drei Monate ins benachbarte französische Forbach über, traf hier auf sozialdemokratische Leidensgenossen, unter ihnen Max Braun. Um drohender Verfolgung zu entgehen, sind etwa 6 000 Saarländer damals emigriert, in der Mehrheit Kommunisten und Sozialdemokraten. Im Mai 1935 reiste Hoffmann mit der Familie ins Großherzogtum Luxemburg weiter. Nach einer Fehlspekulation mit seiner Lebensversicherung und Aufzehrung des Barvermögens pachtete er bei Bettemburg einen Bauernhof mit Schweinezucht zum Lebensunterhalt. Die Ausübung des Journalistenberufs blieb ihm verwehrt, er konnte nur ein paar anonyme Artikel in einer katholischen Zeitung

schreiben; das kleine Luxemburg hatte Rücksicht auf seinen mächtigen Nachbarn zu nehmen. Im Großherzogtum hielten sich unter der Obhut des Luxemburger Bischofs ca. 60 Saaremigranten auf, neben Hoffmann u. a. die christlichen Gewerkschafter Fritz Kuhnen, Nikolaus Fliegler, Heinrich Imbusch; gelegentlich tauchte Bartholomäus Kossmann auf. Hoffmanns anscheinend geringe Kontakte zur Volksfront bedürfen weiterer Klärung.

Nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs trennte sich Hoffmann von seiner Familie und begab sich nach Paris. Hier arbeitete er vor allem im Nachrichtendienst der von Prof. Pierre Bertaux geleiteten Emigranten-Redaktion des Französischen Rundfunks („Radio Straßburg") mit. Tätig waren hier auch Walter Eberhard, P. Friedrich Muckermann SJ und andere deutsche Emigranten. Seine Annäherung an Frankreich scheint zur Entfremdung von Heinrich Imbusch geführt zu haben, dessen ältester Sohn Heinz an der „Neuen Saarpost" mitgearbeitet hatte. Mit anderen ehemaligen deutschen und österreichischen Staatsbürgern – er war 1936 ausgebürgert worden – wurde Hoffmann nach Beginn der deutschen Offensive gegen Frankreich in Audierne (Bretagne) interniert. Hoffmann konnte kurz vor dem Eintreffen der deutschen Truppen und des ihnen folgenden Sicherheitsdiensts aus dem Lager fliehen. Dank der bereitwillig gewährten Hilfe von Bauern schlug er sich ins unbesetzte Südfrankreich durch. Er fand Unterschlupf in einem Oblatenkloster bei Avignon; dem Oblatenorden war sein ältester Sohn Johann Jakob beigetreten. Die Freunde hatten seine Spur verloren. Hoffmann war in großer Gefahr, weil er auf den Fahndungslisten der Gestapo stand. Laut dem Waffenstillstandsabkommen vom 22. Juni 1940 war das Pétain-Regime verpflichtet, von der Reichsregierung benannte, in Frankreich lebende Deutsche auszuliefern.

Hoffmanns alter Jugendfreund Hermann Matthias Görgen, Schüler des bekannten Pazifisten Friedrich Wilhelm Foerster, beschaffte mit viel Glück und Findigkeit in der Schweiz die notwendigen Ausreisepapiere für die Flucht der sog. Gruppe Görgen nach Brasilien, in die auch Hoffmann in letzter Minute einbezogen werden konnte. Görgen erwirkte für den in Frankreich flüchtigen Freund einen schweizerischen Strafregisterauszug, den der brasilianische Generalkonsul in der Schweiz als polizeiliches Führungszeugnis anerkannte, vor allem aber einen tschechoslowakischen Paß, der über den Gesandten der tschechoslowakischen Exilregierung beim Völkerbund, Jaromir Kopecky, vom tschechoslowakischen Generalkonsulat in New York ausgestellt werden mußte. Die zusätzlich notwendige Durchreisegenehmigung durch Spanien nach Lissabon wurde aufgrund einer Intervention des Hl. Stuhls bei der spanischen Regierung gewährt, die

auf Bitte Görgens der Apostolische Nuntius in der Schweiz, Felippe Bernardini, in Rom erbeten hatte. Papst Pius XII. hatte sich persönlich in den Fall der ca. 45 Personen starken Gruppe Görgen eingeschaltet. Am 27. April 1941 konnte Hoffmann, mit dem Görgen über französische Mittelsmänner Verbindung aufgenommen hatte, auf der Cabo de Hornos von Lissabon nach Rio de Janeiro in See stechen.
Hoffmann wohnte zunächst in einer kleinen Pension im Hafenviertel von Rio, erhielt dann einen Freitisch im Benediktinerkloster von São Bento, mit dessen Abt Thomas Keller er sich befreundete. Das tropische Klima machte ihm sehr zu schaffen. Anfang 1943 konnte er eine bescheiden bezahlte Beschäftigung bei dem kanadischen Botschafter in Brasilien, Jean Désy, finden. Er kümmerte sich um die beiden Kinder des Botschafters und übernahm eine Art Wachdienst für Désys Residenz während dessen Abwesenheit. Den Kontakt mit Désy hatte der britische Botschafter in Brasilien, Geoffrey G. Knox, vermittelt, den Hoffmann wiederum aus der Zeit der Völkerbundsregierung an der Saar kannte, als Knox Präsident der Regierungskommission gewesen war. Hoffmann erfuhr erst an Silvester 1943, daß sein Sohn Heinz-Joachim am 13. Mai 1943 an der Ostfront bei Smolensk gefallen war.
Im Haus Désys soll er französische Résistance-Kreise um Georges Bernanos kennengelernt haben. Sicher bezeugt sind engere Beziehungen Hoffmanns zu dem Luftfahrttechniker, Pazifisten und Bekannten Carl von Ossietzkys Walter Kreizer, zu dem Ingenieur Jan Lackner, zu einigen jüdischen Emigranten und zu seinem alten Freund Pfarrer Franz Weber, der zunächst nach Österreich emigriert war. Der frühere katholische Verbandspolitiker Johannes Schauff, Mitgründer der deutschen Siedlung Rolandiâ in Parana, gehörte ebenfalls zu Hoffmanns engen Freunden im Exil. Im Einverständnis mit Désy und Knox soll Hoffmann auch Verbindung zur Frei-Deutschland-Bewegung des konservativen Exil-Politikers und Hitler-Gegners Otto Strasser gesucht haben. O. Strasser und Kurt Singer hatten diese Organisation Anfang 1941 in den USA nach dem Vorbild der France-Libre-Bewegung des Generals Charles de Gaulle gegründet und waren bestrebt, ihr auch in Brasilien Eingang zu verschaffen. Hoffmann mußte 1943 auch zwei Verhaftungen und Verhöre der brasilianischen Polizei über sich ergehen lassen.

IV

Über das französische Außenministerium konnte Hoffmann schon im Spätsommer 1945 nach Deutschland zurückkehren. Mitte Sep-

tember sah er nach über fünfjähriger Trennung seine Familie wieder, stand er bewegt vor der Trümmerwüste Saarbrücken.
Die Hypothek des Hitlerkrieges lastete schwer auf dem Grenzland Saar. Von einer knappen Million Einwohner hatten 30–35 000 infolge der Kriegsereignisse den Tod gefunden, viele Verwundete und Vermißte waren zu beklagen, Luftangriffe und Kampfhandlungen hatten nahezu die Hälfte des Hausbestands zerstört, 100 000 Männer befanden sich in Kriegsgefangenschaft. Im Quai d'Orsay war Hoffmann über die Saardirektiven der französischen Regierung (vom 25. August 1945) in Kenntnis gesetzt worden. Er erfuhr von dem Plan, als Vergeltung für deutsche Vertreibungsmaßnahmen in Elsaß-Lothringen 300 000 Saarländer auszusiedeln und durch französische Bevölkerung zu ersetzen. Zumindest der wirtschaftliche Anschluß des am 25. Juli 1945 zur selbständigen verwaltungsrechtlichen Einheit erklärten Saargebiets an Frankreich war vorgesehen. Wegen seiner politischen Vergangenheit und Potenz erschien Hoffmann als ein geeigneter Mann, um Frankreichs sicherheits- und wirtschaftspolitische Ziele an der Saar zu erreichen und dafür die Zustimmung seiner Landsleute zu gewinnen, statt als bloße Marionette einer Besatzungsmacht auf Reserve oder Ablehnung zu stoßen.
Leitlinie des sogleich mit großer Tatkraft eine Führungsposition im Saarland anvisierenden Remigranten wurde es, durch den entschlossen eingeleiteten wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau die Existenzkrise seiner engeren Heimat zu überwinden. Bei aller Anpassung an die französischen Wünsche bestand seine Eigenständigkeit darin, daß er die politische Autonomie für das Saargebiet ins Auge faßte, die Annexionspläne des frankreichhörigen Mouvement pour le Rattachement de la Sarre (MRS) zurückdrängte und eigene soziale und kulturelle Ziele verfolgte. Obwohl Frankreich auch aus strategischem Kalkül, weitergehende Ziele an Rhein und Ruhr im Blick, die Annexion des kleinen Saargebiets zunächst nicht betrieb, bleibt Hoffmann das Verdienst, die politische Autonomie für das Saargebiet erstrebt und mit einer konstruktiven Idee unterlegt zu haben, dem Ziel einer die Gegensätze der Nationen nach zwei Weltkriegen endgültig überwindenden europäischen Einigung. Die laut Verfassungspräambel von 1947 auch von Deutschland unabhängige Saar sollte in seinen Augen nur die erste Station zur Realisierung eines „neuen Ordnungsprinzips", des föderativ organisierten, „integrierten europäischen Vaterlands" bilden. An diesem neuen politischen Ziel hat Hoffmann hartnäckig festgehalten, entsprach es doch den Einsichten seines bisher nicht leichten Lebensgangs und den aus der jüngsten deutschen Katastrophe zu ziehenden Lehren.

Hoffmann trat im Dezember 1945 in die Redaktion der lizenzierten „Neuen Saarbrücker Zeitung" ein. Eine weit wichtigere Plattform für seine Ideen und Ziele gewann er mit der Gründung der überkonfessionellen Christlichen Volkspartei des Saarlandes (CVP) am 11. Januar 1946 im Langwiedstift in Saarbrücken. Am ehesten konnte der den Autonomiekurs vorsichtig befürwortende, von den Nationalsozialisten verfolgte Bartholomäus Kossmann, der zum Ehrenvorsitzenden gewählt wurde, noch als Repräsentant der nun in den Hintergrund tretenden, teils durch ihre Haltung nach 1935 kompromittierten, national gesinnten Kreise des früheren Saar-Zentrums gelten. Unermüdlich organisierte der Vorsitzende Hoffmann Versammlungen zwecks flächendeckender Gründung von Ortsvereinen. Als Chefredakteur der „Saarländischen Volkszeitung" (Anfangsauflage 90 000) sicherte er diesem CVP-Organ das größte Papierkontingent. Auflagenmäßig lagen die ebenfalls seit Juni 1946 erscheinenden Parteiblätter der Sozialisten („Volksstimme": 52 000) und der Kommunistischen Partei („Neue Zeit": 28 000) hinter dem Sprachrohr der CVP.

Aufgrund seines parteipolitischen und publizistischen Wirkens wurde Hoffmann, der rasch seine parlamentarische Eignung unter Beweis stellte, Vorsitzender der am 23. Mai 1947 von der Besatzungsmacht eingesetzten Verfassungskommission. Der Verfassungsentwurf konnte am 25. September veröffentlicht werden. Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung am 5. Oktober erhielt die CVP mit 52 % der Stimmen die absolute Mehrheit, so daß Hoffmann wiederum der Vorsitzende dieses Gremiums wurde. Die Versammlung, die zugleich den ersten gewählten Landtag bildete, nahm am 8. November 1947 die Verfassung und kurz darauf ein Gesetz zur Einführung der neuen Franc-Währung an.

Ministerpräsident der am 20. Dezember 1947 erstmals gebildeten Saarregierung wurde Hoffmann. Er führte ein Koalitionskabinett mit der 1947 verselbständigten Sozialdemokratischen Partei Saar. Diese übernahm in den Hoffmann-Regierungen mit dem Justizminister Heinz Braun (1947–1951) und dem Minister für Arbeit und Wohlfahrt, Richard Kirn (1947–1951, 1952–1955), wichtige Posten. Verbindend wirkten die frühere Gemeinsamkeit der Opposition gegen Hitler und des Emigrantenschicksals sowie das neue Bekenntnis zur europäischen Idee. Der Einbau der mit seinem außenpolitischen Kurs einverstandenen Führung der SPS in seine Regierung – trotz innenpolitisch mit dieser Partei bestehender Differenzen – beugte dem Entstehen einer gewissermaßen staatstragenden Opposition vor, erweckte nach außen aber zunehmend den Eindruck einer monopoli-

stisch-undemokratischen Übermacht, aus deren Mittelpunkt eigentlich nur Johannes Hoffmann regierte.

V

In ihren ersten Jahren gewann die Regierung Hoffmann einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung. Unverkennbar setzte ein großer wirtschaftlicher Aufschwung ein. Die situationsethische Definition der saarländischen Interessenlage trug ihre Früchte. Die an das französische Vorbild angelehnten Sozialleistungen des Saarstaats übertrafen die der westlichen Besatzungszonen und der frühen Bundesrepublik. Ein System der kurzen Wege zwischen Städten, Gemeinden und Landesministerien förderte in dem überschaubaren Land die Aufbauleistung durch Synergieeffekte. Der Bau von Schulen, Kirchen, Wohnungen, Sportstätten, Eigenheimen, die Wiederherstellung und Verdichtung des Verkehrsnetzes machten augenfällige Fortschritte. Am 9. April 1948 wurde auf der erweiterten Sitzung des Homburger Hochschulinstituts in Paris zwischen Hoffmann und dem Hohen Kommissar Gilbert Grandval die Gründung einer saarländischen Universität mit vier Fakultäten vereinbart. Damit stand eine entscheidende Verbesserung der überaus schlechten Situation der saarländischen Studierwilligen in Aussicht. Die Universität wurde seit 1950 funktionstüchtig. Ihr Leitungsgremium, der Verwaltungsrat, war nach dem „dualen Prinzip" konstruiert, das Saarländer und Franzosen paritätisch berücksichtigte. Bei den zunächst unter ungünstigen Arbeitsbedingungen angestellten Professoren fand die Europaidee Resonanz. Auf lange Sicht ermutigte die Gründung einer Universität in Saarbrücken auch die Ansiedlung neuer Hochschulen in den französischen Grenzregionen.
Hoffmann erörterte mit seinem Freund Hermann M. Görgen, 1955 Generaldirektor des Saarländischen Rundfunks, die sich im Zuge einer europäischen Einigung ergebenden Chancen für Saarbrücken, Sitz europäischer Behörden oder gar Hauptstadt Europas zu werden. Die saarländische Schulpolitik trug dem Europagedanken Rechnung, indem sie schon an den Volksschulen französischen Sprachunterricht einführte. Sie war betont christlich ausgerichtet. Die Einführung der Konfessionsschule – gegen die Absichten der SPS – entsprach alter Zentrumstradition und dem Willen der 50 % übersteigenden CVP-Wähler, obwohl auch sehr säkulare Tendenzen in dem zu 75 % katholischen Saarland zutage traten. Viel Einfluß gewann wieder der saarländische Klerus, in dem sich beträchtliche Sympathien für die Hoffmann-Regierung entwickelten.

Doch seit etwa 1951 ergaben sich neben inneren Widerständen äußere Hemmnisse für die europäischen Visionen der Hoffmann-Regierung. Innerhalb der SPS lehnten die Jungsozialisten unter Friedrich Regitz den Autonomiekurs ihrer mitregierenden Partei immer mehr ab. Hoffmann reagierte mit Unterdrückung und sogar Ausweisungen auf erste Regungen prodeutscher Parteien. Am 12. Juni 1951 wurde in Wiesbaden der die Rückkehr nach Deutschland erstrebende Deutsche Saarbund mit Fritz Hellwig, Hubertus Prinz zu Löwenstein und Hoffmanns altem Weggefährten, Pfarrer Franz Bungarten, gegründet. Die Verpachtung der Kohle-Vorkommen im Warndt rief Ablehnung bei den Bergarbeitern hervor. Unter ihnen regte sich eine berufsständisch und national orientierte Opposition gegen die französische Grubenverwaltung. Hoffmann mußte 1950 und 1953 französische Pacht- und Eigentumsrechte an den Saargruben anerkennen. Die an der Saar noch bestehenden Christlichen Gewerkschaften gingen auf Distanz zu Hoffmann und zum Hohen Kommissar Grandval. Soziale Forderungen verbanden sich mit dem Eintreten für die Freiheit des Landes und im Lande. Die Ursachen dafür waren komplexer, als es eine dialektische Erklärungshypothese besagt, wonach die „Erziehungsdiktatur" in Selbstnegation einen neuen Nationalismus erzeugt habe (G. Paul). Der Nachfolger des Trierer Bischofs Bornewasser, Matthias Wehr, war dem Drängen Hoffmanns auf die Einrichtung eines eigenen Saarbistums abgeneigt; die Kurie verhielt sich in dieser Frage zurückhaltend und ernannte nur einen Apostolischen Administrator. Wehr hätte auch die (verweigerte) Zulassung der CDU Saar und deren frühes Zusammengehen mit der CVP begrüßt.
Als Hoffmann bemerkte, daß die Aufnahme des Saarlandes in die Montanunion kein exklusives Thema des französisch-saarländischen Dialogs sein konnte, sträubte er sich mit erstaunlicher Hartnäckigkeit gegen die Erkenntnis, daß der Status des Saarlandes auch in die völkerrechtliche Kompetenz der inzwischen überraschend erstarkten Bundesrepublik fiel. Es lag eine gewisse Tragik darin, daß die Politik Adenauers zu seinem Rücktritt führte, obwohl dieser gleichfalls christlich gesinnte Staatsmann im Grunde das Bekenntnis zu einem vereinten Europa mit dem saarländischen Regierungschef teilte. Bis zum 23. Oktober 1954 handelte Adenauer mit den Vertretern der Französischen Republik ein Saarstatut (in Abwandlung des älteren Naters-Plans) aus, welches das Saarland in die Westeuropäische Union einband, dessen Wirtschaft der Bundesrepublik öffnete und bis zu einem Friedensvertrag Deutschlands mit seinen ehemaligen Kriegsgegnern gelten sollte. Der hier gebahnte, in einer größeren Gemeinschaft zu begehende Weg des Saarlands nach Europa war vorher schon gleichsam ins Leere gemündet, als die französische

Nationalversammlung am „schwarzen Tag" des 30. August 1954 die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und die mit dieser zu gründende politische Staatsbildung sang- und klanglos von ihrer Tagesordnung gestrichen hatte. Daß der deutsche Verteidigungsbeitrag nun im nationalen Rahmen zu leisten war, stärkte die Position des deutschen Kernstaats Bundesrepublik auch in der Saarfrage.
Der sog. zweite Saarkampf um die Annahme oder Ablehnung des Saarstatuts, um das Referendum vom 23. Oktober 1955, mündete in eine erbitterte Auseinandersetzung um die demokratischen Freiheiten an der Saar. In diesem Punkt zeigte sich Adenauer grundsätzlich unnachsichtig, wenngleich er eine Betätigung dieser Freiheit erst nach der Annahme des Statuts bei den dann anzuberaumenden Landtagswahlen erwartete. Demokratische Wahlen gehörten für ihn zur Grundbedingung jedes in die westliche Gemeinschaft eingefügten Staatswesens, zuvörderst der Bundesrepublik. Hoffmann beging schwere psychologische Fehler, ließ seine Wahlversammlungen im familiären Saarland durch martialische Polizeiaufgebote schützen. Nun rächte sich, daß er jahrelang keine wirkliche Opposition zugelassen hatte. Im Wahlkampf schlugen ihm schlimme Diskriminierungen entgegen, während die Anhänger der Heimatbund-Parteien als ewig-gestrige Nationalisten hingestellt wurden. Weit zurückreichende persönliche Abneigungen und Differenzen traten hinzu. Als Gegenspieler Hoffmanns profilierte sich der protestantische Rechtsanwalt und Freidemokrat Heinrich Schneider. Er war mit 23 Jahren der NSDAP beigetreten und hatte als Saar-Referent im Preußischen Innenministerium und in der NSDAP in Berlin 1933 bis 1935 Hoffmann als „Vertreter des Klerikalismus" bekämpft. Das konnte der Ministerpräsident schwer vergessen oder verwinden, obwohl Parallelen zwischen den Abstimmungen von 1935 und 1955, wenn sie denn gezogen werden, vordergründig bleiben müssen, weil es nun um die Rückkehr in einen demokratischen Staat ging. In der Bevölkerung ging der Riß um das Ja oder Nein zum Statut tief, entzweite Freunde, Bekannte, Verwandte, ganze Familien. Als die Saarländer mit 67,7 Prozent der Stimmen das Statut, für dessen Initiatoren überraschend, ablehnten, trat Hoffmann noch in der Nacht vom 23. auf den 24. Oktober 1955 aus freiem Entschluß von seinem Amt zurück. In der ungewohnten Niederlage bewies er Haltung und Format.

VI

Indes löste sich seine Partei, die CVP, nicht so bald auf. Der Spaltpilz wucherte im christlichen Lager weiter, nachdem Hoffmanns

Autonomiepolitik über das Saarland hinaus Fronten aufgerissen hatte. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Peter Altmeier, die CDU-Landtagsfraktion von Rheinland-Pfalz, der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Jakob Kaiser, repräsentierten die durchaus prominenten politischen Kreise, die mehrfach gegen Adenauers als kompromißlerisch empfundene Saarpolitik Stellung bezogen hatten. Beredte Fürsprecher hatte Hoffmann bei dem zutiefst föderalistisch gesinnten Verfassungsrechtler Adolf Süsterhenn, bei Paul Wilhelm Wenger und im Kreis um den „Rheinischen Merkur" gefunden. Die Nachwirkungen des Kampfes behinderten die notwendige Friedens- und Versöhnungspolitik. Der allzu früh verstorbene Ministerpräsident Egon Reinert und Hoffmanns bedeutendster Nachfolger im Amt, Franz Josef Röder (1959–1979), haben den Ausgleich mit diplomatischem Geschick eingeleitet und weitergeführt.

Johannes Hoffmann hätte unter günstigeren Schicksalsmächten schon von seiner eher gemütlichen Statur, von seiner zugänglichen und volkstümlichen, doch auch wieder patriarchalisch-bestimmten Art her den Typus eines populären und beliebten Landesvaters abgeben können. Doch er war in zu bewegte Zeitläufe hineingeboren. Er gehörte zu jenen achtenswerten Anhängern der Zentrumspartei, die 1933/34 ihre weltanschauliche Haltung nicht aus Opportunismus den Zeitumständen anpaßten. 1946 ist er zu einem Mitbegründer der christlichen Demokratie geworden. Nach der Bewährung als Publizist und Organisator führte er sein Regierungsamt mit wacher Intelligenz, großer Umsicht, zupackender Energie und geistiger Überlegenheit. Mit seinem Namen wird die Bildung des „Saarlandes" als einer eigenen föderalen Einheit und dessen Wiederaufstieg aus dem Trümmern des Zweiten Weltkriegs verbunden bleiben. Die politische und wirtschaftliche Einfügung dieses elften Bundeslands in die Bundesrepublik Deutschland hat er noch erlebt und begrüßt. Er täuschte sich allerdings über die unterschwellige Wirksamkeit der tief verankerten Gegenkräfte gegen seine schließlich allzustark an Frankreich angelehnte Politik und überschätzte die Bedeutung des Saarlands für die von den größeren Mächten abhängig bleibende Einigung Europas.

Doch hat er aus seiner eigenen, unabweisbaren Einsicht in tiefe Verfehlungen und schuldhafte Verstrickungen der jüngsten Vergangenheit dazu beigetragen, die Türen zu einem neuen Selbstverständnis der Europäer zu öffnen. Er setzte andererseits wohl nicht genug auf das Moment der Freiwilligkeit und respektierte zu wenig jene demokratischen Entwicklungen, die aus seiner Sicht in eine falsche Richtung wiesen. Durch eine christliche Schul- und Kulturpolitik suchte er während der instabilen und unsicheren Nachkriegsjahre seinen

Landsleuten neuen Halt zu vermitteln. Auch seine Freundschaft mit dem Schriftsteller Johannes Kirschweng, der wie kaum ein zweiter die Mentalität und Volksfrömmigkeit der Menschen an der Saar nachzuzeichnen wußte, deutet darauf hin, daß er mit solcher kulturpolitischer Weichenstellung in einem von religiöser Praxis geprägten heimatlichen Milieu wurzelte. Am 21. September 1967 ist Johannes Hoffmann in Völklingen, unweit von seinem Geburtsort, gestorben, wenige Jahre nach der Publizierung seines Rechenschaftsberichts über seinen Dienst an der Saar.



Ida Friederike Görres (1901–1971)

I

„Auch in dieser Stunde: Können wir danken? Können wir danken beim Tode von Ida Friederike Görres, mit der uns mitten in einer Wüste von Konformismus oder verlegenem Schweigen eine Stimme genommen worden ist, die in dieser Situation der Kirche unersetzlich scheint? Sie hat mit einer sehenden Sicherheit und mit einer Unerschrockenheit zu den drängenden Fragen der Kirche von heute gesprochen, die nur dem wahrhaft Glaubenden geschenkt ist." Mit diesen Worten charakterisiert der Theologieprofessor und spätere Kardinal Joseph Ratzinger Ida Friederike Görres in ihrer Bedeutung für die Kirche bei dem zu ihrem Gedenken gefeierten Requiem im Freiburger Dom. Berufen von der Bischofskonferenz, war sie wenige Monate zuvor Mitglied der Würzburger Synode geworden, eine Aufgabe, die sie nach eigenen Aussagen gegen ihren Willen übernahm, da sie weder mit der Atmosphäre, den Verfahren noch mit den versammelten Synodalen zurechtkam. Einzig die Mitarbeit in der Kommission „Gottesdienst, Liturgie, Sakramente, Spiritualität" entsprach ihr, weil sie – wie sie in einem Brief an Pfarrer Wallrafen festhielt – hier „echten Ernst, brennenden Eifer, tiefe Bekümmerung um das Volk" feststellen konnte. Am 14. Mai 1971 hielt sie in dieser Kommission ein Referat, dessen Diskussion frühzeitig beendet werden mußte, denn ein Anfall von Gehirnspasmen machte eine unmittelbare Einlieferung ins Krankenhaus notwendig. Am 15. Mai starb sie im Marienkrankenhaus in Frankfurt am Main.

Was die von Joseph Ratzinger konstatierte „Unerschrockenheit" anlangt, hätten ihm Kritiker und Freunde der bei ihrem Tod fast siebzigjährigen Schriftstellerin Zeit ihres Lebens wohl Recht gegeben. Anders war es mit der ‚Unersetzlichkeit' ihrer Stimme: Dem Freiburger Erzbischof Conrad Gröber, der 1946 in einem Hirtenbrief scharf auf Ida Friederike Görres' „Brief über die Kirche" reagierte, schien diese Stimme, die ohne jede Rücksicht den Klerus kritisierte, mehr als entbehrlich. Von den einen zur Zeit der wiederauflebenden Jugendbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg als „Kirchenfeindin"

verfemt, von den anderen zur Zeit des Zweiten Vatikanischen Konzils als Mitstreiterin vermißt, fiel das Urteil über ihr Wirken, jedenfalls in ihrer zweiten Lebenshälfte, sehr unterschiedlich aus. Sie blieb eine individuelle Stimme, die für viele sprechen wollte, de facto aber für immer weniger Katholiken sprach. Während sie in den dreißiger und vierziger Jahren die mangelnde Bereitschaft zu einem kirchlichen Aufbruch kritisierte, fürchtete sie in den fünfziger und sechziger Jahren, als er losging, die Auflösung der traditio fidei. Wie kam es zu diesem Umschwung und in welchen Vorstellungen über die Kirche läßt sich Kontinuität erkennen? Was war ihr Lebensweg und in welcher Linie liegt ihr schriftstellerisches Werk?

II

Als Ida Friederike Görres im November 1946 in den Frankfurter Heften ihren „Brief über die Kirche" veröffentlichte, war sie fast 45 Jahre alt. Geboren wurde sie am 2. Dezember 1901 als sechstes von sieben Kindern der Familie Coudenhove-Kalergi in Ronsperg im Böhmerwald. Der Vater, Heinrich Graf Coudenhove-Kalergi, der bereits in ihrem fünften Lebensjahr verstarb, war Diplomat der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, unter anderem in Japan, wo er Mitsuko Aoyama, eine buddhistisch und in der Tradition des Landes erzogene Japanerin, kennen lernte und 1892 heiratete. Um die vorhandene Mißwirtschaft zu korrigieren, entschied er sich 1896, auf seine böhmischen Güter, Schloß Ronsperg und Stockau, zurückzukehren, wo Ida Friederike also ihre Kindheit verlebte. Deren positive Seiten hingen in ihrer Wahrnehmung allerdings am wenigsten mit ihrer Familie zusammen – einzig ihre Schwester Elsa ist davon ausgenommen. In den „Nocturnen" schildert sie die Mutter nach dem Tod ihres Mannes als hart und ungerecht, das Verhältnis der Geschwister untereinander als ignorant oder nervenaufreibend, ihre den Standeskonventionen entsprechende Erziehung – auch die religiöse – als „gnaden-, geist- und liebeleer".

Umso prägender wurde die Lektüre von Büchern vor allem von Autoren aus den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts wie Strindberg, Ibsen, Shaw und Tolstoi, die in der nicht fortgeführten Bibliothek des Vaters vorhanden waren. In der Retrospektive der Tagebücher „Zwischen den Zeiten" nennt Ida Friederike Görres schließlich den Böhmerwald – die Landschaft mit dem Anwesen – selbst, der ihr zum Lehrmeister des „Sanften Gesetzes", wie es Adalbert Stifter formuliert hat, geworden ist: „Der Duft der Dinge, die Güte der Dinge – ich spiele schon lange damit, dieses Element als die ‚einsprin-

gende Gnade' in meiner Kindheit auszusprechen. [...] Die ‚Stimmung' – das heißt aber: die Essenz, die Wesenheit von Haus und Zimmer und Wald und Jahreszeit, die sich stumm und mächtig ausströmend offenbarte und die Seele berührte – die einzigen ‚numinosen' Erfahrungen meiner Kindheit, die später von den viel engeren, willensmäßig angelernten Übungen und deren Wirkungen abgelöst wurden." Ihrer Studie über Therese von Lisieux hat die religiöse Schriftstellerin Stifters Vorrede zu den „Bunten Steinen" „statt einer Einleitung" vorangestellt und damit weit über die Reflexion der Kindheit hinaus die Hermeneutik des „Sanften Gesetzes" übernommen, nach dem in der „äußeren" wie der „inneren" Natur das Große und das Kleine nicht nur die gleichen Ursachen hätten, sondern das vermeintlich Unscheinbare höher zu schätzen sei, weil es sich „welterhaltend" und „menschenerhaltend" auswirke.

Um dieses „Gesetz" nicht nur empfinden, sondern auch erkennen zu können, mußte die böhmische Adelige ihren „hermetisch verlöteten Hohlraum" verlassen. Weder das Internat der Sacre-Coeur-Schwestern in Wien (1913 bis 1916) noch die Mary-Ward-Schule in St. Pölten (1916–1918, vielleicht auch noch länger) führten sie allerdings in eine wirkliche Weltbejahung. Erst in ihrem Noviziat bei den Mary-Ward-Schwestern (1923–1925), das sie nach knapp zwei Jahren auf eigenen Wunsch beendete, entschied sie sich, „einen Bezirk von Wirklichkeit" sich selbst nicht mehr zu unterschlagen und „senkrecht hindurch durch das ganze Gestrüpp" zu gehen, „auf gut Glück und Gottes Gnade, wie weit wir eben kommen", wie sie in ihren Briefen über Welt und Kloster „Von den zwei Türmen" formulierte. Im Pensionat der Englischen Fräulein lernte Ida Friederike aber einen neuen Zugang zur Religion kennen, der sich in den folgenden Jahren ganz an der katholischen Jugendbewegung und der Liturgiebewegung orientierte. Der österreichische „Bund Neuland" wurde während ihres Studiums der Staats- und Gesellschaftswissenschaften in Wien ihre Welt und Heimat, später nach ihrem Umzug nach Freiburg und ins Bistum Meißen der „Quickborn" um Romano Guardini und die Burg Rothenfels. „Die Kirche erwacht in den Seelen" – dieses Diktum Guardinis brachte zum Ausdruck, worum die Jugend- und Liturgiebewegung rang: um den adäquaten gemeinschaftlichen Ausdruck des Glaubens in der Auseinandersetzung mit einer Generation, deren Ritualismus kein Gemeinschaftserleben kannte. „In der ersten Zeit der Jugendbewegung lebten wir eigentlich in leidenschaftlicher Zuversicht von der Theorie, am religiösgeistigen Mißstand der Gegenwart sei im Grund *nur* die veraltete, verkehrte, verkalkte, unwesentliche, undogmatische, unliturgische, unbiblische Art der bisherigen und landläufigen kirchlichen Verkün-

digung schuld, welche die Außenstehenden nicht mehr erreicht, und wo sie es tut, sie nicht mehr berühren und erschüttern kann. Aber nun: *Wir* würden es ja ‚richtig' machen, was die Alten verbockt hatten – *wir* würden ‚in der Sprache der Zeit' reden, feinfühlig den Puls hören, die verschwiegenen Nöte erraten und die erlösende Antwort finden: Dann, ja dann würden die ‚feinen' Menschen draußen aufhorchen und endlich merken, wie sehr das Evangelium *das* sei, was sie ‚eigentlich' und immer gesucht und gemeint hätten."
In deutlicher Distanzierung resümiert Ida Friederike Görres Ende 1945 in ihren Tagebüchern ihre dennoch spürbare Begeisterung der zwanziger und dreißiger Jahren für diesen Aufbruch, den sie tatkräftig als Mitglied der sogenannten Mitarbeiterrunde in Wien wie auch als Mitarbeiterin der Zeitschriften „Neuland" und „Schildgenossen" unterstützte. „Die Welt vor den Toren der Kirche" hieß ein wichtiges Schlagwort dieser Bewegung, deren tiefste Basis aber ein Erweckungserlebnis in der Kirche und für die Kirche war. In Hinblick auf ein sich wandelndes Verhältnis zur Arbeit analysierte Ernst Jünger in seinem 1932 erschienenen Essay „Der Arbeiter" einen weiter ausgreifenden Trend dieser Jahre, der offensichtlich der Erfahrung von Zersplitterung in der sogenannten „Systemzeit" entgegenwirken wollte und einen neuen Gemeinschaftstypus propagierte: „Es sind vielmehr Zusammenhänge anderer Art, innerhalb deren sich der neue Typus, der Schlag des 20. Jahrhunderts, anzudeuten beginnt. [...] Daß die Kräfte, die solche Gruppierungen veranlassen, andersartige geworden sind, deutet sich vielfach schon in einer Veränderung der Namen an. ‚Aufmarsch' statt ‚Versammlung', ‚Gefolgschaft' statt ‚Partei', ‚Lager' statt ‚Tagung' – darin drückt sich aus, daß nicht mehr der freiwillige Entschluß einer Reihe von Individuen als die unausgesprochene Voraussetzung der Zusammenkunft betrachtet wird, [...] sondern [...] eine tatsächliche Verflechtung."
Die katholische Jugendbewegung hat diesen dem katholischen Kirchenverständnis nicht fremden Trend angenommen; gemessen an den hochgesteckten Zielen des Aufbruchs war sie aber wirkungslos gegenüber dem erstarkenden Nationalsozialismus. Noch Ende der dreißiger Jahre sieht Ida Friederike Görres – in Abgrenzung zur Vätergeneration, die den Ersten Weltkrieg verschuldet habe – ihre Generation oder jedenfalls deren intellektuellen Kreise als „ganz und gar passive, jawohl *höchst* ‚erleidende' Zuschauer und Objekte". Im Mai 1944 notiert sie in ihrem Tagebuch dann offenkundig bohrendere Fragen, die in der zeittypischen Polarisierung von Geist- und Tatmensch ihren Ausdruck finden: „'Wir' hatten richtige Einsichten, aber keine Kraft der Verwirklichung, des Durchsetzens – warum? Waren wir vorwiegend introvertierte, beschauliche Menschen, nicht

zum Handeln bestimmt, sondern zum Erkennen?" Als solche Zweifel sich unter dem Eindruck der Zerstörung Deutschlands einstellten, lebte sie schon in ganz anderen Lebensverhältnissen. Von 1927 bis 1929 hatte sie die „Soziale Frauenschule" in Freiburg absolviert und sich in einem „votum virginitatis" an den Dienst in der Kirche gebunden, nach zwei weiteren Jahren des Studiums an der dortigen Universität wurde sie vom Bistum Meißen als Seelsorgehelferin für die Mädchenseelsorge angestellt. In dieser Zeit trat sie auch mit eigenständigen Publikationen an die Öffentlichkeit. Nicht wenige katholische Kreise sollen überrascht gewesen sein, als sie vernahmen, daß Ida Friederike Coudenhove-Kalergi und Carl-Joseph Görres, Ingenieur und damals Direktor einer Maschinenfabrik, an Ostern 1935 heirateten. Ab diesem Zeitpunkt war Ida Friederike nicht mehr berufstätig und erhielt von ihrem Mann offensichtlich jede erdenkliche Unterstützung für ihre publizistische und ihre Vortragstätigkeit. Nach einem dreijährigen Aufenthalt in Berlin, lebte das kinderlose Ehepaar ab 1939 zwanzig Jahre in Stuttgart, bis es für die letzten Jahre in ein Freiburger Altersheim übersiedelte. Während mit dem Umzug nach Stuttgart äußerlich Ruhe einkehrte, vollzog sich innerlich erst in dieser Zeit ein Wandel, der trotz zahlreicher lebhaft gepflegter Freundschaften für die zu Zeiten populäre Katholikin Einsamkeit zur Folge hatte.

III

Obwohl Ida Friederike Görres schon Ende der dreißiger Jahre eine Distanz zur Jugendbewegung spürte, die ja nach Kriegsende mit einer neuen Generation wieder erstarkte, war ihr Reformeifer gegenüber der Kirche nicht erlahmt. Mit dem erwähnten „Brief über die Kirche" formulierte sie Kritik am Zustand der Kirche, genauer gesagt des Klerus, den sie als ungebildet, die Fürsorgepflicht vernachlässigend und verwahrlost brandmarkt. Die erste Intention liegt dabei in der Abwehr – dies ist an dem fiktiven Adressaten des „Briefes" abzulesen – eines traditional-sentimentalen und formal-liturgisch ausgerichteten Katholizismus, der ohne die Begeisterung des Glaubens auszukommen scheint. Mit dem Nennen des Hauptgrundes erweist sie sich aber als Kind der Jugendbewegung: „Sehr verehrter Herr Doktor – jetzt bin ich endlich am Brennpunkt unseres Gespräches –, und Ihre Frage zeigte mir unübertrefflich und blitzartig, wie weit da unsere Auffassungen auseinandergehen. Warum ich – warum wir, denn ich rede für viele – doch katholisch sind? Weil wir die Kirche lieben!" Diese Liebe zur Kirche traf aber bei vielen – beson-

ders Klerikern – nicht auf Gegenliebe. Das hatten anscheinend sowohl die Autorin, auf jeden Fall aber die Schriftleitung der „Frankfurter Hefte" schon befürchtet. In ihrer „Vorbemerkung" zu dem Brief bitten sie „unsere Leser", „nichts aus seinem Zusammenhang zu nehmen, alles in dem Geist zu lesen, in dem es geschrieben ist", besonders aber die Priester, sich nicht zu verschanzen „hinter einer Autorität, die nichts wert ist, wenn sie nicht vom Herzblut des Guten Hirten gespeist ist".
Offensichtlich erhielt die neue „Kirchenfeindin" viele „zornige" Zuschriften, deren Gipfel der schon erwähnte Brief des Freiburger Erzbischofs Gröber darstellte. Auf diesen antwortete sie ebenfalls öffentlich, die meisten anderen ließ sie mit Verweis auf Kardinal Newman, der auch nie auf „Anrempelungen" geantwortet habe, „halb aus Hochmut, halb aus Indolenz [...] und mit guter Absicht dazwischen" auf sich beruhen. So unbekümmert, wie diese Aussage es suggerieren könnte, war der ganze „Fall" aber nicht. Ähnlich wie Reinhold Schneider, der sich in der Ostberliner Zeitschrift „Aufbruch" 1951 gegen die Wiederbewaffnung und atomare Aufrüstung zu Wort gemeldet und deswegen von kirchlicher Seite wahre Ächtung erfahren hatte, so bedeutete auch der „Brief über die Kirche" für Ida Friederike Görres langfristig einen Einschnitt: Verlust an Popularität, weitgehender Verlust der Leserschaft und insofern Verlust der „Gemeinde". Der Grund für diese harsche Konsequenz lag offensichtlich in der bewußt hergestellten Öffentlichkeit der Diskussion. Die Schriftleitung der „Frankfurter Hefte" hatte in einer Vorbemerkung zu Ida Friederike Görres' Aufsatz die Intention angegeben, „die Öffentlichkeit und Offenheit der Erörterung" in dieser Frage herzustellen, und dies später demokratietheoretisch und mit einer neuen Laientheologie begründet: „Etwas allerdings ist neu an dieser Öffentlichkeit: sie ist auch Kennzeichen eines neuen, soziologisch zu begreifenden Sachverhaltes: Soweit die Stellung der Laien in der Kirche durch die hierarchische Gliederung der Kirche bestimmt ist, bleibt sie unveränderlich [...]. Inzwischen ist aber nun einmal das Zeitalter der Demokratie angebrochen und zugleich mit ihm – allerdings auch als Folge innerkirchlicher Entwicklung das der Mündigkeit des Laienstandes.". Die Wahl für dieses Unterfangen war bewußt auf die aus der Jugendbewegung bekannte Schriftstellerin gefallen, „weil echte Liebe zur Kirche, Lebenserfahrung und ein wacher, für die Nöte der Zeit und des Kirchenvolkes aufgeschlossener Sinn in ihr eine fruchtbare Einheit bilden." Nach ihrer Replik auf Erzbischof Gröbers Brief ebenfalls in den „Frankfurter Heften" blieb sie zunächst dem Thema Kirche und der genannten Intention treu, das Gespräch „im Herzen der Kirche" fortzuführen: „dort wollen wir

reden und klagen und aufschreien und hören", damit Laien Laien stärken, so schreibt sie noch 1950 in der „Leibhaftigen Kirche". So hoch die Erwartungen waren, die mit Ida Friederike Görres' öffentlichem Wirken verbunden waren, so groß war die Enttäuschung, als sie die Kontroverse nicht fortführte.

Ein äußerlicher Grund dafür war zunächst, daß die auf sich zurückgeworfene Schriftstellerin im Oktober 1950 an Gehirnspasmen und schwerer Arthritis erkrankte und damit für vier Jahre ans Bett gefesselt war. Die schmerzhafte Krankheit, über deren psychische Ursachen sich nur spekulieren läßt, zwang sie zu Ruhe und Zurückgezogenheit, die allerdings eine weitreichende Revision ihrer bisherigen Haltung zur Kirche und ihrem öffentlichen Wirken zufolge hatten: „Ich erkenne, wie es falsch war, daß ich in den letzten zehn Jahren oder so im Schreiben und Reden, besonders für die Jugend alles partout auf das ‚Klare', Faßliche, Demonstrable einrichten wollte," so schreibt sie 1951 in ihr Tagebuch. „Damit war mein Schreiben falsch geschaltet, entlang einer bestimmten Oberflächenschicht, die Tiefen zwar häufig streifend und auch schüchtern aufweisend, doch nie aufreißend." Ohne Gemeinde lehnt sie auch ihre Sprecherfunktion „für viele" ab, Ursache und Wirkung dürften dabei nicht leicht zu unterscheiden sein. Existentieller als ihre Selbstdefinition gegenüber der Öffentlichkeit der Kirche sind in ihrer Reflexion aber die Formfindung und der Formverlust des eigenen Glaubens. Reinhold Schneider, der in der strengen Form des Sonetts in den dreißiger und vierziger Jahren seine Lesergemeinde eschatologisch begründeten Trost gegeben hatte, erlebte in diesen Jahren ebenso einen Prozeß der Formauflösung, die sich literarisch in „Winter in Wien" niederschlägt und seinen Glauben durch „die Kapelle der Todesangst Christi" führt.

Ida Friederike Görres, die auf ihr Urteilsvermögen und ihre Urteilssicherheit Zeit Lebens nicht hat verzichten wollen, reflektiert ähnliche Vorgänge, wenn sie 1953 oder 1954 in ihr Tagebuch notiert: „Mein Glaubens-‚besitz' an klaren scharfen, funkelnden und, wie es schien, unzerstörbaren Begriffen und Formulierungen war doch das Kernstück [...] meines ‚geistigen Vermögens' überhaupt [...]. Und nun beginnt sich dieses zum Teil aufzulösen. NICHT die Substanz, wohl aber die Form. Und wenn ich auch weiß, daß beide nicht identisch sind, wie ich ja Dreiviertel meines Lebens oder länger dachte, so weiß ich doch ebenso gut, daß die Substanz nicht ohne Form existieren kann. Daher die so große Angst, während wieder ein Stück Gestalt schmilzt und vergeht, weil man nicht weiß, wann und wie – und ob es wiedergeschenkt wird." Auf diesem Hintergrund wird verstehbar, warum das Thema Kirche in dieser Zeit in der Arbeit von

Ida Friederike Görres zurücktritt oder vornehmlich in Anmerkungen zur geistlichen und liturgischen Tradition aufscheint. Die Reflexion des Glaubens, so macht dieses Zitat deutlich, ist aber auch umgekehrt zugleich eine Reflexion der Form. Welche literarischen Formen wählte die Schriftstellerin Ida Friederike Görres, die 1931 mit einem „Gespräch über die Heiligkeit" als erster selbständiger Publikation an die Öffentlichkeit trat und deren letztes Buch mit dem Titel „Weltfrömmigkeit" 1975 posthum veröffentlicht wurde?

IV

Ein Urteil ihres Freundes und Kollegen Alfons Rosenberg in der Festschrift zu ihrem 60. Geburtstag gibt hierauf eine Antwort, die sich am Werk der Schriftstellerin leicht belegen läßt: „Doch obwohl Ida Görres sich der Welt gegenüber als Schreibende darstellt, geht ihr Schriftliches aus dem Mündlichen hervor – sie ist ein ausgesprochen dialogischer Mensch." Gespräche, Dialoge und Briefe waren ihre bevorzugte Gattung, aber auch die Aufzeichnungen aus ihren Tagebüchern geben zahlreiche Gespräche mit Menschen, Büchern oder mit ihr selbst wieder. Charakteristisch dafür ist es, daß sie besonders bei den Tagebüchern auch den Duktus und die Wortwahl der gesprochenen und gedachten Sprache beläßt: „Der geduldige Leser [...] möge sich bisweilen daran erinnern, daß man *Selbstgespräch* und nicht *Selbstgeschrift* sagt. Mit sich selbst aber redet man, wie einem der Schnabel gewachsen ist", so entschuldigt sich die Autorin nahezu in der Vorbemerkung zu den „Nocturnen". Deshalb sind vor allem die Tagebücher mit dem österreichischen Idiom und der englischen Sprache durchsetzt. Ihre erklärte Intention ist es, den Leser zum Nachdenken und zum Gespräch zu bringen und damit auch eine Art Gemeinschaft mit ihm einzugehen. Ida Friederike Görres brauchte offensichtlich ihr Publikum – nicht aus Erfolgsgründen, sondern weil sie sich als eine Stimme für viele selbst verstand. „Früher habe ich ja einfach und ohne besondere Intention für *die* Leute geschrieben, mit denen ich zu arbeiten pflegte – das sehr umschriebene Niveau der ‚aufgeschlossenen kath. Jugend', in ihren erwachsenen Schichten meist Lehrer und Lehrerinnen, Fürsorgerinnen, Kapläne, Krankenpflegerinnen etc. [...] Aber was mich *jetzt* beschäftigt und was ich auszudrücken versuche, geht mein einstiges Leserpublikum kaum mehr was an, interessiert sie auch gar nicht [...]. So habe ich das Gefühl in eine Leere zu reden, wo niemand zuhört. Das macht SEHR unsicher, auch in bezug auf Form und Formulierung."

Mit diesem Resümee aus dem Jahr 1966 betont die Autorin, wie sehr sie ihr Schreiben vom „Publikum" her definiert, auch wenn es kaum noch vorhanden ist. Biographisch begründet in der Erfahrung der Jugendbewegung, greift sie damit auf eine Konstruktion von Literatur zurück, die die Romantiker, vor allem Friedrich Schlegel, als katholische Poetik formuliert hatten und die im Laufe des 19. Jahrhunderts zu einer pädagogisch angelegten Selbstbeschränkung des katholischen Milieus depravierte. Als Leitvorstellung war beiden – der romantischen wie der neuscholastischen Richtung – aber gemeinsam, daß Literatur „aus dem Leben hervor und wieder in das Leben übergehen" sollte, wie es 1841 der Autor zahlreicher populärer Kindererzählungen Christoph von Schmid in der Vorrede zu seinen „Gesammelten Schriften" formuliert hatte. Da Ida Friederike Görres Beheimatung in dem Kreis um die „Frankfurter Hefte" ausgeschlagen hatte, wurde sie für das Thema Kirche zu einer einsamen Mahnerin und Kritikerin, während ihre geistlichen Schriften zunehmend als nicht mehr zeitgemäß angesehen wurden. Dabei verlor sie ihr fast missionarisches Bewußtsein nicht, das schon in einer ihrer frühesten Publikationen Ausdruck gefunden hatte.

In dem „Gespräch über den Menschen und den Christen", betitelt „Von der Last Gottes", stellt sie 1932 den Katholiken die Frage, ob diese ihre eigene Kirche so attraktiv fänden, daß sie andere daran binden wollten, und führt zugleich selbst am Beispiel des vitalistischen Menschenbildes vor, wie eine selbstbewußte Auseinandersetzung mit dem Zeitgeist aussehen könnte. Obwohl die Nationalsozialisten nicht erwähnt sind, ist hier die Sorge vor einer gesellschaftlichen Bedrohung zu erahnen – wenngleich ihr die Hoffnung auf das Erstarken der Kirche gleichberechtigt gegenüber steht. Allerdings ist dies eine der wenigen Stellen im Werk von Ida Friederike Görres, an der sie im weiteren Sinne des Wortes politisch wird. Die „kirchenpolitische" Auseinandersetzung nicht scheuend, enthielt sie sich gegenüber dem politischen Geschehen zeit ihres Lebens jeglichen schriftlichen Kommentars. Eindeutig setzte sie auf den einzelnen und dessen Überzeugungen. So verwundert es nicht, daß ihre Werke – jenseits des Themas Kirche – um die Fragen eines geistlichen Lebens kreisen. Somit schloß sie sich der Forderung der Jugendbewegung an, die da lautete: „Baut den Menschen wieder auf, den Menschen – nicht als den trotzigen Gegenpol Gottes, sondern den Menschen, der seiner natürlichen Seite nach wieder so ist, daß er ein Christ sein *kann*." So widmete sie zahlreiche Schriften dem Thema „Weltfrömmigkeit", also der Frage, wie eine Laienspiritualität heute zu buchstabieren ist, wie auch den Heiligen, deren Vorbildlichkeit

sie gerade in ihrer die Liebe Gottes transparent machenden Menschlichkeit sah. Einige Schriften seien hier exemplarisch dargestellt.

V

In ihrem Buch „Gespräch über die Heiligkeit" sucht sich die Autorin durch zwei Stimmen der heiligen Elisabeth von Thüringen zu nähern: „die Eine", die nach der Feier des 700. Todestages „ganz ehrlich, ganz kritisch" das Leben der Heiligen beleuchten will; „die Andere", die Elisabeth als Menschen und damit als Heilige darstellen will und damit am Ende auch die erste überzeugt. So interpretiert „die Andere" zum Beispiel die sogenannte „Vertreibung von der Wartburg" nicht in der romantischen Motivtradition als Opfer, das der verwitweten Landgräfin nur zugemutet würde, sondern vielmehr als deren bewußte Entscheidung, die zur Konsequenz auch die Trennung von den eigenen Kindern hatte: „Sie bebt vor dem ‚ungerechten Gut' zurück, an dem Elend und Fron des ausgesogenen, armen Volkes klebt [...]; und doch ist die ‚Vertreibung von der Wartburg' nichts anderes als die Entscheidung Elisabeths, ihr Recht der Lebenserhaltung dem der Armen gleichzustellen." Aufgrund ihres besonderen Verhältnisses zu Gott ist die Heilige imstande, seine Liebe allen weiterzugeben, da er ihr alle Menschen ans Herz legt. „Mir aber bleibt nun doch die *Heilige* Elisabeth," so resümiert „die Eine", „nicht mehr deshalb, weil der ‚brokatene Mantel der Legende' um ihre Schultern liegt, aber weil vorzeiten in ihrem glühenden und reichen Kinderherzen der Herr selbst lebendig durch das Thüringer Land gegangen ist, sie wie ein Brot an alle Not verteilend."
Auch in der Erzählung „Die siebenfache Flucht der Radegundis", die erstmals 1937 erschien, versucht Ida Friederike Görres gegen die Klischees der Hagiographie anzugehen: weder möchte sie einen Heiligen „auf purem Goldgrund" erscheinen lassen, „eine wahre Engelsnatur, seine Freunde lilienweiß wie er, seine Feinde teufelsschwarz", noch „vor lauter Anmerkungen und Belegen den Glanz des heiligen Angesichtes ganz zu verlieren". Deshalb wählt sie wiederum nicht nur die Gesprächsform – diesmal zwischen drei Personen –, sondern auch die fiktive Form einer Erzählung, die hin und wieder auch die Gesprächssituation beschreibt. So wird der Leser einerseits an der Rekonstruktionsarbeit des Heiligenlebens beteiligt, andererseits kommt die Rahmenhandlung jedoch bis zum Schluß über ihren rein funktionalen Charakter nicht hinaus. Zwischen den sprechenden Figuren wird zwar der Gegenstand klarer, ansonsten verändert sich aber nichts. Dazu paßt, daß mit dem „Dichter" und

dem „Gelehrten" nur Typen benannt sind, allein die dritte Gesprächspartnerin trägt einen Namen: Agathe, also die Gute, die aufgrund ihrer Frömmigkeit und ihres – weiblichen – Erfahrungswissens kongenial zur Heiligen steht. Deutliche Intention des Gespräches ist es, gegen jede falsche Vergoldung der Heiligen anzugehen; indem zum Beispiel auch das Versagen der Heiligen angesprochen ist, soll der Leser umso leichter in eine Gemeinschaft mit ihr treten und aus der Beunruhigung über ihr Leben auch sein Leben ändern. Trotz des Willens zur Nüchternheit kommt die Sprache der Erzählung nicht ohne „Süßigkeit und Trost", „wilde und schmerzliche Tränen" oder ein „erglühendes Herz" aus.

Von diesem „hohen" Ton und einer dichten Folge nicht unbekannter Bilder sind auch die Gedichte der Autorin geprägt, die 1949 unter dem Titel „Der verborgene Schatz" erschienen und um die erotische Liebe wie die Liebe zu Gott kreisen. Auch in ihnen wendet sich das lyrische Ich häufig an ein Du, an den Geliebten, an Gott oder das eigene Herz, das nur durch die Liebe den verborgenen Schatz finden kann: „Mein Herz, von jeder Schönheit Spiel gebannt,/ berauscht von einer Wiese Mohn und Glocken,/ was zauderst du mit karg verschlossener Hand?" Der mystischen Tradition nahestehend und vom Expressionismus inspiriert, mischt sich hin und wieder auch eine pastorale Intention in die Gedichte, die offensichtlich auch bei den zeitgenössischen Lesern keine große Resonanz fanden: „Aber wisse, die Milde,/ die dir das Herz zerbricht,/ spiegelt im Tautropfengebilde/ tilgender Liebe Gericht:// Zwischen dem Brückengeländer/ und der spritzenden Dunkelheit/ flutet, Meer ohne Ende,/ Gottes Barmherzigkeit!"

Als drittes Beispiel für die neue Art der Hagiographie von Ida Friederike Görres, die sich auf den Spuren von Kardinal John Henry Newman bewegte, sei ihre große Arbeit über Therese von Lisieux genannt. Während des Zweiten Weltkrieges geschrieben und 1944 unter dem Titel „Das verborgene Antlitz" im Herderverlag veröffentlicht, bemüht sich diese 500seitige Studie, dem Leben der Therese weitmöglichst gerecht zu werden und es von den Übermalungen ihrer Schwester Pauline zu befreien (obwohl zu dieser Zeit noch keine kritische Edition von Thereses Autobiographie „Geschichte einer Seele" vorlag). Gerade in dem „mit mächtigem Einsatz stiller Leidenschaft geführten Kampf um Erneuerung der katholischen Christenheit" wollte sie das „Baby" Therese anführen, das nur scheinbar dem Bild des mündigen Christen widerspräche, so formuliert sie jedenfalls ihr Anliegen in der überarbeiteten Auflage von 1964.

Aber auch in der ersten Auflage wird deutlich, daß Ida Friederike Görres in Thereses Leben die Erneuerungsfähigkeit der Kirche

exemplarisch vorgeführt sieht: „In Therese sammelt und läutert sich gleichsam das Innigste und Tiefste, das in der Frömmigkeit der Zeit lebt, der Kern des Erbes, die wesentliche, immer gleiche Substanz des Glaubens, die lebendige Seele der Kirche; wie der Falter vollendet durch die verpuppenden Hüllen bricht, stößt sie verwandelt durch die welken Schalen des Zeitgenössischen hindurch und erscheint uns als reine Verkörperung christlicher Wirklichkeit." Die „verpuppenden Hüllen" sowohl der Frömmigkeit des 19. Jahrhunderts, des Klosters, der Familiengeschichte wie auch der „Psychologie" der Person nennt die Autorin ohne jede Scheu, weil die „Armseligkeit eines solchen Lebens" umso mehr „den uns zutiefst angehenden Vorgang des Geheiligtwerdens" offenbart. Nicht zufällig wandte sich Ida Friederike Görres hauptsächlich heiligen Frauen zu, an denen sie diesen Vorgang in besonderer Weise zeigen konnte. Erst nach ihrem inneren Wandel in den fünfziger Jahren begann sie aber, das Weibliche mit der Kirche zu identifizieren; so etwa wenn sie die Liturgiereform des Zweiten Vatikanischen Konzils als „die Flucht vor dem Weiblichen" kritisierte, die einseitig auf „Rationalisierung" und „Versachlichung" setze.

War es das Kleine und Unscheinbare, das Ida Friederike Görres an Therese von Lisieux interessierte, so veröffentlichte sie aus dieser Haltung heraus auch Aufzeichnungen aus ihren Tagebüchern oder kurze Essays, die sie zu verschiedenen Gelegenheiten verfaßt hat. In einem dieser Beiträge, der „Der karierte Christ" überschrieben ist, preist sie in beschwingtem Stil eine Eigenschaft, die in ihrem Werk sonst verborgen ist: den Humor. „Darum sind wir Bruce Marshall [...] dankbar, weil er den karierten Christen, und zwar den kleinen, im Taschenformat, meisterlich schildert. [...] Solcher Humor ist eine Form weiser, weher, geduldiger Liebe", der in Dankbarkeit wurzelt. Trotz aller Schärfe in der Kritik, trotz aller Vehemenz im Willen zu verändern, trotz aller Einsamkeit und trotz aller Zurückhaltung vor Vereinnahmung oder auch als Grund all dessen: Dankbarkeit ist eine durchgehende Haltung der Ida Friederike Görres gewesen. Dank wirke, so schrieb sie, wie „ein Mikroskop, das ja nicht Kleines ‚scheinbar vergrößert', sondern die unwahrnehmbare Kostbarkeit, die sehr wirkliche, vorführt, nein, wie das Licht, das überhaupt die von der Dunkelheit verborgenen Gegenstände erst entdeckt. Wer dankt, weiß sich beschenkt, wer beschenkt wird, weiß sich geliebt – wer sich geliebt weiß, wie sollte er nicht glücklich sein? [...] Dank erhellt und heilt, er schärft und steigert die Erlebnisfähigkeit aller inneren und äußeren Sinne, er verwandelt unser ganzes Leben und uns selbst. Die echte, die dankende Andacht zur Welt fließt über in die wachsende Andacht zu Gott."



Fritz Burgbacher (1900–1978)

„Von seinen Idealen und von seinen Taten" her ist Karl Friedrich (Fritz) Burgbacher als ein großer Europäer und als „Pionier der Eigentumspolitik" und als „Anwalt der sozialen Partnerschaft" gewürdigt worden. Sein Lebenswerk drehte sich jedoch nicht nur um die Politik, da waren auch seine erfolgreiche Unternehmertätigkeit, die er als einer der führenden Repräsentanten der Energiewirtschaft fast 40 Jahre lang ausübte, und seine akademische Lehrtätigkeit, die er 1943 an der Universität Köln aufnahm und nach 1955 als Honorarprofessor fortführte. Es gab im Leben Fritz Burgbachers drei Pole: Unternehmertum, Wissenschaft und Politik.
In Erinnerung geblieben ist sein Anteil an der vermögenspolitischen Gesetzgebung der CDU/CSU-Fraktion und vor allem sein Vorschlag eines „Beteiligungslohns" von 1969, der als „Burgbacher-Plan" bekannt geworden ist. Dieser Plan zur Förderung von Eigentumsbildung für alle Arbeitnehmer sah vor, die Unternehmer gesetzlich zu verpflichten, Abgaben zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer zu entwickeln. Diese sollten zum Sparen verpflichtet werden – in der Erkenntnis, daß nicht nur die Verbesserung des Einkommens, sondern die richtige Verwendung des Lohnes wesentlich sei.

I

Geboren ist Fritz Burgbacher am 1. September 1900 in Mainz als einziges Kind des Goldschmiedgesellen Karl Burgbacher und seiner Frau Elisabeth, geb. Finkenauer. Seine Eltern mußten sich „krummlegen", um ihren Sohn nach der Volksschule die Oberrealschule besuchen und das Abitur machen zu lassen, das er 1918 ablegte. Nach kürzester Zeit schloß er das Studium der Volkswirtschaft und der Staatswissenschaften in Frankfurt a. M. mit dem Verwaltungs- und Sozialdiplom ab. Er war noch keine 21 Jahre alt, als er mit einer Arbeit über „Karl Büchers Bedeutung für die Statistik: Würdigung und Kritik" promoviert wurde. Der zu dieser Zeit in Leipzig lehrende Bücher galt als Vertreter der jüngeren historischen Schule unter den deutschen Nationalökonomen. In seiner Studentenzeit schloß Burgbacher sich der katholischen CV-Verbindung Badenia sowie der

Hasso-Nassovia und später in Köln der KDStV Rappoltstein an, der er zeitlebens die Treue hielt. Am 20. Mai 1922 heiratete er Elisabetha (Wilhelmina Aloysia) Kinkel. Aus der Ehe gingen vier Kinder hervor.
Nach seinem Studium trat er in die Geschäftsführung des Innungsverbandes und anderer Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände in Mainz ein. 1923 wurde er Syndikus der Dresdner Bank in seiner Vaterstadt, machte sich jedoch schon 1925 selbständig und arbeitete als Wirtschafts- und Steuerberater und beeidigter Bücherrevisor, bevor er 1929 in den Vorstand der Rheinischen Energie AG (Rhenag) nach Köln berufen wurde.
Schon als Schüler zeigte er ein waches Gespür für soziale Fragen. Sein Vater nahm ihn hin und wieder zur Veranstaltungen der christlichen Gewerkschaft mit. Frühzeitig war auch sein politisches Interesse geweckt worden. Prägenden Einfluß übte dabei sein Kaplan und Religionslehrer, Romano Guardini, aus, den er in späteren Jahren immer wieder gerne zitierte. Guardini, einer der Wegbereiter der katholischen Jugendbewegung, war in Mainz mit der Betreuung der „Juventus" beauftragt, einer Vereinigung von Schülern höherer Lehranstalten, und brachte seinen Schützlingen die Ideen des Mainzer Bischofs Wilhelm Emmanuel Frhr. von Ketteler nahe. Als Sprecher der Jugendgruppe übte sich Burgbacher im politischen Diskurs und hielt Vorträge zu politischen Themen: über Josef Görres etwa oder den Schülerhilfsdienst, und auf dem Höhepunkt des Ersten Weltkrieges 1917 auch über „Kriegsziele und innere Politik".

II

Die katholische Jugendbewegung und die katholische Soziallehre haben den geistigen und politischen Standort Fritz Burgbachers nachhaltig beeinflußt und seinen Weg in die Politik vorgezeichnet. Schon als Student trat er der Jugendorganisation der Zentrumspartei, den Windthorstbunden, bei. Aktiv nahm er an den Wahlkämpfen seiner Partei bei Landtags- und Reichstagswahlen teil und assistierte dem Vorsitzenden der hessischen Zentrumspartei (seit 1912) und Abgeordneten im Hessischen Landtag (1897–1918, 1919–1927), in der Nationalversammlung und im Reichstag (1919–1924), Otto Rudolf von Brentano, der von 1919 bis 1927, seinem Todesjahr, auch Justiz- und von 1921 an zugleich Innenminister in Darmstadt war. Sein politisches Engagement blieb aber nicht auf die Mitwirkung bei Wahlkämpfen beschränkt. Im Jahr seiner Übersiedelung nach Köln zog er, am 26. November 1929, für den am 1. Oktober ausgeschie-

denen Abgeordneten Hans Lauterbacher in den Landtag des Volksstaats Hessen ein, dem er bis 1931 angehörte.
Auch in seiner zweiten Heimatstadt gelang es ihm relativ schnell, in seiner Partei Fuß zu fassen. Nach der Machtübernahme Hitlers am 30. Januar 1933 und der Auflösung der kommunalen Parlamente in Preußen wurden für den 12. März 1933 Neuwahlen angesetzt. Am 21. Februar 1933 wurde Burgbacher vor dem Kölner Karl Katzer, dem Vater des späteren Bundesministers Hans Katzer, auf Platz 23 für das Kommunalparlament aufgestellt. Der Wahlkampf unter offen praktiziertem NS-Terror stand in Köln ganz unter der Devise „Fort mit Adenauer! Schluß mit der schwarz-roten Korruptionsmehrheit!". Die heftige Verleumdungs- und Hetzkampagne richtete sich nicht nur gegen den Oberbürgermeister, sondern auch die Zentrumspartei. Das Wahlergebnis brachte der NSDAP den erwarteten Zulauf: Sie erhielt 39,6 % der Stimmen und überflügelte damit das Zentrum, das trotz einer geringen Steigerung seines prozentualen Wähleranteils gegenüber 1929 nur auf 28,3 % (1929: 34,9 %) und auf 27 Mandate (1929: 35) kam, immerhin 2,6 % mehr als bei den letzten halbwegs freien Reichstagswahlen am 5. März. Die NSDAP stellte 41 Stadtverordnete, die SPD 12, die KPD 10 und die Deutschnationale Front 5.
Fritz Burgbacher war zwar in den Rat der Stadt Köln gewählt worden, doch aufgrund des Wahlergebnisses war für den politischen Katholizismus eine direkte Einflußnahme auf das weitere Geschehen faktisch nicht mehr möglich. Nachdem die Kommunisten ausgeschaltet und die zwölf SPD-Stadtverordneten ihre Mandate am 22. Mai niedergelegt hatten, waren nur 73 Stadtverordnete übrig geblieben; die NSDAP hatte also mit ihren 41 Mandaten die absolute Mehrheit erreicht.
In der gesamten Zentrumspartei verbreitete sich eine ungewohnte Lähmung. Die Zustimmung der Reichstagsfraktion zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 und die am 28. März veröffentlichte Erklärung der Fuldaer Bischofskonferenz, in der die deutschen Bischöfe ihre „früheren Verbote und Warnungen" gegenüber dem Nationalsozialismus weitgehend zurücknahmen, veranlaßten viele Zentrumsmitglieder zu einer Überprüfung ihrer antinationalsozialistischen Haltung. Sie glaubten, zumindest den Versuch unternehmen zu müssen, durch eine „positive Mitarbeit" im neuen Reich dem politischen Katholizismus eine Schlüsselstellung zu bewahren. Die Kölner Zentrumsfraktion diente sich bereits am 30. März 1933 den neuen Machthabern an und unterstrich „unter Zurückstellung mancher Bedenken" ihre „loyale, zur Mitarbeit bereite Haltung".

Da die Zentrumsführung in Berlin keine Richtlinien für das Verhalten der Parteiangehörigen im Lande veröffentlichte, wandten sich viele Wähler und Mandatsträger von der Partei ab, zumal selbst der Abt von Maria Laach, Ildefons Herwegen, Ende Mai in Köln erklärte, Volk und Staat hätten sich „in dem großen Führer Adolf Hitler", dem „Vater der Nation", geeinigt. Es verwundert vor diesem Hintergrund und unter dem Druck zunehmender Terrormaßnahmen gegen führende Zentrumsvertreter nicht, daß – wie es ein Schreiben an Karl Bachem, den Kölner Zentrumspolitiker und Parteihistoriker, ausdrückte – „ein Großteil unserer Leute wie die Fliegen umfallen" und zu den neuen Herren überliefen.

Zahlreiche Zentrumsfraktionen beschlossen ihre Auflösung, die meisten ihrer Mitglieder verzichteten auf ihre Mandate oder suchten als Hospitanten bei den NSDAP-Fraktionen um Aufnahme nach. Noch vor der Selbstauflösung der Zentrumspartei am 5. Juli orientierte auch Burgbacher sich um und trat mit seinem Stadtverordnetenkollegen Richter der nationalsozialistischen Rathausfraktion als Hospitant bei. Der „Westdeutsche Beobachter" vom 30. Juni 1933 vermerkte dazu, Burgbacher habe „sich vom ersten Tag seiner Tätigkeit ab Mühe (gegeben), ein für alle Teile annehmbares Verhältnis zur NSDAP herzustellen". Der Anschluß der beiden Männer an die NSDAP sei von symptomatischer Bedeutung, und es sei „zu erwarten, daß weitere Stadtverordnete des Zentrums dem Beispiel Dr. Burgbachers und Richters folgen werden".

Diese Erwartung erfüllte sich nur zum Teil. Zehn der 27 Stadtverordneten, die das Zentrum in Köln stellte, legten ihre Mandate bis Ende Juli 1933 nieder. Für sie rückten – obwohl die Partei eigentlich nicht mehr bestand – die nichtgewählten Zentrumskandidaten nach, die auf der Liste für die Wahl vom 12. März nicht zum Zuge gekommen waren. Unter ihnen war bis zur Ablösung des gewählten Stadtparlaments und zur Ernennung von nur noch 30 „Ratsherren" zum 1. April 1934 auch Adolf Süsterhenn, der bereits am 23. Mai 1933 Dr. Hugo Mönnig ersetzte und nach dem Krieg zu den Gründern der CDU gehörte sowie von 1946 bis 1951 Justizminister und seit 1947 auch Kultusminister des Landes Rheinland-Pfalz war.

Der Einfluß der ehemaligen Zentrumsvertreter auf Entscheidungen des praktisch gleichgeschalteten Stadtrats dürfte allenfalls marginal gewesen sein. Daran konnte auch Burgbacher während seiner Hospitanz und trotz seiner gut gemeinten Absicht auf Mitgestaltung nichts ändern. Ein NSDAP-Sympathisant war Burgbacher gewiß nicht. Vielmehr wird er in den ersten Monaten nach der Hitler-Regierung – wie viele seiner Zeitgenossen – die Meinung vertreten haben, die Nationalsozialisten würden in der praktischen Politik ihre

Radikalität ablegen und kompromißbereit sein. Auch der katholische Publizist Eugen Kogon hatte anfangs die Illusion, „den politischen Katholizismus in die nationale Aufbruchstimmung einbringen und sie dadurch ‚versittlichen' zu können". Der „Röhmputsch" von 1934 belehrte ihn aber eines Besseren und führte ihn in die Opposition mit der Folge langjähriger KZ-Haft. Seine Bilanz lautete 1947: „Es ist nicht Schuld, sich politisch geirrt zu haben ... Irren ist menschlich. ... Denn erst die Folgen des Irrtums machten es uns offenbar, daß wir die Mannigfaltigkeit der Zusammenhänge und die Qualität der Kräfte, die im Spiele waren, im Augenblick der Entscheidung nicht genügend berücksichtigt und nicht ausreichend eingeschätzt haben." Burgbacher zog nach 1945 aus seinem Irrtum die Konsequenzen. In zahlreichen Reden und Vorträgen prangerte er materialistisches Denken und bindungslose Funktionseliten, dogmatischen Indifferentismus und religiöse Gleichgültigkeit an. „Es wird in erster Linie die geistige Substanz sein, die unsere Zukunft entscheiden wird. Den Umfang und die Sicherheit unserer Freiheit bestimmt nicht der materielle Fortschritt, sondern der Geist, der unserem Volke und den übrigen Völkern der freien Welt innewohnt. Die echte Demokratie kann nur in der Freiheit bestehen ... Politik ist der ewige Versuch, Freiheit mit Gerechtigkeit zu verbinden." Auf diesen Prämissen baute er sein politisches Handeln auf, das er nach 1948 wieder aufnahm, als er in die neugegründete Christlich-Demokratische Union eingetreten war.

III

Während der nationalsozialistischen Herrschaft konzentrierte sich Burgbacher zunächst ganz auf seine Tätigkeit in der Rhenag. Auch suchte er die Nähe zur Wissenschaft und zur Universität, getragen von der Vorstellung, daß Spezialistentum die Gefahr verengter Sichtweisen in allen Daseinsbereichen, auch im akademischen Raum, vergrößere. Mit Professor Theodor Wessels gründete er 1943 das energiewirtschaftliche Institut an der Universität Köln und eine Förderergesellschaft zu dessen finanzieller Unterstützung, um dem akademischen Nachwuchs eine praxisnahe Ausbildung zu ermöglichen. Er erhielt einen Lehrauftrag für das Gebiet der „Energiewirtschaft", den er – mit kurzer Unterbrechung in der unmittelbaren Nachkriegszeit bis 1952 – 35 Jahre lang wahrnahm. Am 1. August 1955 wurde ihm der Titel eines Honorarprofessors verliehen.
Nachdem Burgbacher 1958 Mitglied des Europäischen Parlaments geworden war, in dem er bis 1967 den Vorsitz des Energieausschus-

ses innehatte, ließ er seinen Lehrauftrag über die Energiewirtschaft hinaus ausweiten und hielt seit 1960 im Rahmen der Politischen Wissenschaften auch Vorlesungen und Übungen über die „Europäische Integration". Burgbacher war sicher kein Wissenschaftler im strengen Wortsinn, vielmehr ein authentischer Zeitzeuge, der seine aus lebensnaher Erfahrung gespeisten Erkenntnisse über die Wirkungsmechanismen von Wirtschaft und Politik in den universitären Elfenbeinturm einbrachte.
Seinen Lehrverpflichtungen kam Burgbacher mit großer Freude nach, profitierte er doch selbst von dieser Symbiose von Praxis, Lehre und Forschung. Nach eigenem Bekunden bemühte er sich stets, seinen Studenten klarzumachen, „daß Fachwissen gut, aber ohne studium generale nur ein Handwerk ist". Für den akademischen Nachwuchs bedeuteten die von ihm vermittelten praxisnahen Einsichten einen Gewinn, den er aus der Lektüre theoriebehafteter wissenschaftlicher Abhandlungen allein nicht hätte ziehen können.

IV

Obwohl seit seinem CDU-Eintritt 1948 und der Übernahme des Schatzmeisteramts im Landesverband Rheinland in verschiedenen Parteigremien tätig, trat Burgbacher erst 1957 mit seiner Wahl in den Deutschen Bundestag, dem er 19 Jahre angehörte, ins politische Rampenlicht. Zu den Schwerpunkten seiner politischen Tätigkeit zählten neben sozialpolitischen Fragen, insbesondere der Vermögensbildung breiter Schichten, vor allem die Energie- und die Europapolitik.
Für die CDU/CSU-Fraktion war Burgbacher eine ungemeine Bereicherung. Bereits 1958 übernahm der parlamentarische Neuling als Nachfolger des verstorbenen früheren nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Karl Arnold, der dem linken Flügel seiner Partei zugerechnet wurde, den Vorsitz der Arbeitsgruppe „Eigentum", den er bis 1974 innehatte. Anfang der 70er Jahre war er außerdem Vorsitzender der gemeinsamen Kommission „Eigentum/Vermögensbildung" von Fraktion und Bundespartei.
Von 1958 bis 1977 war er Mitglied des Europaparlaments, in dem er dem Ausschuß für Wirtschaft und Währung angehörte und von 1962 bis 1967 dem Energieausschuß vorsaß. Von 1959 bis 1976 zählte er zu einem von zwölf Abgeordneten des Bundestags in der Nordatlantischen Versammlung, in der er bis 1968/69 den Vorsitz des Wirtschaftsausschusses innehatte. Burgbacher war der einzige CDU-Abgeordnete, der in allen drei Gremien in den Wirtschaftsaus-

schüssen saß, weil ihm daran gelegen war, wirtschaftspolitische Ziele auf breiter Grundlage abzustimmen und ein Auseinanderdriften in Grundsatzfragen zu verhindern. Dem Vorstand der Christlich-Demokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments gehörte er ebenso an wie dem „Politischen Komitee" der Europäischen Union Europäischer Christlicher Demokraten. Die Krönung seiner europäischen „Karriere" erreichte er mit der Wahl zu einem der Vizepräsidenten des Europaparlaments (März 1973 bis Dezember 1975).

Kaum im Bundestag, wurde er mehrmals für weitere Ämter ins Spiel gebracht: als Mitglied der Hohen Behörde der Montanunion oder als Nachfolger Erhards im Bundeswirtschaftsministerium oder Anfang 1960 als Bundesschatzminister nach dem Tod von Hermann Lindrath. Er lehnte jeweils ab, weil er sich seine Freiheit jenseits der Einbindung in die Kabinettsdisziplin erhalten wollte. Als Wirtschaftsminister wäre er allerdings auch nicht durchsetzbar gewesen, da er für den Energiesektor ähnliche reglementierende Vorstellungen entwickelt hatte wie Sicco Mansholt für die europäische Landwirtschaft. Sein Ehrgeiz ging deshalb in andere Richtung: Anstelle eines Ministersessels schwebte ihm als höchstes Ziel einflußreicher Parlamentarierarbeit der Vorsitz im Wirtschaftsausschuß des Bundestags vor. Doch gerade dieses Amt blieb ihm versagt.

In der Öffentlichkeit ist der Eigentums- und Energiepolitiker zuweilen als „einer der führenden Vertreter des linken Flügels" der Union bezeichnet worden, umgekehrt aber auch als „ein Mann der Industrie". Er hat gegen solche Klassifizierungsversuche nüchtern eingewendet, diese Begriffe seien schon deshalb fragwürdig, weil die Zusammensetzung des sogenannten linken und rechten Flügels sich je nach Sachlage völlig verändere. Burgbacher war der Überzeugung, „daß die Vermögensbildung in der Bundesrepublik, und zwar insbesondere die an den Produktionsmitteln, absolut ungerecht ist" und zuviel Vermögen in öffentlicher Hand stecke.

Dagegen setzte er mit seinen Initiativen auf die Stärkung der spar- und vermögenswilligen Einzelnen, wovon er auch eine Stärkung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik erwartete, die maßgeblich auf dem Eigentum beruht. Eine Umverteilung legal erworbener Vermögen und die Bildung anonymer Fonds, wie von SPD und den Gewerkschaften favorisiert, lehnte er aus rechtsstaatlichen Gründen ab, weil damit der Eigentumsbegriff ruiniert würde. Er entwickelte ein vermögenspolitisches Modell, mit dem er eine größere Effektivität des gesellschaftspolitischen Zieles „Eigentum für alle" erreichen wollte, weil festgestellt worden war, daß das 312-DM-Gesetz von 1965, zu dessen profiliertesten Verfechtern er

gezählt hatte, kaum mehr als 20 Prozent der Arbeitnehmer zu Sparinitiativen ermuntert hatte.
Unter seinem Einfluß entschied sich die CDU 1968 für einen gesetzlichen Investivlohn (Beteiligungslohn). Im August 1969 legte er dazu ein Schwerpunktprogramm vor (Burgbacher-Plan), das in einen Gesetzentwurf von 1970 einging, der die Unternehmer zur Zahlung vermögenswirksamer Leistungen verpflichtete, sofern sie nicht schon vereinbart waren. Die Arbeitgeber sollten für jeden ihrer Arbeitnehmer monatlich 20,00 DM vermögenswirksam anlegen; Bund und Länder sollten darüber hinaus eine Prämie von monatlich 6,00 DM leisten. Für alle Arbeitnehmer, auch für die Beamten, sollten die jährlichen Zuwendungen von insgesamt 312,00 DM in Wertpapieren wie Aktien und Investmentzertifikaten angelegt werden.
Verglichen mit früheren CDU-Positionen bedeutete die Entscheidung für einen gesetzlichen Investivlohn einen „Linksruck". Entsprechend waren die Reaktionen: Arbeitgeber und Industrie lehnten den Plan ab; von „Zwangssparen" war die Rede. Vor allem befürchtete man einen schwerwiegenden Eingriff in die Tarifautonomie: Der „Nebenlohn" der Vermögensleistung, der nicht in die Verantwortung der Tarifparteien falle, schränke den tarifvertraglichen Spielraum der Tarifparteien ein. Eine Sparleistung ohne Sparbewußtsein und ohne gewollten Konsumverzicht sei zudem ordnungspolitisch abzulehnen. Auch kapitalpolitisch wurde der Plan in Frage gestellt, da bei über 21,5 Millionen begünstigter Arbeitnehmer jährlich rund 7 Milliarden DM in entsprechenden Werten angelegt werden müßten. Die Sorge war, daß eine derartige Nachfrage am Kapitalmarkt zu einer Marktenge führen und so die Kurse in die Höhe treiben würde, so daß die Anlage in überhöhten Kursen erfolgen müsse. Auch würden die anderen Spardisziplinen (Kontensparen, Versicherungssparen, Bausparen) diskriminiert. Schließlich wurde eingewandt, auch der selbständige Mittelstand habe Anspruch auf gleiche Leistungen, etwa durch Begünstigung des nichtentnommenen Gewinns oder eine Erhöhung des Unternehmenslohns bei der Gewerbesteuer.
Trotz dieser Einwände bemühte sich Burgbacher um breite Zustimmung zu seinem Plan. Dem Vorwurf, die Union wolle damit die SPD links überholen, begegnete er mit dem Argument, die Aussichten, wieder Regierungspartei zu werden, stehe und falle mit dem Gewinn der Arbeitnehmerstimmen. Die CDU/CSU müsse sich hüten, Gruppendenken über das Gemeinschaftsdenken zu setzen. Allerdings dürfe sich kein Gleichheitsdenken ausbreiten und zu einer Einengung der Freiheitsräume führen. Er verlangte, solchen Trends durch Beachtung der Chancengleichheit gegenzusteuern. Die Union stehe mit ihren vermögenspolitischen Vorstellungen gemäß ihrem

Leitbild des christlichen Sittengesetzes in der Mitte; an oberster Stelle stehe die Forderung nach mehr innerer wie äußerer Freiheit für den einzelnen wie für das gesamte Volk.
Gleichwohl traf er innerhalb seiner Partei auf Widerstand. Aufgrund von wettbewerbs- und strukturpolitischen Bedenken wurden seine Bemühungen nur halbherzig unterstützt, von der Ablehnungsfront der Wirtschaft, den Gewerkschaften und der SPD/FDP-Regierung ganz zu schweigen.

V

Die politischen Umstände haben es Burgbacher nicht vergönnt, seine eigentumspolitischen Vorstellungen, die heute wieder aktuell sind, durchzusetzen. Schon Mitte der 60er Jahre war die Zeit der großen Sozialreformen mit Leistungsverbesserungen auf allen Gebieten vorbei. Im Bemühen um die Eigentumspolitik konnte Burgbacher nichtsdestoweniger auf große Erfolge zurückblicken: Er wirkte maßgeblich mit am Sparprämiengesetz von 1959, an den Teilprivatisierungen mit Volksaktien von Preussag (1959), VW (1961) und Veba (1965) sowie an den Vermögensbildungsgesetzen von 1961 (erstes 312-DM-Gesetz) und 1965 (zweites 312-DM-Gesetz). Hier hat er seine Überzeugung „Politik ist der ewige Versuch, Freiheit mit Gerechtigkeit zu verbinden" einbringen können.
Burgbacher begriff Wirtschafts- und Sozialpolitik immer im Zusammenhang als Gesellschaftspolitik und verkörperte so das Wesen der Sozialen Marktwirtschaft in seiner Person. Beide Politikbereiche sah er in gegenseitiger Abhängigkeit, nicht in einem Gegensatz oder in einem Über- und Unterordnungsverhältnis. Dabei war ihm bewußt, daß die Ansatzpunkte jeweils verschieden waren: Die Sozialpolitik gehe von den individuellen Sachverhalten aus, die zunächst ein Sicherheits-, im Eintrittsfalle ein Versorgungsbedürfnis des Einzelnen begründe, während die Wirtschaftspolitik vornehmlich das Versorgungs- und Sicherungsbedürfnis der Gesamtheit zum Ziel habe und eine gerechte Verteilung anstrebe. Auf diesem ganzheitlichen Verständnis beruhten seine kompetenten Stellungnahmen zu fast allen wirtschaftspolitischen Sachfragen: zur Verkehrspolitik, wo er den Ausbau der Infrastruktur forderte, zur Konjunkturpolitik, zu Geld- und Währungsfragen, zur Tarifpolitik, gegen staatliche Preiskontrollen, wie sie von der SPD in die Diskussion gebracht wurden, zur Raumordnung oder auch zur Landwirtschaftspolitik, um nur das wichtigste zu nennen. Im Zentrum seiner wirtschaftspolitischen Aktivität stand freilich die Energiepolitik.

Als ausgewiesener Kenner mit einschlägigen Erfahrungen seit 1929 betrachtete er die Energiewirtschaft nicht nur unter dem aktuellen oder kurzfristigen Aspekt des Konsums und der Preisbildung. Für ihn war die Energiewirtschaft vielmehr ein Wirtschaftsfaktor neben Kapital und Arbeit, eine unabdingbare Lebensnotwendigkeit für die moderne Volkswirtschaft Deutschlands und der westlichen Industriestaaten, in denen er eine beschleunigte Steigerung der Energienachfrage voraussah. Energiewirtschaft müsse, so meinte er, „in das große Ganze" eingebunden und in ihrer Beziehung zur Umwelt, einem Aspekt, dem er schon früh Beachtung schenkte, zur Volkswirtschaft und zur Politik insgesamt gesehen werden.
Nicht nur eine preisgünstige Energie, der „Rohstoff aller Rohstoffe", sei für Wirtschaft und Verbraucher von höchster Priorität, auch eine langfristig gesicherte Versorgung müsse stets im Blick behalten werden, und zwar nicht nur im nationalen, sondern auch im gesamten westlichen, insbesondere im europäischen NATO-Raum. Energiepolitik hieß für ihn nicht festzustellen, „daß etwas Aufregendes passiert, sondern bedeutet – wie alle Politik – Vorausdenken zwecks Vermeidung von Pannen und Krisen. Wer dieses Risiko scheut, der sollte zur Feuerwehr gehen und nicht behaupten oder denken, er sei Energiepolitiker". Man müsse mit den „Energieheinzelmännchen" sorgfältig und schonend umgehen, damit sie sich nicht von den Menschen abwendeten. Dies hieß für ihn auch, alle Möglichkeiten des Energiesparens zu prüfen und einzusetzen, wobei er an Maßnahmen zur Wärmedämmung oder an die Senkung des Benzinverbrauchs durch vernünftige Fahrweise dachte.
Vor dem Hintergrund dieser grundsätzlichen Erwägungen warnte Burgbacher vor einer Vernachlässigung der Kohle und vor einer Radikalkur bei der Schließung von Zechen. Weit vor der Ölkrise wies er schon eindringlich auf die Notwendigkeit einer langfristigen Sicherstellung der Energieversorgung in der Europäischen Gemeinschaft hin. In der Abhängigkeit von Energieeinfuhren aus Drittländern, nicht nur von billigem Öl, sondern auch von Erdgasimporten aus der Sowjetunion, sah er eine nicht zu unterschätzende Gefahrenquelle für die europäischen Volkswirtschaften. Frühzeitig warnte er vor den sozialen und politischen Folgen der Verdrängung des Energieträgers Kohle, die das Industriegebiet an Rhein und Ruhr vor gewaltige Probleme stellten.
Allerdings war er kein bedingungsloser Anhänger der Kohle. Er verschloß keineswegs die Augen vor der Tatsache, daß neben der Kohle auch andere Energiequellen, wie Wasserkraft, Öl, Erdgas und die Kernenergie, einen wichtigen Stellenwert im Energiemix einnahmen. Ihm war ebenfalls bewußt, daß die Elektrizität gegenüber der Kohle

einen unschätzbaren Vorteil besitzt und durch keine andere Energieform ersetzt werden kann. Aus diesen Erkenntnissen forderte er wiederholt die Kohleerzeuger auf, mit der Kohle zur Stromerzeugung überzugehen, denn dieser Sektor könne ihnen im Konkurrenzkampf mit den anderen Energieträgern nicht mehr genommen werden; außerdem biete er den Vorzug langfristiger und unabhängiger Existenzsicherung. Die Kohlesynthese oder Hydrierung zu flüssigen Kraftstoffen gehörte nach seiner Überzeugung sogar in die Verteidigungshaushalte aller EWG-Länder, und deshalb legte er Ende 1975 dem Europäischen Parlament einen detaillierten Bericht über die Möglichkeiten und Grenzen einer Politik zur Verflüssigung der Kohle und zur Herstellung synthetischer Treibstoffe vor. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde die Kommission aufgefordert, die notwendigen Mittel für die Forschung und zur Finanzierung von Versuchsanlagen auf dem Gebiet der Kohleverflüssigung und der verbesserten Erzeugung von Kraftstoffen aus Rückstandsöl bereitzustellen und eine enge Zusammenarbeit aller Industriestaaten zur besseren Koordinierung der Energiepolitik in Angriff zu nehmen.

VI

Neben seiner Parlamentariertätigkeit übte Burgbacher auch bedeutende Parteiämter aus. Am 23. Mai 1960 wählte ihn der Bundesausschuß der CDU auf dem Parteitag in Karlsruhe zum neuen Schatzmeister der Partei. Er brachte für dieses Amt, um das seine Inhaber nie beneidet worden sind, die Erfahrung als Schatzmeister des CDU-Landesverbands Rheinland (1952–1967) mit. Da die Schatzmeister der Parteien stets mehr als pedantische Geldverwalter sind, war auch Burgbacher bemüht, die Finanzsituation der Partei zu verbessern.
Die finanzielle Lage der Partei war bei seinem Amtsantritt keineswegs rosig. Das Aufkommen durch Mitgliedsbeiträge war bei der CDU denkbar gering. Es lag bei rund einer Mark pro Monat und Mitglied bei einer Mitgliederzahl von ca. 250.000. Die Jahreseinnahmen aus Mitgliedsbeiträgen beliefen sich 1965 auf ca. drei Millionen DM, während die SPD allein über 14 Millionen verfügte, zu denen mindestens 7 Millionen aus dem Vermögen kamen, das sie als Rechtsnachfolgerin der alten Sozialdemokratischen Partei aus Wiedergutmachungsmitteln hatte bilden können. Die 1945 neu gegründete CDU verfügte dagegen über kein Vermögen. Trotz ihrer Erfolge war sie bis in die 70er Jahre eine Wähler-, keine Mitgliederpartei.

Burgbacher drängte deshalb auf verstärkte Mitgliederwerbung, da die CDU, obwohl sie „über zehn Jahre die maßgebende Partei in der Bundesregierung ist, auch heute noch arm ist wie Job", wie er sich bei seiner ersten Einlassung als Schatzmeister im Bundesvorstand seiner Partei ausdrückte. Tatsächlich konnte die Zahl der Mitglieder bis Mitte der 60er Jahre von 254.000 auf 300.000 gesteigert werden. Dennoch blieben die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen für die Gesamtausgaben der Partei praktisch ohne größere Bedeutung. Die Hauptfinanzierungsquelle waren 1960 Spenden, die aus der „Wirtschaft" kamen. Dahinter verbargen sich vor allem die „Fördergesellschaft" als zentrales Parteifinanzierungsinstitut der Wirtschaft zur Sicherung des wirtschaftspolitischen Kurses der Bundesregierung (gegründet 1952) und die „Staatsbürgerliche Vereinigung", die 1954 zur Parteifinanzierung durch Spenden ins Leben gerufen worden war. Die Spendenfreudigkeit der Wirtschaft war aber seit 1959 aufgrund des Bundesverfassungsgerichtsurteils zur Finanzierung der politischen Parteien vom 24. Juni 1958 nach einer Normenkontrollklage des Landes Hessen massiv eingebrochen. Das BVerfG erklärte die betreffenden Regelungen des EStG und des KStG für nichtig, „soweit unmittelbare oder mittelbare Zuwendungen an politische Parteien als Ausgaben zur Förderung staatspolitischer Zwecke bei Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen werden können". Das Gericht hatte allerdings gleichzeitig als zulässig erklärt, „für die die Wahlen tragenden politischen Parteien finanzielle Mittel von Staats wegen zur Verfügung zu stellen".

Diese Erklärung bewog den Bundestag 1959, in den Bundeshaushalt einen Titel „zur Unterstützung der politischen Bildungsarbeit der Parteien" einzustellen und mit fünf Millionen DM auszustatten. Damit war „der Weg einer partiellen öffentlichen Finanzierung der politischen Parteien bereits beschritten". Burgbacher war mit dieser Lösung keineswegs zufrieden, denn diese Mittel reichten „in gar keiner Weise aus" und stellten die Parteien wegen ihrer engen Zweckbindung „vor erhebliche finanzielle und sachliche Probleme". Er plädierte dafür, den Betrag auf 20 Millionen zu erhöhen und die Zweckbindung aufzuheben, damit dieses Geld „für die Parteien in angemessener Erfüllung ihres Daseinszwecks zur Verfügung stehen" sollte. Zwar konnte diese Forderung 1963 durchgesetzt werden. Zufrieden war er aber nicht, da „die Bemühungen der Wirtschaft, uns zu helfen, bisher ... zu äußerst geringen Erfolgen geführt haben und wir sehr besorgt sind, ob wir uns darauf verlassen können". Er drängte deshalb auf Verabschiedung des Parteiengesetzes, um eine solide Finanzierungsbasis für die Parteien zu erreichen.

Burgbacher war nicht von Anfang an ein Befürworter der Parteienfinanzierung aus öffentlichen Mitteln gewesen. Bis zur Übernahme seines Amtes als Bundesschatzmeister war er sogar deren „scharfer Gegner". Aber er hatte erkennen müssen, daß der laufende Betrieb seiner Partei, insbesondere die Besoldung ihrer hauptamtlichen Mitarbeiter, durch Spenden nicht gewährleistet sei, zumal „bei dieser Unsicherheit der laufenden und zukünftigen Finanzierung sich kaum qualifizierte Persönlichkeiten finden werden, die hauptamtlich in der und für die Partei arbeiten wollen".
Öffentliche Finanzierung, Mitgliederbeiträge und das Spendenaufkommen, das nach dem Karlsruher Urteil von 1958 nicht mehr nennenswert war, waren die wesentlichen Säulen, auf denen Burgbacher die Finanzierung der CDU aufbaute. Sie reichten aber weder für Wahlkämpfe noch für die Besoldung der hauptamtlichen Mitarbeiter aus. So entwickelten sich in den folgenden Jahren als Reaktion auf die Gerichtsentscheidung unterschiedliche Formen der indirekten Parteienfinanzierung. Dazu zählten z. B. Geschäfte mit den Regiebetrieben der Parteien, bei der CDU der Union Betriebs-GmbH. Hier erhielt der Steuerpflichtige Rechnungen ausgestellt, dem keine bzw. nicht in genannter Höhe tatsächlich erbrachte oder zu erbringende Leistung zugrunde lag. Eine andere Methode war die Umwegfinanzierung, bei der die Staatsbürgerliche Vereinigung 1954 e. V. Köln und Koblenz eine besondere Rolle spielte. Diese Organisation war durch die zweite Verordnung über den Abzug von Spenden zur Förderung staatspolitischer Zwecke vom 23. Oktober 1956 als staatspolitisch förderungswürdige, steuerbefreite Institution anerkannt worden, womit die Unterstützung politischer Bildungsarbeit gemeint war. Die 1990 aufgelöste Staatsbürgerliche Vereinigung hat aber die ihr zugewendeten Spenden, zum Teil über Umwege im Ausland, illegal zur direkten Finanzierung politischer Parteien verwandt.
Das Wissen um derartige Methoden, Organisationen und Verfahren der Schattenfinanzierung gehörte – möglicherweise nicht im Detail, aber im Grundsatz – seit Anfang der 60er Jahre zum Wissensstand aller verantwortlichen Politiker, insbesondere der Schatzmeister, aber auch der zuständigen Ministerien und Verwaltungen, bis diese Praxis Anfang der 80er Jahre durch einen Finanzbeamten an den Pranger gestellt und beendet wurde.
Im Zuge der Neuordnung der Parteispitze auf dem Bundesparteitag im Mai 1967 in Braunschweig schied Burgbacher aus seinem Amt aus. Er hatte erreicht, auf lange Sicht eine finanzielle Basis für die Arbeit der Partei geschaffen und seinem Nachfolger eine solide Grundlage für dessen Arbeit übergeben zu haben. Eine neue Kandidatur hatte er im April 1967 von zwei Voraussetzungen abhängig

gemacht: Der Parteitag müsse beschließen, daß künftig je Parteimitglied sechs DM jährlich an die Bundespartei abgeführt werden, und das Parteiengesetz müsse in der dem Bundestag vorliegenden Fassung verabschiedet sein. Beide Voraussetzungen waren nicht erfüllt; das Parteiengesetz wurde erst am 24. Juli 1967 verkündet. Dennoch stellte er sich zur Wahl, unterlag aber mit 185 zu 316 Stimmen seinem Gegenkandidaten Hans-Christoph Seebohm.
Trotz der Fülle der Ämter, die er in seiner politischen Karriere innehatte, war Burgbacher kein Berufspolitiker. Er war nicht in die Politik eingetreten, weil er die Lücke zwischen Studium und Rente schließen wollte. Die Entwicklung zum Vollparlamentarier hielt er geradezu für verfehlt. Nach seiner Auffassung sollte jeder Abgeordnete wenigstens noch zum Teil in seinem Beruf stehen und damit nicht die Verbindung zur Praxis verlieren. Burgbacher lebte dieses Ideal selbst vor.

VII

Als Burgbacher 1929 in den Vorstand der Rhenag eintrat, handelte es sich bei der Rheinischen Energie AG um ein relativ bescheidenes Unternehmen. In wenigen Jahren gelang es Burgbacher mit seinen Vorstandskollegen, durch Gründung einer ganzen Reihe von Beteiligungsgesellschaften die Bilanzsumme des Rhenag-Bereichs in die Höhe zu treiben.
1929 versorgte die Rhenag mit einem Aktienkapital von etwas mehr als zwei Millionen Mark und einer Bilanzsumme von rund fünf Millionen drei Orte, beim Abschied Burgbachers aus dem aktiven Vorstand im Jahr 1970 waren es 238. 1929 wohnten im Versorgungsgebiet 190.000 Personen, 1970 waren es 2,65 Millionen geworden. Die Bilanzsumme stieg bis Anfang der 70er Jahre im engeren Rhenag-Bereich auf mehr als 268 Millionen DM, unter Einbeziehung des erweiterten Bereichs, d. h. einschließlich der Beteiligungsgesellschaften, auf 651 Millionen DM. Die Zahl der Beschäftigten hatte von 170 auf fast 2.200 zugenommen. Aus einer kleinen lokalen Gesellschaft – einer Tochter der Thüringer Gas-Gesellschaft – war ein bedeutendes, überregionales Unternehmen geworden, an dem die Thüga und das RWE als Großaktionäre die Aktienmehrheit besaßen.
Diese rasant aufstrebende Entwicklung war wesentlich der Arbeit Burgbachers zuzuschreiben. Mit großem Verhandlungsgeschick und profundem Fachwissen war es ihm auch unter schwierigen Bedingungen gelungen, die expansive Unternehmensentwicklung der Rhenag-Gruppe voranzutreiben, ein positives Verhältnis zwischen

der Mutter- und Beratungsgesellschaft und ihren verschiedenen Beteiligungsgesellschaften zu schaffen und die Gesellschaft zu einem der führenden Energieunternehmen in Deutschland zu machen.

VIII

Burgbacher, ein mittelgroßer, gesetzter Mann mit beweglicher, rheinischer Fröhlichkeit – im Wirtschaftsministerium „Kugelblitz" genannt – war keiner der ganz Großen in der Wirtschaft. Aber er war ein führender Repräsentant der Energiewirtschaft, wie zahlreiche Aufsichtsratsmandate und Beirats- und Gremienposten ausweisen. Er war ein Vielbeschäftigter in Wirtschaft, Politik und Universität, von enormem Fleiß und einer Arbeitsleistung, die ihresgleichen suchte. Wer die fünfbändige Ausgabe seiner Schriften von 1957 bis 1976 in die Hand nimmt, gewinnt einen annähernden Eindruck von seiner Vielseitigkeit und Schaffenskraft, seiner Energie und seinem Intellekt. Erklärbar ist dies nur mit einer ungewöhnlichen Selbstdisziplin und einem geradezu haushälterischen Umgang mit der zur Verfügung stehenden Zeit. Warum bürdete er sich diese Last auf? Eine seiner Maximen mag der Hauptschlüssel zur Erklärung für sein breitgefächertes Engagement sein: „Alles wirtschaftliche Tun ist nicht Selbstzweck, sondern steht im Dienste der Menschen." In diesem Sinne begriff er sein Wirken als Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft.

Die Rhenag bildete gewissermaßen den Stützpunkt, von dem aus er seine zahlreichen Aktivitäten entfaltete, auf der deutschen, der europäischen und der atlantischen Ebene, was ihn zu unentwegter Reisetätigkeit zwang, nach Bonn, Straßburg, Paris, Brüssel, Luxemburg oder Washington. Von Jugend an gehörte seine große Leidenschaft der Europapolitik. Sein Ideal war ein europäischer Bundesstaat, der als eigenständige Kraft im globalen Ost-West-Dualismus mitwirken sollte. Er war ein ständiger Mahner an die Adresse der Kommission und des Ministerrats, der EG, nationale Eifersüchteleien hintanzustellen und den Integrationsprozeß voranzutreiben, um die Europäische Gemeinschaft zum gewichtigen Partner auf der Weltbühne werden zu lassen.

Wer sein parlamentarisches Wirken verfolgt, wird seinen Namen mit den großen Auseinandersetzungen um die Gesellschaftspolitik eher verbinden als mit tagesaktuellen Debatten um wirtschafts- und sozialpolitische Fragen. Er war stets ein Mann der Mitte und des Ausgleichs, Extremen abhold und keiner der politischen oder gesellschaftlichen Interessengruppen zuzuordnen. Als Vater des zukunfts-

weisenden „Burgbacher-Plans“ oder wichtiger energiewirtschaftlicher Initiativen mit weitreichenden Perspektiven wird er im Gedächtnis bleiben. Auf diesen Gebieten war er ein gefragter Experte, der über Tagesaktivitäten hinaus dachte. Er verstand es ausgezeichnet, komplizierte und verwickelte Sachverhalte zu entwirren und scheinbar Unvereinbares auf einen Nennen zu bringen. Bei aller Verbindlichkeit im Umgang mit Kollegen und Mitarbeitern konnte er durchaus temperamentvoll sein und – jedenfalls in jüngeren Jahren – mit bissigem Humor auch handfeste „Zigarren“ verteilen.

In seinen zahlreichen Ämtern und Aufgaben sah Burgbacher nie einen Selbstzweck; sie waren ihm immer nur Mittel, seine Vorstellungen zur Einheit von Sozial- und Wirtschaftspolitik, zur christlichen Ethik im öffentlichen Leben und zur europäischen Einigung zu verwirklichen. Daher war es ihm auch ein echtes Bedürfnis, den engen Kontakt zur Jugend zu halten und in seiner Lehrtätigkeit an der Universität Köln oder bei Veranstaltungen der studentischen CV-Korporationen seine Lebenserfahrungen und Politikvorstellungen weiterzureichen. Seine Leistung verschaffte ihm Respekt und Autorität jenseits seiner Ämter.

Für seine Verdienste erhielt er zahlreiche Auszeichnungen: 1965 wurde ihm das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern, 1977 mit Schulterband verliehen, 1975 der Gregorius-Orden durch Papst Paul VI., 1977 die Gedenkmünze in Silber für „Europäische Verdienste“.

Am 29. Juli 1978, kurz vor Vollendung seines 78. Lebensjahres, ist Fritz Burgbacher in Köln nach kurzer Krankheit verstorben.



Heinrich Köppler (1925–1980)

Heinrich Köppler war ein homo politicus, der im Konsens mit allen Demokraten das Ziel verfolgte, „freie Bürger in freier Entfaltung für den Rechtsstaat, entschlossen, ihn auch gegen jede Bedrohung zu verteidigen", heranzuziehen (Lothar Bewerunge). Er gehörte zu jenen Vertretern der jungen Kriegsgeneration, die aus christlicher Überzeugung und persönlicher Erfahrung des nationalsozialistischen Unrechtsregimes die Verantwortung für den Neuaufbau Deutschlands und für die entschiedene Abkehr von Diktatur, menschenfeindlicher Ideologie und Gewalt, bewußt übernahmen; zunächst engagierte er sich als Funktionär und Mitarbeiter katholischer Verbände und dann als Politiker.

I

Heinrich Theodor Köppler wurde am 26. November 1925 in Hattenheim im Rheingau, als erster Sohn des Amtsrichters Josef Franz Köppler und seiner Ehefrau Elisabeth, geb. Hieronimi, geboren. Die katholisch-bürgerlichen Eltern waren konservativ und liberal zugleich, sie waren demokratisch gesinnt, sie erzogen Heinrich und seinen sechs Jahre jüngeren Bruder Franz Josef im katholischen Glauben und einer bewußten Distanz zur aufkeimenden NS-Ideologie. Bis zur Versetzung des Vaters nach Wiesbaden 1939 lebte die Familie in Oppenheim; Heinrich besuchte zunächst das Gymnasium in Mainz, danach das Gymnasium in Wiesbaden. Unmittelbar nach dem Notabitur 1943 absolvierte er einen Lehrgang für Berufsoffiziere, wurde in Rußland eingesetzt und im Frühjahr 1945 zum Leutnant befördert. Nach einigen Monaten in amerikanischer Kriegsgefangenschaft und vorübergehender Tätigkeit in der Landwirtschaft begann er das Studium der Rechtswissenschaften in Erlangen und Mainz. 1948 war er deutscher Berater für Jugendarbeit bei der amerikanischen Militärregierung in Hessen. 1948 bestand er das erste juristische Staatsexamen und wurde danach Assistent beim Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebiets (Bizone) in Frankfurt a. M. und beim Deutschen Bundestag, von 1949 bis 1950 persönlicher Referent des Bundestagspräsidenten Dr. Erich Köhler (CDU).

Nach der Referendarausbildung legte er 1953 das zweite juristische Staatsexamen ab. Im gleichen Jahr heiratete er Erika Dernbach, die Tochter eines Weingutsbesitzers von der Mosel, die er in der katholischen Jugend kennengelernt hatte. Die Ehe blieb kinderlos.
Bereits 1946 hatte sich Heinrich Köppler der CDU angeschlossen, die in Hessen unter Werner Hilpert einen betont sozialen Kurs verfolgte. Sein jüngerer Bruder Franz Josef betätigte sich in der Gewerkschaft, trat der SPD bei und war später in der Kommunalpolitik tätig.
Im Unterschied dazu war Heinrich Köppler aktiv in der katholischen Jugend, ab 1946 als Stadtjugendführer in Wiesbaden und ab 1949 als Diözesanjugendführer des Bistums Limburg. 1952 wurde er zum Bundesführer des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) gewählt. In der Zentrale, die Anfang der fünfziger Jahre von Altenberg bei Köln in das Jugendhaus in Düsseldorf umzog, arbeitete er bis 1956 mit dem stellvertretenden Bundesjugendführer Oscar Neisinger, Heide Carl, der Bundesführerin der Frauenjugend, und dem Pressereferenten Willy Weiskirch zusammen. Köppler verfolgte realistische Pläne für den BDKJ, aber er scheute sich nicht, neue Ideen hinsichtlich der Zukunftsperspektiven der Katholischen Jugend auch gegen die geistlichen Präsides des Bundes, Ludwig Wolker und später Willy Bokler, mit dem Selbstbewußtsein eines katholischen Laien zu vertreten. Köppler sah es als Aufgabe der im BDKJ organisierten jungen Katholiken, das „Schicksal Deutschlands mitzuformen und bereit zu sein, politische Verantwortung zu übernehmen" (Augsburg 1953). Sie sollten sich zur Wirklichkeit des 20. Jahrhunderts bekennen, sich mit der Lösung der Sozialen Frage, Hilfe für die Notleidenden, und dem Neubau der gesellschaftlichen Ordnung auseinandersetzen.
Köppler pflegte Kontakte zum Bundesjugendring, zum Zentralkomitee der Deutschen Katholiken und zum Bundestag in Bonn. Er bejahte die Zusammenarbeit der demokratischen Jugendverbände gegen antidemokratische Tendenzen trotz politischer Unterschiede. 1954 wurde er zum Vorsitzenden des Bundesjugendringes gewählt. „Für die wichtigste Aufgabe des Deutschen Bundesjugendringes halte ich nach wie vor das Bestreben, die demokratischen Jugendverbände einander näherzubringen und unter den verantwortlichen Leitern dieser Verbände eine Atmosphäre echter Kameradschaft, vielleicht sogar persönlicher Freundschaft zu fördern" (1954).
Zwei politische Themen waren für die Jugendverbände in den fünfziger Jahren von besonderer Bedeutung: die Wiederbewaffnung und die Teilung Deutschlands. Um die Verbindung mit der Jugend in der DDR aufrechtzuerhalten, unternahm der Bundesjugendring unter

Vorsitz von Köppler 1954 einen Versuch, mit der Freien deutschen Jugend (FDJ) der DDR Gespräche zu führen, um die Tätigkeit der Jugendverbände und den freien Meinungsaustausch in beiden Teilen Deutschlands zu ermöglichen, der freilich an der mangelnden Kompromißbereitschaft der FDJ scheiterte.
In der Frage eines deutschen Wehrbeitrages der Bundesrepublik Deutschland hatte der BDKJ bereits 1952 unter der Leitung des damaligen Bundesführers Josef Rommerskirchen eine Stellungnahme beschlossen, die die Pflicht Deutschlands anerkannte, sich zur Sicherung des Friedens an der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu beteiligen. Die 1953 verabschiedete Stellungnahme des BDKJ zu „Fragen des Inneren Gefüges der deutschen Streitkräfte" forderte die Einbindung der Streitkräfte in die demokratische und rechtsstaatliche Verfassung der Bundesrepublik. Mit dem Aufbau der Bundeswehr wurden von katholischer und evangelischer Seite Arbeitsgemeinschaften zur Betreuung der Soldaten in ihrer dienstfreien Zeit begründet. Die Initiative dazu war u. a. auch von dem altgedienten Soldaten Heinrich Köppler ausgegangen, der seit 1968 den Vorsitz der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung innehatte.
Auf der Generalversammlung des Weltbundes der Katholischen Jugend, Ende 1954 in Rom, wählten Delegierte aus 30 Nationen, aus Europa und Übersee, Heinrich Köppler bereits neun Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs zum Präsidenten (bis 1956), ein besonderer Höhepunkt seiner Laufbahn und ein Zeichen seines Charismas.

II

1956 wurde Köppler als erster Laie zum Generalsekretär des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken (ZDK) berufen, dessen Präsident Karl Fürst zu Löwenstein von 1948 bis 1968 war. Aufgabe des Generalsekretärs war die Vorbereitung der Vollversammlungen und die Umsetzung der Beschlüsse ihrer Gremien. Heinrich Köppler als Leiter der Geschäftsstelle in Bonn-Bad Godesberg setzte auf Teamarbeit, er respektierte die Zuständigkeitsbereiche der Ressortleiter. Seine Aufgabe sah er darin, übergreifende neue Aspekte und Gesichtspunkte einzubringen. Er war ein unermüdlicher Anreger und geschmeidiger Taktiker, der über den vielschichtigen Gruppeninteressen und Richtungen der katholischen Laienorganisationen und Verbände stand, die im Zentralkomitee vereinigt waren. Seine Autorität und seine Objektivität waren glaubwürdig, so daß er gelegent-

lich von Jugendvertretern gefragt wurde, ob er überhaupt jemals zum Jugendhaus Düsseldorf gehört habe.
In der in den 50er Jahren entstandenen Kontroverse um die Notwendigkeit und Bedeutung der katholischen Verbände, die neben den Organisationen auf Pfarrei- und Diözesanebene, neben einer Wiederbelebung der Katholischen Aktion und zahlreichen „freien Initiativen" bestanden, nahm Köppler einen ausgleichenden Standpunkt ein: Das Zentralkomitee als einzige Gesamtvertretung der katholischen Laien habe die Gemeinsamkeit auch in Zeiten des Aufbruchs zu stärken; bewährte Strukturen und neue Formen sollten nicht als Gegensatz, sondern als Ergänzung verstanden werden. Köppler kam es auch darauf an, das ZDK mit Leben zu erfüllen und eine Ghettoisierung zu vermeiden. Wichtig waren ihm enge Verbindungen zu katholischen Einrichtungen, z. B. zum Katholischen Büro in Bonn, zur katholischem Presse, zu katholischen Laienorganisationen in den Nachbarländern, aber auch zum evangelischen Bereich. Persönliche oder informelle Kontakte unterhielt Köppler auch zu außerkirchlichen Institutionen, so zu Gewerkschaften, Sportverbänden und Politikern. Den ökumenischen Gedanken unterstützte er bereits damals nachhaltig.
Die konziliare Aufbruchstimmung, das Aggiornamento in der katholischen Kirche bestätigte in vielen Bereichen Köpplers Initiativen und Anstrengungen zur Modernisierung des Katholizismus in Übereinstimmung mit dem Wandel der Gesellschaft. Nach seinem Verständnis hatten die christlichen Kirchen eine wichtige gesellschaftspolitische Funktion, einerseits in der Gewissensschärfung im gesellschaftlichen und politischen Leben und andererseits in der Übernahme sozialer Initiativen und Aufgaben. Auf dem Berliner Bistumstag 1964 führte Köppler dazu folgendes aus: Diese Aufgaben hätten zwar alle Glieder der Kirche wahrzunehmen, aber vor allem die Laien, „das Gottesvolk der Kirche", repräsentierten die Kirche „mitten in dieser Welt" als Lebensprinzip der menschlichen Gesellschaft. Die mündigen Christen müßten ein neues Verantwortungsbewußtsein für die Kirche und zugleich ein neues Verantwortungsbewußtsein der Kirche für die Welt entwickeln. Der mündige Laie erweise sich nicht im Reden, sondern im konkreten und zielsicheren Handeln. Neues Verantwortungsbewußtsein für die Kirche erfordere das Engagement beim Aufbau lebendiger Pfarrgemeinden oder in der Bildungs-, Jugend- und Sozialarbeit, aber auch weltweite Solidarität, insbesondere die Unterstützung der unterdrückten Kirchen in den Staaten Osteuropas oder in den Entwicklungsländern.
Neues Verantwortungsbewußtsein für die Welt erfordere vom Laien praktiziertes Christentum in Familie, Nachbarschaft und Beruf, gera-

de in der modernen Massengesellschaft. Das hieß aber auch, Verantwortung für das öffentliche Leben, für die politische Gestaltung dieser Welt zu übernehmen. Köppler war sich des Spannungsverhältnisses zwischen Kirche und Politik bewußt, aber er sah politische Verantwortung als eine „Hochform christlicher Caritas", des anonymen Einsatzes für den Nächsten und die Gemeinschaft. Katholische Laien sollten ihre Mündigkeit beweisen, indem sie von ihrer Freiheit Gebrauch machen und ihren Beitrag zur Erhaltung der Demokratie leisten durch die Übernahme von Ehrenämtern oder Funktionen in Verbänden, in der Selbstverwaltung und in politischen Parteien.
Auch nach seinem Ausscheiden als Generalsekretär blieb Köppler dem Zentralkomitee verbunden. Als Leiter des Außenamtes des Zentralkomitees pflegte er besonders die Kontakte zu den Katholiken in Polen, da es ihm im Interesse der Zukunft Europas wichtig erschien, Brücken zu bauen und einen Modus vivendi mit den osteuropäischen Nachbarn zu finden. Er unterlag zwar 1968 Albrecht Beckel bei der Wahl zum Präsidenten des ZDK, bekleidete aber von 1968 bis zu seinem Tod das Amt des Vizepräsidenten.

III

1965 entschied sich Heinrich Köppler für den Wechsel in die Politik. Über die Landesliste der nordrhein-westfälischen CDU wurde er in den fünften Bundestag gewählt, wo er im Innenausschuß und im Sonderausschuß für Strafrechtsreform mitarbeitete. Das Ziel der Strafrechtsreform, ein modernes, den gesellschaftlichen und politischen Bedürfnissen entsprechendes Strafrecht zu schaffen, unterstützte er voll. Er setzte sich nachdrücklich gegen die Verjährung der von Nationalsozialisten verursachten Verbrechen ein, die er vor allem für eine politische und moralische Grundsatzfrage hielt. Im April 1968 übernahm Köppler das Amt des Parlamentarischen Staatssekretärs bei Innenminister Ernst Benda (CDU). Anfang 1969, nach dem Rücktritt von Eugen Gerstenmaier, kandidierte er auch für das Amt des Bundestagspräsidenten, unterlag aber in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dem Gegenkandidaten Kai-Uwe von Hassel knapp mit 22 Stimmen bei der Abstimmung. Die Stelle des Staatssekretärs im Bundespräsidialamt, die ihm Bundespräsident Gustav Heinemann nach seiner Wahl (1969) anbot, übernahm er nicht, weil sie eine weitgehende parteipolitische Zurückhaltung seinerseits erfordert hätte. Nach der Bundestagswahl im Herbst 1969 wurde Köppler zu einem der fünf Parlamentarischen Geschäftsführer und

zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt.
Durch den Regierungswechsel zugunsten einer SPD/FDP-Koalition in Bonn kam der 1970 anstehenden Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen besondere Bedeutung zu. Deshalb drängten einige Parteifreunde Heinrich Köppler dazu, in die Landespolitik zu wechseln, in der Hoffnung, daß ein Außenseiter die seit Jahren bestehenden personellen Querelen in der nordrhein-westfälischen CDU überwinden könnte. Seit dem schlechten Abschneiden der CDU bei der Landtagswahl 1966 und dem überraschend erfolgten Sturz der CDU/FDP-Regierung unter Ministerpräsident Franz Meyers, der im Zusammenhang mit der Bildung der Großen Koalition im Bund stand, gab es Streit um den aussichtsreichsten CDU-Spitzenkandidaten, der den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Heinz Kühn ablösen konnte.
Zunächst hatte sich der westfälische Landesvorsitzende Josef Hermann Dufhues bei einer Delegiertenversammlung (86 Landtagsabgeordnete und 64 Delegierte aus den rheinischen und westfälischen Landesverbänden) am 21. Oktober 1967 in Essen mit Unterstützung der Bundespartei gegen den bisherigen Spitzenkandidaten, den früheren Ministerpräsidenten Franz Meyers (1958–1966), durchgesetzt. Doch war er bereits ein Jahr später – nach heftiger Kritik von Seiten der Jungen Union Rheinland und aus gesundheitlichen Gründen – zurückgetreten. Daraufhin war auf Vorschlag der Landtagsfraktion deren Vorsitzender Wilhelm Lenz von der Delegiertenversammlung der beiden Landesverbände am 22. Februar 1969 als Spitzenkandidat nominiert worden. Obwohl er sich sehr um die Unterstützung und Koordination der verschiedenen CDU-Gremien, der Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe, des Landespräsidiums Nordrhein-Westfalen – ein wenig effektiver Dachverband – und insbesondere der Landtagsfraktion bemühte, hatten einige nordrhein-westfälische Bundestagsabgeordnete und Vertreter der Jungen Union Rheinland an seinen Erfolgschancen gezweifelt und Heinrich Köppler auf dem Bundesparteitag in Mainz um sein Eingreifen gebeten.
Am 22. November 1969 wurde Heinrich Köppler auf dem rheinischen Landesparteitag in Düren mit überraschend hohem Vorsprung vor dem bisherigen Landesvorsitzenden Konrad Grundmann zum Vorsitzenden der CDU-Rheinland gewählt. Ende Januar 1970, nach der Düsseldorfer „Malkasten-Konferenz", setzte er sich auch als Spitzenkandidat gegen Wilhelm Lenz durch, weil dessen Wahlprogramm, das er mit vertrauten Mitarbeitern im kleinen Kreis entwickelt hatte, auf Widerstand gestoßen war, da es vielen als „zu modernistisch und wissenschaftsgläubig" erschien.

Von Anfang an drängte Köppler darauf, das Image und die Effizienz der Partei sowie ihre Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern. Es ging ihm darum, das Berliner Programm der CDU (1968) auf Landesebene umzusetzen, die Mitarbeit der Mitglieder zu mobilisieren sowie den Stimmenverlust bei der vorhergehenden Wahl im katholischen Bereich, vor allem bei Frauen, Jugendlichen und der praktischen Intelligenz der neuen Mittelschichten, wieder wettzumachen. Als sachliche Schwerpunkte hob er hervor: Glaubwürdigmachung der Demokratie, Transparenz der Entscheidungen, Reform des Wahlrechts, des Föderalismus und der Verwaltung sowie eine neue Gesellschaftspolitik im Bereich der Bildung, der sozialen Ordnung (Mitbestimmung) und der Vermögensbildung (Düren 1969). Sein Ziel war es, die Regierung Kühn in Nordrhein-Westfalen und die Regierung Brandt im Bund möglichst schnell abzulösen.

Mit den Wahlslogan „Köppler kommt" und „damit unser Land wieder die Nummer 1 wird" warb die CDU 1970 um die Gunst der Wähler. Das „Aktionsprogramm" zur Landtagswahl wurde in einer elfköpfigen Programmkommission aus rheinischen und westfälischen CDU-Vertretern entwickelt und nach Diskussionen auf allen Ebenen der Partei im April 1970 auf dem ersten gemeinsamen Parteitag der Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe in Leverkusen beschlossen. Als wichtige Programmpunkte für die zukünftige Regierung in Nordrhein-Westfalen sah Köppler die Straffung der öffentlichen Verwaltung, Reformen in der Schul- und Bildungspolitik, Reformen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und die Erweiterung der Mitbestimmung.

Nach einem harten, von Köppler mit großem persönlichen Einsatz geführten Wahlkampf gewann die CDU bei der Landtagswahl am 14. Juni 1970 46,3 Prozent der Wählerstimmen und wurde stärkste Partei. Eine Anfrage Köpplers nach Bildung einer Koalition mit der FDP lehnten diese unter Willi Weyer entschieden ab und setzten „die Koalition der Verlierer" mit der SPD unter Ministerpräsident Heinz Kühn (1966–1978) fort. Heinrich Köppler konzentrierte sich danach auf die Landespolitik; er übernahm den Fraktionsvorsitz und die Aufgabe des Oppositionsführers im Düsseldorfer Landtag, im Herbst 1970 gab er sein Bundestagsmandat ab.

Für Köppler kam es darauf an, das Vertrauen der Landtagsfraktion zu gewinnen und die verschiedenen Gruppierungen, Dufhues-Flügel und Lenz-Flügel einerseits, Arbeitnehmer und Mittelständler andererseits, zu integrieren. Unabdingbar war auch die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Landesverbänden Rheinland und

Westfalen, da die von Köppler angestrebte Fusion an den auf ihre Selbständigkeit bedachten Landesvorständen scheiterte. Köppler konnte lediglich die Einsetzung einer paritätisch besetzten Landesversammlung erreichen. Die 1. Landesversammlung am 19. Juni 1971 in Gelsenkirchen wählte ihn offiziell zum Vorsitzenden des Präsidiums, welche Funktion er bereits seit Februar 1970 ausübte. Mit dem westfälischen Landesvorsitzenden Josef Hermann Dufhues und seinem Nachfolger Heinrich Windelen verbanden ihn sachliche Übereinstimmung und freundschaftliche Loyalität, zumal Windelen seine Aufgabe darin sah, die Interessen Nordrhein-Westfalens im Bundestag und in der Bundespartei zu vertreten. Nicht durchsetzen konnte Köppler den von ihm favorisierten Josef Hermann Dufhues als Landtagspräsidenten, das Amt fiel 1970 an Wilhelm Lenz.
Zur Profilierung der CDU in der Opposition setzte Köppler auf sachliche und personelle Alternativen sowie verstärkte Kontrolle der Regierung. Sein Führungsstil baute auf Teamarbeit, Informationsbreite und Kreativität der Abgeordneten. Um die Oppositionsarbeit effektiver zu gestalten, setzte er einen Geschäftsführenden Fraktionsvorstand ein, der die Aufgabe hatte, die Ideen zu bündeln, die Gesamtlinie zu konzipieren und die Einhaltung der Konzeption zu gewährleisten. Wichtig für Köppler war es auch, die Oppositionsarbeit im nordrhein-westfälischen Landtag durch flankierende Maßnahmen zu unterstützen: durch Abstimmung mit der Bundestagsfraktion, durch die Wiederbelebung der Fraktionsvorsitzendenkonferenz in der Union und durch gute Kontakte mit Wirtschaft, Kirchen, Kommunalpolitik und Presse.

V

In der 7. Legislaturperiode (1970–1970) setzte sich die CDU-Landtagsfraktion insbesondere mit folgenden Sachthemen auseinander: Neuverschuldung des Landes, Energie- und Strukturpolitik, Hochschulen und Schulwesen, Radikalenerlaß. In der Frage der Gebietsreform kooperierte die CDU mit den Koalitionsparteien im „Zehnerausschuß". Dem immer wieder kritisierten „landespolitischen Immobilismus" begegnete die CDU-Opposition kurzfristig mit einer Vielzahl von Gesetzesinitiativen und einer verstärkten Kontrolle der Regierung. Langfristig suchte sie ihre politische Meinungsführerschaft mit grundsätzlichen Themen unter Beweis zu stellen: Zukunftsfähigkeit der Demokratie, Konsolidierung der Staatsfinanzen als Voraussetzung für notwendige Reformen, z. B. im Bereich der beruflichen Bildung und der Vermögenspolitik. Die Möglichkeit

des Oppositionsführers, in jeder Debatte dem Ministerpräsidenten unmittelbar zu antworten, hat Köppler eifrig wahrgenommen.
Um die SPD-geführte Landesregierung abzulösen, kam es darauf an, die Regenerationsfähigkeit der CDU unter Beweis zu stellen. Dies war vor allem die Aufgabe der Landtagsfraktion, der institutionellen Klammer der beiden Landesverbände, die in traditioneller Rivalität verharrten. Die Differenzen zwischen den beiden Landesverbänden erschienen dem Rheinhessen Köppler als künstlich, ohne jede sachliche Grundlage. Langfristig strebte er die Zusammenfassung an, aber zunächst bemühte er sich darum, die politische Kooperation zu festigen und durch gemeinsame Gremien zu institutionalisieren (Mönchengladbach 1970). Um die Parteiarbeit effektiver zu gestalten, führte er in der Landesgeschäftsstelle in Köln eine Organisationsreform und Straffung – zwei Hauptabteilungen – durch, ferner sollten mit Hilfe der CDU-Informationen, der Sachdokumentationen und einer Presseschau die parteiinterne Kommunikation verbessert und insgesamt die politische Bildungsarbeit verstärkt werden.
Der Landtagswahlkampf 1975 mit den CDU-Parolen „Wählt den politischen Frühling" und „Wir brauchen wieder Sicherheit" wurde langfristig vorbereitet: Heinrich Köppler stellte sich mit einer 16köpfigen Regierungsmannschaft vor; das von 16 Fachkommissionen beratene Wahlprogramm listete die Versäumnisse der Regierung Kühn auf. Wegen seines Sparkurses kritisierte ihn Köppler als „apokalyptischen Rittmeister mit Notstandsprogramm". Laut einer Umfrage zog die Mehrheit der Wähler den amtierenden Ministerpräsidenten Kühn (51 %) seinem Gegenkandidaten Köppler (29 %) vor. Obwohl die CDU im Vergleich zu 1970 840.000 Wähler hinzugewann und damit 47,1 % der Stimmen erhielt, bekam sie wiederum nur 95 Mandate, so daß SPD und FDP die sozial-liberale Koalition (106 Mandate) in Düsseldorf fortsetzen konnten. Der erneute vergebliche Versuch, einen Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen herbeizuführen, ließ eine gewisse Unzufriedenheit in der Fraktion und den Landesverbänden laut werden. Ein langjähriger Mitstreiter, Wolfgang Brüggemann, übte Kritik an Köpplers Führungsstil und empfahl die Beschränkung auf wenige Sachthemen und eine stärkere Profilierung der CDU als Oppositionspartei gegenüber den Regierungsparteien.

VI

In der 8. Legislaturperiode (1975–1980) befaßte sich die CDU-Landtagsfraktion mit folgenden Schwerpunkten: Arbeitslosigkeit,

Innere Sicherheit, Entwicklung des Ruhrgebiets, Kohle und Kernenergie, Umweltschutz, Familien- und Schulpolitik. Konstantes Anliegen Köpplers war der Schutz des Bürgers vor einer schleichenden Sozialisierung der Gesellschaft, vor der vermehrten Bürokratisierung und wachsenden Verstaatlichung in allen Bereichen. Er sah die Selbstverwaltung, den Leistungswillen des einzelnen, die Freiheit der Medien und die durch die Soziale Marktwirtschaft garantierte wirtschaftliche Freiheit ausgehöhlt und bedroht durch den bürokratischen Sozialismus (1975). Ein anderes Dauerthema war die Krise des Ruhrgebiets, die durch die Monostruktur der Industrie bedingt und durch die Untätigkeit der Landesregierung verstärkt wurde. Die CDU-Fraktion forderte wiederholt mittelfristige Strukturmaßnahmen von der Landesregierung (1978 und 1979) zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im Revier und brachte zum Haushaltsentwurf 1979 „ein Sofortprogramm für das Ruhrgebiet" ein. Als die Union im Herbst 1978 auf der Ruhrgebietskonferenz in Dortmund ein Hilfsprogramm mit einem Volumen von fünf bis sechs Milliarden DM, aufgebracht von Bund und Land, für die Sanierung der Industrie im Revier forderte, fand sie viel Zustimmung in der Presse und in den Kommunen.

Nachdem die Regierungskoalition im November 1977 ein – in den eigen Reihen nicht unumstrittenes – Gesetz zur Einführung der Kooperativen Gesamtschule beschlossen hatte, die später in die integrierte Gesamtschule überführt werden sollte, wandte sich Köppler sofort vehement gegen diese „sozialistische Einheitsschule", gegen die Zerschlagung des gegliederten Schulsystems und die Beschneidung des Elternrechts bei der freien Wahl des Schultyps. Gegen Widerstände in der eigenen Partei setzte Köppler die propagandistische und finanzielle Unterstützung des Volksbegehrens gegen die „Koop-Schule" durch, das formal von der „Bürgeraktion Schule", einer Arbeitsgemeinschaft aus Eltern- und Lehrerverbänden, beantragt wurde. Der Erfolg, 29,8 % der Wahlberechtigten stimmten dem Volksbegehren zu, führte schließlich zur Aufhebung des Gesetzes. Ministerpräsident Kühn, „der immer politisches Format bewiesen" habe und dem Köppler den Respekt nicht versagte, zumal dieser wie er selbst den Wettstreit der Ideen als Grundprinzip der Demokratie schätzte, trat im September 1978 zurück. Wiederum machte Köppler den Versuch, die FDP für eine Koalition und einen Regierungswechsel zu gewinnen, allerdings ohne Erfolg. Die FDP setzte die Koalition mit der SPD unter dem neuen Ministerpräsidenten Johannes Rau fort. Mit dem erfolgreichen Volksbegehren hatte Köpplers Popularität 1978 ihren Höhepunkt erreicht, zugleich war seine Position durch innerparteiliche Spannungen geschwächt.

Seinen politischen Standort in der CDU charakterisierte Köppler als „knapp links von der Mitte". Geprägt von der katholischen Soziallehre, der Jugendbewegung und dem Verbandskatholizismus, war er vor allem der Mann des Ausgleichs, um die Aktionseinheit der Unionsparteien zu festigen, um die CDU in Nordrhein-Westfalen wieder regierungsfähig zu machen und zukunftsweisende Lösungen zu erarbeiten. Aufgrund seiner Mitarbeit am Berliner Programm (1. und 2. Fassung) und seines Beitrags zum Mitbestimmungsbeschluß galt er in der Union als „Modernisierer": Er befürwortete die Demokratisierung der CDU von unten nach oben, den Wandel zu einer Mitgliederpartei, die Volljährigkeit mit 18 Jahren oder das Mehrheitswahlrecht. Obwohl er einen Schwangerschaftsabbruch aufgrund seiner katholischen Überzeugung ablehnte, hielt er eine Regelung entsprechend der Indikationslösung für juristisch notwendig. Für ihn war klar, daß sich die Partei nicht voll Stolz auf den Leistungen von gestern ausruhen durfte, sondern entschlossen und klug die Probleme von morgen meistern mußte.

VII

Als Vorsitzender des Präsidiums der CDU in Nordrhein-Westfalen, das die beiden Landesverbände und 40 % aller Mitglieder repräsentierte, hatte Köppler in der Bundespartei bedeutendes Gewicht. Er gewann die Rolle des „Königmachers". Auf dem Saarbrücker Parteitag 1971 unterstützte er mit den Delegierten aus Rheinland und Westfalen geschlossen die Wahl Rainer Barzels, mit dem ihn jahrelange Zusammenarbeit verband, zum Parteivorsitzenden und damit das Konzept der Personalunion von Partei- und Fraktionsvorsitz, obwohl der Landesverband Rheinland zunächst die von Kurt Biedenkopf vorgeschlagene Ämtertrennung, mit Gerhard Schröder als Fraktionsvorsitzenden bzw. Kanzlerkandidaten und Helmut Kohl als Parteivorsitzenden, favorisiert hatte. Nach dem Rücktritt Rainer Barzels als Fraktionsvorsitzender im Mai 1973, drängten Köppler und Windelen auf eine baldige Neuwahl des Parteivorsitzenden, wobei der rheinische und westfälische Landesverband nun Helmut Kohl unterstützten. Auf dem 21. Bundesparteitag in Bonn 1973 wurde Köppler zu einem der fünf stellvertretenden Parteivorsitzenden Kohls gewählt und übte diese Funktion bis 1980 aus. Wie andere Landespolitiker hatte er aufgrund seiner Autorität und der Stärke seines Landesverbandes starken Einfluß auf die Parteiführung.
Den Führungsanspruch in der nordrhein-westfälischen CDU, den Kurt Biedenkopf mit seiner Kandidatur auf Platz 1 der Landesliste

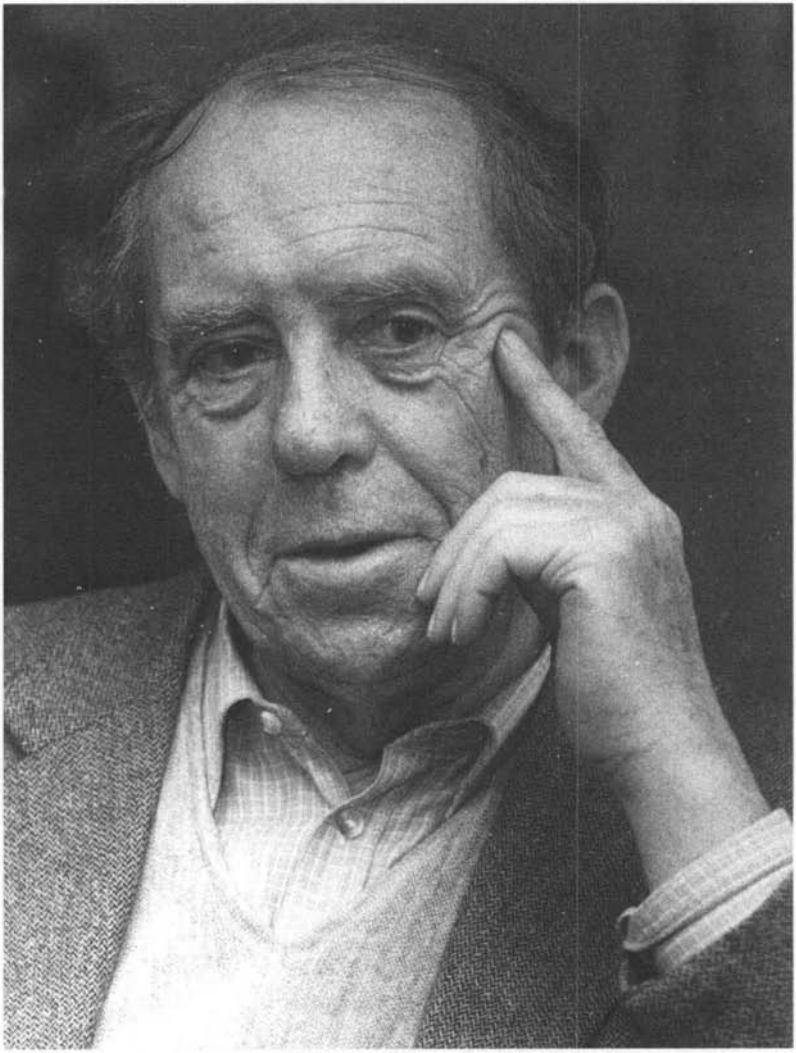
bei der Bundestagswahl 1976 anmeldete, wies Heinrich Köppler entschieden zurück, da er Personalspekulationen zu diesem Zeitpunkt für unangebracht hielt. Nachdem jedoch der westfälische Landesverband, der sich schon lange benachteiligt fühlte, im Juni 1977 Kurt Biedenkopf zum Vorsitzenden gewählt hatte, kam es erneut zu Spekulationen über den Spitzenkandidaten in Nordrhein-Westfalen, verstärkt durch das weitere Vorgehen von Biedenkopf. Ende 1978 schlug letzterer Helmut Kohl als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten vor, dann forderte er in einem Memorandum die Trennung der Ämter und damit den Verzicht Kohls auf den Vorsitz der Bundestagsfraktion. Dieser Versuch zur „Demontage Kohls" wurde auch von anderen Unionspolitikern – darunter Köppler – mitgetragen. Schließlich unterstützte er 1979 nach der Parole: „Lieber Strauß als Bruch der Union" die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß, die im rheinischen und westfälischen Landesverband auf heftigen Widerstand gestoßen war.

Trotz all dieser Querelen wurde Heinrich Köppler auf dem rheinischen Landesparteitag am 16. November 1979 mit 90,5 % als Vorsitzender des Landespräsidiums wiedergewählt und war damit der Spitzenmann der CDU in Nordrhein-Westfalen. Den westfälischen Landesvorsitzenden Biedenkopf band er in den Wahlkampf ein, benannte ihn als Wahlkampfleiter und Wirtschaftsminister. „Mit doppelter Energie für Nordrhein-Westfalen" lautete der Wahlslogan von 1980. Trotz der geringen Erfolgsaussichten im Schatten der Bundestagswahl und der Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß stürzte sich Köppler mit vollem Einsatz in den Wahlkampf. Am 3. April erlitt er einen Herzinfarkt. Am 20. April 1980 starb Heinrich Köppler im Alter von 54 Jahren in einem Düsseldorfer Krankenhaus, drei Wochen vor der Landtagswahl.

Der von der SPD befürchtete „Arnold-Effekt" trat diesmal nicht ein. Als Karl Arnold, der Spitzenkandidat der CDU, der von 1947 bis 1956 als Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen regiert hatte, eine Woche vor der Landtagswahl 1958 einem Herzinfarkt erlegen war, hatte die CDU die Wahl mit 50,5 % gewonnen. Bei der Landtagswahl am 11. Mai 1980 erhielt die CDU 43,2 % der Stimmen, die SPD konnte mit 48,4 % erstmals allein die Regierung in Nordrhein-Westfalen stellen. Mit einem betont volkstümlichen Angriffsstil hatte es Köppler verstanden, die Wähler an Rhein und Ruhr zu mobilisieren. Aber auch er hätte diese Wahl, wenn ihn der Tod nicht auf tragische Weise ereilt hätte, wohl nicht gewinnen können; denn die Wähler trafen eine Entscheidung für Bundeskanzler Helmut Schmidt gegen Franz Josef Strauß.

Köpplers Stärke waren seine juristisch-analytische Fähigkeit und seine rhetorische Begabung. Meisterlich verstand er es, kontroverse Debatten mit dem politischen Gegner zu führen und pointiert und schlagkräftig zu argumentieren, ohne persönlich zu verletzen. Politik bedeutete für ihn die Chance, Gestaltungsaufgaben für die Gesellschaft, für andere Menschen wahrzunehmen. Politik sollte immer aus einer Gesamtkonzeption, die christlichen Wertvorstellungen verpflichtet war und pragmatische Gegebenheiten einbezog, gestaltet werden. Als wichtige Eigenschaften eines Politiker nannte er politischen Instinkt, die Fähigkeit, den politischen Kern in der Vielfalt und Komplexität der Probleme zu erkennen, Grundsatzfestigkeit und Mut zu unbequemen Entscheidungen (H. Klein). Diese Eigenschaften zeichneten den Politiker Heinrich Köppler in hohem Maße aus.
Der Privatmann, von Freunden „Heini" genannt, lebte bescheiden in einer Düsseldorfer Mietwohnung, wo er zahlreiche Gespräche mit Parteifreunden führte und die Geselligkeit im kleinen Freundeskreis pflegte. Erholung von der Politik suchte er beim Skatspielen, bei einem guten Glas Wein, ernsthaften Gesprächen und ausgedehnten Wanderungen.
Heinrich Köppler gestaltete sein Leben aus seinem katholischen Glauben, nicht auf demonstrative Weise nach außen, sondern im praktischen Handeln. Christsein bedeutete für ihn, offen sein für den Nächsten, ihm mit Verständnis zuzuhören und Gemeinsamkeiten anzuerkennen. Seine ausgeprägte Toleranz verbot ihm, „den kleinen Katechismus zum Strafgesetzbuch zu machen". Mit Sorge erfüllte ihn das Schwinden der religiösen Substanz in der Gesellschaft. Aus seinem Glauben schöpfte er Kraft und Zuversicht, um die Resignation der Kriegsgeneration zu überwinden, um die Jugend für ein lebendiges Christentum zu gewinnen und um Demokratie, Menschenrechte und Freiheit gegen alle Bedrohungen zu verteidigen.
Mit Heinrich Köppler hat die CDU 1980 einen Politiker verloren, der weit über das eigene Lager hinaus bekannt und geschätzt war. Er war ein Fighter, der leidenschaftlich und wortgewandt seine Positionen vertrat, ohne den Gegner durch Gehässigkeit zu verletzen. Seine Freunde schätzten ihn, weil er eine jener Ausnahmeerscheinungen war, deren Ehrgeiz für die Politik ihrer Partei jedes persönliche Karrierestreben verbot. Seine politischen Gegner schätzten ihn wegen seiner Fairneß, seiner verblüffenden Ehrlichkeit und Menschlichkeit in der Politik. Der Parteivorsitzende Helmut Kohl würdigte den Freund und Weggefährten als Vorbild für stete Pflichterfüllung, als

Vorbild für die Hingabe an eine Idee – die Idee der christlichen Demokratie –, als Vorbild für den Dienst am Vaterland.



Heinrich Böll (1917–1985)

Als der Schriftsteller Heinrich Böll am frühen Morgen des 16. Juli 1985 in seinem Hause im Eifelort Langenbroich, unweit von Düren, starb, war er 67 Jahre alt. Fast 47 Jahre seines Lebens gehörten dem Schreiben und der Existenz des Schriftstellers. Der Sohn des Kölner Schreinermeisters und Holzbildhauers Victor Böll und seiner Frau Maria geborene Hermanns starb als Nobelpreisträger und Ehrenbürger der Stadt Köln. Sein erzählerisches und publizistisches Werk ist in sämtliche Weltsprachen übersetzt worden, und er ist Träger von Auszeichnungen, Ehrungen und Würdigungen im europäischen und amerikanischen Raum. Sein Tod löste weltweit Bestürzung und Anteilnahme aus. Bölls Werk und Wirken lebt auch in einer eigenen Stiftung weiter, die seinen Namen trägt und die sich unter anderem für die Förderung politisch verfolgter Schriftsteller und bildender Künstler einsetzt. Millionen von Lesern fanden sich und ihre Epoche in seinen Erzählungen und Romanen wieder; nicht wenige von ihnen haben sich mit seinen Stoffen und Ansichten identifiziert – ungeachtet dessen, was widersprüchliche Urteile der Literaturkritik besagten und politische Vorbehalte mancher seiner Zeitgenossen zum Ausdruck brachten. Was den Zweiten Weltkrieg und die sogenannte Nachkriegszeit betrifft, so darf man den Autor Heinrich Böll als die wohl bedeutendste Stimme dieser Generation(en) bezeichnen; das gilt zum mindesten für den deutschsprachigen Raum.

I

Nicht wenige seiner Leser haben Böll vor allem als Gewissens-Stimme verstanden, die deutsche „Vergangenheiten" mit der moralischen Last der Eroberungs- und Vernichtungskriege, des Völkermordes am jüdischen Volk und ihren tagespolitischen Konsequenzen unbeirrt und wortmächtig zur Sprache brachte. Böll begriff die schriftstellerische Existenz nicht nur als die eines dichtenden, phantasieverbündeten, schaffenden, darstellenden und inspirierten „Adam". Für ihn war der schreibende Mensch auch ein Tuender, Handelnder, Wirkender, ja, ein Täter. (Alles dies ist ja in der Etymologie des griechischen Wortes „poiein" – dichten – mitent-

halten.) Ein Autor in seinem Sinne muß sich nicht nur auf das Arom und den „Duft" des Wortes verstehen – er muß auch mit seiner Explosivkraft umzugehen wissen. Manche „Bombe" des Autors Heinrich Böll ist (nach seinen eigenen Worten) in einer Art „Praline" versteckt worden. Auch deshalb zielt die höchste seiner literarischen Ehrungen nicht zuletzt auf die Wirkungsmacht des politischen Schriftstellers. Zweifelsohne hat Böll an einer breiten Bildung öffentlichen Bewußtseins über sein Land hinaus hohen Anteil; das betrifft auch religiöse Phänomene wie etwa die (vor allem deutsche) Erscheinungsform der römisch-katholischen Kirche, ihrer Organe, Verbände und Vertreter.

In Heinrich Bölls Werk und Wirken, seiner Wirkungsgeschichte spiegelt sich unter anderem jener gesellschaftliche Umbruch, der mit dem Jahr 1968 „aktenkundig" geworden ist, nämlich die tiefgehende Veränderung im Verhalten junger und älter gewordenen Bürger zu den Einrichtungen der Religion, des Staates und der Wirtschaft, zum Recht und zur Machtausübung. Mit dem Beginn des Jahres 1972 trat Böll auch in die politische Auseinandersetzung um den politischen Terrorismus in der Bundesrepublik ein. Die aus der „außerparlamentarischen Opposition" der späten Sechziger Jahre hervorgegangene Baader-Meinhof-Gruppe (die sich selbst „Rote-Armee-Fraktion" nannte) hatte sich in steigendem Maß immer mehr radikalisiert. Brand- und Sprengstoffanschläge, Banküberfälle, Entführungen und Attentate zahlreicher RAF-Mitglieder folgten. Im Lauf der folgenden Jahre sollten ihr 36 Menschen zum Opfer fallen – keineswegs nur maßgebliche Vertreter von Wirtschaft, Recht und Politik, auch Fahrer, Polizisten, Fahndungsbeamte, Soldaten, Arbeiter, Angestellte und Passanten, von denen weit mehr schwere gesundheitliche Schäden davontrugen. Durch verschärfte Gesetze und die Verstärkung des Polizeiaufgebots suchte die Bundesregierung im Einvernehmen mit der Mehrzahl ihrer Bürger der Gewalt zu begegnen.

Noch im Januar 1972 exponierte sich Heinrich Böll in der Wochenzeitung „Der Spiegel" mit einem Artikel „Will Ulrike Meinhof Gnade oder freies Geleit?", der eine monatelange öffentliche Auseinandersetzung nach sich zog. Es wurde ihm und einer größeren Gruppe von deutschen Intellektuellen, Schriftstellern, auch evangelischen Bischöfen und Theologen unterstellt, sie hätten sich der Verharmlosung und Verklärung terroristischer Gewalt schuldig gemacht, ja, sie sympathisierten im Grunde mit Extremismus und Demagogie. Böll nahm zu dem, was er als „Kampagne" begriff, Ende Januar 1972 in der „Süddeutschen Zeitung" Stellung: „Es mag schon sein, daß ich in dem einen oder anderen Punkt zu weit gegangen bin, zu weit nach Ansicht der Politiker, aber – ich wieder hole mich: Man muß zu weit

gehen, um zu wissen, wie weit man gehen kann. ... Ich hatte tatsächlich die Illusion, ich könnte die Fronten – wenigstens stellenweise – durchbrechen. Statt dessen verhärten sie sich."

II

Nach der Entführung des Präsidenten der Arbeitgeberverbände Hanns-Martin Schleyer (5. September 1977) und Bölls halber Einschränkung früherer Äußerungen zum Thema Terrorismus richteten – auf Bitten der Landesregierung von Baden-Württemberg – Heinrich Albertz, Heinrich Böll, Helmut Gollwitzer und der evangelische Bischof Kurt Scharf einen Aufruf an die Entführer: „Seien Sie sich darüber klar, daß weiteres Töten alles vernichtet, was Sie erreichen wollen, und unabsehbare Folgen für unser ganzen Land haben wird, auch für Ihre Freunde in den Gefängnissen! Lassen Sie Menschlichkeit über Ihre Planung siegen und geben Sie das mörderische Tauschgeschäft von Menschenleben gegen Menschenleben auf."
In den folgenden Wochen entwickelte sich eine Tragödie. Die Bundesregierung, aber auch die Länderregierungen sowie die politisch Verantwortlichen aller Parteien verstanden das Attentat auf Schleyer, die Ermordung von vier Begleitpersonen und seine Verschleppung ins benachbarte Ausland als Anschlag auf den Rechtsstaat und die freiheitliche Demokratie und sie wußten, daß sie auf die erpresserischen Forderungen der Terroristen nicht eingehen durften. Zugleich kämpften sie um das Leben des Entführten. Inzwischen war es zur Entführung einer Lufthansa-Maschine durch arabische Terroristen gekommen, die im Einvernehmen mit der „RAF" („Rote-Armee-Fraktion") handelten. Eine „Anti-Terror-Einheit" des Bundes befreite schließlich 86 Passagiere und 5 Besatzungsmitglieder, nachdem die Araber den deutschen Flugkapitän ermordet hatten. Zwei Tage darauf wurde die Leiche Schleyers im elsässischen Mühlhausen aufgefunden; sein Gesicht war entstellt, man hatte ihn mit drei Schüssen in den Hinterkopf getötet. Die in Stuttgart-Stammheim einsitzenden RAF-Häftlinge Baader, Ensslin und Raspe konnten kurz darauf mit in das Gefängnis eingeschmuggelten Waffen Selbstmord begehen. Man darf die Ermordung Schleyers als Racheakt für diesen Tod und den Fehlschlag der Aktion betrachten.
Heinrich Böll und eine Gruppe von Intellektuellen in der Bundesrepublik gerieten, nicht zuletzt auch durch eine Reihe von Presseverlautbarungen und Kommentare, immer stärker in den Ruf einer „geistigen Urheberschaft und Wegbereitung" des Terrorismus; sie hätten „nichts dazugelernt". Es kam unter anderem zu Hausdurchsuchungen

in Bölls Eifeler Haus (Juni 1972) und, nachdem in einer „konspirativen Wohnung in der Hamburger Bartholomäusstraße" der Wehrpaß des Böll-Sohnes Raimund und zwei Reisepässe seiner Ehefrau Leila gefunden worden seien („Bildzeitung" 7. Februar 1974, S. 6), auch zu einer Durchsuchung der Wohnung in Raimund Bölls Kölner Wohnung, Bonner Straße. Es kam zu Absetzungen von Böll-Interviews aus Fernsehprogrammen und eines Böll'schen Theaterstückes nach seiner Erzählung „Die verlorene Ehre der Katharina Blum – oder: Wie Gewalt entstehen und wohin sie führen kann" (Vorabdruck im „Spiegel" am 29. Juli 1974) in Würzburg.

Es gab aber auch eine Reihe von Solidaritätsbekundungen namhafter Schriftsteller und Intellektueller zugunsten Bölls. Als Taschenbuch erreichte „Katharina Blum" eine Auflage von zwei Millionen Exemplaren; das Buch wurde mit einigen Änderungen erfolgreich verfilmt. Manchenorts wurde das Buch als „literarische Revanche" für die Veröffentlichungen der „Bildzeitung" empfunden: „Böll schlägt hier um sich" (Rudolf Michaelis in „Die Zeit"). Es handele sich um ein „satirisches Pamphlet gegen kriminelle Formen der Meinungsbildung". Wenn man Bölls eigene Äußerungen zusammenfaßt, so schien er sich nach wie vor darüber zu wundern, daß seine aggressive und polemische Art, über das problematische Verhältnis von Recht und Gewalt und die gesellschaftliche Wirklichkeit zu schreiben, eine derartige Welle von Empörung und auch persönlicher Bedrohung hervorgerufen hatte.

Die Erzählung „Katharina Blum" schildert, wie eine siebenundzwanzigjährige Frau das Opfer einer Verleumdungskampagne wird. Diese Kampagne wird von einer Zeitung ins Werk gesetzt, die jeder in ihrer Umgebung zu lesen pflegt. Sie fühlt sich ohnmächtig, um ihre Ehre gebracht, und erschießt einen zudringlich werdenden Journalisten des fraglichen Massenblattes. Als geschiedene und frustriert geschilderte Frau lernt sie einen von der Polizei verfolgten und überwachten Bundeswehrdeserteur kennen, den sie mit in ihre Wohnung nimmt und dem sie nach einer „Liebesnacht" zur Flucht aus der von der Polizei umstellten Wohnung verhilft. Das Blatt mit Millionenauflage überzieht die Frau mit bewußten Entstellungen und Fälschungen; und so kommt es zur gewalttätigen „Re-Aktion" der jungen Frau auf den Journalisten. Im März 1975 hat Böll in einem Gespräch mit Christian Linder geäußert, die Darstellung von Gewalt in einem literarischen Werk sei „natürlich keine Rechtfertigung, sondern die Konfrontation von Problemen und Personen, die einfach Gewalt hervorrufen". Später hat der Autor sein Buch als „Pamphlet" bezeichnet, und die literarische Kritik hat ihm – wenn auch zwischen Beifall und Ablehnung, Lob und Einwänden mancherlei Art – „stili-

stische Schlamperei", einen „monumentalen Fall von Tartüfferie" und seinem Werk „ein im Zorn geschludertes, mit Ungeduld zusammengestückeltes Nebenwerk", einen „Zwitter aus Schmähschrift und Kolportage", vorgeworfen.
Wie immer man solche (und andere) Urteile bewerten mag und künftig bewerten wird – Heinrich Böll hat sich (vor allem, je älter er wurde) nicht gescheut, seine Stoffe und Themen aus der Aktualität zu holen. Das belegen auch Bücher wie die 1975 erschienene Satire „Bericht über die Gesinnungslage der Nation", der Roman „Fürsorgliche Belagerung" (1979), der Essayband „Vermintes Gelände" (1982) oder das kurz vor seinem Tod abgeschlossene Buch (Roman „in Dialogen und Selbstgesprächen") „Frauen vor Flußlandschaft" (1985). Aktualität schien Böll geradezu der Ort zu sein, an dem einer die Wirklichkeit entschlüsseln oder sich ihr verschließen kann. Die Wirklichkeit enthält für ihn eine Art Botschaft, die mitgeteilt und weitergegeben werden muß. So heißt es bereits im letzten Satz einer 1949 erschienenen und erst 1982 aus seinem Nachlaß herausgegebenen Erzählung „Das Vermächtnis": „Ich übergebe die Wahrheit Ihnen, sie gehört Ihnen ...". Wer nach Böll die „wirkliche Wahrheit" treffen will, der muß sie aus dem Augenblick holen, sie dem reißenden Zeitstrom, der fließenden Vergänglichkeit entreißen. Und so verstand der Autor unaufhörlichen, nur durch Krankheiten unterbrochenen Schreibens Poesie auch als hartnäckige Erinnerung – als ein Festmachen dessen, was sich entziehen will, aber auch ins Vergessen abgeschoben wird. Wirklichkeit in diesem Sinn ist weit weniger das, was dem Menschen (auch einem Autor) vorgegeben und ihm zu entsprechen aufgegeben ist, sondern was durch ihn erobert, ans Licht gebracht, ja, „geschaffen" werden muß. Und das notfalls auch im „Aufstand" gegen eine als menschenunwürdig empfundene, die Wahrheit verstellende und deshalb falsche „Realität".

III

Im März 1975 hat Böll in einem Gespräch geäußert, er sei eher „auf einen sehr esoterischen Dichter angelegt, der in seinem Stübchen sitzt und ... schreibt ... daß aber die Biographie mich politisiert hat." Das heißt also, so privat einer auch bleiben möchte – sein Lebensaugenblick gestattet es ihm nicht; und er kann den „Schlüssel zum Wirklichen" (die Aktualität, so Böll) nicht aus der Hand legen. In einer solchen Äußerung ist natürlich auch etwas über die poetische Praxis und die Wirkungsgeschichte Bölls enthalten. Seine Bücher haben zwar mit den „ewigen Themen" der Literatur wie Liebe, Tod,

Gott, Wahrheit, Lüge, Macht und Ohnmacht zu tun. Aber der Schriftsteller und Poet Böll hat sich seine Themen oft aus der Aktualität geholt, der „laufenden Geschichte", zum Beispiel aus Krieg und Nachkriegszeit, aus der nach dem Zweiten Weltkrieg in seinem Geburtsland entstehenden Politik und Gesellschaft. Solche „Zeitgenossenschaft seines Schreibens" (Essay 1954) band ihn geradezu an den „Augenblick", den er zu treffen suchte und zum Bild gerinnen ließ. Auch Hans Schnier, „Clown, Berufsbezeichnung Komiker und keiner Kirche steuerpflichtig", in Bölls Roman „Ansichten eines Clowns" (1963) „sammelt Augenblicke". Und er versucht, sich die vergangenen Augenblicke seiner Ehe zusammenzusetzen: keine Ehe im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches und nichts, was Theologen ein „Sakrament" nennen würden – für ihn aber etwas Unwiderrufliches und Sakrosanktes. Lange Zeit auch unwiderruflich für Marie, der sich der Clown für immer verbunden glaubt. Doch sie hat ihn verlassen und – wie es bereits auf der ersten Seite des Romans heißt – „Züpfner, diesen Katholiken" geheiratet.

„Ein gutes Auge gehört zum Handwerkszeug des Schriftstellers, ein Auge, gut genug, ihn auch Dinge sehen zu lassen, die in seinem optischen Bereich noch nicht aufgetaucht sind." Sätze dieser Art stehen in einem Sammelbuch von „Erzählungen, Hörspielen und Aufsätzen" (1961). Böll war kein „Seher", wenn er auch immer wieder Entwicklungen vorhergesehen und nicht nur mit angetrieben hat. Aber er wußte seine Augen zu gebrauchen; zweifelsohne hat er mit einer Intensität „hingesehen" und in Sprache übersetzt, was vor Augen lag, die seinen Lesern bis auf den Tag bestürzend erscheinen muß. Der Augenmensch Böll hat vor allem in seinen Erzählungen wahre Meisterwerke detaillierter Wahrnehmung geschaffen. Wenn seine Figuren und Gestalten auf die Realitäten von Angst, Zwang, Tod, Liebe, Verlust, Not, Mangel, aber auch Erlösung (oder Erhörung) treffen, entschlüsselt sich oder entschleiert sich ihnen wie in einem Akt der Befreiung die unverkürzte Wirklichkeit. Sehen und Hinsehen erlöst; es bereitet nicht bloß Angst und Schmerz. In seiner Erzählung „Im Tal der donnernden Hufe" (1957) schildert Böll einen Heranwachsenden, der sich von seinen Schuldgefühlen und seiner Angst vor der Frau und der Sexualität dadurch befreit fühlt, daß ein Mädchen ihm ihre Brüste zeigt, „die noch nie jemand gesehen hat" – eine junge Frau, die – ohne ihn zu verführen – das pubertäre Verlangen des Jungen begreift und ihm einen Weg in die Zukunft eröffnet, denn er will sich erschießen.

Der Poet und Publizist, Bürger und Zeitgenosse Böll hat seine Erinnerungs- und Wahrnehmungskraft (wenn sie auch im politischen Streit des Tages undifferenzierter und einseitiger zu werden schien)

als eine widerständige Macht verstanden. Sie erhebt sich gegen einen Ozean des Nichtwissens, Vergessens und aktiver Verdrängung; und sie gleicht einem Aufstand gegen den Schmerz des Vergessens. Das ist zweifelsohne ein tief konservativer Zug an einem Autor, dessen Veröffentlichungen ein derart starkes Verstehen für Rebellion und Revolution erkennen lassen. Auch der Katholik Böll, der als Schriftsteller und Publizist daran mitgewirkt hat, daß eine konziliär und konziliant gewordene Kirche eine andere Gestalt als vordem annahm, hat in seiner Eigenschaft als Poet die verloren gegangene Form vermißt und dem Versuch der katholischen Kirche mißtraut, sich der Welt auf eine neue Weise darzustellen. (Denn mitunter ist ja eine Religion, die „etwas Neues bieten" möchte, schneller als gedacht „erledigt".) Bücher wie die erste, früh veröffentlichte Erzählung „Der Zug war pünktlich" (1949) über den ersten, 1951 veröffentlichten Roman „Wo warst Du, Adam?" bis hin zu dem 1985 herausgekommenen, letzten Werk Bölls „Frauen vor Flußlandschaft" (ein Roman „in Dialogen und Selbstgesprächen", so der Untertitel), belegen sowohl Bölls Widerstand gegen die schlechte Wirklichkeit des Vorgefundenen wie auch seine zornige Klage über den unwiderbringlichen Verlust eines ursprünglich vorhandenen Guten, als deren Ursache man vielleicht „die verlorene Kindheit" (des Heinrich Böll) bezeichnen kann – ein Vorgang, für den es in der Literatur des 20. Jahrhunderts etliche Beispiele gibt. So jedenfalls sieht es Christian Linder, der im März 1975 mit Böll nicht nur drei Tage lang ein Leben und Werk erschließendes Gespräch geführt, sondern auch 1978 ein tief lotendes Taschenbuch veröffentlicht hat; er schreibt über Heinrich Böll: „Schreiben als Verteidigung der Kindheit; bis in den Stil hinein ist das zu erkennen."

Wie immer es sich verhalten mag – Böll hat sich Zug um Zug immer tiefer in seine Inspirationsquellen, Wahrnehmungs- und Denkmuster, in seine Weltsicht, in die ihm eigene Biographie versetzt; und er hat sich offensichtlich immer weniger anderen Denk- und Schreibweisen ausgesetzt und sich in steigendem Maß das anverwandelt, was seinem Fühlen, Sehen und Denken entgegenkam. Der Autor Böll hat sein Schreiben überhaupt als ständigen, unablässigen Prozeß verstanden, d. h. als eine „Fortschreibung" seiner ursprünglichen literarischen Themen und Stoffe. Dazu gehören seine Frauengestalten, die Liebe zwischen Frau und Mann, Mann und Frau, Religion, Kirche, Staat, Gesellschaft, Herrschaft, Macht, Gewalt, Krieg, Tod und „Restauration": ein breiter Fächer mit immer neuen, oft überraschenden Variationen. Kaum jemand in der deutschen Literatur der letzten 70 Jahre hat mit so aufmerksamen und geschärften (mitunter auch geblendeten) Augen religiöse, gesellschaftliche und politische Zustän-

de und Vorgänge in dieser Republik wahrgenommen und interpretiert. Seine „Fortschreibungen" versteiften sich manchmal zu „Festschreibungen", indem er unabgelenkt, unablenkbar, treu und streng an dem festhielt, was ihm seine Erfahrung der Diktatur, des Krieges und der Nachkriegszeit an Einsichten beschert hatte. In dieser Haltung spielte viel Selbstbehauptung und Eigensinn mit. Auf solche Weise neben die Zeit zu geraten und zum „Außenseiter" zu werden: diese Konsequenz hat Böll ahnungsweise bereits in seiner 1950 erschienenen Erzählung „Geschäft ist Geschäft" beschrieben.

IV

Zu seinem 65. Geburtstag am 21. Dezember 1982 wurde Heinrich Böll eine Kassette mit Originalmanuskripten (Gedichten, Briefen, Fotos, Prosatexten, Zeichnungen und Collagen) überreicht, deren Inhalt als Faksimiledruck in einer begrenzten, dem Buchhandel nicht zugänglichen Auflage herauskam; die meisten Beiträger waren namhafte Schriftsteller und Schriftstellerinnen, Wissenschaftler, Künstler, Publizisten und Politiker des In- und Auslandes. In einem handgeschriebenen Freundesbrief äußerte der russische Philosoph und Linguist Wjatscheslaw Iwanow: „Die Ansichten Deines Clowns sind auch die meinen. Mir stellt sich die Kindheit ... als das Vorbild und Vorzeichen des ganzen Lebens vor, als das Vorspiel, dessen Klang immer hörbarer wird. Von Kindheit an lernen wir das Detail sehen, das Ding im richtigen Maßstab, den man übertrieben nennen kann, wie ein Teilplan im Film." Ein solcher Text rührt auf seine Weise an die Ursprünge und tieferen Antriebe der schreibenden Existenz des Autors Heinrich Böll.
Das von einem seiner Söhne mitherausgegebene Buch trägt den Titel „Ein Autor schafft Wirklichkeit" und hält neben dem persönlichen Echo auf Bölls Werk auch die *poetische* Authentizität seiner Bücher fest. Es wäre wohl falsch, Bölls Auslegung und Deutung, sein Gegenwärtigsetzen und Gegenwärtighalten von Krieg und Nachkriegszeit mit einem historischen Dokument oder dem Forschungsertrag eines Historikers zu verwechseln. Doch eine außergewöhnliche intuitive Einsicht und Einführung in die zwölfjährige Diktatur Hitlers und ihrer Ursachen, auch in ihre gesellschaftlichen Folgen kann man ihm nicht absprechen; das gilt auch für die politische Auseinandersetzung um jenen Weg, den das „Nachkriegsdeutschland" eingeschlagen hat, und die von den „68-ern" – wenn auch mit oft einseitigen, vornehmlich moralistischen Argumenten – erneut auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

„Die Kindheit als Vorbild und Vorzeichen des ganzen Lebens ... " (Iwanow). Heinrich Bölls Lebens- und Wirkungsgeschichte ist nicht von jenem Milieu seiner rheinisch-kölnischen Herkunft zu trennen, das seine Freunde und Feinde, seine Kindheit und Jugend, seine Schulzeit und seine Entwicklungsjahre kennzeichnet. Das politische und gesellschaftliche Klima der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Diktatur, die durch die voraufgehende Geldentwertung hervorgerufenen sozialen Unsicherheiten (die sich in seiner damaligen Familie bitter spürbar auswirkten) sowie die Frömmigkeitsformen und Erziehungsmuster der katholischen Kirche haben vor allem den Heranwachsenden nachhaltig geprägt. Böll wuchs zusammen mit fünf Geschwistern auf; er war der jüngste. Er selber hat seine Kindheit als „glücklich" beschrieben, als „relativ heil", „sehr frei und verspielt". Mit den Folgen der Inflation begannen häufige Wohnungswechsel und Einschränkungen.

Ein Familienklima halb rebellischer, halb bohémehafter, jedenfalls „widerständiger" Denkungsart verstärkte sich in der Zeit des „Dritten Reiches". Vor allem die energische und kritisch angelegte Mutter Heinrich Bölls sah offenbar von Anfang an, daß Hitlers Berufung zum Reichskanzler und seine „Weltanschauung" den Zweiten Weltkrieg mit sich bringen würde. Politische Diskussionen im Familienkreis und mit Gesinnungsfreunden – auch solche über die Konsequenzen des zwischen dem Reich und dem Heiligen Stuhl geschlossenen Konkordats – waren üblich. Neben den Einflüssen der katholischen Jugendbewegung wirkte sich auch die beginnende Beschäftigung Heinrich Bölls mit bedeutenden katholischen Schriftstellern Frankreichs aus, wie François Mauriac, Georg Bernanos und Léon Bloy. Die Beschäftigung mit der Person und den Büchern Léon Bloys zieht sich fast durch das ganze spätere Werk Bölls; entsprechende Spuren lassen sich in etlichen Büchern des Schriftstellers Böll und in seinem Leben nachweisen.

Nach dem Besuch der Volksschule in Köln-Raderthal (1924–1928) und noch vor dem Abitur am staatlich-humanistischen Kaiser-Wilhelm-Gymnasium in Köln 1937 begann der Neunzehnjährige Erzählungen und Gedichte zu schreiben. Der Nachlaß Bölls weist zum Beispiel eine Erzählung mit dem Titel „Die Brennenden" aus, die zwischen dem 18. Dezember 1936 und dem 7. März 1937 entstanden ist. Nach seinem Abitur begann Böll eine Buchhändlerlehre; im Sommer 1939 immatrikulierte er sich an der Universität Köln. Nach der Einberufung zum Reichsarbeitsdienst im vorhergehenden Jahr wurde Böll im Herbst 1939 zur „deutschen Wehrmacht" einge-

zogen. An der Kölner Universität hatte der Student Böll Vorlesungen und Seminare in Geschichte und klassischer Philosophie belegt, unter anderem bei dem Germanisten Ernst Bertram.
Die ersten Kriegsmonate bis zum Mai 1940 verbrachte der Rekrut/Infanterist Böll in einer Osnabrücker Ausbildungskaserne. In diese Zeit fällt auch der erste Brief Bölls an seine künftige Frau Annemarie Cech, die er seit 1936 kannte. Am 6. und 23. März 1942 heirateten sie standesamtlich und kirchlich. Fast jeden Tag schrieb der Soldat Heinrich Böll im Verlauf des Krieges einen Brief an seine Verlobte und Ehefrau, die spätere Mutter seiner vier Kinder (der erste Sohn starb im Jahr 1945) und Mitübersetzerin zahlreicher Bücher und Theaterstücke aus dem Amerikanischen und Englischen. Nach einem Aufenthalt in Bromberg/Polen und einer Zeit in Deutschland verbrachte Böll rund eineinhalb Jahre als Besatzungssoldat in der französischen Picardie an der Atlantikküste. Von Oktober 1943 bis zum Februar 1944 nahm der Infanterist am Stellungskrieg auf der Krim-Halbinsel teil; bei Odessa wurde er verwundet. Nach weiteren Verwundungen und Einsätzen in Rumänien und Frankreich (März bis Mai 1944) hielt sich Böll in Lazaretten Rumäniens und Ungarns auf. Die Zeit bis zum Kriegsende verbrachte er in Deutschland.
Böll, der kein Offizier werden wollte, versuchte mehrfach, dem militärischen Dienst zu entkommen. Anfangs schrieb er Freistellungsgesuche, um studieren zu können; später legte er sich auch Krankheiten zu (wenn auch schon der Heranwachsende für Krankheiten anfällig war, die schließlich sein Leben begleiteten) oder fälschte Urlaubsscheine. Das Kriegsende erlebte Heinrich Böll wieder im Rheinland, wo er sich zunächst als vorübergehender Deserteur bei seiner Frau im Bergischen Land nahe Köln versteckt hielt. Aus Furcht vor „standrechtlicher Erschießung" kehrte er Ende Februar 1945 in die deutsche Armee zurück und geriet kurz danach in Gefangenschaft, aus der er September 1945 entlassen wurde.
„Ich hasse den Krieg und alle, die ihn lieben", schrieb der durch den Splitter einer Handgranate verwundete Heinrich Böll am 19. Juni 1944 aus Debreczen/Ungarn an seine Familie in Köln, nachdem er einem Angriff russischer Panzer entkommen war. Doch mitunter hatte er zwischen dem Wunsch, vom Stumpfsinn und der Langeweile des Etappensoldaten am französischen „Atlantikwall" an die Front zu kommen und das Leben der niedrigen Dienstgrade und tapferen, zum Objekt des Krieges gewordenen Männer zu teilen, auch die Vorstellung, der Krieg könne von Deutschland gewonnen werden. So schrieb er im Kriegsjahr 1942: „... ich aber glaube wirklich daran, daß wir siegen, wirklich, obwohl wir so unendlich arm und hilflos sind in manchem, wir werden den Krieg gewinnen."

Dann verlautete es wieder anders; Böll schrieb über „den vollkommenen Irrsinn des Materialkrieges – alles dies verbrecherische moderne Zeugs, das Eisen spucken kann, und dazwischen die tapfere Infanterie".
Solche Ambivalenz teilte der Soldat mit Sicherheit mit zahlreichen Deutschen an der Front und „in der Heimat", die trotz ihrer Vorbehalte und ihrer Ablehnung „des Führers" einen deutschen Sieg wünschten. Im übrigen sind, was den Menschen und Autor Böll betrifft, ambivalente Haltungen zum Staat, zur Literatur, zur Kunst und zur verfaßten Religion der katholischen Kirche, bis zu seinem Lebensende für ihn charakteristisch. Das erklärt auch seine – nicht eben zahlreichen – Selbstkorrekturen, sein Verlangen nach Gespräch und Diskussion, nach Erweiterung seiner Kenntnisse: durch Rückfragen, Lektüre, Reisen und Briefwechsel. Und er konnte auch Zuhörer sein, präsent und im privaten Bereich besonders aufnahmebereit.

VI

Nicht erst als man den Autor Böll als typischen Vertreter der Kriegs-, Heimkehrer- und Trümmerliteratur einschätzte und „fast vorwurfsvoll, gekränkt" (Böll) beurteilte, schilderte er in Erzählungen wie „In der Finsternis" (1950), „Damals in Odessa" (1950) – Kurzgeschichten, die sich an den Typus der Short-story anlehnen –, „Der Essenholer" (1950) und „Wanderer, kommst du nach Spa ..." (1950) den Krieg als erbarmungsloses, sinnloses und grausames Geschehen, als eine fortwährende Katastrophe, die nicht als „Naturkatastrophe", sondern als von Menschen veranstalteter Irrsinn begriffen werden soll. Dabei hat der Schriftsteller vor allem die „kleinen Marschierer", die Opfer, die Entrechteten und Gedemütigten im Blick. Heinrich Böll hat jedoch nicht nur den Krieg, sondern auch ebenso detailliert und blickscharf, mitfühlend und bewegt seine Folgen ins Bild gesetzt: Kinder oder Väter („Haus ohne Hüter", Roman, 1954), verbitterte und mittellose Heimkehrer, Kriegsbeschädigte („Mein teures Bein", Kurzgeschichte, 1950) sowie jene Zeitgenossen, deren Profitgier aus der Not der Mitmenschen Nutzen zogen. Sie kehren in verwandelter Form noch in Bölls letztem Roman „Frauen vor Flußlandschaft" (1985) wieder – neben jenen neuen Militärs, Beamten und Regierungsverantwortlichen, deren Kriegsvergangenheit und Kriegsvergessenheit lange Schatten werfen.
Bölls erste als Buch veröffentlichte Erzählung „Der Zug war pünktlich" (1949) schildert die Geschichte eines Soldaten, der seinen kommenden Kriegstod spürt und ihn in einer wachsenden Angst

vorwegnimmt; er verbringt eine letzte Nacht mit einer jungen polnischen Jüdin, die der oberflächliche Blick nur für eine Prostituierte halten könnte, die jedoch eine liebesfähige Frau ist und ähnlich wie „Andreas" ein Opfer der menschenmörderischen Praxis von Krieg und Verfolgung wird. Der 1951 erschienene Roman „Wo warst du, Adam?" nimmt Abschied von der „Ich-Form" der ersten Veröffentlichung und vertieft das Thema „Krieg" an der Gestalt des Soldaten Feinhals, der nach einem überstandenen Feldzug auf der Schwelle seines Heimathauses von einer Granate getroffen wird und stirbt. Der 1954 erschienene Roman „Haus ohne Hüter" wendet sich schließlich den Schicksalen jener Frauen zu, die als Kriegerwitwen in Verhältnissen leben, die man damals als „Onkel-Ehen" zu bezeichnen pflegte. Kinder, die auf der Suche nach einem Vater sind, der ihrem nur noch in Fotografien sichtbaren Erzeuger ähnlich sein könnte, müssen sich wie in einem bösen Labyrinth zurechtfinden. Freilich läßt der Autor in einer Art von Halbdunkel eine Tür zur Hoffnung offen.

Wer diese Bücher gelesen hat, könnte auf den Gedanken kommen, als wolle ihr Autor in einer nicht endenden Kette von poetisch gestalteten Biographien jedem einzelnen Opfer – auch den Toten, die im Nichts eines seelenlosen Geschehens ihr Leben verloren – sein Recht zuteil werden lassen und ihnen ein lebenswertes Dasein zurückgeben. Phantasiekraft und Intuition, eine stupende Begabung suggestiven Erzählens und die Fähigkeit zum Atmosphäre stiftenden Detail kommen in solchen Beispielen der Schreibkunst überzeugend zum Ausdruck. Das gilt freilich auch für die Romane „Und sagte keiner ein einziges Wort" (1953), „Billard um halbzehn" (1959) und „Gruppenbild mit Dame" (1971), die bei allen epischen Mängeln „eine nicht geringe Zahl schlechthin großartiger Streiflichter und Impressionen, Episoden und Reminiszenzen" bieten (Marcel Reich-Ranicki (1986).

Ob Heinrich Böll auf's Ganze gesehen wirklich die Fähigkeit zum Schreiben eines geschlossenen, aus „einem Guß" hervorgehenden Romans besaß, sollte künftiger Würdigung von professioneller Hand überlassen bleiben. Vielleicht behält auch der Filmautor und Regisseur Woody Allen recht, der in seinem Film „Manhattan" (1978) die Gesprächspartner Diane Keaton und Michael Murphy folgenden Dialog führen läßt: „Wir haben eine *Akademie der Überschätzten* gegründet." – „Leute wie Gustav Mahler. Scott Fitzgerald" – „Carl Jung, Norman Mailer. Walt Whitman, Heinrich Böll." – „Ja, wir dürfen Heinrich nicht vergessen." – (Woody Allen:) „Ihr solltet Mozart nicht auslassen, wenn Ihr so berühmte Leute zur Schnecke macht. Mozart fehlt. Eindeutig."

Zu Bölls *Anfängen* – Briefwechsel wie der mit dem in der Kriegsgefangenschaft zum Freund gewordenen Ernst-Adolf Kunz belegen, mit was für Schwierigkeiten einer Existenzgründung der noch unbekannte Schriftsteller Böll zu kämpfen hatte. Noch im Jahr 1949 und bereits in Verbindung mit einem ersten, Opladener Verlag stand Heinrich Böll kurz davor, seine Existenz als Schriftsteller aufzugeben, „weil im Grunde genommen die Literatur keine unglückliche Stunde meiner Frau und meiner Kinder wert ist." Erst um 1952 herum wurde Böll bekannter; dabei half ihm der Preis der für die Nachkriegsliteratur in Deutschland tonangebenden „Gruppe 47", die Böll bei einer Tagung in Bad Dürkheim (im Jahr 1951) für seine Satire „Die schwarzen Schafe" aus dem gleichen Jahr den Preis der Gruppe verlieh. Bölls Familie mit inzwischen zwei, nach dem Tod des ersten Kindes geborenen Söhnen lebte im Kölner Süden in beengten und ärmlichen Verhältnissen; die Stadt war zu großen Teilen kriegszerstört, und die Überlebenstechniken verlangten eine kaum mehr vorhandene Kraft. Aber auch so blieb der in Köln geborene Schriftsteller dem rheinischen Lebensgrund – auch dem, was man „Milieu" zu nennen pflegt – auf vielfältige Weise verbunden; denn erst der sechzigjährige Böll äußerte in einem Gespräch mit seinem Freund Heinrich Vormweg: Köln „ist nicht mehr die Heimat, die es war. Dieses ungeheure Erlebnis, heimzukehren, sagen wir: im Urlaub oder auch illegal mal nach Hause zu fahren, das Gefühl, über die Brücke zu kommen, die ja in meinen Arbeiten auch eine große Rolle spielt, die Rheinbrücke, von der rechten auf die linke Seite, das war schon noch Heimat. ... Aber das hat sich mir völlig entfremdet, alles."
In seinem Essay „Stadt der alten Gesichter" (1959), auch in seinen „Köln"-Gedichten (1968, 1969, 1971), in Texten wie „Kölns imaginäres Wappen" (1960), „Eine Straße in Köln" (1958) oder „Hülchrather Straße Nr. 7" (1972), in seiner Rede zur Verleihung der Ehrenbürgerwürde „Ich han dem Mäche nix jedonn – ich han er bloß ens kräje" (1983) und in dem „Interview über eine Stadt" (1971) seines Kollegen Hermann Kesten wird das Thema „Köln" immer neu angeschlagen und variiert. Das gilt mindestens bis zu dem Zeitpunkt, an dem Böll mit seiner Frau in den Eifelort Langenbroich und den Ort Merten/Bornheim im rheinischen Vorgebirge umzog.
Der Rhein und das Rheinland, der rheinisch aufgefaßte und gelebte Katholizismus und das Rheinische in seiner Aufsässigkeit gegen geistliche und weltliche Obrigkeiten – mit einer Mischung von „Sentimentalität, Frivolität, Blasphemie, Frömmigkeit" (Böll) – in diesem Klima keimten auch die den Böll'schen Humor und seine

Begabung zur „Entlarvung" von Institutionen wie Kirche, Staat und Rundfunk offenbarenden Satiren. Schon in seinen ersten Schriftsteller-Jahren machte sich die satirische Stärke Bölls bemerkbar und auch am ehesten bezahlt. Sie hat in fast klassischen Erzählungen wie „Nicht nur zur Weihnachtszeit" (1952) oder „Doktor Murkes gesammeltes Schweigen" (1958) ihren bis heute überzeugenden Ausdruck gefunden. Und es ist dies widerspruchsvoll-vertraute Milieu, seine soziale Wirklichkeit, die Bölls Bücher zu beträchtlichen Teilen inspirierte, denn man könnte den Augenmenschen Heinrich Böll (der einer selten intensiven Wahrnehmung seiner Umwelt fähig war) auch einen exzellenten „Milieu"-Schriftsteller nennen. In der rheinischen Realität „Volk" war auch der rheinische Katholizismus zu Hause – nicht selten in einer Art von „schmuddeliger Allianz" zwischen Gottesverehrung und Klüngel, Reinlichkeit und Trübnis, Geselligkeit und Spott.
Aber auch diese Ausdrucksweise lokalisierbarer Religion sieht sich inzwischen der Auflösung konfessioneller Sozialmilieus gegenüber. Diese „Lokalreligion" hat von der Straße und vom Viertel gelebt, und das nicht bloß im Karneval.
Wer an Heinrich Böll denkt, erinnert sich auch an ein lachendes und ein weinendes Auge und nicht zuerst an die „Grielächerei" einer oberflächlich angetauften Sinnlichkeit. Eher denkt er an eine Art von produktiver Melancholie; denn nicht von ungefähr ist in seinem Roman „Billard um halbzehn" der aus der katholischen Aschermittwochsliturgie stammende Text „Memento (homo) quia pulvis es et in pulverem revertemur – Gedenke, Mensch, daß du Staub bist und zum Staub zurückkehren wirst" eingewoben. Im gleichen Roman begegnet der Leser folgenden Sätzen: „Vielleicht bist du auch mal Kommunist gewesen, dann sei doppelt vorsichtig. Ich bin's auch mal gewesen, und katholisch war ich auch. Das geht nicht raus aus der Wäsche. Ich lass' auch heute auf bestimmte Leute noch nichts kommen, und wer bei mir 'ne dumme Bemerkung über die Jungfrau Maria macht oder auf Vater Kolping schimpft, der kann was erleben."
Sind solche Sätze, freilich aus dem Mund eines Hotelangestellten, als eine Art Vorwegnahme dessen zu betrachten, was im Januar 1976 Wirklichkeit wurde, nämlich der Austritt von Annemarie und Heinrich Böll aus der katholischen Kirche? Heinrich Böll bezeichnete seinen Austritt als Abschied von der „Kirche als Körperschaft öffentlichen Rechts", nicht aber vom „corpus Christi mysticum", vom „mystischen Leib der Kirche". Die katholische Kirche in Deutschland lebe noch immer in einer Art unheilvoller Allianz mit politisch Mächtigen und Reichen, wobei er vor allem die Vertreter der „Christlich-Demokratischen-Union" im Auge hatte. Die größte

Schuld der Kirche aber sah Böll in der „Anpassung an das Naziregime", Widerstand innerhalb der Kirche sei „Privatsache" gewesen – zwei Behauptungen, die nur teilweise stimmen und gegen die sich zahlreiche Belege anführen lassen. Ihm mißfiel auch die „Kirchensteuerkirche", die eine Mitgliedschaft sozusagen von staatlicherseits legalisierten Steuern abhängig mache.
Vom Jahr 1942 bis hierhin was das ein langer und wohl auch mit manchen Bedenken versehener Weg, denn noch am 20. August dieses Jahres hatte der Soldat Böll in einem Brief an seine Ehefrau geschrieben: „Heute war ein hoher Festtag für mich, ich bin überaus glücklich, obwohl ich nun schon über Tage ohne Schlaf und unsagbar müde bin; glücklich bin ich, weil ich eine Messe gehört und kommuniziert habe; ach, niemals im Leben hätte ich gedacht, daß mir eine Messe so kostbar werden könnte."

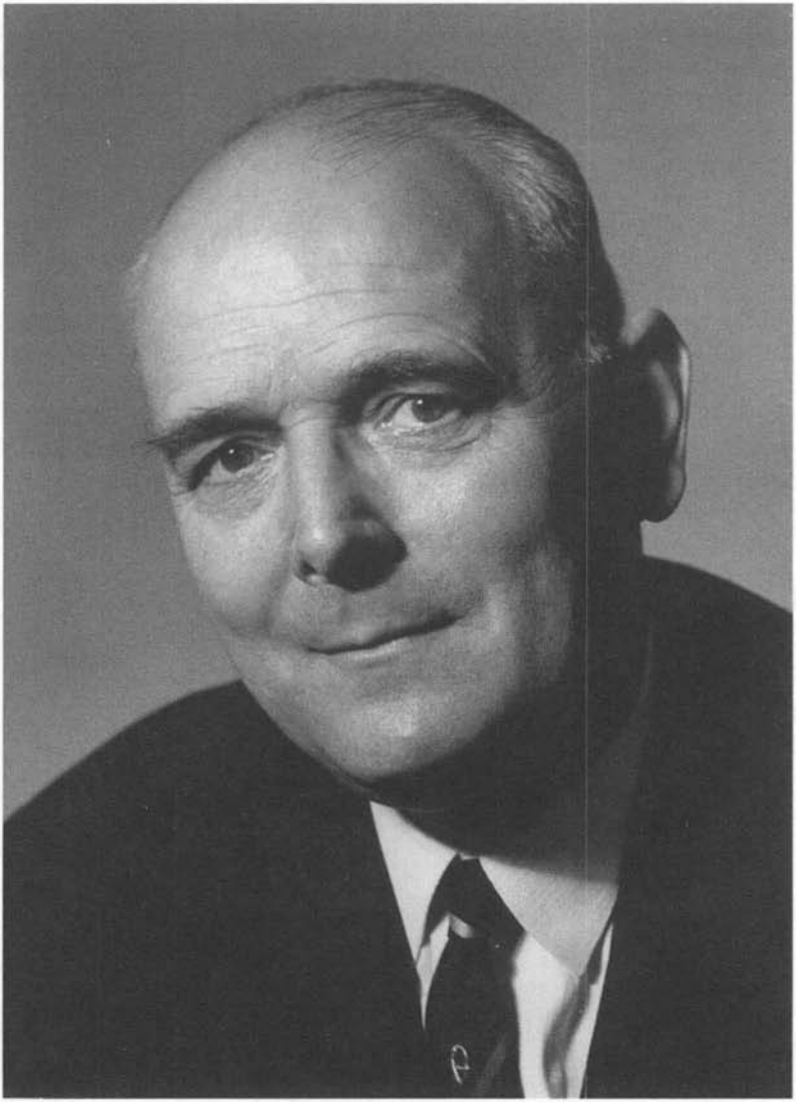
VIII

Bis zu seinem Lebensende ging Heinrich Böll im Ausland (zum Beispiel in Rom) und auch bisweilen in Köln (mitunter nach vorheriger Anfrage bei einem ihm bekannten Pfarrer) zum katholischen Gottesdienst und zur Kommunion. Mit dem in seiner Nähe wohnenden Priester Herbert Falken aber führte er immer wieder lange Gespräche, die sein Verhältnis zur Kirche und Bibel, zur Person Jesu Christi umfaßten. Falken berichtete: „Ich habe ihn kirchlich versehen. ... Kurz vor seiner Einlieferung ins Krankenhaus zeigte er mir wieder einmal mit zitternden Händen sein Kreuz, das er auf dem Schreibtisch stets vor sich hatte. ... Neben dem Verstorbenen fand ich die Bibel." In der las Böll immer wieder; er hat bekanntlich auch an der neuen Einheitsübersetzung des Neuen und Alten Testaments mitgearbeitet, und zwar über das prophetische Buch Hosea.
Nicht allein dem Verfasser dieses Beitrags gegenüber hat Heinrich Böll deutlich betont, daß er „nicht wie ein Hund verscharrt", sondern mit dem Segen des Priesters beerdigt werden wolle. Dem entsprach die von den Verantwortlichen des Erzbistums Köln gestattete und mit der Familie des Verstorbenen einvernehmlich geregelte kirchliche Beerdigung am 19. Juli 1985 auf dem Friedhof der Gemeinde St. Martin in Bornheim-Merten, nach dem voraufgegangenen, von Pfarrer Falken gehaltenen Totenamt. An ihm und an der anschließenden Beerdigung nahmen etwa 800 Menschen teil, unter ihnen zahlreiche namhafte Schriftstellerkolleginnen und -kollegen. Am Morgen des Sterbetages hatte die Witwe den Freund und Priester dringend gebeten, zu ihr und zum Verstorbenen zu kommen. Falken spendete ihm

eines jener Sakramente, die zu jenen Sieben gehören, die Heinrich Böll genau kannte und von denen er zwei (Sündenvergebung und Eucharistie) oft empfangen hatte. Und zugleich sagte er zu Annemarie Böll nach den Totengebeten: „Für ihn brauchen wir nicht zu beten." Einen Satz, den die – wie sie heute äußert – „verstörte" Frau in diesem Augenblick beruhigt vernommen hat.

Dem nach eigener Aussage „anarchisch bis anarchistisch" angelegten Schriftsteller Heinrich Böll, der auch ein bedeutender Polemiker, Satiriker und Pamphletist war, blieb oft wenig Raum für Nuancen und Nuancierungen, geschweige denn abgewogene, differenzierte Urteile. Trotz alledem hielt er sich für Korrekturen seiner Ansichten offen. Er besaß das Talent eines großen, ursprünglichen Poeten, der, wie er mehrmals betonte, gegen seinen Willen zu einer moralisch-politischen Macht geworden war. Er unterstrich „die Last, nie Feierabend mit seiner Phantasie zu haben" und stand mitunter in der Gefahr, zu einer Art von Sophisten zu werden; doch er wollte sich „nicht versöhnen" mit dem, was nach seiner Einsicht verändert oder allererst ins Werk gesetzt werden müsse. Deshalb hielt er wohl auch Politikern wie Konrad Adenauer, der eine kühle Realpolitik betrieb, „seine Sünden" vor (z. B. „Offener Brief" 1960 und „Keine so schlechte Quelle – Erinnerungen Adenauers 1945–1953" in „Der Spiegel", 1965). Im übrigen setzte er sich für politisch Verfolgte, Gefährdete und Unterdrückte leidenschaftlich ein – diskret und womöglich offen; das gilt besonders für den damals noch existierenden „Eisernen Vorhang". Seine Nächstenhilfe unterstützte zahllose Menschen.

Böll hat einmal von der „heimkehrenden Generation" gesprochen, „die weiß, daß es *keine Heimat auf dieser Welt* gibt". Am Ende seines Lebens schien er zu wissen, daß es sie nur auf der anderen Seite dieses Lebens geben kann. Am 26. Juli 1966 schrieb mir Heinrich Böll auf einen Zettel: „Kannst Du mir bis Mitte August *2* Dinge besorgen (ich nenne nur den ersten Punkt) 1) Die Stelle im Alten Testament suchen, wo es heißt: „Ich habe Dich bei deinem Namen gerufen, mein bist Du. Auch die Texte vor und nach der Stelle." Die fragliche Stelle steht in Jesaija 43, 1. Sie heißt: „Fürchte dich nicht, ich habe dich ausgelöst, ich habe dich bei deinem Namen gerufen. Du gehörst mir."



Franz-Josef Wuermeling (1900–1986)

Die Ära Adenauer war nicht arm an prägnanten Persönlichkeiten. Zu den in dieser Zeit auffälligsten Politikern gehörte ohne Frage Franz-Josef Wuermeling. In der inzwischen langen Reihe der Familienminister war er der erste und wohl auch der politisch konsequenteste und konzeptionell eigenständigste. Vor diesem Hintergrund entbehrt es nicht der Ironie, daß sein Name vor allem durch eine Fahrpreisermäßigung bekannt blieb, die er für Kinder aus großen Familien bei der Deutschen Bundesbahn durchgesetzt hatte. Der entsprechende Ausweis hieß im Volksmund schlicht „Wuermeling". Tatsächlich hat dieser Minister der Familienpolitik einen eigenen Stellenwert verschafft, grundlegende Fragen vorgedacht und Lösungen versucht, deren Umsetzung im Rückblick oft den Erfolgsbilanzen seiner Nachfolger zugerechnet wurden.

I

Franz-Josef Wuermeling stammte aus einer alten, traditionsbewußten westfälischen Familie. Sein Vater Bernhard (1854–1937) hatte, früh verwitwet, in zweiter Ehe Elisabeth Terfloth (1876–1936) geheiratet. Neben zwei überlebenden Geschwistern aus der ersten Ehe seines Vaters hatte Franz-Josef Wuermeling noch vier weitere Geschwister. Der Vater gehörte als Zentrumsabgeordneter 25 Jahre dem Preußischen Abgeordnetenhaus an, arbeitete zwischenzeitlich im Reichsamt des Innern und schließlich als Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium, bevor er zu Beginn der Weimarer Republik Oberpräsident der Provinz Westfalen wurde. Die Reichshauptstadt Berlin war somit jahrzehntelang Lebensmittelpunkt der Familie; hier wurde Franz-Josef Wuermeling am 8. November 1900 geboren. Er besuchte das Humanistische Gymnasium in Berlin-Steglitz, später in Warburg/Westfalen, dem Wahlkreis seines Vaters, wo er 1918 das Reifezeugnis erwarb. Zum Kriegsende diente er noch drei Monate in der Kaiserlichen Marine.

In den folgenden Jahren studierte Wuermeling Rechts- und Staatswissenschaften in Münster/Westfalen, Hamburg und Freiburg i. Br. und wurde im Cartellverband Katholischer Deutscher Studentenver-

bindungen (CV) aktiv. Der volkswirtschaftlichen Promotion (1921) folgten bis 1925 die juristischen Staatsexamina. Im gleichen Jahr heiratete Franz-Josef Wuermeling Maria Pöllmann (1905–1977), Tochter eines Amtsgerichtsrates aus Linz am Rhein und Nichte des Zentrums-Politikers Johannes Bell. Aus der Ehe gingen fünf Kinder hervor.

Beruflich schien alles auf eine glänzende Beamtenkarriere hinzudeuten: einer kurzen Zeit im Landratsamt Moers folgten fünf Jahre im Preußischen Ministerium des Innern in Berlin, bevor Wuermeling 1931 zum Landesrat und Finanzdezernenten der Provinzialregierung in Kassel und später zum Direktor der Hessischen Brandversicherung ernannt wurde. Der NSDAP trat Wuermeling nach 1933 im Gegensatz zu vielen Beamten nicht bei; er widerstand selbst dem Versuch, ihn für den Reichsbund der Kinderreichen zu werben. Auch diesen von vielen gewählten Ausweg des Beitritts in eine nationalsozialistische Hilfsorganisation akzeptierte Wuermeling nicht. Demonstrativ hatte er 1933 in Kassel den Vorsitz des dortigen Katholischen Akademikervereins übernommen, und als die Nationalsozialisten diesen Verein 1939 auflösten, wurde Wuermeling gleichzeitig, wie er es formulierte, „hinausgeworfen": Er wurde aus politischen Gründen in den Ruhestand versetzt, und ein SS-Angehöriger trat an seine Stelle.

Widerstandskämpfer ist Wuermeling sicher nicht gewesen; bewußt und in überzeugender Weise überstand er aber den Anpassungsdruck des totalitären Systems. Wie andere Schicksalsgefährten suchte er den Weg in die Privatwirtschaft. Wuermeling fand zunächst eine Beschäftigung bei der Casseler Basalt Industrie (CBI). Unmittelbar vor Kriegsbeginn eingezogen, wurde er nach drei Monaten „u. k." gestellt und kam schließlich 1942 in die Hauptverwaltung der Basalt-AG nach Linz. Das Kriegsende erlebte er am Rhein.

II

Wuermeling war tatsächlich ein „Mann der ersten Stunde", in den folgenden Jahren stets eher gerufen, als daß er politische Funktionen gesucht hätte. Bereits sieben Wochen vor der Kapitulation übernahm er das Bügermeisteramt in der von den Amerikanern eroberten Stadt Linz, beteiligte sich nach der Ernennung zum Vorstandsmitglied seines Unternehmens am Neuaufbau der IHK Koblenz und gehörte zu den ersten Mitgliedern der CDP im späteren Rheinland-Pfalz, aus der bald die CDU hervorging. Bei den ersten Nachkriegswahlen wurde er 1946 in den Stadtrat, den Kreistag und schließlich auch in

die Beratende Landesversammlung von Rheinland-Pfalz, 1947 in den Landtag gewählt.
Die Entscheidung des familiär durch die Zentrumstradition geprägten Wuermeling für die überkonfessionelle CDU war bewußt und sie war folgerichtig: Nach seiner Überzeugung war der Nationalsozialismus das Ergebnis einer bereits vor 1933 erkennbaren „Mißachtung der Ordnungsgrundlage des Sittengesetzes". Kurz nach Kriegsende formulierte er: „Die Saat, aus der 1933 wuchs, war durch die sogenannte Aufklärung und ihre Folgeerscheinungen, den Liberalismus und den materialistischen Sozialismus, schon lange vorher gelegt worden." In der Rückkehr zu den christlichen Werten sah er die Voraussetzung und Grundlage einer neuen staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung. Dies mußte seiner Überzeugung nach Weg und Aufgabe einer christlichen Partei sein, die die konfessionellen Gegensätze im politischen Raum überwand, aber nicht auf konfessionelle Profillosigkeit oder Amalgamierung hinauslief: Bewußte evangelische und katholische Christen sollten im politischen Raum eng zusammenarbeiten, um die antichristlichen Strömungen zu bekämpfen, die er im Nationalsozialismus, im Kommunismus, aber eben auch im Liberalismus und Sozialismus erblickte.
Christliche Politik hatte nach Wuermeling – „ausgehend vom christlichen Menschenbild" – klare Leitlinien zu verfolgen, was in seinem Verständnis den Verzicht auf politische Kompromisse und auch die Aufnahme von Konflikten bedeuten konnte, die nicht erfolgreich zu bestehen waren. Die Rücksichtnahme auf das Medienecho hat in seinem politischen Handeln nie eine Rolle gespielt. Folgerichtig schien Wuermeling zu polarisieren – tatsächlich aber handelte er, seinen Kategorien folgend, mit einer Konsequenz, die schon in der frühen Bundesrepublik parteiübergreifend ungewöhnlich war und die heute auf völliges Unverständnis stoßen mag. Wuermeling hat auch die Tagespolitik stets einem Wertesystem untergeordnet: seine konkreten Prinzipien waren das Sittengesetz und die soziale Gerechtigkeit, wie er sein politisches Credo rückblickend beschrieb.
Bei aller Grundsätzlichkeit war Wuermeling kein Mann der Theorie, sondern der Praxis und der Konkretion. So liebte er es, seine kraftvollen, durchaus absichtsvoll zuspitzend vorgetragenen Reden und Aufsätze mit ganz handfesten und nachvollziehbaren Tatsachen und Statistiken und plastischen Darstellungen auch abstrakter Zusammenhänge zu versehen – eine Methode, mit der er im niederliegenden Nachkriegsdeutschland aufrütteln und ermutigen wollte, ohne zu beschönigen. So zog er im Sommer 1948 eine Bilanz vor dem Hintergrund des Elends von 14 Millionen Flüchtlingen und Heimatvertriebenen und der schweren Belastung, die sie für die meist zer-

bombten städtischen Zentren Westdeutschlands bedeuteten. Zu den Aktiva rechnete er die deutschlandpolitische Wende der Westalliierten, den Marshallplan, den beginnenden demokratischen Wiederaufbau, die steigende Arbeitsmoral, den „etappenweise erfolgreichen Kampf" gegen Demontagen und sonstige Entnahmen durch die Besatzungsmächte und nicht zuletzt die Hoffnung auf die Zukunft.
Die Passiva bildeten für Wuermeling die Reparationspflichten und Besatzungskosten, die Unfreiheit der deutschen Verwaltung, die allgemeine wirtschaftliche Not, „die Abtrennung der Ostzone" und die weitgehende Demoralisierung. Es gelte für alle, ehrlich Bilanz zu ziehen, die Zwangswirtschaft ab- und die Wirtschaft aufzubauen – nicht weniger wichtig sei der moralische Wiederaufbau.
Vier Jahre später bilanzierte er, daß die Industrieproduktion der Bundesrepublik, die noch im November 1948 bei 81 % des Wertes von 1936 gelegen habe, inzwischen 167 % des Vergleichswertes betrage; der Export der Bundesrepublik habe sich mehr als vervierfacht, die Handelsbilanz sei erstmals aktiv, die Reallöhne bei kaum verändertem Preisniveau um mehr als ein Drittel gestiegen, die Arbeitslosenzahl liege sieben Jahre nach Kriegsende bei nur noch einer Million – in der Tat eine beeindruckende Erfolgsbilanz der ersten Bundesregierung unter Konrad Adenauer.

III

Die beharrliche Konsequenz Wuermelings und sein Bemühen um unbedingte Übereinstimmung von Anspruch und Wirklichkeit wurde schon in der Frühzeit seiner politischen Arbeit bei dem Einsatz für das Elternrecht deutlich und – in ganz anderer Weise – bei der Aufdeckung eines Skandals in Rheinland-Pfalz.
Als es der CDU nicht gelang, ihre von den beiden Kirchen unterstützten Vorstellungen einer grundgesetzlichen Absicherung des Elternrechtes durchzusetzen, wandte Wuermeling sich in einer dramatischen Wortwahl, die stark an die Sprache der Weimarer Republik erinnerte, gegen die SPD: Das „katholische Volk" werde „seine Bischöfe bei der Verteidigung der menschlichen Persönlichkeit gegen staatliche Machtanmaßung nicht im Stich lassen". Kirchenfeindliche Äußerungen im Besonderen des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher erleichterten ihm die Argumentation und Gegenpolemik. Wuermeling sparte aber auch nicht mit Kritik am Verhalten der eigenen Partei, die nicht konsequent genug für das Elternrecht gekämpft habe. In einer scharfen Auseinandersetzung mit Adolf Süsterhenn, der als Rheinland-Pfälzer Mitglied des Parlamentari-

schen Rates war, machte er seine Auffassung unmißverständlich deutlich: „In Weltanschauungsfragen können wir nur kompromißlos sein."

Wuermelings konsequentes Verhalten führte wenig später zu einer Krise der Landesregierung von Rheinland-Pfalz, der er seit 1947 als Staatssekretär im Innenministerium angehörte. Gegen einen der SPD-Minister der von Peter Altmeier (CDU) geführten Allparteienkoalition, den aus Oppenheim stammenden Jakob Steffan, waren schwere, in den Bereich persönlicher strafrechtlicher Verfehlungen reichende Vorwürfe erhoben worden. Wuermeling forderte Sauberkeit im Kabinett und trat, als Altmeier aus Koalitionsgründen vor der Entlassung Steffans zurückschreckte, selbst zurück; auch im Landtag wollte er bis zu Klärung der Angelegenheit nicht mehr mitarbeiten. Seine Diäten überwies er für die folgende Zeit an den VdK. Steffan trat schließlich im September 1950 aus den üblichen „gesundheitlichen Gründen" zurück. Wenige Tage später stellte Altmeier fest, daß die Vorwürfe, die in der Affäre Steffan als Retourkutsche gegen Wuermeling erhoben worden waren, „völlig unbegründet" gewesen seien.

Zu diesem Zeitpunkt gehörte Wuermeling parallel zu seiner Mitgliedschaft im Landtag von Rheinland-Pfalz (1947–1951) auch dem Deutschen Bundestag an; er hatte im August 1949 das Direktmandat im Wahlkreis Altenkirchen-Neuwied gewonnen, das er bis zu seinem freiwilligen Verzicht 1969 beibehielt. In seiner ersten Wahlperiode war er Mitglied im Haushalts- und im Beamtenrechtsausschuß. Konrad Adenauer beauftragte ihn im Dezember 1949 mit dem Aufbau des Bundeskanzleramtes, dessen erster „Chef" er im Range eines Staatssekretärs wurde, aber bereits im Februar 1950 wieder ausschied. Wuermeling machte sich im Folgenden einen Namen als Haushalts- und Beamtenrechtsexperte. Wenige Jahre nach Kriegsende war die Beamtenproblematik längst noch nicht aufgearbeitet. Es galt, u. a. das Problem der 400.000 heimatvertriebenen Beamten und Pensionäre zu lösen, und schließlich mußte für die Beamten, von denen Wuermeling den „Dienst am öffentlichen Wohl bis zur letzten Hingabe" erwartete, der Anschluß an die allgemeine Einkommensentwicklung geschafft werden. In den frühen 50er Jahren gelang – so Wuermeling – nur eine „Notstandsmaßnahme", die eine geringfügige Erhöhung der noch „an den Festlegungen des Jahres 1927 orientierten Gesamtbezüge und -pensionen bedeutete". „Für mehr", und auch das charakterisiert Wuermelings Grundeinstellung, „war keine Deckung zu schaffen".

Ende 1951 wählte die CDU in Königswinter einen geschäftsführenden Vorstand, dem neben Kurt Georg Kiesinger, der die Bereiche Grundsatzfragen und Außenpolitik übernahm, Robert Tillmanns, der den evangelischen Teil der Union repräsentierte und u. a. für gesamtdeutsche Fragen zuständig war, auch Franz-Josef Wuermeling angehörte. Er sollte im Besonderen das innenpolitische Feld bearbeiten und sich im Hinblick auf die Bundestagswahlen 1953 der Parteiorganisation annehmen; er zählte dann auch zu den Mitverfassern des CDU-Parteiprogramms aus demselben Jahr.

Wuermeling sah sich durch die neue Funktion zwar in die Pflicht genommen, Denk- oder Redeverbote kamen für ihn aber nicht in Frage. Als Bundesminister Seebohm an einer Veranstaltung teilnahm, die der ehemalige Frankfurter NSDAP-Kreisleiter und Oberbürgermeister Krebs organisiert hatte, empörte sich Wuermeling, er wolle „unsere junge Demokratie gegen diejenigen geschützt sehen, die schon einmal ihre Totengräber gewesen sind"; „diese politischen Führer von einst" sollten „in aller Stille" ihren Lebensunterhalt verdienen und „so weit möglich" Wiedergutmachung leisten.

Die Angelegenheit entwickelte sich zu einer handfesten Koalitionskrise, weil Krebs, inzwischen Stadtratsmitglied in Frankfurt, wie Seebohm dem CDU/CSU-Koalitionspartner DP angehörte. Die Bundestagsfraktion der DP zeigte sich „tief empört" und fragte angesichts seiner Mitgliedschaft im Fraktionsvorstand an, ob dies die offizielle Position der CDU/CSU sei. Deren Fraktionsvorsitzender von Brentano reagierte nicht im Sinne Wuermelings, aber dieser blieb bei seiner Position: er habe nicht die DP angegriffen und es kümmerte ihn auch wenig, daß der rechtskonservative „Deutsche Dienst" titelte: „Wurm oder Wuermeling?".

Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung war für Wuermeling zu keinem Zeitpunkt ein politisches Kriterium, womit er zwar Liberale und Sozialdemokraten weiter gegen sich aufbrachte, aber er konnte das katholische Lager und den größten Teil der CDU hinter sich vermuten. Dies dürfte auch für seine Unterstützung des Düsseldorfer Geistlichen Carl Klinkhammer gegolten haben. Klinkhammer hatte 1951 mit jungen Leuten aus Protest gegen den Film „Die Sünderin" in einem Kino Stinkbomben zertreten. Vordergründig ging es um einen Film – tatsächlich ging es um Grundwerte der Gesellschaft, die erstmals in der Bundesrepublik durch unkritische Darstellung von Prostitution, Euthanasie und Suizid in Frage gestellt schienen. Der Aktion folgte ein langes Gerichtsverfahren, das schließlich mit einem Freispruch Klinkhammers endete. Wuermeling, der sich an der

Grundwertediskussion aktiv und lautstark beteiligte und gerade im deutschen Film einen fortwährenden moralischen Verfall konstatierte, schickte demonstrativ ein Solidaritätstelegramm an Klinkhammer, in dem es hieß: „Dem bewährten Verteidiger des christlichen Sittengesetzes gegen gewissenlosen Rechtspositivismus ein dankbares Gedenken herzlicher Verbundenheit."
Durch solche spektakulären Aktionen hatte Wuermeling einen ungewöhnlich hohen Bekanntheitsgrad erlangt. In Verbindung mit einer glänzenden Rhetorik, großer Belesenheit, Schlagfertigkeit und auch mit Humor wurde er zu einem der besten und erfolgreichsten Redner des CDU-Lagers in den 50er Jahren. In Bochum mußten 1954 sogar Sonderstraßenbahnen eingesetzt werden, als Franz-Josef Wuermeling dort öffentlich auftrat.

V

Konrad Adenauer holte den inzwischen 53jährigen gegen den Widerstand der FDP 1953 in sein zweites Kabinett und übertrug ihm das Bundesministerium für Familienfragen, das zunächst nur bisherige Zuständigkeiten des Innenressorts übernahm. Auch personell waren die Anfänge bescheiden: Als Amtschef im Range eines Ministerialdirektors – einen Staatssekretär gab es zunächst nicht – fungierte Edo Osterloh, ein ehemaliger Oberkirchenrat und Vater von sieben Kindern. Ihm unterstanden ganze sechs Beamte des höheren Dienstes.
Wuermeling machte seine familienpolitischen Grundsätze ebenso rasch klar wie die Einsicht, daß Zuschnitt und Größe des Ministeriums keine Rückschlüsse auf seine inhaltlichen Zielsetzungen und Ansprüche zuließen. Die „gottgegebene Gemeinschaft der Familie" sei „Grundlage der Gesellschaft", sie sei „der natürliche Gegenpol gegen das Kollektiv" – und, für Wuermelings Denken nicht weniger wichtig, den Staat. Neben die ethische müsse die finanzielle „Fundierung" der Familie treten: die Schaffung von Familienausgleichskassen, familiengerechte Löhne, Steuern, Wohnungen, Renten und Verkehrstarife. Die Presse kommentierte zutreffend, daß dies auf eine radikale Neuorientierung der Bonner Sozialpolitik hinauslaufen würde.
Von nur plakativ gemeinten Aussagen Wuermelings konnte, wie die nächsten Jahre zeigen sollten, keine Rede sein. Der Jurist Wuermeling sah sich in jeder Hinsicht als „Anwalt der Familie", wie er selbst formulierte, und er nahm dieses Mandat sehr ernst. Er wollte es auch in „allen Ressorts- und Kabinettsbesprechungen" wahrnehmen. Kein

Gesetzentwurf dürfe das Kabinett passieren, der nicht auf seine familienrelevanten Aspekte durchgeprüft worden sei.
In den ersten Jahren seiner Amtsführung betrat Wuermeling mit der Einführung des Kindergeldes für Berufstätige sozialpolitisches Neuland: Es gelte, „eine soziale Deklassierung" derjenigen zu verhindern, „die die starken wirtschaftlichen Belastungen des Großziehens und der Berufsausbildung mehrerer Kinder auf sich nehmen". Es gehe nicht nur um soziale Fürsorge, sondern um „staatspolitische Gerechtigkeit für alle größeren Familien". Ausdrücklich widersetzte sich Wuermeling dem Anspruch, der Staat müsse den Familien die materielle Belastung für die Kinder vollständig abnehmen; dies widersprach seiner durch die kirchliche Soziallehre geprägten Vorstellung von Subsidiarität.
Die Verbesserung der materiellen Situation der kinderreichen Familien war das Ceterum Censeo des „Bundes-Familien-Vaters" (WAZ). So positiv das aufgenommen wurde – mit mancher konservativen Äußerung und einer bisweilen an Streitlust grenzenden Polemik bot er seinen Kritikern immer wieder Angriffsflächen. Seine moralischen Vorstellungen, die selbst die allegorische Darstellung der unbekleideten Europa auf den Fünf-Mark-Scheinen „von der Zensur nicht ausgenommen wissen" wollte, löste vor allem Kopfschütteln aus.
Ähnliche Reaktionen hatten seine Äußerungen zur Gleichberechtigung von Mann und Frau zur Folge. Der „Spiegel" attestierte ihm gar den „Ruf eines Eiferers". Seine fortgesetzten Auseinandersetzungen – ob mit einem Oberstaatsanwalt in Wiesbaden, Abgeordneten der Opposition oder dem Koalitionspartner FDP – führten zu harten und polemischen Gegenangriffen. Unterstellten ihm die einen unter Anspielung auf seine familienpolitischen Vorstellungen, er sei Anhänger einer „Nestidylle", so war er für die Jungliberalen, deren Mutterpartei FDP er als „liberale Meute" qualifiziert und damit eine weitere Koalitionskrise ausgelöst hatte, schlicht ein „klerikaler Fassadenkletterer".
Schließlich ging er in der Wahrnehmung der Bundestagsmehrheit zu weit. Seine Behauptung, antikirchliche oder antichristliche Motive hätten einen Teil der Abgeordneten veranlaßt, 1954 gegen die Wahl des pronociert protestantischen Kandidaten Eugen Gerstenmaier zum Bundestagspräsidenten zu stimmen, führte zu offiziellen Protesten aller Fraktionen mit Ausnahme der CDU/CSU; die SPD forderte seinen Rücktritt. Selbst Heinrich Krone, der stets besonnene und auf klugen Ausgleich bedachte Geschäftsführer der eigenen Fraktion, ließ wissen, er teile Wuermelings Auffassung nicht. Wuermeling

reagierte, er gedenke, den Sturm auszuhalten und zu bleiben – er habe eine „elefantöse Haut".
Das galt auch für Reaktionen aus der eigenen Partei, die vor Wuermelings manchmal hartnäckiger Kritik nicht gefeit war. Mehrfach drohte er mit Rücktritt, und an der Ernsthaftigkeit dieser Drohung konnte es keinen vernünftigen Zweifel geben. Wiederholt beklagte er den Egoismus von Interessengruppen, der die Finanzierung seiner familienpolitischen Ziele gefährde. Im Vorfeld der Bundestagswahl 1957, drei Monate vor dem Wahltermin, warnte er seine Partei erneut öffentlich, dem Druck der Interessengruppen zu erliegen und die „großen gesellschaftsformenden Grundanliegen der CDU" in den Hintergrund treten zu lassen.

VI

Bundeskanzler Adenauer berief Wuermeling, der sich ihm persönlich gegenüber stets absolut loyal verhalten hatte, 1957 auch in sein drittes Kabinett; das Ressort wurde um den Aufgabenbereich Jugend erweitert. Wuermeling strafte manche an ihm geübte Kritik Lügen, als wenig später ausgerechnet in seinem Ministerium mit Gabriele Wülker die erste Staatssekretärin der Bundesregierung ihre Arbeit aufnahm.
Die Einführung des Begriffs „Familienlohn", unter dem Wuermeling den „Leistungslohn mit Familienzuschlägen" verstand, verursachte eine neue familienpolitische Kontroverse in der Union; auch Gerstenmaier und Theodor Blank, beide von ausgesprochener sozialpolitischer Kompetenz, widersprachen ihm. Wuermeling ließ sich wenig beeindrucken und verfolgte unbeirrt seine bereits früher vertretene Vorstellung, Familienzulagen durch Abzüge von der Lohn- und Gehaltssumme zu finanzieren. Er hielt 2 bis 2,5 % für erforderlich. Es mag dahingestellt sein, inwieweit berufsständische Vorstellungen einer überwundenen Richtung des deutschen Katholizismus dabei eine Rolle spielten. Jedenfalls akzeptierte Wuermeling nach erneuten Rücktrittsdrohungen einen Kompromißvorschlag des Bundeskanzlers und erklärte sich mit einer Steuerfinanzierung und der Abkehr von Familienausgleichskassen einverstanden, wenn dies die Mehrheit des Bundestages fände. Sein Ziel blieb das Kindergeld für das zweite Kind, und es widerlegt das bisweilen kultivierte Bild von dem katholischen Reaktionär Wuermeling nachhaltig, daß er bereits damals – also lange vor dem sogenannten „Pillen-Knick" – auch auf den Zusammenhang von Geburtenrate und künftiger Rentenfinanzierung hinwies.

Sein erneuter Vorwurf allerdings, die CDU vernachlässige die Familienpolitik, weil es nicht zu der von ihm gewünschten Diskussion in der Fraktion gekommen war, verärgerte Adenauer und veranlaßte Krone zu einer scharfen Reaktion. Wuermeling erklärte zwar, sinnentstellt zitiert worden zu sein, aber er hatte sich bereits früher in ähnlicher Form geäußert. Nicht einmal sechs Wochen später, im Dezember 1959, löste Wuermeling entgegen einer interfraktionellen Absprache im Bundestag eine Diskussion über den Automatenverkauf empfängnisverhütender Mittel aus. Adenauer rügte daraufhin in der Fraktion „überflüssige Äußerungen des Bundesministers". Wuermeling erwiderte, an der Erfüllung seiner „Amtspflicht" könne ihn niemand hindern.

Daß der Familien- und Jugendminister trotz vieler Auseinandersetzungen weiterarbeiten durfte, hatte sicher auch damit zu tun, daß er in besonders glaubwürdiger und konsequenter Weise für die familien- und sozialpolitischen Belange stritt und sie in wählerwirksamer Weise vertrat. Er sprach ein christlich-konservatives Klientel an, dessen Bedeutung von der damaligen CDU-Führung nicht unterschätzt wurde.

Wuermeling konnte nach fast achtjähriger Amtszeit im Mai 1961 aus seiner Sicht eine zufriedenstellende Zwischenbilanz ziehen. Die Erfolge des Ministeriums, das mit äußerst bescheidenen Personalmitteln arbeite, hätten auch bei der SPD, die seine Existenz immer wieder in Frage gestellt hatte, einen Sinneswandel hervorgerufen; auch die Opposition trat jetzt für seine Beibehaltung ein. Zu den Erfolgen, die Wuermeling ganz wesentlich erreicht hatte, gehörten die gegenüber 1953 erreichte Verdoppelung des Kindergeldes für das dritte Kind, seine unmittelbar bevorstehende Einführung für das zweite Kind, die Kinderzuschläge „für alle Rentenempfänger", wobei man „international an der Spitze" stehe, die Verdoppelung der Steuerfreibeträge für Kinder, eine 50 %ige Fahrpreisermäßigung für Kinder in Familien mit mindestens drei Kindern, die Förderung von Familienerholungsstätten, des Familienpflegerinnen- und Dorfhelferinnendienstes, der Ehe- und Elternberatung sowie das 1957 neu gestaltete Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit. Gemeinsam mit Paul Lücke hatte Wuermeling auch ganz wesentliche Fortschritte im Bereich des familiengerechten Wohnungsbaus und der Förderung des Familieneigenheimbaus anstelle der „kollektiven Mietskaserne" erreicht. Zu seinen Zielen gehörte es noch, die Beseitigung des „Hitler-Gesetzes" zu erreichen, nachdem eine Ehe auch gegen den Widerspruch „des schuldlosen Gatten auf Antrag des ehebrecherischen Teils geschieden werden" konnte. Es gebe, so Wuermeling, darüber hinaus noch viel zu tun, im Besonderen weiterhin

beim Kindergeld, und er forderte zur Mithilfe bei dem Ziel auf, „Schritt für Schritt familienpolitisch voran zu kommen zum Segen unserer Familien und damit unseres ganzen Volkes in Gegenwart und Zukunft".
Nach den schwierigen Bundestagswahlen von 1961 wurde Franz-Josef Wuermeling noch einmal für ein Jahr Familien- und Jugendminister. Als das Kabinett nach der sogenannten Spiegelaffäre 1962 geschlossen zurücktrat, erfuhr er unter nicht sehr eleganten Umständen, daß Adenauer ihn nicht erneut berufen würde. Wuermeling zeigte sich dem Bundeskanzler gegenüber freilich dankbar, „daß er mir die Freiheit wiedergegeben hat" – die Freiheit, ohne jede Beschränkung von Kabinetts- oder Fraktionsdisziplin für die Ziele einzutreten, die er für richtig hielt. Wuermelings Nachfolger im Ministeramt wurde Bruno Heck.

VII

Als „einfacher Abgeordneter" setzte Wuermeling seine politische Arbeit fort. Im Zentrum standen die bisherigen Themen: der Familienlastenausgleich, im Besonderen die Höhe des Kindergeldes, und Jugendfragen. Fortschritte wie etwa die Neufassung des Kindergeldgesetzes von 1965, die einstimmig im Bundestag verabschiedet worden war, würdigte er, aber Wuermeling zeigte schonungslos auch die Defizite auf – wie im konkreten Fall bei der „Ausbildungsbeihilferegelung". Für ihn waren die Familien- und Sozialpolitik Felder, die vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels und des ökonomischen Fortschritts ständig weiterentwickelt werden mußten, ohne daß die von ihm vehement verteidigten christlichen Grundsätze der Politik in Frage gestellt werden durften.
Ohne die Beschränkungen des Ministeramtes führte Wuermeling seine Auseinandersetzungen auch ohne Rücksicht zu nehmen – freilich hatten manche der eigenen Fraktionskollegen schon früher bezweifelt, daß Wuermeling dies in ausreichendem Maße getan habe. Ausgang der bislang schärfsten Kontroverse war nach der Bundestagswahl 1965 die Wahl des FDP-Politikers Thomas Dehler, mit dem er sich bereits jahrelang auseinandergesetzt hatte, zum Bundestagsvizepräsidenten. Sie war Bestandteil des Koalitionsabkommens von CDU, CSU und FDP. Dehler sollte im Wahlkampf behauptet haben, Adenauer habe die Wiedervereinigung aus konfessionellen Gründen nicht wirklich gewollt. Weil die CDU/CSU-Fraktion trotz des ungeheuerlichen Vorwurfs die Wahl Dehlers nicht verhindert hatte, wollte Wuermeling die CDU verlassen und eine eigene christ-

liche Partei gründen. Dehler erklärte schließlich nach mehreren Tagen, er habe nicht seine persönliche Meinung gesagt, sondern eine Äußerung des amerikanischen Journalisten Walter Lippmann wiedergegeben. Wuermeling nahm zwar seine Austrittsdrohung zurück, hielt die Erklärung Dehlers aber für nicht wirklich befriedigend und kündigte an, das Plenum zu verlassen, wenn Dehler präsidiere. Schließlich schrieb Dehler an Adenauer, um die Sache noch einmal klarzustellen. Erst nach einem halben Jahr galt der Streit als beigelegt.

Wann immer es in den folgenden Jahren um die Moral, die Wahrheit und die politischen Herzensanliegen Wuermelings ging, meldete er sich unüberhörbar zu Wort und schonte niemanden. Bundeskanzler Erhard, über den Wuermeling das Urteil Adenauers teilte, beschuldigte er, eine familienfeindliche Politik zu betreiben, die im krassen Widerspruch zur christlich-sozialen Lehre stehe. Der Großen Koalition von CDU, CSU und SPD unter Bundeskanzler Kiesinger, mit dem er einst eng zusammengearbeitet hatte, unterstellte er angesichts ihres Stabilisierungskurses einen „Großangriff auf deutsche Familien". Daß Wuermeling dabei war, jedes Maß zu verlieren, wurde deutlich, als er Kiesinger gar als „Feind Nummer eins unserer Familienpolitik" bezeichnete.

In seinem CDU-Landesverband Rheinland-Pfalz meldete sich Wuermeling in der Auseinandersetzung zwischen dem jungen Helmut Kohl und Peter Altmeier, dessen Position Wuermeling teilte, zu Wort. Er unterstellte Kohl „unkorrektes Verhalten" und legte nach mehr als 20 Jahren sein Amt im Landesvorstand nieder. Bei den Bundestagswahlen 1969 kandidierte er nach 20jähriger Parlamentszugehörigkeit nicht mehr. Er zog sich nach Münster in Westfalen zurück, der Stadt seiner Vorfahren, nicht ohne immer wieder gefragt oder ungefragt die Stimme zu erheben, wenn es ihm geboten erschien. Noch einmal sorgte er für hohe politische Wellen, als er 1977 den damaligen Landesvorsitzenden der CDU Westfalens, Kurt Biedenkopf, wegen dessen privater Lebensführung öffentlich scharf kritisierte und damit eine weiterreichende Diskussion auslöste.

Die Regierungsübernahme durch die CDU 1982, in der er, wie Wuermeling kurz vor seinem Tode formulierte, vom Tag ihrer Gründung an seine politische Heimat gesehen habe, hat er trotz früherer Kritik nachhaltig begrüßt. Auch seine Beurteilung Helmut Kohls hatte sich geändert. 17 Jahre nach ihrem Zusammenstoß urteilte Wuermeling 1984, dieser Bundeskanzler sei „ein würdiger Walter seines Amtes".

Nach längerer schwerer Krankheit ist Franz-Josef Wuermeling am 7. März 1986 in Münster gestorben. Helmut Kohl hielt an seinem Grab die Trauerrede.

VIII

Als Franz-Josef Wuermeling aus dem Amt des Bundesministers für Familie und Jugend schied, erhielt er von Bischof Kunst, dem Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, einen Brief, in dem dieser sich für die gute Zusammenarbeit bedankte. Das war das protokollarisch übliche Verfahren. Die Formulierung allerdings, Wuermelings Amtsführung habe gezeigt, wie es aussehe, „wenn ein Christ Familien- und Jugendpolitik" mache, zeigte zweierlei: die evangelischen Partner hatten anerkannt, daß Wuermelings tiefe und durchaus konservative Katholizität ein verläßliches überkonfessionelles Arbeiten ermöglichte und Wuermeling sah seine Arbeit gerade von denen positiv gewürdigt, an deren Urteil dem geradlinigen Christen besonders lag: den Vertretern der Kirchen.

Diese Geradlinigkeit, die von seinen weltanschaulichen und politischen Gegnern als „Kreuzrittertum" apostrophiert wurde, war für ihn aus dem Glauben resultierende Konsequenz: „Er stand aber immer auch da, wo andere umgefallen oder ausgewichen wären... Einer gegen 500 (sc. im Bundestag). Das ist eine Relation, mit der Wuermeling zu rechnen gewöhnt ist." Diese Würdigung zu seinem 65. Geburtstag beschreibt ihn sehr zutreffend.

Wuermeling hat es auch seinen Parteifreunden und Partnern nicht leicht gemacht, und taktisches Denken war ihm fremd. Sicherlich hätte er manches Ziel erreicht oder schneller erreicht, wenn er die „Spielregeln" in der politischen Auseinandersetzung wirklich akzeptiert hätte. Eines aber haben ihm seine Kritiker, die ihn – oft von seiner Direktheit provoziert – scharf angegangen sind, nicht vorgeworfen: daß er aus politischer Eitelkeit gesprochen oder gehandelt hätte. Auch wenn sie ihm manchmal Übles unterstellt haben und Thomas Dehler, wie kolportiert wurde, ihn „am liebsten jeden Morgen zu Frühstück" verspeist hätte – bei vielen seiner Gegner hat Wuermeling auch uneingestandenen Respekt genossen.

Es ist das historische Verdienst Wuermelings, die Familienpolitik aus der Sphäre der Fürsorge geholt und zu einem selbständigen, inzwischen allgemein für zentral erkannten Teil nicht nur der Sozial-, sondern auch der Gesellschaftspolitik gemacht zu haben. Dafür hat er mit leisen und lauten Tönen, wenn notwendig auch mit einer we-

nig diplomatischen Penetranz gekämpft. Ihm machte es nichts aus, durch die Reihen des Plenums zu gehen und eigenhändig Unterschriften für seine Initiativen zu sammeln, und Rückschläge hat er nicht weggesteckt, sondern in gewisser Weise „auf Wiedervorlage gelegt". Seine neunjährige Amtszeit ist bis heute von keinem Familienminister auch nur annähernd erreicht worden. Dafür haben alle seine Amtsnachfolger aus Ideen und Konzeptionen Nutzen gezogen, die Wuermeling bereits angesprochen und vorgedacht hat, lange bevor sie tagesaktuell wurden: der Zusammenhang von Familienförderung und Rentenpolitik ist dafür nur ein Beispiel.

Kaum ein Politiker hat das „Prinzip der sozialen Gerechtigkeit" so früh und nachhaltig in die politische Diskussion eingebracht wie Wuermeling – allerdings nicht als Tarnbegriff für eine andere Form sozialer Umverteilung, sondern als Ableitung aus der christlichen Gesellschaftslehre, die ihm weltanschauliche und politische Orientierung bot. Der „Schutz der Familie" gehörte daher ebenso in diesen Kontext, wie die Forderung nach einer breiten Eigentumsstreuung. In der DDR setzte man sich intensiver mit Wuermelings Vorstellungen auseinander, als in der Bundesrepublik wahrgenommen wurde: Seine Politik galt als gefährlich, weil sie geeignet schien, durch „Erzeugung eines Eigentumswillens den Klassencharakter der Eigentumsverhältnisse zu verschleiern".

Hätte Wuermeling von dieser Interpretation seines politischen Wirkens gewußt, hätte sie ihn gewiß nicht gestört. Seine Ablehnung von „Bolschewismus" und Nationalsozialismus war klar, eindeutig und konsequent. Einer Differenzierung bedurfte es für ihn nicht, da beide Systeme die naturrechtlich vorgegebene Ordnung bekämpften und sich ebenso feindlich gegenüber der Idee der Freiheit wie gegenüber dem Christentum verhielten. Ohne Wenn und Aber stießen aber auch Systeme auf Wuermelings Kritik, die das Christentum für sich in Anspruch nahmen, aber faktisch gegen Menschenwürde und Menschenrechte verstießen. In den späten 60er Jahren trat er aus der Deutsch-Spanischen Gesellschaft aus, als er von den „schändlichen Gefangenenmißhandlungen" des „angeblich christlichen Regimes" erfuhr.

Wuermeling ist im Besonderen nach seinem Ausscheiden aus dem Parlament in katholischen Verbänden aktiv geworden und gehörte auch dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken an. Neben höchsten staatlichen Auszeichnungen, darunter die Ernennung zum Großoffizier der Ehrenlegion, erhielt er 1962 den päpstlichen Gregorius-Orden.

Aenne Brauksiepe, eine der Nachfolgerinnen Wuermelings im Amt als Familienminister, hat darauf hingewiesen, daß er nicht nur

Familien-Minister, sondern auch ein sehr bewußter Familien-Vater gewesen und daß im Hause Wuermeling herzhaft gelacht worden sei. Wie andere Beobachter bestätigten, hat Wuermeling selbst gerne Musik gemacht, und das offensichtlich mit großer Begabung. Es mögen auch diese Seiten Wuermelings gewesen sein, die ihn – vergeblich – für das versammlungsfreie Wochenende der Parlamentarier streiten ließ. Daß „der Mann mit der scharfen Zunge" vielfach verkannt wurde, dürfte nicht zuletzt daran gelegen haben, daß sein Politikstil immer weniger in eine Zeit abnehmender Grundsätzlichkeit des Denkens und geringer werdender Grundsatztreue paßte.



Alfons Goppel (1905–1991)

Die Ministerpräsidenten der Bundesrepublik sind politisch leitender Regierungschef und repräsentierendes Staatsoberhaupt ihres Landes in einem. Eine ganze Reihe von ihnen haben die Geschicke ihrer Länder und an wichtigen Wegmarken auch immer wieder die des Bundes entscheidend geprägt. Dies gilt in besonderer Weise für Alfons Goppel, der zwischen 1962 und 1978 16 Jahre lang als Ministerpräsident an der Spitze des Freistaates Bayern stand. Diese Tatsache steht in deutlichem Gegensatz zu dem oberflächlichen Bild, das bisher von Goppel gezeichnet wurde. Es reduziert ihn auf einen repräsentationsfreudigen „Landesvater" und bloßen Erfüllungsgehilfen des CSU-Landesvorsitzenden Franz Josef Strauß. Dies verstellt den Blick auf einen Politiker, der während einer langen Regierungszeit zahlreiche Initiativen entwickelt, grundlegende Reformen durchgesetzt, Entscheidungen getroffen, Auseinandersetzungen, Niederlagen und Erfolge erlebt hat, letztlich auf die kaum überschaubare Vielschichtigkeit des Amtes und der Person.

I

Alfons Goppel wurde am 1. Oktober 1905 in Reinhausen (heute Regensburg) in der Oberpfalz als viertes von neun Kindern des Bäckermeisters und späteren christlichen Gewerkschafters Ludwig Goppel und seiner Frau Barbara, geb. Federl, geboren. An den Besuch des Alten Gymnasiums in Regensburg, wo er eine profunde humanistische Bildung erwarb, und das Abitur 1925 schloß sich bis 1929 das Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München an. Dort trat Goppel der katholischen Studentenverbindung Erwinia (KV) bei, deren Philistersenior er 1958 bis 1969 war. 1930 wurde er Mitglied der Bayerischen Volkspartei (BVP). 1933 war Goppel noch kurze Zeit als Benjamin der BVP-Fraktion in den Regensburger Stadtrat eingezogen und als stellvertretender Gauführer der Bayernwacht in der Oberpfalz gegen die Nationalsozialisten aktiv gewesen. Als politischen Mentor jener Tage nennt Goppel später den damaligen Geschäftsführer der BVP in der Oberpfalz Hans Wutzlhofer, nach 1945 CSU-Landtagsabgeordneter (1946–1950).

Nachdem sich die Niederlassung als Rechtsanwalt in Regensburg im Anschluß an die große juristische Staatsprüfung 1932 als wenig erfolgreich erwiesen hatte, trat Goppel 1934 in die bayerische Justizverwaltung ein, zunächst als Assessor am niederbayerischen Amtsgericht Mainburg. Mit der Entscheidung, Beamter zu werden, vollzog er die damals für Männer seiner Generation übliche Mindestanpassung an das nationalsozialistische Regime: Bereits zum 1. November 1933 war er in die SA eingetreten; mit Wirkung vom 1. März 1939 wurde er NSDAP-Mitglied. Der Tätigkeit in den Jahren 1934–1938 unter einem linientreuen Vorgesetzten als Staatsanwalt in Kaiserslautern konnte er sich erst zum 1. November 1938 durch eine Versetzung auf die Stelle eines Amtsgerichtsrats in Aschaffenburg entziehen, das mit Ausnahme der Kriegszeit bis zu seinem Eintritt in die Landespolitik für zwei Jahrzehnte sein Wirkungskreis werden sollte. Von 1939 bis 1945 nahm er am Zweiten Weltkrieg teil, zuletzt als Oberleutnant der Reserve.

Nach der Entlassung aus britischer Kriegsgefangenschaft zunächst bei den Schwiegereltern in Bentheim (Westfalen) – Goppel hatte 1935 seine Studienliebe Gertrud Wittenbrink geheiratet – gründete er die CDU im nördlichen Münsterland mit. Nach der Rückkehr im Juni 1946 nach Aschaffenburg gehörte er zu den dortigen CSU-Gründern; Mitglied wurde er 1947. 1955/56 war er in Aschaffenburg auch Kreisvorsitzender. Über sein Wirken vom November 1946 bis 1952 als Stadtrechtsrat und zeitweilig auch als Referent für Flüchtlings- und Wohnungsfragen in Aschaffenburg ist wenig bekannt.

Als 1947 die Neuwahl des Landrates für den Landkreis Aschaffenburg notwendig wurde, empfahl der bisherige Amtsinhaber Hanns Seidel, der im September bayerischer Wirtschaftsminister geworden war, Goppel als seinen Nachfolger. Nach dessen Wahl zum Landrat am 12. Oktober 1947 durch den Kreistag mit 25 zu 12 Stimmen verweigerte ihm das Innenministerium jedoch mit Hinweis auf seine formale politische Belastung die Bestätigung. Goppels politische Anfänge in Aschaffenburg waren auch in den kommenden Jahren von Rückschlägen gekennzeichnet. 1950 scheiterte er als Landtagskandidat im Wahlkreis Aschaffenburg gegen den SPD-Fraktionsvorsitzenden und Schwiegersohn Wilhelm Hoegners Jean Stock nur knapp (Stock: 39,1 %, Goppel 38,1 %). 1952 kandidierte er erfolglos für die CSU für das Amt des Aschaffenburger Oberbürgermeisters. Gewählt wurde Vinzenz Schwind, 1948 noch Kandidat der CSU, der 1952 als Vertreter einer Überparteilichen Einheitsliste antrat (56,5 %; Goppel 30,8 %). Goppel, mit den meisten Stimmen in den Stadtrat gewählt, wurde dann Zweiter Bürgermeister. Das Verhältnis zu Schwind war jedoch zerrüttet, was seine weiteren Bemühungen

um einen Wechsel erklärt. 1956 kandidierte er auf Wunsch der Würzburger Parteifreunde bei der dortigen Oberbürgermeisterwahl und unterlag erneut (mit 42,9 % zu 57,1 % gegenüber dem von einer Freien Wählergemeinschaft unterstützten Würzburger Stadtkämmerer).

II

1954 gelang ihm dann im zweiten Anlauf im Stimmkreis Aschaffenburg Stadt und Land die Wahl in den Landtag (43,5 %, SPD 34,6 %), was sich 1958 und 1962 wiederholte. Er wurde Mitglied des Kultur- sowie des Verfassungs- und Rechtsausschusses. Im Kulturausschuß trat er als Mitglied der Katholischen Aktion engagiert für die Konfessionsschule und die gemeindeeigene Dorfschule ein. In der Lehrerbildungsfrage, die in der Regierungszeit der Viererkoalition das zentrale politische Thema bildete, schärfte er 1955 als Mitberichterstatter der CSU-Opposition zum Gesetzentwurf der Viererkoalition im Landtag sein konservatives Profil. Er sprach sich gegen die Errichtung simultaner Pädagogischer Hochschulen und damit für die Fortsetzung der nach Bekenntnissen getrennten Volksschullehrerbildung aus.

Noch in seiner ersten Legislaturperiode im Landtag holte ihn der neue Ministerpräsident Seidel 1957 als Staatssekretär in das Justizministerium. Mit dieser Berufung schied Goppel aus den Aschaffenburger Ämtern aus und zog mit der Familie nach München. Nach der Landtagswahl 1958 machte Seidel ihn zum Staatsminister des Innern. Goppels Weg an die Spitze des klassischen Ressorts am Münchner Odeonsplatz läßt Charakterzüge des 53jährigen erkennen, die ihn auch als Ministerpräsidenten auszeichneten: Da ist zum einen das Leben mit Niederlagen, ohne zu resignieren. Ferner wird Goppels zähe Beharrlichkeit deutlich.

Schwerpunkte seiner vierjährigen Arbeit als Innenminister waren die Polizeiorganisation und Vorarbeiten zu einer Gebietsreform. In Goppels Amtszeit als Innenminister beschloß Bayern ferner im Dezember 1961 als erstes Land der Bundesrepublik ein Gesetz über die Schluckimpfung gegen Kinderlähmung. Um die Bevölkerung für eine freiwillige Teilnahme zu gewinnen, ließ Goppel sich gemeinsam mit seiner ganzen Familie – eine damals spektakuläre Aktion – zuerst öffentlich impfen.

Seine Nominierung zum Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten vor der Landtagswahl 1962 entstand aus der innerparteilichen Polarisierung zwischen dem evangelisch-liberalen Flügel, repräsen-

tiert durch Finanzminister Rudolf Eberhard, und dem konservativen „Petrakreis" (nach einem Münchner Hotel), mit Landwirtschaftsminister Alois Hundhammer an der Spitze. Da kein Exponent der verfeindeten Flügel innerhalb der CSU-Landtagsfraktion mehrheitsfähig war, einigte man sich schließlich am 17. September 1962 auf den amtierenden Innenminister Goppel als Kompromißkandidaten, obwohl er eher mit dem Petrakreis sympathisierte.
Das Vorgehen erinnerte stark an die Kür Hans Ehards im Dezember 1946. Ähnlich wie jener sollte sich jedoch auch die Interimslösung Goppel als besonders dauerhaft erweisen. Nach der Landtagswahl, bei der die CSU mit dem Spitzenkandidaten Goppel auf 47,5 % (+ 1,9) kam und die absolute Mehrheit der Mandate erzielte, bildete er eine Regierung aus CSU und Bayernpartei, die allerdings nur noch eine marginale Rolle spielte und keinen Minister stellte. Ab 1966 konnte Goppel, mit dessen Person erst die Phase eindrucksvoller absoluter Mehrheiten der CSU in Bayern verbunden ist, ohne Koalitionspartner regieren. Die SPD-Opposition verschliß gegen ihn mit Volkmar Gabert, Helmuth Rothemund und 1974 dem Bundesminister Hans-Jochen Vogel drei Spitzenkandidaten.

III

Eine strukturelle Konstante der sechzehnjährigen Regierungszeit Goppels als Ministerpräsident war die Doppelspitze der bayerischen Unionspartei. Goppel verlieh der Partei landespolitisches Profil. Der ein Jahr zuvor zum CSU-Landesvorsitzenden gewählte Strauß repräsentierte die Partei auf dem Bonner Parkett. Den Parteivorsitz strebte Goppel nie an. In Krisenzeiten mehrfach zur Kandidatur gegen Strauß aufgefordert, lehnte er stets ab. Ihren Spitzengremien gehörte er qua Amt an, beteiligte sich jedoch an den Diskussionen nur selten. Der Kontrast zum polarisierenden CSU-Landesvorsitzenden Strauß, zu dem Goppel den „milden Gegentyp" (Herbert Riehl-Heyse) bildete, betonte in besonderer Weise die Integrationswirkung Goppels, die auch auf dem weitgehenden Verzicht auf Polemik gegenüber der SPD-Opposition beruhte. Diese antithetische Gesamtkonstellation war einer der Schlüssel für die wachsenden Wahlerfolge der CSU.
Beim Umzug vom Innenministerium in die Staatskanzlei nahm Goppel 1962 einige enge Mitarbeiter mit, die in den kommenden Jahren für seinen Erfolg als Regierungschef mitverantwortlich waren. In erster Linie gilt dies für Ferdinand Jaquet und für seinen Pressesprecher Raimund Eberle. Unter Goppel und dem von ihm 1967 anstelle von Fritz Baer berufenen Leiter der Staatskanzlei, dem ehe-

maligen Berufssoldaten Rainer Keßler, begann insgesamt ein behutsamer personeller Ausbau der Behörde des Ministerpräsidenten. Aus Keßler, Eberle, Jaquet und Alois Langseder bestand auch der Kreis, der sich zur Morgenlage bei Goppel traf. Der Ministerpräsident, selbst ein Gewächs der Staatsverwaltung, schenkte dem Wort dieser Beamten und der Verwaltung insgesamt Gewicht. Mit seiner Personalpolitik, das gilt auch für seine Kabinette, hatte Goppel Fortune.
Bestimmender Faktor der Regierungsbildung 1962 war die Wahrung des Proporzes zwischen Eberhard-Flügel und Petrakreis. Das Kabinett Goppel I wies daher schließlich eine weitgehende personelle Kontinuität auf. Durch die Schaffung eines Bayerischen Staatsministeriums für Bundesangelegenheiten mit Franz Heubl an der Spitze setzte Goppel allerdings einen eigenen Akzent und ein Zeichen gegen den antiföderalistischen Trend. Am 19. Dezember 1962 präsentierte er im Landtag seine erste Regierungserklärung. Wie kein Ministerpräsident vor ihm formte er sie zu einem zentralen Instrument seiner Politik, das er häufiger als seine Vorgänger einsetzte, und machte so regelmäßig seine Richtlinienkompetenz deutlich. Inhaltlich stand wie bei seinem Vorgänger Seidel die Wirtschaftspolitik an erster Stelle: Der Staat müsse das Wirtschaftswachstum durch eine gezielte Strukturpolitik fördern, insbesondere durch den Ausbau der Verkehrswege und die Senkung der Energiekosten. Hier konnte Goppel zunächst ernten, was unter Seidel begonnen worden war.
Im Dezember 1963 eröffnete er die erste Raffinerie Bayerns in Ingolstadt. In wenigen Jahren wurde die Kohle als Primärenergiequelle durch Heizöl verdrängt, das erst seit der Inbetriebnahme vom Mittelmeer nach Bayern führender Rohölpipelines und eines Kranzes von Raffinerien im Raum Ingolstadt zu einem konkurrenzfähigen Preis verfügbar war. Als Vater dieses energiepolitischen Kurswechsels gilt der langjährige Wirtschaftsminister Otto Schedl. Die sechziger Jahre waren in Bayern insgesamt eine Dekade rasanten wirtschaftlichen Wachstums. Die Dynamik dieses Prozesses wirkte noch imposanter, weil dieses Wachstum eine von ständigen Erfolgsmeldungen begleitete Aufholjagd des noch stärker agrarischen Landes gegenüber dem Bundesdurchschnitt war, die sich im Vergleich zu den übrigen Ländern der Bundesrepublik in überproportionalen Raten vollzog. Einen kommunalpolitischen Akzent setzte der Ministerpräsident mit der Ankündigung, die finanzielle Situation der Gemeinden zu stärken. Daraus entstand der Eberhard-Plan, der verschiedene Maßnahmen bündelte.
Die von Goppel geführten Kabinette, das wird bereits hier deutlich, zeichneten sich durch eine große Zahl eigenständiger Persönlichkeiten aus, denen der Ministerpräsident Raum zur eigenen Profilierung

ließ. Indem Goppel sich mit der Richtlinienkompetenz begnügte und sich ansonsten zurücknahm, auch in den Ministerratssitzungen einen kollegialen Stil pflegte und sich auf das Moderieren beschränkte, vermied er Konflikte gerade mit den „Platzhirschen" seines Kabinetts. Trotzdem löste er sich wie vor ihm Ehard innerhalb kürzester Zeit von seinen „Königsmachern" und entwickelte durch seine Art zu führen, eigenständiges politisches Profil. Mit den wechselnden Vorsitzenden der CSU-Landtagsfraktion stellte der Ministerpräsident einen informellen regelmäßigen Gesprächskontakt her, der beim Mittagessen gepflegt wurde; der CSU-Generalsekretär wurde hin und wieder dazugebeten.

Gleichberechtigt neben der Wirtschaftspolitik stand in den sechziger Jahren die Bildungspolitik an erster Stelle auf der politischen Agenda der Staatsregierung. Mit dem Schulentwicklungsplan war die flächendeckende Neugründung einer großen Zahl von Gymnasien, Real-, Berufsfach-, und Fachoberschulen verbunden. In Goppels erster Regierungserklärung besaß auch die Landwirtschaftspolitik noch erhebliche Bedeutung. Die in dieser Erklärung abgegebene Bestandsgarantie („daß Bauer bleiben kann, wer Bauer bleiben will") konnte auch Goppel, für den die Stabilität des bayerischen Staatswesens wesentlich davon abhing, daß die soziologische Struktur auf dem Lande trotz des agrarstrukturellen Wandels erhalten blieb, langfristig nicht aufrechterhalten.

Gerade weil der Föderalismus in die Defensive geraten war, bemühte sich Goppel, der wie seine Vorgänger von der Führungsaufgabe Bayerns in Fragen des Föderalismus überzeugt war, unverdrossen dagegen Akzente zu setzen. Ein kleiner Erfolg waren die Informationsbesuche bei der EWG-Kommission 1963, mit denen sehr zum Ärger Bundeskanzler Adenauers der Anspruch der Länder verbunden war, im Rahmen der Europapolitik beteiligt zu werden. 1965 griff Goppel die von Bayern bereits Anfang der fünfziger Jahre verfolgten Bemühungen wieder auf, den Bundesrat bei der Wahl und Bestellung der Europaratsdelegation neben dem Bundestag zu beteiligen. Auch später wird die Absicht Goppels erkennbar, Rückschläge der Länder auf dem Feld des Föderalismus auf europäischer Ebene zu kompensieren.

Mit dem Boom der sechziger Jahre waren für den Ministerpräsidenten außerordentlich viele Anlässe staatlicher Repräsentation verbunden. Genannt seien für die erste Legislaturperiode die Wiedereröffnung des Münchner Nationaltheaters (1963), die Freigabe des letzten Teilstücks der Autobahn Frankfurt – Nürnberg – München im November 1964 oder im Herbst 1965 die Grundsteinlegung für die vierte Landesuniversität in Regensburg. Hinzu traten vermehrte

internationale Kontakte. Glanzvoller Höhepunkt in dieser Hinsicht war im Mai 1965 der Staatsbesuch von Königin Elisabeth II. von England in München. Daneben bereiste Goppel auch immer wieder die bayerischen Städte und Landkreise und sorgte für eine bis dahin unerreichte Präsenz im Lande. Der Ministerpräsident – der im übrigen im Auto ausgezeichnet schlafen konnte – absolvierte dabei diszipliniert ein beachtliches Programm.

Goppel hat von Anfang an die Funktion der Repräsentation bei all diesen Anlässen erkannt. In einer Reflexion über das Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten beschrieb er dies so: „Reden, Staatsempfänge, Besuche draußen im Land, auch Ordensverleihungen – dies alles habe ich niemals nur als bloßen Ausdruck staatlicher Repräsentation oder Erfüllung protokollarischer Pflichten, sondern als eine wichtige politische Aufgabe angesehen". Daß sich der dynamische Wandel Bayerns vom Agrar- zum modernen Industriestaat in den sechzehn Jahren seiner Regierung ohne gesellschaftliche Brüche vollzog, worin die eigentliche politische Leistung Goppels als Ministerpräsident liegt, dazu trug er durch sein Stilbewußtsein und die altbayerische Würde, mit der er diesen Teil seines Amtes ausübte, wesentlich bei. Sie trug ihm in einem Land, so Goppel, „wo das landesväterliche Bild des Prinzregenten noch immer nicht aus dem öffentlichen Bewußtsein geschwunden ist", den Titel des „Landesvaters" ein. Er sorgte auch, indem er den unverwechselbaren Charakter des Landes betonte (Goppel: „Die Bavarität bewahren!"), gegenüber der mit der Modernisierung verbundenen wachsenden Gleichförmigkeit der Lebensverhältnisse für Identität und fing dadurch die Ängste und Irritationen, die durch die tiefgreifende Umgestaltung entstanden, der stärker als andernorts von geschichtlichen und geistigen Traditionen geprägten Bevölkerung in seiner Person auf.

IV

Im zweiten Teil der ersten Legislaturperiode mußte Goppel erste personalpolitische Entscheidungen treffen. Der Abschied Rudolf Eberhards nach einem Verkehrsunfall 1964 aus dem Kabinett war auch seiner Resignation zuzuschreiben, nicht über die Rolle des ewigen Zweiten in der CSU hinausgelangen zu können. Für ihn berief Goppel Konrad Pöhner zum Finanzminister, wie Eberhard Franke und Protestant. Kritischer war für Goppel der Rücktritt seines Kultusministers Theodor Maunz im Sommer 1964. Dazu hatten Vorwürfe der Opposition geführt, die sich auf Publikationen des Juraprofes-

sors in der Zeit des Nationalsozialismus bezogen. Weil er sich nicht deutlich vor seinen Minister stellte, erntete Goppel Kritik aus den eigenen Reihen. Nach längerer Kandidatensuche berief er Anfang Oktober den Fraktionsvorsitzenden Ludwig Huber, der künftig in Personalunion das Kultusressort und die CSU-Fraktion leitete. Er betrieb eine progressivere Kulturpolitik. Insbesondere forcierte er den Ausbau der Verbandsschulen, wodurch eine große Zahl dörflicher Zwergschulen verschwand. Dies zog erhebliche strukturelle Veränderungen auf dem Land nach sich und bedeutete durch die Zusammenlegung von Volksschulen verschiedener Konfession auch den ersten Schritt zum Ende des Bekenntnisschulprinzips. Goppel nahm diese Veränderungen hin.

Zur Halbzeit der Legislaturperiode gab er am 29. Oktober 1964 eine zweite Regierungserklärung ab. Sie beschäftigte sich fast ausschließlich mit der Verbesserung der Wirtschaftsstruktur vor allem im Grenzland, dem 40 km tiefen Streifen der bayerischen Grenze zur DDR und Tschechoslowakei. Seit 1966 kandidierte Goppel im strukturschwachen oberpfälzischen Stimmkreis Nabburg-Oberviechtach-Vohenstrauß für den Landtag (1966: 68,6 %, 1970: 74,3 %, 1974: 75 %). Das kurzzeitige Popularitätstief Goppels, das auf die zweimalige Regierungsumbildung zurückging, wurde von der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung wettgemacht.

Im Februar 1965 warb Goppel unter anderem mit dem Satz, Bayerns bald zehn Millionen Bürger könnten „vom Zimmervermieten und Schuhplatteln allein nicht leben", auf Drängen von Wissenschaftlern dafür, zur Errichtung eines Teilchen-Beschleunigers (Protonen-Synchrotron) des Europäischen Kernforschungszentrums CERN einen Standort im Ebersberger Forst bei München anzubieten, um diese europäische Forschungsstätte von weltweitem Rang nach Bayern zu holen. Widerstände der Bevölkerung führten dazu, daß Bayern frühzeitig aus dem Bewerberkreis ausschied. Im Grunde eine politische Niederlage Goppels, der sich exponiert hatte, ist die Episode ein Beispiel dafür, daß dieser Mißerfolg nicht an ihm haften blieb. Goppel sollte sich auch in anderen Situationen als ein Meister des unmerklichen Rückzugs oder des eleganten Ausweichens erweisen.

Bei der Landtagswahl vom 20. November 1966 erzielte die CSU 48,1 % (+ 0,6 %) und erneut die absolute Mehrheit der Mandate. Am 5. Dezember 1966 wählte der Landtag Goppel zum zweiten Mal zum Ministerpräsidenten. Bei der Bildung seines zweiten Kabinetts war Goppel freier als 1962. Durch die Berufung einer Reihe jüngerer Minister zu Beginn und im Verlauf der Legislaturperiode leitete er auch einen Generationswechsel ein. Zum Innen- und Arbeitsminister berief er 1966 Bruno Merk und Fritz Pirkl; neuer Justizminister

wurde Philipp Held, ein Sohn des Bayerischen Ministerpräsidenten der Jahre 1924–1933 Heinrich Held. Im März 1969 schied mit Alois Hundhammer die letzte Leitfigur aus der Gründergeneration der CSU aus, sein Nachfolger als Landwirtschaftsminister wurde Hans Eisenmann. Stärkster Mann im Kabinett war weiterhin Kultusminister Huber, der auch den Vorsitz der CSU-Fraktion behielt und spätestens für 1970 als Nachfolger Goppels galt. In seiner Regierungserklärung vom Januar 1967 ging Goppel auf die erste leichte Rezession der Nachkriegszeit ein. Bereits 1968 erholte sich die Wirtschaft jedoch wieder in einem Maße, daß Arbeitskräftemangel trotz der steigenden Zahl ausländischer Arbeitskräfte das eigentliche Problem darstellte. Im Bereich der Strukturpolitik kündigte Goppel die Verabschiedung des bereits für seine erste Legislaturperiode vorgesehenen Landesplanungsgesetzes an, dessen Inkrafttreten im Februar 1970 gegen den Widerstand von Wirtschaftsminister Schedl auf Goppels Konto ging. Priorität besaßen eine gleichmäßigere regionale Verteilung der Wirtschaftskraft und die Verbesserung der Lebensverhältnisse auf dem Lande, wobei Goppel hierbei Wert auf einen organischen Wandel legte.

V

Die bedeutendsten politischen Ereignisse dieser Legislaturperiode waren die Große Finanzreform von 1969, die Ersetzung der Bekenntnisschule durch die Christliche Gemeinschaftsschule und die Studentenproteste von 1968. Für Goppel, der nicht müde wurde, die Vorzüge des Föderalismus zu preisen und der das damals aktuelle Schlagwort vom „kooperativen Föderalismus" als euphemistische Floskel ablehnte, hinter der sich in Wahrheit die Befürworter des Einheitsstaates verbargen, bedeutete die Große Finanzreform eine wesentliche Einschränkung des Handlungsspielraums der Länder. Goppel hatte eine Ausweitung der Bundeskompetenzen über die sogenannten Gemeinschaftsaufgaben stets unter Verweis auf die griffige Formel „Wer zahlt, schafft an!" zurückgewiesen. Trotzdem stimmte Bayern im Mai 1969 dem Finanzreformgesetz im Bundesrat zu. Angesichts des damals herrschenden Reformdrucks wollte Bayern nicht für ein Scheitern verantwortlich sein, nachdem in Verhandlungen die Zahl der Gemeinschaftsaufgaben gesenkt worden war.
Ausschlaggebend war jedoch, daß der CSU-Vorsitzende Strauß, als Finanzminister der Großen Koalition einer der Protagonisten der Reform, Goppel zur Rücknahme seiner Positionen zwang. Das Verhält-

nis Goppel–Strauß verlief hier nach dem Muster mit Strauß als tonangebender Figur, wie es sich insgesamt eingeprägt hat, aber angesichts einer Reihe anderer Beispiele, wie Goppels unnachgiebiger Haltung bei der Gebietsreform sowie in manchen Personalfragen, in denen er auch intransigenten Forderungen von Strauß nicht nachgab („Fall Petzet"), nicht ausreichend ist. Das Verhältnis der beiden – Goppel findet im übrigen in Strauß' Erinnerungen nur marginale Erwähnung – war wohl ambivalenter, als es auf den ersten Blick erscheint.

Die tiefgreifendste Reform der Legislaturperiode war die Ersetzung der Bekenntnisschule durch die Christliche Gemeinschaftsschule. Protagonisten der im Konsens mit der SPD vollzogenen epochalen Wende waren Kultusminister Huber und Strauß, die damit im übrigen politisch instinktsicher auf das gewandelte Meinungsklima reagierten. Innerparteilich symbolisierte diese Entscheidung den Sieg des von Strauß geführten liberalen CSU-Flügels und eine Positionsverschiebung der Partei, die sich damit von der BVP-Tradition verabschiedete. Goppel hielt, unter anderem in Verkennung der gewandelten kirchlichen Positionen, bis zuletzt an der Bekenntnisschule fest. Da er sie nicht verhindern konnte, nahm er auch diese Veränderung hin. Insgesamt bedeuteten die Finanzreform und die Abschaffung der Bekenntnisschule zwei bittere politische Niederlagen für den Ministerpräsidenten. Anders als bei der Finanzreform trat er bei den Verhandlungen, die zur Verfassungsänderung und der Christlichen Gemeinschaftsschule führten, jedoch nicht in Erscheinung. Präsent war er erst wieder, als die damit zusammenhängende Änderung des Bayerischen Konkordats mit dem Heiligen Stuhl und des Vertrags mit der evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern im Oktober 1968 unterschrieben wurden. Das häufig verwendete Bild, das den Ministerpräsidenten bei der Unterzeichnung eines völkerrechtlichen Vertrages gemeinsam mit dem päpstlichen Nuntius zeigt, belegt den staatlichen Anspruch Bayerns und erzählt eine föderalistische Erfolgsgeschichte. Daß die dahinter stehende politische Entscheidung nicht im Sinne Goppels war, ist hingegen darauf nicht zu erkennen.

Bei den Studentenunruhen 1968 trat Goppel nur am Rande in Erscheinung. In diesen Fällen bemühte er sich wie sein Innenminister Merk darum, die Konfrontation zu entschärfen; dies im Unterschied zu Strauß und den Forderungen des CSU-Generalsekretärs Max Streibl. Zur Zielscheibe des studentischen Protests wurde der bis dahin so erfolgreiche Kultusminister Huber, der auch mit einem von ihm vorgelegten Hochschulreformgesetzentwurf scheiterte. Auch durch die nun vielerorts sichtbaren Auswirkungen der Verbands-

schulreform auf dem Lande geriet er in die Kritik. Dies alles war der Kronprinzenrolle Hubers abträglich und trug dazu bei, daß von einem Wechsel des inzwischen 65 Jahre alten Spitzenkandidaten Goppel vor der Landtagswahl am 22. November 1970 nicht mehr die Rede war. Ausschlaggebend dafür, daß Goppel fest im Sattel saß, war jedoch die exzellente konjunkturelle Situation Bayerns, das in dieser Zeit zweistellige Wachstumsraten aufwies.
Der deutliche Wahlerfolg der CSU, die diesmal um 8,3 % auf 56,4 % zulegte, ist vor allem auch als Reaktion auf die Bildung der sozialliberalen Koalition 1969 in Bonn zu erklären. Damit hatten sich die Rahmenbedingungen der Landespolitik fundamental verändert. Die Staatsregierung verlor an Einfluß in Bonn, konnte jedoch nunmehr auch ohne Rücksichtnahmen die Bundesregierung für Fehlentwicklungen unterschiedlichster Art verantwortlich machen. In den kommenden Jahren, in denen sich die Union in Bonn auf den Oppositionsbänken befinden sollte, avancierte das von Goppel und der CSU regierte Bayern zum Paradebeispiel im Systemvergleich mit den Reformkonzepten der Bundesregierung.

VI

Nachdem Goppel am 8. Dezember 1970 zum dritten Mal zum Ministerpräsidenten gewählt worden war, erklärte er, zu den bisherigen Schwerpunkten Struktur- und Kulturpolitik träten künftig die Landessozialpolitik und der Umweltschutz hinzu. Infolgedessen erhielt das in Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung umbenannte Ressort ein ganzes Bündel von Aufgaben aus dem Innenministerium hinzu, wodurch es zu einem umfassenden Sozialministerium erweitert wurde. Wesentlich spektakulärer war 1970 jedoch die Bildung eines Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen durch Goppel, dessen erster Ressortchef Streibl wurde. Das Ministerium war 1970 das erste in einem Land der Bundesrepublik, das diese beiden Aufgabenbereiche im Titel trug; einen Minister für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten gab es zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen schon seit Mai 1961. Wie das Landesplanungsgesetz setzte Goppel die Bildung des neuen Ministeriums gegen Widerstände von Wirtschaftsminister Schedl durch, dessen Abteilung Landesplanung den Nukleus des neuen Ressorts bildete. Daß dessen neuer Chef Streibl als „Planungsminister" tituliert wurde, illustriert die anfängliche Gewichtsverteilung. Die Kernaufgabe des Ressorts bestand in der Vorlage eines Entwurfs des schon lange angekündigten Landesentwicklungsprogramms bis zum Ende der

Legislaturperiode. Im Januar 1972 nahm dann das neu errichtete Landesamt für Umweltschutz seine Tätigkeit auf.
Bei dieser Regierungsbildung 1970 erhielten zwei weitere Minister ihre Ämter, die der Ministerpräsidentschaft Goppels Konturen verliehen. Der Schwabe Anton Jaumann übernahm das Amt des langjährigen Wirtschaftsministers Schedl, der nach dem Verlust der Planungsabteilung in das Finanzministerium wechselte. Das auf Jaumann zurückgehende und in dieser Legislaturperiode verabschiedete Mittelstandsförderungsgesetz (1974) besaß Vorbildcharakter für andere Länder. Das schwierigste Problem der Regierungsbildung war die Nachfolge für Kultusminister Huber, der sich auf den Vorsitz der Landtagsfraktion beschränkte. Den „Schleudersitz" am Salvatorplatz übernahm schließlich der anfangs parteilose Professor für Politikwissenschaften an der Universität München Hans Maier. Diese Personalie sowie die Berufung von Streibl wurden dem Einfluß von Strauß zugeschrieben.
Die bedeutendsten Themen seiner dritten Legislaturperiode, in der Goppel 1972/73 auch als Bundesratspräsident amtierte, waren die Klage Bayerns gegen den Grundlagenvertrag – ein bundes- bzw. deutschlandpolitisches Thema –, die Gebietsreform, sowie hochschul- und schulpolitische Fragen.
Der CSU-Landesvorsitzende Strauß schärfte das bundespolitische Oppositionsprofil der CSU insbesondere dadurch, daß sie eine Führungsrolle bei der Ablehnung der Neuen Ostpolitik der Bundesregierung einnahm. Vor allem den Grundlagenvertrag mit der DDR bezeichnete Strauß als verfassungswidrig. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte ihn am 11. Mai 1973 zwar abgelehnt, vor einer Verfassungsklage schreckte sie jedoch zurück. Der Weg zur Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, die Strauß anstrebte, um Handlungsfähigkeit zu beweisen, führte nur über den Antrag einer unionsregierten Landesregierung. Goppel hatte dagegen schwerste Bedenken. In der entscheidenden Ministerratssitzung am 22. Mai 1973, an der auch Strauß, der Landesgruppenchef Richard Stücklen sowie der Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion Alfred Seidl teilnahmen, kam schließlich – im Unterschied zur Version in den Erinnerungen von Strauß – die denkbar knappste Mehrheitsentscheidung von 8:6 Stimmen zugunsten der Klageerhebung zustande. Im Landtag warf die Opposition Goppel vor, er tanze nach der Pfeife von Strauß.
Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts erging am 31. Juli 1973. Ministerpräsident Goppel erklärte unmittelbar nach der Bekanntgabe: „Die Bayerische Staatsregierung sieht in dem Urteil einen Erfolg ihrer Bemühungen um die Einheit Deutschlands. Der Antrag wurde zwar abgewiesen, aber das Urteil interpretiert bindend, wie und in

welchen Grenzen der Grundlagenvertrag in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz – auch für die DDR deutlich – anzuwenden ist und welche Anforderungen an ihn und ähnliche Verträge zu stellen sind". Dies betraf vor allem das Wiedervereinigungsgebot, ferner das Verbot einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR und die Fortgeltung der einen deutschen Staatsangehörigkeit. Letztlich bedeutete das Urteil eine Bestandsgarantie für den vom Grundgesetz vorgesehenen formalen Weg zur Wiedervereinigung, der 1989/90 beschritten wurde. Goppel erzielte wider Willen einen großen politischen Erfolg mit der Klage. Die Bayerische Staatsregierung nahm damit substantiellen Einfluß auf die Deutschlandpolitik. Angesichts der Art und Weise, wie Strauß Goppel in dieser Frage jedoch seine Position aufgezwungen hatte – von Ernst Maria Lang in seiner Karikatur „Haberfeldtreiben in Karlsruhe" (SZ, 26./27. Mai 1973) künstlerisch genial umgesetzt – ging der Sieg jedoch für die Mehrheit der Betrachter auf das Konto von Strauß. Wie keine andere prägt diese Episode bis heute das einseitige Bild ihres Verhältnisses, zuungunsten von Goppel.

Dessen Entscheidung vom März 1976 gegen den Willen von Strauß und das Votum des CSU-Vorstands, einem Rentenabkommen der sozialliberalen Bundesregierung mit Polen gemeinsam mit den anderen unionsgeführten Ländern im Bundesrat zuzustimmen, belegt jedoch, daß Goppel dem CSU-Vorsitzenden nicht immer nachgab. Deutschlandpolitische Eigenständigkeit bewies Goppel im übrigen auch, als er kurz vor Weihnachten 1975 das Treffen mit dem Ständigen Vertreter der DDR Michael Kohl absagte, der sich zu seinem Antrittsbesuch in München befand, nachdem bekannt geworden war, daß die Kinder von „Republikflüchtlingen" in der DDR zur Zwangsadoption an linientreue Eltern freigegeben worden waren.

Mit dem Thema Gebietsreform hatte sich Goppel bereits als Innenminister befaßt. Den Kern der Reform, für die der deutliche Wahlsieg 1970 erst die Voraussetzung geschaffen hatte, da sie auch innerparteilich höchst umstritten war, bildete die von Goppel in seiner Regierungserklärung angekündigte Landkreisreform. Sie trat zum 1. Juli 1972 in Kraft. Goppel stützte das Reformvorhaben seines Innenministers Merk, dies auch, nachdem sich zuletzt Strauß an die Spitze des Protests einer großen Zahl kommunaler Mandatsträger der CSU gestellt hatte. Die Zahl der Landkreise wurde von 143 auf 71, die der kreisfreien Städte von 48 auf 25 reduziert. In der zweiten Phase fand bis 1976 die Gemeindereform statt. Dadurch sank die Zahl von über 7000 Gemeinden auf rund 2000. Die tiefgreifendste Verwaltungsreform des 20. Jahrhunderts in Bayerns ist mit dem Namen Goppels verbunden, dessen Amtszimmer ein Porträt des

Ministers Montgelas schmückte, der den modernen bayerischen Staat begründet hatte.
Gemeinsame Probleme des Umweltschutzes und der Raumordnung waren das Motiv für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Zentralalpenbereich in der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer. Die Initiative zur Gründung der Arge Alp im Oktober 1972, die anfangs aus sieben Mitgliedern bestand (heute elf), ging vom Tiroler Landeshauptmann Eduard Wallnöfer und Ministerpräsident Goppel aus. Der Zusammenschluß entsprach auch der Übertragung föderalistischer Vorstellungen auf die europäische Ebene, die heute unter der von Goppel mitgeprägten Formel vom „Europa der Regionen" in aller Munde ist und mit dem Ausschuß der Regionen auch in der Verfassung der Europäischen Union in Maastricht (1992) einen institutionellen Niederschlag gefunden hat. Die Zusammenarbeit innerhalb der Arge Alp wurde in den folgenden Jahren ausgedehnt.
Ende Februar 1972 hatte die CSU im Landtag eine Änderung des Rundfunkgesetzes durchgesetzt, die darauf zielte, der Regierungspartei einen größeren Einfluß auf Programm und Personal des Bayerischen Rundfunks zu verschaffen. Der von SPD und FDP angeführte Protest dagegen führte unter dem Schlagwort „Rundfunkfreiheit" zu einem Volksbegehren, durch das die Zahl der Vertreter von Staatsregierung, Landtag und Senat im Rundfunkrat begrenzt und die Ausschließlichkeit öffentlich-rechtlichen Hörfunks und Fernsehens verfassungsrechtlich abgesichert werden sollten. Nachdem das Volksbegehren im Sommer 1972 erfolgreich verlaufen war und bei dem kommenden Volksentscheid der CSU – wie 1967 durch das Volksbegehren der SPD zur Einführung der Christlichen Gemeinschaftsschule – eine Niederlage drohte, war es Strauß, der aus taktischen Erwägungen das Gespräch mit der SPD suchte, aus dem im Januar 1973 ein Kompromiß hervorging. Goppel war weder für die mit dem Gesetz verbundene Verschärfung der Konfrontation mit dem politischen Gegner noch für die Lösung der Frage verantwortlich. Vielmehr ist seine Abstinenz auffällig, die dem Ministerpräsidenten erneut jedoch nicht abträglich war.

VII

Das Feld für die meisten Reformen und die umfassendsten Veränderungen auch in dieser Legislaturperiode war die Bildungspolitik. Mit der Regierungszeit Goppels ist die starke Expansion (Verdoppelung der Studienplätze seit 1962 auf 120.000) und Veränderung der bayerischen Universitätslandschaft verknüpft, die mit ihrer flächen-

deckenden Dezentralisierung auch ein Element der Landesentwicklung darstellte. In den Jahren 1970–1974 lag mit der Neugründung von Universitäten in Bayreuth, Bamberg, Passau, Eichstätt und der Hochschule der Bundeswehr in Neubiberg der Höhepunkt dieser Entwicklung. Die wichtigste Reform in diesem Bereich war das Bayerische Hochschulgesetz (1973), das eine föderalistische Stoßrichtung besaß, jedoch auch eine Reaktion auf die studentischen Proteste seit 1968 darstellte. Mit der Verrechtlichung des Hochschulbereichs ging ferner eine deutliche Stärkung des staatlichen Einflusses einher. Exemplarisch steht das Hochschulgesetz damit für eine in der Regierungszeit Goppels zu beobachtende Gesamttendenz, die durch eine Fülle neuer gesetzlicher Regelungen Aufgaben und Einfluß des Staates und seiner Verwaltung, vor allem auf der Ministerialebene, ausweitete. In der Schulpolitik folgte Bayern nur bei der Reform der Oberstufe der allgemeinen Entwicklung. Zu Orientierungsstufe und Gesamtschule nahm die Staatsregierung eine ablehnende Haltung ein. Alle bildungspolitischen Reformen dieser Jahre sind mit dem Namen von Kultusminister Hans Maier verbunden. Dies ist ein erneuter Beleg für den Spielraum, den Goppel seinen Ministern ließ. Einen hohen Stellenwert räumte Goppel stets der Familienpolitik ein. Gegenüber den gesellschaftspolitischen Reformen der sozialliberalen Bundesregierung (Novellierung des Scheidungsrechts und § 218) betonte er die Bedeutung der Familie besonders und nahm damit gegen den Trend eine konservative und christlich fundierte Position ein. In seiner letzten Legislaturperiode führte dies zu Leistungsgesetzen für schwangere Frauen und junge Familien.

In der zweiten Hälfte der dritten Legislaturperiode Goppels – auf dem Höhepunkt der Reformen und der Expansion im Bildungsbereich – gingen die „fetten Jahre" zu Ende. Die Ölkrise 1973 und die erste scharfe Rezession der Nachkriegszeit trafen auch Bayern unvermittelt. Künftig sollten ein engerer ökonomischer Spielraum und eine strukturelle Arbeitslosigkeit, die teilweise über dem Bundesdurchschnitt lag und die Anfälligkeit der bayerischen Wirtschaft belegte, dauerhafte politische Faktoren bilden. Auf die Ölkrise reagierte die Staatsregierung mit einer klaren Entscheidung für den Ausbau der Kernenergie, in zweiter Linie auch für Erdgas aus der Sowjetunion.

Goppel, der öffentlich jahrelang sehr fortschrittliche Positionen vertreten hatte („Ein Land plant seine Zukunft", 1971), blieb innerlich konservativ. In einer Regierungserklärung vom März 1973 prägte er schließlich eine Formel, die Veränderungen und Reformen ausdrücklich an die Bedingung knüpfte, Neues nur mit Vernunft und

Maß zu praktizieren und „so auszuformen, daß Bayern ein menschliches Land bleibt". Darin wurde stärker als zuvor seine eigene Skepsis erkennbar. Goppel reagierte damit auch auf den Werte- und Bewußtseinswandel in der Bevölkerung, dem die Naturschutz- und Denkmalschutzbewegung ihre Entstehung verdankten. In Bayern mündete dies 1973 in ein neues Naturschutz- und ein Denkmalschutzgesetz.

VIII

1974 und schon einmal 1969 war Goppel als Kandidat für das Bundespräsidentenamt im Gespräch gewesen. Bereits 1969 hatte seine Antwort ebenso kurz wie bestimmt gelautet: „Meine Aufgabe heißt Bayern!" Für den Sieg bei der Landtagswahl am 27. Oktober 1974 in Höhe von 62,1 % waren verschiedene Faktoren verantwortlich: die Schwäche der bayerischen SPD, die Oppositionsrolle der CSU in Bonn, das Image der langjährigen Regierungspartei als der bayerischen Staatspartei und nicht zuletzt die Doppelspitze mit dem populären Goppel und dem polarisierenden Strauß. Am 12. November 1974 wählte der Landtag Goppel zum vierten Mal zum Regierungschef. Die Regierungsbildung brachte wenig Veränderungen. Mit Mathilde Berghofer-Weichner als Staatssekretärin im Kultusministerium berief Goppel 1974 allerdings erstmals eine Frau in die Staatsregierung.

Vor allem angesichts der nun nicht mehr glanzvollen wirtschaftlichen Situation stand die vierte Legislaturperiode Goppels unter dem Schlagwort der Konsolidierung. Dies entsprach gleichzeitig der bei Goppel gewachsenen Skepsis gegenüber einer Überforderung der Bevölkerung durch die Reformen der vergangenen Jahre. Er empfahl daher in seiner Regierungserklärung am 10. Dezember 1974, nun zunächst einmal die neu geschaffenen Gesetze mit Leben zu erfüllen. In der letzten Regierungserklärung seiner Amtszeit am 11. Juli 1978 ließ er dann mit dem Satz: „Die Bildungspolitik hat sich freilich allzu lange in Diskussionen um Strukturen und Curricula erschöpft. Weithin ist der geistigen Orientierung zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden" erkennen, daß er inzwischen auch die Stoßrichtung einzelner Reformen anzweifelte.

Priorität besaß ab 1974 die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit. In dem Dreieck Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums, strukturelle Arbeitslosigkeit und Steuerausfälle erwies sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre die insgesamt sparsamere bayerische Finanzpolitik als ein Faktor,

der Bayern eine geringere Verschuldung bescherte und damit zumindest etwas mehr Spielraum bewahrte als anderen Ländern. Mit dem Finanzplanungsgesetz von 1975 nahm die Staatsregierung dennoch erstmals in der Nachkriegsgeschichte Kürzungen festgelegter staatlicher Leistungen vor. Der Löwenanteil daran betraf den Kultusetat, weshalb es zu einer scharfen Konfrontation zwischen dem seit 1972 wieder als Finanzminister Goppels Kabinett angehörenden Ludwig Huber und Kultusminister Maier kam, die erst durch eine Intervention von Strauß beigelegt werden konnte. Zu einem Streit zwischen Regierung und Opposition kam es insbesondere über die Abstriche bei der Schulwegkosten- und Lernmittelfreiheit, die Goppels Regierung dann wieder zurücknahm. Auch nach dem ersten tödlichen Unfall (zwei Tote) im Kernkraftwerk Gundremmingen im November 1975 und trotz langwieriger juristischer Auseinandersetzungen um den Bau der Kernkraftwerke Grafenrheinfeld und Ohu bei Landshut hielten Goppel und sein Kabinett am Ausbau der Kernenergie fest. Einen Höhepunkt erreichte der seit 1963 zu beobachtende Geburtenrückgang. Goppel machte sich keine Illusionen, diesen Trend allein mit Familiengründungsdarlehen umzukehren, da er dessen Wurzeln in einer gewandelten Lebenseinstellung sah, mit bedrohlichen Folgen für die Zukunft von Staat und Gesellschaft.
Der Zusammenbruch des bayerischen Textil-Imperiums des Baustoffhändlers Hans Glöggler 1976 zeigte unter anderem, daß in Bereichen wie der Textilindustrie auch Bayern vom Strukturwandel erfaßt wurde. Die Frage nach dem Zusammenhang zwischen einer Finanzhilfe des Wirtschaftsministeriums für den Unternehmer und dessen Spenden an die CSU wurde Gegenstand eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Bei der Bundestagswahl vom 3. Oktober 1976, die die Union mit dem Spitzenkandidaten Helmut Kohl knapp verlor, konnte die CSU mit 60 % in Bayern das gute Wahlergebnis von 1974 fast wiederholen. Da der Regierungswechsel in Bonn damit erneut ausblieb, verstummten die Meldungen über den Wechsel von Strauß in das Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten noch vor Ablauf der Legislaturperiode nicht mehr. In der Tat verstärkte Strauß den Druck auf Goppel, seinen Stuhl vorzeitig zu räumen. Goppel berief sich jedoch mehrfach auf sein Mandat für vier Jahre, erhielt dafür den demonstrativen Beifall der CSU-Landtagsfraktion und hielt diese Position auch bis zuletzt durch. Erst auf dem CSU-Parteitag im September 1977 empfahl der Ministerpräsident den Delegierten Strauß als seinen Nachfolger.

IX

Nach der Bundestagswahl hatte der Kreuther Beschluß vom 19. November 1976, die Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU in der 8. Legislaturperiode des Bundestages nicht zu erneuern, auch landespolitisch für Unruhe gesorgt. Anders als zum Beispiel Innenminister Merk trat Goppel öffentlich zwar nicht als Kritiker der von Strauß und Landesgruppenchef Fritz Zimmermann betriebenen bundespolitischen Neupositionierung der CSU auf, die der CDU-Vorsitzende Kohl mit der Ankündigung beantwortet hatte, die CDU habe ein Mandat für die ganze Bundesrepublik. Goppel zeigte sich jedoch besorgt über eine Zersplitterung der Parteienlandschaft, sollte die CDU bei Wahlen in Bayern antreten. Hinter den Kulissen beteiligte er sich deshalb an Vermittlungsgesprächen. Nachdem auch die CSU-Landtagsfraktion am 25. November 1976 die CSU-Landesgruppe aufgefordert hatte, den Trennungsbeschluß zurückzunehmen, mußten Strauß und Zimmermann schließlich am 12. Dezember einlenken.

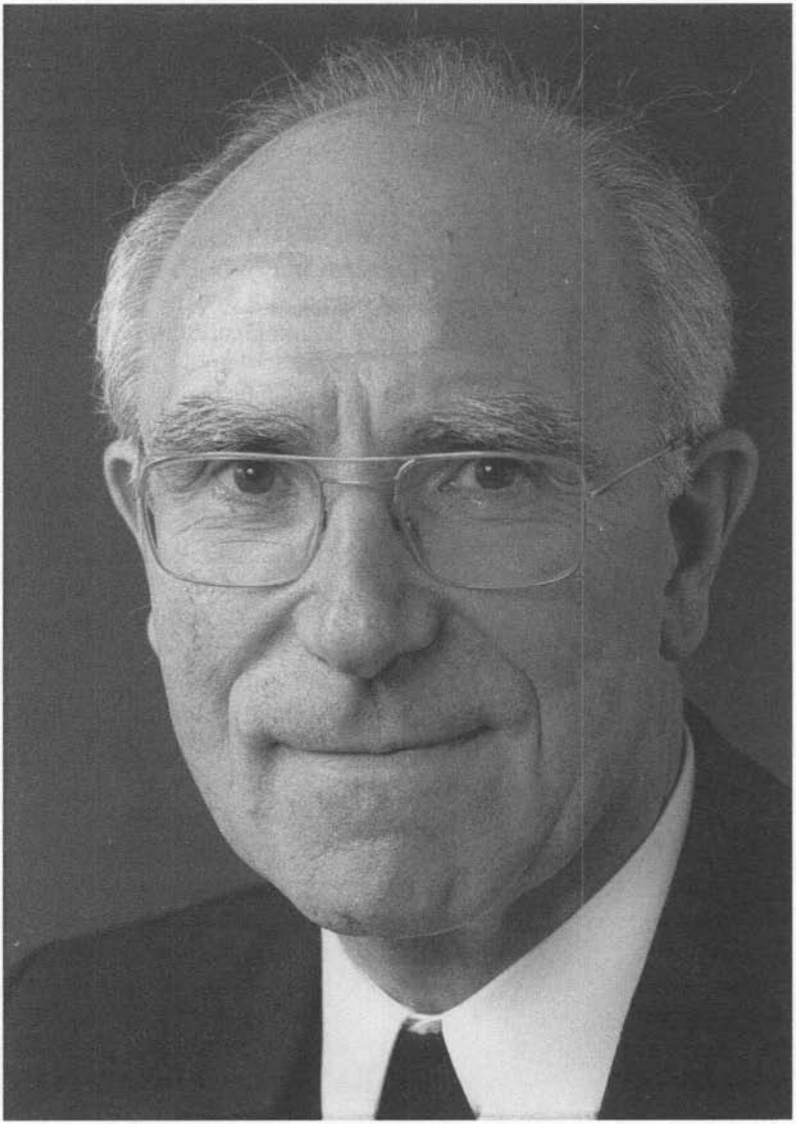
Der nach Kreuth noch deutlicher von Strauß erhobene Anspruch, nun bald Goppels Nachfolge anzutreten, hatte Auswirkungen auf die Zusammensetzung seines Kabinetts. Insgesamt wirkte der Schatten von Strauß lähmend auf die verbleibenden anderthalb Jahre der Amtszeit des inzwischen 71jährigen Goppel. Im Mai 1977 gab Goppel, nach monatelangen Spekulationen über das Ausscheiden einzelner Minister, ohne vorherige Absprache mit der Fraktion, die Umbildung seines Kabinetts bekannt, um damit auch den Mutmaßungen um seine Person endgültig ein Ende zu bereiten. Mit Merk und Huber wechselten zwei Kronprinzen, die mit dem CSU-Vorsitzenden durch langjährige Querelen verbunden waren, an die Spitze von Bankinstituten. Alfred Seidl wurde neuer Innenminister, Umweltminister Streibl übernahm das Finanzressort. Trotz dieses Befreiungsschlages mehrten sich die Stimmen, die Goppel Führungsschwäche und vor allem erstmals mangelnde Sensibilität gegenüber der Landtagsfraktion bescheinigten. In dieses Bild fügt sich, daß die Landtagsfraktion dem Ministerpräsidenten bei der Wassergesetznovelle die Gefolgschaft verweigerte. Im Februar 1978 zog Goppel den Entwurf zurück.

Im Rückblick wird die Knebelung der letzten anderthalb Amtsjahre Goppels – die Presse beklagte die Zurückstellung verschiedener Gesetzgebungsvorhaben, das seit Mai 1976 rechtsverbindliche Landesentwicklungsprogramm, so die Opposition, existiere wegen fehlender Mittel nur auf dem Papier – überstrahlt durch einen Reigen von Ehrungen und Abschieden, die dem populären Landesvater bis zum November 1978 zuteil wurden. Nach seinem Ausscheiden als Mini-

sterpräsident – Goppel gehörte auch dem Landtag nicht mehr an – amtierte er noch bis 1985 als Präsident des Bayerischen Roten Kreuzes und wurde für die CSU Spitzenkandidat bei der Wahl zum ersten Europäischen Parlament. Goppel zog von 1979 bis 1984 als Abgeordneter in das Straßburger Parlament ein, wo er Obmann der deutschen Christdemokraten war.

Am 24. Dezember 1991 starb Goppel in Johannesberg bei Aschaffenburg. Er wurde auf dem Münchner Waldfriedhof unter großer Anteilnahme der Bevölkerung beigesetzt. In den Nachrufen fällt die Betonung des christlichen Politikers Goppel auf, den die Katholische Akademie in Bayern 1978 mit dem Romano-Guardini-Preis ausgezeichnet hatte.

Das Gesamtbild des Ministerpräsidenten Goppel bleibt ambivalent. Bei gewissen Themen und in manchen Phasen trat er als wichtiger Akteur auf, wies die Richtung und setzte sich durch (z. B. Gebiets- und Polizeireform, Bildung des Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen). Dem steht jedoch die keineswegs geringere Zahl von Beispielen gegenüber (CERN, Bekenntnisschule, Rundfunkgesetz), bei denen er erfolglos agierte, bremste oder abseits stand. Angesichts dessen steht die präzise Antwort auf die Frage, ob sich Bayern in den sechziger und siebziger Jahren eigentlich „dank Goppel" oder „trotz Goppel" so dynamisch entwickelte („Nürnberger Nachrichten", 1. Oktober 1985) weiterhin aus. Eine unbestrittene Leistung besteht jedoch in der fundamentalen Scharnierfunktion des Ministerpräsidenten, der einer Ära seinen Namen gab und die dramatischen Veränderungen sowie die Modernisierung Bayerns abfederte, indem er „Kontinuität im Wandel" (Wolfgang Zorn) verkörperte.



Josef Stimpfle (1916–1996)

Noch ist der zeitliche Abstand zum Tod des langjährigen Augsburger Oberhirten, Erzbischof D.Dr.h.c. Josef Stimpfle, zu kurz, um ein umfassendes und ausgewogenes Charakterbild zeichnen zu können. Vielmehr muß es ein Versuch bleiben, dem Leben und Wirken dieser Persönlichkeit nachzuspüren. Stimpfle hat in 80 Jahren zwei Weltkriege, den Kirchenkampf des NS-Regimes, große wirtschaftliche Not, aber auch einen neuen geistlichen Frühling, verbunden mit einem kirchlichen Auf- und Umbruch und nachfolgender Krisenzeit, miterlebt, Ereignisse, die sein geistiges Erscheinungsbild stark geprägt haben. Umgekehrt aber hat Stimpfle selbst bis zu einem gewissen Grad in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die katholische Kirche Deutschlands mitgestaltet, mit Sicherheit jedoch dem Bistum Augsburg seinen persönlichen Stempel aufgedrückt. Kraftquelle all seines Tuns war nicht zuletzt die tiefe Verwurzelung in seiner konfessionell gemischten Rieser Heimat, in der Ewigen Stadt Rom, wo er bereits in den Studienjahren, vielmehr noch durch das Zweite Vatikanische Konzil starke Glaubensimpulse erhielt, und schließlich in der Stadt Augsburg, wo einst sein großes Vorbild, der heilige Ulrich, ein halbes Jahrhundert lang (923–973) als Bischof gewirkt hatte.

I

Am 25. März des Kriegsjahres 1916 wurde Josef Stimpfle in dem kleinen Rieser Dorf Maihingen als erster Sohn einer kinderreichen Familie geboren. Die tiefreligiösen Eltern Josef und Magdalena Stimpfle, geb. Stegmeyr, deren Bruder ein angesehener Pfarrer war, bewirtschafteten das Anwesen Nr. 52, das bis heute den Hausnamen „Hasenhof" trägt. Hier wuchs Josef zusammen mit einem Bruder und drei Schwestern auf, während vier Geschwister im frühen Kindesalter gestorben sind.

Er besuchte die dörfliche Volksschule. Wie als Kind, so fühlte sich Stimpfle auch später als Bischof in seiner Heimat geborgen. Wann immer er konnte, und waren es nur wenige Stunden, kehrte er in Maihingen ein, um mit den Eltern und Nachbarn zu plaudern oder schon in den frühen Morgenstunden meditierend durch die Fluren zu

gehen. Noch zehn Jahre vor seinem Tod gedachte er anläßlich seines 40jährigen Priesterjubiläums voller Dankbarkeit des Elternhauses und der Heimatgemeinde, die ihn im innersten Wesen geprägt hatten. Hier in der Maihinger Klosterkirche, geweiht der Gottesmutter, wurde wohl auch seine tiefe Marienverehrung grundgelegt. Nicht als Zufall, sondern eher als Fügung verstand er seinen Geburtstag am Fest Mariä Verkündigung und seine Bischofsernennung am Fest Mariä Namen, auf das 33 Jahre später auch der Sterbetag fiel.

1926 schickten die Eltern auf Anraten des Ortsgeistlichen Michael Bäurle den Zehnjährigen nach Dillingen, wo dieser als Zögling des bischöflichen Knabenseminars das humanistische Gymnasium besuchte und der Marianischen Schülerkongregation beitrat. Diese hat, wie Stimpfle selbst einmal berichtete, seine religiöse Grundeinstellung entscheidend mitbeeinflußt.

Nach dem Abitur 1935 und der Ableistung des Reichsarbeitsdienstes begann Stimpfle das Studium der Philosophie und Theologie. Da er „die Welt kennen lernen" wollte, immatrikulierte er sich aber nicht wie seine Konabsolventen an der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Dillingen, sondern bewarb sich auf Anraten des Dillinger Spirituals um die Aufnahme im Collegium Germanicum et Hungaricum und um einen Studienplatz an der päpstlichen Universität Gregoriana in Rom. Damit waren die Weichen für seinen künftigen Lebensweg gestellt. Unvergessen blieben dem späteren Bischof die römischen Jahre, die er einmal als die schönste Zeit seines Lebens bezeichnete. Hier in Rom erlebte er die Weltkirche, z. B. 1939 die Papstwahl Pius XII., hier begegnete er den Germanikern aus den verschiedenen deutschen Bistümern oder hier entstanden erste Freundschaften mit Studierenden aus den fünf Erdteilen, die über Jahrzehnte hin Bestand hatten. Darüber hinaus beeindruckten und begeistertem ihn die lateinischen Vorlesungen an der Gregoriana, die vor allem dogmatisch und exegetisch, weniger kirchengeschichtlich ausgerichtet waren, übrigens sein theologisches Denken lebenslang beeinflußten.

Noch vor Beendigung des Theologiestudiums wurde Stimpfle 1940 zum Wehrdienst einberufen und u. a. als Dolmetscher für Italienisch eingesetzt. Nach Kriegsende aus mehrmonatiger britischer Kriegsgefangenschaft in Flensburg entlassen, trat er in das Dillinger Priesterseminar ein, empfing dort am 22. Dezember 1945 die Diakonats- und am 28. Juli 1946 aus der Hand des Augsburger Bischofs Joseph Kumpfmüller die Priesterweihe. Als Mitkaplan des späteren Weihbischofs Rudolf Schmid machte Stimpfle seine ersten pastoralen Erfahrungen in der Pfarrei St. Peter und Paul in Augsburg-Oberhausen. 1948 aber konnte er sein Studium in Rom fortsetzen und im Frühjahr

1951 mit der Promotion zum Dr. theol. abschließen. Das Thema seiner Dissertation, die erst 1996 im Druck erschien, lautete: „Das christliche Leben als Verherrlichung Gottes, eine bibeltheologische Untersuchung zum ersten Petrusbrief". Wenig später kehrte der Promovierte in seine Heimat zurück und übernahm ab Juli 1951 eine Kaplansstelle in der Augsburger Stadtpfarrei St. Ulrich und Afra.
Bereits im Oktober 1952 bestellte ihn Bischof Josef Freundorfer zum Subregens am Dillinger Priesterseminar, wo er bis zum Herbst 1963 die Alumnen in die Homiletik, Liturgik und Katechetik einführte. Er tat es mit Begeisterung, mochte ihm auch infolge seiner römischen Ausbildung die nötige pädagogische Erfahrung fehlen. Die Alumnen aber schätzten ihren Mentor, der ihnen Freund und Kamerad war, unbeschwert in seiner Art, einer, der mit ihnen Sport trieb, der sie anzueifern verstand, sie durch seine Frömmigkeitshaltung beeindruckte und ihnen, wenn Not am Mann war, ohne viele Worte half. Unvergessen aber blieben den Alumnen die Fahrten mit ihrem Subregenten nach Rom. Hier spürten sie, wie Stimpfle geradezu auflebte, wenn er die altehrwürdigen Straßen schnellen Schritts durcheilte, scheinbar jede Kirche kannte und voller Begeisterung die Geschichte der Ewigen Stadt erklärte.

II

Am 11. April 1963 war nach kurzer schwerer Krankheit Bischof Dr. Josef Freundorfer gestorben, der 14 Jahre lang dem Bistum des heiligen Ulrich vorgestanden hatte. Die Gläubigen hatten Freundorfer seiner großen Gelehrsamkeit, Tatkraft und persönlichen Integrität wegen hoch geschätzt, seiner distanzierten Art wegen aber kaum geliebt. Er verkörperte den Typus der „Exzellenz" unter den deutschen Oberhirten. Konnte er auch im vertrauten Kreis herzlich fröhlich sein, so wirkte er nach außen hin manchmal steif, fast abweisend. Wer würde die Nachfolge antreten? Verschiedene Namen tauchten immer wieder auf, nur nicht der des Dillinger Subregenten Dr. Josef Stimpfle. Um so größer war die Überraschung, als Papst Paul VI. am 12. September 1963 Stimpfle zum neuen Bischof von Augsburg ernannte. Wohl nicht abwegig ist die Vermutung, daß Bischof Freundorfer selbst noch zu Lebzeiten Stimpfle als Nachfolger empfohlen habe; bestand doch zwischen beiden ein hervorragendes Verhältnis.
Am 26. Oktober 1963 erteilte der Münchener Metropolit Erzbischof Julius Kardinal Döpfner Stimpfle im Augsburger Dom die Bischofsweihe.

Mit großer Freunde und hohen Erwartungen nahmen Priester und Laien den neuen, in seiner Art unkomplizierten und ohne Allüren auftretenden Bischof an. Als dieser am Schluß der Weihehandlung ein kurzes Grußwort sprach, klatschten die Gläubigen im überfüllten Dom, beeindruckt von dessen Offenheit und Herzlichkeit, spontan Beifall. Diese bisher in einem Gotteshaus unübliche Geste konnte gleichsam als ein Symbol verstanden werden. Man erwartete auch in der Kirche einen Aufbruch, eine neue Ära, wie das 1962 eröffnete Zweite Vatikanische Konzil bereits erahnen ließ, zu dessen Teilnehmern Stimpfle fortan gehörte. Wie sehr dieses Konzil das gesamte bischöfliche Wirken Stimpfles bestimmen sollte, deuten Wappen und Leitspruch an, die fundamentale Anliegen des Zweiten Vatikanums aufgriffen. Kreuz und Pilgerstäbe verdeutlichen seinen Wahlspruch: „Diener des pilgernden Gottesvolkes von Augsburg" sein zu wollen. Nicht mehr als „Exzellenz", sondern als „Vater Bischof" im biblischen Sinn wünschte er tituliert zu werden, eine Anrede, die allerdings vielen Diözesanen nicht leicht über die Lippen kam.

Sogleich nach der bischöflichen Konsekration reiste Stimpfle zusammen mit Weihbischof Josef Zimmermann zur Zweiten Sitzungsperiode nach Rom, um fortan bis zum Konzilsende an allen Sessiones teilzunehmen und auch im späteren Verlauf 1964/65 in drei „Interventionen" das Wort zu ergreifen. In gewandtem Latein nahm er Stellung gegen den „kämpferischen Atheismus", wollte aber mit ihm in den Dialog treten. Ferner setzte er sich für „freie Bahn der wahren Freiheit" im Erziehungsbereich, in der Wissenschaft, aber auch in der Verwaltung und kirchlichen Gesetzgebung ein: „Allzu große Einschränkungen und unbegründete Begrenzungen der Freiheit bringen mehr Schaden, als die Gefahr des Mißbrauchs der Freiheit hervorrufen könnte". Schließlich betonte er die „Orientierung des Gewissens am Willen Gottes". Seine Sprachenkenntnisse aber auch seine Kontaktfreudigkeit erleichterten ihm die Begegnungen mit anderen europäischen, asiatischen und afrikanischen Bischöfen, aus denen sich z. T. jahrzehntelange Freundschaften entwickelten.

Bereits in den sitzungsfreien Monaten der Jahre 1964 und 1965 wurde der Bischof mit den Anfängen eines gesellschaftlichen Veränderungsprozesses konfrontiert, der auch in der Kirche zu einem Traditionsbruch führen sollte. Sehr bald machte sich ein Rückgang des Kirchenbesuchs und des Priester- und Ordensnachwuchses bemerkbar, dem eine Zunahme von Geistlichen gegenüberstand, die ihr Amt aufgaben. Glaubte der Bischof anfangs, diese Entwicklung durch persönlichen Einsatz und eine optimistische Grundhaltung eindämmen zu können, so erkannte er in späteren Jahren seine begrenzten

Möglichkeiten. Mehr Erfolg hatte er bei der Einführung der neuen Liturgie, die er mit Elan, fast mit einem Übereifer anging.
Unmittelbar nach Inkraftsetzung der Konzilskonstitution „über die heilige Liturgie" am 4. Dezember 1963 errichtete Stimpfle eine liturgische Kommission, welche die Augsburger Verhältnisse dem neuen Konzilsdekret adaptieren sollte. Wenig später ordnete er an Zentralorten Priestertage an, bei denen er in Konzelebretion mit den Geistlichen die Eucharistie dem neuen Ordo gemäß feierte. Auf diese Weise unterband er im großen und ganzen eine unkontrollierte Meßgestaltung im Bistum, mochten sich auch manche Fehlhaltungen einschleichen, die zu Unstimmigkeiten innerhalb des Klerus und der Laien führten.

III

Als Stimpfle nach Beendigung des II. Vatikanischen Konzils am 8. Dezember 1965 voller Glaubensfreude und Begeisterung nach Augsburg zurückkehrte, stand für ihn fest, daß diese Kirchenversammlung fortan Richtschnur und Leitgedanke für sein Leben und Tun sein und bleiben sollte. Mit Eifer, manchmal sogar mit Übereifer ging er ans Werk, die einzelnen Konzilsdekrete im Bistum, aber auch in der Begegnung mit der Weltkirche zu verwirklichen, bzw. den örtlichen Verhältnissen zu adaptieren. Mit seinem Gottvertrauen riß er die zaudernden, durch lange Erfahrung sehr nüchtern denkenden Pfarrer mit, packte mehrere Aufgaben gleichzeitig an, überhörte auch gelegentlich Mahnungen zur Zurückhaltung und ließ sich bei der Auswahl seiner Mitarbeiter manchmal eher von Emotionen als von sachlichen Überlegungen leiten. Aber wohl kaum ein anderer Augsburger Bischof hat so viele Initiativen für die Pastoral im allgemeinen und in Einzelsparten gegeben wie Stimpfle zwischen 1965 und 1992. Das gilt zunächst für das Bistum Augsburg, ferner für seine ökumenischen Kontakte und seine Verbindungen zu den Juden, für die Bemühungen um ein christliches Europa und sein Engagement für die Weltkirche.
Bei der Jahresschlußpredigt 1965 verkündete Stimpfle gleichsam sein Programm, das in erster Linie auf den Konzilsdekreten gründete: „Dem Volk Gottes ist die Aufgabe zugewiesen, in der Welt gegenwärtig zu sein. Diese Gegenwart der Kirche ist aber nur dann wirksam, wenn alle eins sind." Und um diese Einheit zu festigen, ergriff der Bischof im Verlauf seiner Amtszeit, vor allem in den ersten zwei Jahrzehnten, eine Reihe von Initiativen, die sowohl die Organisation der Seelsorge als auch deren geistigen Inhalt verleben-

digen sollten: Noch 1965 hatte er eine Diözesanakademie errichtet, 1966 und folgend rief er das Religionspädagogische Seminar ins Leben, ferner die Kommissionen für Kirchenmusik und für sakrale Kunst und konstituierte den Seelsorge- und Priesterrat. Schließlich errichtete er das Seelsorgeamt, das alle pastoralen Impulse bündeln und koordinieren sollte. Es fand seine Heimstatt in dem 1974 eröffneten Haus St. Ulrich, das bis heute zu den bemerkenswerten Architekturbauten in Schwaben zählt.

In dieser Zeit befaßte sich der Bayerische Landtag mit der Gründung einer Universität in Augsburg. Bischof Stimpfle, aufgeschlossen für alle neuen Entwicklungen, faßte sehr bald auch eine Verlegung der Priesterausbildung von Dillingen an den neuen Universitätsort ins Auge. Zwar war der Altbau des Dillinger Priesterseminars 1967 noch großzügig restauriert worden, doch schon 1970/71 erfolgte die Überführung der Dillinger Philosophisch-Theologischen Hochschule in die neue theologische Fakultät und des Seminars ebenfalls nach Augsburg. Der Dillinger Stadtrat, der Stimpfle 1966 die Ehrenbürgerwürde verliehen hatte, konnte die Enttäuschung über diesen Schritt allerdings nur schwer überwinden, obwohl der Bischof sich tatkräftig für die Übersiedlung der Bayerischen Akademie für Lehrerfortbildung nach Dillingen einsetzte. Stimpfle sah in dieser Verlegung eine Chance für die Verwirklichung eines Planes, der wiederholt von den Augsburger Bischöfen in der Vergangenheit überdacht, aber bisher nicht realisiert werden konnte. Zugleich erwartete er sich davon einen stärkeren Zuwachs an Theologiestudenten und eine weltoffenere geistliche Ausbildung des künftigen Klerus. Seine hohen Erwartungen wurden allerdings aus mancherlei Gründen enttäuscht. Auch das moderne weiträumig gebaute Augsburger Priesterseminar, das keineswegs den Beifall aller Diözesanen fand, vermochte nicht die Zahl der Priesteramtskandidaten wesentlich zu erhöhen. Die gesamte Zeitströmung führte im Gegenteil zu einem erschreckenden Rückgang.

Schon bald suchte Stimpfle weitere Wege zur Fundierung des religiösen Lebens und der Gewinnung von Priester- und Ordensberufen. 1970 errichtete er das Theologische Ordensseminar für Schwestern, 1972 folgte die Gründung des „Offenen Seminars", einige Jahre später die des „Neuen Weges". Beide Einrichtungen sollten bei Jungen und Mädchen das Interesse für den geistlichen Beruf wecken.

Wegweisend waren ferner die Initiativen zur Unterstützung der zahlreichen Ordensschulen im Bistumsgebiet, denen infolge der Überalterung der klösterlichen Lehrkräfte die Schließung drohte. 1975 errichtete Stimpfle das „Schulwerk der Diözese Augsburg", dem heute 34 Unterrichtsanstalten, auch die ebenfalls 1975 gegründeten Dom-

singknaben, eingebunden sind. Kaum verging ein Jahr, in dem Stimpfle nicht neue Impulse für eine vertiefte Pastoral gab, mochten auch die Ergebnisse nicht jedesmal seinen Erwartungen entsprechen. Dazu gehörten beispielsweise 1977 die Errichtung eines Diözesanaltenwerks oder 1978 des Pastoralseminars für ehrenamtliche Laiendienste, ein diözesaner Plan zur Förderung geistlicher Berufe und 1980 die Gründung einer Fachakademie für Gemeindereferenten in Neuburg a. d. Donau.

Ein besonderes Anliegen war Stimpfle von Anfang seiner Amtszeit an die Verwirklichung des Synodalen Elements, aber zugleich auch die Durchführung der kanonischen Visitationen im gesamten Bistum. Vorbilder waren ihm die Anweisungen der Dillinger Synode von 1567, vor allem aber die Pastoraldekrete von Bischof Ulrich, von denen die Vita berichtet: Regelmäßig berief Ulrich Priester und Laien zu Synoden ein und besuchte die Pfarreien, um die Gläubigen zu ermuntern und bestehende Mißstände zu beseitigen.

Durch das Zweite Vatikanum bestärkt, und unter dem Einfluß der sich ausbreitenden Gesellschaftskrise kündigte Stimpfle ganz überraschend in der Silvesterpredigt 1968 für das Ulrichsjubiläumsjahr 1973 die Einberufung einer Diözesansynode an, die er allerdings wegen der „Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland" verschieben mußte. Gemäß Beschluß der Deutschen Bischofskonferenz sollte nämlich die Würzburger Synode Vorrang vor allen Diözesansynoden haben und der gemeinsamen Verwirklichung der Konzilsbeschlüsse in Deutschland den Weg ebnen. Im Bistum Augsburg fand diese Würzburger Synode u. a. ihren Niederschlag 1976 in einem fünfjährigen Pastoralplan.

Inzwischen aber hatte Stimpfle begonnen, den Plan einer Generalvisitation aller Bistumspfarreien in die Tat umzusetzen. Ab 1972 begann er zusammen mit zwei neuen Weihbischöfen die rund tausend Pfarreien zu visitieren. Innerhalb von zehn Jahren sollte dieses Werk beendet sein. War dieses Ziel auch zu hoch gesteckt, so vollbrachten die Bischöfe eine immense Leistung, erstreckten sich diese Pfarreibesuche doch nicht über wenige Stunden, sondern über Tage. Noch zu keiner Zeit innerhalb der Bistumsgeschichte waren Vorbereitung und Durchführung einer Visitation so gründlich erfolgt wie in dieser Periode.

1984 aber griff Stimpfle seinen früher gefaßten Plan einer Diözesansynode wieder auf und kündigte in der Jahresschlußpredigt erneut eine Augsburger Synode für das Gedenkjahr des 1100. Geburtstages des Bistumspatrons St. Ulrich 1990 an. Bestärkt wurde er dabei durch das 1983 erschienene neue kirchliche Rechtsbuch und durch die außerordentliche römische Bischofssynode des Jahres 1985. Ziel

dieser Bistumsversammlung sollte nach Auffassung des Bischofs sein: „Auf die Fragen der Seelsorge in den Pfarreien zu antworten und alle Gläubigen aufzurufen, mitzuhelfen, dem Herrn ein heiliges Volk zu bereiten." Nach sorgfältiger Vorbereitung tagte die Synode 1990 in zwei Sitzungsperioden.
Zu den Teilnehmern gehörten Priester und Laien. Während ein Teil der Synodalen die Abstimmungsergebnisse als rechtsverbindlich ansah, verstand der Bischof diese dem CIC gemäß nur als Empfehlungen. Als Stimpfle nach Beendigung der Synode 1991 die von ihm teilweise überarbeiteten Dekrete nebst Anmerkungen in Buchform herausgab, kam es zu einem Eklat, der überregional Aufsehen erregte. Einige Synodalen verweigerten öffentlich die Annahme des Buches. Den Bischof aber konnte dieser Affront nicht beirren. Die Verantwortung dem Hirten- und Wächteramt gegenüber galt ihm mehr als das Wohlwollen einzelner Geistlicher oder Laien. Hier wurde deutlich, was Vertraute schon lange wußten: Als Person ließ sich Stimpfle vieles gefallen, als Bischof aber nichts, denn das Amt war ihm stets heilig.

IV

Von Kindheit an begegnete Stimpfle im Alltag seiner Rieser Heimat evangelischen Christen und jüdischen Mitbürgern. Das Zusammenleben mit ihnen war eine Selbstverständlichkeit, die auch für den späteren Bischof galt. So schickte er kurz nach seiner Weihe dem Präsidenten der Augsburger Kultusgemeinde einen Gruß zum jüdischen Neujahrsfest und begründete damit eine jahrzehntelange Freundschaft, die sich zur Verbundenheit mit dem Staat Israel entwickelte. 1965 erhielt Stimpfle als erster katholischer deutscher Bischof eine offizielle Einladung nach Jerusalem. Drei Jahre später begründete er ein Wohnheim für Kriegswaisen im Erziehungszentrum Schafir bei Tel Aviv. 1980 reiste Stimpfle erneut mit den Augsburger Dekanen nach Israel, errichtete wenig später die Bischof-Stimpfle-Stiftung an der Universität Ban-Ilan in Tel Aviv für unbemittelte Studenten und rief 1984 die „jüdisch-christliche Begegnung" in der Benediktinerabtei Ottobeuren ins Leben, der 1986 eine weitere Veranstaltung folgte. Beide Male sprach der Bischof über die gemeinsame Verantwortung von Juden und Christen in einer säkularisierten Welt, besonders auch an der Schwelle zum 3. Jahrtausend.
Gleichermaßen aufgeschlossen zeigte sich Stimpfle gegenüber der evangelischen Kirche. Schon frühzeitig gehörte er der Ökumene-Kommission der Deutschen Bischofskonferenz an, war Mitglied der

ökumenisch ausgerichteten Fokolari-Bewegung und offen für alle Formen christlichen Engagements, sofern er diese mit Glauben und kirchlicher Lehre vereinbar hielt. 1968 eröffnete er zusammen mit Landesbischof Hermann Dietzfelbinger in Ottmaring bei Augsburg das ökumenische Lebenszentrum als Modell versöhnter Religionsgemeinschaft, das bis heute besteht. 1971 lud er zu einem ökumenischen Pfingsttreffen nach Augsburg ein, und mehrere tausend Christen kamen. Dieser Aufsehen erregende Versuch eines katholisch-evangelischen Kirchentages, von dem sich Stimpfle neue Impulse für einen gemeinsamen Weg versprach, brachte ihm allerdings viel Ärger ein.

Mit der schrittweisen Annäherung der Konfessionen nicht zufrieden, drängten einige Teilnehmer auf die Interkommunion, die der Bischof aus seiner Grundhaltung heraus ablehnen mußte. Dennoch zeigte er sich nicht verbittert. 1981 sprach er vor der evangelischen Landessynode in Dinkelsbühl. 1987 initiierte er beim Besuch des Papstes Johannes Paul II. in Augsburg einen ökumenischen Wortgottesdienst in der Basilika St. Ulrich und Afra, der weltweit, u. a. in Tokio, Aufsehen erregte. Bei all seinen Bemühungen um eine Einheit der Konfessionen aber galt für ihn das Ökumenedekret des Konzils als Richtschnur: Keine Tischgemeinschaft, solange es keine Glaubensgemeinschaft gibt. Deshalb reagierte er auch auffallend scharf, als bei der Augsburger Diözesansynode 1990 ein evangelischer Gast die Einladung zum gemeinsamen Abendmahl aussprach. Bald aber tat ihm diese Unbeherrschtheit leid und er entschuldigte sich. Für diese vornehme Haltung dankte ihm auch der evangelische Landesbischof in einem Nachruf 1996. Johannes Hanselmann, ein Landsmann aus Ehingen im Ries, sagte: „Das Herz unseres nunmehr Verewigten schlug für die Ökumene. Für Bischof Stimpfle stand jeder unserer gemeinsamen Gottesdienste unter dem von ihm formulierten Satz, daß dies ein verheißungsvolles Zeichen unserer Zeit sei, ein Schritt und Richtung auf die volle Kirchengemeinschaft im Glauben."

Diese Bemühungen um die Einheit erstreckten sich nicht nur auf die evangelische, sondern auch auf die Russisch-Orthodoxe Kirche und die mit Rom verbundenen Schwesternkirchen, denen in der Sowjetunion die staatliche Anerkennung seit 1946 versagt blieb. 1987 hatte die Ukrainisch-Katholische Kirche eine Bittschrift zur Legalisierung an den Obersten Sowjet geschickt. Als Stimpfle davon erfuhr, faßte er in seiner spontanen Art den Entschluß, der Katholisch-Ukrainischen Untergrundkirche seine Solidarität zu bekunden. „Glasnost und Perestroyka" in der Sowjetunion und die Millenniumsfeier der Taufe der Kiewer Rus ermutigten den Bischof, die komplizierte Vorbereitung einer Diözesanwallfahrt nach Rußland voranzutreiben.

Diese Pilgerreise sollte einen kleinen Beitrag zur Versöhnung zwischen dem deutschen und russischen Volk leisten, die Annäherung der katholischen Kirche des Westens zur Russisch-Orthodoxen Kirche fördern und die Bemühungen der Ukrainisch-Katholischen Kirche unterstützen.
Stimpfle reiste mit mehr als 90 Diözesanen vom 2. bis 17. September 1988 nach Rußland. Er feierte u. a. Gottesdienste mit den katholischen Gemeinden in Kiew und Lemberg, wo er übrigens von den örtlichen Bevollmächtigten für Religionsfragen zu einem Verhör abgeholt wurde, ferner in Moskau und Leningrad. Die mit der Fahrt verbundenen Strapazen nahm der 72jährige – wie er selbst formulierte – in dem Bewußtsein auf sich, daß gegenwärtig der Zeitpunkt der Versöhnung und Einheit zwischen den Völkern und in der gespaltenen Kirche gekommen sei. Visionär, zugleich aber auch euphorisch schreibt er in einem Rückblick auf die russische Pilgerreise: „Die Einheit der Kirche Gottes ist in Sichtweite. Es bedarf nur eines unentwegten Einsatzes, um die Stunde zu nützen."

V

Im Gegensatz zu seinen Vorgängern auf dem Augsburger Bischofsstuhl beschränkte Stimpfle seine pastorale Tätigkeit nicht nur auf das ihm übertragene Bistum, sondern er übernahm von Anfang an Mitverantwortung für die Kirche in Deutschland und in Europa. Anstoß gab ihm vor allen das Konzilsdekret über die „Hirtenaufgabe der Bischöfe in der Kirche", das er sich zu eigen machte. Schon vor dessen Inkrafttreten am 2. März 1966, das den nationalen Bischofskonferenzen amtlichen Charakter verlieh, war Stimpfle Sekretär der seit über hundert Jahren bestehenden deutschen Bischofsversammlung in Fulda und übte dieses Amt bis 1967 aus. Weitere Aufgaben wurden ihm übertragen: die Mitarbeit in der „Verbandskommission Weltkirche", die Leitung der „Unterkommission für Entwicklungsfragen", besonders Misereor, und 1968 als Mitglied des römischen „Sekretariats für Nichtglaubende" die Aufsicht über dessen deutsches Büro. Über die offizielle Beauftragung hinaus knüpfte Stimpfle Kontakte zu verschiedenen west- und osteuropäischen Staaten.
Anlaß zu engerer Verbindung vor allem zu den Bischöfen Westeuropas bot ihm u. a. das Ulrichsjubiläum 1973, das die Diözese zur Erinnerung an den 1000. Todestag ihres Bistumspatrons beging. Zu diesen Feierlichkeiten, die ihren Höhepunkt in einem abendlichen Gottesdienst im überfüllten Rosenaustadion fanden, kamen über 40 europäische Kardinäle und Bischöfe, außerdem Vertreter der alt-

katholischen, griechisch-orthodoxen, anglikanischen und evangelischen Kirche, die u. a. an einem Bischofssymposion unter Leitung des Substituten des Vatikanischen Staatssekretariats Giovanni Benelli teilnahmen. Stimpfle, der dieses Treffen initiiert hatte, stellte es unter das Motto: „Die Einheit der europäischen Bischofskonferenzen mit Rom". Besaß diese Versammlung auch keinen offiziellen Charakter, so förderte sie doch das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit im europäischen Raum.

Was Stimpfle in Augsburg begonnen hatte, das setzte er in den künftigen Jahren konsequent fort. Er rief zahlreiche Europa-Veranstaltungen – v. a. in Ottobeuren –, Wallfahrten zu großen europäischen Heiligtümern und Katholikentage unter dem Motto eines christlichen Europas ins Leben. Den aus Südeuropa stammenden Gastarbeitern, die seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verstärkt in das Bistum kamen, schuf er in Augsburg im „domus latina" eine Heimstätte. Dafür verlieh ihm der italienische Staat in Anerkennung dieser Bemühungen 1982 den Verdienstorden der Republik Italien. Sehr begrüßte Stimpfle auch die 1988 geschlossene Partnerschaft zwischen dem französischen Departement Mayenne mit dem Bezirk Schwaben. Er sah darin eine Bestätigung seiner Bemühungen um eine friedvolle Europapolitik, die u. a. mit der Verleihung des Robert-Schuman-Preises gewürdigt wurde.

Gleichermaßen knüpfte Stimpfle zahlreiche Kontakte zu den Bischöfen in verschiedenen osteuropäischen Ländern. Er war überzeugt, daß der Eiserne Vorhang nicht auf Dauer das mehr als seit 1000 Jahren christlich geprägte Europa spalten könne und glaubte fest an ein absehbares Ende der kommunistischen Herrschaft zumindest in Polen. Die Begegnung mit dem damaligen Krakauer Metropoliten Karol Wojtyla, dem späteren Papst Johannes Paul II., in den siebziger Jahren bestärkte ihn, die Verbindungen zu Polen noch enger zu knüpfen. Diesem Ziel dienten u. a. zwei Diözesanwallfahrten nach Polen in den Jahren 1977 und 1990 und die Teilnahme an der deutsch-polnischen Bischofskonferenz 1980. Auch predigte er als erster deutscher Bischof seit 1945 auf dem schlesischen Annaberg, wo sich etwa 40.000 Gläubige versammelt hatten. Auf diese Weise wollte Stimpfle einen kleinen Beitrag zur Aussöhnung zwischen den zwei verfeindeten Nationen leisten.

Im Gegensatz zu manchen seiner älteren Amtsbrüder fühlte er sich – angespornt durch die persönliche Begegnung mit zahlreichen Bischöfen der Dritten Welt in Rom und durch das Konzilsdekret „Die Missionstätigkeit der Kirche" – von Anfang an mitverantwortlich für die Sorgen und Anliegen der Weltkirche. Er wollte auch in Augsburg das Bewußtsein stärken, daß diese Ortskirche Glied einer weltweiten

Glaubensgemeinschaft war. Noch vor Beendigung des Vatikanischen Konzils nahm er Verbindung zu dem ostafrikanischen Staat Uganda auf, der 1962 die Unabhängigkeit erworben hatte und dessen Bewohner zu etwa 50 % Christen waren. Hier baute Stimpfle u. a. mit Spenden aus dem eigenen Bistum eine Missionsstation auf und konsekrierte auf seiner Afrikareise, die ihn 1968 durch Kamerun, Südafrika, Tansania, Kenia nach Uganda führte, am 11. Februar unter großer Beteiligung der einheimischen Bevölkerung die Kirche „Maria, Königin der Märtyrer". Auch entsandte er trotz des heimischen Priestermangels mehrere Geistliche, Ordensfrauen und kirchliche Fachkräfte dorthin und in andere Missionsgebiete. Desgleichen bereiste Stimpfle u. a. mehrfach Asien und Lateinamerika. Umgekehrt aber wurde Augsburg zu einem Besuchszentrum für zahlreiche Bischöfe der Dritten Welt, die bei Stimpfle stets ein offenes Ohr für ihre Nöte fanden.

VI

Gemäß c. 401 des CIC hatte Stimpfle nach Vollendung seines 75. Lebensjahres 1991 Papst Johannes Paul II. seinen Amtsverzicht angeboten. Er tat es pflichtgemäß, weniger aus innerer Überzeugung, obwohl ihn die beginnenden Altersbeschwerden belasteten und ihn die Sorge bedrückte, seiner ihm auferlegten Verantwortung nicht mehr gerecht werden zu können. Ohne Rücksicht auf seine Gesundheit hatte er sich für die Welt- und Ortskirche eingesetzt, neue Impulse gegeben, und aus einer tiefen Glaubensfreude heraus schwere Lasten getragen und dabei seinen Diözesanen immer Mut zugesprochen. In seiner Amtszeit konsekrierte er mehr als hundert neue oder renovierte Kirchen, ließ er den Dom restaurieren und versuchte, neben den steinernen Gotteshäusern eine „lebendige Kirche" aus der Schar seiner ihm anvertrauten Gläubigen aufzubauen, eine Ortskirche, die eingebunden war in die katholische Weltkirche.
Diesem Zweck dienten – um das für Stimpfle vielleicht wichtigste Ereignis seiner Amtszeit zu nennen – der Papstbesuch 1987 in Augsburg, der wohl auch als Zeichen päpstlicher Hochschätzung verstanden werden konnte, ebenso aber – um ein weiteres Beispiel zu nennen – die mehr als hundert Hirtenschreiben, unzählige Aufsätze, Vorträge und theologische Abhandlungen, die z. B. auszugsweise in einem Sammelband „Bischof Josef Stimpfle im Dienst am Evangelium" zu seinem 25jährigen Bischofsjubiläum 1988 erschienen sind. Sie vermitteln einen Eindruck von dessen breitgefächertem Wissen und seiner theologischen Diktion, aber auch von seiner

Glaubenshaltung. Daß seine Abhandlungen, wie überhaupt seine vielfältigen Aktivitäten, die gerade in späteren Jahren keinerlei Zugeständnisse an den Zeitgeist machten, ihm nicht nur Lob, sondern auch Schelte einbrachten, war zu erwarten. Reagierte er darauf anfangs im großen und ganzen eher mit Gelassenheit, so zeigte er sich in den späteren Jahren öfter gereizt und verärgert. Auf diese Weise geriet Stimpfle einerseits in die Kritik der sogenannten „Progressisten", die ihm Rückschrittlichkeit und Neigung zu obskuren religiösen Splittergruppen und „Mystizismen" – z. B. dem Engelwerk – vorwarfen, andererseits zog er sich den Tadel ultrakonservativer Kreise zu, die ihn der Laxheit und Schwäche im Umgang mit den modernen Trends in Kirche und Staat beschuldigten.

Unter dem 30. März 1992 nahm der Heilige Vater die Verzichtserklärung Stimpfles an, entpflichtete ihn seiner Aufgaben und verlieh ihm wegen seiner großen Verdienste ad personam den Titel eines Erzbischofs. Bereits kurz zuvor hatte der Papst Stimpfle zum Sonderlegaten des Heiligen Stuhles für das Werk „Kirche in Not, Ostpriesterhilfe" ernannt. Trotz seines hohen Alters und zunehmender Beschwerden infolge der voranschreitenden Parkinsonschen Krankheit nahm Stimpfle die ihm übertragenen Aufgaben sehr ernst. Zwischen Portugal und Chile, Rom und den Staaten Osteuropas pendelte er hin und her und übernahm daneben in der neunmonatigen Sedisvakanz bis zur Ernennung seines Nachfolgers Dr. Viktor Josef Dammertz OSB auch noch zahlreiche bischöfliche Weihefunktionen in Augsburg. An seinem 80. Geburtstag im März 1996 sagte der Jubilar: „Solange der Herr will, werde ich ihm dienen und seine frohe Botschaft verkünden." Nur noch wenige Monate sollten ihm vergönnt sein.

Wie seit fast 30 Jahren verbrachte der begeisterte Hochalpinist Stimpfle nach der Feier des Goldenen Priesterjubiläums im Sommer 1996 seinen Urlaub bei einer Familie in Saas Fee in der Schweiz. Nach einer Bergtour litt der 80jährige am 8. September unter starken Kopfschmerzen und wurde in das Krankenhaus in Visp eingeliefert. Eine Gehirnblutung führte bald zur Bewußtlosigkeit, auch eine Verlegung in das Augsburger Zentralklinikum konnte keine Hilfe mehr bringen. Dort verstarb der Erzbischof am 12. September 1996. Es war der 33. Jahrestag seiner Bischofsernennung. Die feierliche Beisetzung des Augsburger Ehrenbürgers, Ehrendoktors der Universität und Trägers höchster Auszeichnungen fand am 19. September in Anwesenheit zahlreicher Bischöfe und einer großen Schar von Priestern und Gläubigen statt.

In zahlreichen Nachrufen rühmten Freunde, aber auch Gegner den vorbehaltlosen Einsatz, die Glaubwürdigkeit und Geradlinigkeit,

ebenso die Begeisterungsfähigkeit und Glaubenstreue des Verstorbenen, der seine letzte Ruhe in der Westkrypta des Domes fand. Vielleicht mehr als alle Nekrologe sagt die schlichte Grabplatte mit der goldenen Sonnenscheibe etwas über das Wesen dieses Verstorbenen aus. Sie kündet von der Freude und dem Auferstehungsglauben. Bis zur Stunde ist dieses Grab zu einer Gebetsstätte für viele geworden, die mit Dankbarkeit, zumindest mit Hochachtung an den „Vater Bischof" zurückdenken.



August Everding (1928–1999)

I

August Heinrich Gregor Everding wurde als drittes Kind des Ehepaars August Everding und dessen Ehefrau Gertrud, geborene Elbers, am 31. Oktober 1928 in Bottrop geboren. Es war eine schwierige Geburt, so daß der Neugeborene umgehend getauft werden musste. Die Heiligen, deren Namen der Täufling erhielt, waren nach christlichem Brauch Leitbild für das Lebensprogramm des Getauften. Nicht von ungefähr wurde in katholischen Familien jeweils der Namenstag und nicht der Geburtstag gefeiert. Die drei Vornamen sorgten dafür, daß sich gleich mehrere aus der Verwandtschaft einfanden; so nahm die Familie von vornherein einen wichtigen Platz im Leben des Getauften ein. Später wird August Everding auf diese Zusammenhänge hinweisen, in denen er sich auch dankbar aufgehoben wußte. Auch der Familie, die er selbst gründete, wird diese Bedeutung zukommen.
Zu seinem 70. Geburtstag, ein halbes Jahr vor seinem Tod, von der Krankheit schon schwer gezeichnet, antwortet er auf eine Frage eines Journalisten von Radio Vatikan, daß sich seine Dankbarkeit an seine Eltern richte, die ihn gezeugt und geboren haben und ihn taufen ließen. Er habe auch dankbar ihr Haus, ihre Kultur, ihr Geld, ihre Geschichte und ihre Gene angenommen. Er wußte sich in seiner Familie geborgen und daraus resultierte das Grundvertrauen, das er dem Leben und den Mitmenschen entgegenbrachte. Dies war auch das Fundament, der feste Grund, auf den er sein Leben baute.

II

Seine beiden Schwestern und er wuchsen in einer tiefgläubigen Familie auf, die ihre Wurzeln im katholisch geprägten Münsterland hatte. Sein Vater war Organist an der Propsteikirche St. Cyriakus in Bottrop. Eine hauptamtliche Stelle als Organist und Leiter des Kirchenchores an einer solchen Kirche setzte beachtliche Qualitäten als Musiker voraus. Da die Bezüge aber nicht sehr opulent waren, mußte

Vater Everding als Musikpädagoge noch ein Zubrot für die Familie verdienen. Das bestimmte den Rhythmus und den Ablauf des Familienlebens, und es gab diesem Familienleben durch die Inhalte, die dabei eine Rolle spielten, eine tiefe katholische Prägung. Der junge Sprößling August wurde aufgrund seiner nicht zu übersehenden und nicht zu überhörenden musikalischen Begabung von seinem Vater schon sehr früh, ab seinem fünften Lebensjahr, an der Orgel, am Klavier und an weiteren Instrumenten ausgebildet und bald in den kirchlichen Dienst mit einbezogen, den sein Vater als Organist an St. Cyriakus täglich zu leisten hatte.
Schon in jungen Jahren dirigierte August Everding bei besonderen Anlässen wie bei der Fronleichnamsprozession den Chor von St. Cyriakus, da sein Vater bei diesen Gelegenheiten an die Orgel gebunden war. Das bedeutete, daß seine musikalische und geistige Entwicklung verbunden war mit den Festen und Zeiten des Kirchenjahres, mit den Texten der Heiligen Schrift und mit der strengen Ausdrucksform der Liturgie und den klaren Formen, an die die Kirchenmusik gebunden ist. Dies alles drückte dem Familienleben der Everdings einen unverwechselbaren Stempel auf.
In der Zeit des Nationalsozialismus, in der August Everding heranwuchs, schotteten sich katholische Familien meist aus einer gewissen Hilflosigkeit heraus vom politischen Leben ab. Die Bischöfe hatten in Hirtenbriefen vor 1933 die Gläubigen darauf hingewiesen, daß ein Katholik die Nationalsozialisten nicht wählen könne. Die spätere Kindheit und Jugend August Everdings fiel in diese Zeit nach der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus 1933, in der die Oberen der katholischen Kirche mit den Nationalsozialisten sich zu arrangieren suchten, um dem kirchlichen Leben durch ein Konkordat einen einigermaßen geschlossenen und geschützten Lebensraum zu erhalten. Im alltäglichen öffentlichen und politischen Leben war das großmäulige und gewalttätige Auftreten der SA und SS nicht dazu angetan, Vertrauen oder gar Sympathie bei Katholiken zu wecken.
Man hielt die Nationalsozialisten, neben der Ablehnung, die man gegenüber ihrer Weltanschauung hatte, für Leute, mit denen man am besten keine Kontakte pflegte. Man mied sie, wo das möglich war und zog sich auf die eigene Familie zurück. So auch die Everdings.

III

Bezeichnend die Episode, die August Everding vom Tag nach dem Judenpogrom am 8. November 1938, er war damals gerade zehn Jah-

re alt, berichtete. Der Junge begleitete seinen Vater am Morgen um sechs Uhr zur Frühmesse. Dabei kamen sie an einem zerstörten jüdischen Möbelgeschäft vorbei, vor dem zwei SA-Männer Wache hielten. Auf Augusts Frage, was hier los sei, antwortete sein Vater „Junge, guck nicht hin"; er tat es dennoch und hat dieses Bild des Terrors nie vergessen können. (Sein Jugendkaplan Bernhard Poether war bereits von den Gerichten verfolgt worden. Er starb 1942 im KZ Dachau.) Hinter der Antwort des Vaters steckte nicht Herzlosigkeit, sondern Hilflosigkeit. Die Familie versuchte ihr eigenes, davon abgeschirmtes Leben zu führen. 1938 war von der NSDAP verpflichtend verordnet worden, daß alle Jungen ab 10 Jahren dem Jungvolk und ab 14 Jahren der Hitler-Jugend angehören mußten. Dadurch wuchs der Druck auf die Familie und damit auch die Angst vor den Machthabern.

Aber die Rechnung ging nicht auf. Man drückte sich vor den Verpflichtungen dieser Zwangsmitgliedschaft so gut man konnte. Die innere Distanz vieler Familien zum Nationalsozialismus machte sie weitgehend immun gegenüber diesen Machenschaften und der dahinter stehenden Ideologie. Diese Distanz bewirkte aber, daß bereits in dem für Ironie eigentlich zu frühen Lebensalter eine ironische Einstellung gegenüber dem aufdringlichen und falschen Pathos verordneter Feierstunden sich entwickelte. Der obligate „Hitlergruß" wurde in der kollektiven Ausführung verballhornt. Das war kein aktiver Widerstand, dazu waren der Druck des totalitären Systems und die Angst davor zu groß, aber die innere Distanz wuchs.

In der Zeit, in der im Berliner Sportpalast die Kundgebungsteilnehmer den „totalen Krieg" herbeischrieen, haben 15-/16-jährige Jungen, der Gymnasialklasse von August Everding, eingesetzt zum Schanzen in Kaldenkirchen, um die Panzer der Alliierten aufzuhalten, nach einiger Überlegung den Spaten und die Schaufel hingelegt und sind getürmt, stiften gegangen. Nach Bottrop zurückgekehrt wurden sie „unehrenhaft" aus der HJ ausgeschlossen. Nur der Gestellungsbefehl zur Wehrmacht hat sie vor weiteren Folgen bewahrt. Diesen Jungen war die ganze nationalsozialistische Ideologie egal, sie wollten sich nicht für unsinnige Maßnahmen als Kanonenfutter verheizen lassen. Die Faszination und die Verblendung, die der Nationalsozialismus bis zuletzt auf die deutsche Jugend ausgeübt haben soll, hielt Everding für eine Mär. Blinde Begeisterung, die auch noch eine Werwolfbewegung schließlich hervorbringen sollte, gab es bei Jugendlichen nur in Einzelfällen.

Der verlorene Krieg bedeutete Befreiung von diesem Druck und der Angst, den dieses totalitäre Regime mit sich gebracht hatte. Es war die gewonnene Freiheit, die das Lebensgefühl dieser noch einmal Davongekommenen bestimmte. Die Ideologie, zu der Familien wie die Everdings in diesen zwölf Jahren des NS-Regimes durchgehend Abstand gehalten hatten, wurde von den Jahrgängen, denen August Everding angehörte, wenn sie selbst ihr einmal angehangen haben sollten, problemlos, schnell und radikal nach dem Krieg abgelegt. August Everding nutzte die gewonnene Freiheit. In diesen Jahren bis zum Abitur 1949, das er als Bester abschloß und das ihm auch ein Stipendium der Studienstiftung des Deutschen Volkes einbrachte, verschaffte er sich eine breite Kenntnis der modernen Literatur Frankreichs, Englands, Amerikas und Italiens, die während der NS-Diktatur verboten und auch nicht zugänglich war. Er nutzte Zeitungsausgaben von literarischen Werken, billige Buchausgaben, die schnell auf den Markt kamen und Buchbestände, die in der einen oder anderen Familie auf dem Dach das Dritte Reich überwintert hatten. Er lernte Latein und Griechisch, um die philosophischen und theologischen Werke des hl. Thomas von Aquin, an dessen Denken ihn ein Kaplan seiner Pfarrei noch während der Hitler-Diktatur herangeführt hatte, lesen zu können.

Es war dies aber auch bereits die Vorbereitung auf sein Studium der Germanistik und Theologie – die Absicht Priester zu werden, hatte er nicht –, das ihn für den Schuldienst in Gymnasien aber ggf. auch für eine wissenschaftliche Laufbahn in diesen Fächern befähigen sollte. Politisch bestand keine Anfälligkeit, die nationalsozialistische Diktatur durch eine kommunistische einzutauschen. Die Familie Everding hatte sich in ihrer kirchlich orientierten Lebenspraxis zwar den inneren Freiraum für die frohe Botschaft Christi gegen den Druck von außen erhalten, aber es hatte doch der freie Zugang zur Wahrheit im Denken, Reden und Schreiben anderer in Philosophie, Theologie, Literatur und auch zur Musik über lange Jahre gefehlt, so daß gerade diese Zeit nach dem Krieg für August Everding auch eine Zeit der Reifung seines Glaubens brachte, den er von seinen Eltern geschenkt bekommen hatte.

„Ungewißheit und Wagnis", das Werk des Münsteraner Philosophen Peter Wust, das bereits 1937 erschienen war, hat sich ihm tief eingeprägt, so daß er verschiedentlich und noch am Ende seines Lebens auf die Frage, wie er seinen Glauben beschreiben würde, die Kerngedanken dieses Buches, das für ihn die Stärke, aber auch die Angefochtenheit des Glaubens intellektuell erschloß, wiedergab: „Es ist

kein emotionaler, kein sentimentaler Glaube, der nicht nur zu Ostern Alleluja und Weihnachten an der Krippe singt, sondern der allmorgendlich nachdenkt, was heißt das: Vater unser?, was heißt das 'Unser tägliches Brot gib uns heute'? nicht nur mir, ich krieg es ja. Aber kriegen es alle? Also eigentlich, das immer in Frage stellen, was feststeht, das nenne ich Glauben und noch mehr, eigentlich heißt glauben: Das sichere Schiff des ‚Ichs' verlassen und in ein Meer springen, von dem man nicht weiß, ob es Rettung verheißt. Darum springe ich immer wieder von dem sicheren Schiff herunter."
Ungewißheit und Wagnis – ein Programm des Glaubens, zu dem in der Zeit nach 1945 die Weichen gestellt wurden und das Everding Zeit seines Lebens als für ihn gültig übernahm. Es gibt außerdem im Laufe seines Lebens nahezu keinen Vortrag, ganz gleich zu welchem Thema, in dem nicht auch Fragen und Hinweise aus dem Glauben heraus gestellt und in diesem Glauben Antworten gesucht werden.
Die geistige Auseinandersetzung, die in den 40er Jahren nur wenig stattfinden konnte, fand August Everding zunächst an der Universität in Bonn, dann ab Anfang der 50er Jahre an der Ludwig-Maximilian-Universität in München. Angetreten war er in Bonn mit der Fächerkombination Germanistik und Theologie, in München erweiterte er diese durch Philosophie und Theaterwissenschaft. Nicht ungewöhnlich, denn das von ihm gewählte Promotionsthema, die Personifizierung des Todes im Drama, konnte ohne Beschäftigung mit dem Theater, der Theatergeschichte und der Darstellung des Todes auf der Bühne nicht angegangen werden. Die Kenntnis der mittelalterlichen und barocken Totentanzspiele, der Jesuitendramen, der Spiele vom Weltgericht, der großen und kleinen Welttheaterentwürfe aus der Zeit der spanischen Dramatiker der Barockzeit bis hin zu Hugo von Hofmannsthal, dessen „Jedermann" heute noch bei den Salzburger Festspielen aufgeführt wird, war Voraussetzung für die Bearbeitung dieses Themas. Der Tod ist in diesen Spielen ambivalent angelegt, als Helfer und Bruder, der den Verstorbenen das Tor zu einem besseren Leben öffnet. Er wird aber auch als Gehilfe des Bösen dargestellt, der verhindern will, daß der Mensch beim Durchschreiten des Tores in dieses bessere ewige Leben eingeht.
Everdings Erfahrung, die er als Theaterprovinzler in der Nachkriegszeit in Bottrop sammeln konnte, reichte da als Grundlage nicht aus. In München erweiterte er seinen Horizont als einer der findigsten Erwerber von Studentenkarten für Vorstellungen in der Oper und den Schauspielhäusern. Das war kein einfaches Geschäft. Es wird wenig Studenten gegeben haben, die eine ähnliche Erfolgsquote von Schauspiel- und Opernaufführungsbesuchen zusammenbrachten, wie er. Seine spätere Liebe für das Prinzregententheater, das damals von

der Staatsoper bespielt wurde, weil das Nationaltheater dies noch nicht zuließ, stammt wohl aus dieser Zeit.

V

Auch wenn er diese wissenschaftliche Arbeit nie vollendete, wird ihn das Thema Zeit seines Lebens nicht mehr loslassen. Für das Milleniumsjahr hatte August Everding geplant, am Prinzregententheater das „Spiel vom Ende der Zeiten" von Carl Orff, dessen Uraufführung er 1973 bei den Salzburger Festspielen bereits inszeniert hatte, erneut auf die Bühne zu bringen. Sein eigener Tod hinderte ihn daran, dieses Vorhaben zu realisieren. Vorausgegangen war ein Jahr vor seinem Tod die Inszenierung des Schauspiels von Rolf Hochhuths „Effis Nacht", das die Nachtwache der alten „Effi Briest", der Titelfigur eines Fontane Romans, bei einem jungen Sterbenden am Ende des letzten Krieges zum Inhalt hat. Der Plan einer neuen Fassung und Inszenierung des „Jedermann" bei den Salzburger Festspielen, der aus welchen Gründen auch immer nicht realisiert wurde, war vorausgegangen.
Ein eindringlicher Beleg für diese Lebensthematik ist auch und vor allem die Laudatio auf Thomas Hürlimann bei der Verleihung des Adenauer-Preises am 3. Juni 1997 in Weimar. Ausgehend von seiner nie vollendeten Doktorarbeit hält Everding diese Laudatio eben für einen Dichter, „dessen persona dramatis der Tod ist, nicht der Sensenmann, nicht der Einschläfernde, der Erlösende, sondern der Kalte, der im Steinhaus klopft mit allen tickenden Uhren und Weckern". Der Tod ist bitter darin. Er vollzieht sich bei Hürlimann in einer Welt, in der Gott abwesend ist. Sicher ist es auffallend, daß diese Problematik des Todes August Everding besonders intensiv und gehäuft zu seinem Lebensende hin beschäftigt hat. Aber neu war das nicht, denn sie taucht in vielen Dramen und Opern auf, die er im Laufe seines Lebens zur Inszenierung angenommen hat.
Das geistige Rüstzeug für eine kritische Beurteilung der Theater- und Oper-Aufführungen holte er sich in den „theaterkritischen Übungen an Hand des Spielplans", die Professor Hanns Braun, der Theaterkritiker der „Süddeutschen Zeitung", an der Universität München anbot. Er war es auch, der ihm später das Praktikum an den Kammerspielen verschaffte, das den Beginn seiner Laufbahn am Theater einleiten sollte. Ergänzt wurde das in stundenlangen, manchmal auch nächtelangen Diskussionen im Kreis der Seminarteilnehmer, die wesentlich dazu beitrugen, die Kritikfähigkeit zu schärfen und in einer realistischen Balance zu halten. Durch die Mit-

arbeit am Studententheater und die Ablehnung als Statist in den Kammerspielen, gefragt waren bei dieser Inszenierung „Soldatengestalten", wozu er weder die Figur noch die Physiognomie mitbrachte, war er zur Einsicht gekommen, daß eine Laufbahn als Schauspieler wenig Erfolg versprach.
Das Filmstudio in der Occamstraße in Schwabing war ein weiterer bevorzugter Studienplatz am Nachmittag. Dort wurden in schnellem Wechsel die herausragenden Filme der 40er und der 50er Jahre aus Frankreich, England, Italien und den USA geboten. Der Eintrittspreis einer Karte war erschwinglich und das schlechte Gewissen, Vorlesungen zu versäumen, konnte sehr oft durch die Feststellung gemildert werden, es sei Föhn. Film ist zwar kein Schauspiel, aber die filmische Darstellung brachte vor allem Erfahrungen, Erlebnisse und Erkenntnisse hinsichtlich schauspielerischer Möglichkeiten mit sich, die denen der Bühne zumindest nahestanden. Für einen jungen Menschen wie August Everding Grund genug, nicht nur in der Zeit des Studiums, sondern sein ganzes Leben gerne ins Kino zu gehen. Er wird diese Erfahrungen später im Fernsehen, ein dem Film verwandter Bereich, in einer großen Bandbreite von Produktionen wie Dokumentar- und Interviewsendungen, in Diskussionsrunden über das Theater und etwa auch in einer Sendereihe über die Seligpreisungen der Bergpredigt, die er kurz vor seinem Tod noch realisierte, einsetzen und verwenden können.
Damals bahnte sich wohl sein Entschluß an, nicht in den Schuldienst oder an die Hochschule als Lehrender zu gehen. In dieser Studienzeit stand dem Entschluß, sich ganz dem Theater oder der Oper zu widmen, noch zu vieles entgegen; so hofften seine Eltern sicher auf eine geachtete und gesicherte Laufbahn als Gymnasial- oder Hochschullehrer. Und das lag auch gar nicht so ganz neben seinen eigenen Zukunftsvorstellungen. Sein sehr intensives philosphisch-theologisches Studienprogramm brachte es auch noch mit sich, daß er das Theater, bei aller Begeisterung in seiner emotional unterkühlten Intellektualität, die er als Student besaß, mit einer gewissen Nachsicht und Herablassung behandelte. Da stand auch noch der zwischen Theater und Kirche bestehende Konflikt im Weg. Bei der Bearbeitung seines Dissertationsthemas begegnete ihm immer wieder diese offensichtliche Theaterfeindlichkeit der Kirche, die merkwürdigerweise daneben aber auch eine widersprüchliche Duldung und Förderung zuließ. Es hat ihn betroffen gemacht, daß von der frühchristlichen Zeit an, die Beschäftigung am Theater immer wieder mit Exkommunikation belegt worden war oder daß J. B. Molière ein christliches Begräbnis verweigert und erst nach eindringlichen Einsprachen unter Ausschluß der Öffentlichkeit genehmigt wurde – war es ein Reflex, daß

er für einige mit ihm befreundete Schauspieler, Friedrich Domin und Robert Graf, dafür sorgte, daß sie ein würdiges, kirchliches Begräbnis auf dem Friedhof von St. Georg in München-Bogenhausen erhielten?
Die Theologie, die Everding an der Universität in diesen Jahren vor allem bei dem Dogmatiker Michael Schmaus hörte, öffnete sich auch zunehmend dem Geschehen am Theater mit der Einsicht, daß Gottes Offenbarung nicht nur zum Hören und Lesen da ist, sondern daß Gottes Handeln in und an der Welt von der Welt nur handelnd beantwortet und so auch dadurch verstanden werden kann. Aber bereinigt war damit der Konflikt in diesen Jahren beileibe nicht. Das kirchliche Recht war damals theatralischen Darstellungen immer noch nicht gewogen. Dem Priester war nach wie vor die Ausübung des Schauspielerberufs verboten. Der Konflikt resultierte über die Jahrhunderte hinweg aus oft vordergründigen, moralischen (Vor-)urteilen. August Everding jedenfalls hat dieser Konflikt sein ganzes Leben lang beschäftigt. In seiner Ansprache vor Papst Johannes Paul II. 1980 in München, beim Treffen mit den Künstlern, geht er auf diesen Konflikt ein und versucht verständlich zu machen, daß das Theater, wenn es das „de profundis" ernst nimmt, auch die „Blumen des Bösen" darstellen muß. Er wußte, wovon er sprach, denn seine Inszenierungen der Stücke von Edward Albee z. B. „Wer hat Angst vor Virginia Woolf...?" oder J. P. Sartres „Die Eingeschlossenen" machten bewußt, daß Transzendenzlosigkeit für den Menschen die Hölle bedeutet. Es waren mit seine eindrucksvollsten Schauspielinszenierungen.
Theoretisch hat er das in einem Vortrag „Kulturelle Aspekte zu Europa" 1992 beim Europäischen Kulturforum in Baden-Baden so zusammengefaßt: „Theater im Himmel, das heißt, unseren Phantasien, unseren Utopien, unserem Glauben einen Ort zu geben, das Theater auf Erden beschreibt unsere Wirklichkeit und erzählt die Geschichte unseres Miteinanders. Das Theater aus der Hölle, das ist Haß, Verständnislosigkeit, das ist Unmenschlichkeit, Brutalität. Auch diesen Themen muß sich das Theater stellen." Seinen Namenspatron, den hl. Augustinus und dessen Werke, lernte er in den Vorlesungen und Seminarübungen Romano Guardinis kennen, die ihm über die „Bekenntisse" auch die Persönlichkeit des großen Heiligen erschlossen. Wenn der Namenspatron im Leben eines katholischen Christen auch Vorbild sein soll, und er wurde das, dann wird man das Leben August Everdings auch auf diesem Hintergrund sehen müssen. Die umtriebige Art des hl. Augustinus, er war beileibe kein zurückgezogener Denker und Beter, entsprach seinem Naturell. Die vielen Predigten und Bücher, die uns von Augustinus überliefert

sind, lieferten ihm einen intellektuellen Zugang zu dieser Persönlichkeit. Auch der aus dem ersten Kapitel der „Bekenntnisse" immer wieder zitierte Satz, auf den August Everding oft Bezug nahm „unruhig ist unser Herz, auf daß es in dir Ruhe finde", spiegelt eine Grundeinstellung wider, die nicht die schlechteste Voraussetzung für einen Theatermann und Regisseur darstellt. Everding brauchte sich daher nicht verbiegen, wenn er diesem Vorbild folgte.

VI

Eine Reihe von Zufällen spielten eine Rolle, daß er nach dem Theaterpraktikum, das ihm Professor Hanns Braun 1953 an den Münchner Kammerspielen vermittelte, dort „hängen blieb". Er wurde als nachgeordneter Regieassistent während dieses Praktikums bei der Inszenierung von Heinrich Ibsens „Gespenster" durch Fritz Kortner eingesetzt. Der für diese Inszenierung vorgesehene Regieassistent war den Anforderungen der Arbeitsweise Kortners nicht gewachsen und wurde krank. Verwunderlich war das nicht, denn Kortner entwickelte seine Inszenierung innerhalb der Probenzeit permanent fort und schaffte dadurch laufend neue szenische Konstellationen. Man mußte als Regieassistent die jeweilige Intention einer solchen Änderung gedanklich mitvollziehen, denn nur so konnten Zuordnungen von Änderungen einigermaßen sicher referiert werden, wenn sie am Tag darauf von Fritz Kortner abgefragt wurden.
August Everding, der das allein nicht schaffen konnte, versicherte sich der Mitarbeit eines etwas dickhäutigen Studienkollegen, von dem er ziemlich sicher sein konnte, daß er die erregten und lautstarken Ausbrüche Kortners, ohne in Panik zu geraten oder die Übersicht zu verlieren, entgegennahm. Einen Regieassistenten, wie August Everding, der solche Schwierigkeiten glänzend bewältigte, ließ man nach dem Praktikum nicht einfach ziehen, sondern band ihn an das Haus. Intendant Hans Schweikart, der die Fähigkeiten seines für die Kammerspiele neu gewonnenen Regieassistenten selbst testen konnte, hat ihm schon zwei Jahre später als erste Regie „Peterchens Mondfahrt", ein Stück für Kinder, mit einer erstklassigen Besetzung, anvertraut. Wenn Kinder über Spaß und Freude zum Theater finden sollen, muß die Besetzung erstklassig sein. An diese Maxime hat sich August Everding auch später gewissenhaft gehalten.
Es folgte nun Stück auf Stück, das er inszenierte. Zuerst eines pro Jahr, bald zwei und drei, 1961 waren es schon vier Inszenierungen. 1959 bekam er bereits das Angebot, Oberspielleiter an den Kammerspielen zu werden. Er hat es angenommen. 1963 wurde er Intendant.

Hans Schweikart, sein Vorgänger, hatte ihn zielstrebig aufgebaut. Er kannte ihn mittlerweile so gut, daß er wußte, August Everding erfüllt das Anforderungsprofil eines Intendanten: „Der ideale Intendant ist zugleich ein Intellektueller, ein Manager, ein Enthusiast, Don Quichote und Geschäftsmann, ein Zentaur mit einer Dichterstirn und vier derben Pferdefüßen." (Im Deckengemälde des Gartensaals des Prinzregententheater wird Everding 30 Jahre später als bacchantischer Faun, dem ein Zentaur zugesellt wird, verewigt werden.)
August Everding orientierte sich an Kortners Regiestil, der seinem Intellekt und seinen Fähigkeiten entsprach. Die Situation und Konstellation, in der sich die Personen der jeweiligen Szene befanden, wurden analysiert und durchleuchtet, um dann mimische und darstellerische Ausdrucksmöglichkeiten zu suchen und zu finden, die auch von der jeweiligen Schauspielerin oder dem Schauspieler gebracht werden konnten. So wurden die einzelnen Szenen – und diese ihrerseits wieder in Zuordnung untereinander – komponiert. Ein intellektueller Regiestil, der auf die immensen Kenntnisse und das Wissen Everdings ebenso zugeschnitten war wie auch auf seine hohe Assoziationsfähigkeit. Er holte auch das aus den Worten heraus, in dem er sie – so August Everding – aufknackte. Von Hans Schweikart hatte er das Gespür für einen poetischen Realismus mitbekommen, der nicht in einen plumpen Naturalismus abgleitet und an der platten Oberfläche der Personen und des Geschehens hängenbleibt. Es war ein Regiestil, der den Modeströmungen und der zunehmenden Politisierung des Theaters in diesen Jahrzehnten nicht entsprach.

VII

An politischer Agitation, so hätte man meinen sollen, sei der Bedarf in der Vergangenheit überreich gedeckt worden. Doch Stücke dieser Art tauchten auf den Spielplänen wieder auf. Bei klassischen Stükken wurde, um Aufmerksamkeit zu erregen, eine willkürliche politische Aktualisierung vorgenommen. Gepaart war das manchmal mit einer aufdringlichen Pädagogik oder gar mit Agitation. Wenn das die produzierte Langeweile nicht überdecken konnte, wurde das Ganze mit provozierenden Tabuverletzungen aufgemöbelt. Die Stücke der Schriftsteller und Dichter blieben auf der Strecke. Dies skizziert einen Trend und sicher nicht die gesamte damalige Situation. Aber August Everding, der zwar mittlerweile einen guten Ruf als Intendant und Theatermann hatte, wurde, weil er diesem Trend nicht folgte, von der Kritik nicht auf den Schild gehoben, obwohl man die Qualität seiner Arbeit anerkannte und würdigte. Es war auch nicht

seine Sache, das Theater zur Produktionsstätte von politischen Resolutionen oder zum Ort für mildtätige Geldsammlungen umzufunktionieren, die für den Ankauf von Waffen verwendet werden sollten, um den Klassenfeind vernichten zu können.
Er beugte sich diesem Druck der veröffentlichten Meinung nach Maßgabe seiner Möglichkeiten nicht. Wobei er für sich nicht beanspruchte, den Helden zu spielen. Der Schock der Hitlerzeit saß zu tief und deswegen wollte er der Gefahr eines heraufziehenden linken, totalitären Systems im Rahmen seiner Möglichkeiten nicht einfach nachgeben. Hier wurde ein Versäumnis bei ihm sichtbar, sich politisch zu engagieren. Von da ab korrigierte er das. Er entzog sich gesellschaftspolitischen Aufgaben in den verschiedensten gesellschaftlichen Einrichtungen und Institutionen nicht mehr. Er sah ein, daß es nicht genügte, sich der Partei der radikalen Mitte, die der Kabarettist Werner Finck in den 50er Jahren auch in München ins Leben gerufen hatte, anzuschließen.
In dieser Phase, Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre, begann August Everding Opern zu inszenieren. Verdis „La Traviata" 1965 in München wurde ein überwältigender Erfolg. Wien mit „Tristan und Isolde" von Richard Wagner und Hamburg mit der Oper „Hamlet" von Humphrey Searl folgten in den nächsten Jahren. Die Wagner-Festspiele in Bayreuth holten ihn für den „Fliegenden Holländer". Er brachte als Kind einer Organistenfamilie die besten Voraussetzungen für die Oper und für das Musiktheater mit. Daß sich von Anfang an bei diesen Operninszenierungen auch der Erfolg einstellte, gab dieser Entwicklung einen weiteren Kick. Als daher der Ruf an ihn erging, Intendant am Opernhaus in Hamburg zu werden, folgte er 1973 diesem Ruf, ohne lange zu zögern. Genervt hatte ihn sicher die Entwicklung an den Sprechtheatern. „Fahnenflucht" wurde ihm deswegen vorgeworfen, aber entscheidend war dennoch dieses „Zu-Hause-sein" von Kindestagen an in der Musik, das ihn diesen Weg gehen ließ. Umsichtig wie er war, hat er wohl damals schon auch die Möglichkeit mitgedacht, später die Intendanz am Nationaltheater in München zu übernehmen, die einige Jahre später vakant wurde. Er hat diese dann auch 1977 angetreten.

VIII

Daß seine Zeit in Hamburg eine Zeit voller Erfolge war, verdankte er nicht zuletzt auch den glänzenden Mitarbeitern, die er für Hamburg gewann. Götz Friedrich als Oberspielleiter, kommend von Walter Felsensteins Komischer Oper in Ostberlin, und John Neumeier für

das Ballett. Nicht nur Ensemblepflege, sondern auch die Verpflichtung großer Sängerinnen, Sänger und Dirigenten gelang ihm in Hamburg wie auch in München. Geholfen haben ihm dabei seine Kontakte und Regiearbeiten an den großen Opernhäusern der westlichen Welt, an denen er in diesen Jahren, angefangen von Wien über San Francisco, New York, London, Bayreuth, Paris usw. meist mit großem Erfolg inszenierte. Sein Inszenierungsstil, der das Werk dem Besucher aufschloß und nahebrachte, entsprach auch der Entwicklung zum Musiktheater hin. Er nahm dabei die Position des barocken Spielleiters ein, der hinter dem Geschehen auf der Bühne zurücktritt und der sich nicht selbst zum Star hoch stilisiert.
Die Bezeichnung „barock", die ihm verschiedentlich zugeschrieben wurde, aufgrund seiner Figur und seiner Freude an Essen und Trinken und an fröhlichen Festen, traf in viel wesentlicherer Weise auf ihn als Regisseur und Spielleiter zu und die Art und Weise, wie er diese Rolle ausfüllte. Die sinnenfreudige Lebensauffassung in Bayern, die sich auch in der Liturgie und den Kirchenbauten widerspiegelt, ließ ihm und seiner Familie Bayern zur zweiten Heimat werden. Er wollte da auch begraben werden.
In dieser Zeit setzten seine Bemühungen ein, in Fernsehreihen „Theater im Gespräch", „Theater in der Kritik", beides Diskussionssendungen, und in seiner Interviewsendung „da capo", dem Zuschauer und Zuhörer Dramen und Opern, auch moderne Opern nahezubringen, eine Fortsetzung seiner Regietätigkeit in einem anderen Medium. Daneben lotete er experimentell die Möglichkeit der fernsehgerechten Übertragung von Opern aus. Zu einer Reihe von großen Schauspielern, Sängerinnen und Sängern, Bühnenbildnern, Dirigenten, Schriftstellern und Komponisten hatte er freundschaftliche Beziehungen, die sich im Rahmen der Arbeit an Theatern und Opernhäusern entwickelten und die über den Tag der Arbeit hinaus von Dauer waren und sich stimulierend auf seine Arbeit auswirkten. Daß es dabei auch zu Unverträglichkeiten kam, war nicht weiter verwunderlich.
Dies war auch der Grund, daß seine Zeit als Intendant der Bayerischen Staatsoper nur fünf Jahre dauerte. Er vertrug sich nicht mit dem damaligen Generalmusikdirektor. Der Kultusminister wollte beide halten. So wurde August Everding 1982 Generalintendant der Bayerischen Staatstheater und 1993 Staatsintendant und Präsident der Bayerischen Theaterakademie. Früchte dieser Lösungen, in gewisser Weise waren es Not- bzw. Verlegenheitslösungen, waren die Wiederherstellung und Bespielbarkeit des wunderschönen Prinzregententheaters – was außer August Everding niemand für möglich gehalten hatte – und die Einrichtung der Bayerischen Theaterakade-

mie „am Prinzregententheater" zur Ausbildung von jungen Nachwuchskräften für Theater und Oper, bis dahin eine Lücke, die zu schließen, August Everding schon viele Jahre bestrebt und bemüht war.

IX

In den letzten zwei Jahrzehnten seines Lebens gab es neue Schwerpunkte seines Wirkens. Die Zahl der jährlichen Inszenierungen nahm kontinuierlich ab, fast spiegelgleich, wie sie zu Beginn seiner Tätigkeit am Theater zugenommen hatten. Die Leitung des Prinzregententheaters und der Aufbau der Theaterakademie wurden Zentrum seines Schaffens. Er nahm in dieser Zeit eine um die andere gesellschaftspolitische Verpflichtung an, so als Präsident des Deutschen Bühnenvereins, als Vorsitzender des Deutschen Kulturrats, als Mitglied des Rundfunkrats und des Goethe-Instituts, an der Katholischen Akademie in Bayern. Dies entsprang nicht nur vordergründigem Aktivismus, was ihm oft vorschnell unterstellt wurde, sondern es resultierte aus der politischen Verantwortung, der er sich im Gegensatz zu früher nicht mehr verschloß.
Diese Entwicklung resultierte bei ihm aus der wachsenden Erkenntnis, daß die Politik eines Staates weitgehend und grundlegend bestimmt und getragen wird von der Gesellschaft und ihren Institutionen. Und eine zweite Erkenntnis kam dazu, daß diese Politik in großem Maß auch Kulturpolitik ist und sein muß. In pointierter Weise faßte er das in einem Vortrag zusammen: „Auf der einen Seite hat der Staat eine Kulturgestaltungsmacht im Schützen und Pflegen, aber auch die Kultur hat Staatsgestaltungsmacht, denn die autonome Kultur formt und prägt den Staat." Dies nahm alle sichtbaren Formen an bei seinem erfolgreichen, politischen Einsatz für die Theater in der ehemaligen DDR und deren Erhalt nach der Wiedervereinigung. Bei seinem politischen Einsatz blickte er auch über den Tellerrand der deutschen Verhältnisse hinaus und hatte ebenso die europäische und internationale Ebene im Blick. Seine Überzeugung „Wo Kultur wegbricht, wird Platz frei für Gewalt", leitete ihn dabei.
Er hat bei all dem nie verschwiegen, und das zeigen vor allem die Vorträge und Zeitungskolumnen, die er in dieser Zeit schrieb und die außerdem einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit in seinen beiden letzten Lebensjahrzehnten ausmachte, daß das Christentum die menschlichste Form des Umgangs miteinander ermöglicht und anbietet. Er trug diese Überzeugung nicht wie eine Fahne vor sich her, aber sein Tun und sein Reden orientierten sich daran. Er redete dabei

seine persönlichen Fehler nicht schön. Er war sich ihrer bewußt, wenn er bekannte, daß er nicht alle Versprechen gehalten habe. Lapidar hat er zusammengefaßt: „Ich bin Christ, weil Christentum für mich Form und Inhalt ist, in denen ich leben, sterben und hoffentlich überleben kann." Das war nicht nur der bestimmende Grund seiner Theaterarbeit, sondern auch seines Familienlebens mit seiner Frau und den vier Söhnen und seiner Eingebundenheit in die Kirche.
So findet man in den letzten beiden Jahrzehnten seines Lebens, sowohl in seinen Zeitungsartikeln wie in seinen Vorträgen immer häufiger Hinweise oder Bezugnahmen auch auf „Kirche und Theater" und „Musik und Liturgie". Seine Herkunft und seine geistige Entwicklung lassen eine solche Akzentsetzung fast selbstverständlich erscheinen. Bei seinen Überlegungen ist offensichtlich, daß sie nicht nur am Schreibtisch, sondern aus persönlichen Erfahrungen heraus entwickelt wurden. So hatten sich etwa mit der Erneuerung der Liturgie durch das zweite Vaticanum, die er grundsätzlich für notwendig erachtete, häufig, wenn auch am Rande, individuelle, aber auch kollektive Merkwürdigkeiten entwickelt, die in ihm einen ziemlich gereizt aggressiven und gar zornigen Kritiker fanden. Die strengen Maßstäbe dazu bezog er aus dem kirchlichen Dienst, den er in seinen jungen Jahren unter der Leitung seines Vaters mitgeleistet hatte.
Bei seinen Kirchenbesuchen in verschiedensten Städten und Ländern erlebte er immer wieder, daß in die Liturgie vom Priester selbstgestrickte Einfälle und Texte eingefügt wurden, die die einfache und klare Form der Liturgie verschlimm-besserten. Halbmodische Popmusik und das damit verbundene Klampfengezirpe wurden anstelle des Chorals und der alten und allen bekannten Kirchenlieder verwendet. In einer Zeitungskolumne im Anschluß an den Katholikentag in Berlin 1990 resümiert er über die musikalische Gestaltung des Schlußgottesdienstes, daß das eine Larifari-Musik, eine Swingmusik für die „Mädels in der Jesusbar" gewesen sei, die in einem Taizé-Verschnitt dann auch noch Beifallsgejohle und -gepfeife provoziert habe. Musik dieser Art habe weder in der Liturgie noch am Rande der Liturgie einen Platz. Bis zuletzt hat er auch immer wieder die Momente der Beziehung aufgegriffen, die zwischen Theater und Kirche bestehen, sein Beitrag zu einem Brückenschlag zwischen Theater und Kirche.
Dieses existentielle Problem beschäftigt ihn bis in die letzten Tage seines Lebens. Everding hatte einen Vortrag beim Aschermittwoch der Künstler in Regensburg angenommen; er konnte diesen Vortrag nicht mehr halten. Einen Tag vor seinem Tod am 26. Januar 1999 schrieb er: „Dieser Brief fällt mir schwer, aber ich muß ... absagen. Die Ärzte haben mir verboten zu reisen." Er schlug in diesem Brief

vor, seine Ausführungen schriftlich niederzulegen, damit sie dann am Aschermittwoch – drei Wochen später – vorgelesen werden könnten. Auch dazu kam es nicht mehr.
Das Gebet, das er einige Monate vor seinem Tod formulierte, ist geprägt von seiner Begabung, „mit Worten zu spielen", aber auch von der Erkenntnis der großen Mystiker seit Jahrhunderten: Es ist erforderlich, den eigenen Willen aufzugeben um sich in den Willen Gottes ergeben zu können: „Herr, wenn du willst, muß ich wollen – nein, muß ich wollen – sollen, oder aufbegehren. Wenn du nicht willst, kann ich nicht nichts wollen, aber dich nicht mehr wollen. Aber du bist, ob ich will oder nicht will – daher: Dein Wille geschehe!"
So im Letzten ergeben hat er den Tod am 26. Januar 1999 aus der Hand Gottes angenommen.

Anhang

Verzeichnis der wichtigsten Quellen und Literatur

PAULINE VON MALLINCKRODT

Quellen

Kurzer Lebensabriss unserer theuern Würdigen Mutter und Stifterin Pauline von Mallinckrodt bis zu ihrer ersten Gelübdeablegung von ihr selbst verfasst. Paderborn 1889 und weitere Quellen befinden sich im Mutterhaus der *Schwestern der christlichen Liebe* in Paderborn.

Literatur (Auswahl)

A. *Hüffer*, P. v. M. Stifterin und Generaloberin der Kongregation der Schwestern der christlichen Liebe. Ein Lebensbild. Münster 1902. – Genossenschaft der Schwestern der christlichen Liebe. Töchter der allerseligsten Jungfrau Maria von der Unbefleckten Empfängnis. Paderborn 1930. – A. *Schmittdiel*, P. v. M. Paderborn 1949. – A. *Bungert*, P. v. M.. Schwester der christlichen Liebe. Würzburg 1980. – C. *Frenke*, P. v. M. in ihrer Zeit (1817–1881). Paderborn 1984. – K. *Sander-Wietfeld*, P. v. M. Ein Lebensbild nach ihren Briefen und Aufzeichnungen. Paderborn 1985. – W. *Schaffer*, Schulorden im Rheinland. Ein Beitrag zur Geschichte religiöser Genossenschaften im Erzbistum Köln zwischen 1815 und 1875. Köln 1988. – B. *Bari*, P. v. M. und die Gründung ihrer Kongregation. Katholische Ordensfrauen als caritative Pioniere des 19. Jahrhunderts, in: Westfälische Zeitschrift 146 (1996), S. 287–312. – S. *Kill*, Wach geküßt von der Poesie. Eine Strategie weiblicher Emanzipation in der westfälischen Provinz, in: D. *Hein*/A. *Schulz* (Hg.), Bürgerkultur im 19. Jahrhundert. München 1996, S. 53–65 (über Mathilde Franziska Anneke). – R. *Meiwes*, „Arbeiterinnen des Herrn". Katholische Frauenkongregationen im 19. Jahrhundert. Frankfurt a. M./New York 2000.

HERMANN CARDAUNS

Quellen

Ein kleiner Nachlaß befindet sich im Bundesarchiv Koblenz, dort ebenfalls einzelne Schreiben Cardauns im Nachlaß Hertling.

Schriften (Auswahl)

Die Chroniken der niederrheinischen Städte. Köln 1875–1877. – Konrad von Hostaden. Köln 1880. – Der Sturz Maria Stuarts. Köln 1883. – Friedrich Spee. Frankfurt a. M. 1884. – Die Märchen Clemens Brentanos. Köln 1895. – Graf

von Hoensbroech, in: Historisch-politische Blätter 1900, S. 689–708. – Die Görresgesellschaft. Köln 1901. – Graf Paul von Hoensbroech, in: Historisch-politische Blätter 1901, S. 175–190. – Herr Karl May von der anderen Seite, in: ebd. 1902, S. 517–540. – Die „Rettung" des Herrn Karl May, in: ebd. 1907, S. 86–309. – Gefahrdrohende Erscheinungen, in: ebd. 1910, S. 617–628. – 50 Jahre „Kölnische Volkszeitung". Köln 1910. – Aus dem Leben eines deutschen Redakteurs. Köln 1912. – 50 Jahre Kartellverband. Kempten-München 1913. – Julius Bachem. Mönchengladbach 1918. – Friedrich Leopold Graf zu Stolberg. Mönchengladbach 1919. – Adolf Gröber. Mönchengladbach 1921. – Karl Trimborn. Mönchengladbach 1922. – Ernst Lieber. Mönchengladbach 1927. – Ein umfangreiches Schriftenverzeichnis in: M. *Bierganz*, H. C. (1847–1925). Politiker, Publizist und Wissenschaftler in den Spannungen des politischen und religiösen Katholizismus. Phil. Diss. Aachen 1977.

Literatur (Auswahl)

T. *Meyer*, Dr. H. C., in: Akademische Monatsblätter 13 (1901), S. 125–128. – K. *Hoeber*, Prof. Dr. H. C., in: ebd. 37 (1924/25), S. 448–452. – L. *von Pastor*, Tagebücher-Briefe-Erinnerungen. Heidelberg 1950. – P. E. *Hübinger*, Das Historische Seminar der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn. Bonn 1963. – *Ders.*, Arminia 1863–1963, in: Religion, Wissenschaft, Freundschaft. Bonn 1963, S. 9–34. – N. *Trippen*, Zur Geschichte des Collegium Albertinum in Bonn 1885–1903, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 176 (1974), S. 172–227. – *Ders.*, Fakultät und Erzbischof, in: ebd. 177 (1975), S. 232–262. – M. *Bierganz*, H. C. (s. o.). – E. *Hegel*, Von Joseph Hubert Mooren bis Max Braubach, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 182 (1979), S. 9–23. – M. *Bierganz*, H. C., in: Rheinische Lebensbilder 8. Köln 1980, S. 305–323. – W. *Becker*, Georg von Hertling. Mainz 1981. – M. L. *Anderson*, Windthorst. Düsseldorf 1988. – R. *Kiefer*, Karl Bachem. Mainz 1989.

ERICH KLAUSENER

Quellen

Der Nachlaß E. K.s ist auf viele Archive verteilt. Unterlagen zur landrätlichen Zeit enthalten die Kreisarchive Ahrweiler und Recklinghausen, das Nordrhein.-Westfälische Staatsarchiv Münster (Oberpräsidium, Regierung Münster, Kreis Recklinghausen) und das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin, dort auch die Personalakte. Die Tätigkeit K.s als Leiter der Katholischen Aktion in Berlin, die Vorgänge um seine Ermordung und die spätere Verurteilung des Mörders (LG Berlin 1. P Ks 4. 51, 11. 51) sind bei der der Forschungsstelle Bonn der Kommission für Zeitgeschichte in dem umfangreichen Nachlaß des einstigen Mitarbeiters Klauseners und späteren Berliner Generalvikars Walter Adolph (WA) archiviert. K. betreffende Vorgänge zum sogen. Röhmputsch befinden sich ferner im Bundesarchiv Berlin, Abt. Reich (Reichskanzlei, Reichsführer SS); dort auch Belege zum mutigen Eintreten der Berliner Rechtsanwälte Dr. Werner Pünder und Dr. Erich Wedell für die Rechte der Klausener-

Angehörigen. Vgl. hierzu Lothar *Gruchmann*, Erlebnisbericht Werner Pünders über die Ermordung Erich Klauseners am 30. Juni 1934 und ihre Folgen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 4 (1971), S. 404–431. Das Privatarchiv des Verfassers (eines Neffen E. K.s) enthält Dokumente aus dem familiären Umfeld.

Schriften

Gemeinsam mit E. *Stein* veröffentlichte E. K. als Band 1 der von *Stein* und O. *Constantin* herausgegebenen Schriftenreihe „Monographien deutscher Landkreise" einen Sammelband über den Kreis Recklinghausen (Berlin 1925), für den er auch selbst zwei Fachbeiträge verfaßte. Das Staatslexikon der Görres-Gesellschaft (Freiburg 1931) enthält vier Beiträge K.s zu Grundsatzfragen des Polizeirechts. Gemeinsam mit Robert M. W. *Kempner* und C. *Kerstiens* gab K. nach Inkrafttreten des „Preußischen Polizeiverwaltungsgesetzes" einen knapp kommentierten Text und einen Kurzkommentar heraus (Berlin 1931). Zu aktuellen Fachfragen von Politik und Recht der Polizei nahm K. ab 1926 häufig in der Tagespresse und in Polizei-Zeitschriften Stellung. Autobiographische Aufzeichnungen, beginnend in der Haft während des Ruhrkampfes, sind im Nachlaß Adolph (s. o.) überliefert.

Literatur

W. *Adolph*, E. K. Berlin 1955. – T. *Pünder*, E. K. Staatsdiener und Kirchenmann, in: Vestische Zs. 97/98 (1998/99), S. 255–301 (mit Bibliographie). – *Ders.*, E. K. Patriot und Christ, in: B. *Großfeld* u. a. (Hg.), Westfälische Jurisprudenz. Münster 2000, S. 289–328. – H. *Moll* (Hg.), Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts. Bd. 1. Paderborn 2000, S. 128–132.

KARL JOSEPH KARDINAL SCHULTE

Quellen

Ein eigentlicher Nachlaß Kardinal Schultes existiert nicht. Das amtliche und weniges persönliche Schriftgut befinden sich im Erzbistums-Archiv Paderborn sowie im Historischen Archiv des Erzbistums Köln. Gedruckte Quellen enthalten u. a. folgende Periodika: Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Paderborn und das Apostolische Vikariat Anhalt, Jgg. 53–63. Paderborn 1910–1920. – Kirchlicher Anzeiger für die Erzdiözese Köln, Jgg. 60–81. Köln 1920–1941. – Bericht[e] über die [I.–VI.] Diözesan-Konferenz zu Köln, Köln 1920–1932. [Der 1. Berichtsband als Anlage zum Kirchlichen Anzeiger erschienen.] – Die Diözesan-Synode[n] des Erzbistums Köln 1922 [und 1937]. Köln 1922 [und 1937]. – Wichtige einschlägige Editionen: W. *Corsten* (Hg.), Kölner Aktenstücke zur Lage der katholischen Kirche in Deutschland 1933–1945. Köln 1949. – B. *Schneider* (Hg.), Die Briefe Pius' XII. an die deutschen Bischöfe 1939–1944. Mainz 1966. – Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945, Bde. 1–3 [1933–1936], bearb. von B. *Stasiewski*, Bde. 4-5 [1936-1942], bearb. von L. *Volk*. Mainz 1968–1983.

Schriften

Theodoret von Cyrus als Apologet [theol. Diss.]. Wien 1904. – Verschiedene Beiträge in theologischen Fachzeitschriften.

Literatur (Auswahl)

Dr. K. J. S., Erzbischof von Köln. Ein Lebensbild. Köln 1920. – K. *Speckner*, Kardinal S. Erzbischof von Köln, in: *Ders.*, Die Wächter der Kirche. Ein Buch vom deutschen Episkopat. München 1934, 143–163. – Scientia sacra. Theologische Festgabe zugeeignet Seiner Eminenz dem hochwürdigsten Herrn K. J. Kardinal S., Erzbischof von Köln, zum fünfundzwanzigsten Jahrestage der Bischofsweihe, 19. März 1935. Köln-Düsseldorf 1935. – P. *Simon*, K. J. Kardinal S. Ein Bild seines bischöflichen Wirkens. Köln 1935. – *Cl...berg* (= W. *Corsten*), Kardinal S. zum Gedächtnis, in: Sanctificatio Nostra 12 (1941), S. 81–86. – B. *Stasiewski*, Die Stellung K. J. Kardinal S.s zum Nationalsozialismus, in: Die Kirche und ihre Ämter und Stände. Festschrift für Kardinal Frings. Köln 1960, S. 570–599. – U. *v. Hehl*, Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln 1933–1945. Mainz 1977. – *Ders.*, K. J. S., in: E. *Gatz* (Hg.), Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder 1785/1803 bis 1945. Berlin 1983, S. 680–682. – In obsequium Christi. Gedenkausstellung des Historischen Archivs des Erzbistums Köln zum 50. Todestag von K. J. Kardinal S. am 10. März 1991. Katalog. Köln 1991. – W. *Loth*, Bischof K. J. S. von Paderborn (1910–1920) und der Streit um die Christlichen Gewerkschaften, in: Westfälische Zeitschrift 142 (1992), S. 345–360. – A. *Leugers*, Gegen eine Mauer bischöflichen Schweigens. Der Ausschuß für Ordensangelegenheiten und seine Widerstandskonzeption 1941 bis 1945. Frankfurt a. M. 1996. – H. J. *Brandt*/K. *Hengst*, Geschichte des Erzbistums Paderborn, Bd. 3: Das Bistum Paderborn im Industriezeitalter 1821–1930. Paderborn 1997. – W. *Heilbronn*, Die politische Geschichte der Erzdiözese Köln von 1918 bis 1933 [phil. Diss.]. Aachen 1997.

RUPERT MAYER SJ

Quellen (ungedruckt)

Der Nachlaß befindet sich im Archiv der Oberdeutschen Provinz SJ in München.

P. R. M., Der Nationalsozialismus und meine Wenigkeit 1919–1944. – Briefe an die Schwestern der Hl. Familie 1921–1945, 6 Bände. – Briefe an seine Eltern 1898–1945. – Briefe an Dienststellen und Private zur Hilfe für Notleidende, Stellungslose und Arbeitsuchende, 1945. – J. *Huber*, Pater R. M. vor dem Sondergericht, Stenographiertes Protokoll der Münchener Verhandlung am 22./23. Juli 1937. – Akten des Bayerischen Justizministeriums und der Polizeidirektion München P. R. M. – Dr. med. B. *Hofmann*, Meine Erinnerungen an Pater R. M. 1917–1945. – W. *Suttner*, Pater R. M. Ein Lebensbericht aus autografischen Aufzeichnungen und zeitgenössischen Dokumenten.

Literatur (Auswahl)

A. *Koerbling* SJ, Pater R. M. Ein Priester und Bekenner unserer Zeit. München 1949. – A. *Koerbling* SJ und P. *Riesterer* SJ, Pater R. M. (Neubearbeitung und Ergänzung). München 1975. – O. *Gritschneder*, Pater R. M. vor dem Sondergericht. Dokumente der Verhandlungen vor dem Sondergericht München am 22. und 23. Juli 1937. München und Salzburg 1965. – W. *Suttner*, Pater R. M. SJ., in: Bavaria Sancta, Band II. Regensburg 1971, S. 439–457. – E. J. *Görlich*, Pater R. M. Münchens Männerapostel. Ein Lebensbild. Aschaffenburg 1972. – J. *Mühlbauer*, Und ich werde niemals schweigen. Pater R. M. – der Apostel von München. München 1975. – L. *Volk* SJ, Pater R. M. vor der NS-Justiz. Zum 100. Geburtstag des Münchener Männerseelsorgers am 23. Januar 1976. Sonderabdruck aus „Stimmen der Zeit", Heft 1, Januar 1976, Band 194. – W. *Sandfuchs*, Pater R. M. Verteidiger der Wahrheit, Apostel der Nächstenliebe, Wegbereiter moderner Seelsorge. Würzburg 1981. – *Ders.*, Pater R. M. Sein Leben in Dokumenten und Bildern. Würzburg 1984. – Ich predige weiter. Pater R. M. und das Dritte Reich. Eine Dokumentation von O. *Gritschneder*. Rosenheim 1987. – R. *Bleistein* (Hg.), R. M., Leben im Widerspruch. Frankfurt 1991. – *Ders.*, R. M. Ein Mann der Wahrheit. Ostfildern 1991.

HEINRICH WEBER

Quellen

Quellen über H. W. befinden sich vor allem im Zentralarchiv des Deutschen Caritasverbandes Freiburg, im Archiv der Universität Münster und im Bistumsarchiv Münster. Einzelne Unterlagen sind auch im Uniwersytet Wroclawski Archiwum (Archiv der Universität Breslau) erhalten geblieben. Weitere Quellen finden sich im Archiv Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V., im Bundesarchiv, Abt. Berlin und im Stadtarchiv Recklinghausen. Die unveröffentlichte theologische Dissertation „Die religiös-ethischen Grundlagen der Fürsorgearbeit in Judentum und Christentum" von H. W. findet sich im Universitätsarchiv Tübingen, und in der Universitätsbibliothek Bielefeld der Nachlaß von Johann Plenge, in dem auch ein umfangreicher Briefwechsel mit H. W. enthalten ist.

Schriften (Auswahl)

Sozial-caritative Frauenberufe. Freiburg i. Br. 1918, ^{2}1919. – Das Lebensrecht der Wohlfahrtspflege. Essen 1920. – Akademiker und Wohlfahrtspflege im Volksstaat (Habil. Schr.) Essen 1922. – Die Wohlfahrtspflegerin. Berlin 1922. – Jugendfürsorge im Deutschen Reich. Einführung in Wesen und Aufgaben der Jugendfürsorge und das neue Reichsjugendwohlfahrtsgesetz. Freiburg i. Br. 1923. – Caritas und Wirtschaft. Freiburg i. Br. 1930. – Einführung in die Sozialwissenschaften. Berlin o. J. [1930]. – Zus. mit P. *Tischleder*, Handbuch der Sozialethik. Bd. 1 Wirtschaftsethik. Essen 1931. – Streit und Wahrheit um die deutsche Sozialversicherung. Freiburg i. Br. 1931. – Die Einkommenssteuer der Geistlichen. Breslau 1937, ^{5}1941. – Das Wesen der Caritas. Freiburg i. Br.

1938. – Rechtsgrundsätze für die kirchliche Temporalienverwaltung. Breslau 1938.

Herausgeberschaft (Auswahl)

(Zus. mit H. *Auer und* F. *Keller*) Schriften zur Caritaswissenschaft. Freiburg i. Br. 1925–1934. 6 Bde. – Beiträge zur sozialen Fürsorge (bis Heft 8 zus. mit B. *Jung*). Münster 1925–1932. Insgesamt 18 Hefte. – (Zus. mit B. *Ordemann*) Der Arbeitsmarkt. Schriftenreihe des Seminars für Arbeitsvermittlung und Berufsberatung an der Universität Münster. 1926–1932. 4 Bde. – (Zus. mit W. F. *Bruck*) Beamtenschaft und Verwaltungsakademie. Münster 1928. – (Zus. mit R. *Woldt*) Arbeit und Sozialpolitik. Leipzig 1930. 3 Bde. – (Zus. mit W. *Apelt*, W. *Pietsch*) Lehrbücher zur Beamtenfortbildung. Berlin 1930. 2 Bde. – (Zus. mit O. *Most*/B. *Kuske*) Wirtschaftskunde für Rheinland und Westfalen. Berlin 1931. – Die kirchliche Verwaltung und Finanzwirtschaft. Loseblatt-Lexikon. Breslau 1936/37 ff. – Kirchliche Verwaltungslehre. Breslau 1937–1941. 8 Hefte. – Beiträge zur kirchlichen Verwaltungswissenschaft. Breslau 1942.

Literatur

H. *Auer*, Prälat Dr. theol. et rer. pol. H. W., in: Caritas 47 (1946), S. 52–54. – O. *Neuloh*, Entstehungs- und Leistungsgeschichte der Sozialforschungsstelle Dortmund, in: O. *Neuloh et al.*, Sozialforschung aus gesellschaftlicher Verantwortung. Opladen 1983, S. 13–102. – J. *Gröger*, Die Zwangsversetzung von Professor H. W. nach Breslau, in: Archiv für schlesische Kirchengeschichte 49 (1991), S. 165–176. – M. *Hermanns*, Impulse von H. W. für die Caritaswissenschaft, in: Jahrbuch für Jugendsozialarbeit 17 (1996), S. 337–342. – *Ders.*, Die Verknüpfung von Sozialethik und Caritaswissenschaft bei H. W., in: Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften 38 (1997), S. 92–114. – *Ders.*, Problemlösungsperspektiven im Spannungsfeld Organisation – Wirtschaft – Caritas in den 20er und 30er Jahren bei H. W. (1888–1946), in: H. *Pompey* (Hg.), Caritas im Spannungsfeld von Wirtschaftlichkeit und Menschlichkeit. Würzburg 1997, S. 311–326. – *Ders.*, H. W. Sozial- und Caritaswissenschaftler in einer Zeit des Umbruchs. Würzburg 1998 (mit Bibliographie S. 200–210). – H. *Gängler*, Klassiker der Sozialen Arbeit, in: H.-U. *Otto*/H. *Thiersch* (Hg.), Handbuch Soziale Arbeit. Neuwied/Darmstadt 2001.

ALOIS FÜRST ZU LÖWENSTEIN

Quellen

Nachlaß im Staatsarchiv Wertheim.

Literatur

Eine hinreichende Biographie fehlt. Siehe zwei Kurzbiographien: A. *Friese*, in: Lebensläufe aus Franken, Bd. 6. Würzburg (1960), S. 365–381. – H. *Ehmer*, in: NDB, Bd. 15 (1987), S. 100.
Informationen über A. zu L.s Aktivitäten finden sich vereinzelt in: K. *Bachem*, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei, 9 Bde. Köln 1927–1932. Nachdruck 1968. – K. *Buchheim*, Ultramontanismus und Demokratie. Der Weg der deutschen Katholiken im 19. Jahrhundert. München 1963.
Informationen über A. zu L.s Aktivitäten als Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken finden sich in: H. *Stehkämper*, Adenauer als Katholikentagspräsident. Mainz 1977. – R. *Morsey*, Streiflichter zur Geschichte der deutschen Katholikentage 1848–1932, in: Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaften 26 (1985), S. 9–24. – Th. *Grossmann*, Zwischen Kirche und Gesellschaft. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken 1945–1970. Mainz 1991. – M.-E. Reytier, Les catholiques allemands et la paix au lendemain de la Première Guerre Mondiale, in: Historiens de l'Europe contemporaine/Historians of Contemporary Europe (Louvain/Belgien), Bd. 10, Nr. 1–4 (1995), S. 19–42. – *Dies.*, Les Katholikentage dans l'entre-deux-guerres, in: Pour une Histoire religieuse de la guerre 14–18. Aujourd'hui, Today, Heute (Amiens/Frankreich), Bd. 1, Nr. 1, Februar 1998, S. 71–85. – *Dies.*, I cattolici tedeschi e l'Europa all'indomani della Prima Guerra Mondiale. L'esempio dei Katholikentage, in: Il fattore religioso nell'integrazione europea, hg. von A. *Canavero* und J.-D. *Durand*. Milano 1999, S. 359–371. – M.-E. *Reytier*, Les Idées sociales et politiques des catholiques allemands sous la République de Weimar, à travers l'exemple des Katholikentage, Phil.Diss. Université Jean Moulin-Lyon III, 2001.

GEORG MOENIUS

Schriften

Hölderlin – Eine Philosophische Studie. Bamberg 1920. – Italienische Reise. Freiburg i. Br. 1925. – Paris, Frankreichs Herz. München 1928. – Verteidigung des Abendlandes (dt. Übersetzung von „Defense de l'Occident" von H. *Massis*, mit einer Einführung von G. M.). Hellerau 1930. – Kardinal Faulhaber. Wien/Leipzig 1933. – Karl Kraus. Der Zeitkämpfer Sub Specie Aeterni (Rede zur Trauerfeier für Karl Kraus in Wien, 30. November 1936). Wien 1937. – Der Neue Weltmonarch. Westheim bei Augsburg 1948. – „Germanisme et Romanité", in: H. *Massis*, Allemagne d'hier et d'Après-Demain. Paris 1949. – Newman als Anglikaner (Ms.).

Literatur

A. *Rosenberg*, Pfarrer Dr. M., in: Der Sumpf. Querschnitte durch das „Geistes"-Leben der November-Demokratie. München 1930. – F. W. *Foerster*, Erlebte Weltgeschichte. Nürnberg 1953. – H. *Rost*, Erinnerungen aus dem Leben eines beinahe glücklichen Menschen. Westheim b. Augsburg 1962. – A. *Hilckman*, Einer, den wir nicht vergessen sollten! Zum 75. Geburtstag von G. M., in: Be-

gegnung 20 (1965), S. 297–299. – K. *Breuning*, Die Vision des Reiches. Deutscher Katholizismus zwischen Demokratie und Diktatur 1929–1934. München 1969. – A. *Mohler*, Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch. 2. Ausg., Darmstadt 1972. – R. *Faber*, Abendland. Ein „politischer Kampfbegriff". Gerstenberg 1979. – P. J. *Kock*, Mit spitzer Feder gegen Hitler. G. M. – ein streitbarer Publizist und Priester, in: Unser Bayern. Heimatbeilage der Bayerischen Staatszeitung 20 (1980), S. 75–77. – *Ders.*, G. M. und die „Allgemeine Rundschau". Zeitgeschichtliche Vortragsreihe „Verfolgung und Widerstand in Bayern" anläßlich des 88. Deutschen Katholikentages in München 1984. – G. *Munro*, G. M. and the „Allgemeine Rundschau" of Munich 1929–1933". Diss. (Department of History, University of Queensland 1989); (wird vom Verlag Edwin Mellen im Jahr 2002 veröffentlicht werden). – *Ders.*, The Holy Roman Empire in German Roman Catholic Thought, 1929–1933 – G. M.' revival of *Reichsideologie*, in: The Journal of Religious History 17 (1993), S. 439–464. – *Ders.*, German Catholicism and the War Guilt Question in the Weimar Republic. The Case of the *Allgemeine Rundschau* of Munich, in: G. *Munro*/M. *Travers*/A. *Bonnell* (Hg.), Conscience, Power and Opposition. Essays in German History in Honour of John A. Moses. New York/Bern 1996, S. 181–213.

Der Beitrag ist Dieter Albrecht (1926–1999) gewidmet.

HANS PETERS

Quellen

Der größte Teil des Nachlasses P. befindet sich im Bundesarchiv in Koblenz. Der Bestand ist durch ein Findbuch erschlossen. Ergänzendes findet sich im Nachlaß Eugen Schiffer (ebenfalls in Koblenz), ferner im Institut für Zeitgeschichte, München: Ger van Roon, Material über den Kreisauer Kreis, und im Bestand Reichssicherheitshauptamt im Bundesarchiv, Abt. Berlin. Im Archiv für Christlich-Demokratische Politik, St. Augustin, befindet sich der Zentralbestand Ost-CDU und der Nachlaß Emil Dovifat, die Stücke zu H. P. enthalten.

Schriften (Auswahl)

Verwaltungswidrigkeit und Polizeiwidrigkeit und ihre Beziehungen zur Rechtswidrigkeit, Diss. Münster, 1921. – Grenzen der kommunalen Selbstverwaltung in Preußen. Ein Beitrag zur Lehre vom Verhältnis der Gemeinden zu Staat und Reich. Berlin 1926. – Zentralisation und Dezentralisation. Zugleich ein Beitrag zur Kommunalpolitik im Rahmen der Staats- und Verwaltungslehre. Berlin 1928. – Der Totale Staat und die Kirche, in: E. *Kleineidam*/O. *Kuß* (Hg.), Die Kirche in der Zeitenwende. Paderborn 1935, S. 303–334. – Zwischen Gestern und Morgen. Betrachtungen zur Kulturfrage. Berlin 1946. – Lehrbuch der Verwaltung. Berlin u. a. 1949. – Die Gegenwartslage des Staatskirchenrechts. Mitbericht neben W. *Weber*, in: Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 11 (1954), S. 177–214. – (Hg.) Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, 3 Bde. Berlin 1956–1959. – Verfassungs- und Verwaltungsreformbestrebungen innerhalb der Widerstandsbewegung gegen Hitler,

in: Mitteilungen der Freiherr vom Stein-Gesellschaft e. V. 1959, H. 3, S. 24–40. – Die Verwaltung als eigenständige Staatsgewalt. Krefeld 1965. – Geschichtliche Entwicklung und Grundfragen der Verfassung. Berlin u. a. 1969.

Literatur

H. *Conrad*, H. P., in: Civitas, Jahrbuch für christliche Gesellschaftsordnung, Bd. 5. Mannheim 1966. – E. *Friesenhahn*, H. P., in: Juristenzeitung 1966, S. 197–199. – U. *Scheuner*, Professor Dr. Dr. h.c. H. P., in: Neue Juristische Wochenschrift, 1966, S. 440–441. – H. *Conrad* u. a. (Hg.), Gedächtnisschrift für H. P. Berlin u. a. 1967. – K. *Stern*, In memoriam H. P. Rede anläßlich der Gedenkfeier für Professor Dr. Dr. h.c. H. P. am 16. Januar 1967. Krefeld 1967. – P. *Mikat*, Artikel P., in: Görres-Gesellschaft (Hg.), Staatslexikon, Bd. ^{7}4. Freiburg 1988, Sp. 365 f. – U. *Karpen*, H. P. 1896–1966, in: Die öffentliche Verwaltung, H. 18 (1996), S. 776–782 – U. *Karpen*/A. *Schott* (Hg.), Der Kreisauer Kreis. Zu den verfassungspolitischen Vorstellungen von Männern des Widerstandes um Helmuth James Graf von Moltke. Heidelberg 1996. – L. *von Trott zu Solz*, H. P. und der Kreisauer Kreis. Staatslehre im Widerstand. Paderborn 1997.

JOHANNES HOFFMANN

Quellen

Bestände Staatskanzlei, Informationsamt und Amt für europäische und auswärtige Angelegenheiten des Saarlandes 1947–1955 im Landesarchiv Saarbrücken; Nachlaßteile J. H. ebd. und im Archiv für Christlich-Demokratische Politik in St. Augustin. Unterschiedliche Perspektiven auf J. H. eröffnen das Schneider-Becker-Archiv, die Nachlässe Emil Straus, Erwin Müller (alle drei im Landesarchiv Saarbrücken) und der Nachlaß Hermann Matthias Görgen im Deutschen Exilarchiv der Deutschen Bibliothek Frankfurt/M. Das außen-, innen- und parteipolitische Wirken J. H.s wird auch aus dem Nachlaß von Gilbert Grandval (zu benutzen über Christine Grandval, Saint Cloud) und die amtlichen Akten französischer Regierungsstellen beleuchtet (s. unten R. Hudemann/R. Poidevin, 1992/95). Die Plenumsprotokolle des Saarländischen Landtags enthalten die Parlamentsreden J. H.s (1947–1955: Archiv des Saarländischen Landtags in Saarbrücken). Die Unionsstiftung Saarbrücken bewahrt die vollständige Sammlung der Reden und Artikel J. H.s auf. Weiteres (prinzipiell zugängliches) Material befindet sich in Privatbesitz.

Schriften

Am Rande des Hitlerkrieges. Tagebuchblätter. Saarbrücken 1948. – Das Ziel war Europa. Der Weg der Saar 1945–1955. München/Wien 1963.

Literatur

J. *Freymond*, Die Saar 1945–1955. München 1961. – M. *Zenner*, Parteien und Politik im Saargebiet unter dem Völkerbundsregime 1920–1935. Saarbrücken 1966. – D. M. *Schneider*, Saarpolitik und Exil 1933–1955, in: Vierteljahrshefte

für Zeitgeschichte 25 (1977), S. 467–545. – H.-W. *Herrmann*, Beiträge zur Geschichte der saarländischen Emigration 1935–1939, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 4 (1978), S. 357–412. – D. M. *Schneider*, „Ein Land der Zukunft". Deutschsprachige Emigranten in Brasilien nach 1933, in: P. *Gordan* (Hg.), Um der Freiheit willen. Eine Festgabe für und von J. und K. Schauff zum 80. Geburtstag. Pfullingen 1983, S. 147–178. – H. *Küppers*, Bildungspolitik im Saarland 1945–1955. Saarbrücken 1984. – W. *Becker*, J. H. und die frühe Programmatik der CVP. Zum Beginn christlicher Parteibildung im Saarland nach 1945, in: Revue d'Allemagne 18/1 (1986), S. 25–45. – P. *von zur Mühlen*, Fluchtziel Lateinamerika. Die deutsche Emigration 1933–1945. Politische Aktivitäten und soziokulturelle Integration. Bonn 1988. – K.-M. *Mallmann*/G. *Paul*, Das zersplitterte Nein. Saarländer gegen Hitler. Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935–1945, hg. von H.-W. *Herrmann*. Bonn 1989. – K. A. *Schleiden*, J. H. (1890–1967), in: P. *Neumann* (Hg.), Saarländische Lebensbilder. Bd. 4. Saarbrücken 1989, S. 251–276. – H. M. *Görgen*, J. H. und Brasilien, in: Deutsch-Brasilianische Hefte 30 (1991), S. 174–178. – R. *Hudemann*/R. *Poidevin* (Hg.), Die Saar 1945–1955. Ein Problem der europäischen Geschichte. München 1992, 2. Auf. 1995. – B. *Steinle*, J. H. – ein Leben. Saarbrücken. ^{2}1993. – A. *Heinen*, Saarjahre. Politik und Wirtschaft im Saarland 1945–1955. Stuttgart 1996. – H. M. *Görgen*, Ein Leben gegen Hitler. Geschichte und Rettung der „Gruppe Görgen". Autobiographische Skizzen. Münster 1997. – R. *Hudemann*/B. *Jellonnek*/B. *Rauls*/M. *Hahn* (Hg.), Grenz-Fall. Das Saarland zwischen Frankreich und Deutschland 1945–1960. St. Ingbert 1997. – G. *Paul*, Saarland, in: C.-D. *Krohn*/P. *von zur Mühlen*/G. *Paul*/L. *Winkler* (Hg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945. Darmstadt 1998, Sp. 1171–1180. – H. *Küppers*, J. H. (1890–1967), in: G. *Mölich* (Hg.), Rheinische Lebensbilder, Bd. 18. Köln 2000, S. 191–224. – Heranzuziehen wären auch Aufsätze verschiedener Autoren aus der Monatsschrift Saarheimat, z. B. Jg. 20 (1976) ff.

IDA FRIEDERIKE GÖRRES

Schriften

(bis 1935 unter dem Namen I. F. Coudenhove)
Von der Last Gottes. Ein Gespräch über den Menschen und den Christen. Frankfurt a. M. 1932. – Von den zwei Türmen. Drei Briefe über Welt und Kloster. Frankfurt a. M. 1933. – Brief über die Kirche, in: Frankfurter Hefte 1 (1946), S. 715–733. – Das verborgene Antlitz. Eine Studie über Therese von Lisieux. Freiburg 1944 (unveränderter Nachdruck 1949). – Das verborgene Antlitz. Neue Deutung. Freiburg 9. Aufl. 1964. Eine gekürzte Fassung 1998, hg. von H. B. *Gerl-Falkovitz*. – Die siebenfache Flucht der Radegundis. Freiburg 4. Aufl. 1949. – Der verborgene Schatz. Gedichte. Frankfurt a. M. 1949. – Nocturnen. Tagebuch und Aufzeichnungen. Frankfurt a. M. 1949. – Gespräch über die Heiligkeit. Ein Dialog um Elisabeth von Thüringen. Frankfurt a. M. 1949. – Die leibhaftige Kirche. Gespräch unter Laien. Frankfurt a. M. 1951. – Aus der Welt der Heiligen. Frankfurt a. M. 1955. – Zwischen den Zeiten. Aus meinen Tagebüchern 1951 bis 1959. Olten und Freiburg 1960. – Der karierte Christ und an-

dere Glossen und Beiträge. Frankfurt a. M. 1964. – Im Winter wächst das Brot. Sechs Versuche über die Kirche. Einsiedeln 1970. – *Görres/Nigg/Ratzinger*, Aufbruch, aber keine Auflösung. Briefe über die Kirche und anderes. Freiburg 1971.

Literatur

Festgabe zum 60. Geburtstag von I. F. G. Teil I: Wanderwege, hg. von A. *Rosenberg*. Zürich u. a. 1961. – W. *Nigg*, Eine unter tausend: I. F. G., in: *Ders.*, Heilige und Dichter. Olten und Freiburg i. Br. 1982, S. 227–249. – H. B. *Gerl*, I. F. G. (1901–1971). Eine unzeitgemäß-zeitgemäße Kirchlichkeit, in: R. *Imhof* (Hg.), Frauen des Glaubens. Würzburg 1984, S. 253–266. – W. *Dirks*, I. F. G.' Leiden an der Kirche, in: Diakonia 19 (1988), S. 192–194. – H. B. *Gerl-Falkovitz*, Zwischen den Zeiten. I. F. G. (1901–1971), in: *Dies.*, Freundinnen. Christliche Frauen aus zwei Jahrhunderten. München 1994, S. 121–132. – A. *Findl-Ludescher*, Stützen kann nur, was widersteht. I. F. G. – Ihr Leiden und ihre Kirchenschriften. Innsbruck, Wien 1999.

FRITZ BURGBACHER

Quellen

Der Nachlaß B. befindet sich im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin, einen Teilnachlaß verwaltet das Historische Archiv der Stadt Köln, eine Personalakte befindet sich im Archiv der Universität zu Köln (siehe auch Literatur).

Schriften

Gedanken zu unserer Zeit. Aus Vorträgen und Aufsätzen. Köln. 5 Bde. Bd. 1: (ohne Titel). 1957. Bd. 2: Politik auf drei Ebenen. 1961. Bd. 3: Politik – Idee und Wirklichkeit. 1965. Bd. 4: Freiheit und Ordnung. 1969. Bd. 5: Aus der Arbeit eines deutschen Politikers für Deutschland und Europa. 1976 (siehe auch Literatur).

Literatur

G. *Buchstab*, F. B. (1900–1978). Ein Lebensbild. St. Augustin 2000 (dort auch Veröffentlichungen von und über B. S. 54–94 sowie Reden und Drucksachen aus dem Deutschen Bundestag und dem Europäischen Parlament S. 85–128). – *Ders.*, Vom Mitarbeiter zum Miteigentümer. Der Burgbacher-Plan von 1969, in: Historisch-Politische Mitteilungen 7 (2000), S. 269–288.

HEINRICH KÖPPLER

Quellen

Der Nachlaß von H. K. befindet sich im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin.

Literatur

P. *Rohde*, Gefragt: H. K. Bonn 1970. – H. *Klein*, Gefragt: H. K. Bornheim 1975. – F. *Meyers*, gez. Dr. Meyers. Summe eines Lebens. Düsseldorf 1982. – 50 Jahre Landtag von Nordrhein-Westfalen, hg. vom Landtag. Düsseldorf 1986. – F. *Geraedts*, Die vergessenen Jahre. H. K. und zehn Jahre Oppositionspolitik in Nordrhein-Westfalen. Köln 1987. – F. *Kronenberg*/B. *Vogel* (Hg.), H. K., Christ und Politiker 1925–1980. Düsseldorf 1990. – L. *Gruber*, Die CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen 1946–1980. Düsseldorf 1998.

HEINRICH BÖLL

Schriften (Auswahl)

Werke. B. *Balzer* (Hg.), Romane und Erzählungen 1947 bis 1977. 5 Bde. Köln 1977. Hg.-Neuaufl. (1947–1985). 4 Bde. Köln 1987. – Essayistische Schriften und Reden 1952–1978. 3 Bde. Köln 1978. – Hörspiele, Theaterstücke, Drehbücher, Gedichte 1 (1952–1978). Köln 1978. – Interviews 1 (1961–1978). Köln 1978. Die meisten Ausgaben der wichtigsten Veröffentlichungen im Deutschen Taschenbuch Verlag dtv München. Zur Bibliographie: Fortschreibung – Bibliographie zum Werk H. B.s, hg. von V. *Böll* und M. *Schäfer*. Köln 1997. Weitere Angaben zur Bibliographie in: Erläuterungen und Dokumente (zu „Ansichten eines Clowns"). Diese und andere Angaben befinden sich in den Literaturhinweisen zu den Bänden 8192 und 16011 von „Reclams Universalbibliothek". Der Nachlaß wird von den Erben H. B.s und vom Böll-Archiv der Stadt Köln betreut.

Literatur

E. *Kock*, Dichter unserer Tage – H. B. SDR 1967 (Manuskript). – In Sachen Böll, hg. von M. *Reich-Ranicki*. Köln–Berlin 1968. – Im Gespräch mit B. (H. L. *Arnold*). München 1971. – H. *Böll*, C. *Linder*, Drei Tage im März. Köln 1975. – C. G. *Hoffmann*, H. B. Hamburg 1977. – H. *Maier*, Sprache und Politik – Briefdialog mit H. B. Zürich 1977. – C. *Linder*, B. Hamburg 1978. – H. *Böll*, L. *Kopelew*, Warum haben wir aufeinander geschossen? Bornheim-Merten 1981. – K. *Schröter*, H. B. (Monographie in Selbstzeugnissen und Dokumenten). Hamburg 1982. – Ein Autor schafft Wirklichkeit – H. B. zum 65. (Redaktion R. *Böll*, V. *Böll*). Köln–Bornheim 1982. – H. *Böll*, H. *Vormweg*, Weil mir die Stadt so fremd geworden ist. Bornheim-Merten 1985. – E. Kock, Der Zorn des Mitleids – Erinnerung an H. B. Schwerte 1986. – M. *Reich-Ranicki*, Mehr als ein Dichter. Köln 1986. – E. *Kock*, Zornig aus Mitleid, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt Nr. 51, 20. Dez. 1987. – E. *Kock*, B. und der rheinische Katholizismus –

Affinitäten und Aversionen (Universität Köln/Vorlesung am 15. Dez. 1992). Manuskript, zu Teilen veröffentlicht in: Moral – Aesthetik – Politik. Dokumentation der Heinrich-Böll-Woche, Dezember 1992, hg. von der Heinrich-Böll-Stiftung. Köln 1993. – Die Hoffnung ist wie ein wildes Tier – Briefwechsel mit Ernst-Adolf Kunz 1945–1953. München 1997. – E. *Kock*, Aus dem Leben wird eine Geschichte, in: Rheinischer Merkur Nr. 51, 19. Dez. 1997. – H. *Vormweg*, Der andere Deutsche – H. B., eine Biographie. Köln 2000. – D. *Kühn*, Auf dem Weg zu Annemarie Böll. Heinrich-Böll-Stiftung e. V. Berlin 2000.

FRANZ-JOSEF WUERMELING

Quellen

Die Landtagsreden sind gedruckt in den Stenographischen Verhandlungen des Landtages von Rheinland-Pfalz 1947–1951, die Bundestagsreden in den Stenographischen Berichten der Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1.–5. Wahlperiode 1949–1969, Äußerungen im Bundesvorstand der CDU sind dokumentiert in dessen Protokollen 1950–1965 (4 Bde., bearb. von G. *Buchstab)*, Stuttgart bzw. Düsseldorf 1986–1998, die im Bundeskabinett in den bisher vorliegenden Kabinettsprotokollen der Bundesregierung Bd. 7 (1954) – Bd. 10 (1957). Boppard bzw. München 1993–2000. Der Nachlaß W. befindet sich im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin bei Bonn, weitere Unterlagen sind im Besitz der Familie.

Schriften

Der Nachlaß enthält zahlreiche Zeitungs- und Zeitschriftenartikel; größere Veröffentlichungen von F.-J. W. gibt es nicht.

Literatur

F. *Krause-Brewer,* F.-J. W., in: Bundesministerium für Familie und Senioren (Hg.), 40 Jahre Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Neuwied 1993, S. 15 f. – J. *Steinle*, F.-J. W. Familienpolitik im ideologischen Spannungsfeld des Kalten Krieges, in: Munuscula Erfordiensia – Erico Kleineidam Nonagenario Oblata, hg. von. J. *Dummer* und J. *Kiefer*, Sonderschriften der Akademie Gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt, Bd. 25. Erfurt 1995, S. 97–124.

ALFONS GOPPEL

Quellen

Der Nachlaß Goppels liegt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung in München. Er umfaßt die Ausbildung, die Aschaffenburger Zeit (1946–1958), seine Ämter als Staatssekretär im Justizministerium, als

Staatsminister des Innern sowie als Bayerischer Ministerpräsident (nur die Jahre 1962–1967). Ferner enthält er Reden aus dem Zeitraum 1963 bis 1991 und Material zu verschiedenen Funktionen nach seiner Amtszeit als Ministerpräsident. Im Bestand Staatskanzlei des Bayerischen Hauptstaatsarchivs in München liegen unter anderem Handakten des Ministerpräsidenten und ein großer Bestand, der die Korrespondenz Goppels als Abgeordneter des Stimmkreises Nabburg-Oberviechtach-Vohenstrauß (1966–1978) enthält. Weitere Aktengruppen der Staatskanzlei zeigen das Wirken Goppels in einzelnen Bereichen, z. B. im Rahmen der Arge Alp, seine umfangreiche Reise- und Repräsentationstätigkeit sowie die Besuche in- und ausländischer Gäste in München. Die zahlreichen Regierungerklärungen und Erklärungen Goppels vor dem Bayerischen Landtag sind gedruckt in den Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Seine Antrittsrede als Bundesratspräsident (1. Dez. 1972) findet sich bei H. *Herles*, Das Parlament der Regierenden. 40 Jahre Bundesrat. Eine Chronik seiner Präsidenten. Stuttgart 1989, S. 349–356. Eine reiche Quelle ist die von der Pressestelle der Staatskanzlei zum Ausscheiden Goppels erstellte *Zeitungsdokumentation Ministerpräsident Alfons Goppel* 1962–1978, 4 Bde., 1978. Im Haus der Bayerischen Geschichte in Augsburg ist ein längeres *Zeitzeugen-Interview* von Goppel (1990) vorhanden.

Schriften

Aschaffenburg – Das Bild einer Stadt, in: Bayerland 56 (1954), S. 1–5. – Zum sozialen Rechtsstaat, in: Zeitschrift für Sozialreform 10 (1964), S. 513–522. – Reden. Ausgewählte Manuskripte aus den Jahren 1958–1965. Mit einem Vorwort von A. *Hundhammer*. Würzburg 1965. – Dr. h.c. A. G. Programmatisches – Erstrebtes – Erreichtes 1962–1969 (Historisch-Politische Schriftenreihe des Neuen Presseclubs München: Die bayerischen Ministerpräsidenten der Nachkriegszeit 5). München 1969. – Ein Land plant seine Zukunft, in: E. *Schmacke* (Hg.), Bayern auf dem Weg in das Jahr 2000. Düsseldorf 1971, S. 11–29. – Politisches Handeln und christlicher Glaube, in: Politische Studien 25 (1974), S. 195–201. – Parlament und Regierung, in: Parlamentarismus und Föderalismus. Festschrift für Rudolf Hanauer aus Anlaß seines 70. Geburtstags, hg. von H. *Rosenbauer* und V. *Gabert*. München 1978, S. 33–44. – Föderalismus – Bauprinzip Europas, in: K. *Assmann*/Th. *Goppel* (Hg.), Föderalismus. Bauprinzip einer freiheitlichen Grundordnung in Europa. München 1978, S. 9–19. – Das Europa der Regionen, in: Europa. Union freier Völker (Politische Studien Sonderheft 1/1979), S. 5–10. – Der Bayerische Ministerpräsident, in: Anspruch und Leistung. Widmungen für Franz Josef Strauß, hg. von F. *Zimmermann*. Stuttgart 1980, S. 109–116. – Bayerns Rolle und Aufgabe im föderativen System, in: Franz Josef Strauß. Erkenntnisse, Standpunkte, Ausblicke, hg. von K. *Carstens* u. a. München 1985, S. 149–165. – Ein Reinhausener in Straßburg, in: Regensburger Almanach 1985, S. 44–47. – Europäische Gemeinschaft, in: Staat, Kultur, Politik. Beiträge zur Geschichte Bayerns und des Katholizismus. Festschrift zum 65. Geburtstag von Dieter Albrecht, hg. von W. *Becker*/W. *Chrobak*. Kallmünz 1992, S. 477–482.

Literatur (Auswahl)

L. *Huber* (Hg.), Bayern, Deutschland, Europa. Festschrift für A. G. Passau 1975. – Bayern im Wandel. A. G. 15 Jahre Ministerpräsident (Politische Studien

Sonderheft 4/1977). – W. *Zorn*, Bayern unter der Regierung G. 1962–1978, in: A. *Kraus* (Hg.), Land und Reich – Stamm und Nation. Festgabe für Max Spindler zum 90. Geburtstag, Bd. 3. München 1984, S. 531–545. – A. *Kolb* u. a., 40 Jahre CSU. Kreisverband Aschaffenburg, 1985. – F. J. *Strauß*, Die Erinnerungen. Berlin 1989. – F. *Kramer*, Randbemerkungen des Ministerpräsidenten, in: Festschrift zum 90. Geburtstag von Dr. h.c. A. G. 1. Oktober 1995, hg. von der *Alfons-Goppel-Stiftung*. o.O.u.J. (München 1995), S. 30–37. – K.-U. *Gelberg*, „Meine Aufgabe ist Bayern", in: ebd. S. 38–46. – Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945–1995, hg. von der *Hanns-Seidel-Stiftung*. München 1995. – Von Utopia nach Europa: A. G. 1.10.1905 bis 24.12.1991. Biographische Notizen von St. *Siebers-Gfaller*, hg. von der *Hanns-Seidel-Stiftung*. München 1996 (enthält eine Bibliographie der Publikationen von und über G. sowie von Hörfunk- und Fernsehsendungen mit und über G., S. 129–149). – B. *Merk*, Klarstellungen. Günzburg 1996. – A. *Bitterhoff*/R. *Höpfinger*, Ministerpräsident A. G., in: „Das schönste Amt der Welt". Die bayerischen Ministerpräsidenten von 1945 bis 1993. Eine Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und des Archivs für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung mit Unterstützung der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. München 1999, S. 116–146. – St. *Deutinger*, Europa in Bayern? Der Freistaat und die Planungen von CERN zu einem Forschungszentrum im Ebersberger Forst bei München 1962–1967, in: I. *Schneider*/H. *Trischler*/U. *Wengenroth* (Hg.), Oszillationen. Naturwissenschaften und Ingenieure zwischen Forschung und Markt. München 2000, S. 297–324. – C. *Friemberger*, Ministerpräsident A. G. 1962–1966, 2001. – S.-Ch. *Kuller*, Der föderative Sozialstaat. Familienpolitik im Bund und in Bayern 1949–1975, 2001. – Th. *Schlemmer*/H. *Woller* (Hg.), Bayern im Bund. Bd. 1: Die Erschließung des Landes 1949–1973. München 2001.

JOSEF STIMPFLE

Quellen

Der größte Teil des Nachlasses S. liegt im Archiv des Bistums Augsburg. Gedruckte Quellentexte: Amtsblatt für die Diözese Augsburg. Augsburg 1963–1992. – G. *Schmuttermayr* (Bearb.), Bischof J. S. – im Dienst am Evangelium. 25 Jahre bischöfliche Verkündigung und Weisung. Ein Querschnitt. Donauwörth 1988.

Schriften (Auswahl)

Die Einheit der Priester mit dem Bischof in Gesinnung und Tat. Augsburg 1963. – Das Konzil und was danach? Meitingen 1966. – Priester nach dem Herzen Jesu. Leutesdorf 1975. – Die Grundwerte in der Sicht der katholischen Kirche. Stuttgart 1979. – Familie im Wandel, in: Reden der Zeit, Bd. 55. Würzburg 1980. – Familienfibel, eine Wegweisung für die christliche Familie. Donauwörth 1982. – Christliches Europa eine Utopie?, in: Die Neue Ordnung 1984, S. 94–102. – Seelsorge und priesterliche Askese im Licht des Kreuzes. Augsburg 1984. – Diözesansynode 1990. Die Seelsorge in der Pfarrgemeinde. Hg.

J. *Stimpfle*. Donauwörth 1990. – Wer glaubt, hat mehr vom Leben, ein Jahresbegleiter. Hg. R. *Abeln*. Fribourg 1991. – Der Glaube der Kirche: Auslegung des Glaubensbekenntnisses zur Eröffnung der Diözesansynode 1990. Donauwörth 1991. – Grundsatzrede zu Europa, in: Verleihung des Robert-Schuman-Sonderpreises an Erzbischof J. S. Augsburg 1992. – Herausgefordert und beschenkt, christlich gelebte Ehe und Familie. 2 Bde. Donauwörth 1994. – Das christliche Leben als Verherrlichung Gottes. Eine bibeltheologische Untersuchung zum ersten Petrusbrief. Augsburg 1996.

Literatur

K. *Lachenmayr* (Hg.), Gespräche mit dem Bischof. Ein Porträt. Donauwörth 1981. – E. *Kleindienst*, Christen bauen Europa. Festgabe zum 20jährigen Bischofsjubiläum von Dr. J. S. Donauwörth 1983. – *Ders.*, 25 Jahre bischöflicher Dienst. Ein Beitrag zum 25. Bischofsjubiläum von Bischof Dr. Dr. h.c. J. S., in: Jahrbuch des Vereins für Augsburger Bistumsgeschichte 22 (1988), S. 9–30. – M. Chr. *Zauzich*, Unsere Bischöfe. Die Bischöfe der Bundesrepublik Deutschland und Berlins und ihre Bistümer. Augsburg 1990^2, S. 19–24. – E. *Kleindienst*/G. *Schmuttermayr* (Hg.), Kirche im Kommen. Festschrift für Bischof J. S. Frankfurt a. M. 1991. – E. *Kleindienst*, Glaube, Kultur, Heiligkeit. Laudatio auf Bischof Dr. J. S. anläßlich der Verleihung des Rieser Kulturpreises 1991, in: Das Ries und der Kulturpreis des Vereins Rieser Kulturtage e. V. Nördlingen 1991, S. 14–18. – Kath. SonntagsZeitung für das Bistum Augsburg, Sondernummer zum Tod von Erzbischof J. S. vom 12.9.1996. – P. *Rummel*, J. S., in: Augsburger Stadtlexikon. Augsburg 1998, S. 858. – G. *Schmuttermayr*, J. S., in: LThK 9^3 (2000), Sp. 1009.

AUGUST EVERDING

Schriften

Wenn für Romeo der letzte Vorhang fällt. Theater, Oper, Musik. Kritische Anmerkungen zur aktuellen Kulturszene. München, Zürich 1993. – Zur Sache, wenn's beliebt. Reden, Vorträge, Kolumnen. München 1996. – Die Seligpreisungen der Bergpredigt. Augsburg 1997.

Literatur

A. *Kluge*, A. E. Der Mann der 1000 Opern. Gespräche und Bilder. Hamburg 1998. – M. *Reissinger*, A. E. Die Biographie. München 1999.

Verzeichnis der in den Bänden 1 bis 10 behandelten Persönlichkeiten

	Autor	Band/Seite
1. Abs, Hermann Josef (1901–1994)	Yorck Dietrich	8/299–310
2. Adenauer, Konrad (1876–1967)	Rudolf Morsey	2/186–201
3. Adolph, Walter (1902–1975)	Ulrich von Hehl	9/169–182
4. Albers, Johannes (1890–1963)	Herbert Hömig	5/205–222
5. Altmeier, Peter (1899–1977)	Rudolf Morsey	6/200–213
6. Arnold, Karl (1901–1958)	Walter Först	2/125–142
7. Baader, Franz von (1765–1841)	Franz-Josef Stegmann	3/11–25
8. Bachem, Julius (1845–1918)	Hugo Stehkämper	1/29–42
9. Bengsch, Alfred Kardinal (1921–1979)	Gerhard Lange	7/161–174
10. Bertram, Adolf Kardinal (1859–1945)	Ludwig Volk	1/274–286
11. Beyerle, Josef (1881–1963)	Günter Buchstab	7/97–112
12. Blank, Theodor (1905–1972)	Hans-Otto Kleinmann	6/171–188
13. Böhler, Wilhelm (1891–1958)	Burkhard van Schewick	4/197–207
14. Böll, Heinrich (1917–1985)	Erich Kock	10/227–242
15. Bolz, Eugen (1881–1945)	Rudolf Morsey	5/88–103
16. Brandts, Franz (1834–1914)	Wolfgang Löhr	3/91–105
17. Brauksiepe, Aenne (1912–1997)	Brigitte Kaff	9/277–290
18. Brauns, Heinrich (1868–1939)	Hubert Mockenhaupt	1/148–159
19. Brentano, Heinrich von (1904–1964)	Klaus Gotto	4/225–239
20. Briefs, Goetz A. (1889–1974)	Wilhelm Weber	3/235–246
21. Brüning, Heinrich (1885–1970)	Rudolf Morsey	1/251–262
22. Burgbacher, Fritz (1900–1978)	Günter Buchstab	10/193–208
23. Buß, Franz Joseph Ritter von (1803–1878)	Josef Oelinger	5/9–24
24. Cardauns, Hermann (1847–1925)	Wolfgang Löhr	10/27–40
25. Cathrein, Viktor (1845–1931)	Anton Rauscher	4/103–113
26. Czaja, Herbert (1914–1997)	Jürgen Aretz	9/291–312
27. Delp, Alfred (1907–1945)	Roman Bleistein	6/50–63
28. Dessauer, Friedrich (1881–1963)	Heinz Blankenberg	5/190–204
29. Dirks, Walter (1901–1991)	Hans-Otto Kleinmann	8/265–282
30. Döllinger, Ignaz (1799–1890)	Oskar Köhler	4/37–50
31. Döpfner, Julius Kardinal (1913–1976)	Karl Forster	3/260–279
32. Dransfeld, Hedwig (1871–1925)	Walter Ferber	1/129–136
33. Ehard, Hans (1887–1980)	Dieter Albrecht	5/266–280
34. Elfes, Wilhelm (1884–1969)	Wolfgang Löhr	5/239–252
35. Erzberger, Matthias (1875–1921)	Rudolf Morsey	1/103–112
36. Everding, August (1928–1999)	Wilhelm Schätzler	10/297–311

37. Faulhaber. Michael Kardinal von (1869–1952)	Ludwig Volk	2/101–113
38. Fehrenbach, Konstantin (1852–1926)	Josef Becker	1/137–147
39. Fey, Clara (1815–1894)	Robert O. Claeßen	4/51–63
40. Finke, Heinrich (1855–1938)	Odilo Engels	9/63–80
41. Föhr, Ernst (1892–1976)	Paul-Ludwig Weinacht	8/139–154
42. Forster, Karl (1928–1981)	Anton Rauscher	6/231–249
43. Fort, Gertrud von le (1876–1971)	Eugen Biser	7/129–142
44. Frings, Josef Kardinal (1887–1978)	Norbert Trippen	7/143–160
45. Galen, Clemens August Kardinal von (1878–1946)	Rudolf Morsey	2/37–47
46. Geiger, Willi (1909–1994)	Anton Rauscher	9/245–260
47. Geissel, Johannes Kardinal von (1796–1864)	Rudolf Lill	6/9–28
48. Gerhardinger, Karolina (1797–1879)	Maria Liobgid Ziegler	5/25–40
49. Gerlich, Fritz (1883–1934)	Rudolf Morsey	7/21–38
50. Globke, Hans (1898–1973)	Ulrich von Hehl	3/247–259
51. Gnauck-Kühne, Elisabeth (1850–1917)	Günter Baadte	3/106–122
52. Gockeln, Josef (1900–1958)	Walter Först	5/161–175
53. Görres, Ida Friederike (1901–1977)	Susanna Schmidt	10/179–190
54. Görres, Joseph (1776–1848)	Rudolf Morsey	3/26–35
55. Goppel, Alfons (1905–1991)	Karl-Ulrich Gelberg	10/261–279
56. Gradl, Johann Baptist (1904–1988)	Klaus Gotto	8/197–212
57. Gröber, Conrad (1872–1948)	Hugo Ott	6/64–75
58. Gronowski, Johannes (1874–1958)	Karl Teppe	8/77–94
59. Groß, Nikolaus (1898–1945)	Jürgen Aretz	4/159–171
60. Guardini, Romano (1885–1968)	Walter Ferber	1/287–295
61. Gundlach, Gustav (1892–1963)	Anton Rauscher	2/159–176
62. Gurian,Waldemar (1902–1954)	Heinz Hürten	2/114–124
63. Guttenberg, Karl Theodor Frhr. von und zu (1921–1972)	Rudolf Morsey	8/123–138
64. Heck, Bruno (1917–1989)	Jürgen Aretz	8/213–232
65. Held, Heinrich (1868–1938)	Klaus Schönhoven	1/220–235
66. Heller, Vitus (1882–1956)	Wolfgang Löhr	4/186–196
67. Hengsbach, Franz Kardinal (1910–1991)	Anton Rauscher	8/283–298
68. Hermes, Andreas (1878–1964)	Günter Buchstab	6/102–113
69. Hertling, Georg Graf von (1843–1919)	Rudolf Morsey	1/43–52
70. Herwegen, Ildefons (1874–1946)	Hans Rink	2/64–74
71. Heß, Joseph (1878–1932)	Herbert Hömig	3/162–175
72. Hitze, Franz (1851–1921)	Hubert Mockenhaupt	1/53–64

73. Höffner, Joseph Kardinal (1906–1987)	Lothar Roos	8/173–196
74. Hoffmann, Johannes (1890–1967)	Winfried Becker	10/163–177
75. Hohoff, Wilhelm (1848–1923)	Helmut Josef Patt	3/123–135
76. Hürth, Theodor (1877–1944)	Heinz-Albert Raem	5/71–87
77. Hundhammer, Alois (1900–1974)	Bernhard Zittel	5/253–265
78. Imbusch, Heinrich (1878–1945)	Michael Schäfer	8/57–76
79. Jedin, Hubert (1900–1980)	Konrad Repgen	7/175–192
80. Jörg, Joseph Edmund (1819–1901)	Winfried Becker	3/75–90
81. Joos, Joseph (1878–1965)	Oswald Wachtling	1/236–250
82. Jostock, Paul (1895–1965)	J. Heinz Müller	6/127–138
83. Kaas, Ludwig (1881–1952)	Rudolf Morsey	1/263–273
84. Kaiser, Jakob (1888–1961)	Erich Kosthorst	2/143–158
85. Kaller, Maximilian (1880–1947)	Brigitte Poschmann	7/49–62
86. Keller, Michael (1896–1961)	Heinz Hürten	4/208–224
87. Ketteler, Wilhelm Emmanuel Frhr. von (1811–1877)	Lothar Roos	4/22–36
88. Kiesinger, Kurt Georg (1904–1988)	Hans-Otto Kleinmann	7/245–264
89. Klausener, Erich (1885–1934)	Tilman Pünder	10/43–59
90. Klinkhammer, Carl (1903–1997)	Bruno Kammann	9/313–334
91. Kneipp, Sebastian (1821–1897)	Karl Pörnbacher	9/31–50
92. Köppler, Heinrich (1925–1980)	Brigitte Kaff	10/211–224
93. Kogon, Eugen (1903–1987)	Hans-Otto Kleinmann	9/223–244
94. Kolping, Adolph (1813–1865)	Michael Schmolke	3/36–49
95. Kopp, Georg Kardinal (1837–1914)	Rudolf Morsey	1/13–28
96. Kramer, Franz Albert (1900–1950)	Otto B. Roegele	7/63–80
97. Kraus, Franz Xaver (1840–1901)	Heinz Hürten	5/55–70
98. Kreutz, Benedict (1879–1949)	Hans-Josef Wollasch	5/118–133
99. Krone, Heinrich (1895–1989)	Klaus Gotto	7/265–276
100. Langgässer, Elisabeth (1899–1950)	Anthony W. Riley	9/95–114
101. Letterhaus, Bernhard (1894–1944)	Jürgen Aretz	2/11–24
102. Lieber, Ernst (1848–1902)	Rudolf Morsey	4/64–78
103. Löwenstein, Alois Fürst zu (1871–1952)	Marie-Emmanuelle Reytier	10/115–128
104. Löwenstein, Karl Heinrich Fürst zu (1834–1921)	Heinz Hürten	9/51–62
105. Luckner, Gertrud (1900–1995)	Hans-Josef Wollasch	9/261–276
106. Lübke, Heinrich (1894–1972)	Rudolf Morsey	6/153–170
107. Lüninck, Ferdinand von (1888–1944)	Karl Teppe	8/41–56
108. Mallinckrodt, Pauline von (1817–1881)	Relinde Meiwes	10/11–25
109. Marx, Wilhelm (1863–1946)	Hugo Stehkämper	1/174–205
110. Mausbach, Joseph (1861–1931)	Wilhelm Weber	3/149–161
111. Mayer, Rupert (1876–1945)	Anton Rauscher	10/75–88
112. Mertes, Alois (1921–1985)	Jürgen Aretz	7/209–226

113. Messner, Johannes (1891–1984)	Anton Rauscher	6/250–265
114. Metzger, Max Josef (1887–1944)	Hugo Ott	7/39–48
115. Michel, Ernst (1889–1964)	Bruno Lowitsch	5/223–238
116. Moenius, Georg (1890–1953)	Gregory Munro	10/131–141
117. Mosterts, Carl (1874–1926)	Christoph Kösters	8/9–26
118. Muckermann, Friedrich (1883–1946)	Franz Kroos	2/48–63
119. Müller, Adam (1779–1829)	Albrecht Langner	4/9–21
120. Müller, Gebhard (1900–1990)	Günter Buchstab	8/247–264
121. Müller, Josef (1898–1979)	Karl-Ulrich Gelberg	8/155–172
122. Müller, Otto (1870–1944)	Jürgen Aretz	3/191–203
123. Muth, Carl (1867–1944)	Walter Ferber	1/94–102
124. Nell-Breuning, Oswald von (1890–1991)	Anton Rauscher	7/277–292
125. Neuhaus, Agnes (1854–1944)	Monika Pankoke-Schenk	4/133–142
126. Otte, Bernhard (1883–1933)	Herbert Hömig	3/176–190
127. Papen, Franz von (1879–1969)	Rudolf Morsey	2/75–87
128. Pesch, Heinrich (1854–1926)	Anton Rauscher	3/136–148
129. Peters, Hans (1896–1966)	Ulrich Karpen	10/143–160
130. Pieper, August (1866–1942)	Horstwalter Heitzer	4/114–132
131. Porsch, Felix (1853–1930)	Helmut Neubach	1/113–128
132. Preysing, Konrad Kardinal von (1880–1950)	Ludwig Volk	2/88–100
133. Probst, Maria (1902–1967)	Ursula Männle	7/113–128
134. Pünder, Hermann (1888–1976)	Rudolf Morsey	9/183–198
135. Rahner, Karl (1904–1984)	Anton Losinger	7/193–208
136. Reichensperger, August (1808–1895)	Ernst Heinen	9/11–30
137. Reichensperger, Peter (1810–1892)	Winfried Becker	5/41–54
138. Schäffer, Fritz (1888–1967)	Franz Menges	6/139–152
139. Schauff, Johannes (1902–1990)	Rudolf Morsey	8/233–246
140. Schervier, Franziska (1819–1876)	Erwin Gatz	3/50–61
141. Schmitt, Carl (1888–1985)	Helmut Quaritsch	9/199–222
142. Schmitt, Hermann-Josef (1896–1964)	Jürgen Aretz	6/115–126
143. Schmittmann, Benedikt (1872–1939)	Hugo Stehkämper	6/29–49
144. Schmitz, Maria (1875–1962)	Marilone Emmerich	3/204–222
145. Schneider, Reinhold (1903–1958)	Edwin Maria Landau	6/88–100
146. Schreiber, Georg (1882–1963)	Rudolf Morsey	2/177–185
147. Schulte, Karl Joseph Kardinal (1871–1941)	Ulrich von Hehl	10/61–73
148. Siemer, Laurentius (1888–1956)	Wolfgang Ockenfels	5/147–160
149. Sommer, Margarete (1893–1965)	Ursula Pruß	8/95–106
150. Sonnenschein, Carl (1876–1929)	Wolfgang Löhr	4/92–102
151. Spahn, Martin (1875–1945)	Rudolf Morsey	4/143–158
152. Spahn, Peter (1846–1925)	Helmut Neubach	1/65–80
153. Sproll, Joannes Baptista (1870–1949)	Paul Kopf	5/104–117

154. Spülbeck, Otto (1904–1970)	Josef Pilvousek	9/151–168
155. Stegerwald, Adam (1874–1945)	Rudolf Morsey	1/206–219
156. Stein, Edith (1891–1942)	Waltraud Herbstrith (Teresia a Matre Dei)	2/25–36
157. Stimpfle, Josef (1916–1996)	Peter Rummel	10/281–294
158. Stock, Franz (1904–1948)	Hans Jürgen Brandt	9/81–94
159. Storch, Anton (1892–1975)	Hans Günter Hockerts	4/250–266
160. Strauß, Franz Josef (1915–1988)	Winfried Becker	7/227–244
161. Studer, Therese (1862–1931)	Anton Brenner	7/9–20
162. Süsterhenn, Adolf (1905–1974)	Winfried Baumgart	6/189–199
163. Tenhumberg, Heinrich (1915–1969)	Wilhelm Damberg	9/135–150
164. Teusch, Christine (1888–1968)	J. Dominica Ballof	2/202–213
165. Thyssen, Fritz (1873–1951)	Günter Buchstab	9/115–134
166. Trimborn, Karl (1854–1921)	Rudolf Morsey	1/81–93
167. Ulitzka, Carl (1873–1953)	Herbert Hupka	4/172–185
168. Velden, Johannes Joseph van der (1891–1954)	Wolfgang Löhr	6/76–87
169. Weber, Heinrich (1888–1946)	Manfred Hermanns	10/91–112
170. Weber, Helene (1881–1962)	Rudolf Morsey	3/223–234
171. Welty, Eberhard (1902–1965)	Wolfgang Ockenfels	4/240–249
172. Werthmann, Lorenz (1858–1921)	Hans-Josef Wollasch	4/79–91
173. Wessel, Helene (1898–1969)	Elisabeth Friese	8/107–122
174. Wienken, Heinrich (1883–1961)	Martin Höllen	5/176–189
175. Windthorst, Ludwig (1812–1891)	Rudolf Morsey	3/62–74
176. Wirmer, Josef (1901–1944)	Brigitte Kaff	8/27–40
177. Wirth, Joseph (1879–1956)	Thomas A. Knapp	1/160–173
178. Wohleb, Leo (1888–1955)	Paul-Ludwig Weinacht	7/81–96
179. Wolker, Ludwig (1887–1955)	Barbara Schellenberger	5/134–146
180. Wuermeling, Franz-Josef (1900–1986)	Jürgen Aretz	10/245–259
181. Zillken, Elisabeth (1888–1980)	Hubert Mockenhaupt	6/214–230

Personenregister

Kursiv gesetzte Ziffern verweisen auf die jeweilige Würdigung.

A
Adenauer, Konrad 9, 82, 115, 146, 154, 174 f., 195, 242, 245, 249, 251, 253 ff., 266
Albee, Edward 304
Albertz, Heinrich 229
Allen, Woody 238
Althaus, Hermann 109
Altmeier, Peter 176, 249, 256
Anneke, Mathilde Franziska 12
Arnold, Karl 198, 222
Aschenbrenner, Johannes B. 78
Auer, Franz Heinrich 103
Aufmkolk, Emmy 111
Augusta, Königin 20

B
Baader, Andreas 228 f.
Bachem, Franz Xaver 40
Bachem, Joseph 32, 37, 39
Bachem, Julius 27, 33 f., 39
Bachem, Karl 39, 196
Baer, Fritz 264
Bäurle, Michael 282
Bainville, Jacques 135
Bares, Nikolaus 53, 57
Barzel, Rainer 221
Beck, Ludwig 155
Beckel, Albrecht 215
Becker, Carl Heinrich 144
Becker, Erich 151
Becker, Winfried 29, 33
Bell, Johannes 246
Benda, Ernst 215
Benedikt XV., Papst 65
Benelli, Giovanni 290
Berghofer-Weichner, Mathilde 276
Bernanos, Georges 135, 170, 235
Bernardini, Felippe 170
Berning, Wilhelm 104
Bertaux, Pierre 169
Bertram, Adolf Kardinal 62, 65, 71 f., 106 f.
Bertram, Ernst 236
Bethmann Hollweg, Theobald von 144
Bettinger, Franz Kardinal 78
Biedenkopf, Kurt 221 f., 256
Biesenbach, Gustav 44
Bismarck, Otto von 132, 134 f., 138
Blank, Theodor 253
Bleistein, Roman 86
Bloy, Léon 235
Böll, Annemarie 236, 239 ff.
Böll, Heinrich 9, *227–242*, 324 f.
Böll, Leila 230
Böll, Maria 227
Böll, Raimund 230
Böll, Victor 227
Bokler, Willy 212
Bornewasser, Franz Rudolf 73, 168, 174
Bracht, Franz 47
Brand, Bernhard 167
Brandt, Willy 217
Brandts, Franz 36
Brauksiepe, Aenne 258
Braun, Hanns 302, 305
Braun, Heinz 172
Braun, Max 168
Brentano, Otto Rudolf von 194
Breßlau, Harry 27
Bruck, Werner Friedrich 97, 101
Brüggemann, Wolfgang 219
Brüning, Heinrich 47, 139, 143, 145, 152 f.
Bungarten, Franz 174
Burgbacher, Elisabeth 193
Burgbacher, Elisabetha 194
Burgbacher, Fritz 8, *193–208*, 323
Burgbacher, Karl 193

C
Caprivi, Leo Graf von 35
Cardauns, Anna Christina Josepha 27
Cardauns, Caroline 33
Cardauns, Hermann 7, *27–40*, 313 f.
Cardauns, Jacob 27
Cardauns, Joseph 27 f.
Carl, Heide 212
Claeßen, Anton Gottfried 17
Comte, Auguste 98
Conrad, Hermann 143
Coudenhove-Kalergi, Elsa 180
Coudenhove-Kalergi, Friedrich 135
Coudenhove-Kalergi, Heinrich 180
Coudenhove-Kalergi, Pauline 189
Coppenrath, Albert 52, 56
Cornelius, Adolf 30

D
Dammertz, Viktor Josef 293
Dasbach, Georg Friedrich 164
Dehler, Thomas 255 ff.
Deitmer, Joseph 49
Delp, Alfred 87
Denifle, Heinrich 32
Désy, Jean 170
Diekamp, Franz 92
Dietzfelbinger, Hermann 289
Dinter, Artur 137
Döpfner, Julius Kardinal 283
Domin, Friedrich 304
Drechsel, K.A. Graf von 126
Droste zu Vischering, Clemens August von 12, 14 f.
Droste zu Vischering, Klemens Graf 119 f., 123
Dufhues, Josef Hermann 217 f.
Dusch, Alexander von 120

E
Eberhard, Rudolf 264 f., 267
Eberhard, Walter 169
Eberle, Joseph 133
Eberle, Raimund 264 f.
Ehard, Hans 264, 266
Einsiedel, Horst von 154
Eisenmann, Hans 269
Eisner, Kurt 133
Elfes, Wilhelm 124
Elisabeth II., Königin 267
Elisabeth von Thüringen 188
Eltz-Rübenach, Paul Frhr. von 56
Emmerich, Alexander 139
Ensslin, Gudrun 229
Erbel, Günter 149
Erhard, Ludwig 199
Erzberger, Matthias 115, 122
Everding, August 9, *297–311*, 328
Everding, August (Vater) 297, 299 f.
Everding, Gertrud 297, 300

F
Falk, Adalbert 20 f.
Falken, Herbert 241
Faulhaber, Michael Kardinal von 61, 70, 78, 82, 84–87, 136, 139
Felsenstein, Walter 307
Fey, Clara 15 f.
Fey, Netta 15
Fichte, Johann Gottlieb 135
Finck, Werner 307
Finke, Heinrich 145
Fischer, Antonius Kardinal 63–66
Fitzgerald, Scott 238
Fliegler, Nikolaus 169
Foerster, Friedrich Wilhelm 133 f., 136, 169
Fontane, Theodor 302
Forst, Hugo Eduard 28
Forst, Sophia Catharina Caroline 28
Forsthoff, Ernst 147
Franckenstein, Familie von und zu 115
Frantz, Constantin 134
Franz Ferdinand, Erzherzog 121
Freundorfer, Josef 283
Friedrich, Götz 307
Friesenhahn, Ernst 143, 147, 160
Frings, Joseph Kardinal 61, 159
Froberger, Joseph 40

G
Gabert, Volkmar 264
Gängler, H. 112
Galen, Clemens August Kardinal von 43, 57, 61, 73, 105
Gaulle, Charles de 170
Gerber, Hans 150
Gerlich, Fritz 57
Gerstenmaier, Eugen 215, 252
Gerullis, Georg 104
Gildisch, Kurt 55
Glöggler, Hans 277

Goebel, Eduard 28
Görgen, Hermann Matthias 169 f., 173
Göring, Hermann 48, 54 f., 57
Görres, Carl-Joseph 183
Görres, Ida-Friederike 9, *179–190*, 322 f.
Görres, Joseph von 134, 194
Gollwitzer, Helmut 229
Goppel, Alfons 9, *261–279*, 325–327
Goppel, Barbara 261
Goppel, Gertrud 262
Goppel, Ludwig 261
Graf, Robert 304
Grandval, Gilbert 173 f.
Grimme, Adolf 144 f.
Gröber, Konrad 29, 179, 184
Grundmann, Konrad 216
Guardini, Romano 181, 194, 304
Gürtner, Franz 85

H
Haecker, Theodor 139
Halder, Franz 155
Hanselmann, Johannes 289
Hartmann, Felix Kardinal von 66, 93
Hassel, Kai-Uwe von 215
Haubach, Theodor 155
Hauck, Jakobus 139
Heck, Bruno 255
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 135
Hegner, Jakob 135
Heinemann, Gustav 215
Heinrich, Johann Baptist 33
Held, Heinrich 269
Held, Philipp 269
Hellwig, Fritz 174
Hensel, Luise 12, 16 f.
Hermann, Magdalena 16
Hertling, Georg von 29, 32 ff., 36
Herwegen, Ildefons 196
Heubl, Franz 265
Heuss, Theodor 152
Heyde, Ludwig 99
Heydrich, Reinhard 55
Hilckman, Anton 131, 141
Hildebrand, Dietrich von 140
Hilpert, Werner 212
Himmler, Heinrich 86
Hindenburg, Paul von 47 f., 145, 165
Hippel, Ernst von 148, 159
Hitler, Adolf 48, 51 f., 54 f., 57, 59, 70 ff., 81, 85, 131, 137 ff., 146, 166 ff., 195 f., 234 f., 254, 299, 307
Hitze, Franz 92, 96, 98
Hochhuth, Rolf 302
Hoegner, Wilhelm 262
Höffner, Joseph Kardinal 111
Hoensbroech, Paul Graf von 39
Hoffmann, Frieda 165
Hoffmann, Friedrich 97
Hoffmann, Heinz-Joachim 170
Hoffmann, Jakob 163
Hoffmann, Johann Jakob 169
Hoffmann, Johannes 8, *163–177*, 321 f.
Hoffmann, Katharina 164
Hofmannsthal, Hugo von 301
Homann, Nanni 100
Hopmann, Melchior 33
Hostaden, Konrad von 27
Huber, Ernst Rudolf 151
Huber, Ludwig 268–272, 277 f.
Hüffer, Alfred 11, 15
Hüffer, Hermann 37
Hürlimann, Thomas 302
Hugenberg, Alfred 139
Hundhammer, Alois 264, 269 f.
Husen, Paulus van 154

I
Ibsen, Heinrich 305
Imbusch, Heinrich 167, 169
Imbusch, Heinz 169
Innocenz VIII., Papst 39
Istas, Wilhelmine 16
Iwanow, Wjatscheslaw 234 f.

J
Jacquet, Ferdinand 264 f.
Janssen, Johannes 32
Jaumann, Anton 266, 272
Jellinek, Walter 148
Jötten, Karl Wilhelm 101
Johannes Paul II., Papst 88, 289, 291 ff., 304
Jünger, Ernst 182
Jung, Carl 238

K
Kaas, Ludwig 125
Kaiser, Jakob 176
Kampschulte, Wilhelm 30
Kapp, Wolfgang 30, 45
Katzer, Hans 195
Katzer, Karl 195
Kaufmann, Leopold 33
Kausen, Armin 136
Keller, Franz 103
Keller, Thomas 170
Kelsen, Hans 149
Kempner, Robert M. W. 54
Keppler, Paul Wilhelm von 77
Keßler, Rainer 265
Kesten, Hermann 239
Ketteler, Wilhelm Emmanuel von 78 f., 135, 194
Kiefer, Rolf 35, 37
Kiesinger, Kurt Georg 143, 250, 256
Kirn, Richard 172
Kirsch, Josef 136, 139 f.
Kirschweng, Johannes 177
Klausener, Elisabeth 43
Klausener, Erich 8, *43–59*, 314 f.
Klausener, Erich (Sohn) 55, 58
Klausener, Hedwig 44, 55, 57 f.
Klausener, Peter 43
Klein, Hans 223
Klinkhammer, Carl 250
Knox, Geoffrey G. 170
Kock, Erich 241 f.
Köhler, Erich 211
Koellreutter, Otto 151
Köppler, Elisabeth 211
Köppler, Erika 212
Köppler, Franz Josef 211 f.
Köppler, Heinrich 9, *211–224*, 324
Köppler, Josef Franz 211
Körbling, Anton 87
Kogon, Eugen 133
Kohl, Helmut 221 ff., 256 f., 277 f.
Kohl, Michael 273
Kopecky, Jaromir 169
Kopp, Georg Kardinal 65
Kortner, Fritz 305 f.
Kossmann, Bartholomäus 164, 169, 172
Kothe, Mechthild 18
Kraus, Franz Xaver 30
Kraus, Karl 140
Krebs (Oberbürgermeister) 250
Kreizer, Walter 170
Kreutz, Benedict 91, 96, 104
Krone, Heinrich 252
Krupp, Alfred 67
Kühn, Heinz 216 f., 219 f.
Kuhnen, Fritz 167, 169
Kumpfmüller, Joseph 282
Kunst, Hermann 257
Kunz, Ernst-Adolf 239
Kunze, Otto 136

L
Laband, Paul 149
Lackner, Jan 170
Lang, Ernst-Maria 273
Lauffs, Anna Maria 16
Lammers, Hans-Heinrich 57, 156
Langseder, Alois 265
Laurent, Theodor 14
Lauterbacher, Hans 195
Lehmann, Lotte 140
Lenz, Wilhelm 216 ff.
Leo XIII., Papst 35, 79, 82
Ley, Robert 53
Lieber, Ernst 35, 120
Linder, Christian 230, 233
Lindrath, Hermann 199
Lippmann, Walter 256
Loë, Familie von 115
Loë, Felix Frhr. von 35 f.
Löwenstein, Alois Fürst zu 9, *115–128*, 318 f.
Löwenstein, Carolina zu 116
Löwenstein, Felix zu 116
Löwenstein, Franz zu 116
Löwenstein, Johannes zu 119
Löwenstein, Hubertus Prinz zu 174
Löwenstein, Joseph zu 116
Löwenstein, Josephine zu 116, 127
Löwenstein, Karl Fürst zu 116, 128
Löwenstein, Karl Heinrich Fürst zu 115 ff., 119, 124, 126, 128, 213
Lomessen, Anna von 15
Lossen, Max 29
Ludendorff, Erich 137
Ludwig III., König 122
Lücke, Paul 254
Lübke, Heinrich 152
Lüninck, Ferdinand von 124
Lüninck, Hermann von 124
Lukaschek, Hans 106, 154
Luther, Hans 156
Luther, Martin 135

M
Mahler, Gustav 238
Mahler-Werfel, Anna 140
Maier, Hans 272, 275, 277
Mailer, Norman 238
Mallinckrodt, Bernhardine von 11, 13 f., 23
Mallinckrodt, Bertha von 11, 13, 23
Mallinckrodt, Detmar von 11, 13 f., 16 f.
Mallinckrodt, Familie von 115
Mallinckrodt, Georg von 11, 13
Mallinckrodt, Hermann von 11, 13, 23 f.
Mallinckrodt, Pauline von 9, *11–25*, 313
Mann, Thomas 140
Mansholt, Sicco 199
Marshall, Bruce 190
Martin, Konrad 22
Marx, Wilhelm 124, 127, 165
Massig, Henri 135
Maunz, Theodor 266
Mauriac, François 235
Maurras, Charles 135
May, Karl 38 f.
Mayer, Emilie 75
Mayer, Rupert 8, *75–88*, 316 f.
Mayer, Rupert (Vater) 75
Meinertz, Max 92
Meinhof, Ulrike 228
Mercier, Désiré Kardinal 67, 134
Merk, Bruno 268, 270, 273, 278
Meyers, Franz 216
Michaelis, Rudolf 230
Mierendorff, Carlo 155
Mikat, Paul 143, 151
Moenius, Elisabeth 132
Moenius, Georg 8, *131–141*, 319 f.
Moenius, Peter 132
Mönnig, Hugo 196
Mörsdorf, Klaus 111
Molière (Jean-Baptiste Poquelin) 303
Moltke, Helmut James Graf von 145, 154 f.
Montgelas, Maximilian Joseph Graf von 274
Mooren, Joseph Hubert 37
Muckermann, Friedrich 140, 169
Mussolini, Benito 137
Muth, Karl 38, 40

N
Nagel, Arnold 166
Neisinger, Oskar 212
Neuhäusler, Johann 141
Neuloh, Otto 111
Neumeier, John 307
Newman, John Henry Kardinal 184, 189
Niemöller, Martin 86
Novalis (Friedrich von Hardenberg) 134

O
Orff, Carl 302
Orsenigo, Cesare 51, 57
Ossietzky, Carl von 170
Osterloh, Edo 251

P
Pacelli, Eugenio 49 f., 117
Panholzer, Josef 140
Papen, Franz von 47, 139, 145, 152 f., 166
Pastor, Johanna 16
Pastor, Ludwig 32
Paul, Gerhard 174
Paul VI., Papst 140, 208, 283
Pétain, Philippe 169
Pertz, Georg Heinrich 31
Pesch, Heinrich 98
Peters, Franz 143
Peters, Hans 8, *143–160*, 320 f.
Peters, Kaspar 145
Pfeiffer, Anton 139
Pirkl, Fritz 268
Pius X., Papst 64, 120
Pius XI., Papst 49, 51, 68, 84, 166
Pius XII., Papst 128, 152, 170, 282
Plenge, Johann 93, 96
Pöhner, Konrad 267
Poelchau, Harald 155
Poether, Bernhard 299
Porsch, Felix 124
Preuß, Hugo 136
Preysing, Konrad Kardinal von 72, 86, 155
Probst, Adalbert 57
Pünder, Werner 57, 314

R
Raspe, Jan-Carl 229
Rath, Maria 18
Ratzinger, Joseph Kardinal 179

Rau, Johannes 220
Rauschning, Hermann 140
Redslob, Erwin 50
Regitz, Friedrich 174
Reich-Ranicki, Marcel 238
Reinert, Egon 176
Reinhardt, Max 140
Reynold, Gonzague de 134
Riehl-Heyse, Herbert 264
Richter (Köln) 196
Ritter, Moriz 32
Röder, Franz Josef 176
Röhm, Ernst 43, 54 f., 167, 197
Rösch, Augustin 85, 87
Roleff, Heinrich 105
Rommerskirchen, Josef 213
Roon, Ger van 155
Rosenberg, Alfons 186
Rosenberg, Alfred 53 f.
Rosenfeld, Ernst Heinrich 144
Rosenstock-Huessy, Eugen 154
Roth, Josef 137
Rothemund, Helmuth 264
Rutger, Jacob 28

S
Salzwedel, Jürgen 149
Sandfuchs, Wilhelm 86
Sartre, Jean Paul 304
Sasse, Caroline 33
Schachleiter, Alban 137
Schäfer, Friedrich 148
Schäffer, Fritz 139
Scharf, Kurt 229
Scharnagl, Karl 139
Schauff, Johannes 170
Schedl, Otto 265, 269, 271 f.
Scheler, Max 134
Schell, Herman 40
Schemm, Hans 140
Schervier, Franziska 18
Schilling, Otto 96
Schlageter, Albert Leo 138
Schlegel, Friedrich 187
Schleicher, Kurt von 54
Schleyer, Hans-Martin 229
Schlüter, Elisabeth 18
Schmaus, Michael 304
Schmid, Christoph von 187
Schmidt, Helmut 222
Schmitt, Carl 145, 153
Schmittmann, Benedikt 136
Schmöle, Josef 93
Schneider, Heinrich 175
Schneider, Reinhold 185
Schneider, Wilhelm 64
Schott, Georg 81
Schreiber, Christian 50 ff., 136
Schreiber, Georg 101, 110
Schröder, Gerhard 221
Schrörs, Heinrich 37
Schütte, Pfarrer 93
Schulte, Antonetta 63
Schulte, Karl Joseph Kardinal 8, *61–73*, 106, 315 f.
Schulte, Oswald 63
Schumacher, Kurt 248
Schuman, Robert 163
Schweikart, Hans 305 f.
Schwind, Vinzenz 262
Searl, Humphrey 307
Sebastian, Ludwig 168
Seebohm, Hans-Christoph 250
Seidel, Hanns 262 f., 265, 272
Seidl, Alfred 272, 278
Severing, Carl 47
Simar, Hubert Theophil 64
Simmel, Georg 98
Singer, Kurt 170
Soden, Carl Oskar von 136
Sonnenschein, Carl 49, 165
Spaniol, Kreisleiter 166
Spann, Othmar 98
Startz, Leocadia 16
Stauffenberg, Claus Graf von 155
Steffan, Jakob 249
Stern, Klaus 143, 151
Stifter, Adalbert 180
Stimpfle, Josef 9, *281–294*, 327 f.
Stimpfle, Josef (Vater) 281
Stimpfle, Magdalena 281
Stock, Jean 262
Strasser, Gregor 54
Strasser, Otto 170
Strauß, Franz Josef 222, 261, 264, 269 f., 272 f., 276 ff.
Streibl, Max 270 f., 278
Stuart, Maria 27
Stücklen, Richard 272
Stumm, Carl Ferdinand von 164
Süsterhenn, Adolf 176, 196, 248
Sybel, Heinrich von 31 f.

T
Tattenbach, Gottfried Graf von 121
Taxil, Leon 37 f.

Teusch, Josef 72
Therese von Lisieux 181, 189 f.
Thieme, Werner 150
Thomas von Aquin 300
Tillmanns, Robert 250
Toussaint, Jacques 28
Trimborn, Karl 29, 36
Trotha, Carl Dietrich von 154
Trott zu Solz, Levin von 143, 154

U
Ulrich, Bischof von Augsburg 281, 287

V
Vierkandt, Alfred 98
Vinde, Victor 166
Vogel, Hans-Jochen 264
Volk, Ludwig 131
Vormweg, Heinrich 239
Vossen, Luise 17

W
Wagner, Adolf 85
Wagner, Richard 307
Wahl, Richard 77
Waitz, Georg 31
Wallnöfer, Eduard 274
Wallrafen, Pfarrer 179
Weber, Elisabeth 92
Weber, Franz 167, 170
Weber, Heinrich 8, *91–112*, 317 f.
Weber, Heinrich (Vater) 92
Weber, Joseph 92
Weber, Theodor 92
Wedell, Erich 57, 314
Wehr, Matthias 174
Weiskirch, Willy 212
Wenger, Paul Wilhelm 176
Werfel, Franz 140
Wessels, Theodor 197
Weyer, Willi 217
Whitman, Walt 238
Wiese, Leopold von 98
Wilhelm II., Kaiser 65
Willeke, Eduard 111
Windelen, Heinrich 218, 221
Windthorst, Ludwig 23, 34 ff., 44, 119, 135
Winter, Ernst Karl 133
Wirth, Joseph 115
Wojtyla, Karol 291
Wolker, Ludwig 73, 212
Wülker, Gabriele 253
Wuermeling, Bernhard 245
Wuermeling, Elisabeth 245
Wuermeling, Franz-Joseph 8, *245–259*, 325
Wuermeling, Maria 246
Wust, Peter 134, 300
Wutzlhofer, Hans 261

Y
Yorck von Wartenburg, Peter Graf 155

Z
Zeyer, Werner 163
Zimmermann, Fritz 278
Zorn, Wolfgang 279

Die Herausgeber

Jürgen Aretz, geb. 1946; Dr. phil.; Staatssekretär im Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Erfurt.

Rudolf Morsey, geb. 1927; Dr. phil., Universitätsprofessor em. für Neuere Geschichte, insbesondere für Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Anton Rauscher, geb. 1928; Dr. theol., Dr. h. c., Universitätsprofessor em. für Christliche Gesellschaftslehre an der Universität Augsburg; Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach.

Die Autoren

Dr. Jürgen Aretz, Erfurt
Prof. Dr. Winfried Becker, Passau
Dr. Günter Buchstab, Rheinbach-Wormersdorf
Dr. Karl-Ulrich Gelberg, München
Prof. Dr. Ulrich von Hehl, Leipzig
Prof. Dr. Manfred Hermanns, Buchholz
Dr. Brigitte Kaff, St. Augustin
Prof. Dr. Ulrich Karpen, Hamburg
Erich Kock, Köln
Dr. Wolfgang Löhr, Mönchengladbach
Dr. Relinde Meiwes, Bielefeld
Dr. Gregory Munro, Mitchelton Queensland (Australien)
Oberstadtdirektor a. D. Dr. Tilman Pünder, Münster
Prof. Dr. Dr. h. c. Anton Rauscher, Mönchengladbach
Marie-Emmanuelle Reytier, Caluire et Cuire (Frankreich)
Prälat Prof. Dr. Peter Rummel, Augsburg
Prälat Wilhelm Schätzler, Regensburg
Dr. Susanna Schmidt, Berlin

Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung
Münster

Zeitgeschichte in Lebensbildern
Aus dem deutschen Katholizismus des 20. Jahrhunderts, Band 1

320 Seiten, 21 Abbildungen, fester Einband, DM 38,– / € 19,50
Best.-Nr. 06112

Band 1 umfasst 21 Lebensbilder:

Rudolf Morsey: *Georg Kardinal Kopp* (1837–1914)
Hugo Stehkämper: *Julius Bachem* (1845–1918)
Rudolf Morsey: *Georg Graf v. Hertling* (1843–1919)
Hubert Mockenhaupt: *Franz Hitze* (1851–1921)
Helmut Neubach: *Peter Spahn* (1846–1925)
Rudolf Morsey: *Karl Trimborn* (1854–1921)
Walter Ferber: *Karl Muth* (1867–1944)
Rudolf Morsey: *Matthias Erzberger* (1875–1921)
Helmut Neubach: *Felix Porsch* (1853–1921)
Walter Ferber: *Hedwig Dransfeld* (1871–1925)
Josef Becker: *Konstantin Fehrenbach* (1852–1926)
Hubert Mockenhaupt: *Heinrich Brauns* (1868–1939)
Thomas A. Knapp: *Joseph Wirth* (1879–1956)
Hugo Stehkämper: *Wilhelm Marx* (1863–1946)
Rudolf Morsey: *Adam Stegerwald* (1874–1945)
Klaus Schönhoven: *Heinrich Held* (1868–1938)
Oswald Wachtling: *Joseph Joos* (1878–1965)
Rudolf Morsey: *Heinrich Brüning* (1885–1970)
Rudolf Morsey: *Ludwig Kaas* (1881–1952)
Ludwig Volk SJ: *Adolf Kardinal Bertram* (1859–1945)
Walter Ferber: *Romano Guardini* (1885–1968)

Die Bände 1 bis 8 sind auch zu einem günstigen Paket-Preis zu beziehen. Bitte erkunden Sie sich beim Verlag Aschendorff, 48135 Münster buchverlag@aschendorff.de

Zeitgeschichte in Lebensbildern
Aus dem deutschen Katholizismus des 20. Jahrhunderts, Band 2

230 Seiten, 15 Abbildungen, fester Einband, DM 38,– / € 19,50
ISBN 3-402-06119-8

Band 2 umfasst 15 Lebensbilder:

Jürgen Aretz: *Bernhard Letterhaus* (1894–1944)
Waltraud Herbstrith (Teresia a Matre Dei OCD): *Edith Stein* (1891–1942)
Rudolf Morsey: *Clemens August Kardinal von Galen* (1878–1946)
Franz Kroos: *Friedrich Muckermann* (1883–1946)
Hans Rink: *Ildefons Herwegen* (1874–1946)
Rudolf Morsey: *Franz von Papen* (1879–1969)
Ludwig Volk SJ: *Konrad Kardinal von Preysing* (1880–1950)
Ludwig Volk SJ: *Michael Kardinal von Faulhaber* (1869–1952)
Heinz Hürten: *Waldemar Gurian* (1902–1954)
Walter Först: *Karl Arnold* (1901–1958)
Erich Kosthorst: *Jakob Kaiser* (1888–1961)
Anton Rauscher: *Gustav Gundlach* (1892–1963)
Rudolf Morsey: *Georg Schreiber* (1882–1963)
Rudolf Morsey: *Konrad Adenauer* (1876–1967)
Sr. J. Dominica Ballof: *Christine Teusch* (1888–1968)

Zeitgeschichte in Lebensbildern
Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Band 3

304 Seiten, 19 Abbildungen, fester Einband, DM 38,–/ € 19,50
Best.-Nr. 06113

Band 3 umfasst 19 Lebensbilder:

Franz Josef Stegmann: *Franz von Baader* (1765–1841)
Rudolf Morsey: *Joseph Görres* (1776–1848)
Michael Schmolke: *Adolph Kolping* (1813–1865)
Erwin Gatz: *Franziska Schervier* (1819–1876)
Rudolf Morsey: *Ludwig Windthorst* (1812–1891)
Winfried Becker: *Joseph Edmund Jörg* (1819–1901)
Wolfgang Löhr: *Franz Brandts* (1834–1914)
Günter Baadte: *Elisabeth Gnauck-Kühne* (1850–1917)
Helmut Josef Patt: *Wilhelm Hohoff* (1848–1923)
Anton Rauscher: *Heinrich Pesch* (1854–1926)
Wilhelm Weber: *Joseph Mausbach* (1861–1931)
Herbert Hömig: *Joseph Heß* (1878–1932)
Herbert Hömig: *Bernhard Otte* (1883–1933)
Jürgen Aretz: *Otto Müller* (1870–1944)
Marilone Emmerich: *Maria Schmitz* (1875–1962)
Rudolf Morsey: *Helene Weber* (1881–1962)
Wilhelm Weber: *Goetz A. Briefs* (1889–1974)
Ulrich von Hehl: *Hans Globke* (1898–1973)
Karl Forster: *Julius Kardinal Döpfner* (1913–1976)

»Die Fortsetzung der Reihe ist sehr zu begrüßen. Die Beiträge sind nach bewährtem Muster wissenschaftlich fundiert; sie wenden sich aber nicht allein an Fachwissenschaftler, sondern ebenso an interessierte 'Laien'. Auf einen wissenschaftlichen Apparat verzichtet die Reihe« (*Klerusblatt, Nr. 11/1999*)

Zeitgeschichte in Lebensbildern
Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Band 4

288 Seiten, 19 Abbildungen, fester Einband, DM 38,–/ € 19,50
Best.-Nr. 06114

Band 4 umfasst 19 Lebensbilder:

Albrecht Langner: *Adam Müller* (1779–1829)
Lothar Roos: *Wilhelm Emmanuel Frhr. von Ketteler* (1811–1877)
Oskar Köhler: *Ignaz Döllinger* (1799–1890)
Robert O. Claeßen: *Clara Fey* (1815–1894)
Rudolf Morsey: *Ernst Lieber* (1838–1902)
Hans-Josef Wollasch: *Lorenz Werthmann* (1858–1921)
Wolfgang Löhr: *Carl Sonnenschein* (1876–1929)
Anton Rauscher: *Viktor Cathrein* (1845–1931)
Horstwalter Heitzer: *August Pieper* (1866–1942)
Monika Pankoke–Schenk: *Agnes Neuhaus* (1854–1944)
Rudolf Morsey: *Martin Spahn* (1875–1945)
Jürgen Aretz: *Nikolaus Groß* (1898–1945)
Herbert Hupka: *Carl Ulitzka* (1873–1953)
Wolfgang Löhr: *Vitus Heller* (1882–1956)
Burkhard van Schewick: *Wilhelm Böhler* (1891–1958)
Heinz Hürten: *Michael Keller* (1896–1961)
Klaus Gotto: *Heinrich von Brentano* (1904–1964)
Wolfgang Ockenfels: *Eberhard Welty* (1902–1965)
Hans Günter Hockerts: *Anton Storch* (1892–1975)

Zeitgeschichte in Lebensbildern
Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Band 5

304 Seiten, 18 Abbildungen, fester Einband, DM 38,–/ € 19,50
Best.-Nr. 06115

Band 5 umfasst 18 Lebensbilder:

Josef Oelinger: *Franz Joseph Ritter von Buß* (1803–1878)
Maria Liobgid Ziegler: *Karolina Gerhardinger* (1797–1879)
Winfried Becker: *Peter Reichensperger* (1810–1892)
Heinz Hürten: *Franz Xaver Kraus* (1840–1901)
Heinz-Albert Raem: *Theodor Hürth* (1877–1944)
Rudolf Morsey: *Eugen Bolz (*1881–1945)
Paul Kopf: *Joannes Baptista Sproll* (1870–1949)
Hans-Josef Wollasch: *Benedict Kreutz* (1879–1949)
Barbara Schellenberger: *Ludwig Wolker* (1887–1955)
Wolfgang Ockenfels: *Laurentius Siemer* (1888–1956)
Walter Först: *Josef Gockeln* (1900–1958)
Martin Höllen: *Heinrich Wienken* (1883–1961)
Heinz Blankenberg: *Friedrich Dessauer* (1881–1963)
Herbert Hömig: *Johannes Albers* (1890–1963)
Bruno Lowitsch: *Ernst Michel* (1889–1964)
Wolfgang Löhr: *Wilhelm Elfes* (1884–1969)
Bernhard Zittel: *Alois Hundhammer* (1900–1974)
Dieter Albrecht: *Hans Ehard* (1887–1980)

Zeitgeschichte in Lebensbildern
Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Band 6

316 Seiten, 17 Abbildungen, fester Einband, DM 38,–/ € 19,50
Best.-Nr. 06116

Band 6 umfasst 17 Lebensbilder:

Rudolf Lill: *Johannes Kardinal von Geissel* (1796–1864)
Hugo Stehkämper: *Benedikt Schmittmann* (1872–1939)
Roman Bleistein SJ: *Alfred Delp SJ* (1907–1945)
Hugo Ott: *Conrad Gröber* (1872–1948)
Wolfgang Löhr: *Johannes Joseph van der Velden* (1891–1954)
Edwin Maria Landau: *Reinhold Schneider* (1903–1958)
Günter Buchstab: *Andreas Hermes* (1878–1964)
Jürgen Aretz: *Hermann-Josef Schmitt* (1896–1964)
J. Heinz Müller: *Paul Jostock* (1895–1965)
Franz Menges: *Fritz Schäffer* (1888–1967)
Rudolf Morsey: *Heinrich Lübke* (1894–1972)
Hans-Otto Kleinmann: *Theodor Blank* (1905–1972)
Winfried Baumgart: *Adolf Süsterhenn* (1905–1974)
Rudolf Morsey: *Peter Altmeier* (1899–1977)
Hubert Mockenhaupt: *Elisabeth Zillken* (1888–1980)
Anton Rauscher: *Karl Forster* (1928–1981)
Anton Rauscher: *Johannes Messner* (1891–1984)

Zeitgeschichte in Lebensbildern
Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Band 7

316 Seiten, 18 Abbildungen, fester Einband, DM 38,–/ € 19,50
Best.-Nr. 06117

Der Band 7 umfasst 18 Lebensbilder:

Anton Brenner: *Therese Studer* (1862–1931)
Rudolf Morsey: *Fritz Gerlich* (1883–1934)
Hugo Ott: *Max Josef Metzger* (1887–1944)
Brigitte Poschmann: *Maximilian Kaller* (1880–1947)
Otto B. Roegele: *Franz Albert Kramer* (1900–1950)
Paul-Ludwig Weinacht: *Leo Wohleb* (1888–1955)
Günter Buchstab: *Josef Beyerle* (1881–1963)
Ursula Männle: *Maria Probst* (1902–1967)
Eugen Biser: *Gertrud von le Fort* (1876–1971)
Norbert Trippen: *Josef Kardinal Frings* (1887–1978)
Gerhard Lange: *Alfred Kardinal Bengsch* (1921–1979)
Konrad Repgen: *Hubert Jedin* (1900–1980)
Anton Losinger: *Karl Rahner SJ* (1904–1984)
Jürgen Aretz: *Alois Mertes* (1921–1985)
Winfried Becker: *Franz Josef Strauß* (1915–1988)
Hans-Otto Kleinmann: *Kurt Georg Kiesinger* (1904–1988)
Klaus Gotto: *Heinrich Krone* (1895–1989)
Anton Rauscher: *Oswald von Nell-Breuning SJ* (1890–1991)

Zeitgeschichte in Lebensbildern
Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Band 8

236 Seiten, 17 Abbildungen, fester Einband, DM 38,–/ €19,50
Best.-Nr. 06118

Band 8 umfasst 18 Lebensbilder:

Christoph Kösters: *Carl Mosterts* (1874–1926)
Brigitte Kaff: *Josef Wirmer* (1901–1944)
Karl Teppe: *Ferdinand von Lüninck* (1888–1944)
Michael Schäfer: *Heinrich Imbusch* (1878–1945)
Karl Teppe: *Johannes Gronowski* (1874–1958)
Ursula Pruß: *Margarete Sommer* (1893–1965)
Elisabeth Friese: *Helene Wessel* (1898–1969)
Rudolf Morsey: *Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg* (1921–1972)
Paul-Ludwig Weinacht: *Ernst Föhr* (1892–1976)
Karl-Ulrich Gelberg: *Josef Müller* (1898–1979)
Lothar Roos: *Joseph Kardinal Höffner* (1906–1987)
Klaus Gotto: *Johann Baptist Gradl* (1904–1988)
Jürgen Aretz: *Bruno Heck* (1917–1989)
Rudolf Morsey: *Johannes Schauff* (1902–1990)
Günter Buchstab: *Gebhard Müller* (1900–1990)
Hans-Otto Kleinmann: *Walter Dirks* (1901–1991)
Anton Rauscher: *Franz Kardinal Hengsbach* (1910–1991)
Yorck Dietrich: *Hermann Josef Abs* (1901–1994)

Zeitgeschichte in Lebensbildern
Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Band 9

360 Seiten, fester Einband, DM 39,80/ € 20,40
ISBN 3-402-06120-1

Der vorliegende neunte Band umfasst 18 Lebensbilder. Bei drei Personen lag der Schwerpunkt ihres Wirkens noch im 19. Jahrhundert. Das gilt für den Politiker August Reichensperger, den »Wasserdoktor« Sebastian Kneipp und Generalkommissar der Katholikentage, Karl Heinrich Fürst zu Löwenstein. Der Historiker Heinrich Finke, Präsident der Görres-Gesellschaft, erlebte noch die ersten Jahre der Hitler-Tyrannei, alle übrigen der hier gewürdigten Persönlichkeiten überlebten auch deren Ende. Fritz Thyssen, Eugen Kogon, Hermann Pünder und Gertrud Luckner büßten ihre Gegnerschaft mit KZ-Haft. Bedrängnisse anderer Art im »Dritten Reich« überstanden die Schriftstellerin Elisabeth Langgässer, der Pariser Gefängnispfarrer Franz Stock und der »rote Ruhrkaplan« Carl Klinkhammer. Um die Durchsetzung christlicher Wertvorstellungen in der Bundesrepublik Deutschland mühten sich der Jurist Willi Geiger sowie Aenne Braucksiepe und Herbert Czaja als CDU-Bundestagsabgeordnete. Die Bischöfe von Münster, Heinrich Tenhumberg, und von Meißen, Otto Spülbeck, erlebten die Umbruchszeit des Zweiten Vatikanischen Konzils. Carl Schmitt ist der bekannteste, aber auch der umstrittenste Jurist des Jahrhunderts. Die Porträts dieses Bandes sind von namhaften Autoren verfasst, die das vorliegende Quellenmaterial teilweise zum ersten Mal ausgewertet haben.

»Wer sich den einzelnen, eingängig geschriebenen Biographien widmet, findet das Leitinteresse einer sachlichen Darstellung und historisch-kritischen Wertung bestätigt, von denen die Herausgeber im Vorwort schreiben.« (*Pressedienst Bistum Münster, Nr. 43/1999*)